S/INF/65

Vereinte Nationen

Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats

1. August 2009 – 31. Juli 2010

Sicherheitsrat
Offizielles Protokoll

S/INF/65

Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats

1. August 2009 – 31. Juli 2010

Sicherheitsrat
Offizielles Protokoll

Vereinte Nationen • New York 2010

HINWEISE FÜR DEN LESER

Der vorliegende Band der *Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats* enthält die Resolutionen und Beschlüsse des Rates vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 zu Sachfragen sowie Beschlüsse zu einigen wichtigeren Verfahrensfragen. Die Resolutionen und Beschlüsse sind in Teil I und Teil II jeweils unter einem allgemeinen Titel aufgeführt, der auf die behandelten Fragen hinweist. In jedem dieser Teile sind die Fragen nach dem Zeitpunkt ihrer erstmaligen Behandlung durch den Rat im Berichtszeitraum geordnet; die Resolutionen und Beschlüsse zu den einzelnen Fragen sind in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

Die Resolutionen sind in der Reihenfolge ihrer Verabschiedung nummeriert. Jeder Resolution folgt eine Angabe des Abstimmungsergebnisses. Beschlüsse werden gewöhnlich ohne Abstimmung gefasst.

*
* *

BESONDERER HINWEIS FÜR DIE DEUTSCHE AUSGABE

Aufgrund der Resolution 3355 (XXIX) der Generalversammlung vom 18. Dezember 1974 werden seit dem 1. Juli 1975 ausgewählte Dokumente der Vereinten Nationen ins Deutsche übersetzt und bei Quellenangaben auch in Deutsch zitiert. Nicht in Deutsch verfügbare Dokumente werden zur Vereinfachung von Recherchen und Bestellungen in Englisch zitiert. Handelt es sich um Übereinkommen, wird zusätzlich auch auf die amtlichen Fassungen in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Staaten hingewiesen.

ABKÜRZUNGEN

ABl. EG = Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU = Amtsblatt der Europäischen Union
AS = Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
dBGBl. = (deutsches) Bundesgesetzblatt
dRGBl. = (deutsches) Reichsgesetzblatt
LGBl. = Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
öBGBl. = Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
öRGBl. = Reichsgesetzblatt (Österreich)
SR = Systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)

S/INF/65

ISSN 1020-1084

Inhalt

Seite

Mitglieder des Sicherheitsrats in den Jahren 2009 und 2010 vii

Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 1

Teil I. Fragen, die vom Sicherheitsrat aufgrund seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behandelt wurden

Punkte im Zusammenhang mit der Situation im Nahen Osten:

A. Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage 1

B. Die Situation im Nahen Osten 6

Die Situation in Zypern 11

Die Situation betreffend Westsahara 17

Die Situation in Timor-Leste 20

Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen 26

Die Situation zwischen Irak und Kuwait 32

Die Situation in Liberia 33

Die Situation in Somalia 41

Punkte im Zusammenhang mit der Situation im ehemaligen Jugoslawien:

A. Die Situation in Bosnien und Herzegowina 60

B. Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999) 67

C. Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht 68

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind 74

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind 79

Die Frage betreffend Haiti 81

Die Situation in Burundi 92

Die Situation in Afghanistan 97

Die Situation in Sierra Leone 116

Seite

Beziehungen zwischen Kamerun und Nigeria 119

Die Situation in der Region der Großen Seen Afrikas[*] 120

Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo 120

Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik 145

Kinder und bewaffnete Konflikte 147

Die Situation in Guinea-Bissau 156

Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten 161

Frauen und Frieden und Sicherheit 169

Unterrichtung durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs 184

Unterrichtung durch den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 184

Sitzung des Sicherheitsrats mit den truppen- und polizeistellenden Ländern gemäß Resolution 1353 (2001), Anlage II, Abschnitte A und B:

A. Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern 185

B. Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung 186

C. Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon 186

D. Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara 187

E. Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo 187

F. Mission der Vereinten Nationen in Liberia 188

G. Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire 188

H. Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti 189

I. Mission der Vereinten Nationen in Sudan 189

J. Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste 189

K. Hybrider Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur 190

L. Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad 190

Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen 191

Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats 205

Die Situation in Côte d'Ivoire 206

Mission des Sicherheitsrats 227

Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit 227

Zentralafrikanische Region 230

Berichte des Generalsekretärs über Sudan 233

Friedenskonsolidierung nach Konflikten 249

[*] So ab Dokument S/INF/59 (*Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats, 1. August 2003 - 31. Juli 2004*). Dieser Tagesordnungspunkt lautete in Deutsch davor „Die Situation im ostafrikanischen Zwischenseengebiet".

Seite

Die Situation betreffend Irak 253

Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit 263

Nichtverbreitung 265

Friedenskonsolidierung in Westafrika 283

Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea 286

Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats 288

Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit:

A. Nichtverbreitung von Kernwaffen und nukleare Abrüstung 294

B. Interkultureller Dialog für Frieden und Sicherheit 300

C. Optimaler Einsatz der Instrumente der vorbeugenden Diplomatie: Perspektiven und Herausforderungen in Afrika 300

Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion 303

Frieden und Sicherheit in Afrika:

A. Allgemeine Fragen 312

B. Dschibuti und Eritrea 314

C. Drogenhandel als Bedrohung der internationalen Sicherheit 321

Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit 323

Ersuchen Pakistans um die Einsetzung einer Untersuchungskommission im Zusammenhang mit der Ermordung der ehemaligen Premierministerin Mohtarma Benazir Bhutto 325

Schreiben der Ständigen Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen vom 22. September 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats 326

Schreiben des Ständigen Vertreters der Republik Korea bei den Vereinten Nationen vom 4. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats und andere einschlägige Schreiben 326

Teil II. Weitere vom Sicherheitsrat behandelte Fragen

Dokumentation, Arbeitsmethoden und Verfahren des Sicherheitsrats:

A. Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/507) 328

B. Allgemeine Fragen 328

Behandlung des Entwurfs des Berichts des Sicherheitsrats an die Generalversammlung 344

Internationaler Gerichtshof:

A. Zeitpunkt der Wahl zur Besetzung eines frei gewordenen Sitzes im Internationalen Gerichtshof 345

B. Wahl eines Mitglieds des Internationalen Gerichtshofs 346

Vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 erstmals in die Tagesordnung des Sicherheitsrats aufgenommene Punkte 347

Verzeichnis der vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen 349

Verzeichnis der vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 vom Präsidenten des Sicherheitsrats abgegebenen Erklärungen 353

Mitglieder des Sicherheitsrats in den Jahren 2009 und 2010

In den Jahren 2009 und 2010 gehörten dem Sicherheitsrat folgende Mitglieder an:

2009	**2010**
Burkina Faso	Bosnien und Herzegowina
China	Brasilien
Costa Rica	China
Frankreich	Frankreich
Japan	Gabun
Kroatien	Japan
Libysch-Arabische Dschamahirija	Libanon
Mexiko	Mexiko
Österreich	Nigeria
Russische Föderation	Österreich
Türkei	Russische Föderation
Uganda	Türkei
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	Uganda
Vereinigte Staaten von Amerika	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
Vietnam	Vereinigte Staaten von Amerika

Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010

Teil I. Fragen, die vom Sicherheitsrat aufgrund seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behandelt wurden

PUNKTE IM ZUSAMMENHANG MIT DER SITUATION IM NAHEN OSTEN

A. Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage[1]

Beschlüsse

Auf seiner 6182. Sitzung am 19. August 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6190. Sitzung am 17. September 2009 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6201. Sitzung am 14. Oktober 2009 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Australiens, Bangladeschs, Brasiliens, Ecuadors, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Islands, Israels, Jordaniens, Kubas, Liechtensteins, Malaysias, der Malediven, Marokkos, Nicaraguas, Norwegens, Pakistans, Schwedens, der Schweiz, Sri Lankas, Südafrikas, Sudans, Venezuelas (Bolivarische Republik) und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Beobachters Palästinas bei den Vereinten Nationen vom 12. Oktober 2009[2] Herrn Riad Al-Malki, den Minister für auswärtige Angelegenheiten der Palästinensischen Nationalbehörde im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters der Libysch-Arabischen Dschamahirija bei den Vereinten Nationen vom 12. Oktober 2009, Herrn Yahya Mahmassani, den Ständigen Be-

[1] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

[2] Dokument S/2009/531, Teil des Protokolls der 6201. Sitzung.

obachter der Liga der arabischen Staaten bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Paul Badji, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, aufgrund seines Antrags vom 8. Oktober 2009 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6223. Sitzung am 24. November 2009 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Haile Menkerios, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6248. Sitzung am 17. Dezember 2009 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6265. Sitzung am 27. Januar 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, Algeriens, der Arabischen Republik Syrien, Argentiniens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Israels, Jordaniens, Katars, Kubas, Malaysias, Marokkos, Nicaraguas, Norwegens, Omans, Pakistans, Saudi-Arabiens, Sri Lankas, Südafrikas, Tunesiens, Venezuelas (Bolivarische Republik), der Vereinigten Arabischen Emirate und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Geschäftsträgers a.i. der Ständigen Beobachtervertretung Palästinas bei den Vereinten Nationen vom 22. Januar 2010[3], den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Paul Badji, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, aufgrund seines Antrags vom 22. Januar 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Libanons bei den Vereinten Nationen vom 26. Januar 2010, Herrn Yahya Mahmassani, den Ständigen Beobachter der Liga der arabi-

[3] Dokument S/2010/44, Teil des Protokolls der 6265. Sitzung.

schen Staaten bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6273. Sitzung am 18. Februar 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6292. Sitzung am 24. März 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf seiner 6298. Sitzung am 14. April 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Botsuanas, Irans (Islamische Republik), Israels, Jordaniens, Kubas, Kuwaits, Malaysias, Marokkos, Nicaraguas, Norwegens, Pakistans, Sri Lankas, Südafrikas, Tunesiens und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 8. April 2010[4] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Zahir Tanin, den Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, aufgrund seines Antrags vom 12. April 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 1. April 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6315. Sitzung am 18. Mai 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6325. Sitzung am 31. Mai 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Israels gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage

> Schreiben des Ständigen Vertreters der Türkei bei den Vereinten Nationen vom 31. Mai 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/266)

[4] Dokument S/2010/182, Teil des Protokolls der 6298. Sitzung.

Schreiben des Ständigen Vertreters Libanons bei den Vereinten Nationen vom 31. Mai 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/267)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 31. Mai 2010[5] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6326. Sitzung am 1. Juni 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage

Schreiben des Ständigen Vertreters der Türkei bei den Vereinten Nationen vom 31. Mai 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/266)

Schreiben des Ständigen Vertreters Libanons bei den Vereinten Nationen vom 31. Mai 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/267)“.

Auf derselben Sitzung lud der Rat gemäß dem auf der 6325. Sitzung gefassten Beschluss den Vertreter Israels ein, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung lud der Rat gemäß dem auf der 6325. Sitzung gefassten Beschluss den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner vorhergehenden diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme ein.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[6]:

„Der Sicherheitsrat bedauert zutiefst die Verluste an Menschenleben und die Verletzungen, die durch die Anwendung von Gewalt während des in internationalen Gewässern geführten israelischen Militäreinsatzes gegen den Konvoi mit Kurs auf Gaza verursacht wurden. Der Rat verurteilt in diesem Zusammenhang diese Handlungen, bei denen mindestens zehn Zivilpersonen getötet und zahlreiche verletzt wurden, und spricht ihren Angehörigen sein Beileid aus.

Der Rat fordert die sofortige Freigabe der Schiffe und die umgehende Freilassung der von Israel festgehaltenen Zivilpersonen. Der Rat fordert Israel nachdrücklich auf, uneingeschränkten konsularischen Zugang zu gestatten, den betroffenen Ländern die sofortige Bergung ihrer Toten und Verletzten zu erlauben und zu gewährleisten, dass die humanitäre Hilfe von dem Konvoi zu ihrem Bestimmungsort gelangt.

Der Rat nimmt Kenntnis von der Erklärung des Generalsekretärs über die Notwendigkeit einer vollständigen Untersuchung der Angelegenheit und fordert eine rasche, unparteiische, glaubwürdige und transparente Untersuchung, die internationalen Normen entspricht.

Der Rat betont, dass die Lage in Gaza nicht haltbar ist. Der Rat hebt erneut hervor, wie wichtig die vollständige Durchführung der Resolutionen 1850 (2008) und 1860 (2009) ist. In diesem Zusammenhang bekundet er erneut seine ernste Besorgnis über die humanitäre Lage in Gaza und unterstreicht die Notwendigkeit eines dauer-

[5] Dokument S/2010/268, Teil des Protokolls der 6325. Sitzung.

[6] S/PRST/2010/9.

haften und regelmäßigen Waren- und Personenverkehrs nach Gaza sowie einer ungehinderten Bereitstellung und Verteilung humanitärer Hilfe in ganz Gaza.

Der Rat unterstreicht, dass die einzige gangbare Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts in einem zwischen den Parteien ausgehandelten Abkommen besteht, und hebt erneut hervor, dass nur eine Zwei-Staaten-Lösung, bei der ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat mit Israel und seinen anderen Nachbarn Seite an Seite in Frieden und Sicherheit lebt, der Region Frieden bringen kann.

Der Rat bekundet seine Unterstützung für die indirekten Gespräche, verleiht seiner Besorgnis darüber Ausdruck, dass dieser Vorfall sich ereignet hat, während diese Gespräche stattfinden, fordert die Parteien nachdrücklich auf, Zurückhaltung zu üben und alle einseitigen und provozierenden Handlungen zu vermeiden, und legt allen internationalen Partnern eindringlich nahe, ein Klima der Zusammenarbeit zwischen den Parteien und in der gesamten Region zu fördern."

Auf seiner 6340. Sitzung am 15. Juni 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6363. Sitzung am 21. Juli 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Bangladeschs, Ecuadors, Irans (Islamische Republik), Islands, Israels, Jordaniens, Kubas, Malaysias, Nicaraguas, Norwegens, Pakistans, der Philippinen, der Schweiz, Sri Lankas, Südafrikas, Tadschikistans und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 20. Juli 2010[7] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Paul Badji, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, aufgrund seines Antrags vom 16. Juli 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 20. Juli 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

[7] Dokument S/2010/391, Teil des Protokolls der 6363. Sitzung.

B. Die Situation im Nahen Osten[8]

Beschluss

Auf seiner 6183. Sitzung am 27. August 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Belgiens, Israels, Italiens, Libanons und Spaniens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation im Nahen Osten

Schreiben des Generalsekretärs vom 6. August 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/407)“.

Resolution 1884 (2009) vom 27. August 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über Libanon, insbesondere die Resolutionen 425 (1978) und 426 (1978) vom 19. März 1978, 1559 (2004) vom 2. September 2004, 1680 (2006) vom 17. Mai 2006, 1701 (2006) vom 11. August 2006, 1773 (2007) vom 24. August 2007 und 1832 (2008) vom 27. August 2008, sowie die Erklärungen seines Präsidenten über die Situation in Libanon,

in Reaktion auf das Ersuchen der Regierung Libanons in einem Schreiben des Außenministers Libanons vom 4. Juli 2009 an den Generalsekretär, das Mandat der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon unverändert um einen weiteren Zeitraum von einem Jahr zu verlängern, und unter Begrüßung des an den Präsidenten des Sicherheitsrats gerichteten Schreibens des Generalsekretärs vom 6. August 2009, in dem er diese Verlängerung empfiehlt[9],

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur vollständigen Durchführung aller Bestimmungen der Resolution 1701 (2006) und im Bewusstsein seiner Verantwortung, zur Herbeiführung einer ständigen Waffenruhe und einer langfristigen Lösung beizutragen, wie in der genannten Resolution vorgesehen,

mit der Aufforderung an alle beteiligten Parteien, sich verstärkt um die Durchführung aller Bestimmungen der Resolution 1701 (2006) zu bemühen,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über alle Verstöße in Verbindung mit der Resolution 1701 (2006), insbesondere über die in dem Schreiben des Generalsekretärs vom 6. August 2009 angeführten jüngsten gravierenden Verstöße, und betonend, wie wichtig es ist, zwischen der Blauen Linie und dem Litani-Fluss eine Zone zu schaffen, die frei von bewaffnetem Personal, Material und Waffen ist, außer denjenigen der Regierung Libanons und der Truppe, und zu diesem Zweck weitere Koordinierungsmaßnahmen zwischen der Truppe und den Libanesischen Streitkräften befürwortend,

mit der Aufforderung an alle beteiligten Parteien, die Blaue Linie in ihrer Gesamtheit zu achten, so auch in Ghadschar, und den Parteien nahelegend, sich weiter mit der Truppe abzustimmen, um die Blaue Linie sichtbar zu markieren,

---

[8] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1967 verabschiedet.

[9] S/2009/407.

unter Hinweis auf die einschlägigen Grundsätze in dem Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal[10],

in Würdigung der aktiven Rolle und der Einsatzbereitschaft des Personals der Truppe, namentlich ihres Kommandeurs, und mit dem Ausdruck seiner hohen Anerkennung für die Mitgliedstaaten, die zu der Truppe beitragen, sowie unterstreichend, dass der Truppe alle erforderlichen Mittel und Ausrüstungsgegenstände zur Durchführung ihres Mandats zur Verfügung stehen müssen,

unter Hinweis auf das Ersuchen der Regierung Libanons, eine internationale Truppe zu entsenden, die ihr bei der Ausübung ihrer Autorität im gesamten Hoheitsgebiet behilflich sein soll, und erneut erklärend, dass die Truppe ermächtigt ist, im Einsatzgebiet ihrer Truppen alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die nach ihrer Einschätzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegen, um sicherzustellen, dass ihr Einsatzgebiet nicht für feindselige Aktivitäten gleich welcher Art genutzt wird, und allen Versuchen, sie mit gewaltsamen Mitteln an der Wahrnehmung ihres Mandats zu hindern, zu widerstehen,

unter Begrüßung der Anstrengungen des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, und betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

mit der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, den Libanesischen Streitkräften nach Bedarf behilflich zu sein, um sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen, im Einklang mit Resolution 1701 (2006),

feststellend, dass die Situation in Libanon nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das derzeitige Mandat der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon bis zum 31. August 2010 zu verlängern;

2. *würdigt* die positive Rolle der Truppe, deren Dislozierung zusammen mit den Libanesischen Streitkräften zur Schaffung eines neuen strategischen Umfelds in Südlibanon beigetragen hat, begrüßt die Ausweitung der zwischen der Truppe und den Libanesischen Streitkräften abgestimmten Aktivitäten und befürwortet eine weitere Verstärkung dieser Zusammenarbeit;

3. *fordert* alle beteiligten Parteien *nachdrücklich auf*, die Einstellung der Feindseligkeiten und die Blaue Linie in ihrer Gesamtheit zu achten, mit den Vereinten Nationen und der Truppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und ihre Verpflichtung zur Achtung der Sicherheit des Personals der Truppe und des sonstigen Personals der Vereinten Nationen streng einzuhalten, namentlich indem sie jedes Vorgehen vermeiden, das das Personal der Vereinten Nationen gefährdet, und indem sie sicherstellen, dass die Truppe in ihrem Einsatzgebiet uneingeschränkte Bewegungsfreiheit genießt;

4. *fordert* alle Parteien *mit Nachdruck auf*, mit dem Sicherheitsrat und dem Generalsekretär uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, um eine ständige Waffenruhe und eine langfristige Lösung herbeizuführen, wie in Resolution 1701 (2006) vorgesehen, und betont, dass in dieser Hinsicht größere Fortschritte erzielt werden müssen;

5. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich

[10] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2051, Nr. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1997 II S. 230; LGBl. 2001 Nr. 4; öBGBl. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin alle vier Monate oder zu jedem anderen von ihm für geeignet erachteten Zeitpunkt über die Durchführung der Resolution 1701 (2006) Bericht zu erstatten;

7. *blickt* in dieser Hinsicht *mit Interesse* dem möglichst raschen Erhalt der Schlussfolgerungen aus der Überprüfung der Einsatzfähigkeit der Truppe, einschließlich der Truppenstruktur, des Materials und des Bedarfs, *entgegen*, die dem Schreiben des Generalsekretärs vom 6. August 2009[9] zufolge in den kommenden Monaten durchgeführt werden wird, um im Einklang mit der bewährten Praxis auf dem Gebiet der Friedenssicherung sicherzustellen, dass das Material und die Ressourcen der Mission auf die für die Erfüllung ihrer mandatsmäßigen Aufgaben am besten geeignete Weise konfiguriert sind;

8. *betont*, wie wichtig und notwendig die Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten auf der Grundlage aller seiner einschlägigen Resolutionen ist, einschließlich seiner Resolutionen 242 (1967) vom 22. November 1967, 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 und 1515 (2003) vom 19. November 2003;

9. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6183. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 9. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[11]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 7. Dezember 2009 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Alberto Asarta Cuevas (Spanien) zum Leiter der Mission und Kommandeur der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon zu ernennen[12], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben".

Auf seiner 6241. Sitzung am 16. Dezember 2009 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation im Nahen Osten

> Bericht des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (S/2009/597)".

Resolution 1899 (2009)
vom 16. Dezember 2009

Der Sicherheitsrat,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 18. November 2009 über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[13] sowie in Bekräftigung seiner Resolution 1308 (2000) vom 17. Juli 2000,

1. *fordert* die beteiligten Parteien zur sofortigen Durchführung seiner Resolution 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 *auf*;

[11] S/2009/629.

[12] S/2009/628.

[13] S/2009/597.

2. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Sicherheitsrat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

3. *beschließt*, das Mandat der Truppe um einen Zeitraum von sechs Monaten, das heißt bis zum 30. Juni 2010, zu verlängern;

4. *ersucht* den Generalsekretär, am Ende dieses Zeitraums einen Bericht über die Entwicklung der Lage und die zur Durchführung der Resolution 338 (1973) getroffenen Maßnahmen vorzulegen.

Auf der 6241. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Ebenfalls auf der 6241. Sitzung gab der Präsident des Sicherheitsrats im Anschluss an die Verabschiedung der Resolution 1899 (2009) im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[14]:

> „Im Zusammenhang mit der soeben verabschiedeten Resolution über die Verlängerung des Mandats der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung bin ich ermächtigt worden, im Namen des Sicherheitsrats die folgende ergänzende Erklärung abzugeben:
>
> > ‚Bekanntlich heißt es in Ziffer 11 des Berichts des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[13]: „‚… die Situation im Nahen Osten ist angespannt, woran sich voraussichtlich auch nichts ändern wird, solange keine umfassende, alle Aspekte des Nahost-Problems einbeziehende Regelung erzielt werden kann.‘ Diese Erklärung des Generalsekretärs gibt die Auffassung des Sicherheitsrats wieder.‘“

Am 1. Februar 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[15]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 28. Januar 2010 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Natalio C. Ecarma (Philippinen) zum Leiter der Mission und Kommandeur der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung zu ernennen[16], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.“

Am 19. April 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[17]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 15. April 2010 betreffend Ihre Absicht, Richter Mohamed Amin El Mahdi (Ägypten) und Richter Erik Møse (Norwegen) zu den beiden Richtern im Auswahlgremium für den Sonder-

[14] S/PRST/2009/34.

[15] S/2010/56.

[16] S/2010/55.

[17] S/2010/199.

gerichtshof für Libanon und Frau Patricia O'Brien, die Untergeneralsekretärin für Rechtsangelegenheiten und Rechtsberaterin, zu Ihrer Beauftragten zu ernennen[18], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6352. Sitzung am 30. Juni 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation im Nahen Osten

Bericht des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (S/2010/296)".

Resolution 1934 (2010)
vom 30. Juni 2010

Der Sicherheitsrat,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 9. Juni 2010 über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[19] sowie in Bekräftigung seiner Resolution 1308 (2000) vom 17. Juli 2000,

1. *fordert* die beteiligten Parteien zur sofortigen Durchführung seiner Resolution 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 *auf*;

2. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Sicherheitsrat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

3. *beschließt*, das Mandat der Truppe um einen Zeitraum von sechs Monaten, das heißt bis zum 31. Dezember 2010, zu verlängern;

4. *ersucht* den Generalsekretär, am Ende dieses Zeitraums einen Bericht über die Entwicklung der Lage und die zur Durchführung der Resolution 338 (1973) getroffenen Maßnahmen vorzulegen.

Auf der 6352. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Ebenfalls auf der 6352. Sitzung gab der Präsident des Sicherheitsrats im Anschluss an die Verabschiedung der Resolution 1934 (2010) im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[20]:

„Im Zusammenhang mit der soeben verabschiedeten Resolution über die Verlängerung des Mandats der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung bin ich ermächtigt worden, im Namen des Sicherheitsrats die folgende ergänzende Erklärung abzugeben:

‚Bekanntlich heißt es in Ziffer 13 des Berichts des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[19]:

[18] S/2010/198.

[19] S/2010/296.

[20] S/PRST/2010/12.

„… die Situation im Nahen Osten ist angespannt, woran sich voraussichtlich auch nichts ändern wird, solange keine umfassende, alle Aspekte des Nahost-Problems einbeziehende Regelung erzielt werden kann.“ Diese Erklärung des Generalsekretärs gibt die Auffassung des Sicherheitsrats wieder.‘“

DIE SITUATION IN ZYPERN[21]

Beschluss

Auf seiner 6239. Sitzung am 14. Dezember 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation in Zypern

Bericht des Generalsekretärs über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern (S/2009/609)

Bericht des Generalsekretärs über seinen Gute-Dienste-Auftrag in Zypern (S/2009/610)“.

Resolution 1898 (2009) vom 14. Dezember 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 25. November 2009[22] über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern und seines Berichts vom 30. November 2009[23] über seinen Gute-Dienste-Auftrag in Zypern,

feststellend, dass die Regierung Zyperns zugestimmt hat, dass es angesichts der Verhältnisse auf der Insel notwendig ist, die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern über den 15. Dezember 2009 hinaus in Zypern zu belassen,

sich der festen Überzeugung des Generalsekretärs *anschließend*, dass die Verantwortung für die Herbeiführung einer Lösung in erster Linie bei den Zyprern selbst liegt, betonend, dass sich derzeit eine seltene Gelegenheit für rasche und entscheidende Fortschritte bietet, und bekräftigend, dass den Vereinten Nationen die Hauptrolle dabei zukommt, den Parteien dabei behilflich zu sein, den Zypern-Konflikt und die Teilung der Insel einer umfassenden und dauerhaften Regelung zuzuführen,

mit Lob für die Führer der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe für die politische Führungsstärke, die sie gezeigt haben, und die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielten Fortschritte und die gemeinsamen Erklärungen der Führer wärmstens begrüßend,

die Führer *mit allem Nachdruck auffordernd*, die Verhandlungsdynamik zu verstärken, um sicherzustellen, dass diese Gelegenheit zur Herbeiführung einer umfassenden Regelung, die auf einer beide Volksgruppen einschließenden bizonalen Föderation und auf politischer Gleichberechtigung beruht, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats dargelegt, in vollem Umfang genutzt wird,

---

[21] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1963 verabschiedet.

[22] S/2009/609.

[23] S/2009/610.

unter Betonung der Bedeutung, die die internationale Gemeinschaft der vollen, flexiblen und konstruktiven Mitwirkung aller Parteien an den Verhandlungen beimisst, und entscheidenden Fortschritten bei diesen Verhandlungen in naher Zukunft erwartungsvoll entgegensehend,

die Absicht des Generalsekretärs *begrüßend*, den Rat über die weiteren Entwicklungen und Fortschritte unterrichtet zu halten,

sowie begrüßend, dass einige der von den Führern angekündigten vertrauensbildenden Maßnahmen durchgeführt wurden, und mit der Aufforderung, erneute Anstrengungen zur Durchführung der verbleibenden Maßnahmen zu unternehmen und weitere Schritte zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu vereinbaren und einzuleiten,

bekräftigend, wie wichtig es ist, dass Zyprer die Grüne Linie weiter überqueren, dazu ermutigend, im beiderseitigen Einvernehmen weitere Übergangsstellen zu öffnen, es begrüßend, dass die Führer die Öffnung des Übergangs Limnitis/Yeşilırmak vereinbart haben und dass in einem erfolgreichen ersten Versuch Sanitätsfahrzeuge beider Seiten den Übergang benutzt haben, sowie nachdrücklich die Durchführung der zweiten Phase der Wiederherstellung des Übergangs an der Ledra-Straße fordernd,

überzeugt, dass eine umfassende und dauerhafte Zypern-Regelung viele wichtige Vorteile für alle Zyprer hätte, und beide Seiten dazu ermutigend, beiden Volksgruppen lange vor etwaigen Referenden diese Vorteile sowie die Notwendigkeit, vermehrte Flexibilität und Kompromissbereitschaft zu zeigen, um sie auch genießen zu können, klar zu erläutern,

hervorhebend, dass die internationale Gemeinschaft den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe auch weiterhin unterstützend zur Seite stehen wird, um ihnen dabei behilflich zu sein, die sich derzeit bietende Chance voll zu nutzen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Generalsekretärs, wonach die Sicherheitslage auf der Insel und entlang der Grünen Linie weiterhin stabil ist, und alle Seiten nachdrücklich auffordernd, alle Handlungen, die zu einer Verschärfung der Spannungen führen, die bislang erzielten guten Fortschritte untergraben oder den guten Willen auf der Insel schädigen könnten, zu vermeiden,

unter Hinweis darauf, dass der Generalsekretär der festen Überzeugung ist, dass die Situation in der Pufferzone verbessert würde, wenn beide Seiten das von den Vereinten Nationen verwendete Aide-mémoire von 1989 akzeptierten,

unter Begrüßung der Fortschritte bei der Weiterverfolgung der Minenräumtätigkeit und der Räumung der verbleibenden Minenfelder erwartungsvoll entgegensehend sowie mit Bedauern über den tragischen Verlust eines Menschenlebens am 28. Oktober 2009, als ein für das Zentrum für Antiminenprogramme tätiger ziviler Auftragnehmer ums Leben kam,

sowie begrüßend, dass der Ausschuss für Vermisste in Zypern Fortschritte erzielt und seine wichtige Tätigkeit fortgesetzt hat, und darauf vertrauend, dass dieser Prozess die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen fördern wird,

darin übereinstimmend, dass die aktive Beteiligung von Gruppen der Zivilgesellschaft für den politischen Prozess unerlässlich ist und dazu beitragen kann, dass jede künftige Regelung von Bestand ist, unter Begrüßung aller Bemühungen um die Förderung von Kontakten zwischen den beiden Volksgruppen und entsprechender Veranstaltungen, namentlich auch durch alle auf der Insel tätigen Stellen der Vereinten Nationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an beide Seiten, das aktive Engagement der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen zu fördern und alle Hindernisse für derartige Kontakte aus dem Weg zu räumen,

betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

unter Begrüßung der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, namentlich die der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung in Bezug auf die Regelung, gegebenenfalls einschließlich Empfehlungen für weitere Anpassungen des Mandats, der Truppenstärke und des Einsatzkonzepts der Truppe, unter Berücksichtigung der Entwicklungen vor Ort und der Auffassungen der Parteien,

sowie unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen von Herrn Alexander Downer als Sonderberater des Generalsekretärs für Zypern mit dem Auftrag, den Parteien bei der Führung umfassender Verhandlungen mit dem Ziel einer umfassenden Regelung behilflich zu sein,

sich dem Dank des Generalsekretärs an die Regierung Zyperns und die Regierung Griechenlands für ihre freiwilligen Beiträge zur Finanzierung der Truppe sowie seinem Ersuchen um weitere freiwillige Beiträge seitens anderer Länder und Organisationen *anschließend*,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

1. *begrüßt* die Analyse der Entwicklungen vor Ort während der letzten sechs Monate in den Berichten des Generalsekretärs, die dieser im Einklang mit seinem Mandat vorgelegt hat[22, 23];

2. *begrüßt außerdem* die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielten Fortschritte und die dadurch eröffneten Aussichten auf weitere Fortschritte in naher Zukunft auf dem Weg zu einer umfassenden und dauerhaften Regelung;

3. *fordert mit Nachdruck* die volle Nutzung dieser Chance, namentlich durch eine Erhöhung der Verhandlungsdynamik, die Verbesserung des derzeitigen Klimas des Vertrauens und des guten Willens und konstruktive und offene Mitwirkung an dem Prozess;

4. *fordert außerdem mit Nachdruck* die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen und sieht der Vereinbarung und Einleitung weiterer derartiger Schritte, einschließlich der Öffnung weiterer Übergangsstellen, erwartungsvoll entgegen;

5. *bekräftigt* alle seine einschlägigen Resolutionen über Zypern, insbesondere die Resolution 1251 (1999) vom 29. Juni 1999 und die späteren Resolutionen;

6. *bekundet* der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern *seine volle Unterstützung* und beschließt, ihr Mandat um einen weiteren, am 15. Juni 2010 endenden Zeitraum zu verlängern;

7. *fordert* beide Seiten *auf*, auch künftig dringend und unter Achtung des Mandats der Truppe Konsultationen mit dieser über die Festlegung des Verlaufs der Pufferzone und über das Aide-mémoire der Vereinten Nationen von 1989 zu führen, mit dem Ziel, zu einer baldigen Einigung über die noch offenen Fragen zu gelangen;

8. *fordert* die türkisch-zyprische Seite und die türkischen Truppen *auf*, den militärischen Status quo in Strovilia wiederherzustellen, der vor dem 30. Juni 2000 bestand;

9. *ersucht* den Generalsekretär, bis zum 1. Juni 2010 einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution, einschließlich über die Frage der Eventualplanung im Hinblick auf die Regelung, vorzulegen und den Sicherheitsrat nach Bedarf über die Geschehnisse unterrichtet zu halten;

10. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Natio-

nen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

11. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6239. Sitzung mit 14 Stimmen bei einer Gegenstimme (Türkei) verabschiedet.

Beschlüsse

Am 28. Mai 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[24]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 27. Mai 2010 betreffend Ihre Absicht, Frau Lisa Buttenheim (Vereinigte Staaten von Amerika) zu Ihrer Sonderbeauftragten für Zypern und Leiterin der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern zu ernennen[25], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6339. Sitzung am 15. Juni 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Zypern

Bericht des Generalsekretärs über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern (S/2010/264)

Bericht des Generalsekretärs über seinen Gute-Dienste-Auftrag in Zypern (S/2010/238)".

Resolution 1930 (2010)
vom 15. Juni 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 28. Mai 2010 über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern[26] und seines Berichts vom 11. Mai 2010 über seinen Gute-Dienste-Auftrag in Zypern[27],

feststellend, dass die Regierung Zyperns zugestimmt hat, dass es angesichts der Verhältnisse auf der Insel notwendig ist, die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern über den 15. Juni 2010 hinaus in Zypern zu belassen,

sich der festen Überzeugung des Generalsekretärs *anschließend*, dass die Verantwortung für die Herbeiführung einer Lösung in erster Linie bei den Zyprern selbst liegt, betonend, dass sich derzeit eine einmalige Gelegenheit für rasche und entscheidende Fortschritte bietet, und bekräftigend, dass den Vereinten Nationen die Hauptrolle dabei zukommt, den Parteien dabei behilflich zu sein, den Zypern-Konflikt und die Teilung der Insel einer umfassenden und dauerhaften Regelung zuzuführen,

[24] S/2010/261.

[25] S/2010/260.

[26] S/2010/264.

[27] S/2010/238.

mit Lob für die von den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe gezeigte politische Führungsstärke und die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielten Fortschritte und die gemeinsamen Erklärungen der Führer, namentlich diejenigen vom 23. Mai[28] und 1. Juli 2008, wärmstens begrüßend,

die Führer *mit allem Nachdruck auffordernd*, die Verhandlungsdynamik zu verstärken, um sicherzustellen, dass diese Gelegenheit zur Herbeiführung einer umfassenden Regelung, die auf einer beide Volksgruppen einschließenden, bizonalen Föderation und auf politischer Gleichberechtigung beruht, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats dargelegt, in vollem Umfang genutzt wird,

unter Betonung der Bedeutung, die die internationale Gemeinschaft der vollen, flexiblen und konstruktiven Mitwirkung aller Parteien an den Verhandlungen beimisst, sich der Auffassung des Generalsekretärs anschließend, dass eine Lösung in greifbare Nähe gerückt ist, und mit Interesse erwartend, dass in naher Zukunft auf der Grundlage des bislang Erreichten entscheidende Fortschritte erzielt werden, im Einklang mit der von den beiden Seiten am 21. Dezember 2009 geäußerten Hoffnung, dass möglichst im Jahr 2010 eine Lösung zustande kommt,

die Absicht des Generalsekretärs *begrüßend*, den Rat über die weiteren Entwicklungen und Fortschritte unterrichtet zu halten, und Kenntnis nehmend von der Absicht des Generalsekretärs, im November 2010 einen Sachstandsbericht vorzulegen,

sowie begrüßend, dass einige der von den Führern angekündigten vertrauensbildenden Maßnahmen durchgeführt wurden, und mit der Aufforderung, erneute Anstrengungen zur Durchführung der verbleibenden Maßnahmen zu unternehmen und weitere Schritte zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu vereinbaren und einzuleiten,

bekräftigend, wie wichtig es ist, dass Zyprer die Grüne Linie weiter überqueren, dazu ermutigend, im beiderseitigen Einvernehmen weitere Übergangsstellen zu öffnen, es begrüßend, dass die Bauarbeiten im Hinblick auf die Öffnung des Übergangs Limnitis/Yeşilırmak fortgesetzt werden, sowie nachdrücklich die Durchführung der zweiten Phase der Wiederherstellung des Übergangs an der Ledra-Straße fordernd,

überzeugt, dass eine umfassende und dauerhafte Zypern-Regelung viele wichtige Vorteile für alle Zyprer hätte, und beide Seiten dazu ermutigend, beiden Volksgruppen lange vor etwaigen Referenden diese Vorteile sowie die Notwendigkeit, vermehrte Flexibilität und Kompromissbereitschaft zu zeigen, um sie auch genießen zu können, klar zu erläutern,

hervorhebend, dass die internationale Gemeinschaft den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe auch weiterhin unterstützend zur Seite stehen wird, um ihnen dabei behilflich zu sein, die sich derzeit bietende Chance voll zu nutzen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Generalsekretärs, wonach die Sicherheitslage auf der Insel und entlang der Grünen Linie weiterhin stabil ist, und alle Seiten nachdrücklich auffordernd, alle Handlungen, die zu einer Verschärfung der Spannungen führen, die bislang erzielten guten Fortschritte untergraben oder den guten Willen auf der Insel schädigen könnten, zu vermeiden,

unter Hinweis darauf, dass der Generalsekretär der festen Überzeugung ist, dass die Situation in der Pufferzone verbessert würde, wenn beide Seiten das von den Vereinten Nationen verwendete Aide-mémoire von 1989 akzeptierten,

unter Begrüßung der Fortschritte bei der Weiterverfolgung der Minenräumtätigkeit und der Räumung der verbleibenden Minenfelder erwartungsvoll entgegensehend,

[28] S/2008/353, Anhang III.

sowie begrüßend, dass der Ausschuss für Vermisste in Zypern Fortschritte erzielt und seine wichtige Tätigkeit fortgesetzt hat, und darauf vertrauend, dass dieser Prozess die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen fördern wird,

darin übereinstimmend, dass die aktive Beteiligung von Gruppen der Zivilgesellschaft für den politischen Prozess unerlässlich ist und dazu beitragen kann, dass jede künftige Regelung von Bestand ist, unter Begrüßung aller Bemühungen um die Förderung von Kontakten zwischen den beiden Volksgruppen und entsprechender Veranstaltungen, namentlich auch durch alle auf der Insel tätigen Stellen der Vereinten Nationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an beide Seiten, das aktive Engagement der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen zu fördern und alle Hindernisse für derartige Kontakte aus dem Weg zu räumen,

betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

unter Begrüßung der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, namentlich die der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung in Bezug auf die Regelung, gegebenenfalls einschließlich Empfehlungen für weitere Anpassungen des Mandats, der Truppenstärke und des Einsatzkonzepts der Truppe, unter Berücksichtigung der Entwicklungen vor Ort und der Auffassungen der Parteien,

sowie unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen von Herrn Alexander Downer als Sonderberater des Generalsekretärs für Zypern mit dem Auftrag, den Parteien bei der Führung umfassender Verhandlungen mit dem Ziel einer umfassenden Regelung behilflich zu sein, mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Arbeit von Herrn Tayé-Brook Zerihoun als Sonderbeauftragter des Generalsekretärs und unter Begrüßung der Ernennung von Frau Lisa Buttenheim zur neuen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs,

sich außerdem dem Dank des Generalsekretärs an die Regierung Zyperns und die Regierung Griechenlands für ihre freiwilligen Beiträge zur Finanzierung der Truppe sowie seinem Ersuchen um weitere freiwillige Beiträge seitens anderer Länder und Organisationen *anschließend*,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

1. *begrüßt* die Analyse der Entwicklungen vor Ort während der letzten sechs Monate in den Berichten des Generalsekretärs, die dieser im Einklang mit seinem Mandat vorgelegt hat[26, 27];

2. *begrüßt außerdem* die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielten Fortschritte und die dadurch eröffneten Aussichten auf weitere Fortschritte in naher Zukunft auf dem Weg zu einer umfassenden und dauerhaften Regelung;

3. *fordert mit Nachdruck* die volle Nutzung dieser Chance, namentlich durch eine Erhöhung der Verhandlungsdynamik, die Wahrung des derzeitigen Klimas des Vertrauens und des guten Willens und konstruktive und offene Mitwirkung an dem Prozess;

4. *fordert außerdem mit Nachdruck* die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen und sieht der Vereinbarung und Einleitung weiterer derartiger Schritte, einschließlich der Öffnung weiterer Übergangsstellen, erwartungsvoll entgegen;

5. *bekräftigt* alle seine einschlägigen Resolutionen über Zypern, insbesondere die Resolution 1251 (1999) vom 29. Juni 1999 und die späteren Resolutionen;

6. *bekundet* der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern *seine volle Unterstützung* und beschließt, ihr Mandat um einen weiteren, am 15. Dezember 2010 endenden Zeitraum zu verlängern;

7. *fordert* beide Seiten *auf*, auch künftig dringend und unter Achtung des Mandats der Truppe Konsultationen mit dieser über die Festlegung des Verlaufs der Pufferzone und über das Aide-mémoire der Vereinten Nationen von 1989 zu führen, mit dem Ziel, zu einer baldigen Einigung über die noch offenen Fragen zu gelangen;

8. *fordert* die türkisch-zyprische Seite und die türkischen Truppen *auf*, den militärischen Status quo in Strovilia wiederherzustellen, der vor dem 30. Juni 2000 bestand;

9. *ersucht* den Generalsekretär, bis zum 1. Dezember 2010 einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution, einschließlich über die Frage der Eventualplanung im Hinblick auf die Regelung, vorzulegen und den Sicherheitsrat nach Bedarf über die Geschehnisse unterrichtet zu halten;

10. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

11. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6339. Sitzung mit 14 Stimmen
bei einer Gegenstimme (Türkei) verabschiedet.

DIE SITUATION BETREFFEND WESTSAHARA[29]

Beschlüsse

Am 8. Oktober 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[30]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 6. Oktober 2009 betreffend Ihre Absicht, Herrn Hany Abdel-Aziz (Ägypten) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Westsahara und Leiter der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara zu ernennen[31], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6305. Sitzung am 30. April 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Spaniens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Westsahara

---

[29] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1975 verabschiedet.

[30] S/2009/527.

[31] S/2009/526.

Bericht des Generalsekretärs über die Situation betreffend Westsahara (S/2010/175)".

Resolution 1920 (2010)
vom 30. April 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über Westsahara und sie bekräftigend,

in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Unterstützung für die Anstrengungen des Generalsekretärs und seines Persönlichen Gesandten für Westsahara zur Durchführung der Resolutionen 1754 (2007) vom 30. April 2007, 1783 (2007) vom 31. Oktober 2007, 1813 (2008) vom 30. April 2008 und 1871 (2009) vom 30. April 2009,

in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, den Parteien bei der Herbeiführung einer gerechten, dauerhaften und für beide Seiten annehmbaren politischen Lösung behilflich zu sein, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara im Rahmen von Regelungen vorsieht, die mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen, und Kenntnis nehmend von der Rolle und den Verantwortlichkeiten der Parteien in dieser Hinsicht,

mit der erneuten Aufforderung an die Parteien und die Staaten der Region, umfassender mit den Vereinten Nationen und miteinander zusammenzuarbeiten, um den derzeitigen Stillstand zu überwinden und Fortschritte in Richtung auf eine politische Lösung zu erzielen,

Kenntnis nehmend von dem dem Generalsekretär am 11. April 2007 vorgelegten Vorschlag Marokkos[32] und die ernsthaften und glaubwürdigen marokkanischen Anstrengungen begrüßend, den Prozess einer Lösung näherzubringen, sowie Kenntnis nehmend von dem dem Generalsekretär am 10. April 2007 vorgelegten Vorschlag der Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro (Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Río de Oro)[33],

in diesem Zusammenhang die Parteien *bittend*, stärkeren politischen Willen für eine Lösung unter Beweis zu stellen,

Kenntnis nehmend von den vier unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs durchgeführten Verhandlungsrunden und den zwei in Dürnstein (Österreich) und Westchester County (Vereinigte Staaten von Amerika) durchgeführten informellen Gesprächsrunden und erfreut über die Fortschritte, die die Parteien im Hinblick auf die Aufnahme direkter Verhandlungen erzielt haben,

betonend, wie wichtig Fortschritte in Bezug auf die menschliche Dimension des Konflikts sind, um Transparenz und gegenseitiges Vertrauen durch konstruktiven Dialog und humanitäre vertrauensbildende Maßnahmen zu fördern, und feststellend, dass alle Parteien ihre Verpflichtungen einhalten müssen, unter Berücksichtigung der Rollen und Verantwortlichkeiten des Systems der Vereinten Nationen und der einschlägigen Ziffern des Berichts des Generalsekretärs vom 6. April 2010[34],

in diesem Zusammenhang die Einigung *begrüßend*, die die Parteien dem Kommuniqué des Persönlichen Gesandten des Generalsekretärs vom 18. März 2008[35] zufolge erzielt

[32] Siehe S/2007/206, Anlage.

[33] S/2007/210, Anlage.

[34] S/2010/175.

[35] S/2008/251, Anhang I.

haben, der Einführung von Familienbesuchen auf dem Landweg und der Wiederaufnahme des bestehenden Programms für Familienbesuche auf dem Luftweg mit Interesse entgegensehend und den Parteien nahelegend, bei der Umsetzung ihrer Einigung mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten,

sowie unter Begrüßung der von den Parteien eingegangenen Verpflichtung, den Verhandlungsprozess durch Gespräche unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen fortzusetzen,

in der Erkenntnis, dass die Konsolidierung des Status quo langfristig kein annehmbares Ergebnis ist, und ferner feststellend, dass Fortschritte bei den Verhandlungen unerlässlich sind, um alle Aspekte der Lebensqualität des Volkes von Westsahara zu verbessern,

in Bekräftigung seiner Unterstützung für den Persönlichen Gesandten des Generalsekretärs, Herrn Christopher Ross, und die Arbeit, die er zur Erleichterung von Verhandlungen zwischen den Parteien leistet, sowie begrüßend, dass er die Region vor kurzem besucht hat und laufende Konsultationen mit den Parteien und den Nachbarstaaten führt,

unter Begrüßung der Ernennung von Herrn Hany Abdel-Aziz zum Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westsahara und Leiter der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 6. April 2010,

1. *bekräftigt* die Notwendigkeit, die mit der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara geschlossenen Militärabkommen in Bezug auf die Waffenruhe in vollem Umfang einzuhalten, und fordert die Parteien auf, diese Abkommen uneingeschränkt zu befolgen;

2. *begrüßt* die von den Parteien eingegangene Verpflichtung, den Prozess der Abhaltung informeller Gespräche im kleinen Kreis zur Vorbereitung einer fünften Verhandlungsrunde fortzusetzen, und erinnert daran, dass er sich der in dem Bericht vom 14. April 2008 enthaltenen Empfehlung angeschlossen hat, wonach es für Verhandlungsfortschritte unerlässlich ist, dass die Parteien Realismus und einen Geist des Kompromisses an den Tag legen[36];

3. *fordert* die Parteien *auf*, weiter den politischen Willen zu zeigen und in einer dem Dialog förderlichen Atmosphäre zu arbeiten, um in eine intensivere und stärker sachbezogene Verhandlungsphase einzutreten, und so die Durchführung der Resolutionen 1754 (2007), 1783 (2007), 1813 (2008) und 1871 (2009) und den Erfolg der Verhandlungen sicherzustellen, und bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung für das Engagement des Generalsekretärs und seines Persönlichen Gesandten zugunsten einer Lösung der Westsahara-Frage in diesem Kontext;

4. *fordert* die Parteien *außerdem auf*, die Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs ohne Vorbedingungen und in redlicher Absicht unter Berücksichtigung der seit 2006 unternommenen Anstrengungen und der späteren Entwicklungen fortzusetzen, mit dem Ziel, eine gerechte, dauerhafte und für beide Seiten annehmbare politische Lösung herbeizuführen, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara im Rahmen von Regelungen vorsieht, die mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen, und verweist auf die Rolle und die Verantwortlichkeiten der Parteien in dieser Hinsicht;

5. *bittet* die Mitgliedstaaten, für diese Gespräche angemessene Unterstützung zu gewähren;

[36] Ebd., Ziff. 66.

6. *ersucht* den Generalsekretär, den Sicherheitsrat regelmäßig über den Stand dieser unter seiner Schirmherrschaft geführten Verhandlungen und die dabei erzielten Fortschritte unterrichtet zu halten, und bekundet seine Absicht, zusammenzutreten, um den Bericht des Generalsekretärs entgegenzunehmen und zu erörtern;

7. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, weit vor Ablauf des Mandatszeitraums einen Bericht über die Situation in Westsahara vorzulegen;

8. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, freiwillige Beiträge zur Finanzierung vertrauensbildender Maßnahmen zu leisten, die vermehrte Kontakte zwischen voneinander getrennten Familienmitgliedern, insbesondere Familienbesuche, sowie sonstige von den Parteien vereinbarte vertrauensbildende Maßnahmen ermöglichen;

9. *beschließt*, das bestehende Mandat der Mission bis zum 30. April 2011 zu verlängern;

10. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Mission uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

11. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6305. Sitzung einstimmig verabschiedet.

DIE SITUATION IN TIMOR-LESTE[37]

Beschlüsse

Auf seiner 6205. Sitzung am 23. Oktober 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Australiens, Brasiliens, Neuseelands, der Philippinen, Portugals, Schwedens, Südafrikas, Thailands und Timor-Lestes (Stellvertretender Ministerpräsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Timor-Leste

> Bericht des Generalsekretärs über die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (S/2009/504)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Atul Khare, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Timor-Leste und Leiter der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 1. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[38]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 25. November 2009 betreffend Ihre Absicht, Frau Ameerah Haq (Bangladesch) zu Ihrer Sonderbe-

[37] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1975 verabschiedet.

[38] S/2009/613.

auftragten für Timor-Leste und Leiterin der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste zu ernennen[39], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6276. Sitzung am 23. Februar 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Australiens, Irlands, Malaysias, Neuseelands, Portugals, Südafrikas und Timor-Lestes (Stellvertretender Ministerpräsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Timor-Leste

Bericht des Generalsekretärs über die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (S/2010/85)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Ameerah Haq, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Timor-Leste und Leiterin der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6278. Sitzung am 26. Februar 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Australiens, Malaysias, Neuseelands, der Philippinen, Portugals, Südafrikas und Timor-Lestes gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Timor-Leste

Bericht des Generalsekretärs über die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (S/2010/85)".

Resolution 1912 (2010) vom 26. Februar 2010

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung aller seiner früheren Resolutionen und Erklärungen zur Situation in Timor-Leste, insbesondere seiner Resolutionen 1599 (2005) vom 28. April 2005, 1677 (2006) vom 12. Mai 2006, 1690 (2006) vom 20. Juni 2006, 1703 (2006) vom 18. August 2006, 1704 (2006) vom 25. August 2006, 1745 (2007) vom 22. Februar 2007, 1802 (2008) vom 25. Februar 2008 und 1867 (2009) vom 26. Februar 2009,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 12. Februar 2010[40], einschließlich des Überblicks über die Feststellungen und Empfehlungen der technischen Bewertungsmission und ihre umfassenden Konsultationen mit den verantwortlichen timorischen Stellen und sonstigen maßgeblichen Interessenträgern,

in Bekräftigung seines uneingeschränkten Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Timor-Lestes und zur Förderung langfristiger Stabilität in dem Land,

Kenntnis nehmend von der allgemeinen Stabilität infolge weiterer Verbesserungen der politischen und der Sicherheitslage und mit der erneuten Aufforderung an die Führung und

[39] S/2009/612.

[40] S/2010/85.

die sonstigen Interessenträger in Timor-Leste, auch weiterhin einen friedlichen Dialog zu verfolgen und gewaltsame Mittel zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden,

unter Begrüßung des erfolgreichen Abschlusses der Wahlen auf Ebene der Dörfer (Sucos) im Oktober 2009, der erkennen lässt, welche Fortschritte in dem demokratischen politischen Prozess in Timor-Leste erzielt worden sind,

sowie die Anstrengungen *begrüßend*, die die politische Führung Timor-Lestes unternimmt, um allen politischen Parteien Möglichkeiten zu verschaffen, zu Fragen von nationalem Interesse beizutragen,

in Bekräftigung der Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der Richterschaft zu achten, unter Betonung der Notwendigkeit, gegen Straflosigkeit vorzugehen, in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von dem schwerwiegenden Mangel an Ressourcen im Justizsystem, die Führung Timor-Lestes ermutigend, wie von der Unabhängigen Sonderuntersuchungskommission für Timor-Leste empfohlen weitere Anstrengungen zur Feststellung der Verantwortlichkeit für schwere Straftaten zu unternehmen, namentlich für diejenigen, die während der Krise im Jahr 2006 begangen wurden[41], und begrüßend, dass das Nationale Parlament Timor-Lestes am 14. Dezember 2009 eine Resolution verabschiedet hat,

mit dem Ausdruck seiner vollen Unterstützung für die Einrichtung der Kommission zur Bekämpfung der Korruption, eines dem Nationalen Parlament Bericht erstattenden unabhängigen Organs, die Ernennung des ersten Leiters der Kommission begrüßend und Timor-Leste ermutigend, weitere Schritte zu unternehmen, um die Transparenz, die Rechenschaftspflicht und die Effizienz der öffentlichen Verwaltung weiter zu erhöhen,

unter Begrüßung der bisherigen Wiederübernahme wesentlicher polizeilicher Aufgaben durch die Nationalpolizei von Timor-Leste und unter Hinweis auf seine früheren Erklärungen über die Notwendigkeit, die am 1. Dezember 2006 zwischen der Regierung Timor-Lestes und der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste geschlossene Vereinbarung über die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Timor-Leste und über Hilfe für die Reform, die Umstrukturierung und den Wiederaufbau der Nationalpolizei von Timor-Leste und des Innenministeriums vollständig durchzuführen,

Kenntnis nehmend von der Erklärung, die Präsident José Ramos-Horta am 9. Dezember 2009 in Bezug auf die Auffassungen der verantwortlichen timorischen Stellen zur künftigen Rolle der Polizei der Mission im Zeitraum 2010-2012 abgab,

mit dem Ausdruck seiner vollen Unterstützung für die Rolle, die die internationalen Sicherheitskräfte auf Ersuchen der Regierung Timor-Lestes wahrnehmen, um die Regierung Timor-Lestes und die Mission bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Stabilität zu unterstützen,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die hohe Arbeitslosen- und Armutsquote unter der timorischen Bevölkerung, auf die im Bericht des Generalsekretärs hingewiesen wird, in dieser Hinsicht die Maßnahmen begrüßend, die die Regierung Timor-Lestes bereits ergriffen hat, um diese Fragen anzugehen, insbesondere die Anstrengungen zur Fertigstellung des Nationalen Strategischen Entwicklungsplans, und unterstreichend, wie wichtig die weitere Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung Timor-Lestes durch die internationale Gemeinschaft ist,

unter Hinweis darauf, dass die gegenwärtigen Herausforderungen in Timor-Leste sich zwar im politischen und institutionellen Bereich äußern, dass jedoch Armut und die damit verbundenen Entbehrungen ebenfalls zu diesen Herausforderungen beitragen, in Würdi-

[41] Siehe S/2006/822, Anlage.

gung der unschätzbaren Hilfe, die die bilateralen und multilateralen Partner Timor-Lestes leisten, insbesondere im Hinblick auf die Erschließung der Humanressourcen, den Aufbau der institutionellen Kapazitäten und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, und in Anerkennung der Fortschritte bei der Entwicklung zahlreicher Aspekte der Regierungsführung in Timor-Leste,

es begrüßend, dass alle Lager für Binnenvertriebene geschlossen wurden, jedoch in der Erkenntnis, dass es im Hinblick auf die volle Wiedereingliederung der Binnenvertriebenen nach wie vor Schwierigkeiten bei der Sicherung der Nachhaltigkeit der Rückkehr und der Wiedereingliederung in die timorische Gesellschaft gibt,

in Bekräftigung seiner Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen und 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz des humanitären Personals und des Personals der Vereinten Nationen sowie unter Begrüßung der Zusammenarbeit der Mission mit anderen Partnern der Vereinten Nationen mit dem Ziel, die Bemühungen der Regierung Timor-Lestes um die Ausarbeitung einer nationalen Politik und Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter zu unterstützen,

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die die Mission nach wie vor bei der Förderung des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung in Timor-Leste wahrnimmt, und mit dem Ausdruck seines Dankes für die von der Mission und dem Landesteam der Vereinten Nationen unter der Leitung der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Timor-Leste unternommenen Bemühungen,

1. *beschließt*, das Mandat der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste unter Beibehaltung der derzeit genehmigten Personalstärke bis zum 26. Februar 2011 zu verlängern;

2. *fordert* alle Parteien in Timor-Leste, insbesondere die politischen Führer, *nachdrücklich auf*, auch weiterhin zusammenzuarbeiten und einen politischen Dialog zu führen sowie den Frieden, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung, die Förderung des Schutzes der Menschenrechte und die nationale Aussöhnung in dem Land zu festigen, und bekräftigt seine volle Unterstützung für die fortgesetzten Bemühungen der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Timor-Leste zur Bewältigung der kritischen politischen und sicherheitsbezogenen Probleme des Landes, namentlich zur Förderung einer Kultur der demokratischen Regierungsführung, durch integrative und kooperative Prozesse;

3. *ersucht* die Mission, im Rahmen ihres laufenden Mandats die erforderliche Unterstützung für die Kommunalwahlen zu gewähren, wenn die Regierung Timor-Lestes darum ersucht, und legt der internationalen Gemeinschaft nahe, bei diesem Prozess behilflich zu sein;

4. *bekräftigt* die anhaltende Wichtigkeit der Überprüfung und Reform des Sicherheitssektors in Timor-Leste, insbesondere die Notwendigkeit, die Rollen und Aufgaben der Falintil-Forças de Defesa de Timor-Leste (Falintil-Verteidigungskräfte Timor-Lestes) und der Nationalpolizei von Timor-Leste voneinander abzugrenzen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu stärken und die zivilen Aufsichts- und Rechenschaftsmechanismen der beiden Sicherheitsinstitutionen zu verbessern, und ersucht die Mission, die Regierung Timor-Lestes bei diesen Bemühungen weiter zu unterstützen;

5. *unterstützt* die Arbeit, die bei der stufenweisen Wiederübernahme der polizeilichen Aufgaben durch die Nationalpolizei von Timor-Leste fortlaufend geleistet wird, um

sicherzustellen, dass die Nationalpolizei die zwischen der Regierung Timor-Lestes und der Mission vereinbarten und in Ziffer 21 des Berichts des Generalsekretärs vom 4. Februar 2009[42] aufgeführten Kriterien erfüllt, und ersucht die Regierung und die Mission, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen, um den Prozess der Wiederübernahme gemäß den vereinbarten Kriterien zügig durchzuführen;

6. *billigt* die Absicht des Generalsekretärs, die Polizeikomponente der Mission umzugliedern und dabei ihre Personalstärke entsprechend dem Prozess der stufenweisen Wiederübernahme der polizeilichen Aufgaben durch die Nationalpolizei von Timor-Leste zu verringern, und ersucht den Generalsekretär, in seinen nächsten Bericht eine Überprüfung dieses Prozesses aufzunehmen;

7. *ersucht* die Mission, über die Präsenz ihrer Polizeikomponente und ihre Unterstützung der Nationalpolizei von Timor-Leste weiter für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Timor-Leste zu sorgen, wozu auch die Rechtsdurchsetzung und die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in der Übergangszeit bis zur vollständigen Neukonstituierung der Nationalpolizei gehören, in Zusammenarbeit mit den Partnern verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um bei der weiteren Ausbildung, Betreuung, institutionellen Entwicklung und Stärkung der Nationalpolizei behilflich zu sein, mit dem Ziel, ihre Wirksamkeit zu erhöhen, namentlich im Hinblick auf die gemeindenahe Polizeiarbeit, und den besonderen Bedürfnissen der Frauen Rechnung zu tragen, erkennt an, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass das Personal der Mission über das geeignete Profil und die geeigneten fachlichen Kompetenzen für diese Aufgaben verfügt, und erkennt außerdem an, dass für den genannten Zweck möglicherweise zivile Sachverständige gebraucht werden;

8. *unterstreicht*, dass das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien nach Bedarf regelmäßig aktualisiert werden und in vollem Einklang mit den Bestimmungen dieser Resolution stehen müssen, und ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat und den truppen- und polizeistellenden Ländern innerhalb von neunzig Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution über sie Bericht zu erstatten;

9. *erklärt erneut*, wie wichtig die laufenden Bemühungen zur Herbeiführung von Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit sind, bekundet seine Unterstützung für die Arbeit der Mission, mit der sie im Rahmen ihres Mandats der Regierung Timor-Lestes in dieser Hinsicht behilflich ist, und unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Regierung die Empfehlungen in dem Bericht der Unabhängigen Sonderuntersuchungskommission für Timor-Leste vom 2. Oktober 2006[41], einschließlich der Ziffern 225 bis 228 des Berichts, umsetzt;

10. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, unter Berücksichtigung der Empfehlungen der unabhängigen umfassenden Bedarfsermittlung und mittels der Umsetzung des Strategischen Plans der Regierung Timor-Lestes für den Justizsektor einen koordinierten Ansatz zur Reform des Justizsektors zu verfolgen, und dass weiterhin die Notwendigkeit besteht, die Justizfunktionen immer mehr in timorische Hand übergehen zu lassen und die Kapazitäten des Landes in diesem Bereich zu verstärken, namentlich durch die Ausbildung und Spezialisierung von einheimischen Anwälten und Richtern, und betont die Notwendigkeit fortgesetzter Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft für den Kapazitätsaufbau und die Stärkung der Institutionen in diesem Sektor;

11. *ersucht* die Mission, ihre Anstrengungen fortzusetzen und nach Bedarf zur Steigerung der Wirksamkeit des Gerichtswesens anzupassen, um der Regierung Timor-Lestes bei der Durchführung der von der Untersuchungskommission empfohlenen Verfahren behilflich zu sein;

[42] S/2009/72.

12. *fordert* die Mission *auf*, die Regierung Timor-Lestes bei ihren Maßnahmen zur Koordinierung der Zusammenarbeit der Geber in Bereichen des institutionellen Kapazitätsaufbaus weiter zu unterstützen;

13. *erkennt an*, wie wichtig die Nationale Strategie für die Wiederherstellung Timor-Lestes ist, insbesondere die Aufmerksamkeit, die der Infrastruktur, der ländlichen Entwicklung und dem Kapazitätsaufbau im Bereich der Humanressourcen gewidmet wird, und fordert diesbezüglich die Mission auf, auch weiterhin in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen sowie allen in Betracht kommenden Partnern die Regierung Timor-Lestes und die zuständigen Institutionen bei der Konzipierung von Maßnahmen zur Verringerung der Armut, zur Verbesserung der Bildung und zur Förderung dauerhafter Existenzgrundlagen und des Wirtschaftswachstums zu unterstützen;

14. *ermutigt* die Regierung Timor-Lestes, die Perspektiven der Friedenskonsolidierung in Bereichen wie der Beschäftigung und der Ermächtigung, mit besonderem Schwerpunkt auf den ländlichen Gebieten und der Jugend, sowie der sozioökonomischen Entwicklung auf lokaler Ebene, insbesondere im Agrarsektor, zu stärken;

15. *ersucht* die Mission, im Einklang mit den Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009) und 1889 (2009) geschlechtsspezifische Gesichtspunkte als Querschnittsthema umfassend in ihr gesamtes Mandat zu integrieren, betont, wie wichtig es ist, dass der Sicherheitssektor verstärkt den besonderen Bedürfnissen der Frauen entgegenkommt, und ersucht den Generalsekretär, in seine Berichterstattung an den Rat auch Informationen über die Fortschritte bei der Integration der Geschlechterperspektive in der gesamten Mission sowie über alle weiteren die Lage von Frauen und Mädchen betreffenden Gesichtspunkte, insbesondere die Notwendigkeit, sie vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen, aufzunehmen und im Einzelnen besondere Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor solcher Gewalt zu benennen;

16. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dafür zu sorgen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von der Mission uneingeschränkt befolgt wird, und den Rat darüber unterrichtet zu halten, und fordert die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen zu ergreifen und sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

17. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, den Rat regelmäßig über die Entwicklungen vor Ort und über die Durchführung dieser Resolution unterrichtet zu halten und ihm spätestens bis zum 15. Oktober 2010 einen Bericht, der die in Ziffer 6 erbetenen Elemente enthält, und spätestens bis zum 26. Januar 2011 einen Bericht über mögliche Anpassungen des Mandats und der Personalstärke der Mission vorzulegen;

18. *erklärt erneut*, wie wichtig die mittelfristige Strategie und die Kriterien[43] für die Messung und Verfolgung der Fortschritte in Timor-Leste und für die Bewertung des Umfangs und der Art der Unterstützung der Vereinten Nationen sind, wobei diese Kriterien ständig aktiv überprüft werden, und unterstreicht, wie wichtig es ist, dass in diesem Prozess die Führer und das Volk Timor-Lestes die Träger der Strategie sind;

19. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6278. Sitzung einstimmig verabschiedet.

---

[43] Ebd., Anhang.

FRIEDENSSICHERUNGSEINSÄTZE DER VEREINTEN NATIONEN[44]

Beschlüsse

Auf seiner 6178. Sitzung am 5. August 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Argentiniens, Australiens, Bangladeschs, Brasiliens, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Kanadas, Marokkos, Nepals, Neuseelands, Nigerias, Norwegens, Pakistans, Perus, Schwedens, Serbiens, Südafrikas, Thailands, Tunesiens, Uruguays und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Frau Susana Malcorra, die Untergeneralsekretärin für die Unterstützung der Feldeinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, General Martin Luther Agwai, den Kommandeur des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[45]:

> „Der Sicherheitsrat bekräftigt die in seinen Resolutionen 1327 (2000) und 1353 (2001) und in den Erklärungen seines Präsidenten vom 3. Mai[46] und 4. November 1994[47], 28. März 1996[48], 31. Januar 2001[49] und 17. Mai 2004[50] abgegebenen Empfehlungen und die Mitteilung seines Präsidenten vom 14. Januar 2002[51] und bestätigt seine Absicht, die Anstrengungen zur vollständigen Umsetzung dieser Empfehlungen weiter zu verstärken. Der Rat verweist insbesondere auf die in der Erklärung seines Präsidenten vom 3. Mai 1994 genannten Faktoren, die zu berücksichtigen sind, wenn die Einrichtung eines neuen Friedenssicherungseinsatzes erwogen wird.
>
> Der Rat ist der Auffassung, dass die Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen eine einzigartige weltweite Partnerschaft ist, die die Beiträge und das Engagement des gesamten Systems der Vereinten Nationen bündelt. Der Rat ist entschlossen, diese Partnerschaft zu stärken. Der Rat erkennt die wichtige Arbeit an, die der Sonderausschuss der Generalversammlung für Friedenssicherungseinsätze, die Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Friedenssicherungseinsätze, der Fünfte Ausschuss der Versammlung und das Sekretariat leisten, um sicherzustellen, dass die Friedenssicherungsbemühungen die bestmöglichen Ergebnisse erbringen.
>
> Der Rat hat sich in den vergangenen sechs Monaten darum bemüht, seinen Dialog mit dem Sekretariat und den truppen- und polizeistellenden Ländern über die ge-

---

[44] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1990 verabschiedet.

[45] S/PRST/2009/24.

[46] S/PRST/1994/22.

[47] S/PRST/1994/62.

[48] S/PRST/1996/13.

[49] S/PRST/2001/3.

[50] S/PRST/2004/16.

[51] S/2002/56.

meinsame Aufsicht über die Friedenssicherungseinsätze zu verbessern und die folgenden Praktiken zu entwickeln:

i) einen regelmäßigen Dialog mit dem Sekretariat über die allgemeinen Probleme der Friedenssicherung;

ii) Anstrengungen zur Vertiefung der Konsultationen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern, namentlich über die Arbeitsgruppe für Friedenssicherungseinsätze und die am 23. Januar[52] und 29. Juni 2009[53] abgehaltenen Aussprachen;

iii) die Organisation politisch-militärischer Treffen zu bestimmten Einsätzen, um die gemeinsame Analyse der operativen Herausforderungen zu verbessern;

iv) die Aufforderung zur regelmäßigen Aktualisierung der Planungsdokumente durch das Sekretariat, um die Übereinstimmung mit den Mandaten zu gewährleisten;

v) eine verbesserte Überwachung und Evaluierung, gegebenenfalls durch die Anwendung von Kriterien, mit denen die Fortschritte bei der Umsetzung einer umfassenden und integrierten Strategie erfasst werden können.

Der Rat hat mehrere Bereiche ermittelt, über die weiter nachgedacht werden muss, um die Friedenssicherungseinsätze besser vorzubereiten, zu planen, zu überwachen, zu evaluieren und abzuschließen:

i) Sicherstellen, dass die Mandate der Friedenssicherungseinsätze klar, glaubwürdig und erfüllbar sind und dass dafür ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden. Der Rat betont, dass die Personalstärke, das Mandat und die Zusammensetzung der Friedenssicherungseinsätze regelmäßig in Absprache mit den anderen Beteiligten bewertet werden müssen, damit gegebenenfalls, je nach den erzielten Fortschritten oder sich verändernden Umständen vor Ort, die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden können;

ii) den Informationsaustausch verbessern, insbesondere über die operativen militärischen Herausforderungen, unter anderem durch systematische Konsultationen des Sekretariats mit den Mitgliedstaaten über die Ziele und Rahmenparameter einer technischen Bewertungsmission vor deren Entsendung und eine Nachbesprechung über die wesentlichen Feststellungen der Mission nach ihrer Rückkehr. Der Rat befürwortet die Praxis, vor der Erörterung von Mandatsverlängerungen Treffen zwischen den Ratsmitgliedern und dem Sekretariat auf der Ebene politisch-militärischer Sachverständiger abzuhalten. Der Rat ist sich dessen bewusst, dass er besseren Zugang zu militärischer Beratung haben muss, und beabsichtigt, seine Arbeit an diesbezüglichen Mechanismen fortzusetzen. Der Rat wird die Rolle des Generalstabsausschusses weiter prüfen;

iii) der Rat beabsichtigt, sich mit dem Sekretariat in der Frühphase der Mandatserarbeitung und während des gesamten Missionsverlaufs stärker über die militärischen, polizeilichen, justiziellen, rechtsstaatlichen und friedenskonsolidierenden Aspekte eines Einsatzes abzustimmen;

iv) vor der Verlängerung oder Änderung des Mandats eines Friedenssicherungseinsatzes früher und konstruktiver mit den truppen- und polizeistellenden Ländern zusammenwirken. Der Rat begrüßt konkrete Vorschläge zur Vertiefung derartiger Konsultationen. Er erkennt an, dass die truppen- und polizeistellenden

[52] Siehe S/PV.6075.

[53] Siehe S/PV.6153 und S/PV.6153 (Resumption 1).

Länder dank ihrer Erfahrung und Sachkenntnis maßgeblich zur wirksamen Planung, Entscheidungsfindung und Entsendung von Friedenssicherungseinsätzen beitragen können. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat den Zwischenbericht seiner Arbeitsgruppe für Friedenssicherungseinsätze[54] und ermutigt sie, sich weiter mit der Frage der Zusammenarbeit mit den truppen- und polizeistellenden Ländern und anderen Beteiligten zu befassen. Der Rat verpflichtet sich, in dieser Frage Fortschritte zu erzielen und den Stand der Entwicklung 2010 zu überprüfen;

v) im Rat das Bewusstsein für die Auswirkungen seiner Beschlüsse auf die Ressourcen und die Unterstützung der Feldeinsätze erhöhen. Der Rat ersucht darum, dass ihm zu jeder neu vorgeschlagenen Friedenssicherungsmission oder vorgesehenen wesentlichen Mandatsänderung eine Schätzung des daraus folgenden Ressourcenbedarfs für die Mission vorgelegt wird;

vi) im Rat das Bewusstsein für die strategischen Herausforderungen erhöhen, die sich in allen Friedenssicherungseinsätzen stellen. Der Rat begrüßt die Unterrichtungen, die er zu diesem Zweck seit Januar 2009 seitens der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und der Sekretariats-Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze erhalten hat und die auch künftig regelmäßig erfolgen sollen.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass bei einer Situation, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden kann, das gesamte Spektrum möglicher Reaktionen abzuwägen ist und dass Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen nicht anstelle, sondern nur einhergehend mit einer politischen Strategie eingesetzt werden dürfen. Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig es ist, die politische und operative Unterstützung aller Beteiligten zu mobilisieren und aufrechtzuerhalten.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass es dringend geboten ist, die Gruppe der Länder, die bereit sind, Truppen und Polizeikräfte zu stellen, zu vergrößern, und begrüßt die Anstrengungen der Mitgliedstaaten, die bilaterale Hilfe für sie zu koordinieren. Der Rat unterstützt die Anstrengungen, die Zusammenarbeit und Koordinierung mit den entsprechenden regionalen und subregionalen Organisationen und anderen Partnern während der Dauer einer Mission zu verbessern. Der Rat anerkennt die Vordringlichkeit der Stärkung der Kapazitäten der Afrikanischen Union und die Rolle der regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen des Sekretariats, die Friedenssicherungseinsätze zu überprüfen und eine verbesserte Planung und Unterstützung bereitzustellen, und ermutigt das Sekretariat, diese Anstrengungen zu vertiefen. In dieser Hinsicht nimmt der Rat Kenntnis von den Bewertungen und Empfehlungen in dem Non-Paper ‚A new partnership agenda: charting a new horizon for United Nations Peacekeeping' (Eine neue Partnerschaftsagenda: Einen neuen Horizont für die Friedenssicherung der Vereinten Nationen abstecken) und der darin enthaltenen Unterstützungsstrategie und beabsichtigt, sie sorgfältig zu prüfen.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass unter den Mitgliedstaaten, namentlich im Sonderausschuss für Friedenssicherungseinsätze, weitere Gespräche geführt werden müssen, um einen breiteren Konsens über eine Vielzahl von Fragen herbeizuführen, namentlich über einen robusten Ansatz für die Friedenssicherung und die Durchführung der Mandate zum Schutz von Zivilpersonen. Der Rat bekräftigt die einschlägigen Bestimmungen seiner Resolution 1674 (2006) und sieht in dieser Hinsicht der

[54] S/2009/398, Anlage.

Überprüfung der Durchführung der Mandate zum Schutz von Zivilpersonen im weiteren Verlauf des Jahres 2009 mit Interesse entgegen.

Der Rat erinnert an die Erklärung seines Präsidenten vom 22. Juli 2009 über Friedenskonsolidierung[55] und betont insbesondere erneut, dass Friedensschaffung, Friedenssicherung, Friedenskonsolidierung und Entwicklung kohärent gestaltet und integriert werden müssen, um von Anfang an zu einem wirksamen Vorgehen in Postkonfliktsituationen zu gelangen. Der Rat ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte über die verschiedenen Missionen Angaben über die Fortschritte im Hinblick auf einen koordinierten Ansatz der Vereinten Nationen in dem jeweiligen Land und insbesondere über die wesentlichen Mängel bei der Verwirklichung der Friedenskonsolidierungsziele neben der Mission aufzunehmen.

Der Rat ist nach wie vor entschlossen, die Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen insgesamt weiter zu verbessern, und wird Anfang 2010 eine weitere Überprüfung durchführen."

Auf seiner 6270. Sitzung am 12. Februar 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, Bangladeschs, Indiens, Italiens, Jordaniens, Marokkos, Nepals, Pakistans, der Philippinen, Ruandas und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen

Übergangs- und Ausstiegsstrategien

Schreiben des Ständigen Vertreters Frankreichs bei den Vereinten Nationen vom 3. Februar 2010 an den Generalsekretär (S/2010/67)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, Frau Susana Malcorra, die Untergeneralsekretärin für die Unterstützung der Feldeinsätze, Herrn Alan Doss, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, Frau Ellen Margrethe Løj, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Liberia und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, und Herrn Michael von der Schulenburg, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Sierra Leone und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Peter Wittig, den Ständigen Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Téte António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, und Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[56]:

[55] S/PRST/2009/23.

[56] S/PRST/2010/2.

„Der Sicherheitsrat bekräftigt die Erklärung seines Präsidenten vom 5. August 2009[45] und seine anhaltende Entschlossenheit, die Wirksamkeit der Friedenssicherungsmaßnahmen der Vereinten Nationen insgesamt weiter zu erhöhen.

Der Rat betont insbesondere seine Entschlossenheit, ‚die Personalstärke, das Mandat und die Zusammensetzung der Friedenssicherungseinsätze regelmäßig in Absprache mit den anderen Beteiligten [zu bewerten], damit gegebenenfalls, je nach den erzielten Fortschritten oder sich verändernden Umständen vor Ort, die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden können'. Der Rat betont, dass das übergreifende Ziel darin bestehen sollte, durch die Schaffung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden vor Ort Fortschritte zu erzielen und so die Neugliederung oder den Abzug der betreffenden Friedenssicherungsmission der Vereinten Nationen zu ermöglichen.

Der Rat unterstreicht, dass ein fortgeschrittenes Stadium im Friedensprozess ein wichtiger Faktor für den erfolgreichen Übergang von einem Friedenssicherungseinsatz zu anderen Konfigurationen der Präsenz der Vereinten Nationen ist. Er hebt darüber hinaus hervor, wie wichtig es ist, dass der Gaststaat seine Bevölkerung schützt, politische Streitigkeiten friedlich regelt, Grundversorgungseinrichtungen bereitstellt und die langfristige Entwicklung sicherstellt.

Der Rat erkennt an, wie wichtig es ist, politische Prozesse und nationale Institutionen zu unterstützen und insbesondere die Hilfe in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Friedenskonsolidierung im frühestmöglichen Stadium einsetzen zu lassen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Rat, dass die Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Friedenskonsolidierung dringend verbessert werden müssen und für einen koordinierten Ansatz der Vereinten Nationen im Land gesorgt werden muss, wie in der Erklärung seines Präsidenten vom 22. Juli 2009[55] und in dem Bericht des Generalsekretärs über die Friedenskonsolidierung in der unmittelbaren Konfliktfolgezeit[57] hervorgehoben wurde.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig nationale Eigenverantwortung, ein konstruktiver Dialog und Partnerschaft zwischen den nationalen Behörden und der internationalen Gemeinschaft sind, wenn es darum geht, bei der Deckung vorrangiger Bedürfnisse im Bereich der Friedenskonsolidierung und bei der Bekämpfung der tieferen Ursachen wiederkehrender Instabilität behilflich zu sein.

In der Praxis des Sicherheitsrats sind mit Unterstützung des Sekretariats weitere Verbesserungen möglich, um den Erfolg der Übergangsphase sicherzustellen, indem klare, glaubhafte und erfüllbare Mandate mit angemessener Ressourcenausstattung festgelegt werden. Der Rat

- verpflichtet sich, in Friedenssicherungsmandate nach Möglichkeit das angestrebte Ergebnis der Durchführung der mandatsmäßigen Aufgaben sowie eine klare Reihung der zu diesem Zweck zu erfüllenden Aufgaben nach ihrer Priorität aufzunehmen, eingedenk der Notwendigkeit, günstige Bedingungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen;
- betont, wie wichtig ein entsprechendes Maß an militärischem Sachverstand für die Beschlüsse des Sicherheitsrats ist;
- betont, dass das Sekretariat mindestens einen Monat vor der Verlängerung eines Mandats präzise und klare Empfehlungen zum Inhalt des Mandats und zu möglicherweise notwendigen Änderungen vorzulegen hat, die die Entwicklungen vor Ort sowie die Auffassungen des Gaststaats, der jewei-

[57] S/2009/304.

ligen truppen- und polizeistellenden Länder und gegebenenfalls anderer Beteiligter berücksichtigen;

– ersucht das Sekretariat, bei der Planung der militärischen, polizeilichen und anderen friedenskonsolidierenden Aufgaben Phasen mit klaren Zielsetzungen vorzusehen und dabei zu berücksichtigen, welche örtlichen Bedingungen hergestellt werden müssen, um den Erfolg der Mission und den Übergang vom Stadium des Friedenssicherungseinsatzes zu gewährleisten, sowie den jüngsten Erfahrungen Rechnung zu tragen, die beim Übergang zu integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung gewonnen wurden;

– anerkennt den Nutzen strategischer Arbeitspläne und wird ihre verstärkte Anwendung bei Friedenssicherungseinsätzen erwägen. Die Fortschritte bei der Erfüllung der in Resolutionen des Rates vorgegebenen vorrangigen Aufgaben sollen gegebenenfalls an Kriterien gemessen werden, die vom Rat leicht zu überwachen sind;

– anerkennt, dass es wichtig ist sicherzustellen, dass die in einem Mandat enthaltenen Friedenskonsolidierungsaufgaben in einer möglichst frühen Phase des Friedenssicherungseinsatzes durchgeführt werden, in Abstimmung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und unter gebührender Achtung der Sicherheitsanliegen und der Prioritäten der Gastregierung sowie unter Berücksichtigung bereits bestehender Programme und der vor dem Beginn des Einsatzes angewandten Politiken. In dieser Hinsicht bekräftigt der Rat, dass der Planungsprozess für integrierte Missionen vollständig umgesetzt werden muss, und vermerkt außerdem die Wichtigkeit der integrierten strategischen Rahmen. Der Rat stellt außerdem fest, wie wichtig die derzeit vom Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung durchgeführte Überprüfung der zivilen Kapazitäten ist;

– verpflichtet sich zu verstärkter Koordinierung mit der Kommission für Friedenskonsolidierung und sieht der für 2010 angesetzten Überprüfung der Kommission und den Empfehlungen über Möglichkeiten zur weiteren Stärkung ihrer Rolle mit Interesse entgegen;

– begrüßt es, dass die Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Friedenssicherungseinsätze ihr Arbeitsprogramm verabschiedet hat, und würdigt insbesondere ihren Beschluss, sich mit den wichtigsten Erfahrungen aus früheren und laufenden Missionen hinsichtlich der erfolgreichen Umsetzung von Übergangsstrategien zu befassen, mit dem Ziel, die Praxis des Rates zu verbessern;

– erinnert daran, dass der Schutz von Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts nach Maßgabe des jeweiligen Mandats gemäß Resolution 1894 (2009) des Rates während der gesamten Laufzeit von Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen berücksichtigt werden muss.

Der Rat verpflichtet sich zur regelmäßigen Überwachung der Fortschritte und der Vollendung der verschiedenen Phasen eines Friedenssicherungseinsatzes. Der Rat betont, wie wichtig es ist, ein wirksames System zur Berichterstattung und zur Gewinnung von Informationen zu unterhalten.

Der Rat bekräftigt seine Auffassung, dass die Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen eine einzigartige weltweite Partnerschaft ist, die die Beiträge und das Engagement des gesamten Systems der Vereinten Nationen bündelt. Der Rat ist entschlossen, diese Partnerschaft zu stärken, und erkennt an, dass dem Sonderausschuss der Generalversammlung für Friedenssicherungseinsätze und dem Fünften Ausschuss der Versammlung in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle zukommt. Der Rat erkennt

an, dass die Kapazitäten des Sekretariats in den Bereichen militärische Planung, Polizei, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Aufbau von Institutionen laufend überprüft werden müssen, um ihre wirksame Nutzung und Koordinierung zu gewährleisten.

Der Rat anerkennt den Beitrag der regionalen und subregionalen Organisationen zu den Übergangsprozessen. Der Rat fordert alle Mitgliedstaaten und regionalen, subregionalen und internationalen Partner auf, die Kohärenz und Koordinierung ihrer Friedenskonsolidierungspläne und -programme mit denen des jeweiligen Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen und der umfassenderen Präsenz der Vereinten Nationen vor Ort zu fördern.

Der Rat verpflichtet sich, die erforderliche politische Unterstützung bereitzustellen, um die wirksame Durchführung von Friedensprozessen zu gewährleisten und so den Erfolg der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen zu fördern.

Der Rat betont, wie wichtig es ist, sich bei seinen eigenen Beratungen mit der frühzeitigen Friedenskonsolidierung zu befassen und Kohärenz zwischen Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung zu gewährleisten, um zu wirksamen Übergangsstrategien zu gelangen. Der Rat sieht einer weiteren Erörterung der Anwendung dieses integrierten Ansatzes mit Interesse entgegen und ersucht den Generalsekretär, seine diesbezüglichen Anstrengungen zu intensivieren.

Der Rat ist nach wie vor entschlossen, die Wirksamkeit der Friedenssicherungsmaßnahmen der Vereinten Nationen insgesamt weiter zu verbessern, insbesondere durch Berücksichtigung und Stärkung der Verbindungen zu den umfassenderen Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung, und wird Ende 2010 eine weitere Überprüfung der diesbezüglichen Fortschritte durchführen."

DIE SITUATION ZWISCHEN IRAK UND KUWAIT[58]

Beschluss

Am 4. Februar 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[59]:

„Ich beehre mich, Ihr Schreiben vom 29. Dezember 2009[60] zu beantworten, in dem Sie auf die Resolution 1284 (1999) des Sicherheitsrats, mit der das Mandat für den Hochrangigen Koordinator für vermisste Staatsangehörige Kuwaits und dritter Staaten und vermisste kuwaitische Vermögenswerte erteilt wurde, Bezug nehmen.

Die Ratsmitglieder bekräftigen ihre anhaltende Unterstützung für die wichtige Tätigkeit des Hochrangigen Koordinators.

Ich möchte Sie von dem Beschluss des Rates unterrichten, 251.400 US-Dollar aus der Betriebsmittelreserve und dem Restbetrag des für Verwaltungs- und Betriebskosten vorgesehenen Anteils von 2,2 Prozent des Treuhandkontos bereitzustellen, um die Fortsetzung der Tätigkeit des Hochrangigen Koordinators und seines Unterstützungspersonals bis zum 30. Juni 2010 zu finanzieren.

---

[58] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1990 verabschiedet.

[59] S/2010/72.

[60] S/2009/685.

Der Rat ersucht um die Vorlage eines umfassenden Berichts bis zum 30. Juni 2010 über die im gegenwärtigen Mandatszeitraum des Hochrangigen Koordinators erzielten Fortschritte."

DIE SITUATION IN LIBERIA[61]

Beschluss

Auf seiner 6188. Sitzung am 15. September 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Liberias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Liberia

Neunzehnter Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (S/2009/411)".

Resolution 1885 (2009) vom 15. September 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Liberia und der Subregion, insbesondere seine Resolutionen 1509 (2003) vom 19. September 2003, 1626 (2005) vom 19. September 2005 und 1836 (2008) vom 29. September 2008,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 10. August 2009[62] sowie seines Sonderberichts vom 10. Juni 2009[63] und Kenntnis nehmend von den Empfehlungen in beiden Berichten,

sowie die Anstrengungen *begrüßend*, die die Regierung Liberias unternimmt, um die nationale Aussöhnung und die wirtschaftliche Erholung zu fördern, die Korruption zu bekämpfen und Effizienz und eine gute Regierungsführung zu fördern, insbesondere die Maßnahmen zur Verstärkung der staatlichen Kontrolle über die natürlichen Ressourcen und zur Regelung der wichtigen Frage der Bodenreform,

Kenntnis nehmend von dem Abschluss der Arbeit der Kommission für Wahrheit und Aussöhnung, der dem Volk Liberias eine wichtige Chance bietet, die Agenda der nationalen Aussöhnung weiter voranzubringen und einen konstruktiven nationalen Dialog über die tieferen Ursachen des liberianischen Konflikts zu führen,

in der Erkenntnis, dass für eine dauerhafte Stabilität in Liberia und der Subregion ein gut funktionierender und bestandfähiger Sicherheits- und Rechtsstaatlichkeitssektor erforderlich sein wird, und Kenntnis nehmend von den weiteren Fortschritten, die derzeit beim Ausbau und bei der Professionalisierung der Liberianischen Streitkräfte und der Liberianischen Nationalpolizei erzielt werden,

unter Hinweis auf die Kriterien für die Abbauphase der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, einschließlich der Schlüsselkriterien für die Liberianische Nationalpolizei

---

[61] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1991 verabschiedet.

[62] S/2009/411.

[63] S/2009/299.

und die nationale Sicherheitsstrategie, und besorgt über die Bereiche, in denen nach wie vor nur schleppende Fortschritte erzielt werden,

in der Erkenntnis, dass es in allen Sektoren nach wie vor erhebliche Probleme gibt, darunter auch die anhaltende Gewaltkriminalität,

unter Begrüßung der Anstrengungen des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Mission, weiter aufmerksam zu verfolgen, und betonend, dass der Sicherheitsrat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss, im Einklang mit der Erklärung seines Präsidenten vom 5. August 2009 über die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen[64],

mit dem Ausdruck seines Dankes für die fortgesetzte Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend von den Bedrohungen für die Stabilität in der Subregion, einschließlich Liberias, insbesondere denjenigen, die vom Drogenhandel, der organisierten Kriminalität und den illegalen Waffen ausgehen,

mit Lob für die Arbeit der Mission, unter der Führung der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Liberia, und für den bedeutenden Beitrag, den sie nach wie vor zur Wahrung des Friedens und der Stabilität in Liberia leistet, und unter Begrüßung der engen Zusammenarbeit zwischen der Mission und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire sowie mit den Nachbarregierungen bei der Koordinierung der Sicherheitsaktivitäten in den Grenzgebieten der Subregion,

Kenntnis nehmend von den Schlussfolgerungen der Bedarfsermittlungsmission, die die Erfordernisse der Nationalen Wahlkommission Liberias für die Vorbereitung und Durchführung der allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Oktober 2011 evaluierte[62], und betonend, dass die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen bei den liberianischen Behörden liegt, die von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden,

unter Begrüßung der Fortschritte bei der Erfüllung der in den Berichten des Generalsekretärs vom 12. September 2006[65], 8. August 2007[66] und 19. März 2008[67] festgelegten Kriterien,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 und 1820 (2008) vom 19. Juni 2008 über Frauen und Frieden und Sicherheit, unter Verurteilung jeglicher sexueller Gewalt, ferner unter Begrüßung der fortgesetzten Anstrengungen, die die Mission in enger Zusammenarbeit mit der Regierung Liberias zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, unternimmt, mit Genugtuung davon Kenntnis nehmend, dass die Regierung ihre Strategie zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) festgelegt hat, in der Erkenntnis, dass bei der Bewältigung des ernsten Problems der geschlechtsspezifischen Gewalt, der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs nach wie vor Schwierigkeiten bestehen, und mit der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, die Regierung bei ihren Bemühungen stärker zu unterstützen,

den liberianischen Behörden *nahelegend*, beschleunigte Anstrengungen zur Einsetzung der Unabhängigen nationalen Menschenrechtskommission zu unternehmen,

---

[64] S/PRST/2009/24.

[65] S/2006/743.

[66] S/2007/479.

[67] S/2008/183.

erneut erklärend, dass der Sondergerichtshof für Sierra Leone zur Gewährleistung seiner Sicherheit nach wie vor der Unterstützung durch die Mission bedarf, vorbehaltlich dessen, dass diese Frage im weiteren Verlauf der Tätigkeit des Gerichtshofs regelmäßig überprüft wird,

feststellend, dass die Situation in Liberia nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Liberia bis zum 30. September 2010 zu verlängern;

2. *ermächtigt* die Mission, der Regierung Liberias bei der Durchführung der allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2011 behilflich zu sein, indem sie logistische Unterstützung gewährt, insbesondere zur Erleichterung des Zugangs zu abgelegenen Gebieten, die internationale Wahlhilfe koordiniert und die liberianischen Institutionen und politischen Parteien dabei unterstützt, eine die Durchführung friedlicher Wahlen begünstigende Atmosphäre zu schaffen;

3. *fordert* die liberianischen Behörden *auf*, dafür zu sorgen, dass die noch offenen Fragen im Hinblick auf die wahlrechtlichen Rahmenbedingungen, einschließlich der Festlegung der Wahlkreise und der vorgeschlagenen Verfassungsänderungen, endgültig geregelt werden, damit die Wahlen angemessen vorbereitet werden können;

4. *billigt* die Empfehlung des Generalsekretärs, wonach die Durchführung freier und fairer, konfliktfreier Wahlen ein Schlüsselkriterium für den künftigen Abbau der Mission sein soll[63];

5. *bekräftigt seine Absicht*, den Generalsekretär zu ermächtigen, im Einklang mit den Bestimmungen der Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 nach Bedarf vorübergehend Truppen zwischen der Mission und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlegen, und fordert die truppenstellenden Länder auf, die diesbezüglichen Maßnahmen des Generalsekretärs zu unterstützen;

6. *billigt* die Empfehlung im Sonderbericht des Generalsekretärs vom 10. Juni 2009, von Oktober 2009 bis Mai 2010 die dritte Phase des Abbaus der Mission durchzuführen und dabei 2.029 Soldaten, 3 Angriffshubschrauber und 72 gepanzerte Mannschaftstransportwagen zu repatriieren, wonach die Militärstärke der Mission 8.202 Soldaten, 7.952 davon in Liberia und 250 beim Sondergerichtshof für Sierra Leone, betragen wird und die derzeitige genehmigte Personalstärke der Polizeikomponente der Mission unverändert bleibt[63];

7. *ersucht* den Generalsekretär, nach Konsultationen mit der Regierung Liberias einen integrierten strategischen Plan zur Koordinierung der Aktivitäten zur Erfüllung der Kriterien auszuarbeiten und dem Sicherheitsrat vorzulegen, erinnert an die Erklärungen seines Präsidenten vom 22. Juli[68] und vom 5. August 2009[64], in denen er erneut betonte, dass Friedensschaffung, Friedenssicherung, Friedenskonsolidierung und Entwicklung kohärent gestaltet und integriert werden müssen, um zu einem wirksamen Vorgehen in Postkonfliktsituationen zu gelangen, und ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte Angaben über die Fortschritte im Hinblick auf einen koordinierten Ansatz der Vereinten Nationen in Liberia und insbesondere über kritische Mängel bei der Erreichung der Ziele auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung aufzunehmen;

8. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass das militärische Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien regelmäßig aktualisiert werden und in vollem Einklang mit den Bestim-

[68] S/PRST/2009/23.

mungen dieser Resolution stehen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppenstellenden Ländern über sie Bericht zu erstatten;

9. *ersucht* den Generalsekretär, die Fortschritte bei der Erfüllung der Schlüsselkriterien weiter zu überwachen, insbesondere die Fortschritte bei den Vorbereitungen für die Wahlen 2011 und beim Aufbau der Kapazitäten der Nationalpolizei Liberias, und dem Rat regelmäßig darüber Bericht zu erstatten;

10. *fordert* die Regierung Liberias *auf*, in Abstimmung mit der Mission, dem Landesteam der Vereinten Nationen und den internationalen Partnern verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um nationale Sicherheits- und Rechtsstaatsinstitutionen aufzubauen, die in völliger Unabhängigkeit tätig sind, und ermutigt sie zu diesem Zweck zu koordinierten Fortschritten bei der Umsetzung aller Pläne zum Aufbau des Sicherheits- und Justizsektors, einschließlich des in Ziffer 29 des Berichts des Generalsekretärs vom 10. August 2009[62] genannten strategischen Plans der Nationalpolizei Liberias;

11. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat regelmäßig über die Situation vor Ort unterrichtet zu halten und ihm bis 15. August 2010 einen Bericht über die in den Ziffern 2 und 9 angesprochenen Fragen vorzulegen;

12. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6188. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 22. Oktober 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[69]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 19. Oktober 2009 betreffend Ihre Absicht, Generalleutnant Sikander Afzal (Pakistan) zum Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen in Liberia zu ernennen[70], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6246. Sitzung am 17. Dezember 2009 beschloss der Rat, die Vertreterin Liberias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Liberia

> Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1521 (2003) betreffend Liberia vom 11. Dezember 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/640)".

Resolution 1903 (2009)
vom 17. Dezember 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Liberia und Westafrika,

unter Begrüßung der nachhaltigen Fortschritte, die die Regierung Liberias seit Januar 2006 beim Wiederaufbau Liberias zum Wohl aller Liberianer mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erzielt hat,

---

[69] S/2009/547.

[70] S/2009/546.

unter Hinweis auf seinen Beschluss, die Maßnahmen in Ziffer 10 der Resolution 1521 (2003) vom 22. Dezember 2003 betreffend aus Liberia stammende Rundhölzer und Holzprodukte nicht zu verlängern, und betonend, dass Liberia weitere Fortschritte im Holzsektor erzielen muss, indem es das Nationale Forstreformgesetz, das am 5. Oktober 2006 Gesetzeskraft erlangte, und andere neue Rechtsvorschriften betreffend die Transparenz der Einnahmen (das Gesetz über die liberianische Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft) und die Lösung der Frage der Landbesitz- und -nutzungsrechte (Gesetz über die Rechte der Gemeinwesen in Bezug auf Waldgebiete und Gesetz zur Schaffung einer Bodenkommission) weiter wirksam anwendet und durchsetzt,

sowie unter Hinweis auf seinen Beschluss, die Maßnahmen in Ziffer 6 der Resolution 1521 (2003) betreffend Diamanten aufzuheben, und unter Begrüßung der Beteiligung der Regierung Liberias am Kimberley-Prozess und ihrer diesbezüglichen Führungsrolle auf regionaler und internationaler Ebene, Kenntnis nehmend von den Feststellungen der nach Resolution 1854 (2008) vom 19. Dezember 2008 wiedereingesetzten Sachverständigengruppe betreffend Diamanten, insbesondere die Feststellungen betreffend die innerstaatliche Anwendung des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses[71], feststellend, dass Liberia die Anwendung der erforderlichen internen Kontrollen und andere Anforderungen des Zertifikationssystems zu einem Mindestmaß erfüllt, und betonend, dass die Regierung ihr Engagement und ihre Anstrengungen verdoppeln muss, um die Wirksamkeit dieser Kontrollen zu gewährleisten,

ferner unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 25. Juni 2007[72], in der er die Rolle anerkennt, die freiwilligen Initiativen zur Erhöhung der Transparenz der Einnahmen, wie der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft, zukommt, sowie Kenntnis nehmend von der Resolution 62/274 der Generalversammlung vom 11. September 2008 über die Stärkung der Transparenz in der Wirtschaft, anerkennend, dass Liberia den Status der Konformität mit der Initiative erreicht hat, den Beschluss Liberias unterstützend, sich an anderen Initiativen für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft zu beteiligen, und Liberia zu weiteren Fortschritten bei der Erhöhung der Transparenz der Einnahmen anregend,

betonend, dass der Mission der Vereinten Nationen in Liberia auch weiterhin eine wichtige Rolle dabei zukommt, in ganz Liberia für größere Sicherheit zu sorgen und der Regierung Liberias dabei behilflich zu sein, ihre Autorität im ganzen Land zu etablieren, insbesondere in den Gebieten, die Diamanten, Holz und andere natürliche Ressourcen produzieren, und den Grenzgebieten,

Kenntnis nehmend von dem Bericht der Sachverständigengruppe für Liberia vom 11. Dezember 2009[73], der sich auch mit den Themen Diamanten, Holz, zielgerichtete Sanktionen sowie Waffen und Sicherheit befasst,

nach Überprüfung der mit den Ziffern 2 und 4 der Resolution 1521 (2003) und mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) vom 12. März 2004 verhängten Maßnahmen und der Fortschritte bei der Erfüllung der in Ziffer 5 der Resolution 1521 (2003) genannten Bedingungen und Kenntnis nehmend von der Zusammenarbeit der Regierung Liberias mit der Mission bei der Kennzeichnung von Waffen und schlussfolgernd, dass diesbezüglich keine ausreichenden Fortschritte erzielt worden sind,

seine Entschlossenheit unterstreichend, die Regierung Liberias bei ihren Bemühungen zur Erfüllung der Bedingungen der Resolution 1521 (2003) zu unterstützen, und allen

[71] Siehe A/57/489.

[72] S/PRST/2007/22.

[73] Siehe S/2009/640.

Interessenträgern, einschließlich der Geber, nahelegend, die Regierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen,

es begrüßend, dass die Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze vorläufige Leitlinien für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und den Sachverständigengruppen der Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats angekündigt hat,

feststellend, dass die Situation in Liberia trotz der erheblichen Fortschritte, die dort erzielt wurden, nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die mit Ziffer 4 der Resolution 1521 (2003) verhängten Maßnahmen betreffend Reisen um einen Zeitraum von zwölf Monaten ab der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern;

2. *weist darauf hin*, dass die mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten Maßnahmen in Kraft bleiben, nimmt mit ernster Besorgnis Kenntnis von den Feststellungen der Sachverständigengruppe für Liberia über das Ausbleiben von Fortschritten hinsichtlich der Durchführung der mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten finanziellen Maßnahmen[73] und verlangt, dass die Regierung Liberias alle erforderlichen Anstrengungen unternimmt, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen;

3. *beschließt*, dass die zuvor mit Ziffer 2 der Resolution 1521 (2003) verhängten und mit den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1683 (2006) vom 13. Juni 2006 und mit Ziffer 1 *b*) der Resolution 1731 (2006) vom 20. Dezember 2006 geänderten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter durch die nachstehende Ziffer 4 ersetzt werden und nicht auf die Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial und die Bereitstellung von Hilfe, Beratung oder Ausbildung im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten an die Regierung Liberias für den in Ziffer 4 genannten Zeitraum Anwendung finden;

4. *beschließt außerdem*, dass alle Staaten für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab der Verabschiedung dieser Resolution die erforderlichen Maßnahmen treffen werden, um Folgendes zu verhindern: die Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe, auf direktem oder indirektem Weg, von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen und die Bereitstellung von Hilfe, Beratung oder Ausbildung, einschließlich Finanzierung und finanzieller Hilfe, im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten an alle nichtstaatlichen Einrichtungen und Personen, die im Hoheitsgebiet Liberias operieren;

5. *beschließt ferner*, dass die in Ziffer 4 verhängten Maßnahmen keine Anwendung finden auf

a) Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial sowie technische Ausbildung und Hilfe, die ausschließlich zur Unterstützung der Mission der Vereinten Nationen in Liberia oder zur Nutzung durch sie bestimmt sind;

b) Lieferungen von Schutzkleidung, einschließlich Körperschutzwesten und Militärhelmen, die von Personal der Vereinten Nationen, Medienvertretern sowie humanitären Helfern, Entwicklungshelfern und beigeordnetem Personal ausschließlich zum persönlichen Gebrauch vorübergehend nach Liberia ausgeführt werden;

c) sonstige Lieferungen nichtletalen militärischen Geräts, das ausschließlich für humanitäre oder Schutzzwecke bestimmt ist, und damit zusammenhängende technische Hilfe und Ausbildung, die dem nach Ziffer 21 der Resolution 1521 (2003) eingesetzten

Ausschuss des Sicherheitsrats (im Folgenden „der Ausschuss“) im Einklang mit Ziffer 6 im Voraus angekündigt wurden;

6. *beschließt* für den in Ziffer 4 genannten Zeitraum, dass alle Staaten dem Ausschuss jede Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an die Regierung Liberias oder jede Bereitstellung von Hilfe, Beratung oder Ausbildung im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten für die Regierung, mit Ausnahme der in Ziffer 5 Buchstaben *a*) und *b*) genannten, im Voraus ankündigen, und betont, wie wichtig es ist, dass diese Ankündigungen alle sachdienlichen Angaben enthalten, gegebenenfalls einschließlich der Art und der Menge der gelieferten Waffen und Munition, des Endnutzers, des voraussichtlichen Lieferdatums und des Transportwegs der Lieferungen, und erklärt erneut, dass die Regierung danach die Waffen und die Munition kennzeichnen, ein diesbezügliches Register führen und den Ausschuss offiziell davon unterrichten wird, dass diese Maßnahmen ergriffen wurden;

7. *bekräftigt erneut seine Absicht*, die mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten Maßnahmen mindestens einmal jährlich zu überprüfen, und weist den Ausschuss an, in Abstimmung mit den die Aufnahme vorschlagenden Staaten und mit Hilfe der Sachverständigengruppe die veröffentlichten Gründe für die Aufnahme von Einträgen in die Listen betreffend Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten sowie die Richtlinien des Ausschusses nach Bedarf zu aktualisieren;

8. *beschließt*, alle genannten Maßnahmen auf Antrag der Regierung Liberias zu überprüfen, sobald die Regierung dem Rat berichtet, dass die in Resolution 1521 (2003) festgelegten Bedingungen für die Beendigung der Maßnahmen erfüllt sind, und dem Rat Informationen vorlegt, die eine solche Einschätzung rechtfertigen;

9. *beschließt außerdem*, das Mandat der nach Ziffer 4 der Resolution 1854 (2008) ernannten Sachverständigengruppe um einen weiteren Zeitraum bis zum 20. Dezember 2010 zu verlängern, mit folgenden Aufgaben:

a) zwei Anschluss-Bewertungsmissionen in Liberia und seinen Nachbarstaaten durchzuführen, um zu untersuchen, inwieweit die mit den Ziffern 4 und 6 und mit Resolution 1521 (2003) verhängten und mit den Ziffern 3 und 4 geänderten Maßnahmen umgesetzt werden beziehungsweise ob dagegen verstoßen wird, und einen Halbzeit- und einen Schlussbericht darüber zu erstellen, die auch alle Informationen enthalten, die für die Benennung der in Ziffer 4 *a*) der Resolution 1521 (2003) und in Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) beschriebenen Personen durch den Ausschuss von Belang sind, sowie Angaben über die verschiedenen Quellen zur Finanzierung des unerlaubten Waffenhandels, wie etwa die natürlichen Ressourcen;

b) die Wirkung und die Effektivität der mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten Maßnahmen zu bewerten, insbesondere auch im Hinblick auf die Vermögenswerte des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor;

c) Bereiche aufzuzeigen und Empfehlungen dazu abzugeben, in denen die Kapazitäten Liberias und der Staaten in der Region gestärkt werden können, um die Durchführung der mit Ziffer 4 der Resolution 1521 (2003) und Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) verhängten Maßnahmen zu erleichtern;

d) im Kontext des sich entwickelnden Rechtsrahmens Liberias zu bewerten, inwieweit Wald- und andere natürliche Ressourcen zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung statt zu Instabilität beitragen und inwieweit einschlägige Rechtsvorschriften (das Nationale Forstreformgesetz, das Gesetz zur Schaffung einer Bodenkommission, das Gesetz über die Rechte der Gemeinwesen in Bezug auf Waldgebiete und das Gesetz über die liberianische Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft) zu diesem Übergang beitragen;

e) zu bewerten, inwieweit die Regierung Liberias das Zertifikationssystem des Kimberley-Prozesses[71] befolgt, und sich bei dieser Bewertung mit dem Kimberley-Prozess abzustimmen;

f) dem Rat über den Ausschuss bis zum 1. Juni 2010 einen Halbzeitbericht und bis zum 20. Dezember 2010 einen Schlussbericht über alle in dieser Ziffer genannten Fragen vorzulegen und dem Ausschuss gegebenenfalls vor diesen Terminen informelle Aktualisierungen vorzulegen, insbesondere über Fortschritte im Holzsektor seit der Aufhebung der mit Ziffer 10 der Resolution 1521 (2003) verhängten Maßnahmen im Juni 2006 und im Diamantensektor seit der Aufhebung der mit Ziffer 6 der Resolution 1521 (2003) verhängten Maßnahmen im April 2007;

g) mit den anderen einschlägigen Sachverständigengruppen, insbesondere der mit Ziffer 10 der Resolution 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009 wiedereingesetzten Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire, und mit dem Zertifikationssystem des Kimberley-Prozesses aktiv zusammenzuarbeiten;

h) dem Ausschuss bei der Aktualisierung der veröffentlichten Gründe für die Aufnahme von Einträgen in die Listen betreffend Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögensgegenständen behilflich zu sein;

i) die Wirkung der Ziffern 3 und 4 zu bewerten, insbesondere die Auswirkungen auf die Stabilität und die Sicherheit Liberias;

10. *ersucht* den Generalsekretär, die Sachverständigengruppe wiedereinzusetzen und die erforderlichen finanziellen und sicherheitsbezogenen Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeit der Gruppe zu unterstützen;

11. *fordert* alle Staaten und die Regierung Liberias *auf*, mit der Sachverständigengruppe in allen Aspekten ihres Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

12. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, dass die Mission im Rahmen ihrer Kapazität und innerhalb ihrer Einsatzgebiete sowie unbeschadet ihres Mandats der Regierung Liberias, dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe auch weiterhin behilflich ist und ihre in früheren Resolutionen, namentlich Resolution 1683 (2006), festgelegten Aufgaben auch weiterhin durchführt;

13. *legt* der Regierung Liberias *eindringlich nahe*, die Empfehlungen der Überprüfungsgruppe des Kimberley-Prozesses von 2009 umzusetzen, um die internen Kontrollen über den Abbau und die Ausfuhr von Diamanten zu stärken;

14. *legt* dem Kimberley-Prozess *nahe*, weiter mit der Sachverständigengruppe zusammenzuarbeiten und über die Entwicklungen im Hinblick auf die Anwendung des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses durch Liberia Bericht zu erstatten;

15. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6246. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 30. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[74]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 28. Dezember 2009 betreffend Ihre Absicht, die Personalstärke der zum Sondergerichtshof für Sierra Leone abgeordneten militärischen Bewachungskräfte um 100 zu senken und eine 150 Mann starke Kompanie aus Infanteriesoldaten und Unterstützungspersonal beizubehalten, bis der Gerichtshof seine Arbeit 2011 abschließt[75], den Mitgliedern des

[74] S/2009/680.

[75] S/2009/679.

Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

Am 19. Juli 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung[76]:

„Ich beehre mich, auf Ziffer 12 der Resolution 1645 (2005) des Sicherheitsrats Bezug zu nehmen.

Mit Schreiben vom 27. Mai 2010 an den Generalsekretär, das dem Rat am 14. Juni 2010 zugeleitet wurde, ersuchte die Ständige Vertreterin Liberias bei den Vereinten Nationen darum, Liberia auf die Tagesordnung der Kommission für Friedenskonsolidierung zu setzen. Der Rat unterstützt dieses Ersuchen und bittet die Kommission, zur Situation in Liberia Rat abzugeben.

In erster Linie wäre dem Rat daran gelegen, von der Kommission nach eingehenden Konsultationen mit der Regierung Liberias Ratschläge und Empfehlungen zu der Frage zu erhalten, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit die Erfüllung der Schlüsselkriterien, darunter die von der Mission der Vereinten Nationen in Liberia festgelegten, auf den folgenden Gebieten beschleunigt vorangetrieben werden kann:

- Stärkung der Rechtsstaatlichkeit;
- Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors;
- Unterstützung der nationalen Aussöhnung.

Der Rat erachtet Liberias Ersuchen als einen wichtigen Schritt auf dem Weg des Landes, ja der gesamten Region, zu Stabilität und dauerhaftem Frieden. Der Rat legt der Kommission nahe, zu prüfen, wo sie in nächster Zeit einen positiven Beitrag zur Lösung der Kernprobleme der Friedenskonsolidierung in Liberia leisten kann."

DIE SITUATION IN SOMALIA[77]

Beschlüsse

Auf seiner 6197. Sitzung am 8. Oktober 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia gemäß Resolution 1872 (2009) des Sicherheitsrats (S/2009/503)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, und Herrn Craig Boyd, den Direktor des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6221. Sitzung am 18. November 2009 beschloss der Rat, die Vertreter Norwegens, der Philippinen, Schwedens, der Seychellen, Somalias, Spaniens und der

---

[76] S/2010/389.

[77] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1992 verabschiedet.

Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1846 (2008) des Sicherheitsrats (S/2009/590)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ahmedou Ould-Abdallah, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6226. Sitzung am 30. November 2009 beschloss der Rat, die Vertreter Belgiens, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Griechenlands, Italiens, Kanadas, Liberias, Luxemburgs, der Marshallinseln, der Niederlande, Norwegens, Panamas, Portugals, der Republik Korea, der Republik Moldau, Rumäniens, Schwedens, der Seychellen, Singapurs, Somalias, Spaniens, der Ukraine und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia" teilzunehmen.

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1846 (2008) des Sicherheitsrats (S/2009/590)".

Resolution 1897 (2009)
vom 30. November 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen betreffend die Situation in Somalia, insbesondere die Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1844 (2008) vom 20. November 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008 und 1851 (2008) vom 16. Dezember 2008,

nach wie vor zutiefst besorgt über die anhaltende Bedrohung, die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See gegen Schiffe für die rasche, sichere und wirksame Leistung humanitärer Hilfe an Somalia und die Region, die internationale Schifffahrt und die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege sowie für andere gefährdete Schiffe und für die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchgeführten Fischereitätigkeiten darstellen, und über den Umstand, dass die von der Seeräuberei ausgehende Bedrohung bis zum westlichen Indischen Ozean reicht,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias, einschließlich der Rechte Somalias in Bezug auf die natürlichen Ressourcen vor seiner Küste, namentlich die Fischereiressourcen, im Einklang mit dem Völkerrecht,

ferner bekräftigend, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982[78] niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See sowie für sonstige Meerestätigkeiten vorgibt,

unter erneuter Berücksichtigung der in Somalia herrschenden Krisensituation und des Umstands, dass die Übergangs-Bundesregierung über begrenzte Fähigkeiten verfügt, um Seeräuber aufzugreifen oder nach ihrem Aufgreifen strafrechtlich zu verfolgen oder um die

[78] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1833, Nr. 31363. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1994 II S. 1798; öBGBl. Nr. 885/1995; AS 2009 3209.

Gewässer vor der Küste Somalias, einschließlich der internationalen Seeschifffahrtsstraßen und der Hoheitsgewässer Somalias, zu patrouillieren oder zu sichern,

Kenntnis nehmend von den mehrfachen Ersuchen der Übergangs-Bundesregierung um internationale Hilfe zur Bekämpfung der Seeräuberei vor ihrer Küste, namentlich von den Schreiben des Ständigen Vertreters Somalias bei den Vereinten Nationen vom 2. und 6. November 2009, in denen die Übergangs-Bundesregierung dem Sicherheitsrat für seine Unterstützung dankt, ihre Bereitschaft bekundet, eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten und mit Regionalorganisationen zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu erwägen, und darum ersucht, die Bestimmungen der Resolutionen 1846 (2008) und 1851 (2008) um weitere zwölf Monate zu verlängern,

in Würdigung der Anstrengungen der von der Europäischen Union geführten Operation Atalanta, deren Verlängerung bis Dezember 2010 die Europäische Union zugesagt hat, der Operationen „Allied Protector" und „Ocean Shield" der Nordatlantikvertrags-Organisation, der „Combined Task Force 151" der multinationalen Seestreitkräfte und anderer in nationaler Eigenschaft in Zusammenarbeit mit der Übergangs-Bundesregierung und miteinander handelnder Staaten zur Bekämpfung der Seeräuberei und zum Schutz gefährdeter Schiffe, die die Gewässer vor der Küste Somalias durchfahren,

mit Besorgnis feststellend, dass die nach wie vor begrenzten Kapazitäten und unzureichenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Erleichterung der Ingewahrsamnahme und Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber nach ihrer Ergreifung einem robusteren internationalen Vorgehen gegen die Seeräuber vor der Küste Somalias hinderlich waren und in einigen Fällen dazu geführt haben, dass Seeräuber freigelassen wurden, ohne vor Gericht gestellt zu werden, unabhängig davon, ob es ausreichende Beweise für eine Strafverfolgung gab, erneut erklärend, dass das Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt[79] im Einklang mit den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Bekämpfung der Seeräuberei vorsieht, dass die Vertragsparteien Straftatbestände schaffen, ihre Gerichtsbarkeit begründen und die Personen übernehmen, die für die Inbesitznahme eines Schiffes oder die Ausübung der Herrschaft darüber durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung verantwortlich sind oder dessen verdächtigt werden, und die Notwendigkeit betonend, dass die Staaten die Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe stellen und in geeigneten Fällen die Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht wohlwollend prüfen,

in Würdigung der Anstrengungen Kenias, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen, und mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der Hilfe, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und andere internationale Organisationen und Geber in Abstimmung mit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias derzeit gewähren, um Kenia, Somalia und andere Staaten in der Region, einschließlich Jemens und der Seychellen, dabei zu unterstützen, Maßnahmen zu treffen, um aufgegriffene Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen oder nach der Strafverfolgung an einem anderen Ort im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen in einem Drittstaat in Haft zu nehmen,

Kenntnis nehmend von den laufenden Anstrengungen innerhalb der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, mögliche zusätzliche Mechanismen zur wirksamen Strafverfolgung der Personen zu erkunden, die der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verdächtigt werden,

---

[79] Ebd., Vol. 1678, Nr. 29004. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 494, 508; LGBl. 2003 Nr. 46 und 47; öBGBl. Nr. 406/1992; AS 1993 1910 1923.

mit Anerkennung Kenntnis nehmend von den laufenden Anstrengungen des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, Maßnahmen zur Ausweitung der Kapazitäten des Strafvollzugssystems Somalias, einschließlich der Behörden der Regionen, für die Inhaftierung verurteilter Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen zu unterstützen,

unter Begrüßung der Verabschiedung des Verhaltenskodexes betreffend die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle gegen Schiffe im westlichen Indischen Ozean und im Golf von Aden (Verhaltenskodex von Dschibuti)[80] und der Einrichtung des Treuhandfonds der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation für den Dschibuti-Kodex (eines auf Initiative Japans geschaffenen Multi-Geber-Treuhandfonds) sowie des internationalen Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias und in Anerkennung der Anstrengungen der Unterzeichnerstaaten, den geeigneten ordnungspolitischen und rechtlichen Rahmen zu schaffen, um die Seeräuberei zu bekämpfen, ihre Kapazität zur Patrouille der Gewässer der Region auszuweiten, verdächtige Schiffe aufzubringen und mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen,

hervorhebend, dass Frieden und Stabilität innerhalb Somalias, die Stärkung der staatlichen Institutionen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit notwendig sind, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Seeräuberei und den bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias auf Dauer ein Ende gemacht wird, und ferner hervorhebend, dass die langfristige Sicherheit Somalias von dem wirksamen Aufbau der Nationalen Sicherheitskräfte und der Somalischen Polizei durch die Übergangs-Bundesregierung, im Rahmen des Abkommens von Dschibuti und im Einklang mit einer nationalen Sicherheitsstrategie, abhängt,

feststellend, dass die Vorfälle von Seeräuberei und die bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias die Situation in Somalia verschärfen, die nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *erklärt erneut*, dass er alle seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfälle gegen Schiffe in den Gewässern vor der Küste Somalias verurteilt und missbilligt;

2. *bekundet abermals seine Besorgnis* über die in dem Bericht der Überwachungsgruppe für Somalia vom 20. November 2008 enthaltenen Feststellungen, wonach die Zahlung immer höherer Lösegelder und die Nichtdurchsetzung des mit Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992 verhängten Waffenembargos die Zunahme der Seeräuberei vor der Küste Somalias fördern[81], und fordert alle Staaten auf, mit der Überwachungsgruppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

3. *fordert* die Staaten und Regionalorganisationen, die über die entsprechenden Kapazitäten verfügen, *erneut auf*, sich am Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu beteiligen, insbesondere indem sie im Einklang mit dieser Resolution und dem Völkerrecht Marinefahrzeuge, Waffen und Militärluftfahrzeuge einsetzen sowie Boote, Schiffe, Waffen und ähnliches Gerät, die bei der Begehung seeräuberischer Handlungen und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verwendet werden oder für deren Verwendung es einen hinreichend begründeten Verdacht gibt, beschlagnahmen und beseitigen;

---

[80] Siehe International Maritime Organization, Dokument C 102/14, Anhang, Anlage 1.

[81] Siehe S/2008/769, Anlage, Abschn. VIII.C.

4. *würdigt* die Arbeit, die die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias leistet, um die Koordinierung der Maßnahmen zur Abschreckung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias in Zusammenarbeit mit der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, den Flaggenstaaten und der Übergangs-Bundesregierung zu erleichtern, und fordert die Staaten und die internationalen Organisationen nachdrücklich auf, diese Anstrengungen auch weiterhin zu unterstützen;

5. *anerkennt* Somalias Rechte in Bezug auf die natürlichen Ressourcen vor seiner Küste, namentlich die Fischereiressourcen, im Einklang mit dem Völkerrecht, und fordert die Staaten und die interessierten Organisationen, namentlich die Internationale Seeschifffahrts-Organisation, auf, Somalia, einschließlich der Behörden der Regionen, und den benachbarten Küstenstaaten auf Ersuchen technische Hilfe zur Stärkung ihrer Fähigkeit zu gewähren, die Sicherheit der Küsten und der Seeschifffahrt zu gewährleisten, einschließlich zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias und den Küsten der Nachbarländer, und betont, wie wichtig die diesbezügliche Koordinierung über die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias ist;

6. *fordert* alle Staaten und Regionalorganisationen, die die Seeräuberei vor der Küste Somalias bekämpfen, *auf*, mit Ländern, die willens sind, Seeräuber in Gewahrsam zu nehmen, besondere Abkommen oder Vereinbarungen über die Einschiffung von Strafverfolgungsbeamten („shipriders“) aus diesen Ländern, insbesondere den Ländern in der Region, zu schließen, mit dem Ziel, die Ermittlungen gegen Personen, die im Zuge der nach dieser Resolution durchgeführten Einsätze wegen seeräuberischer Handlungen und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias festgenommen wurden, und ihre Strafverfolgung zu erleichtern, unter der Voraussetzung, dass die vorherige Zustimmung der Übergangs-Bundesregierung für die Ausübung drittstaatlicher Hoheitsbefugnisse in den somalischen Hoheitsgewässern durch diese Strafverfolgungsbeamten eingeholt wird und dass diese Abkommen oder Vereinbarungen die wirksame Durchführung des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt[79] nicht beeinträchtigen;

7. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, im Kampf gegen Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See auch weiterhin mit der Übergangs-Bundesregierung zusammenzuarbeiten, stellt fest, dass der Übergangs-Bundesregierung die Hauptrolle im Kampf gegen Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See zukommt, und beschließt, die Ermächtigungen, die in Ziffer 10 der Resolution 1846 (2008) und Ziffer 6 der Resolution 1851 (2008) denjenigen Staaten und Regionalorganisationen erteilt wurden, die im Kampf gegen Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias mit der Übergangs-Bundesregierung zusammenarbeiten und deren Namen dem Generalsekretär von der Übergangs-Bundesregierung vorab notifiziert wurden, für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum dieser Resolution zu verlängern;

8. *bekräftigt*, dass die in dieser Resolution verlängerten Ermächtigungen ausschließlich auf die Situation in Somalia Anwendung finden und die Rechte, Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht, einschließlich der Rechte oder Pflichten nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen[78], in Bezug auf jede andere Situation unberührt lassen, und unterstreicht insbesondere, dass diese Resolution nicht so anzusehen ist, als werde dadurch Völkergewohnheitsrecht geschaffen, und bekräftigt ferner, dass diese Ermächtigungen nur aufgrund der Schreiben vom 2. und 6. November 2009 verlängert wurden, in denen die Zustimmung der Übergangs-Bundesregierung übermittelt wurde;

9. *bekräftigt außerdem*, dass die mit Ziffer 5 der Resolution 733 (1992) verhängten und mit den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1425 (2002) vom 22. Juli 2002 weiter ausgeführten Maßnahmen nicht für Waffen und militärisches Gerät gelten, die zur ausschließlichen Nutzung der Mitgliedstaaten und Regionalorganisationen bestimmt sind, die Maßnahmen im Einklang mit Ziffer 7 ergreifen, oder für die Bereitstellung technischer Hilfe an Somalia, die ausschließlich den in Ziffer 5 genannten Zwecken dient, die nach dem in den

Ziffern 11 *b*) und 12 der Resolution 1772 (2007) vom 20 August 2007 vorgegebenen Verfahren von diesen Maßnahmen ausgenommen wurden;

10. *ersucht* die zusammenarbeitenden Staaten, geeignete Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Tätigkeiten, die sie gemäß den Ermächtigungen in Ziffer 7 durchführen, in der Praxis nicht dazu führen, dass sie Schiffen von Drittstaaten das Recht der friedlichen Durchfahrt verwehren oder dieses beeinträchtigen;

11. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, Somalia auf Ersuchen der Übergangs-Bundesregierung und mit Notifizierung an den Generalsekretär dabei behilflich zu sein, die Kapazitäten in Somalia, einschließlich der Behörden der Regionen, zu stärken, um diejenigen, die somalisches Hoheitsgebiet dafür nutzen, kriminelle seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See zu planen, zu erleichtern oder zu begehen, vor Gericht zu stellen, und betont, dass alle gemäß dieser Ziffer ergriffenen Maßnahmen mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen im Einklang stehen müssen;

12. *fordert* alle Staaten und insbesondere die Flaggen-, Hafen- und Küstenstaaten, die Staaten der Staatsangehörigkeit der Opfer und der Urheber von Seeräuberei und bewaffneten Raubüberfällen sowie die sonstigen Staaten, die nach dem Völkerrecht oder innerstaatlichem Recht Zuständigkeit besitzen, *auf*, bei der Bestimmung der Zuständigkeit sowie bei den Ermittlungen gegen Personen, die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle vor der Küste Somalias verantwortlich sind, und bei ihrer strafrechtlichen Verfolgung im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, zusammenzuarbeiten, sicherzustellen, dass alle den Justizbehörden übergebenen Seeräuber einem Gerichtsverfahren unterworfen werden, und Hilfe zu gewähren, indem sie unter anderem Hilfe bei der Verfahrensweise und Logistik in Bezug auf die ihrer Hoheitsgewalt und Kontrolle unterstehenden Personen leisten, wie Opfer, Zeugen und Personen, die infolge von nach dieser Resolution durchgeführten Maßnahmen festgenommen wurden;

13. *würdigt* in diesem Zusammenhang den Beschluss der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, einen internationalen Treuhandfonds zur Unterstützung ihrer Initiativen einzurichten, und ermutigt die Geber, Beiträge zu dem Fonds zu leisten;

14. *fordert* die Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt *nachdrücklich auf*, ihre einschlägigen Verpflichtungen aus diesen Übereinkommen und nach dem Völkergewohnheitsrecht uneingeschränkt zu erfüllen und mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation sowie anderen Staaten und anderen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um Justizkapazitäten für die erfolgreiche Strafverfolgung der Personen, die der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verdächtigt werden, aufzubauen;

15. *begrüßt* die Überarbeitungen, die die Internationale Seeschifffahrts-Organisation an ihren Empfehlungen und Leitlinien zur Verhütung und Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle gegen Schiffe vorgenommen hat[82], und fordert die Staaten nachdrücklich auf, in Zusammenarbeit mit der Schifffahrts- und der Versicherungsindustrie sowie der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation auch weiterhin bewährte Vermeidungs-, Ausweich- und Abwehrverfahren und Sicherheitshinweise zu den im Falle eines Angriffs oder während der Fahrt in den Gewässern vor der Küste Somalias zu ergreifenden Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen, und fordert die Staaten ferner nachdrücklich auf, ihre Staatsangehörigen und Schiffe je nach Fall in ihrem ersten Anlaufhafen unmittel-

[82] Siehe International Maritime Organization, Dokumente MSC.1/Circ.1333, Anhang, und MSC.1/Circ.1334, Anhang.

bar im Anschluss an die Begehung oder den Versuch einer seeräuberischen Handlung oder eines bewaffneten Raubüberfalls auf See oder nach ihrer Freilassung für forensische Untersuchungen verfügbar zu machen;

16. *ersucht* die mit der Übergangs-Bundesregierung zusammenarbeitenden Staaten und Regionalorganisationen, den Sicherheitsrat und den Generalsekretär innerhalb von neun Monaten über den Stand der Maßnahmen zu unterrichten, die sie in Ausübung der ihnen in Ziffer 7 erteilten Ermächtigungen durchgeführt haben, und ersucht ferner alle Staaten, die über die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias zum Kampf gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias beitragen, einschließlich Somalias und anderer Staaten in der Region, innerhalb derselben Frist über ihre Anstrengungen zur Begründung der Gerichtsbarkeit und zur Zusammenarbeit bei den Ermittlungen und der Strafverfolgung im Zusammenhang mit Seeräuberei Bericht zu erstatten;

17. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat innerhalb von elf Monaten nach Verabschiedung dieser Resolution über die Durchführung dieser Resolution und über die Situation in Bezug auf Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias Bericht zu erstatten;

18. *ersucht* den Generalsekretär der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, den Rat auf der Grundlage der ihm mit Zustimmung aller betroffenen Küstenstaaten zur Kenntnis gebrachten Fälle und unter gebührender Berücksichtigung der bestehenden bilateralen und regionalen Kooperationsvereinbarungen über die Situation in Bezug auf Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle zu unterrichten;

19. *bekundet seine Absicht*, die Situation zu überprüfen und gegebenenfalls zu erwägen, die in Ziffer 7 erteilten Ermächtigungen auf Ersuchen der Übergangs-Bundesregierung um weitere Zeiträume zu verlängern;

20. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6226. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6229. Sitzung am 3. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[83]:

„Der Sicherheitsrat verurteilt mit allem Nachdruck den Terroranschlag, der sich am 3. Dezember 2009 bei einer Abschlussfeier für somalische Medizinstudenten an der Benadir-Universität in Mogadischu ereignete und bei dem unschuldige Zivilpersonen und die somalischen Minister für Gesundheit, Hochschulen und Bildung ums Leben kamen. Dieser verbrecherische Anschlag galt Menschen, die sich dem Aufbau einer friedlichen, stabilen und blühenden Zukunft für das Volk Somalias widmeten.

Der Rat bekundet den Angehörigen der bei dem Anschlag getöteten und verletzten Personen sowie der Übergangs-Bundesregierung und dem Volk Somalias sein tiefstes Mitgefühl und Beileid.

Der Rat fordert nachdrücklich, dass eine gründliche Untersuchung durchgeführt wird und dass die Urheber dieses Anschlags rasch vor Gericht gestellt werden.

[83] S/PRST/2009/31.

Der Rat unterstreicht seine Entschlossenheit, das Volk Somalias in seinem Streben nach Frieden und Aussöhnung und die Übergangs-Bundesregierung als die rechtmäßige Autorität in Somalia weiter zu unterstützen, und bekundet erneut seine volle Unterstützung für den Friedensprozess von Dschibuti, der einen Rahmen für die Herbeiführung einer dauerhaften politischen Lösung in Somalia bietet.

Der Rat bekräftigt seine Forderung, dass alle Oppositionsgruppen die Angriffe sofort beenden, ihre Waffen niederlegen, der Gewalt entsagen und sich den Aussöhnungsbemühungen anschließen. Der Rat fordert ferner alle Parteien auf, ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht einzuhalten und insbesondere die Sicherheit der Zivilpersonen, der humanitären Helfer und des Personals der Mission der Afrikanischen Union in Somalia zu respektieren.

Der Rat begrüßt die Arbeit der Mission zur Unterstützung der Opfer des Anschlags und ihrer Angehörigen. Er bekundet erneut seine nachdrückliche Unterstützung für die Mission und dankt den Regierungen Ugandas und Burundis weiterhin für die Bereitstellung von Truppen.

Der Rat bekräftigt, dass die langfristige Sicherheit Somalias von dem wirksamen Aufbau der Nationalen Sicherheitskräfte und der Somalischen Polizei durch die Übergangs-Bundesregierung im Rahmen des Abkommens von Dschibuti und im Einklang mit einer nationalen Sicherheitsstrategie abhängt. Der Rat legt der internationalen Gemeinschaft eindringlich nahe, in Abstimmung mit der Mission die somalischen Sicherheitsinstitutionen zu unterstützen, namentlich mit Ausbildungsmaßnahmen und Ausrüstung."

Am 21. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[84]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 15. Dezember 2009 betreffend Ihre Absicht, das Politische Büro der Vereinten Nationen für Somalia seine Tätigkeit im Zweijahreszeitraum 2010-2011 fortsetzen zu lassen[85], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie haben von der in dem Schreiben geäußerten Absicht und der darin enthaltenen Information Kenntnis genommen."

Auf seiner 6259. Sitzung am 14. Januar 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Somalia (S/2009/684)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ahmedou Ould-Abdallah, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Ugandas bei den Vereinten Nationen vom 8. Januar 2010 Herrn Ramtane Lamamra, den Kommissar für Frieden und Sicherheit der Kommission der Afrikanischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

[84] S/2009/665.

[85] S/2009/664.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Libanons bei den Vereinten Nationen vom 6. Januar 2010 Herrn Yahya Mahmassani, den Ständigen Beobachter der Liga der arabischen Staaten bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6266. Sitzung am 28. Januar 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Somalia (S/2009/684)".

Resolution 1910 (2010)
vom 28. Januar 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen und Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Somalia,

sowie unter Hinweis auf seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, die Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit und die Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias,

unter erneutem Hinweis auf sein Eintreten für eine umfassende und dauerhafte Regelung der Situation in Somalia,

in Bekräftigung seiner uneingeschränkten Unterstützung für den Friedensprozess von Dschibuti, der den Rahmen für eine dauerhafte politische Lösung in Somalia vorgibt, mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die Übergangs-Bundescharta, in Anerkennung der Notwendigkeit, die Aussöhnung und den Dialog unter der somalischen Bevölkerung zu fördern, und betonend, wie wichtig auf breiter Grundlage beruhende und repräsentative Institutionen sind, die aus einem letztlich alle Seiten einschließenden politischen Prozess hervorgehen,

in Würdigung des Beitrags der Mission der Afrikanischen Union in Somalia zu dauerhaftem Frieden und dauerhafter Stabilität in Somalia, mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Regierungen Ugandas und Burundis, die weiterhin Truppen und Ausrüstung für die Mission bereitstellen, und unter Verurteilung aller Feindseligkeiten gegen die Mission und die Übergangs-Bundesregierung,

sowie in Würdigung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia, Herrn Ahmedou Ould-Abdallah, und in erneuter Bekräftigung seiner festen Unterstützung für die von ihm unternommenen Anstrengungen,

unter Begrüßung des vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union auf seiner zweihundertvierzehnten Sitzung am 8. Januar 2010 herausgegebenen Kommuniqués, mit dem das Mandat der Mission um einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten verlängert wurde,

erneut erklärend, dass der Wiederaufbau, die Ausbildung, die Ausrüstung und die Erhaltung der somalischen Sicherheitskräfte wichtig und für die langfristige Stabilität So-

malias unverzichtbar sind, und betonend, wie wichtig die koordinierte, rechtzeitige und dauerhafte Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft ist,

nachdrücklich auf die rasche Auszahlung der Mittel zur Unterstützung der somalischen Sicherheitsinstitutionen und der Mission *dringend*, die auf der am 23. April 2009 in Brüssel abgehaltenen Internationalen Konferenz über Somalia zugesagt wurden, und in der Erkenntnis, wie wichtig eine rasche und berechenbare Finanzierung für die Übergangs-Bundesregierung und die Mission ist,

mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die anhaltenden Kampfhandlungen in Somalia und in Bekräftigung seiner Unterstützung für die Übergangs-Bundesregierung,

unter Verurteilung der Terroranschläge auf die Übergangs-Bundesregierung, die Mission und die Zivilbevölkerung durch bewaffnete Gruppen und ausländische Kämpfer, die den Frieden und die Stabilität in Somalia untergraben, insbesondere Al-Shabaab, und unter Hervorhebung der terroristischen Bedrohung, die von somalischen bewaffneten Gruppen, insbesondere Al-Shabaab, für Somalia und für die internationale Gemeinschaft ausgeht,

betonend, wie wichtig es ist, wirksame Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um die Übergangs-Bundesregierung und die Mission zu unterstützen und den politischen Prozess zu festigen, und mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die anhaltenden Angriffe auf Journalisten,

mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in Somalia, es nachdrücklich verurteilend, dass bewaffnete Gruppen in Somalia gezielt humanitäre Helfer angreifen und die Auslieferung humanitärer Hilfe behindern, wodurch die Erbringung solcher Hilfe in einigen Gebieten verhindert wurde, unter Missbilligung der wiederholten Angriffe auf humanitäres Personal, mit dem Ausdruck seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Gewalt- oder Missbrauchshandlungen, die unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen gegen Zivilpersonen und humanitäres Personal begangen werden, und bekräftigend, wie wichtig es ist, die Straflosigkeit zu bekämpfen,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über den erheblichen Rückgang der für Somalia bereitgestellten humanitären Mittel und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu den laufenden und künftigen konsolidierten humanitären Appellen beizutragen,

unter Verurteilung sämtlicher Verletzungen der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, betonend, dass alle Parteien in Somalia für die uneingeschränkte Achtung ihrer diesbezüglichen Verpflichtungen und für die Ergreifung geeigneter Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, verantwortlich sind, und unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte betreffend die Parteien des bewaffneten Konflikts in Somalia[86],

unter Hinweis auf seine Resolution 1897 (2009) vom 30. November 2009, in der Erkenntnis, dass die anhaltende Instabilität in Somalia zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias beiträgt, betonend, dass die internationale Gemeinschaft umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und der ihr zugrundeliegenden Ursachen ergreifen muss, namentlich durch die Ausbildung der somalischen Küstenwache, und unter Begrüßung der Anstrengungen der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, der Staaten und der internationalen und regionalen Organisationen,

[86] S/AC.51/2008/14.

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 31. Dezember 2009[87] und der darin enthaltenen Empfehlungen zum weiteren Vorgehen der Übergangs-Bundesregierung auf dem Gebiet der Politik, der Sicherheit und des Wiederaufbaus mit Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft,

feststellend, dass die Situation in Somalia eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union zu ermächtigen, die Mission der Afrikanischen Union in Somalia, die befugt ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihr bestehendes, in Ziffer 9 der Resolution 1772 (2007) vom 20. August 2007 enthaltenes Mandat auszuführen, bis zum 31. Januar 2011 fortzuführen;

2. *ersucht* die Afrikanische Union, den Einsatz der Mission in Somalia fortzuführen und ihre Truppenstärke zu erhöhen, um die ursprünglich mandatierte Zahl von 8.000 Soldaten zu erreichen und sie somit besser zur vollständigen Ausführung ihres Mandats zu befähigen;

3. *ersucht* die Mission, der Übergangs-Bundesregierung auch weiterhin beim Aufbau der Somalischen Polizei und der Nationalen Sicherheitskräfte behilflich zu sein und die Integration der von anderen Mitgliedstaaten oder Organisationen innerhalb und außerhalb Somalias ausgebildeten somalischen Einheiten zu unterstützen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, für die Mission bis zum 31. Januar 2011 auch weiterhin das in Resolution 1863 (2009) vom 16. Januar 2009 geforderte Paket logistischer Unterstützung bereitzustellen, das Ausrüstungen und Dienstleistungen, einschließlich Unterstützung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, nicht jedoch die Überweisung finanzieller Mittel beinhaltet, wie im Schreiben des Generalsekretärs vom 30. Januar 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[88] beschrieben, unter Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und Transparenz für die aus den Mitteln der Vereinten Nationen getätigten Ausgaben;

5. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, die Mission und die Institutionen des somalischen Sicherheitssektors durch die Bereitstellung geeigneter und notwendiger Ausrüstung zu unterstützen;

6. *ersucht* die Mission, dafür zu sorgen, dass alle im Rahmen des Unterstützungspakets bereitgestellten Ausrüstungen und Dienstleistungen auf transparente und wirksame Weise für die ihnen zugedachten Zwecke verwendet werden, und ersucht ferner die Afrikanische Union, dem Generalsekretär im Einklang mit der zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union geschlossenen Vereinbarung über die Verwendung dieser Ausrüstungen und Dienstleistungen Bericht zu erstatten;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der Afrikanischen Union über die bestehende Planungsgruppe der Vereinten Nationen in Addis Abeba auch weiterhin technische und sachkundige Beratung für die Planung und den Einsatz der Mission zur Verfügung zu stellen;

8. *fordert* die Mitgliedstaaten und die regionalen und internationalen Organisationen *nachdrücklich auf*, rasch großzügige Beiträge zu dem Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die Mission oder direkte bilaterale Spenden zur Unterstützung der Mission zu leisten, und legt den Gebern nahe, eng mit den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union zusammenzuarbeiten, um die rasche Bereitstellung angemessener Mittel und Ausrüstungen zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf die Bezüge der Soldaten der Mission und die Kosten für kontingenteigene Ausrüstung;

---

[87] S/2009/684.

[88] S/2009/60.

9. *erinnert* an seine in Resolution 1863 (2009) gegebene Absichtserklärung betreffend die Einrichtung eines Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen, weist darauf hin, dass bei jedem Beschluss über die Entsendung eines derartigen Einsatzes unter anderem die vom Generalsekretär in seinem Bericht vom 16. April 2009[89] genannten Bedingungen berücksichtigt würden, und ersucht den Generalsekretär, die in den Ziffern 82 bis 86 seines Berichts aufgeführten Schritte zu unternehmen, sofern die in dem Bericht genannten Bedingungen gegeben sind;

10. *betont*, dass die langfristige Sicherheit Somalias von dem wirksamen Aufbau der Nationalen Sicherheitskräfte und der Somalischen Polizei durch die Übergangs-Bundesregierung im Rahmen des Abkommens von Dschibuti und im Einklang mit einer nationalen Sicherheitsstrategie abhängt;

11. *fordert* die Mitgliedstaaten, die regionalen und die internationalen Organisationen *nachdrücklich auf*, rasch großzügige Beiträge zu dem Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die somalischen Sicherheitsinstitutionen zu leisten und im Einklang mit den Ziffern 11 *b*) und 12 der Resolution 1772 (2007) Hilfe für die somalischen Sicherheitskräfte anzubieten, namentlich durch die Bereitstellung von Ausbildung und Ausrüstung in Abstimmung mit der Mission;

12. *ersucht* den Generalsekretär, die Übergangs-Bundesregierung auch weitherhin beim Aufbau der Übergangs-Sicherheitsinstitutionen, namentlich der Somalischen Polizei und der Nationalen Sicherheitskräfte, sowie bei der Ausarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie zu unterstützen, die der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte Rechnung trägt und die auch Pläne zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, hinsichtlich der Justiz- und der Strafvollzugskapazitäten sowie den rechtlichen und politischen Rahmen für die Tätigkeit ihrer Sicherheitskräfte enthält, einschließlich Lenkungs-, Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen;

13. *bekräftigt*, dass die mit Ziffer 5 der Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992 verhängten und mit den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1425 (2002) vom 22. Juli 2002 weiter ausgeführten Maßnahmen nicht für Versorgungsgüter und technische Hilfe gelten, die der Übergangs-Bundesregierung nach den Ziffern 11 *b*) und 12 der Resolution 1772 (2007) für den Aufbau ihrer Institutionen des Sicherheitssektors im Einklang mit dem Friedensprozess von Dschibuti und unter Einhaltung des in Ziffer 12 der Resolution 1772 (2007) festgelegten Benachrichtigungsverfahrens zur Verfügung gestellt werden;

14. *erneuert seinen Aufruf* an alle somalischen Parteien, das Abkommen von Dschibuti zu unterstützen, und fordert die Einstellung aller Feindseligkeiten, Handlungen der bewaffneten Konfrontation und Versuche, die Übergangs-Bundesregierung zu schwächen;

15. *begrüßt* die Bemühungen der Übergangs-Bundesregierung um Aussöhnung, fordert die Übergangs-Bundesregierung nachdrücklich auf, diese Bemühungen im Rahmen des Abkommens von Dschibuti unter Beteiligung aller Gruppen, die zur Zusammenarbeit und zum Gewaltverzicht bereit sind, fortzusetzen und zu verstärken, und ersucht den Generalsekretär, über seinen Sonderbeauftragten für Somalia weiter mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um die Aussöhnung zu erleichtern;

16. *fordert* die sofortige Einstellung aller Gewalt- oder Missbrauchshandlungen gegen Zivilpersonen und humanitäres Personal, die unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen begangen werden;

17. *fordert* alle Parteien und bewaffneten Gruppen *auf*, die Sicherheit des humanitären Personals und der humanitären Hilfsgüter durch geeignete Schritte zu gewährleisten, und verlangt, dass alle Parteien den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang sicherstel-

[89] S/2009/210.

len, damit hilfebedürftige Personen im ganzen Land rasch humanitäre Hilfe erhalten können;

18. *ersucht* den Generalsekretär, über seinen Sonderbeauftragten und das Politische Büro der Vereinten Nationen für Somalia verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um alle Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen in Somalia wirksam zu koordinieren und für diese Tätigkeiten einen integrierten Ansatz zu erarbeiten, Gute Dienste und politische Unterstützung für die Anstrengungen zur Herbeiführung dauerhaften Friedens und dauerhafter Stabilität in Somalia zu leisten und von der internationalen Gemeinschaft Ressourcen und Unterstützung sowohl für die kurzfristige Wiederherstellung als auch für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung Somalias zu mobilisieren und dabei die Empfehlungen in seinem Bericht vom 31. Dezember 2009[87] zu berücksichtigen;

19. *fordert* die Übergangs-Bundesregierung *auf*, alle geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitsbedingungen in Somalia zu ergreifen, und ersucht den Generalsekretär, die vorgeschlagene Verlegung von Teilen des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia und anderer Stellen und Einrichtungen der Vereinten Nationen, einschließlich des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia, nach Mogadischu zu beschleunigen, nach Maßgabe der in seinem Bericht vom 16. April 2009[89] genannten Sicherheitsbedingungen;

20. *ersucht* den Generalsekretär, ab dem 1. Januar 2010 alle vier Monate über alle Aspekte dieser Resolution Bericht zu erstatten, und bekundet seine Absicht, die Situation im Rahmen seiner in der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 31. Oktober 2001[90] und der Ratsresolution 1872 (2009) vom 26. Mai 2009 festgelegten Berichtspflichten des Generalsekretärs zu überprüfen;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6266. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6289. Sitzung am 19. März 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia“ teilzunehmen.

Resolution 1916 (2010)
vom 19. März 2010

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Somalia und betreffend Eritrea, insbesondere Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992, mit der ein Embargo für alle Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät nach Somalia verhängt wurde (im Folgenden als „Waffenembargo gegen Somalia“ bezeichnet), und der Resolutionen 1519 (2003) vom 16. Dezember 2003, 1558 (2004) vom 17. August 2004, 1587 (2005) vom 15. März 2005, 1630 (2005) vom 14. Oktober 2005, 1676 (2006) vom 10. Mai 2006, 1724 (2006) vom 29. November 2006, 1744 (2007) vom 20. Februar 2007, 1766 (2007) vom 23. Juli 2007, 1772 (2007) vom 20. August 2007, 1801 (2008) vom 20. Februar 2008, 1811 (2008) vom 29. April 2008, 1844 (2008) vom 20. November 2008, 1853 (2008) vom 19. Dezember 2008, 1862 (2009) vom 14. Januar 2009 und 1907 (2009) vom 23. Dezember 2009,

daran erinnernd, dass gemäß seinen Resolutionen 1744 (2007) und 1772 (2007) das Waffenembargo gegen Somalia keine Anwendung findet auf *a*) Waffen und militärisches

[90] S/PRST/2001/30.

Gerät, technische Ausbildung und Hilfe, die ausschließlich zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia oder zur Nutzung durch diese bestimmt sind, und *b*) von Staaten bereitgestellte Versorgungsgüter und technische Hilfe, die ausschließlich als Beitrag zum Aufbau der Institutionen des Sicherheitssektors bestimmt sind, im Einklang mit dem in den besagten Resolutionen genannten politischen Prozess und mit der Maßgabe, dass der Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 751 (1992), dessen Mandat gemäß Resolution 1907 (2009) erweitert wurde (im Folgenden als „der Ausschuss" bezeichnet), innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang einer vorab und von Fall zu Fall erfolgenden Benachrichtigung über die Bereitstellung solcher Güter oder Hilfe keine ablehnende Entscheidung getroffen hat,

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias, Dschibutis und Eritreas,

bekräftigend, dass das Friedensabkommen von Dschibuti und der Friedensprozess die Grundlage für eine Beilegung des Konflikts in Somalia bilden, mit dem erneuten Ausdruck seines Eintretens für eine umfassende und dauerhafte Regelung der Situation in Somalia auf der Grundlage der Übergangs-Bundescharta und unter erneutem Hinweis auf die dringende Notwendigkeit, dass alle somalischen Führer konkrete Schritte zur Fortsetzung des politischen Dialogs unternehmen,

in Würdigung der Arbeit des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Herrn Ahmedou Ould-Abdallahs, und in Bekräftigung seiner festen Unterstützung für die von ihm unternommenen Anstrengungen,

Kenntnis nehmend von dem gemäß Ziffer 3 *j*) der Resolution 1853 (2008) vorgelegten Bericht der Überwachungsgruppe für Somalia vom 10. März 2010[91] und den darin enthaltenen Bemerkungen und Empfehlungen,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Einschüchterungshandlungen gegen die Überwachungsgruppe und die Einmischung in ihre Arbeit,

unter Verurteilung des Stroms von Waffen und Munition nach und durch Somalia und Eritrea, der einen Verstoß gegen das Waffenembargo gegen Somalia und das gemäß Resolution 1907 (2009) verhängte Waffenembargo gegen Eritrea (im Folgenden als „Waffenembargo gegen Eritrea" bezeichnet) und eine ernsthafte Bedrohung des Friedens und der Stabilität in der Region darstellt,

mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, insbesondere die Staaten der Region, jede Handlung zu unterlassen, die gegen die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea verstößt, und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um diejenigen, die gegen die Embargos verstoßen, zur Rechenschaft zu ziehen,

erklärend, wie wichtig es ist, die Überwachung der Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea durch die beständige, von Wachsamkeit geprägte Untersuchung von Verstößen zu verstärken, eingedenk dessen, dass die strikte Durchsetzung der Waffenembargos die Sicherheitslage in der Region insgesamt verbessern wird,

feststellend, dass die Situation in Somalia, die den Frieden und die Aussöhnung in Somalia untergrabenden Handlungen Eritreas sowie die Streitigkeit zwischen Dschibuti und Eritrea nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *betont*, dass alle Staaten verpflichtet sind, den mit Resolution 733 (1992) verhängten und in späteren einschlägigen Resolutionen weiter ausgeführten und geänderten

[91] Siehe S/2010/91.

Maßnahmen sowie den mit Resolution 1844 (2008) und Resolution 1907 (2009) verhängten Maßnahmen uneingeschränkt Folge zu leisten;

2. *bekundet erneut seine Absicht*, konkrete Schritte zur Verbesserung der Durchführung und Einhaltung der mit den Resolutionen 733 (1992), 1844 (2008) und 1907 (2009) verhängten Maßnahmen zu erwägen;

3. *beschließt*, dass die Ziffern 11 *b*) und 12 der Resolution 1772 (2007) auch auf die Versorgungsgüter und die technische Hilfe Anwendung finden, die von internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen bereitgestellt werden;

4. *unterstreicht* die Wichtigkeit humanitärer Hilfseinsätze, verurteilt die Politisierung, den Missbrauch und die Unterschlagung humanitärer Hilfe durch bewaffnete Gruppen und fordert die Mitgliedstaaten und die Vereinten Nationen auf, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um diese Praktiken in Somalia einzuschränken;

5. *beschließt*, dass die den Mitgliedstaaten in Ziffer 3 der Resolution 1844 (2008) auferlegten Verpflichtungen für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum dieser Resolution und unbeschadet der anderenorts durchgeführten humanitären Hilfsprogramme keine Anwendung auf die Zahlung von Geldern, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen finden, die erforderlich sind, um die rasche Bereitstellung dringend benötigter humanitärer Hilfe in Somalia durch die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen oder -programme, humanitäre Hilfe gewährende humanitäre Organisationen mit Beobachterstatus in der Generalversammlung der Vereinten Nationen oder ihre Durchführungspartner zu gewährleisten, und beschließt, die Auswirkungen dieser Bestimmung alle einhundertzwanzig Tage auf der Grundlage sämtlicher verfügbaren Informationen, einschließlich des nach Ziffer 11 vorgelegten Berichts des Residierenden und Humanitären Koordinators der Vereinten Nationen für Somalia, zu überprüfen;

6. *beschließt außerdem*, das in Ziffer 3 der Resolution 1558 (2004) genannte Mandat der Überwachungsgruppe für Somalia zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, so rasch wie möglich die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, um die Überwachungsgruppe für einen Zeitraum von zwölf Monaten wiedereinzusetzen und dabei gegebenenfalls den Sachverstand der Mitglieder der Überwachungsgruppe nach Resolution 1853 (2008) heranzuziehen und im Einklang mit Resolution 1907 (2009) drei weitere Sachverständige zu ernennen, um das erweiterte Mandat der Gruppe zu erfüllen, das folgenden Inhalt hat:

a) weiterhin die in Ziffer 3 *a*) bis *c*) der Resolution 1587 (2005) und Ziffer 23 *a*) bis *c*) der Resolution 1844 (2008) genannten Aufgaben durchzuführen;

b) zusätzlich die in Ziffer 19 *a*) bis *d*) der Resolution 1907 (2009) genannten Aufgaben durchzuführen;

c) in Abstimmung mit den zuständigen internationalen Organisationen alle Aktivitäten, darunter im Finanzsektor, im Schifffahrtsektor und in anderen Bereichen, zu untersuchen, bei denen Einnahmen erzielt werden, die für Verstöße gegen die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea verwendet werden;

d) alle Verkehrsmittel, Verkehrswege, Seehäfen, Flughäfen und anderen Einrichtungen zu untersuchen, die im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea genutzt werden;

e) im Hinblick auf mögliche künftige Maßnahmen seitens des Sicherheitsrats auch weiterhin die Informationen in dem Entwurf der Liste derjenigen Personen und Einrichtungen, die innerhalb und außerhalb Somalias die in Ziffer 8 *a*) bis *c*) der Resolution 1844 (2008) beschriebenen Handlungen begehen, sowie derjenigen, die sie aktiv unterstützen, zu verfeinern und zu aktualisieren und diese Informationen dem Ausschuss vorzulegen, sobald er dies für angezeigt hält;

f) im Hinblick auf mögliche künftige Maßnahmen seitens des Rates einen Entwurf einer Liste derjenigen Personen und Einrichtungen, die innerhalb und außerhalb Eritreas die in Ziffer 15 *a*) bis *e*) der Resolution 1907 (2009) beschriebenen Handlungen begehen, sowie derjenigen, die sie aktiv unterstützen, zu erstellen und diese Informationen dem Ausschuss vorzulegen, sobald er dies für angezeigt hält;

g) auch weiterhin Empfehlungen auf der Grundlage ihrer Untersuchungen, der vorausgegangenen Berichte der gemäß den Resolutionen 1425 (2002) vom 22. Juli 2002 und 1474 (2003) vom 8. April 2003 ernannten Sachverständigengruppe[92] sowie der vorausgegangenen Berichte der gemäß den Resolutionen 1519 (2003)[93], 1558 (2004)[94], 1587 (2005)[95], 1630 (2005)[96], 1676 (2006)[97], 1724 (2006)[98], 1766 (2007)[99], 1811 (2008)[100] und 1853 (2008)[91] ernannten Überwachungsgruppe abzugeben;

h) mit dem Ausschuss bezüglich konkreter Empfehlungen für zusätzliche Maßnahmen eng zusammenzuarbeiten, um die Einhaltung der Waffenembargos gegen Somalia und Eritrea sowie der in den Ziffern 1, 3 und 7 der Resolution 1844 (2008) und den Ziffern 5, 6, 8, 10, 12 und 13 der Resolution 1907 (2009) betreffend Eritrea verhängten Maßnahmen insgesamt zu verbessern;

i) bei der Feststellung von Bereichen behilflich zu sein, in denen die Kapazitäten der Staaten in der Region gestärkt werden können, um die Durchführung der Waffenembargos sowie der in den Ziffern 1, 3 und 7 der Resolution 1844 (2008) und den Ziffern 5, 6, 8, 10, 12 und 13 der Resolution 1907 (2009) betreffend Eritrea verhängten Maßnahmen zu erleichtern;

j) innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Einsetzung dem Rat über den Ausschuss eine Halbzeitunterrichtung zu geben und dem Ausschuss monatliche Fortschrittsberichte vorzulegen;

k) spätestens fünfzehn Tage vor Ablauf des Mandats der Überwachungsgruppe dem Rat über den Ausschuss einen Schlussbericht zur Prüfung vorzulegen, der alle vorstehend genannten Aufgaben behandelt;

7. *ersucht* den Generalsekretär, die notwendigen finanziellen Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeit der Überwachungsgruppe zu unterstützen;

8. *bekräftigt* die Ziffern 4, 5, 7, 8 und 10 der Resolution 1519 (2003);

9. *ersucht* den Ausschuss, im Einklang mit seinem Mandat und in Abstimmung mit der Überwachungsgruppe und anderen zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen die Empfehlungen in den Berichten der Überwachungsgruppe vom 5. April[96] und vom 16. Oktober 2006[97], vom 17. Juli 2007[98], vom 24. April[99] und vom 20. November 2008[100] und vom 10. März 2010[91] zu prüfen und dem Rat Empfehlungen darüber vorzulegen, wie die Durchführung und Einhaltung der Waffenembargos und die Durchführung der in den Ziffern 1, 3 und 7 der Resolution 1844 (2008) und den Ziffern 5, 6, 8, 10, 12 und 13 der Resolution 1907 (2009) betreffend Eritrea verhängten Maßnahmen verbessert werden kann, um den anhaltenden Verstößen zu begegnen;

---

[92] Siehe S/2003/223 und S/2003/1035.

[93] Siehe S/2004/604.

[94] Siehe S/2005/153.

[95] Siehe S/2005/625.

[96] Siehe S/2006/229.

[97] Siehe S/2006/913.

[98] Siehe S/2007/436.

[99] Siehe S/2008/274.

[100] Siehe S/2008/769.

10. *ersucht* alle Staaten, namentlich Eritrea, die anderen Staaten in der Region und die Übergangs-Bundesregierung, sicherzustellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Überwachungsgruppe zusammenarbeiten;

11. *ersucht* den Residierenden und Humanitären Koordinator der Vereinten Nationen für Somalia, dem Sicherheitsrat alle einhundertzwanzig Tage über die Durchführung der Ziffern 4 und 5 und über alle Hindernisse für die Bereitstellung humanitärer Hilfe in Somalia Bericht zu erstatten, und ersucht die zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen und die humanitäre Hilfe gewährenden humanitären Organisationen mit Beobachterstatus in der Generalversammlung, dem Koordinator bei der Ausarbeitung dieser Berichte behilflich zu sein, indem sie sachdienliche Informationen zu den Ziffern 4 und 5 vorlegen;

12. *fordert* alle Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, einschließlich der internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen, *nachdrücklich auf*, mit der Überwachungsgruppe in ihrer Arbeit uneingeschränkt zu kooperieren und die Sicherheit ihrer Mitglieder sowie ungehinderten Zugang zu gewährleisten, insbesondere zu den Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Überwachungsgruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6289. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6301. Sitzung am 27. April 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1846 (2008) des Sicherheitsrats (S/2009/590)“.

Resolution 1918 (2010)
vom 27. April 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen betreffend die Situation in Somalia, insbesondere die Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1844 (2008) vom 20. November 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1851 (2008) vom 16. Dezember 2008 und 1897 (2009) vom 30. November 2009,

nach wie vor zutiefst besorgt über die Bedrohung, die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See gegen Schiffe für die Situation in Somalia und die anderen Staaten in der Region sowie für die internationale Schifffahrt und die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege darstellen,

bekräftigend, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 („das Seerechtsübereinkommen“)[78], insbesondere seinen Artikeln 100, 101 und 105, niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See sowie für sonstige Meerestätigkeiten vorgibt,

sowie bekräftigend, dass die in der Resolution 1897 (2009) verlängerten Ermächtigungen ausschließlich auf die Situation in Somalia Anwendung finden und die Rechte, Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht, einschließ-

lich der Rechte oder Pflichten nach dem Seerechtsübereinkommen, in Bezug auf jede andere Situation unberührt lassen, und insbesondere unterstreichend, dass die Resolution 1897 (2009) nicht so anzusehen ist, als werde dadurch Völkergewohnheitsrecht geschaffen,

die Notwendigkeit *betonend*, die Probleme anzugehen, die sich dadurch ergeben, dass die Justizsysteme Somalias und der anderen Staaten in der Region nur begrenzt zu einer wirksamen Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber in der Lage sind,

mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der Hilfe, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und andere internationale Organisationen und Geber in Abstimmung mit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias derzeit gewähren, um die Justiz- und Strafvollzugssysteme in Somalia, Kenia, den Seychellen und anderen Staaten in der Region besser in die Lage zu versetzen, mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen und verurteilte Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen in Haft zu nehmen,

den Beitrag *würdigend*, den die von der Europäischen Union geführte Operation Atalanta, die Operationen „Allied Protector“ und „Ocean Shield“ der Nordatlantikvertrags-Organisation, die „Combined Task Force 151“ der multinationalen Seestreitkräfte und andere in nationaler Eigenschaft in Zusammenarbeit mit der Übergangs-Bundesregierung und miteinander handelnde Staaten zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias leisten, so auch indem sie die der Seeräuberei verdächtigten Personen vor Gericht bringen,

sowie in Würdigung der bisherigen Anstrengungen Kenias, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen und verurteilte Personen in Haft zu nehmen, und Kenia zur Fortsetzung dieser Anstrengungen ermutigend, aber gleichzeitig die Schwierigkeiten anerkennend, denen sich Kenia dabei gegenübersieht,

ferner in Würdigung der bisherigen Anstrengungen anderer Staaten, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen,

Kenntnis nehmend von dem Beschluss der Seychellen, mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen, und insbesondere ihren Beschluss vom 6. Februar 2010 begrüßend, die Aufnahme eines regionalen Zentrums für Strafverfolgungen zu prüfen,

mit Lob für den Beschluss der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, den internationalen Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Kontaktgruppe einzurichten, der vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung verwaltet wird und über den die Kosten im Zusammenhang mit der Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber gedeckt und andere Initiativen zur Bekämpfung der Seeräuberei unterstützt werden sollen, die Beiträge der teilnehmenden Staaten begrüßend und andere potenzielle Geber ermutigend, zu dem Fonds beizutragen,

es begrüßend, dass die Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias den Bericht über die Ermittlung des regionalen Kapazitätsbedarfs angenommen hat, und die Staaten und internationalen Organisationen nachdrücklich auffordernd, größtmögliche Unterstützung zu gewähren, damit die Empfehlungen in dem Bericht rasch umgesetzt werden können,

in Würdigung derjenigen Staaten, die ihr innerstaatliches Recht geändert haben, um Seeräuberei unter Strafe zu stellen und es leichter zu machen, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, namentlich den Menschenrechtsnormen, und betonend, dass die Staaten diesbezüglich weitere Anstrengungen unternehmen müssen,

gleichzeitig *besorgt feststellend*, dass das innerstaatliche Recht einer Reihe von Staaten weder die Seeräuberei unter Strafe stellt noch Verfahrensbestimmungen für eine wirksame Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber enthält,

in Anerkennung der laufenden Anstrengungen innerhalb der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, mögliche Mechanismen zur wirksameren Strafverfolgung der Personen zu erkunden, die der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verdächtigt werden,

hervorhebend, dass Frieden und Stabilität innerhalb Somalias, die Stärkung der staatlichen Institutionen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit notwendig sind, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Seeräuberei und den bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias auf Dauer ein Ende gemacht wird, und ferner hervorhebend, dass die langfristige Sicherheit Somalias von dem wirksamen Aufbau der Nationalen Sicherheitskräfte und der Somalischen Polizei durch die Übergangs-Bundesregierung, im Rahmen des Abkommens von Dschibuti und im Einklang mit einer nationalen Sicherheitsstrategie, abhängt,

besorgt über die Fälle, in denen der Seeräuberei verdächtigte Personen freigelassen werden, ohne vor Gericht gestellt zu werden, und entschlossen, Bedingungen zu schaffen, die gewährleisten, dass die Seeräuber zur Rechenschaft gezogen werden,

1. *bekräftigt*, dass die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Seeräuberei unterlaufen werden, wenn die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen nicht strafrechtlich verfolgt werden;

2. *fordert* alle Staaten, namentlich die Staaten in der Region, *auf*, die Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe zu stellen und die Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber, die vor der Küste Somalias aufgegriffen werden, sowie die Verhängung von Freiheitsstrafen über verurteilte Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen wohlwollend zu prüfen;

3. *begrüßt* in diesem Zusammenhang die derzeitigen Fortschritte bei der Anwendung des Verhaltenskodexes der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation betreffend die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle gegen Schiffe im westlichen Indischen Ozean und im Golf von Aden (Verhaltenskodex von Dschibuti)[80] und fordert die beteiligten Staaten auf, den Kodex möglichst bald vollständig anzuwenden;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat innherhalb von drei Monaten einen Bericht vorzulegen, der mögliche Optionen zur Förderung des Ziels der Strafverfolgung und Inhaftierung der für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen aufzeigt, insbesondere auch Optionen zur Einrichtung von Sonderkammern nationaler Gerichte, möglicherweise mit internationalen Komponenten, oder eines regionalen oder internationalen Gerichtshofs, samt entsprechenden Regelungen für den Freiheitsentzug, unter Berücksichtigung der Arbeit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, der bestehenden Praxis bei der Errichtung internationaler und gemischter Gerichtshöfe sowie des für die Erreichung konkreter und dauerhafter Ergebnisse nötigen Zeitaufwands und Mittelbedarfs;

5. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6301. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6313. Sitzung am 12. Mai 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Norwegens und Somalias (Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Fischerei und Meeresressourcen) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2010/234)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ahmedou Ould-Abdallah, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 5. Mai 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Ugandas bei den Vereinten Nationen vom 12. Mai 2010 Herrn Ramtane Lamamra, den Kommissar für Frieden und Sicherheit der Kommission der Afrikanischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 9. Juni 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[101]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 7. Juni 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Augustine Mahiga (Vereinigte Republik Tansania) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Somalia und Leiter des Politischen Büros der Vereinten Nationen für Somalia zu ernennen[102], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

PUNKTE IM ZUSAMMENHANG MIT DER SITUATION IM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN

A. Die Situation in Bosnien und Herzegowina[103]

Beschluss

Auf seiner 6220. Sitzung am 18. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Bosnien und Herzegowinas, Deutschlands und Italiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

> Schreiben des Generalsekretärs vom 12. November 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/588)
>
> Schreiben des Generalsekretärs vom 8. Oktober 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/525)".

---

[101] S/2010/302.

[102] S/2010/301.

[103] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1992 verabschiedet.

Resolution 1895 (2009) vom 18. November 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren einschlägigen Resolutionen betreffend die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien sowie die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten, namentlich die Resolutionen 1031 (1995) vom 15. Dezember 1995, 1088 (1996) vom 12. Dezember 1996, 1423 (2002) vom 12. Juli 2002, 1491 (2003) vom 11. Juli 2003, 1551 (2004) vom 9. Juli 2004, 1575 (2004) vom 22. November 2004, 1639 (2005) vom 21. November 2005, 1722 (2006) vom 21. November 2006, 1764 (2007) vom 29. Juni 2007, 1785 (2007) vom 21. November 2007, 1845 (2008) vom 20. November 2008 und 1869 (2009) vom 25. März 2009,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur politischen Regelung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien unter Wahrung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit aller dortigen Staaten innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen,

unter Betonung seiner vollen Unterstützung für die fortgesetzte Rolle des Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina in dem Land,

unter Hervorhebung seiner Entschlossenheit, die Durchführung des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für den Frieden in Bosnien und Herzegowina und der dazugehörigen Anhänge (zusammen als „das Friedensübereinkommen“ bezeichnet)[104] sowie der einschlägigen Beschlüsse des Rates für die Umsetzung des Friedens zu unterstützen,

unter Hinweis auf alle Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen, auf die in Anlage B des Anhangs 1-A des Friedensübereinkommens Bezug genommen wird, und die Parteien daran erinnernd, dass sie verpflichtet sind, diese auch weiterhin einzuhalten,

sowie unter Hinweis auf die Bestimmungen seiner Resolution 1551 (2004), die sich auf die vorläufige Anwendung der Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen in Anlage B des Anhangs 1-A des Friedensübereinkommens beziehen,

mit dem nachdrücklichen Ausdruck seines Dankes an den Hohen Beauftragten, den Kommandeur und das Personal der multinationalen Stabilisierungstruppe (Einsatzkräfte der Europäischen Union), den Hochrangigen Militärischen Vertreter und das Personal des Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation in Sarajewo, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Europäische Union sowie das Personal der anderen internationalen Organisationen und Einrichtungen in Bosnien und Herzegowina für ihren Beitrag zur Durchführung des Friedensübereinkommens,

betonend, dass eine umfassende und koordinierte Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in der gesamten Region für einen dauerhaften Frieden nach wie vor entscheidend ist,

unter Hinweis auf die Erklärungen der Ministertagungen des Rates für die Umsetzung des Friedens,

feststellend, dass das Friedensübereinkommen noch nicht vollständig durchgeführt worden ist, gleichzeitig aber in Würdigung der Erfolge, die die Behörden auf der Ebene des Gesamtstaats und der Gebietseinheiten in Bosnien und Herzegowina sowie die internationale Gemeinschaft in den vierzehn Jahren seit der Unterzeichnung des Friedensübereinkommens erzielt haben,

hervorhebend, wie wichtig es ist, dass Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zur euro-atlantischen Integration auf der Grundlage des Friedensübereinkommens voranschrei-

[104] Siehe S/1995/999.

tet, und gleichzeitig anerkennend, wie wichtig der Übergang Bosnien und Herzegowinas zu einem funktionsfähigen, reformorientierten, modernen und demokratischen europäischen Land ist,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Hohen Beauftragten, namentlich von seinem jüngsten Bericht vom 6. November 2009[105],

entschlossen, die friedliche Beilegung der Konflikte im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu fördern,

unter Hinweis auf die einschlägigen Grundsätze in dem am 9. Dezember 1994 verabschiedeten Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal[106] sowie auf die Erklärung seines Präsidenten vom 9. Februar 2000[107],

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

Kenntnis nehmend von den Schlussfolgerungen der Außen- und Verteidigungsminister der Europäischen Union auf ihrer gemeinsamen Tagung am 18. Mai 2009, in denen sie den positiven Beitrag der Einsatzkräfte der Europäischen Union zu einem sicheren und geschützten Umfeld in Bosnien und Herzegowina begrüßen und hinzufügen, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union weiterhin ein Sicherheitsgefühl entstehen lassen und bereit sind, auf eventuelle Sicherheitsprobleme im gesamten Land zu reagieren, und von den Schlussfolgerungen der Außen- und Verteidigungsminister der Europäischen Union auf ihrer gemeinsamen Tagung am 17. November 2009,

unter Hinweis auf den dem Sicherheitsrat am 19. November 2004 übersandten Briefwechsel zwischen der Europäischen Union und der Nordatlantikvertrags-Organisation über die Frage, wie diese Organisationen in Bosnien und Herzegowina zusammenarbeiten werden[108], in dem beide Organisationen anerkennen, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung gemäß den militärischen Aspekten des Friedensübereinkommens übernehmen werden,

sowie unter Hinweis darauf, dass die Präsidentschaft Bosnien und Herzegowinas im Namen Bosnien und Herzegowinas, einschließlich seiner Gebietseinheiten, die Regelungen für die Einsatzkräfte der Europäischen Union und die Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation bestätigt hat[109],

das erhöhte Engagement der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina und das fortgesetzte Engagement der Nordatlantikvertrags-Organisation *begrüßend*,

mit der nochmaligen Aufforderung an die Behörden in Bosnien und Herzegowina, ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, wie auch der Lenkungsausschuss des Rates für die Umsetzung des Friedens in seiner Erklärung vom 30. Juni 2009 bekräftigte, und insbesondere in der Erkenntnis, dass eine Lösung in der Frage des staatlichen Eigentums und der Verteidigungsgüter gefunden werden muss,

---

[105] Siehe S/2009/588.

[106] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2051, Nr. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1997 II S. 230; LGBl. 2001 Nr. 4; öBGBl. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

[107] S/PRST/2000/4.

[108] Siehe S/2004/915 und S/2004/916.

[109] Siehe S/2004/917.

die Fortschritte *begrüßend*, die Bosnien und Herzegowina im Hinblick auf einige Prioritäten der Europäischen Partnerschaft, die Durchführung des Interimsabkommens und die Erfüllung der Bedingungen des Fahrplans für visumfreies Reisen erzielt hat, und die Behörden in Bosnien und Herzegowina auffordernd, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die von der Europäischen Kommission in ihrem Fortschrittsbericht vom 14. Oktober 2009 hervorgehobenen dringenden Reformen für die Umsetzung der Europäischen Partnerschaft abzuschließen und sich auf die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Interimsabkommen und, zu gegebener Zeit, dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen vorzubereiten,

feststellend, dass die Situation in der Region auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *bekräftigt erneut seine Unterstützung* für das Allgemeine Rahmenübereinkommen für den Frieden in Bosnien und Herzegowina und der dazugehörigen Anhänge (zusammen als „das Friedensübereinkommen“ bezeichnet)[104] sowie für das Abkommen von Dayton über die Schaffung der Föderation Bosnien und Herzegowina vom 10. November 1995[110] und fordert die Parteien auf, ihre Verpflichtungen aus diesen Übereinkünften genauestens zu erfüllen;

2. *wiederholt*, dass die Hauptverantwortung für die weitere erfolgreiche Durchführung des Friedensübereinkommens bei den Behörden in Bosnien und Herzegowina selbst liegt und dass die künftige Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft und wichtiger Geber, die politische, militärische und wirtschaftliche Last der Durchführungs- und Wiederaufbaubemühungen zu tragen, davon abhängen wird, inwieweit alle Behörden in Bosnien und Herzegowina das Friedensübereinkommen befolgen und an der Durchführung des Übereinkommens sowie am Wiederaufbau der Zivilgesellschaft, insbesondere in voller Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, an der Stärkung gemeinsamer Institutionen, die den Aufbau eines voll funktionsfähigen eigenständigen Staates fördern, der zur Integration in die europäischen Strukturen fähig ist, sowie an der Erleichterung der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen aktiv mitwirken;

3. *erinnert* die Parteien erneut daran, dass sie sich nach dem Friedensübereinkommen verpflichtet haben, mit allen Stellen, die an der Durchführung dieser Friedensregelung beteiligt sind, wie in dem Friedensübereinkommen beschrieben, oder die anderweitig vom Sicherheitsrat ermächtigt worden sind, insbesondere dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien bei der Wahrnehmung seiner Verantwortung für eine unparteiliche Rechtsprechung, voll zusammenzuarbeiten, und unterstreicht, dass die volle Zusammenarbeit der Staaten und Gebietseinheiten mit dem Gerichtshof unter anderem auch beinhaltet, dass sie alle Personen, gegen die der Gerichtshof Anklage erhoben hat, dem Gerichtshof überstellen oder sie festnehmen und dem Gerichtshof Informationen verfügbar machen, um ihm bei seinen Ermittlungen behilflich zu sein;

4. *unterstreicht seine volle Unterstützung* dafür, dass der Hohe Beauftragte für Bosnien und Herzegowina seine Rolle bei der Überwachung der Durchführung des Friedensübereinkommens und der Anleitung und Koordinierung der Tätigkeiten der zivilen Organisationen und Einrichtungen, die den Parteien bei der Durchführung des Friedensübereinkommens behilflich sind, weiter wahrnimmt, und erklärt erneut, dass der Hohe Beauftragte nach Anhang 10 des Friedensübereinkommens die letzte Instanz an Ort und Stelle für die Auslegung der zivilen Aspekte der Durchführung des Friedensübereinkommens ist

[110] S/1995/1021, Anlage.

und dass er im Falle von Streitigkeiten über die vom Rat für die Umsetzung des Friedens am 9. und 10. Dezember 1997 in Bonn (Deutschland) näher bestimmten Fragen seine Auslegung treffen, Empfehlungen abgeben und bindende Entscheidungen treffen kann, wenn er dies für notwendig erachtet[111];

5. *bekundet seine Unterstützung* für die Erklärungen der Ministertagungen des Rates für die Umsetzung des Friedens;

6. *erklärt erneut* seine Absicht, die Durchführung des Friedensübereinkommens und die Situation in Bosnien und Herzegowina unter Berücksichtigung der nach den Ziffern 18 und 21 vorgelegten Berichte und aller darin gegebenenfalls enthaltenen Empfehlungen weiter genau zu verfolgen, und seine Bereitschaft, die Verhängung von Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, falls eine der Parteien ihre Verpflichtungen aus dem Friedensübereinkommen in erheblicher Weise nicht einhält;

7. *verweist* auf die Unterstützung der Behörden Bosnien und Herzegowinas für die Einsatzkräfte der Europäischen Union und die fortgesetzte Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie ihre Bestätigung, dass beide im Hinblick auf die Erfüllung ihres Auftrags im Sinne des Friedensübereinkommens, seiner Anhänge und Anlagen sowie der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats die Rechtsnachfolger der Stabilisierungstruppe sind und die erforderlichen Maßnahmen treffen können, einschließlich der Anwendung von Gewalt, um die Befolgung der Anhänge 1-A und 2 des Friedensübereinkommens und der einschlägigen Ratsresolutionen zu gewährleisten;

8. *würdigt* diejenigen Mitgliedstaaten, die sich an der multinationalen Stabilisierungstruppe (den Einsatzkräften der Europäischen Union) und an der fortgesetzten Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, die im Einklang mit seiner Resolution 1575 (2004) eingerichtet wurden und deren Auftrag mit seinen Resolutionen 1639 (2005), 1722 (2006), 1785 (2007) und 1845 (2008) verlängert wurde, beteiligt haben, und begrüßt ihre Bereitschaft, den Parteien des Friedensübereinkommens durch die fortgesetzte Dislozierung einer multinationalen Stabilisierungstruppe (der Einsatzkräfte der Europäischen Union) und die Beibehaltung einer Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation behilflich zu sein;

9. *begrüßt* die Absicht der Europäischen Union, ab November 2009 eine militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina weiterzuführen;

10. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, die durch die Europäische Union oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, für einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution eine multinationale Stabilisierungstruppe (die Einsatzkräfte der Europäischen Union) als Rechtsnachfolgerin der Stabilisierungstruppe unter gemeinsamer Führung einzurichten, die ihren Auftrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von Anhang 1-A und Anhang 2 des Friedensübereinkommens in Zusammenarbeit mit der Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation durchführen wird, im Einklang mit den zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Europäischen Union vereinbarten Regelungen, die dem Sicherheitsrat in ihren Schreiben vom 19. November 2004[108] mitgeteilt wurden und in denen anerkannt wird, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung gemäß den militärischen Aspekten des Friedensübereinkommens übernehmen werden;

11. *begrüßt* den Beschluss der Nordatlantikvertrags-Organisation, eine Präsenz in Bosnien und Herzegowina in Form eines Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation aufrechtzuerhalten, um auch weiterhin zusammen mit den Einsatzkräften der Europäischen Union bei der Durchführung des Friedensübereinkommens behilflich zu sein, und ermächtigt die Mitgliedstaaten, die durch die Nordatlantikvertrags-Organisation oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, auch weiterhin ein Hauptquartier der Nordat-

[111] Siehe S/1997/979, Anlage.

lantikvertrags-Organisation als Rechtsnachfolger der Stabilisierungstruppe unter gemeinsamer Führung aufrechtzuerhalten, das seinen Auftrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von Anhang 1-A und Anhang 2 des Friedensübereinkommens in Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften der Europäischen Union durchführen wird, im Einklang mit den zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Europäischen Union vereinbarten Regelungen, die dem Sicherheitsrat in ihren Schreiben vom 19. November 2004 mitgeteilt wurden und in denen anerkannt wird, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung gemäß den militärischen Aspekten des Friedensübereinkommens übernehmen werden;

12. *erklärt erneut*, dass das Friedensübereinkommen und die Bestimmungen seiner früheren einschlägigen Resolutionen für und in Bezug auf die Einsatzkräfte der Europäischen Union wie auch die Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation gelten, so wie sie für und in Bezug auf die Stabilisierungstruppe gegolten haben, und dass daher die Bezugnahmen in dem Friedensübereinkommen, insbesondere in Anhang 1-A und seinen Anlagen, sowie in den einschlägigen Resolutionen auf die Friedensumsetzungstruppe und/oder die Stabilisierungstruppe, die Nordatlantikvertrags-Organisation und den Nordatlantikrat so auszulegen sind, dass sie jeweils nach Bedarf für die Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, die Einsatzkräfte der Europäischen Union, die Europäische Union, das Politische und Sicherheitspolitische Komitee und den Rat der Europäischen Union gelten;

13. *bekundet seine Absicht*, die Bedingungen für eine weitere Ermächtigung unter Berücksichtigung der Entwicklungen bei der Durchführung des Friedensübereinkommens und der Lage in Bosnien und Herzegowina nach Bedarf zu prüfen;

14. *ermächtigt* die nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Anhänge 1-A und 2 des Friedensübereinkommens zu gewährleisten und ihre Einhaltung sicherzustellen, und betont, dass die Parteien für die Einhaltung dieser Anhänge auch weiterhin zu gleichen Teilen verantwortlich gemacht werden und dass sie gleichermaßen den von den Einsatzkräften der Europäischen Union und der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation erforderlichenfalls ergriffenen Zwangsmaßnahmen zur Sicherstellung der Umsetzung dieser Anhänge und zum Schutz der Einsatzkräfte der Europäischen Union und der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation unterliegen;

15. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, auf Ersuchen der Einsatzkräfte der Europäischen Union oder des Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation alle zur Verteidigung der Einsatzkräfte der Europäischen Union beziehungsweise der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation und zur Unterstützung beider Organisationen bei der Durchführung ihres Auftrags erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, und anerkennt das Recht sowohl der Einsatzkräfte der Europäischen Union als auch der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sich gegen einen Angriff oder die Androhung eines Angriffs zu verteidigen;

16. *ermächtigt* die nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten, im Einklang mit Anhang 1-A des Friedensübereinkommens alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Regeln und Verfahren für die Einsatzführung und Kontrolle im Luftraum über Bosnien und Herzegowina für den gesamten zivilen und militärischen Flugverkehr sicherzustellen;

17. *verlangt*, dass die Parteien die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der Einsatzkräfte der Europäischen Union, der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation und des sonstigen internationalen Personals achten;

18. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die durch die Europäische Union oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, und die Mitgliedstaaten, die durch die Nordatlantikvertrags-Organisation oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, dem Sicherheitsrat auf dem vorgesehenen Weg und mindestens in dreimonatlichen Abständen über die Tätigkeit

der Einsatzkräfte der Europäischen Union beziehungsweise der Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation Bericht zu erstatten;

19. *bittet* alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, den nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten auch weiterhin angemessene Unterstützung und Erleichterungen zu gewähren, einschließlich Transiterleichterungen;

20. *dankt* der Europäischen Union *erneut* für den Einsatz ihrer Polizeimission in Bosnien und Herzegowina seit dem 1. Januar 2003;

21. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat im Einklang mit Anhang 10 des Friedensübereinkommens und den Schlussfolgerungen der am 4. und 5. Dezember 1996 in London abgehaltenen Konferenz zur Umsetzung des Friedens[112] und späterer Konferenzen zur Umsetzung des Friedens auch künftig Berichte des Hohen Beauftragten über die Durchführung des Friedensübereinkommens und insbesondere über die Erfüllung der den Parteien nach diesem Übereinkommen obliegenden Verpflichtungen vorzulegen;

22. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6220. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6222. Sitzung am 23. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Bosnien und Herzegowinas (Vorsitzender des Ministerrats), Schwedens und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

> Schreiben des Generalsekretärs vom 12. November 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/588)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Valentin Inzko, den Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6319. Sitzung am 24. Mai 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Kroatiens und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

> Schreiben des Generalsekretärs vom 14. Mai 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/235)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Valentin Inzko, den Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

[112] Siehe S/1996/1012, Anlage.

B. Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)[113]

Beschlüsse

Auf seiner 6202. Sitzung am 15. Oktober 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Serbiens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2009/497)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Lamberto Zannier, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Skender Hyseni gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6264. Sitzung am 22. Januar 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Präsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2010/5)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Lamberto Zannier, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Skender Hyseni gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6314. Sitzung am 17. Mai 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2010/169)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Lamberto Zannier, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das

[113] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Skender Hyseni gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6353. Sitzung am 6. Juli 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Präsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Schreiben des Ständigen Vertreters Serbiens bei den Vereinten Nationen vom 2. Juli 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/355)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Lamberto Zannier, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Yves de Kermabon, den Leiter der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Skender Hyseni gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

C. Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht[114]

Beschluss

Auf seiner 6242. Sitzung am 16. Dezember 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Schreiben des Generalsekretärs vom 28. Oktober 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/570)“.

Resolution 1900 (2009) vom 16. Dezember 2009[115]

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 28. Oktober 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, dem das Schreiben des Präsidenten des Internatio-

[114] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

[115] Der Präsident des Sicherheitsrats übermittelte dem Präsidenten der Generalversammlung den Wortlaut der Resolution 1900 (2009) mit Schreiben vom 22. Dezember 2009 (A/64/591).

nalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien („Gerichtshof“) vom 29. September 2009 beigefügt ist[116],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 827 (1993) vom 25. Mai 1993, 1581 (2005) vom 18. Januar 2005, 1597 (2005) vom 20. April 2005, 1613 (2005) vom 26. Juli 2005, 1629 (2005) vom 30. September 2005, 1660 (2006) vom 28. Februar 2006, 1668 (2006) vom 10. April 2006, 1800 (2008) vom 20. Februar 2008, 1837 (2008) vom 29. September 2008, 1849 (2008) vom 12. Dezember 2008 und 1877 (2009) vom 7. Juli 2009,

insbesondere unter Hinweis auf seine Resolutionen 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004, in denen der Rat den Gerichtshof auffordert, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um die Ermittlungen bis Ende 2004, alle Gerichtsverfahren der ersten Instanz bis Ende 2008 und die gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlussstrategie[117], dass der Gerichtshof nicht in der Lage sein wird, seine gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

unter Hinweis darauf, dass der Rat in Resolution 1877 (2009) die Amtszeit der ständigen Richter und der Ad-litem-Richter bis zum 31. Dezember 2010 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, verlängerte und beschloss, die Verlängerung der Amtszeit der ständigen Richter des Gerichtshofs, die Mitglieder der Berufungskammer sind, im Lichte der Fortschritte des Gerichtshofs bei der Umsetzung der Arbeitsabschlussstrategie spätestens bis zum 31. Dezember 2009 zu überprüfen,

in der Überzeugung, dass es ratsam ist, zu gestatten, dass die Gesamtzahl der am Gerichtshof tätigen Ad-litem-Richter zeitweise die nach Artikel 12 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Höchstzahl von zwölf überschreiten wird,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an den Gerichtshof, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um seine Tätigkeit schnell abzuschließen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *unterstreicht seine Absicht*, die Amtszeit aller Hauptverhandlungsrichter beim Gerichtshof auf der Grundlage des vorgesehenen Terminkalenders für die Hauptverfahren bis zum 30. Juni 2010 und die Amtszeit aller Berufungsrichter bis zum 31. Dezember 2012 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern, und ersucht den Präsidenten des Gerichtshofs, dem Rat einen aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren samt Informationen zu den Richtern vorzulegen, deren Amtszeitverlängerung oder Umsetzung zur Berufungskammer beantragt werden wird;

2. *beschließt*, dass die Richter Kimberley Prost (Kanada) und Ole Bjørn Støle (Norwegen) ungeachtet dessen, dass ihre Amtszeit am 31. Dezember 2009 abläuft, den Fall *Popović* erledigen, mit dessen Behandlung sie vor Ablauf ihrer Amtszeit begonnen haben, und nimmt Kenntnis von der Absicht des Gerichtshofs, den Fall bis Ende März 2010 abzuschließen;

3. *beschließt* in dieser Hinsicht *außerdem*, dass die Gesamtzahl der am Gerichtshof tätigen Ad-litem-Richter zeitweise die nach Artikel 12 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Höchstzahl von zwölf überschreiten darf, wobei sie zu keinem Zeitpunkt mehr als dreizehn betragen darf und bis zum 31. März 2010 auf höchstens zwölf zurückgeführt werden muss;

[116] S/2009/570.

[117] Siehe S/2009/589.

4. *beschließt ferner*, den Ad-litem-Richtern Prost und Støle zu gestatten, über die in Artikel 13 ter Absatz 2 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Gesamtdienstzeit hinaus am Gerichtshof tätig zu sein;

5. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6242. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6286. Sitzung am 18. März 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Schreiben des Generalsekretärs vom 15. März 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/133)“.

Resolution 1915 (2010)
vom 18. März 2010[118]

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 15. März 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, dem das Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien („Gerichtshof“) vom 1. März 2010 beigefügt ist[119],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 827 (1993) vom 25. Mai 1993, 1581 (2005) vom 18. Januar 2005, 1597 (2005) vom 20. April 2005, 1613 (2005) vom 26. Juli 2005, 1629 (2005) vom 30. September 2005, 1660 (2006) vom 28. Februar 2006, 1668 (2006) vom 10. April 2006, 1800 (2008) vom 20. Februar 2008, 1837 (2008) vom 29. September 2008, 1849 (2008) vom 12. Dezember 2008, 1877 (2009) vom 7. Juli 2009 und 1900 (2009) vom 16. Dezember 2009,

sowie unter Hinweis darauf, dass der Rat in Resolution 1900 (2009) beschloss, dass die Richter Kimberley Prost (Kanada) und Ole Bjørn Støle (Norwegen) ungeachtet des Ablaufs ihrer Amtszeit am 31. Dezember 2009 den Fall *Popović* erledigen und dass die Gesamtzahl der am Gerichtshof tätigen Ad-litem-Richter zeitweise die nach Artikel 12 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Höchstzahl von zwölf überschreiten darf, wobei sie zu keinem Zeitpunkt mehr als dreizehn betragen darf und bis zum 31. März 2010 auf höchstens zwölf zurückgeführt werden muss,

davon Kenntnis nehmend, dass die Verkündung des Urteils im Fall *Popović* sich aufgrund unvorhergesehener Umstände verzögert und nicht bis Ende März 2010 erfolgen wird,

in der Überzeugung, dass es ratsam ist, zu gestatten, dass die Gesamtzahl der am Gerichtshof tätigen Ad-litem-Richter zeitweise die nach Artikel 12 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Höchstzahl von zwölf überschreitet,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an den Gerichtshof, alle Maßnahmen zu ergreifen, um seine Arbeit schnell abzuschließen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

---

[118] Der Präsident des Sicherheitsrats übermittelte dem Präsidenten der Generalversammlung den Wortlaut der Resolution 1915 (2010) mit Schreiben vom 19. März 2010 (A/64/727).

[119] S/2010/133.

1. *beschließt*, dass die Gesamtzahl der am Gerichtshof tätigen Ad-litem-Richter zeitweise die nach Artikel 12 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Höchstzahl von zwölf überschreiten darf, wobei sie zu keinem Zeitpunkt mehr als dreizehn betragen darf und bis zum 30. Juni 2010 oder nach Abschluss des Falles *Popović*, falls dieser früher erfolgt, auf höchstens zwölf zurückgeführt werden muss;

2. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6286. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6348. Sitzung am 29. Juni 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Gleichlautende Schreiben des Generalsekretärs vom 18. Juni 2010 an den Präsidenten der Generalversammlung und den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/330)".

Resolution 1931 (2010)
vom 29. Juni 2010[120]

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 18. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, dem das Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien („Gerichtshof") vom 31. Mai 2010 beigefügt ist[121],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 827 (1993) vom 25. Mai 1993, 1581 (2005) vom 18. Januar 2005, 1597 (2005) vom 20. April 2005, 1613 (2005) vom 26. Juli 2005, 1629 (2005) vom 30. September 2005, 1660 (2006) vom 28. Februar 2006, 1668 (2006) vom 10. April 2006, 1800 (2008) vom 20. Februar 2008, 1837 (2008) vom 29. September 2008, 1849 (2008) vom 12. Dezember 2008, 1877 (2009) vom 7. Juli 2009, 1900 (2009) vom 16. Dezember 2009 und 1915 (2010) vom 18. März 2010,

insbesondere unter Hinweis auf seine Resolutionen 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004, in denen der Rat den Gerichtshof aufforderte, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Ermittlungen bis Ende 2004, alle Gerichtsverfahren der ersten Instanz bis Ende 2008 und die gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlussstrategie[122], dass der Gerichtshof nicht in der Lage sein wird, seine gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen, und von den Hindernissen, denen sich der Gerichtshof gegenübersieht, und in dieser Hinsicht seine Besorgnis bekundend,

Kenntnis nehmend von den vom Präsidenten des Gerichtshofs geäußerten Besorgnissen über den Verlust erfahrener Mitarbeiter und erklärend, dass die Bindung von Personal für den raschen Abschluss der Tätigkeit des Gerichtshofs unerlässlich ist,

---

[120] Der Präsident des Sicherheitsrats übermittelte dem Präsidenten der Generalversammlung den Wortlaut der Resolution 1931 (2010) mit Schreiben vom 29. Juni 2010 (A/64/861).

[121] S/2010/330.

[122] Siehe S/2010/270.

daran erinnernd, dass der Rat in Resolution 1900 (2009) seine Absicht unterstrich, die Amtszeit aller Hauptverhandlungsrichter beim Gerichtshof auf der Grundlage des vorgesehenen Terminkalenders für die Hauptverfahren bis zum 30. Juni 2010 und die Amtszeit aller Berufungsrichter bis zum 31. Dezember 2012 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern, und den Präsidenten des Gerichtshofs ersuchte, dem Rat einen aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren samt Informationen zu den Richtern vorzulegen, deren Amtszeitverlängerung oder Umsetzung zur Berufungskammer beantragt werden wird,

sowie daran erinnernd, dass nach Artikel 14 Absatz 3 des Statuts des Gerichtshofs in seiner mit Resolution 1877 (2009) geänderten Fassung die Amtszeit jedes der Berufungskammer neu zugeteilten Richters der Amtszeit der in der Berufungskammer tätigen Richter entspricht,

in der Überzeugung, dass es ratsam ist, neun Ad-litem-Richtern zu gestatten, über die in Artikel 13 ter Absatz 2 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Gesamtdienstzeit von drei Jahren hinaus am Gerichtshof tätig zu sein,

feststellend, dass ein ständiger Richter und drei der Ad-litem-Richter, die derzeit am Gerichtshof tätig sind, ihre Tätigkeit vor Ende des Jahres 2010 nach dem Abschluss ihrer jeweiligen Fälle einstellen werden,

Kenntnis nehmend von dem vom Präsidenten des Gerichtshofs vorgelegten aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren[121],

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *erklärt erneut*, dass die vom Gerichtshof angeklagten Personen vor Gericht gestellt werden müssen, fordert alle Staaten, insbesondere die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, erneut auf, die Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof zu verstärken und ihm jede erforderliche Hilfe zu gewähren, und fordert insbesondere, dass Herr Ratko Mladić und Herr Goran Hadžić sowie die weiteren vom Gerichtshof angeklagten Personen festgenommen werden;

2. *stellt fest*, wie wichtig eine angemessene Personalausstattung des Gerichtshofs für den raschen Abschluss seiner Tätigkeit ist, fordert das Sekretariat und die anderen zuständigen Organe der Vereinten Nationen auf, weiter mit dem Kanzler des Gerichtshofs zusammenzuarbeiten, um praktikable Lösungen für dieses Problem zu finden, während sich der Gerichtshof dem Abschluss seiner Tätigkeit nähert, und fordert gleichzeitig den Gerichtshof auf, sich mit erneuten Anstrengungen auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren;

3. *beschließt*, die Amtszeit der folgenden ständigen Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Berufungskammer sind, bis zum 31. Dezember 2012 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle oder bis zum Abschluss ihrer Amtszeit als Mitglieder der Berufungskammer, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

– Herr Carmel A. Agius (Malta)

– Herr Liu Daqun (China)

– Herr Theodor Meron (Vereinigte Staaten von Amerika)

– Herr Fausto Pocar (Italien)

– Herr Patrick Lipton Robinson (Jamaika)

4. *beschließt außerdem*, die Amtszeit der folgenden ständigen Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Strafkammer sind, bis zum 31. Dezember 2011 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

– Herr Jean-Claude Antonetti (Frankreich)

– Herr Guy Delvoie (Belgien)

– Herr Christoph Flügge (Deutschland)

– Herr Burton Hall (Bahamas)

– Herr O-gon Kwon (Republik Korea)

– Herr Bakone Melema Moloto (Südafrika)

– Herr Howard Morrison (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland)

– Herr Alphonsus Martinus Maria Orie (Niederlande)

5. *beschließt ferner*, die Amtszeit der folgenden Ad-litem-Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Strafkammer sind, bis zum 31. Dezember 2011 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

– Herr Melville Baird (Trinidad und Tobago)

– Herr Pedro David (Argentinien)

– Frau Elizabeth Gwaunza (Simbabwe)

– Herr Frederik Harhoff (Dänemark)

– Frau Flavia Lattanzi (Italien)

– Herr Antoine Kesia-Mbe Mindua (Demokratische Republik Kongo)

– Frau Prisca Matimba Nyambe (Sambia)

– Frau Michèle Picard (Frankreich)

– Herr Árpád Prandler (Ungarn)

– Herr Stefan Trechsel (Schweiz)

6. *unterstreicht seine Absicht*, die Amtszeit der Hauptverhandlungsrichter beim Gerichtshof auf der Grundlage des vorgesehenen Terminkalenders für die Hauptverfahren bis zum 30. Juni 2011 zu verlängern, und ersucht den Präsidenten des Gerichtshofs, dem Rat spätestens bis zum 15. Mai 2011 einen aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren vorzulegen;

7. *beschließt*, den Ad-litem-Richtern Baird, David, Gwaunza, Harhoff, Lattanzi, Mindua, Picard, Prandler und Trechsel zu gestatten, über die in Artikel 13 ter Absatz 2 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Gesamtdienstzeit hinaus am Gerichtshof tätig zu sein;

8. *fordert* den Gerichtshof *nachdrücklich auf*, seine Arbeit rasch abzuschließen;

9. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6348. Sitzung einstimmig verabschiedet.

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG DER PERSONEN, DIE FÜR VÖLKERMORD UND ANDERE SCHWERE VERSTÖSSE GEGEN DAS HUMANITÄRE VÖLKERRECHT IM HOHEITSGEBIET RUANDAS ZWISCHEN DEM 1. JANUAR 1994 UND DEM 31. DEZEMBER 1994 VERANTWORTLICH SIND, SOWIE RUANDISCHER STAATSANGEHÖRIGER, DIE FÜR WÄHREND DESSELBEN ZEITRAUMS IM HOHEITSGEBIET VON NACHBARSTAATEN BEGANGENEN VÖLKERMORD UND ANDERE DERARTIGE VERSTÖSSE VERANTWORTLICH SIND[123]

Beschlüsse

Am 4. August 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[124]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 31. Juli 2009 betreffend die Zusammensetzung des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind[125], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Die Ratsmitglieder unterstützen Ihre Absicht, Professor Bakhtiyar Tuzmukhamedov zu einem ständigen Richter des Gerichtshofs zu ernennen."

Auf seiner 6243. Sitzung am 16. Dezember 2009 behandelte der Rat den Punkt

> „Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind
>
> > Schreiben des Generalsekretärs vom 2. November 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/571)
> >
> > Schreiben des Generalsekretärs vom 23. November 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/601)".

Resolution 1901 (2009) vom 16. Dezember 2009[126]

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von den Schreiben des Generalsekretärs vom 2. und 23. November 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, denen die Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda („Gerichtshof") vom 15. Oktober beziehungsweise vom 6. November 2009 beigefügt sind[127],

---

[123] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

[124] S/2009/404.

[125] S/2009/403.

[126] Der Präsident des Sicherheitsrats übermittelte dem Präsidenten der Generalversammlung den Wortlaut der Resolution 1901 (2009) mit Schreiben vom 22. Dezember 2009 (A/64/590).

[127] S/2009/571 und S/2009/601.

unter Hinweis auf seine Resolutionen 955 (1994) vom 8. November 1994, 1165 (1998) vom 30. April 1998, 1329 (2000) vom 30. November 2000, 1411 (2002) vom 17. Mai 2002, 1431 (2002) vom 14. August 2002, 1717 (2006) vom 13. Oktober 2006, 1824 (2008) vom 18. Juli 2008, 1855 (2008) vom 19. Dezember 2008 und 1878 (2009) vom 7. Juli 2009,

insbesondere unter Hinweis auf seine Resolutionen 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004, in denen der Rat den Gerichtshof auffordert, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um die Ermittlungen bis Ende 2004, alle Gerichtsverfahren der ersten Instanz bis Ende 2008 und die gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlussstrategie[128], dass der Gerichtshof nicht in der Lage sein wird, seine gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

unter Hinweis darauf, dass der Rat in Resolution 1878 (2009) die Amtszeit der ständigen Richter und der Ad-litem-Richter, die Mitglieder der Strafkammern sind, bis zum 31. Dezember 2010 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, verlängerte und beschloss, die Verlängerung der Amtszeit der ständigen Richter des Gerichtshofs, die Mitglieder der Berufungskammer sind, im Lichte der Fortschritte des Gerichtshofs bei der Umsetzung seiner Arbeitsabschlussstrategie spätestens bis zum 31. Dezember 2009 zu überprüfen,

in der Überzeugung, dass es ratsam ist, die dem Generalsekretär in Resolution 1855 (2008) gewährte Ermächtigung zu verlängern, als vorübergehende Maßnahme zusätzlich zu den nach dem Statut des Gerichtshofs genehmigten neun Ad-litem-Richtern weitere Ad-litem-Richter zu ernennen, damit der Gerichtshof so bald wie möglich Verfahren abschließen und zusätzliche Verfahren durchführen und so die Ziele der Arbeitsabschlussstrategie erreichen kann,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an den Gerichtshof, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um seine Tätigkeit schnell abzuschließen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *unterstreicht seine Absicht*, die Amtszeit aller Hauptverhandlungsrichter beim Gerichtshof auf der Grundlage des vorgesehenen Terminkalenders für die Hauptverfahren bis zum 30. Juni 2010 und die Amtszeit aller Berufungsrichter bis zum 31. Dezember 2012 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern, und ersucht den Präsidenten des Gerichtshofs, dem Sicherheitsrat einen aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren samt Informationen zu den Richtern vorzulegen, deren Amtszeitverlängerung oder Umsetzung zur Berufungskammer beantragt werden wird;

2. *beschließt*, dass im Hinblick auf den Abschluss bestehender oder die Durchführung zusätzlicher Verfahren durch den Gerichtshof die Gesamtzahl der am Gerichtshof tätigen Ad-litem-Richter zeitweise die nach Artikel 11 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs vorgesehene Höchstzahl von neun überschreiten darf, wobei sie zu keinem Zeitpunkt mehr als zwölf betragen darf und bis zum 31. Dezember 2010 auf höchstens neun zurückgeführt werden muss;

3. *beschließt außerdem*, dass Richter Erik Møse ungeachtet dessen, dass seine Amtszeit am 31. Dezember 2009 abläuft, den Fall *Setako* erledigt, mit dessen Behandlung

[128] S/2009/587, Anlage.

er vor Ablauf seiner Amtszeit begonnen hat, und nimmt Kenntnis von der Absicht des Gerichtshofs, den Fall bis Ende Februar 2010 abzuschließen;

4. *beschließt ferner*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6243. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6349. Sitzung am 29. Juni 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind

Gleichlautende Schreiben des Generalsekretärs vom 2. Juni 2010 an den Präsidenten der Generalversammlung und den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/289)“.

Resolution 1932 (2010)
vom 29. Juni 2010[129]

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 2. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, dem ein Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda („Gerichtshof“) vom 25. Mai 2010 beigefügt ist[130],

unter Hinweis auf seine Resolutionen 955 (1994) vom 8. November 1994, 1165 (1998) vom 30. April 1998, 1329 (2000) vom 30. November 2000, 1411 (2002) vom 17. Mai 2002, 1431 (2002) vom 14. August 2002, 1717 (2006) vom 13. Oktober 2006, 1824 (2008) vom 18. Juli 2008, 1855 (2008) vom 19. Dezember 2008, 1878 (2009) vom 7. Juli 2009 und 1901 (2009) vom 16. Dezember 2009,

insbesondere unter Hinweis auf seine Resolutionen 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004, in denen der Rat den Gerichtshof aufforderte, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Ermittlungen bis Ende 2004, alle Gerichtsverfahren der ersten Instanz bis Ende 2008 und die gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen,

Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlussstrategie[131], dass der Gerichtshof nicht in der Lage sein wird, seine gesamte Tätigkeit im Jahr 2010 abzuschließen, und von den Hindernissen, denen sich der Gerichtshof gegenübersieht, und in dieser Hinsicht seine Besorgnis bekundend,

Kenntnis nehmend von den vom Präsidenten des Gerichtshofs geäußerten Besorgnissen über den Verlust erfahrener Mitarbeiter und erklärend, dass die Bindung von Personal für den raschen Abschluss der Tätigkeit des Gerichtshofs unerlässlich ist,

daran erinnernd, dass der Rat in Resolution 1901 (2009) seine Absicht unterstrich, die Amtszeit aller Hauptverhandlungsrichter beim Gerichtshof auf der Grundlage des vor-

[129] Der Präsident des Sicherheitsrats übermittelte dem Präsidenten der Generalversammlung den Wortlaut der Resolution 1932 (2010) mit Schreiben vom 29. Juni 2010 (A/64/862).

[130] S/2010/289.

[131] S/2010/259, Anlage.

gesehenen Terminkalenders für die Hauptverfahren bis zum 30. Juni 2010 und die Amtszeit aller Berufungsrichter bis zum 31. Dezember 2012 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern, und den Präsidenten des Gerichtshofs ersuchte, dem Rat einen aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren samt Informationen zu den Richtern vorzulegen, deren Amtszeitverlängerung oder Umsetzung zur Berufungskammer beantragt werden wird,

sowie daran erinnernd, dass nach Artikel 13 Absatz 3 des Statuts des Gerichtshofs in seiner mit Resolution 1878 (2009) geänderten Fassung die Amtszeit jedes der Berufungskammer neu zugeteilten Richters der Amtszeit der in der Berufungskammer tätigen Richter entspricht,

feststellend, dass ein ständiger Richter und zwei der Ad-litem-Richter, die derzeit am Gerichtshof tätig sind, ihre Tätigkeit vor Ende des Jahres 2010 nach dem Abschluss ihrer jeweiligen Fälle einstellen werden,

Kenntnis nehmend von dem vom Präsidenten des Gerichtshofs vorgelegten aktualisierten Terminkalender für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren[130],

sowie Kenntnis nehmend von dem vom Präsidenten des Gerichtshofs vorgelegten Bericht des Anklägers über die mangelnde Kooperation Kenias im Fall von Herrn Félicien Kabuga und von der Erklärung und Kooperationszusage Kenias auf einer Sitzung des Rates am 18. Juni 2010[132],

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *erklärt erneut*, dass die vom Gerichtshof angeklagten Personen vor Gericht gestellt werden müssen, fordert alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region der Großen Seen, erneut auf, die Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof zu verstärken und ihm jede erforderliche Hilfe zu gewähren, und fordert insbesondere die in Betracht kommenden Staaten auf, sich verstärkt darum zu bemühen, Herrn Félicien Kabuga, Herrn Augustin Bizimana, Herrn Protais Mpiranya und die weiteren vom Gerichtshof angeklagten Personen vor Gericht zu bringen;

2. *stellt fest*, wie wichtig eine angemessene Personalausstattung des Gerichtshofs für den raschen Abschluss seiner Tätigkeit ist, fordert das Sekretariat und die anderen zuständigen Organe der Vereinten Nationen auf, weiter mit dem Kanzler des Gerichtshofs zusammenzuarbeiten, um praktikable Lösungen für dieses Problem zu finden, während sich der Gerichtshof dem Abschluss seiner Tätigkeit nähert, und fordert gleichzeitig den Gerichtshof auf, sich mit erneuten Anstrengungen auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren;

3. *beschließt*, die Amtszeit der folgenden ständigen Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Berufungskammer sind, bis zum 31. Dezember 2012 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

– Herr Mehmet Güney (Türkei)

– Frau Andrésia Vaz (Senegal)

4. *beschließt außerdem*, die Amtszeit der folgenden ständigen Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Strafkammer sind, bis zum 31. Dezember 2011 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

– Sir Charles Michael Dennis Byron (St. Kitts und Nevis)

– Frau Khalida Rachid Khan (Pakistan)

[132] Siehe S/PV.6342.

– Frau Arlette Ramaroson (Madagaskar)

– Herr William H. Sekule (Vereinigte Republik Tansania)

– Herr Bakhtiyar Tuzmukhamedov (Russische Föderation)

5. *beschließt ferner*, die Amtszeit der folgenden Ad-litem-Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Strafkammer sind, bis zum 31. Dezember 2011 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

– Herr Aydin Sefa Akay (Türkei)

– Frau Florence Rita Arrey (Kamerun)

– Frau Solomy Balungi Bossa (Uganda)

– Herr Vagn Joensen (Dänemark)

– Herr Gberdao Gustave Kam (Burkina Faso)

– Herr Lee Gacuiga Muthoga (Kenia)

– Herr Seon Ki Park (Republik Korea)

– Herr Mparany Mamy Richard Rajohnson (Madagaskar)

– Herr Emile Francis Short (Ghana)

6. *beschließt*, Artikel 12 ter des Statuts des Gerichtshofs gemäß der Anlage zu dieser Resolution zu ändern;

7. *fordert* den Gerichtshof *nachdrücklich auf*, seine Arbeit rasch abzuschließen;

8. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6349. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage

Artikel 12 ter: Wahl und Ernennung der Ad-litem-Richter

3. Wenn kein Ad-litem-Richter auf der Liste verbleibt oder keiner der Ad-litem-Richter auf der Liste für eine Ernennung zur Verfügung steht und wenn es nicht möglich ist, einen derzeit am Gerichtshof tätigen Richter zuzuteilen, und alle anderen durchführbaren Möglichkeiten untersucht worden sind, kann der Generalsekretär auf Ersuchen des Präsidenten des Gerichtshofs einen ehemaligen ständigen oder Ad-litem-Richter des Gerichtshofs oder des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien dazu ernennen, als Ad-litem-Richter in einem oder mehreren Verfahren in den Strafkammern tätig zu werden.

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG DER VERANTWORTLICHEN FÜR DIE SEIT 1991 IM HOHEITSGEBIET DES EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN BEGANGENEN SCHWEREN VERSTÖSSE GEGEN DAS HUMANITÄRE VÖLKERRECHT

INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG DER PERSONEN, DIE FÜR VÖLKERMORD UND ANDERE SCHWERE VERSTÖSSE GEGEN DAS HUMANITÄRE VÖLKERRECHT IM HOHEITSGEBIET RUANDAS ZWISCHEN DEM 1. JANUAR 1994 UND DEM 31. DEZEMBER 1994 VERANTWORTLICH SIND, SOWIE RUANDISCHER STAATSANGEHÖRIGER, DIE FÜR WÄHREND DESSELBEN ZEITRAUMS IM HOHEITSGEBIET VON NACHBARSTAATEN BEGANGENEN VÖLKERMORD UND ANDERE DERARTIGE VERSTÖSSE VERANTWORTLICH SIND[133]

Beschlüsse

Am 28. September 2009 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[134]:

> „Im Namen der Mitglieder des Sicherheitsrats beehre ich mich, Ihnen unseren aufrichtigen Dank für die Erstellung Ihres Berichts vom 21. Mai 2009 über die verwaltungs- und haushaltstechnischen Aspekte der Standortoptionen für die Archive des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda und für den Sitz des Mechanismus/der Mechanismen zur Wahrnehmung der verbleibenden Aufgaben der Gerichtshöfe[135] auszusprechen.
>
> Bezüglich der Empfehlungen *l*) und *m*) in Ziffer 259 des Berichts möchte ich bestätigen, dass die Ratsmitglieder diese Empfehlungen begrüßen und den Generalsekretär ersuchen, die Präsidenten der Gerichtshöfe schriftlich darum zu bitten, im Rahmen ihrer Arbeitsabschlussstrategien für die Erfüllung der in Empfehlung *l*) aufgeführten Aufgaben zu sorgen und gemäß Empfehlung *m*) im Rahmen ihrer regelmäßigen Berichterstattung über die jeweilige Arbeitsabschlussstrategie dem Rat auch über den Erfüllungsstand dieser Aufgaben Bericht zu erstatten. Hinsichtlich der Empfehlung *l*) ii) möchten die Ratsmitglieder betonen, dass die Gerichtshöfe aufgefordert sind, die gangbaren Wege der Prüfung von Verfügungen und Entscheidungen betreffend Zeugenschutz zu erörtern, mit dem Ziel, diejenigen, die nicht länger erforderlich sind, aufzuheben oder abzuändern, und ausführlich darüber sowie über die konkreten Maßnahmen Bericht zu erstatten, die die Gerichtshöfe zu diesem Zweck unternehmen müssen.
>
> Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie entsprechende Schreiben an die Präsidenten der Gerichtshöfe richten könnten.“

Auf seiner 6228. Sitzung am 3. Dezember 2009 beschloss der Rat, die Vertreter Bosnien und Herzegowinas, Kenias, Ruandas, Schwedens und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

---

[133] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

[134] S/2009/496.

[135] S/2009/258.

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda vom 12. November 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/587)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vom 12. November 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/589)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Richter Patrick Robinson, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, Richter Dennis Byron, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, Herrn Serge Brammertz, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, und Herrn Hassan Bubacar Jallow, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6342. Sitzung am 18. Juni 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Kenias, Kroatiens, Ruandas und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vom 31. Mai 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/270)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind, vom 28. Mai 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/259)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Richter Patrick Robinson, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, Richter Dennis Byron, den Präsidenten des Internationalen

Strafgerichtshofs für Ruanda, Herrn Serge Brammertz, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, und Herrn Hassan Bubacar Jallow, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE FRAGE BETREFFEND HAITI[136]

Beschlüsse

Auf seiner 6186. Sitzung am 9. September 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Argentiniens, Brasiliens, Chiles, der Dominikanischen Republik, Ecuadors, Guatemalas, Haitis (Premierministerin), Jamaikas, Kanadas, Kolumbiens, Kubas, Norwegens, Perus, Schwedens, Spaniens, Uruguays und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

> Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2009/439)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn William J. Clinton, den Sondergesandten der Vereinten Nationen für Haiti, und Herrn Hédi Annabi, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti und Leiter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6200. Sitzung am 13. Oktober 2009 beschloss der Rat, die Vertreter Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Guatemalas, Haitis, Kanadas, Kolumbiens, Perus, Spaniens und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

> Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2009/439)“.

Resolution 1892 (2009) vom 13. Oktober 2009

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen über Haiti, insbesondere seiner Resolutionen 1542 (2004) vom 30. April 2004, 1576 (2004) vom 29. November 2004, 1608 (2005) vom 22. Juni 2005, 1658 (2006) vom 14. Februar 2006, 1702 (2006) vom 15. August 2006, 1743 (2007) vom 15. Februar 2007, 1780 (2007) vom 15. Oktober 2007 und 1840 (2008) vom 14. Oktober 2008,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Haitis, unter Begrüßung der bislang erzielten Fortschritte auf Gebieten, die für die Festigung der Stabilität Haitis von entscheidender Bedeutung sind, in Bekräftigung seiner Unterstützung für die Regierung Haitis und unter

---

[136] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1993 verabschiedet.

Begrüßung ihres Beitrags zur politischen Stabilität und zur Konsolidierung der Demokratie in Haiti,

unter Begrüßung der jüngsten Fortschritte bei der Verbesserung der Regierungsführung, namentlich durch die Wahl neuer Senatoren mit Unterstützung durch die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti und andere beteiligte Parteien, und bei der Verabschiedung der Verfassungsreform, nachdrücklich darauf hinweisend, wie wichtig es ist, ein glaubwürdiges, kompetentes, transparentes und rechenschaftspflichtiges Regierungswesen aufzubauen und die Regierung Haitis zur weiteren Stärkung der staatlichen Institutionen zu ermutigen, und betonend, dass die internationalen Anstrengungen zur Stärkung der Kapazitäten der Regierung und der staatlichen Institutionen Haitis fortgesetzt werden müssen,

die Regierung Haitis und alle anderen maßgeblichen Akteure des Landes *ermutigend*, den demokratischen Dialog zu verstärken und einen möglichst breiten und umfassenden Konsens herbeizuführen, in der Erkenntnis, dass es der Führerschaft und des steten politischen Willens der Regierung unter den maßgeblichen haitianischen Akteuren bedarf, um die Regierungsstrukturen sowie die nationalen Kapazitäten zur Bewältigung der vorrangigsten Probleme, denen sich das Land gegenübersieht, zu stärken,

betonend, dass die Anstrengungen zur Unterstützung der Beteiligung der Frauen am politischen Prozess verstärkt werden müssen,

sowie unter Betonung der Rolle der Regionalorganisationen beim weiteren Prozess der Stabilisierung und des Wiederaufbaus Haitis, mit der Aufforderung an die Mission, auch weiterhin eng mit der Organisation der amerikanischen Staaten und der Karibischen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, und Kenntnis nehmend von dem gemeinsamen Kommuniqué des „2x9"-Mechanismus für Haiti vom 28. September 2009[137],

in der Erkenntnis, dass die Herausforderungen in Haiti miteinander verknüpft sind, in Bekräftigung dessen, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und institutionelle Reform, nationale Aussöhnung und Entwicklung einander verstärken, und unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen der Regierung Haitis und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen zu bewältigen,

erneut darauf hinweisend, dass Sicherheit von sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung begleitet sein muss, damit Haiti langfristige Stabilität erreichen kann[138],

anerkennend, dass die Achtung vor den Menschenrechten, das Vorhandensein ordnungsgemäßer Verfahren, die Bewältigung des Kriminalitätsproblems und die Beendigung der Straflosigkeit für die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheit in Haiti unerlässlich sind,

in Würdigung dessen, dass die Mission der Regierung Haitis auch weiterhin dabei behilflich ist, ein sicheres und stabiles Umfeld zu gewährleisten, mit dem Ausdruck seines Dankes an das Personal der Mission und seine Länder und in Würdigung derer, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt wurden oder ums Leben kamen,

anerkennend, dass sich die Sicherheitslage im letzten Jahr etwas verbessert hat, jedoch feststellend, dass sie nach wie vor prekär ist,

sowie in Anerkennung der von der Organisation der amerikanischen Staaten weiterhin gewährten Unterstützung bei der Aktualisierung des haitianischen Wählerverzeichnisses und mit der Aufforderung an die haitianischen Behörden, mit anhaltender Unterstützung durch die Mission und die internationale Gemeinschaft ständige und wirksame Wahlinsti-

[137] S/2009/509, Anlage.

[138] Siehe S/PRST/2009/4.

tutionen einzurichten und Wahlen abzuhalten, die mit den verfassungsmäßigen und gesetzlichen Anforderungen Haitis im Einklang stehen,

mit der Aufforderung an die Regierung Haitis, in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft die Reform des Sicherheitssektors weiter voranzubringen, wie insbesondere in dem von der Regierung verabschiedeten Plan zur Reform der Haitianischen Nationalpolizei[139] vorgesehen,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, die Schritte zu beschleunigen, die im Einklang mit dem nationalen Justizreformplan zur Stärkung des Justizsystems unternommen wurden, darunter die Modernisierung der Justizinstitutionen und die Verbesserung des Zugangs zur Justiz,

in Unterstützung der ersten Empfehlungen der Beratungskommission für langandauernde Untersuchungshaft und unter Betonung der Notwendigkeit, sich mit der Lage der Mehrzahl der haitianischen Gefangenen zu befassen,

in Anbetracht der Verwüstungen, unter denen das Volk Haitis während der vergangenen Hurrikansaisons zu leiden hatte, in Anerkennung der Herausforderungen, denen sich die Regierung Haitis bei der Reaktion auf die humanitären und anderen Bedürfnisse ihres Volkes gegenübersieht, unter Begrüßung der Anstrengungen der haitianischen Behörden und des Beitrags der internationalen Gemeinschaft in dieser Hinsicht und betonend, wie wichtig es ist, dass künftige diesbezügliche Maßnahmen unter den Gebern und Partnern Haitis, mit der Regierung sowie innerhalb des Systems der Vereinten Nationen umfassend koordiniert werden,

sowie in der Erkenntnis, dass äußere wirtschaftliche Einflüsse wie die Nahrungsmittel-, die Brennstoff-, die Finanz- und die Wirtschaftskrise den allgemeinen Stabilisierungsprozess in Haiti weiter erheblich gefährden,

unter Begrüßung der Ernennung des ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn William J. Clinton, zum Sondergesandten der Vereinten Nationen für Haiti,

die Notwendigkeit *unterstreichend*, rasch hochwirksame, arbeitskräfteintensive Projekte mit hohem Profil durchzuführen, mit deren Hilfe Arbeitsplätze geschaffen und grundlegende soziale Dienste erbracht werden können, die dazu beitragen, dass die haitianische Bevölkerung die Mission stärker unterstützt,

in der Erkenntnis, wie wichtig ein langfristiges Engagement der internationalen Geber und Partner Haitis ist, und ihnen nahelegend, ihre Hilfe auf koordinierte Weise, ausgerichtet an den nationalen Prioritäten Haitis, weiter zu verstärken,

unterstreichend, dass die Regierung und das Parlament zusammenarbeiten müssen, um ein Rechts- und Regulierungsumfeld zu gestalten, das zur Entfaltung der Wirtschaftstätigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt, mit dem Ziel, Wachstum zu fördern und die Armut zu verringern,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 1. September 2009[140],

Kenntnis nehmend von dem Bericht der Ad-hoc-Beratungsgruppe des Wirtschafts- und Sozialrats für Haiti[141],

unter Begrüßung der Anstrengungen des Generalsekretärs, die Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Mission, weiter zu verfolgen, und betonend, dass der Rat einen

[139] S/2006/726, Anlage.

[140] S/2009/439.

[141] E/2009/105.

strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss, in Partnerschaft mit den truppen- und polizeistellenden Ländern und anderen maßgeblichen Beteiligten und im Einklang mit der Erklärung seines Präsidenten vom 5. August 2009 über die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen[142],

unter Hinweis auf die Erklärungen seines Präsidenten vom 22. Juli[143] und vom 5. August 2009, in denen er betonte, dass Friedensschaffung, Friedenssicherung, Friedenskonsolidierung und Entwicklung kohärent gestaltet und integriert werden müssen, um zu einem wirksamen Vorgehen in Postkonfliktsituationen zu gelangen, und betonend, dass der Generalsekretär in seine Berichte Angaben über die Fortschritte im Hinblick auf einen koordinierten Ansatz der Vereinten Nationen in Haiti und insbesondere über kritische Mängel bei der Erreichung der Ziele auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung aufnehmen muss,

feststellend, dass die Situation in Haiti trotz der bislang erzielten Fortschritte nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, wie in Ziffer 7 Abschnitt I der Resolution 1542 (2004) beschrieben,

1. *beschließt*, das in seinen Resolutionen 1542 (2004), 1608 (2005), 1702 (2006), 1743 (2007), 1780 (2007) und 1840 (2008) enthaltene Mandat der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti bis zum 15. Oktober 2010 zu verlängern, mit der Absicht, es um weitere Zeiträume zu verlängern;

2. *schließt sich* der vom Generalsekretär in den Ziffern 26 und 27 seines Berichts[140] abgegebenen Empfehlung *an*, die derzeitige Gesamtpersonalstärke der Mission beizubehalten, bis die geplante beträchtliche Verstärkung der Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei eine Neubewertung der Lage erlaubt, ihre Konfiguration jedoch anzupassen, um den gegenwärtigen Erfordernissen vor Ort besser Rechnung zu tragen;

3. *beschließt* daher, dass die Mission aus einem militärischen Anteil von bis zu 6.940 Soldaten aller Dienstgrade und aus einem Polizeianteil von bis zu 2.211 Polizisten bestehen wird;

4. *erkennt an*, dass die Regierung und das Volk Haitis für alle Aspekte der Stabilisierung des Landes eigenverantwortlich sind und die Hauptverantwortung tragen, anerkennt die Rolle der Mission bei der Unterstützung der diesbezüglichen Anstrengungen der Regierung und ermutigt die Regierung, aus der internationalen Unterstützung für den Ausbau ihrer Kapazitäten auch künftig vollen Nutzen zu ziehen, mit dem Ziel, schließlich wieder die volle Verantwortung zu übernehmen;

5. *unterstreicht* die Notwendigkeit der Koordinierung unter allen internationalen Akteuren vor Ort;

6. *bekundet* dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti *seine volle Unterstützung*, namentlich bei seinen Anstrengungen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Stabilität und der Regierungsführung in enger Zusammenarbeit mit der Regierung Haitis, und bekräftigt, dass er die Autorität für die Koordinierung und Durchführung aller Tätigkeiten der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in Haiti besitzt;

7. *bekundet* dem Sondergesandten der Vereinten Nationen für Haiti, dem ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, William J. Clinton, *seine volle Unterstützung*, namentlich bei seinen Anstrengungen, der Regierung und dem Volk Haitis

[142] S/PRST/2009/24.

[143] S/PRST/2009/23.

dabei behilflich zu sein, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Bereitstellung grundlegender Dienste und Infrastrukturen zu verbessern, die Vorbereitung auf Katastrophenfälle und die Wiederherstellung nach Katastrophen zu stärken, Investitionen des Privatsektors anzuziehen und mehr internationale Unterstützung zu gewinnen;

8. *bekräftigt seine Aufforderung* an die Mission, den in Haiti im Gang befindlichen politischen Prozess zu unterstützen, namentlich durch die Guten Dienste des Sonderbeauftragten, und in Zusammenarbeit mit der Regierung Haitis einen alle Seiten einschließenden politischen Dialog und die nationale Aussöhnung zu fördern sowie für die anstehenden Wahlen im Jahr 2010 logistische und sicherheitsbezogene Hilfe bereitzustellen, um zu gewährleisten, dass die demokratisch gewählten politischen Institutionen die in dem Nationalen Strategiedokument für Wachstum und Armutsminderung niedergelegten Reformen weiter voranbringen können;

9. *begrüßt* den fortgesetzten Beitrag der Mission zu den Anstrengungen der Regierung Haitis zum Aufbau institutioneller Kapazitäten auf allen Ebenen und fordert die Mission auf, im Einklang mit ihrem Mandat auch künftig diese Unterstützung zur Stärkung eigenständiger staatlicher Institutionen zu gewähren, insbesondere außerhalb von Port-au-Prince, so auch indem sie wichtigen Ministerien und Institutionen Fachwissen zur Verfügung stellt;

10. *ersucht* die Mission, ihre Unterstützung der Haitianischen Nationalpolizei auch weiterhin in dem Maße fortzusetzen, wie es für die Gewährleistung der Sicherheit in Haiti für notwendig erachtet wird, ermutigt die Mission und die Regierung Haitis, auch künftig koordinierte Abschreckungsmaßnahmen durchzuführen, um das Ausmaß der Kriminalität und Gewalt weiter zu verringern, namentlich durch eine verbesserte und verstärkte Anwendung des Plans zur Reform der Haitianischen Nationalpolizei[139], und ersucht die Mission, im Einklang mit ihrem Mandat der Regierung auch weiterhin aktiv bei der Reform und Neustrukturierung der Nationalpolizei behilflich zu sein, indem sie insbesondere die Überwachung, Betreuung, Ausbildung und Überprüfung von Polizisten unterstützt und institutionelle und operative Kapazitäten stärkt, entsprechend ihrer Gesamtstrategie der schrittweisen Übertragung der geografischen und sachlichen Zuständigkeit für die traditionellen Aufgaben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung auf ihre haitianischen Partner im Einklang mit dem Reformplan;

11. *bittet* die Mitgliedstaaten, namentlich die Nachbarstaaten und die Staaten der Region, in Abstimmung mit der Mission gemeinsam mit der Regierung Haitis verstärkt gegen den grenzüberschreitenden unerlaubten Menschenhandel, insbesondere den Kinderhandel, sowie den Drogen- und Waffenhandel und andere illegale Tätigkeiten vorzugehen und zur Stärkung der diesbezüglichen Fähigkeiten der Haitianischen Nationalpolizei beizutragen, namentlich indem die Mission die Anstrengungen zur Einführung eines integrierten Ansatzes beim Grenzmanagement durch die Bereitstellung von Fachwissen unterstützt, unter Betonung des Aufbaus staatlicher Kapazitäten, und unterstreicht die Notwendigkeit einer koordinierten internationalen Unterstützung der diesbezüglichen Anstrengungen der Regierung;

12. *ist sich dessen bewusst*, dass die Mission zur Unterstützung der Grenzschutzmaßnahmen der Haitianischen Nationalpolizei ihre Patrouillentätigkeit an den Land- und Seegrenzen fortsetzen muss, und *legt* der Mission *nahe*, die Gespräche mit der Regierung Haitis und den Mitgliedstaaten fortzusetzen, um die Bedrohungen entlang der Land- und Seegrenzen Haitis zu bewerten;

13. *ersucht* das Landesteam der Vereinten Nationen und fordert alle Akteure auf, die von der Regierung Haitis mit Unterstützung der Mission durchgeführten Sicherheits- und Entwicklungsmaßnahmen durch Aktivitäten zu ergänzen, die auf die wirksame Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen und den Schutz der Rechte der Kinder abzielen, und ersucht die Mission, auch weiterhin Projekte mit rascher Wirkung durchzuführen;

14. *verurteilt* alle Angriffe auf Personal oder Einrichtungen der Mission und verlangt, dass keinerlei Einschüchterungs- oder Gewalthandlungen gegen das Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal, ihre Einrichtungen oder andere Akteure, die humanitäre, Entwicklungs- oder Friedenssicherungsaufgaben wahrnehmen, begangen werden;

15. *begrüßt* die im Hinblick auf die Reform der rechtsstaatlichen Institutionen unternommenen Schritte, ersucht die Mission, auch weiterhin die diesbezüglich notwendige Unterstützung zu gewähren, und ermutigt die haitianischen Behörden, diese Unterstützung in vollem Umfang zu nutzen, namentlich bei der Modernisierung der wichtigsten Rechtsvorschriften und bei der Durchführung des Justizreformplans, die notwendigen Schritte, einschließlich Ernennungen, zu unternehmen, die den übergeordneten Justizinstitutionen ein angemessenes Arbeiten ermöglichen, und das Problem der langandauernden Untersuchungshaft und der Überbelegung der Gefängnisse anzugehen, unter besonderer Berücksichtigung von Kindern;

16. *befürwortet* die Durchführung des Strategieplans der Nationalen Gefängnisverwaltung und ersucht die Mission, die Betreuung und Ausbildung von Strafvollzugspersonal und die Stärkung der institutionellen und operativen Kapazitäten auch weiterhin zu unterstützen;

17. *ersucht* die Mission, ihr Konzept für die Minderung der Gewalt in den Gemeinwesen fortzusetzen, indem sie namentlich die Nationale Kommission für Entwaffnung, Auflösung und Wiedereingliederung unterstützt und ihre Anstrengungen vornehmlich auf arbeitskräfteintensive Projekte, den Aufbau eines Waffenregisters, die Änderung der bestehenden Rechtsvorschriften über Waffeneinfuhren und Waffenbesitz, die Reform des Systems für Waffenscheine und die Erarbeitung und Umsetzung einer nationalen Doktrin für gemeindenahe Polizeiarbeit richtet;

18. *bekräftigt* das Mandat der Mission auf dem Gebiet der Menschenrechte, fordert die haitianischen Behörden auf, ihre Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte fortzusetzen, und fordert die Mission auf, für die Haitianische Nationalpolizei und andere zuständige Institutionen, einschließlich der Strafvollzugsdienste, auch weiterhin Schulungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Menschenrechte durchzuführen;

19. *verurteilt mit Nachdruck* die schweren Rechtsverletzungen an von bewaffneter Gewalt betroffenen Kindern und das weit verbreitete Vorkommen von Vergewaltigungen und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs von Frauen und Mädchen und ersucht die Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen in enger Zusammenarbeit mit der Regierung Haitis, die Rechte der Frauen und Kinder, wie in den Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 des Sicherheitsrats ausgeführt, auch weiterhin zu fördern und zu schützen;

20. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das gesamte Personal der Mission die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Handlungen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

21. *fordert* die Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen *auf*, ihre Koordinierung weiter zu verbessern und in Abstimmung mit der Regierung Haitis und den internationalen Partnern dazu beizutragen, dass das Nationale Strategiedokument für Wachstum und Armutsminderung effizienter umgesetzt wird, damit auf dem Gebiet der sozioökonomischen Entwicklung die Fortschritte erzielt werden können, die der Generalsekretär

in seinem Konsolidierungsplan als wesentlich für die Stabilität in Haiti anerkannt hat, und damit die drängenden Entwicklungsprobleme angegangen werden können;

22. *begrüßt* die von der Mission geleistete wichtige Arbeit zur Deckung dringender Bedürfnisse in Haiti und legt der Mission nahe, im Rahmen ihres Mandats die bestehenden Mittel und Kapazitäten, namentlich ihre Pioniere, voll zum Einsatz zu bringen, um die Stabilität in dem Land weiter zu erhöhen;

23. *begrüßt außerdem* die Fortschritte der Mission im Rahmen ihrer Strategie für Kommunikation und Kontaktarbeit und ersucht sie, diese Tätigkeiten fortzusetzen;

24. *begrüßt ferner* die vom Generalsekretär geleistete Arbeit zur Festlegung von fünf Richtwerten und Indikatoren für die Messung der Fortschritte bei der Festigung der Stabilität in Haiti[144] und ersucht den Generalsekretär, den Konsolidierungsplan weiter zu aktualisieren, namentlich durch die Verfeinerung dieser Richtwerte und Fortschrittsindikatoren, in Abstimmung mit der Regierung Haitis und gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Nationalen Strategiedokuments für Wachstum und Armutsminderung, und in seinen Berichten den Rat entsprechend zu unterrichten;

25. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat halbjährlich und spätestens fünfundvierzig Tage vor Ablauf des Mandats der Mission über dessen Durchführung Bericht zu erstatten;

26. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, in seine Berichte eine umfassende Bewertung der Sicherheitsbedrohungen in Haiti aufzunehmen, etwa der Kapazitäten zur Reform des Justizsektors, zur Reform des Strafvollzugs und zur Suchtstoffbekämpfung, unter Berücksichtigung einer Überprüfung der Tätigkeiten und der Zusammensetzung der Mission, ihrer Koordinierung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und anderen Entwicklungsakteuren sowie der Notwendigkeit der Armutsbekämpfung und einer nachhaltigen Entwicklung in Haiti, und gegebenenfalls Optionen für eine Umstrukturierung der Mission vorzuschlagen;

27. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die Planungsdokumente für den militärischen Anteil und den Polizeianteil, wie etwa das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien, nach Bedarf regelmäßig aktualisiert werden und im Einklang mit den Bestimmungen aller einschlägigen Resolutionen des Rates stehen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppen- und polizeistellenden Ländern über sie Bericht zu erstatten;

28. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6200. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 13. Januar 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[145]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 13. Januar 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Edmond Mulet, den Beigeordneten Generalsekretär im Büro für Einsätze der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, sofort als Ihren Amtierenden Sonderbeauftragten für Haiti und Leiter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti einzusetzen[146], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

[144] Siehe S/2009/439, Anhang I.

[145] S/2010/24.

[146] S/2010/23.

Auf seiner 6261. Sitzung am 19. Januar 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Argentiniens, Chiles, Guatemalas, Haitis, Kanadas, Perus und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Frage betreffend Haiti“ teilzunehmen:

Resolution 1908 (2010)
vom 19. Januar 2010

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen über Haiti, insbesondere der Resolutionen 1542 (2004) vom 30. April 2004, 1576 (2004) vom 29. November 2004, 1608 (2005) vom 22. Juni 2005, 1658 (2006) vom 14. Februar 2006, 1702 (2006) vom 15. August 2006, 1743 (2007) vom 15. Februar 2007, 1780 (2007) vom 15. Oktober 2007, 1840 (2008) vom 14. Oktober 2008 und 1892 (2009) vom 13. Oktober 2009,

mit dem Ausdruck seines aufrichtigen Mitgefühls und seiner tiefen Solidarität mit allen von dem verheerenden Erdbeben vom 12. Januar 2010 in Haiti betroffenen Personen und ihren Angehörigen,

ferner mit dem Ausdruck seiner tiefsten Dankbarkeit für die Arbeit, die das zivile und das militärische Personal der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti sowie die Mitarbeiter der anderen Organisationen der Vereinten Nationen und der internationalen Organisationen in Haiti leisten,

im Bewusstsein des Ernstes der Lage und der dringenden Notwendigkeit, darauf zu reagieren,

unter Begrüßung der von Mitgliedstaaten unternommenen Anstrengungen zur Unterstützung der Regierung und des Volkes von Haiti und der Mission,

1. *billigt* die Empfehlung des Generalsekretärs, die Gesamttruppenstärke der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti zu erhöhen, um die Sofortmaßnahmen zur Wiederherstellung, zum Wiederaufbau und zur Stabilisierung zu unterstützen;

2. *beschließt* daher, dass die Mission aus einem militärischen Anteil von bis zu 8.940 Soldaten aller Dienstgrade und aus einem Polizeianteil von bis zu 3.711 Polizisten bestehen wird und dass er die neue Truppen- und Polizeistärke der Mission nach Bedarf überprüfen wird;

3. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6261. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6274. Sitzung am 19. Februar 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Haitis gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Frage betreffend Haiti“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn John Holmes, den Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator, und Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 10. März 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[147]:

[147] S/2010/132.

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 8. März 2010 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Luiz Guilherme Paul Cruz (Brasilien) zum Kommandeur der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti zu ernennen[148], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

Am 29. März 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[149]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 26. März 2010, in dem Sie mich über Ihre Absicht unterrichteten, Herrn Edmond Mulet (Guatemala) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Haiti und Leiter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti zu ernennen[150], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

Auf seiner 6303. Sitzung am 28. April 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Argentiniens, der Dominikanischen Republik, Guatemalas, Haitis (Premierminister), Kanadas, Kolumbiens, Norwegens, Perus, Spaniens und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2010/200 und Corr.1)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Edmond Mulet, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti und Leiter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Albert Ramdin, den Beigeordneten Generalsekretär der Organisation der amerikanischen Staaten, und Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6330. Sitzung am 4. Juni 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Argentiniens, Chiles, Guatemalas, Haitis, Kanadas, Perus, Spaniens und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Frage betreffend Haiti" teilzunehmen:

Resolution 1927 (2010)
vom 4. Juni 2010

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen über Haiti, insbesondere der Resolutionen 1542 (2004) vom 30. April 2004, 1576 (2004) vom 29. November 2004, 1608 (2005) vom 22. Juni 2005, 1658 (2006) vom 14. Februar 2006, 1702 (2006) vom 15. August 2006, 1743 (2007) vom 15. Februar 2007, 1780 (2007) vom 15. Oktober 2007, 1840 (2008) vom 14. Oktober 2008, 1892 (2009) vom 13. Oktober 2009 und 1908 (2010) vom 19. Januar 2010,

[148] S/2010/131.

[149] S/2010/161.

[150] S/2010/160.

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Haitis,

in Anbetracht der verheerenden Auswirkungen des Erdbebens vom 12. Januar 2010 für die Regierung und das Volk Haitis, mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die neuen Herausforderungen und Gefahren, die daraus entstanden sind, und betonend, dass die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti ihre Tätigkeit weiter darauf richten muss, entsprechend dem ihr vom Sicherheitsrat erteilten derzeitigen Mandat die Sicherheit und Stabilität Haitis zu gewährleisten,

die Einschätzung des Generalsekretärs *teilend*, dass das Erdbeben die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte bei der Stabilisierung nicht zunichtegemacht, aber neue Hindernisse geschaffen sowie neue Chancen eröffnet hat,

in der Erkenntnis, dass die Hilfe der internationalen Gemeinschaft für die Regierung Haitis verstärkt werden muss, damit die Institutionen des Staates funktionsfähig bleiben, grundlegende Dienste erbringen und ihre Kapazitäten aufbauen können, und in Anerkennung der wertvollen Unterstützung, die die Mission in dieser Hinsicht leisten kann,

es begrüßend, dass die Regierung Haitis in ihrem der Internationalen Geberkonferenz für Haiti am 31. März 2010 vorgelegten Aktionsplan für die nationale Wiederherstellung und Entwicklung Haitis Prioritäten aufgestellt hat, und der internationalen Gemeinschaft nahelegend, ihre Maßnahmen mit dem Aktionsplan in Einklang zu bringen,

sowie die erheblichen Beiträge *begrüßend*, die die internationale Gemeinschaft zugesagt hat, insbesondere auf der am 31. März 2010 in New York abgehaltenen Internationalen Geberkonferenz „Eine neue Zukunft für Haiti“, und den Gebern eindringlich nahelegend, ihren Zusagen rasch nachzukommen,

in Würdigung der außerordentlichen Anstrengungen, mit denen die Vereinten Nationen auf das Erdbeben reagiert haben, in Anerkennung der maßgeblichen Rolle der Mission bei der Gewährleistung der Stabilität und der Sicherheit in Haiti sowie in Anerkennung der einander ergänzenden Rollen, die die Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen bislang bei der Unterstützung der Wiederherstellungsbemühungen Haitis wahrgenommen haben, und in Bekräftigung der Befugnisse des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti bei der Koordinierung und Durchführung aller Tätigkeiten der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in Haiti,

betonend, dass die Regierung Haitis die Führungsrolle im Prozess der Wiederherstellung und des Wiederaufbaus des Landes nach der Katastrophe wahrnimmt, und unterstreichend, dass alle Akteure der Vereinten Nationen und die anderen maßgeblichen Beteiligten stärker koordinierte und sich gegenseitig ergänzende Anstrengungen unternehmen müssen, um der Regierung in dieser Hinsicht behilflich zu sein,

bekräftigend, dass die haitianischen Behörden ihre Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte fortsetzen müssen, namentlich indem sie die nationalen Menschenrechtsinstitutionen stärken sowie der Straflosigkeit ein Ende setzen und Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit gewährleisten,

betonend, wie wichtig es ist, frühzeitig Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abzuhalten, es begrüßend, dass die haitianischen Behörden dies zu tun beabsichtigen, und alle politischen Parteien und maßgeblichen Akteure ermutigend, gemeinsam auf dieses Ziel hinzuarbeiten und die Beteiligung der Frauen am Wahlprozess zu fördern,

den Bericht des Generalsekretärs vom 22. April 2010[151] und die darin enthaltenen Empfehlungen *begrüßend*,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, wie in Ziffer 7 Abschnitt I der Resolution 1542 (2004) beschrieben,

1. *genehmigt* zusätzlich zu der mit Resolution 1908 (2010) genehmigten Personalstärke die Entsendung von weiteren 680 Polizisten, die als vorübergehende Verstärkung mit klar festgelegten Zielen fungieren sollen und insbesondere den Aufbau der Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei zum Auftrag haben;

2. *beschließt* daher, dass die Mission aus einem militärischen Anteil von bis zu 8.940 Soldaten aller Dienstgrade und aus einem Polizeianteil von bis zu 4.391 Polizisten bestehen wird und dass er die neue Truppen- und Polizeistärke der Mission regelmäßig und aufmerksam überprüfen wird, einschließlich während des Wahlzeitraums und der darauf folgenden Machtübergabe im Einklang mit der Verfassung, und ersucht den Generalsekretär, in seinen nächsten Bericht an den Sicherheitsrat eine Bewertung der Durchführung der Resolution 1908 (2010) und dieser Resolution aufzunehmen;

3. *erklärt erneut*, dass die Regierung und das Volk Haitis die Eigen- und Hauptverantwortung für die Stabilisierung und Entwicklung tragen, und erkennt an, dass die Mission in dieser Hinsicht eine unterstützende Rolle wahrnimmt;

4. *ist sich dessen bewusst*, dass die Mission der Regierung Haitis dabei behilflich sein muss, die Bevölkerung angemessen zu schützen, unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse der Binnenvertriebenen und anderer schutzbedürftiger Gruppen, vor allem von Frauen und Kindern, einschließlich durch eine Erweiterung der gemeinsamen gemeinwesenorientierten Polizeiarbeit in den Lagern sowie durch verstärkte Mechanismen zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, sowie dabei, der Gefahr eines Wiederauflebens der Bandengewalt, der organisierten Kriminalität und des Kinderhandels zu begegnen;

5. *ersucht* die Mission, im Rahmen ihres Mandats auch weiterhin mit dem Sekretariats-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und dem Landesteam der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um die humanitären Maßnahmen und die Wiederherstellungsbemühungen zu unterstützen, und legt ferner allen Akteuren nahe, ihre gemeinsame Planungs- und Koordinierungsarbeit auf nationaler und lokaler Ebene fortzusetzen;

6. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die Planungsdokumente für den militärischen Anteil und den Polizeianteil, wie etwa das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien, nach Bedarf regelmäßig aktualisiert werden und im Einklang mit den Bestimmungen aller seiner einschlägigen Resolutionen stehen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppen- und polizeistellenden Ländern über sie Bericht zu erstatten;

7. *ermutigt* die Mission, im Rahmen der verfügbaren Mittel der Regierung Haitis auf Ersuchen mit logistischer Unterstützung und Fachwissen dabei behilflich zu sein, ihre Tätigkeit fortzusetzen, die Kapazitäten der rechtsstaatlichen Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene aufzubauen und die Umsetzung der Strategie der Regierung zur Neuansiedlung der Vertriebenen zu beschleunigen, in dem Wissen, dass es sich dabei um vorübergehende Maßnahmen handelt, die mit dem Erstarken der nationalen Kapazitäten Haitis auslaufen werden;

[151] S/2010/200 und Corr.1.

8. *ersucht* die Mission, die Regierung Haitis und den Vorläufigen Wahlrat auf Ersuchen auch weiterhin bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in Haiti zu unterstützen und in Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Akteuren, namentlich der Organisation der amerikanischen Staaten, die internationale Wahlhilfe für Haiti zu koordinieren;

9. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6330. Sitzung einstimmig verabschiedet.

DIE SITUATION IN BURUNDI[152]

Beschlüsse

Auf seiner 6236. Sitzung am 10. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Burundis (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Burundi

> Sechster Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (S/2009/611)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Youssef Mahmoud, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Burundi und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi, und Herrn Peter Maurer, den Ständigen Vertreter der Schweiz bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Konfiguration für Burundi der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6245. Sitzung am 17. Dezember 2009 beschloss der Rat, den Vertreter Burundis gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Burundi

> Sechster Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (S/2009/611)“.

Resolution 1902 (2009) vom 17. Dezember 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zu Burundi, insbesondere die Resolutionen 1719 (2006) vom 25. Oktober 2006, 1791 (2007) vom 19. Dezember 2007 und 1858 (2008) vom 22. Dezember 2008,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Burundis,

in Bekräftigung der Wichtigkeit der Erklärung des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Region der Großen Seen zum burundischen Friedensprozess, das am

---

[152] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1993 verabschiedet.

4. Dezember 2008 in Bujumbura stattfand, und der zwischen der Regierung Burundis und der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes – Nationale Befreiungskräfte geschlossenen Vereinbarungen,

in Würdigung des nachhaltigen Engagements der Regionalen Friedensinitiative für Burundi, der südafrikanischen Moderatoren, der Partnerschaft für den Frieden in Burundi, der Afrikanischen Union und des Politischen Direktoriums zugunsten der Bemühungen Burundis um die Konsolidierung des Friedens,

unter Begrüßung der Fortschritte, die Burundi in Schlüsselbereichen der Friedenskonsolidierung erzielt hat, sowie der noch verbleibenden Herausforderungen, bei denen es insbesondere darum geht, die Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes – Nationale Befreiungskräfte in eine politische Partei, die Nationalen Befreiungskräfte, umzuwandeln, Führer der Nationalen Befreiungskräfte für Positionen des öffentlichen Dienstes zu benennen, eine gute Regierungsführung zu stärken, die Nachhaltigkeit des Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sicherzustellen und die Reform des Sicherheitssektors voranzubringen,

mit Lob für die Regierung Burundis und die politischen Parteien für den bei der Ernennung der Mitglieder der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission erzielten Konsens und die im Konsens erfolgte Verabschiedung des überarbeiteten Wahlgesetzes, unter Begrüßung des Beschlusses der Regierung, einen rechtlichen Rahmen für das Ständige Forum für den Dialog zwischen den Parteien zu schaffen, und unter Hinweis darauf, wie wichtig es ist, dass die für 2010 geplanten Wahlen in einem freien, fairen und friedlichen Umfeld vorbereitet und durchgeführt werden,

betonend, dass das System der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft weiterhin Unterstützung für die Friedenskonsolidierung und die langfristige Entwicklung in Burundi gewähren müssen, und in dieser Hinsicht erfreut über die Abhaltung der Tagung der Beratungsgruppe der Geber am 26. und 27. Oktober 2009 in Paris und die Einrichtung des Doppelmechanismus zur Koordinierung der internationalen Hilfe für die Wahlen,

unter Begrüßung des fortgesetzten Engagements der Kommission für Friedenskonsolidierung in Burundi und des jüngsten Besuchs des Vorsitzenden der Konfiguration für Burundi der Kommission und Kenntnis nehmend von der im Juli 2009 durchgeführten halbjährlichen Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung des Strategischen Rahmenplans für die Friedenskonsolidierung in Burundi[153] und von der Unterrichtung durch den Vorsitzenden der Konfiguration für Burundi der Kommission am 10. Dezember 2009[154],

anerkennend, wie wichtig die Unrechtsaufarbeitung ist, um eine dauerhafte Aussöhnung unter allen Menschen Burundis zu fördern, und unter Begrüßung des Prozesses der nationalen Konsultationen über die Schaffung von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung, im Einklang mit den Abkommen von Arusha von 2000 und der Resolution 1606 (2005) des Sicherheitsrats vom 20. Juni 2005,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend von den anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte und Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, namentlich der Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und des Rechts der politischen Opposition und der Vertreter der Zivilgesellschaft auf freie Meinungsäußerung, und mit gleicher Besorgnis angesichts der Gewalt, die von Jugendgruppen verübt werden soll, die mit einigen politischen Parteien verbunden sind,

---

[153] PBC/1/BDI/4, Anlage.

[154] Siehe S/PV.6236.

die Regierung Burundis *ermutigend*, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit fortzusetzen und in Fällen von Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Tötungen, einen raschen Abschluss herbeizuführen,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte,

nach Behandlung des sechsten Berichts des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi[155],

1. *beschließt*, das in Resolution 1719 (2006) festgelegte und in seinen Resolutionen 1791 (2007) und 1858 (2008) verlängerte Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi bis zum 31. Dezember 2010 zu verlängern;

2. *legt* der Regierung Burundis und den Nationalen Befreiungskräften *nahe*, alles zu tun, um die Durchführung der Vereinbarungen vom 4. Dezember 2008 zu erreichen, fordert alle Parteien auf, jede Handlung zu unterlassen, die das Wiederaufleben der Spannungen fördern könnte, und legt ihnen nahe, offene Fragen in dem Geist der Aussöhnung und des Dialogs zu regeln, der in der burundischen Verfassung verankert ist;

3. *erkennt* den Beitrag *an*, den die Regionale Friedensinitiative für Burundi, die südafrikanischen Moderatoren, das Politische Direktorium und die Partnerschaft für den Frieden in Burundi bis 2009 zur Friedenskonsolidierung in Burundi geleistet haben, und legt den Führern der Regionalen Friedensinitiative, der Afrikanischen Union und den anderen internationalen Partnern nahe, sich weiter aktiv vor Ort zu engagieren, um sicherzustellen, dass die Umsetzung der Erklärung vom 4. Dezember 2008 unumkehrbar ist, und den Friedensprozess zu konsolidieren;

4. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, insbesondere über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi eine tatkräftige politische Rolle zur Unterstützung aller Aspekte des Friedensprozesses wahrzunehmen, in voller Abstimmung mit den subregionalen, regionalen und internationalen Partnern;

5. *beschließt*, dass das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi in enger Zusammenarbeit mit der Regierung Burundis der Unterstützung des Wahlprozesses, der demokratischen Regierungsführung, der Friedenskonsolidierung, der nachhaltigen Wiedereingliederung und Gleichstellungsfragen besondere Aufmerksamkeit widmen wird;

6. *erkennt an*, dass die Regierung Burundis und ihre nationalen Partner die Hauptverantwortung dafür tragen, günstige Bedingungen für die Wahlen im Jahr 2010 zu schaffen, legt der Regierung eindringlich nahe, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein förderliches Umfeld für die Abhaltung freier, fairer und friedlicher Wahlen im Jahr 2010 zu schaffen, und legt der Regierung und den politischen Parteien nahe, den Dialog weiterzuführen, insbesondere im Rahmen des Ständigen Forums für den Dialog;

7. *legt* der Regierung Burundis und den politischen Parteien *eindringlich nahe*, ihre Anstrengungen zur Wahrung der Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission fortzusetzen;

8. *unterstützt* die Einleitung einer wahlvorbereitenden landesweiten politischen Bildungskampagne durch Präsident Nkurunziza im September 2009 und befürwortet die Durchführung von politischen Bildungsmaßnahmen während des gesamten Wahlprozesses;

[155] S/2009/611.

9. *begrüßt* die Bereitschaft der Vereinten Nationen, bei dem Wahlprozess behilflich zu sein, und ersucht das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi, sich bereitzuhalten, um im Rahmen seiner vorhandenen Mittel und bei Bedarf in entscheidenden Phasen des Wahlprozesses logistische Unterstützung für die Unabhängige Nationale Wahlkommission bereitzustellen;

10. *ersucht* den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Burundi *erneut*, den Dialog zwischen den nationalen und internationalen Interessenträgern zu erleichtern und zu fördern, insbesondere im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen, und ihre Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität weiter zu unterstützen;

11. *ermutigt* die Regierung Burundis, die Kommission für Friedenskonsolidierung und Burundis nationale und internationale Partner, den von ihnen in dem Strategischen Rahmenplan für die Friedenskonsolidierung in Burundi[153] eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, und ersucht die Kommission, der Regierung mit Unterstützung durch das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi weiter dabei behilflich zu sein, die Grundlagen für dauerhaften Frieden, nachhaltige Sicherheit, Wiedereingliederung und langfristige Entwicklung in Burundi zu schaffen und die zur Erreichung dieser Ziele, namentlich für die bevorstehenden Wahlen, benötigten Ressourcen zu mobilisieren;

12. *ermutigt* die Regierung Burundis, ihre Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Friedenskonsolidierung fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf eine demokratische Regierungsführung, Sicherheitsreformen, Grundbesitz, die Rechtspflege und den Schutz der Menschenrechte, mit besonderem Schwerpunkt auf den Rechten von Frauen und Kindern;

13. *legt* der Regierung Burundis *außerdem nahe*, mit Unterstützung durch das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi und andere internationale Partner verstärkte Anstrengungen zur Durchführung der Strukturreformen zu unternehmen, die auf die Verbesserung der Politik-, Wirtschafts- und Verwaltungsführung gerichtet sind, und dabei weiterhin gezielt die Korruption zu bekämpfen, und befürwortet insbesondere die Durchführung des umfassenden Programms zur Reform der öffentlichen Verwaltung;

14. *unterstreicht*, wie wichtig die Reform des Sicherheitssektors ist, und legt allen internationalen Partnern eindringlich nahe, zusammen mit dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen in Burundi die Anstrengungen zu unterstützen, die die Regierung Burundis unternimmt, um die nationalen Sicherheitsdienste und die Polizei zu professionalisieren und ihre Kapazität zu stärken, insbesondere was die Ausbildung in Bezug auf Fragen der Menschenrechte und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt angeht;

15. *legt* der Regierung Burundis *nahe*, in Zusammenarbeit mit allen internationalen Partnern, einschließlich des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Weltbank, den Prozess der Entwaffnung und Demobilisierung und die Strategie für die nachhaltige sozioökonomische Wiedereingliederung von demobilisierten Soldaten, ehemaligen Kombattanten, zurückkehrenden Flüchtlingen, Vertriebenen und sonstigen von dem Konflikt betroffenen schutzbedürftigen Gruppen, insbesondere Frauen und Kindern, abzuschließen, und legt den internationalen Partnern, insbesondere der Kommission für Friedenskonsolidierung, eindringlich nahe, bereit zu sein, dies zu unterstützen;

16. *begrüßt* die Fortschritte, die die aus Burundi, dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und der Vereinigten Republik Tansania bestehende Dreierkommission bei der Herbeiführung würdevoller, dauerhafter Lösungen für die in der Vereinigten Republik Tansania lebenden Flüchtlinge erzielt hat, und ermutigt zu anhaltenden Anstrengungen im Hinblick auf die verbleibenden Flüchtlinge in Burundi;

17. *legt* der Regierung Burundis *nahe*, mit Unterstützung durch das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi und andere Partner die nationalen Konsultationen über

die Unrechtsaufarbeitung fortzusetzen, mit dem Ziel, sie rasch zum Abschluss zu bringen und einen Schlussbericht zu veröffentlichen, und dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse dieser Konsultationen die Grundlage für die Einrichtung von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung bilden;

18. *fordert* die Regierung Burundis *auf*, ihre Bemühungen um eine breitere Achtung und einen verstärkten Schutz der Menschenrechte, unter anderem durch die Einsetzung einer glaubwürdigen Nationalen Unabhängigen Menschenrechtskommission, in Übereinstimmung mit den in der Resolution 48/134 der Generalversammlung vom 20. Dezember 1993 dargelegten Pariser Grundsätzen fortzusetzen, und legt der Regierung ferner nahe, die Straflosigkeit zu beenden und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Bürger des Landes ihre bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte ohne Furcht oder Einschüchterung voll genießen, wie dies in der Verfassung Burundis verankert und in den internationalen Menschenrechtsübereinkünften, auch den von Burundi ratifizierten, vorgesehen ist;

19. *bekundet insbesondere seine Besorgnis* über die anhaltende sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und fordert die Regierung Burundis nachdrücklich auf, auch künftig die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Verletzungen zu verhindern und sicherzustellen, dass die dafür verantwortlichen Personen vor Gericht gestellt werden;

20. *begrüßt* die Freilassung aller Kinder durch bewaffnete Gruppen, betont die Notwendigkeit ihrer nachhaltigen Wiedereingliederung und Wiedereinfügung, begrüßt diesbezüglich das von der Weltbank auf diesem Gebiet eingeleitete Programm und fordert die Regierung Burundis nachdrücklich auf, mit Unterstützung durch das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und die anderen Mitglieder der Landes-Arbeitsgruppe für Überwachung und Berichterstattung betreffend schwere Verletzungen von Kinderrechten gegen die Straflosigkeit derjenigen vorzugehen, die Kinderrechte verletzen;

21. *legt* dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen in Burundi *eindringlich nahe*, die derzeitigen Vorkehrungen zur Zusammenarbeit mit der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen ihrer jeweiligen Kapazitäten und ihres derzeitigen Mandats zu verstärken, nach Bedarf in Zusammenarbeit mit den Regierungen Burundis und der Demokratischen Republik Kongo;

22. *ersucht* den Generalsekretär, den Sicherheitsrat im Mai 2010 über den Wahlprozess zu unterrichten und ihm im November 2010 einen vollständigen Bericht über die Durchführung des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi vorzulegen, und ersucht den Generalsekretär, in diesen Bericht eine ausführliche Prüfung der Frage aufzunehmen, inwieweit die in dem Addendum vom 14. August 2006[156] zu seinem Bericht vom 21. Juni 2006[157] festgelegten Kriterien erfüllt worden sind, und nach Konsultationen mit der Regierung Burundis Empfehlungen dazu abzugeben, welche Änderungen an dem Kurs und der Zusammensetzung der Präsenz der Vereinten Nationen in Burundi vorgenommen werden müssen, namentlich Empfehlungen zu einem geänderten Zeitrahmen für den Übergang zu einer stärker entwicklungsorientierten Präsenz;

23. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6245. Sitzung einstimmig verabschiedet.

[156] S/2006/429/Add.1.

[157] S/2006/429.

Beschlüsse

Am 25. März 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[158]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 23. März 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Charles Petrie (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland) zu Ihrem Exekutivbeauftragten für Burundi und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi zu ernennen[159], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

Auf seiner 6309. Sitzung am 10. Mai 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Burundis gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Burundi" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Charles Petrie, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Burundi und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen in Burundi, und Frau Heidi Grau, die Stellvertretende Ständige Vertreterin der Schweiz bei den Vereinten Nationen, im Namen des Vorsitzenden der Konfiguration für Burundi der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION IN AFGHANISTAN[160]

Beschlüsse

Auf seiner 6194. Sitzung am 29. September 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Afghanistans (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

> Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2009/475)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Kai Eide, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6198. Sitzung am 8. Oktober 2009 beschloss der Rat, den Vertreter Afghanistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Afghanistan" teilzunehmen.

---

[158] S/2010/157.

[159] S/2010/156.

[160] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1994 verabschiedet.

Resolution 1890 (2009) vom 8. Oktober 2009

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen über Afghanistan, insbesondere der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1833 (2008) vom 22. September 2008 und 1868 (2009) vom 23. März 2009,

sowie in Bekräftigung seiner Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1368 (2001) vom 12. September 2001, 1373 (2001) vom 28. September 2001 und 1822 (2008) vom 30. Juni 2008 und mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für die internationalen Bemühungen zur Ausrottung des Terrorismus im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

in Anerkennung dessen, dass die afghanischen Behörden dafür verantwortlich sind, für Sicherheit und Recht und Ordnung im gesamten Land zu sorgen, unter Betonung der Rolle, die der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe dabei zukommt, die Regierung Afghanistans bei der Verbesserung der Sicherheitslage zu unterstützen, und unter Begrüßung der Zusammenarbeit der Regierung mit der Truppe,

erneut anerkennend, dass die Herausforderungen in Afghanistan miteinander verknüpft sind, in Bekräftigung dessen, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung und Entwicklung sowie in der übergreifenden Frage der Suchtstoffbekämpfung einander verstärken, und unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zu bewältigen,

in diesem Zusammenhang *betonend*, dass die Regierung Afghanistans weitere Anstrengungen unternehmen muss, um die Korruption zu bekämpfen, die Transparenz zu fördern und ihre Rechenschaftslegung zu erhöhen,

sowie unter Hervorhebung der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan spielen, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen, in diesem Zusammenhang feststellend, dass zwischen den Zielen der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und denen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe Synergien bestehen, und betonend, dass sie ihre Zusammenarbeit, Koordinierung und gegenseitige Unterstützung unter gebührender Berücksichtigung der ihnen jeweils übertragenen Verantwortlichkeiten verstärken müssen,

mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die Zunahme der gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida, illegaler bewaffneter Gruppen, von Kriminellen und von am Suchtstoffhandel Beteiligten, sowie über die immer stärkeren Verbindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Kindern, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal ausgehen,

die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe dazu *ermutigend*, im Rahmen der ihr übertragenen Verantwortlichkeiten die unter afghanischer Führung unternommenen anhaltenden Anstrengungen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen und regionalen Akteuren gegen die von der unerlaubten Herstellung von Drogen und dem unerlaubten Handel damit ausgehende Bedrohung anzugehen, auch weiterhin wirksam zu unterstützen, und die wichtige Rolle anerkennend, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung dabei spielt, die negativen Auswirkungen der Drogenproduktion und des Drogenhandels auf die Sicherheit und die Stabilität in der Region zu bekämpfen,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die schädlichen Auswirkungen gewaltsamer und terroristischer Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida und anderer extremistischer Gruppen auf die Fähigkeit der Regierung Afghanistans, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, Sicherheits- und grundlegende Dienste für das afghanische Volk bereitzustellen und ihm den vollen Genuss seiner Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für die kontinuierlichen Anstrengungen, die die Regierung Afghanistans mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, unternimmt, um die Sicherheitslage zu verbessern und weiter gegen die von den Taliban, der Al-Qaida und anderen extremistischen Gruppen ausgehende Bedrohung anzugehen, und in diesem Zusammenhang unter Betonung der Notwendigkeit anhaltender internationaler Anstrengungen, namentlich seitens der Truppe und der Koalition,

unter entschiedenster Verurteilung aller auf Zivilpersonen sowie auf afghanische und internationale Truppen verübten Angriffe, namentlich Anschläge mit behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge und Entführungen, sowie deren schädlicher Auswirkungen auf die Stabilisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in Afghanistan und ferner unter Verurteilung der Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde durch die Taliban, die Al-Qaida und andere extremistische Gruppen,

in Anbetracht der zunehmenden Bedrohungen, die von den Taliban, der Al-Qaida und anderen extremistischen Gruppen ausgehen, sowie der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen diese Bedrohungen,

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die hohe Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung und mit der Aufforderung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen sowie zur Durchführung aller geeigneten Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes der Zivilbevölkerung,

in Anerkennung der von der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und anderen internationalen Truppen unternommenen zusätzlichen Anstrengungen, das Risiko von Opfern unter der Zivilbevölkerung auf ein Mindestmaß zu beschränken, ihre Absicht begrüßend, weiterhin verstärkte Anstrengungen in dieser Hinsicht zu unternehmen, namentlich auch durch verstärkte Betonung des Schutzes der afghanischen Bevölkerung als eines zentralen Bestandteils ihres Auftrags, und feststellend, wie wichtig es ist, laufende Überprüfungen der Taktiken und Verfahren sowie Einsatzauswertungen und Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans in Fällen durchzuführen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die Regierung diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet,

in Anerkennung der bei der Reform des Sicherheitssektors erzielten Fortschritte, die Unterstützung begrüßend, die die internationalen Partner in dieser Hinsicht gewähren, insbesondere die Einrichtung der Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, den Beitrag der geplanten Europäischen Gendarmerietruppe zu dieser Mission und die der Afghanischen Nationalpolizei gewährte Hilfe, unter anderem durch die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan, und betonend, dass Afghanistan gemeinsam mit den internationalen Gebern die Afghanische Nationalarmee und die Afgha-

nische Nationalpolizei weiter stärken und seine Anstrengungen zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen und zur Suchtstoffbekämpfung erhöhen muss,

in diesem Zusammenhang *betonend*, wie wichtig es ist, dass die Regierung Afghanistans weitere Fortschritte bei der Beendigung der Straflosigkeit und bei der Stärkung der Justizinstitutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte innerhalb Afghanistans, namentlich auch für Frauen und Mädchen, sowie bei dem Wiederaufbau und der Reform des Strafvollzugswesens in Afghanistan erzielt,

mit der erneuten Aufforderung an alle afghanischen Parteien und Gruppen, konstruktiv an einem friedlichen politischen Dialog im Rahmen der afghanischen Verfassung mitzuwirken und mit den internationalen Gebern zugunsten der sozioökonomischen Entwicklung des Landes zusammenzuarbeiten und den Rückgriff auf Gewalt, namentlich auch durch den Einsatz illegaler bewaffneter Gruppen, zu vermeiden, und zur Durchführung von Wiedereingliederungs- und Aussöhnungsprogrammen unter der Führung der Regierung Afghanistans im Rahmen der afghanischen Verfassung und unter voller Achtung der Durchführung der Maßnahmen ermutigend, die vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1267 (1999) und anderen einschlägigen Ratsresolutionen festgelegt wurden,

in Anbetracht der Führungsrolle der afghanischen Behörden bei der Organisation der Präsidentschafts- und Provinzratswahlen 2009 und der von den Vereinten Nationen und der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe gewährten Unterstützung und in Anerkennung der Notwendigkeit, rechtzeitige und geordnete Vorbereitungen für die Wahlen 2010 und für die diesbezügliche internationale Unterstützung zu treffen,

anerkennend, wie wichtig der Beitrag von Partnern in den Nachbarländern und der Region sowie von Regionalorganisationen für die Stabilisierung Afghanistans ist, betonend, dass die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit als wirksames Mittel zur Förderung der Sicherheit, der Regierungsführung und der Entwicklung in Afghanistan von entscheidender Bedeutung ist, und die diesbezüglichen regionalen Anstrengungen begrüßend,

erfreut über die fortgesetzte Koordinierung zwischen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“ und über die zwischen der Truppe und der Präsenz der Europäischen Union in Afghanistan hergestellte Zusammenarbeit,

mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die von der Nordatlantikvertrags-Organisation wahrgenommene Führungsrolle und die Beiträge vieler Nationen zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und zur Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, einschließlich ihrer Komponente für Unterbindungsoperationen auf See, die ihre Tätigkeit im Rahmen der Einsätze zur Bekämpfung des Terrorismus in Afghanistan und im Einklang mit den anwendbaren Regeln des Völkerrechts durchführt,

feststellend, dass die Situation in Afghanistan weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

entschlossen, die vollständige Durchführung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe in Abstimmung mit der Regierung Afghanistans sicherzustellen,

aus diesen Gründen *tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die in den Resolutionen 1386 (2001) und 1510 (2003) festgelegte Genehmigung der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe um einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem 13. Oktober 2009 zu verlängern;

2. *ermächtigt* die an der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe teilnehmenden Mitgliedstaaten, alle zur Erfüllung ihres Mandats notwendigen Maßnahmen zu ergreifen;

3. *erkennt an*, dass die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe weiter gestärkt werden muss, damit sie alle an sie gerichteten operativen Anforderungen erfüllen kann,

und fordert in dieser Hinsicht die Mitgliedstaaten auf, Personal, Ausrüstung und andere Ressourcen zu der Truppe beizutragen;

4. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, die Funktionsfähigkeit, die Professionalität und die Rechenschaftspflicht des afghanischen Sicherheitssektors innerhalb eines umfassenden Rahmens zu steigern, legt der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und den anderen Partnern nahe, nach Maßgabe ihrer Ressourcen ihre Anstrengungen fortzusetzen, um die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte auszubilden, ihnen Anleitung zu geben und ihnen mehr Verantwortung zu übertragen, damit raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger, rechenschaftspflichtiger und ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte erzielt werden, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen, begrüßt die zunehmende Führungsrolle der afghanischen Behörden in Bezug auf die Sicherheitsaufgaben im gesamten Land und betont, wie wichtig es ist, die geplante Vergrößerung der Afghanischen Nationalarmee und der Afghanischen Nationalpolizei zu unterstützen;

5. *fordert* die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe *auf*, bei der Durchführung des Mandats der Truppe auch weiterhin in enger Abstimmung mit der Regierung Afghanistans und dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan sowie mit der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“ zu handeln;

6. *ersucht* die Führung der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, den Sicherheitsrat über den Generalsekretär regelmäßig über die Durchführung ihres Mandats unterrichtet zu halten, einschließlich durch die Vorlage vierteljährlicher Berichte;

7. *beschließt*, mit dieser Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6198. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6211. Sitzung am 29. Oktober 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Afghanistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Afghanistan“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[161]:

„Der Sicherheitsrat verurteilt mit allem Nachdruck den am 28. Oktober 2009 in Kabul verübten Terroranschlag und spricht dem Generalsekretär und den Angehörigen der Opfer sein Beileid aus.

Der Rat verurteilt auf das Entschiedenste die Taliban, die die Verantwortung für den Anschlag übernommen haben und nach wie vor versuchen, das Land zu destabilisieren.

Der Rat bekundet seine nachdrückliche Unterstützung für den Generalsekretär, seinen Sonderbeauftragten für Afghanistan und das gesamte Personal der Vereinten Nationen bei der Erfüllung ihrer schweren, aber wichtigen Aufgaben, bekundet ferner seine Solidarität mit dem Personal der Vereinten Nationen vor Ort und würdigt die Entschlossenheit der Vereinten Nationen, sich von dem tragischen Vorfall nicht abschrecken zu lassen und ihre Mission in Afghanistan fortzuführen.

Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen zu gewährleisten, und betont seine Unterstützung zu diesem Zweck. Der Rat bekundet seine Unterstützung für die Maßnahmen, die der Generalsekretär in

[161] S/PRST/2009/28.

dieser Hinsicht bereits ergriffen hat, und sieht seinen weiteren ausführlichen Vorschlägen mit Interesse entgegen.

Der Rat bekundet seine Solidarität mit dem Volk Afghanistans und seine Unterstützung für die bevorstehende zweite Runde der Präsidentschaftswahlen, die planmäßig und mit der anhaltenden Unterstützung der Vereinten Nationen durchgeführt werden soll.

Der Rat bringt erneut seine Entschlossenheit zum Ausdruck, Afghanistan auf seinem Weg zu Frieden, Demokratie und Wiederaufbau behilflich zu sein."

Auf seiner 6255. Sitzung am 6. Januar 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans, Australiens, Kanadas, Neuseelands, Norwegens und Pakistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2009/674)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Kai Eide, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Peter Schwaiger, den Geschäftsträger der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 27. Januar 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[162]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 26. Januar 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Staffan de Mistura (Schweden) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan zu ernennen[163], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6287. Sitzung am 18. März 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans, Australiens, Deutschlands, Indiens, Italiens, Kanadas, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Pakistans und Polens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2010/127)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Peter Schwaiger, den Geschäftsträger der Delegation der Europäischen Union

[162] S/2010/48.

[163] S/2010/47.

bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6290. Sitzung am 22. März 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Afghanistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2010/127)“.

Resolution 1917 (2010)
vom 22. März 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen über Afghanistan, insbesondere seine Resolution 1868 (2009) vom 23. März 2009, mit der das Mandat der mit Resolution 1662 (2006) vom 23. März 2006 eingesetzten Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bis zum 23. März 2010 verlängert wurde, und seine Resolution 1659 (2006) vom 15. Februar 2006, mit der er sich den Afghanistan-Pakt[164] zu eigen machte, sowie unter Hinweis auf den Bericht der vom 21. bis 28. November 2008 nach Afghanistan entsandten Mission des Sicherheitsrats[165],

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

betonend, wie wichtig ein umfassender Ansatz zur Bewältigung der Situation in Afghanistan ist, und anerkennend, dass es zur Gewährleistung der Stabilität Afghanistans keine rein militärische Lösung gibt,

bekräftigend, dass er die Regierung und das Volk Afghanistans auch künftig dabei unterstützen wird, ihr Land wiederaufzubauen, die Grundlagen eines dauerhaften Friedens und einer konstitutionellen Demokratie zu stärken und ihren rechtmäßigen Platz in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen,

unter Begrüßung des Kommuniqués der am 28. Januar 2010 abgehaltenen Londoner Afghanistan-Konferenz[166], in dem eine klare Agenda und einvernehmliche Prioritäten für das weitere Vorgehen in Afghanistan festgelegt werden, gestützt auf eine umfassende Strategie, die von der Regierung Afghanistans mit Unterstützung der Region und der internationalen Gemeinschaft vorangebracht werden muss und bei der die Vereinten Nationen eine zentrale und unparteiische Koordinierungsrolle wahrnehmen,

in diesem Zusammenhang bekräftigend, dass er die Durchführung des Afghanistan-Paktes, der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und der Nationalen Drogenkontrollstrategie[167] unter Eigenverantwortung des afghanischen Volkes unterstützt, und feststellend, dass sich alle maßgeblichen Akteure ständig und auf koordinierte Weise dafür einsetzen müssen, die Fortschritte bei der Durchführung zu konsolidieren und die fortbestehenden Herausforderungen zu bewältigen,

unter Hervorhebung der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan spielen, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung über-

[164] S/2006/90, Anlage.

[165] S/2008/782.

[166] S/2010/65, Anlage II.

[167] S/2006/106, Anlage.

nehmen, wozu auch die gemeinsam mit der Regierung Afghanistans durchgeführte Koordinierung und Überwachung der Anstrengungen zur Umsetzung des Afghanistan-Paktes über den Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrat in Unterstützung der von der Regierung aufgestellten Prioritäten gehört, und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung und nachdrücklichen Unterstützung für die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs, seines neu ernannten Sonderbeauftragten für Afghanistan sowie insbesondere der Frauen und Männer der Mission, die unter schwierigen Bedingungen im Einsatz sind, um dem Volk Afghanistans zu helfen,

unter Begrüßung der fortgesetzten Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der Stabilität und der Entwicklung Afghanistans sowie in diesem Zusammenhang die internationalen und regionalen Initiativen begrüßend, namentlich die Verpflichtungen, die auf dem am 26. Januar 2010 in Istanbul (Türkei) unter Beteiligung Afghanistans und seiner Nachbarn abgehaltenen regionalen Gipfeltreffen über Freundschaft und Zusammenarbeit im „Herzen Asiens“ und bei der am 28. Januar 2010 abgehaltenen Londoner Afghanistan-Konferenz eingegangen wurden, und mit Interesse den konkreten Aktionsplänen und Zielen der afghanischen Regierung im Hinblick auf eine später in diesem Jahr in Kabul abzuhaltende internationale Konferenz entgegensehend,

unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Erklärung von Kabul vom 22. Dezember 2002 über gutnachbarliche Beziehungen[168], der unter der Schirmherrschaft der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit am 27. März 2009 in Moskau abgehaltenen Sonderkonferenz über Afghanistan und der Erklärung von Istanbul vom 26. Januar 2010[169], mit Interesse der vierten Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan entgegensehend, die in der Türkei abgehalten werden soll, und betonend, wie entscheidend wichtig es ist, die regionale Zusammenarbeit voranzubringen, die ein wirksames Mittel zur Förderung der Sicherheit, der Regierungsführung und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Afghanistan ist,

unter Begrüßung der Bemühungen der Länder, die verstärkt zivile und humanitäre Anstrengungen unternehmen, um der Regierung und dem Volk Afghanistans behilflich zu sein, und die internationale Gemeinschaft ermutigend, ihre Beiträge in Abstimmung mit den afghanischen Behörden und der Mission weiter zu erhöhen,

unter Betonung der Notwendigkeit eines transparenten, glaubwürdigen und demokratischen Prozesses, durch den während der gesamten Wahlperiode die Stabilität und die Sicherheit gewahrt werden, und unter Begrüßung der Zusage der Regierung Afghanistans, die Integrität der nationalen Parlamentswahlen 2010 zu gewährleisten und Unregelmäßigkeiten und Fehlverhalten zu verhindern,

erneut anerkennend, dass die Herausforderungen in Afghanistan miteinander verknüpft sind, in Bekräftigung dessen, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung sowie in den übergreifenden Fragen der Korruptionsbekämpfung, der Suchtstoffbekämpfung und der Transparenz einander verstärken, und unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zu bewältigen,

betonend, wie wichtig ein umfassender Ansatz für die Bewältigung der Herausforderungen in Afghanistan ist, und in diesem Zusammenhang feststellend, dass bei den Zielen der Mission und der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe Synergien bestehen, wie auch in Resolution 1890 (2009) vom 8. Oktober 2009 festgestellt wurde, und betonend, dass sie ihre Zusammenarbeit, Koordinierung und gegenseitige Unterstützung unter gebüh-

[168] S/2002/1416, Anlage.

[169] S/2010/70, Anlage.

render Berücksichtigung der ihnen jeweils zugewiesenen Verantwortlichkeiten verstärken müssen,

sowie unter Betonung der Notwendigkeit, sich dringend der humanitären Lage anzunehmen, indem die Reichweite, die Qualität und der Umfang der humanitären Hilfe erhöht werden, die effiziente, wirksame und zeitgerechte Koordinierung und Bereitstellung humanitärer Hilfe durch eine bessere Abstimmung zwischen den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen unter der Autorität des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und zwischen den Vereinten Nationen und anderen Gebern sichergestellt wird und die humanitäre Präsenz der Vereinten Nationen in den Provinzen, wo sie am meisten benötigt wird, ausgeweitet und gestärkt wird,

unter Verurteilung der Angriffe auf humanitäre Helfer, betonend, dass die Angriffe die Anstrengungen zur Gewährung von Hilfe für das Volk Afghanistans behindern, und unterstreichend, dass alle Parteien für den sicheren und ungehinderten Zugang aller humanitären Akteure, einschließlich des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals, Sorge tragen und das anwendbare humanitäre Völkerrecht voll einhalten müssen,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die Zunahme der gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida, illegaler bewaffneter Gruppen, von Kriminellen und am Suchtstoffhandel Beteiligten, sowie über die immer stärkeren Verbindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Kindern, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal ausgehen,

mit dem Ausdruck seiner ernsthaften Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen gewaltsamer und terroristischer Aktivitäten der Taliban, der Al-Qaida und anderer extremistischer Gruppen auf die Fähigkeit der Regierung Afghanistans, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, Sicherheits- und grundlegende Dienste für das afghanische Volk bereitzustellen und die Verbesserung der Lage bei den Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie deren Schutz zu gewährleisten,

in Anbetracht der zunehmenden Bedrohungen, die von den Taliban, der Al-Qaida und anderen extremistischen Gruppen ausgehen, sowie der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen diese Bedrohungen,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die hohe Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung, wofür überwiegend die Taliban, die Al-Qaida und andere extremistische Gruppen verantwortlich sind, unter Begrüßung der Fortschritte der afghanischen und internationalen Truppen bei der Senkung der Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung, mit der erneuten Aufforderung, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz von Zivilpersonen zu gewährleisten, und mit der Aufforderung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, soweit anwendbar,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die ernste Gefahr für die Zivilbevölkerung, die von Antipersonenminen, Kampfmittelrückständen und behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgehen kann, und unter Betonung der Notwendigkeit, den Einsatz von Waffen und Vorrichtungen zu unterlassen, die nach dem Völkerrecht verboten sind,

unter Begrüßung der Erfolge der Regierung Afghanistans in Bezug auf das Verbot von Ammoniumnitratdünger und mit der nachdrücklichen Aufforderung, rasch Maßnahmen zur Umsetzung von Vorschriften für die Kontrolle aller Explosivstoffe und chemischen Ausgangsstoffe zu ergreifen und damit die Fähigkeit der Aufständischen einzuschränken, sie für behelfsmäßige Sprengvorrichtungen zu nutzen,

unter Hinweis auf die an das Internationale Suchtstoff-Kontrollamt gerichtete Erklärung der Regierung Afghanistans, dass es in Afghanistan derzeit keine rechtlich zulässige Verwendung von Essigsäureanhydrid gibt und dass die Erzeuger- und Ausfuhrländer die Ausfuhr dieses Stoffes nach Afghanistan ohne einen Antrag der Regierung Afghanistans nicht genehmigen sollen[170], und die Mitgliedstaaten gemäß Resolution 1817 (2008) vom 11. Juni 2008 dazu ermutigend, verstärkt mit dem Kontrollamt zusammenzuarbeiten, indem sie insbesondere die Bestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen[171] vollständig einhalten,

mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für den Prozess der afghanisch-pakistanischen Friedens-Jirga,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006), 1738 (2006) und 1894 (2009) über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte in Afghanistan[172],

1. *begrüßt* den Bericht des Generalsekretärs vom 10. März 2010[173];

2. *bekundet* den Vereinten Nationen *seine Anerkennung* für ihre langfristige Zusage zur Zusammenarbeit mit der Regierung und dem Volk Afghanistans und erklärt erneut seine volle Unterstützung für die Arbeit der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan;

3. *beschließt*, das in seinen Resolutionen 1662 (2006), 1746 (2007) vom 23. März 2007, 1806 (2008) vom 20. März 2008 und 1868 (2009) und in den nachstehenden Ziffern 4 bis 6 festgelegte Mandat der Mission bis zum 23. März 2011 zu verlängern;

4. *fordert* die Vereinten Nationen *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Prioritäten der Regierung Afghanistans in den Fragen der Sicherheit, der Regierungsführung und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der regionalen Zusammenarbeit ebenso zu unterstützen wie die volle Verwirklichung der gegenseitigen Verpflichtungen, die auf der Londoner Afghanistan-Konferenz zu diesen Fragen sowie zur weiteren Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie[167] eingegangen wurden, und ersucht die Mission, der Regierung Afghanistans bei der allmählichen Übernahme der Führung behilflich zu sein, so auch indem sie die Vorbereitung der später in diesem Jahr in Kabul abzuhaltenden Konferenz unterstützt;

5. *beschließt*, dass die Mission und der Sonderbeauftragte im Rahmen ihres Mandats und geleitet von dem Grundsatz, die afghanische Eigenverantwortung und Führung zu stärken, weiterhin die internationalen zivilen Maßnahmen leiten werden, im Einklang mit dem Kommuniqué der Londoner Afghanistan-Konferenz[166] und mit besonderem Augenmerk auf den nachstehend dargelegten Schwerpunkten:

a) als Kovorsitzende des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats eine kohärentere Unterstützung der Prioritäten der Regierung Afghanistans in den Fragen

[170] Siehe S/2009/235, Anlage.

[171] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1582, Nr. 27627. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1993 II S. 1136; LGBl. 2007 Nr. 64; öBGBl. III Nr. 154/1997; AS 2006 531.

[172] S/2008/695.

[173] S/2010/127.

der Entwicklung und der Regierungsführung durch die internationale Gemeinschaft zu fördern, namentlich durch die Mobilisierung von Ressourcen, die Koordinierung der internationalen Geber und Organisationen und die Steuerung der Beiträge der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen, insbesondere für die Suchtstoffbekämpfungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen, und gleichzeitig die Anstrengungen zur Steigerung des Anteils der über die Regierung bereitgestellten Entwicklungshilfe und die Anstrengungen zur Steigerung der Transparenz und Wirksamkeit der Nutzung dieser Ressourcen durch die Regierung zu unterstützen;

b) im Einklang mit ihren bestehenden Mandaten die Zusammenarbeit mit der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und dem Hohen Zivilen Beauftragten der Nordatlantikvertrags-Organisation auf allen Ebenen und im ganzen Land zu stärken, um die Koordinierung zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich zu verbessern, den frühzeitigen Austausch von Informationen zu erleichtern und die Kohärenz der Tätigkeiten der nationalen und internationalen Sicherheitskräfte und der zivilen Akteure zur Unterstützung eines Entwicklungs- und Stabilisierungsprozesses unter afghanischer Führung zu gewährleisten, unter anderem durch Zusammenarbeit mit den regionalen Wiederaufbauteams und den nichtstaatlichen Organisationen, und unter Berücksichtigung des jeweiligen Mandats der Mission und der Truppe den Prozess des provinzweisen Übergangs der Verantwortung für die Sicherheit an Afghanistan zu unterstützen;

c) politische Kontaktarbeit und Gute Dienste zu leisten, um die Regierung Afghanistans auf Antrag bei der Durchführung von Aussöhnungs- und Wiedereingliederungsprogrammen unter afghanischer Führung zu unterstützen, namentlich durch die Unterbreitung von Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen und deren Unterstützung im Rahmen der afghanischen Verfassung und unter voller Achtung der Durchführung der Maßnahmen und der Anwendung der Verfahren, die vom Sicherheitsrat in seinen Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1822 (2008) vom 30. Juni 2008 und 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009 sowie in anderen einschlägigen Ratsresolutionen festgelegt wurden;

d) auf Antrag der afghanischen Behörden und unter Berücksichtigung der auf der Londoner Konferenz eingegangenen Verpflichtungen zur Wahlreform die Vorbereitungen für die bevorstehenden nationalen Parlamentswahlen zu unterstützen, durch die Gewährung technischer Hilfe, die Koordinierung der von anderen internationalen Gebern, Stellen und Organisationen geleisteten Hilfe und die Weiterleitung der vorhandenen und zusätzlichen für die Unterstützung des Prozesses zweckgebundenen Mittel, und über die Zivilgesellschaft eine starke Beteiligung des afghanischen Volkes an den Wahlen und am Prozess der Wahlreform zu unterstützen;

6. *bekräftigt*, dass die Mission und der Sonderbeauftragte weiterhin die internationalen zivilen Maßnahmen in den folgenden Schwerpunktbereichen leiten werden:

a) durch eine gestärkte und erweiterte Präsenz im ganzen Land die Durchführung der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und der Nationalen Drogenkontrollstrategie auf lokaler Ebene zu fördern und die Einbeziehung in die Politik der Regierung Afghanistans wie auch deren Verständnis zu erleichtern;

b) die Anstrengungen zur Verbesserung der Regierungsführung und der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Unrechtsaufarbeitung, sowie zur Bekämpfung der Korruption auf lokaler und nationaler Ebene zu unterstützen und zu verstärken und Entwicklungsinitiativen auf lokaler Ebene zu fördern, um dazu beizutragen, dass frühzeitig und auf nachhaltige Weise die Früchte des Friedens zum Tragen kommen und Dienstleistungen erbracht werden;

c) eine zentrale Koordinierungsrolle zu übernehmen, um die Erbringung humanitärer Hilfeleistungen im Einklang mit humanitären Grundsätzen und mit dem Ziel, die Kapazitäten der Regierung Afghanistans aufzubauen, zu erleichtern, namentlich durch die wirksame Unterstützung der nationalen und lokalen Behörden bei der Hilfe und dem Schutz für Binnenvertriebene und bei der Schaffung von Bedingungen, die der freiwilligen und dau-

erhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde förderlich sind;

d) mit Unterstützung des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte weiter mit der afghanischen Unabhängigen Menschenrechtskommission sowie mit den zuständigen internationalen und lokalen nichtstaatlichen Organisationen und der Regierung Afghanistans zusammenzuarbeiten, die Situation der Zivilbevölkerung zu überwachen, die Maßnahmen zur Gewährleistung ihres Schutzes zu koordinieren, die Rechenschaftslegung zu fördern und bei der vollständigen Durchführung der die Menschenrechte und Grundfreiheiten betreffenden Bestimmungen der afghanischen Verfassung und der völkerrechtlichen Verträge, deren Vertragsstaat Afghanistan ist, behilflich zu sein, insbesondere derjenigen betreffend den vollen Genuss der Menschenrechte durch Frauen;

e) die regionale Zusammenarbeit zur Herbeiführung von Stabilität und Wohlstand in Afghanistan zu unterstützen;

7. *fordert* alle afghanischen und internationalen Parteien *auf*, sich mit der Mission bei der Erfüllung ihres Mandats und bei den Anstrengungen zur Förderung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals im gesamten Land abzustimmen;

8. *erklärt erneut*, dass die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen gewährleistet werden muss und dass er die vom Generalsekretär in dieser Hinsicht bereits ergriffenen Maßnahmen unterstützt, und sieht einer Analyse der Sicherheitserfordernisse der Vereinten Nationen in Afghanistan mit Interesse entgegen;

9. *betont*, wie wichtig die Stärkung und Ausweitung der Präsenz der Mission und der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in den Provinzen ist, legt dem Generalsekretär nahe, seine laufenden Bemühungen fortzusetzen, um die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung der mit dieser Stärkung und Ausweitung verbundenen Sicherheitsprobleme zu ergreifen, und unterstützt nachdrücklich die Autorität des Sonderbeauftragten für die Koordinierung aller Tätigkeiten der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in Afghanistan;

10. *unterstreicht*, wie wichtig die bevorstehenden nationalen Parlamentswahlen für die demokratische Entwicklung Afghanistans sind, fordert, dass alles darangesetzt wird, um die Glaubwürdigkeit und die Sicherheit der Wahlen zu gewährleisten, ist sich der Herausforderungen bewusst, denen sich die afghanische Unabhängige Wahlkommission und die afghanische Wahlbeschwerdekommission gegenübersehen, unterstreicht, dass diese beiden Organe ihre Aufgaben bei der Vorbereitung und Überwachung der Wahlen wirksam erfüllen müssen, und legt der Regierung Afghanistans nahe, mit der Mission zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Unabhängige Wahlkommission und die Wahlbeschwerdekommission stark und unabhängig sind und die von der Verfassung geforderten angemessenen Kontrollmechanismen bieten;

11. *begrüßt* die Zusage der Regierung Afghanistans, eng mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um aufbauend auf den bei den Wahlen im Jahr 2009 gewonnenen Erkenntnissen Verbesserungen für den Wahlprozess im Jahr 2010 und darüber hinaus herbeizuführen, bekräftigt unter Berücksichtigung der auf der Londoner Konferenz eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich einer Wahlreform, dass der Mission eine führende Rolle dabei zukommt, die Einlösung dieser Verpflichtungen auf Ersuchen der Regierung zu unterstützen, ersucht die Mission, der Nationalversammlung und der Zivilgesellschaft technische Hilfe zur Unterstützung konstruktiver Wahlreformen zu gewähren, und fordert ferner die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf, nach Bedarf Hilfe zu gewähren;

12. *begrüßt außerdem* die erneuten Anstrengungen der Regierung Afghanistans, namentlich im Rahmen der in diesem Jahr abzuhaltenden nationalen Friedens-Jirga den Dialog mit denjenigen Regierungsgegnern zu fördern, die bereit sind, der Gewalt abzu-

schwören, die Verbindungen zur Al-Qaida und zu anderen terroristischen Organisationen abzubrechen, den Terrorismus abzulehnen und die afghanische Verfassung anzunehmen, insbesondere in ihrem Bezug auf Gleichstellungs- und Menschenrechtsfragen, und legt der Regierung nahe, von den Guten Diensten der Mission Gebrauch zu machen, um diesen Prozess nach Bedarf und unter voller Achtung der Durchführung der vom Rat in den Resolutionen 1267 (1999), 1822 (2008) und 1904 (2009) eingeführten Maßnahmen und Verfahren sowie der sonstigen einschlägigen Resolutionen des Rates zu unterstützen;

13. *begrüßt ferner* die Zusage der Regierung Afghanistans zur Erarbeitung und Durchführung eines wirksamen, alle Seiten einschließenden, transparenten und nachhaltigen nationalen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms, betont die Rolle, die der Mission bei der Unterstützung dieses Programms gemäß dem in dieser Resolution enthaltenen Mandat zukommt, und ermutigt die internationale Gemeinschaft, der Regierung bei ihren diesbezüglichen Anstrengungen unter anderem durch die Schaffung eines Treuhandfonds für Frieden und Wiedereingliederung behilflich zu sein;

14. *begrüßt* die laufenden Anstrengungen der Regierung Afghanistans und ihrer Partner in den Nachbarländern und der Region zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit sowie die jüngsten, von den betroffenen Ländern und den Regionalorganisationen entwickelten Kooperationsinitiativen, namentlich das am 24. und 25. Januar 2010 in Istanbul abgehaltene vierte Dreiseitige Gipfeltreffen Afghanistans, Pakistans und der Türkei, das mit der Beteiligung Afghanistans und seiner Nachbarn am 26. Januar 2010 abgehaltene Istanbuler Gipfeltreffen und die am 28. Januar 2010 abgehaltene Londoner Konferenz, begrüßt ferner, dass die in der Erklärung von Kabul vom 22. Dezember 2002 über gutnachbarliche Beziehungen[168] enthaltenen Grundsätze im Kommuniqué der Londoner Konferenz bekräftigt wurden, und betont, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Partnern gegen die Taliban, die Al-Qaida und andere extremistische Gruppen ist, um Frieden und Wohlstand in Afghanistan sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Entwicklung als Mittel zur Herbeiführung der vollständigen Einbindung Afghanistans in die regionale Dynamik und die Weltwirtschaft zu fördern;

15. *bekräftigt* die zentrale Rolle des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats bei der Koordinierung, Erleichterung und Überwachung der Umsetzung der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und fordert alle maßgeblichen Akteure auf, mit dem Koordinierungs- und Überwachungsrat in dieser Hinsicht verstärkt zusammenzuarbeiten, um seine Effizienz weiter zu verbessern;

16. *fordert* die internationalen Geber und Organisationen und die Regierung Afghanistans *auf*, den Verpflichtungen nachzukommen, die sie auf der am 12. Juni 2008 in Paris abgehaltenen Internationalen Konferenz zur Unterstützung Afghanistans und auf der Londoner Konferenz am 28. Januar 2010 eingegangen sind, und erklärt erneut, wie wichtig weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Koordinierung und Wirksamkeit der Hilfe sind, namentlich durch die Gewährleistung von Transparenz, die Bekämpfung der Korruption und den Ausbau der Kapazitäten der Regierung Afghanistans zur Koordinierung der Hilfe;

17. *fordert* die Regierung Afghanistans *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, im Einklang mit den ihnen jeweils zugewiesenen und sich verändernden Verantwortlichkeiten, auch weiterhin gegen die Bedrohung der Sicherheit und Stabilität Afghanistans vorzugehen, die von den Taliban, der Al-Qaida, illegalen bewaffneten Gruppen, Kriminellen und am Suchtstoffhandel Beteiligten ausgeht;

18. *verurteilt auf das Entschiedenste* alle auf Zivilpersonen sowie auf afghanische und internationale Truppen verübten Angriffe, namentlich Anschläge mit behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge und Entführungen, sowie deren schädliche Auswirkungen auf die Stabilisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in

Afghanistan und verurteilt ferner die Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde durch die Taliban und andere extremistische Gruppen;

19. *begrüßt* die bislang erzielten Fortschritte bei der Durchführung des Antiminenprogramms für Afghanistan, ermutigt die Regierung Afghanistans, mit Unterstützung durch die Vereinten Nationen und alle maßgeblichen Akteure ihre Anstrengungen zur Räumung von Antipersonenminen, Panzerabwehrminen und explosiven Kampfmittelrückständen fortzusetzen, um die Bedrohungen für das menschliche Leben und für den Frieden und die Sicherheit in dem Land zu verringern, und erklärt, dass für die Betreuung, die Rehabilitation und die wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der Opfer, darunter Menschen mit Behinderungen, Hilfe gewährt werden muss;

20. *anerkennt* die Fortschritte, die die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und andere internationale Truppen dabei erzielt haben, das Risiko von Opfern unter der Zivilbevölkerung auf ein Mindestmaß zu beschränken, wie in dem Bericht der Mission vom Januar 2010 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten beschrieben, und fordert sie auf, in dieser Hinsicht weiter robuste Anstrengungen zu unternehmen, namentlich durch die laufende Überprüfung der Taktiken und Verfahren und die Durchführung von Einsatzauswertungen und von Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans in Fällen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die Regierung diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet;

21. *betont*, wie wichtig es ist, den Zugang der jeweils zuständigen Organisationen zu allen Gefängnissen und Hafteinrichtungen in Afghanistan sicherzustellen, und fordert die volle Achtung des einschlägigen Völkerrechts, namentlich des humanitären Rechts und der Menschenrechtsnormen;

22. *bekundet seine große Besorgnis* über die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch Kräfte der Taliban in Afghanistan sowie über die Tötung und Verstümmelung von Kindern infolge des Konflikts, verurteilt erneut auf das Entschiedenste die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie alle sonstigen Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts, insbesondere Angriffe auf Schulen, und den Einsatz von Kindern bei Selbstmordanschlägen, fordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden, betont, wie wichtig die Durchführung der Resolutionen 1612 (2005) und 1882 (2009) in diesem Zusammenhang ist, und ersucht den Generalsekretär, die Kinderschutzkomponente der Mission weiter zu verstärken, insbesondere durch die Ernennung von Kinderschutzberatern;

23. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, die Funktionsfähigkeit, die Professionalität und die Rechenschaftspflicht des afghanischen Sicherheitssektors innerhalb eines umfassenden Rahmens durch geeignete Auswahlverfahren, Ausbildung, Förderprogramme, Ausrüstung und Programme zur Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit für Frauen wie für Männer zu steigern, um raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger und ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte zu erzielen, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen;

24. *begrüßt* in diesem Zusammenhang die anhaltenden Fortschritte bei der Entwicklung der Afghanischen Nationalarmee und die Verbesserung ihrer Fähigkeiten zur Einsatzplanung und -durchführung und ermutigt zu anhaltenden Ausbildungsanstrengungen, unter anderem durch den Beitrag von Ausbildern, Ressourcen und Mentor- und Verbindungsteams im Rahmen der Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, und Beratung bei der Entwicklung eines dauerhaft angelegten Prozesses für die Verteidigungsplanung sowie Hilfe bei den Initiativen zur Reform des Verteidigungssektors;

25. *nimmt Kenntnis* von den laufenden Anstrengungen der afghanischen Behörden zum Ausbau der Fähigkeiten der Afghanischen Nationalpolizei, fordert weitere auf dieses Ziel gerichtete Anstrengungen, namentlich im Rahmen des Programms der gezielten Dis-

trikt-Entwicklung, und betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit internationaler Hilfe in Form von finanzieller Unterstützung und der Bereitstellung von Ausbildern und Mentoren, einschließlich des Beitrags der Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, des Beitrags der Europäischen Gendarmerietruppe zu dieser Mission und des Beitrags der Europäischen Union über die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan;

26. *begrüßt* die Fortschritte bei der Durchführung des Programms zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen durch die Regierung Afghanistans und fordert eine Beschleunigung der Bemühungen um weitere Fortschritte mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft;

27. *nimmt Kenntnis* von den jüngsten Fortschritten bei der Bekämpfung der Opiumerzeugung, ist nach wie vor besorgt über den schwerwiegenden Schaden, den der Anbau und die Erzeugung von Opium und der Opiumhandel und -konsum weiterhin im Hinblick auf die Sicherheit, die Entwicklung und die Regierungsführung in Afghanistan sowie in der Region und auf internationaler Ebene verursachen, fordert die Regierung Afghanistans auf, die Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu beschleunigen, namentlich durch Programme für alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung, und die Suchtstoffbekämpfung in alle nationalen Programme zu integrieren, ermutigt die internationale Gemeinschaft, zusätzliche Unterstützung für die in der Strategie genannten vier Prioritätsbereiche zu gewähren, und würdigt die Unterstützung, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung der Dreiecksinitiative und dem Zentralasiatischen regionalen Informations- und Koordinierungszentrum im Rahmen der Initiative des Pariser Paktes[174] und der Regenbogenstrategie gewährt, sowie den Beitrag der Polizeiakademie von Domodedowo (Russische Föderation);

28. *fordert* die Staaten *auf*, die internationale und regionale Zusammenarbeit beim Vorgehen gegen die Bedrohung, die der internationalen Gemeinschaft aus der unerlaubten Erzeugung von aus Afghanistan stammenden Drogen, dem unerlaubten Handel damit und ihrem unerlaubten Konsum erwächst, nach dem Grundsatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung zu verstärken, namentlich durch die Stärkung der Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden auf dem Gebiet der Drogenkontrolle und die Zusammenarbeit im Kampf gegen den unerlaubten Handel mit Drogen und chemischen Ausgangsstoffen sowie gegen die mit diesem Handel verbundene Geldwäsche und Korruption, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der zweiten Ministerkonferenz über die von Afghanistan ausgehenden Routen des Drogenhandels, die von der Regierung der Russischen Föderation in Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung im Rahmen der Initiative des Pariser Paktes und ihres Paris-Moskau-Prozesses vom 26. bis 28. Juni 2006 in Moskau veranstaltet wurde[175], und fordert in dieser Hinsicht die vollständige Durchführung der Ratsresolution 1817 (2008);

29. *fordert*, dass die Initiative des Pariser Paktes zur Bekämpfung der unerlaubten Erzeugung von Suchtstoffen, des unerlaubten Handels damit und ihres unerlaubten Konsums fortgesetzt wird und dass der Mohnanbau, die Drogenlabors und die Drogenvorräte beseitigt und Drogenkonvois abgefangen werden, unterstreicht, wie wichtig die Zusammenarbeit beim Grenzmanagement ist, und begrüßt die verstärkte diesbezügliche Zusammenarbeit der zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;

[174] Siehe S/2003/641, Anlage.

[175] Siehe S/2006/598, Anlage.

30. *erklärt erneut*, wie wichtig die vollständige, zeitlich abgestufte, frühzeitige und koordinierte Umsetzung des Nationalen Justizprogramms durch alle maßgeblichen afghanischen Institutionen und sonstigen Akteure ist, um die Errichtung eines fairen und transparenten Justizsystems zu beschleunigen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land beizutragen;

31. *betont* in diesem Zusammenhang, wie wichtig weitere Fortschritte beim Wiederaufbau und bei der Reform des Strafvollzugswesens in Afghanistan sind, um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in den Gefängnissen zu verbessern;

32. *nimmt mit großer Besorgnis Kenntnis* von den Auswirkungen der weit verbreiteten Korruption auf die Sicherheit, eine gute Regierungsführung, die Suchtstoffbekämpfung und die wirtschaftliche Entwicklung und fordert die Regierung Afghanistans nachdrücklich auf, mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft entschlossen die Führung bei der Korruptionsbekämpfung zu übernehmen und ihre Anstrengungen zur Schaffung einer wirksameren, rechenschaftspflichtigeren und transparenteren Verwaltung zu verstärken;

33. *ermutigt* alle afghanischen Institutionen, einschließlich der Exekutive und der Legislative, in einem Geist der Zusammenarbeit tätig zu sein, fordert die Regierung Afghanistans auf, die Reform der Gesetzgebung und der öffentlichen Verwaltung weiter voranzutreiben, um eine gute Regierungsführung mit der vollen Vertretung aller afghanischen Frauen und Männer und Rechenschaftspflicht auf nationaler wie auf subnationaler Ebene zu gewährleisten, und unterstreicht, dass es weiterer internationaler Anstrengungen zur Bereitstellung entsprechender technischer Hilfe bedarf;

34. *fordert* die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und des humanitären Völkerrechts in ganz Afghanistan, nimmt mit Besorgnis Kenntnis von den Einschränkungen der Medienfreiheit und den Angriffen auf Journalisten, lobt die afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission für ihre mutigen Anstrengungen zur Überwachung der Achtung der Menschenrechte in Afghanistan sowie zur Förderung und zum Schutz dieser Rechte und zur Förderung des Entstehens einer pluralistischen Zivilgesellschaft, betont, wie wichtig es ist, dass alle maßgeblichen Akteure mit der Kommission uneingeschränkt zusammenarbeiten, und unterstützt ein breites Engagement aller staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft zur Einlösung der auf der Londoner Konferenz gegebenen gegenseitigen Zusagen, einschließlich der Zusage, ausreichende öffentliche Mittel für die Kommission bereitzustellen;

35. *ist sich dessen bewusst*, dass trotz der bei der Gleichstellung der Geschlechter erzielten Fortschritte verstärkte Anstrengungen zur Gewährleistung der Rechte der Frauen und Mädchen erforderlich sind, verurteilt nachdrücklich das Fortbestehen bestimmter Formen von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, insbesondere Gewalt, die darauf abzielt, Mädchen vom Schulbesuch abzuhalten, betont, wie wichtig die Durchführung der Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009) und 1889 (2009) ist, unterstützt die Anstrengungen zur beschleunigten Durchführung des Nationalen Aktionsplans für Frauen in Afghanistan, begrüßt die Selbstverpflichtung der Regierung Afghanistans, die Mitwirkung von Frauen in allen afghanischen Lenkungsinstitutionen, einschließlich der gewählten und ernannten Gremien und des öffentlichen Dienstes, zu stärken, und ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte an den Rat auch künftig einschlägige Informationen über den Prozess der Integration der Frauen in das politische, wirtschaftliche und soziale Leben Afghanistans aufzunehmen;

36. *begrüßt* die Zusammenarbeit der Regierung Afghanistans und der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) bei der Durchführung der Resolution 1904 (2009), namentlich durch die Bereitstellung einschlägiger Informationen zur Aktualisierung der Konsolidierten Liste und durch die Benennung von Personen und Einrichtungen, die an der Finanzierung oder Unterstützung von Handlungen oder Aktivitäten der Al-Qaida und der Taliban unter Nutzung der Erträge aus dem unerlaubten Anbau von Suchtstoffen und ihren Ausgangsstoffen, deren

unerlaubter Erzeugung und dem illegalen Handel damit beteiligt sind, und ermutigt zur Fortsetzung dieser Zusammenarbeit;

37. *fordert* unter Verweis auf die historische Rolle Afghanistans als Landbrücke in Asien eine Verstärkung des Prozesses der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, darunter Maßnahmen zur Erleichterung des regionalen Handels, zur Erhöhung der Auslandsinvestitionen und zum Aufbau der Infrastruktur;

38. *anerkennt* die Wichtigkeit der freiwilligen, sicheren und geordneten Rückkehr und der dauerhaften Wiedereingliederung der verbleibenden afghanischen Flüchtlinge für die Stabilität des Landes und der Region und ruft zur Fortsetzung und Ausweitung der diesbezüglichen internationalen Hilfe auf;

39. *bekräftigt* die Wichtigkeit der freiwilligen, sicheren und geordneten Rückkehr und der dauerhaften Wiedereingliederung der Binnenvertriebenen;

40. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle drei Monate über die Entwicklungen in Afghanistan Bericht zu erstatten und in seinen nächsten Bericht eine Evaluierung der Fortschritte anhand der Kriterien für die Messung und Verfolgung der Fortschritte bei der Erfüllung des Mandats und der Prioritäten der Mission, die in dieser Resolution dargelegt sind, aufzunehmen, und fordert alle beteiligten Akteure auf, bei diesem Prozess mit der Mission zusammenzuarbeiten;

41. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6290. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 14. Juni 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[176]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass die Mitglieder des Sicherheitsrats beschlossen haben, vom 21. bis 24. Juni 2010 eine Mission unter der Leitung von Botschafter Ertuğrul Apakan (Türkei) nach Afghanistan zu entsenden.

Entsprechend dem zuvor vom Rat ordnungsgemäß erteilten Mandat wird die Mission am 24. Juni in Istanbul enden, wo dann die Regierung der Türkei die Gastgeberrolle für die informelle Klausurtagung des Rates über Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung übernehmen wird. Es steht zu erwarten, dass für die Klausurtagung auch die von den Teilnehmern der Mission des Rates nach Afghanistan gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen von großem Nutzen sein werden.

Die Ratsmitglieder haben sich auf die Aufgabenstellung der Mission geeinigt (siehe Anlage). Die Mission setzt sich wie folgt zusammen:

Bosnien und Herzegowina (Gesandte-Botschaftsrätin Mirsada Čolaković)

Brasilien (Erster Botschaftssekretär Christiano Sávio Barros Figueirôa)

China (Botschafter Wang Min)

Frankreich (Botschafter Gérard Araud)

Gabun (Botschafter Emanuel Issoze-Ngondet)

Japan (Botschafter Yukio Takasu)

[176] S/2010/325.

Libanon (Botschafter Nawaf Salam)

Mexiko (Botschafter Claude Heller)

Nigeria (Botschafter Raff Bukun-Olu Wole Onemola)

Österreich (Botschafter Thomas Mayr-Harting)

Russische Föderation (Minister Alexander Pankin)

Türkei (Botschafter Ertuğrul Apakan)

Uganda (Botschafter Ruhakana Rugunda)

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (Botschafter Mark Lyall Grant)

Vereinigte Staaten von Amerika (Botschafterin Susan E. Rice)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben samt Anlage als Dokument des Sicherheitsrats verteilen ließen.

Anlage

Mission des Sicherheitsrats nach Afghanistan (Juni 2010)

Leitung: Botschafter Ertuğrul Apakan (Türkei)

Aufgabenstellung

1. Bekräftigen, dass der Sicherheitsrat die Regierung und das Volk Afghanistans auch künftig dabei unterstützen wird, ihr Land wiederaufzubauen, die Grundlagen eines dauerhaften Friedens und einer konstitutionellen Demokratie zu stärken und ihren rechtmäßigen Platz in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen.

2. Überprüfen, welche Fortschritte die Regierung Afghanistans mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, namentlich durch Kapazitätsaufbauinitiativen, dabei erzielt hat, die miteinander verknüpften Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Frauenrechte und Ermächtigung der Frauen, Schutz der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, regionale Zusammenarbeit und Suchtstoffbekämpfung anzugehen.

3. Den Umsetzungsstand der einschlägigen Resolutionen des Rates, insbesondere der Resolutionen 1806 (2008), 1868 (2009) und 1917 (2010), sowie der gegenseitigen Zusagen und Verpflichtungen bewerten, welche die Teilnehmer der im Januar 2010 in London und Istanbul abgehaltenen Konferenzen mit Blick auf die Kabuler Konferenz eingegangen sind.

4. Die zentrale und unparteiische Rolle hervorheben, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan spielen, indem sie bei den zivilen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen, und nachdrückliche Unterstützung für die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs, namentlich im Hinblick auf die Sicherheit des Personals, und seines neuen Sonderbeauftragten für Afghanistan aussprechen, die vom Rat in seiner Resolution 1917 (2010) festgelegten Prioritäten bestätigen sowie den Frauen und Männern der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan Solidarität bekunden.

5. Die Wahrnehmung der Schlüsselrolle bei der Koordinierung prüfen, die der Rat der Mission und dem Sonderbeauftragten in Resolution 1917 (2010) übertragen hat, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes und des Grundsatzes, den Übergang zu afghanischer Eigenverantwortung und Führung zu stärken.

6. Die von den afghanischen Behörden mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft unternommenen Maßnahmen zugunsten eines Entwicklungs- und Stabilisierungsprozesses unter afghanischer Führung und gegen die von den Taliban, der Al-Qaida, illegalen bewaffneten Gruppen, Kriminellen und am Suchtstoffhandel und an der Abzweigung von chemischen Ausgangsstoffen Beteiligten ausgehende Bedrohung der Sicherheit und Stabilität Afghanistans prüfen.

7. Bekräftigen, wie wichtig die wirksame Durchführung der vom Rat in seinen Resolutionen 1267 (1999), 1822 (2008) und 1904 (2009) und anderen einschlägigen Resolutionen vorgesehenen Maßnahmen und Verfahren ist, und Unterstützung für die Zusammenarbeit der Regierung Afghanistans und der Mission mit dem zuständigen Sanktionsausschuss des Rates bekunden.

8. Die humanitäre und die entwicklungsbezogene Lage in dem Land, namentlich die Maßnahmen zur Erweiterung des über die Regierung Afghanistans bereitgestellten Anteils der Entwicklungshilfe und der Rolle der Wiederaufbauteams in den Provinzen, unter Berücksichtigung der Entwicklungsprioritäten Afghanistans prüfen.

9. Die zwischen der Mission und der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe bestehende Zusammenarbeit, Koordinierung und gegenseitige Unterstützung bewerten, namentlich in humanitären und Menschenrechtsfragen und bei der Unterstützung des Wahlprozesses, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat.

10. Den Vorbereitungsstand der für später im Jahr 2010 angesetzten Parlamentswahlen sowie deren Glaubwürdigkeit und Sicherheit bewerten.

11. Bekräftigen, wie entscheidend wichtig es ist, die regionale Zusammenarbeit und den regionalen Dialog voranzubringen, die ein wirksames Mittel zur Förderung der Regierungsführung, der Sicherheit und der Entwicklung in Afghanistan sind."

Auf seiner 6351. Sitzung am 30. Juni 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans, Australiens, Deutschlands, Indiens, Italiens, Kanadas, Norwegens und Pakistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2010/318)

Schreiben des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 14. Juni 2010 an den Generalsekretär (S/2010/325)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Staffan de Mistura, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 24. Juni 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION IN SIERRA LEONE[177]

Beschlüsse

Auf seiner 6187. Sitzung am 14. September 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sierra Leones gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Sierra Leone

> Dritter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (S/2009/438)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Michael von der Schulenburg, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Sierra Leone und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, und Herrn John McNee, den Ständigen Vertreter Kanadas bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Konfiguration für Sierra Leone der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6189. Sitzung am 15. September 2009 beschloss der Rat, den Vertreter Sierra Leones gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Sierra Leone

> Dritter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (S/2009/438)".

Resolution 1886 (2009) vom 15. September 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Sierra Leone, insbesondere Resolution 1829 (2008) vom 4. August 2008,

in Würdigung des wertvollen Beitrags, den das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone zu den Friedenskonsolidierungsmaßnahmen sowie zum Frieden, zur Sicherheit und zur Entwicklung des Landes geleistet hat,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 1. September 2009[178] und seiner Empfehlung, das Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone um einen Zeitraum von einem Jahr bis zum 30. September 2010 zu verlängern, mit dem Ziel, die Regierung Sierra Leones bei der Friedenskonsolidierung weiter zu unterstützen,

betonend, wie wichtig die weitere integrierte Unterstützung des Systems der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft für den langfristigen Frieden und die langfristige Sicherheit und Entwicklung Sierra Leones ist, insbesondere durch die Stärkung der Kapazitäten der Regierung Sierra Leones,

unter Begrüßung der von der Regierung Sierra Leones aufgestellten Agenda für den Wandel als des grundlegenden Strategiedokuments des Landes für den Zeitraum bis Ende

---

[177] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1995 verabschiedet.

[178] S/2009/438.

2012 und mit der Aufforderung an alle internationalen Partner, ihre Hilfe an den in der Agenda für den Wandel vorgegebenen Prioritäten auszurichten,

mit Lob für das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone und das Landesteam der Vereinten Nationen für die Formulierung eines neuen und innovativen Konzepts der Friedenskonsolidierung in dem Dokument über die gemeinsame Vision der Vereinten Nationen, die Zusammenführung des politischen Mandats des Büros mit dem entwicklungsbezogenen und humanitären Mandat des Landesteams der Vereinten Nationen begrüßend und alle Institutionen der Vereinten Nationen in Sierra Leone ermutigend, die in der gemeinsamen Vision enthaltene Strategie weiter umzusetzen,

unter Begrüßung des gemeinsamen Kommuniqués der politischen Parteien vom 2. April 2009 und seines Beitrags zur sofortigen Einstellung der politisch motivierten Gewalt in Sierra Leone und mit der Aufforderung an alle politischen Parteien und die sonstigen maßgeblichen Akteure, seine Bestimmungen einzuhalten und seine Umsetzung zu gewährleisten,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Anerkennung für die Arbeit der Kommission für Friedenskonsolidierung und unter Begrüßung des Ergebnisses ihrer Sondertagung auf hoher Ebene über Sierra Leone am 10. Juni 2009[179], in dem ein Etappenplan für das weitere Engagement der Kommission in Sierra Leone im Einklang mit der von der Regierung Sierra Leones aufgestellten Agenda für den Wandel festgelegt wurde,

sowie mit dem erneuten Ausdruck seiner Anerkennung für die Arbeit des Sondergerichtshofs für Sierra Leone, betonend, wie wichtig das Verfahren des Gerichtshofs gegen den ehemaligen Präsidenten Liberias, Charles Taylor, sowie eine wirksame Informationsarbeit über das Verfahren auf lokaler Ebene sind, unter Begrüßung der in anderen Verfahren erzielten Fortschritte, erneut seiner Erwartung Ausdruck gebend, dass der Gerichtshof seine Arbeit zügig abschließen wird, und die Mitgliedstaaten auffordernd, Beiträge zu dem Gerichtshof zu leisten,

unter Begrüßung der von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten wahrgenommenen Rolle und den Mitgliedstaaten der Mano-Fluss-Union und anderer Regionalorganisationen nahelegend, den Frieden und die Sicherheit in der Region auch weiterhin zu fördern,

1. *beschließt*, das in Resolution 1829 (2008) festgelegte Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone bis zum 30. September 2010 zu verlängern;

2. *betont*, wie wichtig es ist, dass das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone und das Landesteam der Vereinten Nationen im Rahmen ihres jeweiligen Mandats gemeinschaftlich die Ziele der gemeinsamen Vision erreichen und dass sie sich insbesondere darauf konzentrieren, die Regierung Sierra Leones in ihren Anstrengungen betreffend die Verfassungsreform, den Aufbau von Polizeikapazitäten, das Vorgehen gegen Korruption, unerlaubten Drogenhandel und organisierte Kriminalität und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterstützen, die Vorbereitungen für die Wahlen im Jahr 2012 zu unterstützen und der Kommission für Friedenskonsolidierung und dem Friedenskonsolidierungsfonds bei ihrer Arbeit behilflich zu sein;

3. *legt* dem Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs *nahe*, weiter auf eine verbesserte Integration und Wirksamkeit der Anstrengungen hinzuarbeiten, die die Vereinten Nationen vor Ort unternehmen, um die Umsetzung der gemeinsamen Vision für Sierra

[179] PBC/3/SLE/6.

Leone sowie die Wiederaufbau- und Entwicklungsprioritäten der Regierung und des Volkes von Sierra Leone zu unterstützen;

4. *fordert* den Generalsekretär *auf*, einen Katalog von Fortschrittskriterien für den Übergang vom Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone zur Präsenz eines Landesteams der Vereinten Nationen zu erarbeiten und dabei die Kriterien, auf die sich die Regierung Sierra Leones und die Vereinten Nationen in der gemeinsamen Vision für Sierra Leone bereits geeinigt hatten, sowie die besonderen Herausforderungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Wahlen im Jahr 2012 zu berücksichtigen, diese laufend aktiv zu überprüfen und dem Sicherheitsrat regelmäßig über die diesbezüglichen Fortschritte Bericht zu erstatten;

5. *betont*, dass die Regierung Sierra Leones die Hauptverantwortung für die Friedenskonsolidierung, die Sicherheit und die langfristige Entwicklung in dem Land trägt, und ermutigt die Regierung, die Agenda für den Wandel weiter umzusetzen, die Kommission für Friedenskonsolidierung, die Entwicklungen aktiv zu beobachten und nach Bedarf internationale Unterstützung zu mobilisieren, und die bestehenden sowie potenzielle neue internationale Geber, die Regierung zu unterstützen;

6. *fordert* die Regierung Sierra Leones, das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone und alle anderen Parteien in dem Land *auf*, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um eine gute Regierungsführung zu fördern, namentlich durch fortgesetzte Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, zur Verbesserung der Rechenschaftslegung, zur Förderung der Entwicklung des Privatsektors im Hinblick auf die Schaffung von Wohlstand und Beschäftigungsmöglichkeiten, zur verstärkten Bekämpfung des Drogenhandels, zur Stärkung des Justizwesens und zur Förderung der Menschenrechte, namentlich durch die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Wahrheit und Aussöhnung und die fortgesetzte Unterstützung der Nationalen Menschenrechtskommission;

7. *betont* die in den Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 und 1820 (2008) vom 19. Juni 2008 anerkannte wichtige Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung, unterstreicht, dass bei der Durchführung aller Aspekte des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone die Geschlechterperspektive berücksichtigt werden soll, und legt dem Büro nahe, diesbezüglich mit der Regierung Sierra Leones zusammenzuarbeiten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat alle sechs Monate über die Fortschritte bei der Durchführung des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone und dieser Resolution unterrichtet zu halten;

9. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6189. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Mit Schreiben vom 30. Dezember 2009[180] unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Generalsekretär, dass sein Schreiben vom 28. Dezember 2009 betreffend seine Absicht, die Personalstärke der zum Sondergerichtshof für Sierra Leone abgeordneten militärischen Bewachungskräfte zu senken[181], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden sei und sie davon Kenntnis genommen hätten.

[180] Das Schreiben, das als Dokument S/2009/680 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 40 dieses Bandes.

[181] S/2009/679.

Auf seiner 6291. Sitzung am 22. März 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Sierra Leones gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Sierra Leone

> Vierter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (S/2010/135)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Michael von der Schulenburg, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Sierra Leone und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, und Herrn John McNee, den Ständigen Vertreter Kanadas bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Konfiguration für Sierra Leone der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 15. Juli 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[182]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 9. Juli 2010 betreffend Ihre Absicht, mit der Regierung Sierra Leones eine Vereinbarung zur Einrichtung eines Mechanismus zur Wahrnehmung der verbleibenden Aufgaben des Sondergerichtshofs für Sierra Leone auszuhandeln und zu schließen[183], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Die Ratsmitglieder haben von der in dem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis genommen und sind mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.“

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN KAMERUN UND NIGERIA[184]

Beschluss

Am 14. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[185]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 30. November 2009 betreffend Ihre Absicht, die Aktivitäten des Unterstützungsteams der Vereinten Nationen für die Gemischte Kommission Kamerun-Nigeria mit Finanzmitteln aus dem ordentlichen Haushalt fortzusetzen[186], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen die in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen und die darin geäußerte Absicht zur Kenntnis. Sie legen außerdem den Mitgliedern der Gemischten Kommission eindringlich nahe, mit den internationalen Gebern zusammenzuarbeiten, um weitere freiwillige Beiträge zu mobilisieren.“

---

[182] S/2010/385.

[183] S/2010/384.

[184] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

[185] S/2009/643.

[186] S/2009/642.

DIE SITUATION IN DER REGION DER GROSSEN SEEN AFRIKAS[*187]

Beschlüsse

Auf seiner 6215. Sitzung am 9. November 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Die Situation in der Region der Großen Seen Afrikas".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Olusegun Obasanjo, den Sondergesandten des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION BETREFFEND DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO[188]

Beschlüsse

Auf seiner 6203. Sitzung am 16. Oktober 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

> Neunundzwanzigster Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2009/472)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alan Doss, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6225. Sitzung am 30. November 2009 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo".

Resolution 1896 (2009)
vom 30. November 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1804 (2008) vom 13. März 2008, 1807 (2008) vom 31. März 2008 und 1857 (2008) vom 22. Dezember 2008 sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo,

---

[*] So ab Dokument S/INF/59 (*Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats, 1. August 2003 - 31. Juli 2004*). Dieser Tagesordnungspunkt lautete in Deutsch davor „Die Situation im ostafrikanischen Zwischenseengebiet".

[187] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

[188] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1997 verabschiedet.

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo sowie aller Staaten in der Region,

Kenntnis nehmend von dem Zwischen- und dem Schlussbericht der gemäß Resolution 1771 (2007) vom 10. August 2007 eingesetzten Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo („die Sachverständigengruppe"), deren Mandat gemäß den Resolutionen 1807 (2008) und 1857 (2008) verlängert wurde[189], und von ihren Empfehlungen,

mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die Anwesenheit bewaffneter Gruppen und Milizen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in den Provinzen Nord- und Südkivu, Ituri und Orientale, wodurch in der gesamten Region weiter ein Klima der Unsicherheit herrscht,

verlangend, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und die Widerstandsarmee des Herrn, sofort ihre Waffen niederlegen und ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung einstellen, sowie verlangend, dass alle Parteien der Abkommen vom 23. März 2009 die Waffenruhe achten und ihre Verpflichtungen wirksam und nach Treu und Glauben einhalten,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Unterstützung, die bewaffnete Gruppen, die im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo tätig sind, von regionalen und internationalen Netzwerken erhalten,

es begrüßend, dass sich die Demokratische Republik Kongo und die Länder der Region der Großen Seen darauf verpflichtet haben, gemeinsam den Frieden und die Stabilität in der Region zu fördern, und erneut erklärend, wie wichtig es ist, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und alle Regierungen, insbesondere diejenigen in der Region, wirksame Schritte unternehmen, um sicherzustellen, dass es für die bewaffneten Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo keinerlei Unterstützung in oder aus ihrem Hoheitsgebiet gibt,

mit großer Besorgnis Kenntnis nehmend von den Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Recht, die nach wie vor im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo gegenüber Zivilpersonen begangen werden, einschließlich der Tötung und Vertreibung einer beträchtlichen Zahl von Zivilpersonen, der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten und weit verbreiteter sexueller Gewalt, betonend, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, in erneuter Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in dem Land und unter Hinweis auf alle seine einschlägigen Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit, über Kinder und bewaffnete Konflikte und über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

betonend, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und die Zivilbevölkerung zu schützen,

sowie die Notwendigkeit *betonend*, als wesentlichen Bestandteil der dringend nötigen umfassenden Reform des Sicherheitssektors die Straflosigkeit zu bekämpfen, und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo eindringlich nahelegend, ihre Nulltoleranzpolitik gegenüber strafbaren Handlungen und Verfehlungen bei den Streitkräften umzusetzen,

[189] Siehe S/2009/253 und S/2009/603.

der Regierung der Demokratischen Republik Kongo *nahelegend*, konkrete Maßnahmen zur Reform des Justizsektors und zur Umsetzung des Aktionsplans für die Reform des Strafvollzugssystems zu ergreifen, um ein faires und glaubhaftes System zur Bekämpfung der Straflosigkeit zu gewährleisten,

unter Hinweis auf seine Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz des Personals der Vereinten Nationen, des beigeordneten Personals sowie des humanitären Personals in Konfliktzonen,

unter Verurteilung des anhaltenden illegalen Zustroms von Waffen in die Demokratische Republik Kongo und innerhalb des Landes unter Verstoß gegen die Resolutionen 1533 (2004) vom 12. März 2004, 1807 (2008) und 1857 (2008), seine Entschlossenheit bekundend, die Einhaltung des Waffenembargos und der anderen mit seinen Resolutionen betreffend die Demokratische Republik Kongo festgelegten Maßnahmen weiter genau zu überwachen, und betonend, dass alle Staaten gehalten sind, den Auflagen in Ziffer 5 der Resolution 1807 (2008) betreffend Vorankündigungen nachzukommen,

in Anerkennung dessen, dass die Verknüpfung zwischen der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, dem unerlaubten Handel damit sowie der Verbreitung von und dem Handel mit Waffen einer der Hauptfaktoren ist, die Konflikte in der Region der Großen Seen Afrikas schüren und verschärfen,

es begrüßend, dass die Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze ihre Absicht bekundet hat, Leitlinien zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und den Sachverständigengruppen der Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats auszuarbeiten,

feststellend, dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die mit Ziffer 1 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter bis zum 30. November 2010 zu verlängern, und bekräftigt die Bestimmungen der Ziffern 2, 3 und 5 der genannten Resolution;

2. *beschließt außerdem*, die mit den Ziffern 6 und 8 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs für die in Ziffer 1 genannte Dauer zu verlängern, und bekräftigt die Bestimmungen der Ziffer 7 der genannten Resolution;

3. *beschließt ferner*, die mit den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen auf den Gebieten Finanzen und Reisen für die in Ziffer 1 genannte Dauer zu verlängern, und bekräftigt die Bestimmungen der Ziffern 10 und 12 der genannten Resolution betreffend die in Ziffer 4 der Resolution 1857 (2008) genannten Personen und Einrichtungen;

4. *beschließt*, das in Ziffer 8 der Resolution 1533 (2004) festgelegte, in Ziffer 18 der Resolution 1596 (2005) vom 18. April 2005, Ziffer 4 der Resolution 1649 (2005) vom 21. Dezember 2005 und Ziffer 14 der Resolution 1698 (2006) vom 31. Juli 2006 erweiterte und in Ziffer 15 der Resolution 1807 (2008) und den Ziffern 6 und 25 der Resolution 1857 (2008) bekräftigte Mandat des Ausschusses um die folgenden Aufgaben zu erweitern:

a) innerhalb von sechs Monaten nach der Verabschiedung dieser Resolution Leitlinien unter Berücksichtigung der Ziffern 17 bis 24 der Resolution 1857 (2008) zu erlassen, um die Durchführung der mit dieser Resolution verhängten Maßnahmen zu erleichtern, und diese nach Bedarf fortlaufend aktiv zu überprüfen;

b) regelmäßige Konsultationen mit den betroffenen Mitgliedstaaten zu führen, um sicherzustellen, dass die in dieser Resolution festgelegten Maßnahmen vollständig durchgeführt werden;

c) die notwendigen Informationen zu bestimmen, die die Mitgliedstaaten vorzulegen haben, um den Auflagen in Ziffer 5 der Resolution 1807 (2008) betreffend Vorankündigungen nachzukommen, und sie unter den Mitgliedstaaten zu verteilen;

5. *fordert* alle Staaten *auf*, insbesondere diejenigen in der Region sowie diejenigen, in denen sich die gemäß Ziffer 3 dieser Resolution bezeichneten Personen und Einrichtungen befinden, die in dieser Resolution genannten Maßnahmen vollständig durchzuführen und mit dem Ausschuss bei der Wahrnehmung seines Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, und fordert ferner die Mitgliedstaaten auf, sofern sie es bisher nicht getan haben, dem Ausschuss innerhalb von fünfundvierzig Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung der mit den Ziffern 1 bis 3 verhängten Maßnahmen unternommen haben;

6. *ersucht* den Generalsekretär, das Mandat der gemäß Resolution 1533 (2004) eingesetzten Sachverständigengruppe, das mit späteren Resolutionen verlängert wurde, um einen am 30. November 2010 endenden Zeitraum zu verlängern, und ersucht die Sachverständigengruppe, ihr in Ziffer 18 der Resolution 1807 (2008) festgelegtes und mit den Ziffern 9 und 10 der Resolution 1857 (2008) erweitertes Mandat zu erfüllen und dem Rat über den Ausschuss bis 21. Mai 2010 sowie erneut vor dem 20. Oktober 2010 schriftlich Bericht zu erstatten;

7. *beschließt*, dass das Mandat der in Ziffer 6 genannten Sachverständigengruppe außerdem den Auftrag umfasst, für den Ausschuss unter Berücksichtigung von Ziffer 4 *g*) der Resolution 1857 (2008), unter anderem auf der Grundlage ihrer Berichte und unter Heranziehung der in anderen Foren geleisteten Arbeit, Empfehlungen in Bezug auf Leitlinien für die Beachtung der gebotenen Sorgfalt durch Importeure, Verarbeitungsbetriebe und Verbraucher mineralischer Produkte hinsichtlich des Kaufs, der Bezugsquellen (einschließlich der zur Feststellung der Herkunft der mineralischen Produkte zu unternehmenden Schritte), des Erwerbs und der Verarbeitung mineralischer Produkte aus der Demokratischen Republik Kongo auszuarbeiten;

8. *ersucht* die Sachverständigengruppe, den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf Nord- und Südkivu, Ituri und die Provinz Orientale sowie auf die regionalen und internationalen Netzwerke zu richten, die den im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo tätigen bewaffneten Gruppen Unterstützung gewähren;

9. *empfiehlt* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, vordringlich die Sicherheit, die Rechenschaftspflicht und die Verwaltung in Bezug auf die Bestände an Rüstungsgütern und Munition zu stärken und im Einklang mit den durch das Protokoll von Nairobi zur Verhütung, Kontrolle und Reduzierung von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Region der Großen Seen und am Horn von Afrika sowie durch das Regionalzentrum für Kleinwaffen festgelegten Normen ein nationales Programm zur Kennzeichnung von Waffen durchzuführen;

10. *ersucht* die Regierungen der Demokratischen Republik Kongo und aller Staaten, insbesondere derjenigen in der Region, die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und die Sachverständigengruppe, intensiv zusammenzuarbeiten, namentlich durch den Austausch von Informationen betreffend Waffenlieferungen, Handelswege und strategische Minen, von denen bekannt ist, dass sie von bewaffneten Gruppen kontrolliert oder genutzt werden, Flüge aus der Region der Großen Seen in die Demokratische Republik Kongo und aus der Demokratischen Republik Kongo in die Region der Großen Seen, die illegale Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und den illegalen Handel damit und die Aktivitäten der von dem Ausschuss gemäß Ziffer 4 der Resolution 1857 (2008) benannten Personen und Einrichtungen;

11. *ersucht insbesondere* die Mission, mit der Sachverständigengruppe alle sachdienlichen Informationen auszutauschen, vor allem Informationen über die Einziehung und den Einsatz von Kindern und über gezielte Angriffe auf Frauen und Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts;

12. *verlangt ferner*, dass alle Parteien und alle Staaten sicherstellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Sachverständigengruppe zusammenarbeiten, und ersucht in diesem Zusammenhang alle Staaten, dem Ausschuss eine Anlaufstelle zu benennen, um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit der Sachverständigengruppe zu verstärken;

13. *wiederholt seine* in Ziffer 21 der Resolution 1807 (2008) geäußerte und in Ziffer 14 der Resolution 1857 (2008) bekräftigte *Forderung*, dass alle Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, mit der Sachverständigengruppe in ihrer Arbeit uneingeschränkt kooperieren und dass sie die Sicherheit ihrer Mitglieder sowie ungehinderten und sofortigen Zugang gewährleisten, insbesondere zu den Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Sachverständigengruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet;

14. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Importeure, Verarbeitungsbetriebe und Verbraucher kongolesischer mineralischer Produkte die gebotene Sorgfalt hinsichtlich ihrer Lieferanten und der Herkunft der von ihnen gekauften Mineralien anwenden;

15. *fordert* die Mitgliedstaaten *außerdem auf*, mit der Sachverständigengruppe hinsichtlich des ihr in Ziffer 7 erteilten Mandats zur Ausarbeitung von Empfehlungen für den Ausschuss in Bezug auf Leitlinien für die Beachtung der gebotenen Sorgfalt uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie ihr Einzelheiten über alle einschlägigen nationalen Leitlinien, Genehmigungspflichten oder Rechtsvorschriften betreffend den Handel mit mineralischen Produkten zur Verfügung stellen;

16. *empfiehlt* den Importeuren und Verarbeitungsbetrieben, Grundsätze, Praktiken und Verhaltenskodexe zu beschließen, um zu verhindern, dass bewaffnete Gruppen in der Demokratischen Republik Kongo durch die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und den Handel damit indirekt unterstützt werden;

17. *empfiehlt außerdem* den Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen in der Region der Großen Seen, regelmäßig umfassende Statistiken über die Ein- und Ausfuhr von Gold, Kassiterit, Coltan und Wolframit zu veröffentlichen;

18. *legt* der Gebergemeinschaft *eindringlich nahe*, zu erwägen, vermehrt technische oder sonstige Hilfe und Unterstützung zu gewähren, um die institutionellen Kapazitäten der Bergbau-, Strafverfolgungs- und Grenzkontrollbehörden und -institutionen der Demokratischen Republik Kongo zu stärken;

19. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, dem Ausschuss zur Aufnahme in seine Liste die Namen der Personen oder Einrichtungen zu übermitteln, die die in Ziffer 4 der Resolution 1857 (2008) festgelegten Kriterien erfüllen, sowie von Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der benannten Personen oder Einrichtungen stehen, oder von Personen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung der benannten Einrichtungen handeln;

20. *bekräftigt* die Bestimmungen in den Ziffern 17 bis 20 der Resolution 1857 (2008) betreffend die Aufnahme von Personen und Einrichtungen in die Liste, in den Ziffern 22 bis 24 der Resolution 1857 (2008) betreffend die Streichung von Personen und Einrichtungen von der Liste und in Resolution 1730 (2006) vom 19. Dezember 2006 betreffend die Rolle der Koordinierungsstelle;

21. *beschließt*, dass er zu gegebener Zeit und spätestens bis zum 30. November 2010 die in dieser Resolution festgelegten Maßnahmen überprüfen wird, um sie gegebenenfalls im Lichte der Sicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo anzupassen, insbesondere im Lichte der Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors, einschließlich der Integration der Streitkräfte und der Reform der Nationalpolizei, sowie bei der

Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung oder gegebenenfalls Wiedereingliederung der kongolesischen und ausländischen bewaffneten Gruppen;

22. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6225. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6244. Sitzung am 16. Dezember 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Dreißigster Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2009/623)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alan Doss, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6253. Sitzung am 23. Dezember 2009 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Dreißigster Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2009/623)".

Resolution 1906 (2009)
vom 23. Dezember 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1843 (2008) vom 20. November 2008, 1856 (2008) vom 22. Dezember 2008 und 1896 (2009) vom 30. November 2009 sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo,

betonend, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und ihre Zivilbevölkerung zu schützen, sowie unter Betonung der Wichtigkeit der raschen Durchführung einer umfassenden und bestandfähigen Reform des Sicherheitssektors und der dauerhaften Entwaffnung, Demobilisierung, Neuansiedlung beziehungsweise Repatriierung und der Wiedereingliederung der kongolesischen und ausländischen bewaffneten Gruppen für die langfristige Stabilisierung der Demokratischen Republik Kongo sowie des von den internationalen Partnern auf diesem Gebiet geleisteten Beitrags,

mit der Aufforderung an alle an dem bewaffneten Konflikt in der Region der Großen Seen beteiligten Parteien, den nach dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen nachzukommen und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um Zivilpersonen zu schützen und den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal zu erleichtern,

die Länder der Region der Großen Seen *ermutigend*, sich auch weiterhin nachdrücklich für die gemeinsame Förderung des Friedens und der Stabilität in der Region zu enga-

gieren, und unter Begrüßung der jüngsten Verbesserungen in den Beziehungen zwischen den Regierungen der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas, Ugandas und Burundis,

betonend, dass der Goma-Prozess und der Nairobi-Prozess sowie die Abkommen vom 23. März 2009 den geeigneten Rahmen für die Stabilisierung der Situation im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo bilden, und alle Parteien nachdrücklich auffordernd, diese Abkommen voll einzuhalten und durchzuführen,

höchst besorgt darüber, dass einige Milizen und bewaffnete Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo ihre Waffen noch nicht niedergelegt haben und nach wie vor die Bevölkerung heimsuchen,

mit dem Ausdruck seiner äußersten Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage und der Menschenrechtssituation und die anhaltende Straflosigkeit für diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und andere Gräueltaten verantwortlich sind, unter besonderer Verurteilung der gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung, der weit verbreiteten sexuellen Gewalt, der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten und der außergerichtlichen Hinrichtungen, unter Betonung der dringenden Notwendigkeit, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo in Zusammenarbeit mit der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und anderen zuständigen Akteuren den Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht ein Ende setzt und die Täter vor Gericht stellt, und die Mitgliedstaaten auffordernd, dabei behilflich zu sein und den Opfern auch weiterhin medizinische, humanitäre und sonstige Hilfe zu leisten,

mit der Aufforderung an alle beteiligten Parteien, Bedingungen zu schaffen, die eine freiwillige, sichere, würdevolle und dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen begünstigen,

es begrüßend, dass sich die Regierung der Demokratischen Republik Kongo darauf verpflichtet hat, diejenigen, die für Gräueltaten in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, Kenntnis nehmend von der Zusammenarbeit der Regierung mit dem Internationalen Strafgerichtshof und betonend, wie wichtig es ist, sich aktiv zu bemühen, diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz des Personals der Vereinten Nationen, des beigeordneten Personals und des humanitären Personals in Konfliktzonen, seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte sowie unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte, die sich auf die Parteien des bewaffneten Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo beziehen[190],

nachdrücklich darauf hinweisend, dass die Verknüpfung zwischen der unerlaubten Ausbeutung natürlicher Ressourcen, dem unerlaubten Handel damit sowie der Verbreitung von und dem Handel mit Waffen einer der Hauptfaktoren ist, die Konflikte in der Region der Großen Seen, insbesondere in der Demokratischen Republik Kongo, schüren und verschärfen, mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, die mit seiner Resolution 1896 (2009) festgelegten Maßnahmen vollständig

[190] S/AC.51/2009/3.

durchzuführen, und erneut seine Entschlossenheit bekundend, die Durchführung und Einhaltung der mit Resolution 1896 (2009) festgelegten Maßnahmen weiterhin genau zu überwachen,

unterstreichend, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo langfristige, dauerhafte Anstrengungen unternehmen muss, um einen Zeitplan für lokale, allgemeine und Präsidentschaftswahlen unter voller Achtung der Bestimmungen der Verfassung vorzulegen, die Demokratie zu festigen und Rechtsstaatlichkeit, demokratisches Regieren, die Wiederherstellung und die Entwicklung zu fördern, mit Unterstützung ihrer internationalen Partner,

mit dem Ausdruck seiner vollen Unterstützung für die Mission, unter Verurteilung aller Angriffe auf die Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und das humanitäre Personal, gleichviel von wem sie verübt werden, und betonend, dass die Verantwortlichen für derartige Angriffe vor Gericht gestellt werden müssen,

Kenntnis nehmend vom dreißigsten regelmäßigen Bericht des Generalsekretärs vom 4. Dezember 2009 über die Mission[191] und von den darin enthaltenen Empfehlungen,

feststellend, dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, den Einsatz der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo bis zum 31. Mai 2010 zu verlängern, mit der Absicht, ihn zu diesem Zeitpunkt um zwölf Monate erneut zu verlängern, genehmigt bis zu diesem Datum die Beibehaltung eines Personalbestands von bis zu 19.815 Soldaten, 760 Militärbeobachtern, 391 Polizisten und 1.050 Angehörigen organisierter Polizeieinheiten und betont seine Absicht, eine Bewertung und Anpassung des Mandats in der dann zu verabschiedenden Resolution zu erwägen und sich weiterhin nachdrücklich dafür einzusetzen, zur langfristigen Stabilität der Demokratischen Republik Kongo beizutragen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, eine strategische Überprüfung der Situation in der Demokratischen Republik Kongo und der Fortschritte der Mission bei der Erfüllung ihres Mandats vorzunehmen, unter Berücksichtigung des Integrierten strategischen Rahmens für die Präsenz der Vereinten Nationen in dem Land, zu diesem Zweck die bestehenden Fortschrittskriterien weiterzuentwickeln und in enger Zusammenarbeit mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo und den Ländern, die Truppen und Polizei für die Mission stellen, die Modalitäten einer Umstrukturierung des Mandats der Mission zu bestimmen, insbesondere die wesentlichen Aufgaben, die erfüllt werden müssen, bevor die Mission eine Verringerung ihrer Personalstärke erwägen kann, ohne einen Rückfall in die Instabilität herbeizuführen, und dem Sicherheitsrat bis spätestens 1. April 2010 Bericht zu erstatten und Empfehlungen vorzulegen;

3. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *nachdrücklich auf*, im östlichen Teil des Landes dauerhaften Frieden zu schaffen, die Zivilbevölkerung wirksam zu schützen, tragfähige Institutionen des Sicherheitssektors aufzubauen, die die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt achten, und die Achtung der Menschenrechte und den Kampf gegen Straflosigkeit durch die Stärkung der Kapazität des Justiz- und Strafvollzugssystems zu gewährleisten;

4. *erkennt an*, dass der wirksame Schutz von Zivilpersonen, die Minderung und Beseitigung der von bewaffneten Gruppen ausgehenden Bedrohung und eine umfassende und tragfähige Reform des Sicherheitssektors miteinander verknüpft sind, und unterstreicht, dass Anstrengungen in jedem dieser Schlüsselbereiche erheblich und in komple-

[191] S/2009/623.

mentärer Weise sowohl zum Ziel der Verbesserung der humanitären Lage als auch zu dem strategischen Ziel des Friedens und der Stabilität in der Demokratischen Republik Kongo beitragen;

5. *beschließt*, dass die Mission ab der Verabschiedung dieser Resolution in enger Zusammenarbeit mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo das nachstehende, nach Prioritäten geordnete Mandat haben wird:

a) den wirksamen Schutz der Zivilpersonen, des humanitären Personals und des Personals und der Einrichtungen der Vereinten Nationen im Einklang mit den Ziffern 3 *a*) bis *e*) und 4 *c*) der Resolution 1856 (2008) und den nachstehenden Ziffern 7 bis 18 zu gewährleisten;

b) verstärkte Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung kongolesischer bewaffneter Gruppen und zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung ausländischer bewaffneter Gruppen durchzuführen, wie unter anderem in den nachstehenden Ziffern 19 bis 28 und in Ziffer 3 *n*) bis *p*) der Resolution 1856 (2008) festgelegt;

c) die von der Regierung der Demokratischen Republik Kongo geleitete Reform des Sicherheitssektors zu unterstützen, wie unter anderem in den nachstehenden Ziffern 29 bis 38 festgelegt;

6. *ermächtigt* die Mission, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in den Gebieten, in denen ihre Einheiten disloziert sind, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um die in Ziffer 3 *a*) bis *e*) der Resolution 1856 (2008) und in den nachstehenden Ziffern 9, 20, 21 und 24 aufgeführten mandatsmäßigen Aufgaben durchzuführen;

Schutz von Zivilpersonen, einschließlich humanitären Personals und Menschenrechtsverteidigern, sowie des Personals und der Einrichtungen der Vereinten Nationen

7. *betont*, dass dem Schutz von Zivilpersonen, wie in Ziffer 5 *a*) beschrieben, bei Entscheidungen über den Einsatz der verfügbaren Kapazitäten und Ressourcen Vorrang vor allen anderen, in Ziffer 5 *b*) und *c*) beschriebenen Aufgaben eingeräumt werden muss;

8. *erinnert* daran, dass der Schutz von Zivilpersonen ein koordiniertes Vorgehen aller zuständigen Anteile der Mission erfordert, und ermutigt die Mission, unter der Aufsicht des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo das Zusammenwirken zwischen ihren zivilen und militärischen Komponenten auf allen Ebenen und den humanitären Akteuren zu verbessern, um den Sachverstand auf dem Gebiet des Schutzes von Zivilpersonen zu konsolidieren;

9. *ersucht* die Mission, auf bewährten Verfahren aufzubauen und die in Nordkivu erfolgreich erprobten Schutzmaßnahmen, insbesondere die Schaffung von gemeinsamen Schutzteams, Frühwarnzentren, Kommunikationsverbindungen mit örtlichen Dörfern und andere Maßnahmen, auf andere Gebiete auszuweiten, insbesondere auf Südkivu;

10. *verlangt*, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und die Widerstandsarmee des Herrn, sofort alle gegen die Zivilbevölkerung in der Demokratischen Republik Kongo gerichteten Formen von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt, darunter Vergewaltigung und andere Formen sexuellen Missbrauchs, einstellen;

11. *verlangt außerdem*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo zur Erfüllung der Resolution 1888 (2009) sofort geeignete Maßnahmen ergreift, um Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, vor Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, einschließlich aller Formen sexueller Gewalt, zu schützen, fordert die Regierung nachdrücklich auf, die volle Umsetzung ihrer Nulltoleranzpolitik in Bezug auf die von Elementen der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo begangenen Disziplinverstöße und Menschenrechtsverletzungen, einschließlich

sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zu gewährleisten, und fordert ferner nachdrücklich dazu auf, dass alle Berichte über solche Rechtsverletzungen mit Unterstützung der Mission gründlich untersucht und alle Verantwortlichen im Rahmen eines robusten und unabhängigen Verfahrens vor Gericht gestellt werden;

12. *ersucht* den Generalsekretär, die Vorwürfe sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch Zivil- und Militärpersonal der Mission auch weiterhin umfassend zu untersuchen und die in dem Bulletin des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch[192] genannten angemessenen Maßnahmen zu ergreifen;

13. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, sicherzustellen, dass den Ländern, die Truppen und Polizei für die Mission stellen, bei der Einsatzvorbereitung und am Einsatzort fachliche Unterstützung gewährt wird, die auch Anleitung und Ausbildung für das Militär- und Polizeipersonal zum Schutz von Zivilpersonen vor drohenden Gefahren und zu geeigneten Reaktionen, namentlich in Bezug auf Menschenrechte, sexuelle Gewalt und geschlechtsspezifische Fragen, umfasst;

14. *legt* der Mission *nahe*, ihre Kontakte zur Zivilbevölkerung zu verstärken, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen und zuverlässige Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, die an Zivilpersonen begangen wurden, zu sammeln;

15. *verlangt*, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und die Widerstandsarmee des Herrn, sofort die Einziehung und den Einsatz von Kindern beenden und alle mit ihnen verbundenen Kinder freilassen, und fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo auf, auch weiterhin mit der Mission, dem Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus und anderen maßgeblichen Akteuren zusammenzuarbeiten, um die Erstellung eines Aktionsplans zur Freilassung der in den Reihen der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo befindlichen Kinder und zur Verhinderung weiterer Einziehungen abzuschließen;

16. *fordert* die Regierungen der Region der Großen Seen *auf*, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehenden Bedrohung zu koordinieren, und legt ihnen eindringlich nahe, den regelmäßigen Austausch von Informationen über die Widerstandsarmee des Herrn in dieser Hinsicht mit der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und den anderen Missionen der Vereinten Nationen in den Gebieten, in denen die Widerstandsarmee des Herrn die Bevölkerung bedroht, zu verstärken, und ersucht den Generalsekretär, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Missionen der Vereinten Nationen in der Region zu allen Fragen im Zusammenhang mit Bedrohungen der regionalen Sicherheit zu verstärken;

17. *fordert* die Staaten in der Region *auf*, sicherzustellen, dass Militäraktionen gegen bewaffnete Gruppen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht durchgeführt werden, und angemessene Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen und zur Minderung der Auswirkungen der Militäraktionen auf die Zivilbevölkerung zu ergreifen, namentlich durch regelmäßige Kontakte mit der Zivilbevölkerung und ihre frühzeitige Warnung vor potenziellen Angriffen;

18. *ersucht* den Sonderbeauftragten, im Einklang mit der umfassenden Strategie der Mission gegen sexuelle Gewalt Frauenschutzberater aus dem Kreis der der Mission angehörenden Berater für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen und Gruppen für den Schutz der Menschenrechte zu benennen;

[192] ST/SGB/2003/13.

Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung kongolesischer bewaffneter Gruppen und Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung ausländischer bewaffneter Gruppen

19. *verlangt*, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, die Widerstandsarmee des Herrn und die anderen ausländischen bewaffneten Gruppen, sofort ihre Waffen niederlegen, und verlangt ferner, dass die kongolesischen bewaffneten Gruppen sich ohne weitere Verzögerung oder Vorbedingungen den kongolesischen Behörden und der Mission zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung stellen und dass die ausländischen bewaffneten Gruppen sich auf dieselbe Weise den kongolesischen Behörden und der Mission zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung stellen;

20. *unterstreicht*, dass die Mission jede bewaffnete Gruppe von jedem Versuch der Gewaltanwendung zur Gefährdung des Goma-Prozesses und des Nairobi-Prozesses abschrecken wird, insbesondere im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo, und alle notwendigen Operationen durchführen wird, um Angriffe auf Zivilpersonen zu verhüten und die militärischen Handlungsmöglichkeiten der bewaffneten Gruppen einzuschränken, die in diesem Gebiet nach wie vor Gewalt anwenden;

21. *ersucht* die Mission, in enger Zusammenarbeit mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo auch weiterhin ihre Operationen mit den im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo eingesetzten Brigaden der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo abzustimmen, auf der Grundlage der Priorität des Schutzes von Zivilpersonen und der gemeinsamen Planung der Operationen mit diesen Brigaden und im Einklang mit ihrem in Ziffer 23 genannten Grundsatzpapier, mit dem Ziel,

a) die ausländischen und kongolesischen bewaffneten Gruppen in bestimmten Zielgebieten zu entwaffnen, um sicherzustellen, dass sie sich am Entwaffnungs-, Demobilisierungs-, Repatriierungs-, Neuansiedlungs- und Wiedereingliederungsprozess beziehungsweise am Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess beteiligen;

b) die Gebiete frei von bewaffneten Gruppen zu halten, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten;

c) der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei der Wiederherstellung ihrer Autorität in diesen Gebieten, insbesondere im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo, in den von bewaffneten Gruppen befreiten Gebieten und in den wichtigsten Bergbaugebieten, behilflich zu sein;

d) verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um zu verhindern, dass bewaffneten Gruppen Unterstützung gewährt wird, einschließlich Unterstützung, die aus unerlaubten Wirtschaftstätigkeiten und unerlaubtem Handel mit natürlichen Ressourcen stammt;

22. *erklärt erneut*, in Übereinstimmung mit den Ziffern 3 *g*) und 14 der Resolution 1856 (2008), dass die Unterstützung der von den Streitkräften der Demokratischen Republik Kongo geleiteten Militäroperationen gegen ausländische und kongolesische bewaffnete Gruppen durch die Mission unter der strikten Voraussetzung erfolgt, dass die Streitkräfte das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht einhalten und dass diese Operationen effektiv gemeinsam geplant werden, beschließt, dass die militärische Führung der Mission, bevor sie solchen Operationen Unterstützung gewährt, bestätigen muss, dass eine ausreichende gemeinsame Planung vorgenommen wurde, insbesondere in Bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung, fordert die Mission auf, beim Führungsstab der Streitkräfte zu intervenieren, wenn Elemente einer Einheit der Streitkräfte, die von der Mission Unterstützung erhält, schwerer Verstöße gegen diese Rechtsvorschriften verdächtigt werden, und fordert die Mission auf, im Falle des Fortbestehens dieser Situation den betreffenden Einheiten der Streitkräfte ihre Unterstützung zu entziehen;

23. *nimmt* in dieser Hinsicht davon *Kenntnis*, dass die Mission ein Grundsatzpapier ausgearbeitet hat, in dem die Bedingungen festgelegt sind, unter denen die Mission den Einheiten der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo Unterstützung gewähren kann, und ersucht den Generalsekretär, einen geeigneten Mechanismus einzurichten, der die Anwendung dieses Grundsatzpapiers regelmäßig bewertet;

24. *fordert* die Mission *nachdrücklich auf*, in enger Zusammenarbeit mit anderen Partnern, namentlich der Weltbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, weiter zur Durchführung der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung kongolesischer Kombattanten und ihrer Angehörigen, mit besonderem Augenmerk auf Kindern, beizutragen, indem sie den Entwaffnungsprozess überwacht und gegebenenfalls an einigen sensiblen Orten die Sicherheit gewährleistet und die von den kongolesischen Behörden in Zusammenarbeit mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und bilateralen und multilateralen Partnern unternommenen Wiedereingliederungsbemühungen unterstützt;

25. *fordert* die Mission *außerdem nachdrücklich auf*, die freiwillige Demobilisierung und Repatriierung der entwaffneten ausländischen Kombattanten und ihrer Angehörigen verstärkt zu unterstützen, und fordert die Regierungen der Demokratischen Republik Kongo und der Nachbarstaaten auf, sich weiterhin an diesem Prozess zu beteiligen;

26. *fordert* die Regierungen der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas *nachdrücklich auf*, zusammenzuarbeiten und sich im Rahmen eines mehrdimensionalen Ansatzes auf einen klaren Katalog von Endzielen für die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu verständigen;

27. *fordert* alle Staaten *nachdrücklich auf*, geeignete rechtliche Schritte gegen Führer der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu ergreifen, die in ihrem Hoheitsgebiet ansässig sind, namentlich durch die wirksame Anwendung des mit Resolution 1533 (2004) vom 12. März 2004 geschaffenen und mit seiner Resolution 1896 (2009) verlängerten Sanktionsregimes;

28. *fordert* alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, *außerdem nachdrücklich auf*, geeignete Schritte zur Beendigung des unerlaubten Handels mit natürlichen Ressourcen zu unternehmen, nötigenfalls auch mit gerichtlichen Mitteln, und dem Rat bei Bedarf Bericht zu erstatten, und fordert die Mission nachdrücklich auf, im Einklang mit Ziffer 3 *j*) der Resolution 1856 (2008) gemeinsam mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo ihr Pilotprojekt zu konsolidieren, bei dem alle staatlichen Dienste in fünf Handelsplätzen in Nord- und Südkivu zusammengeführt werden, um die Rückverfolgbarkeit von mineralischen Produkten zu verbessern, und dieses Projekt zu bewerten;

Unterstützung für die Reform des Sicherheitssektors

29. *erklärt erneut*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung für die Reform des Sicherheitssektors trägt, und ermutigt die Regierung, in Zusammenarbeit mit der Mission und anderen internationalen Partnern eine gründlich überprüfte, multiethnische Kerntruppe aufzubauen, deren Größe, Zusammensetzung und Struktur von der Regierung mit Unterstützung der Mission ausgearbeitet werden sollen, mit dem Ziel, die Kapazität, die Disziplin und die Professionalität der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo zu stärken;

30. *ersucht* die Mission, in Zusammenarbeit mit den kongolesischen Behörden die mit Fragen der Reform des Sicherheitssektors zusammenhängenden Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich aller auf diesem Gebiet tätigen bilateralen und multilateralen Akteure, zu koordinieren, und fordert alle Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen auf, mit der Mission in dieser Hinsicht umfassend zusammenzuarbeiten;

31. *ersucht* die Mission *ferner*, im Rahmen der umfassenderen internationalen Anstrengungen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors den Streitkräften der

Demokratischen Republik Kongo, einschließlich der im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo eingesetzten integrierten Brigaden, eine militärische Ausbildung zu gewähren, einschließlich auf dem Gebiet der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts, des Kinderschutzes und der Verhütung von geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt;

32. *fordert* die kongolesischen Behörden *erneut auf*, mit Unterstützung der Mission und im Einklang mit internationalen Standards einen wirksamen Überprüfungsmechanismus für die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo und die nationalen Sicherheitskräfte einzurichten, um sicherzustellen, dass Personen ausgeschlossen werden, die mit Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen, und gegebenenfalls ein Gerichtsverfahren gegen diese Personen einzuleiten;

33. *ermutigt* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, mit Unterstützung der Mission sicherzustellen, dass neu in die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo integrierte bewaffnete Gruppen im gesamten Land eingesetzt werden und ihr Einsatz nicht auf ihre Herkunftsregionen beschränkt wird;

34. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *nachdrücklich auf*, darauf hinzuwirken, dass das Parlament rasch Rechtsvorschriften betreffend die Reform der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo, den Hohen Verteidigungsrat und den Status des Militärpersonals der Streitkräfte sowie die Rechtsvorschriften zur Polizeireform verabschiedet, fordert die Regierung außerdem nachdrücklich auf, Fortschritte bei ihrer Durchführung innerhalb des in dieser Resolution vorgesehenen Zeitrahmens zu gewährleisten, und fordert ferner nachdrücklich die Verabschiedung einer umfassenden nationalen Strategie für den Sicherheitssektor im gesamten Hoheitsgebiet;

35. *ersucht* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, mit Unterstützung der Mission und anderer internationaler Partner angemessene Bedingungen für die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo zu gewährleisten, in dem sie unter anderem den neu integrierten Elementen Dienstgrade verleiht, die Zahlung des Soldes und die Bereitstellung der Ausrüstung gewährleistet und Kasernen zur Verfügung stellt;

36. *fordert* alle Parteien der Abkommen vom 23. März 2009 *auf*, ihre Verpflichtungen zu erfüllen und die Umsetzung aller Aspekte der Abkommen zu beschleunigen, und ersucht die Mission, dabei behilflich zu sein, indem sie bei der Integration der bewaffneten Gruppen und der Schaffung von Mechanismen für die Beilegung lokaler Streitigkeiten, wie in den genannten Abkommen vorgesehen, Unterstützung gewährt;

37. *empfiehlt* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere über die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo und die Kongolesische Nationalpolizei und in enger Zusammenarbeit mit der Mission weitere Anstrengungen zu unternehmen, um eine umfassende und genaue Datenbank mit allen verfügbaren Informationen über die Waffen und die Munition in ihrem Gewahrsam zu unterhalten;

38. *verlangt*, dass alle Parteien bei den Einsätzen der Mission voll kooperieren und die Sicherheit sowie den ungehinderten und sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals bei der Wahrnehmung ihres Mandats im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo gewährleisten, und ersucht den Generalsekretär, unverzüglich über jede Nichtbefolgung dieser Forderungen Bericht zu erstatten;

39. *ersucht* die Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen, auch weiterhin die Ausweitung der staatlichen Autorität in der Demokratischen Republik Kongo zu unterstützen, insbesondere im Rahmen des Stabilisierungs- und Wiederaufbauplans der Regierung und der Strategie der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Sicherheit und der Stabilisierung, mit besonderem Schwerpunkt auf der Stärkung der demokratischen Institutionen und dem Aufbau einer wirksamen Kapazität zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit, darunter in der Justiz und im Strafvollzug;

40. *ersucht* den Generalsekretär, den Sicherheitsrat und die truppen- und polizeistellenden Länder bis spätestens 16. Februar 2010 über die Umsetzung der systemweiten Schutzstrategie zu unterrichten und ihnen bis dahin einen Fortschrittsbericht über den Integrierten strategischen Rahmen vorzulegen;

41. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, zur Vorbereitung der in Ziffer 2 dieser Resolution genannten strategischen Überprüfung bis spätestens 1. April 2010 einen umfassenden Bericht über die Situation in der Demokratischen Republik Kongo und über die Tätigkeiten der Mission vorzulegen, der Folgendes enthält:

a) konkrete Informationen über die mit der Rolle der Mission zum Schutz von Zivilpersonen verbundenen Herausforderungen, eine Bewertung der bestehenden Schutzmechanismen, insbesondere der in den Ziffern 8, 9, 11, 12 und 13 beschriebenen Maßnahmen, und eine Bewertung der besonderen Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Gewalt;

b) eine Bewertung der Anwendung des Grundsatzpapiers, in dem die Bedingungen festgelegt sind, unter denen die Mission den Streitkräften der Demokratischen Republik Kongo Unterstützung gewährt, wie in den Ziffern 22 und 23 beschrieben;

c) Informationen über die weitere Entsendung und den weiteren Einsatz der mit Resolution 1843 (2008) genehmigten zusätzlichen Kapazitäten;

d) eine Bewertung der Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors, einschließlich der Wirksamkeit der in Ziffer 31 genannten Ausbildungsmaßnahmen;

42. *würdigt* den Beitrag der truppen- und polizeistellenden Länder und der Geber zur Mission und fordert die Mitgliedstaaten auf, die für die Mission noch benötigten Hubschrauber, Lufteinsatzmöglichkeiten, nachrichtendienstlichen Ressourcen und sonstigen Unterstützungskräfte zuzusagen und bereitzustellen;

43. *ersucht* den Generalsekretär, sicherzustellen, dass das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien für die Mission regelmäßig aktualisiert werden, damit sie in vollem Einklang mit den Bestimmungen dieser Resolution stehen, und dem Rat und den truppenstellenden Ländern darüber Bericht zu erstatten;

44. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, über seinen Sonderbeauftragten auch weiterhin alle Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zu koordinieren;

45. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6253. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6297. Sitzung am 13. April 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

> Einunddreißigster Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2010/164)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alan Doss, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 14. April 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[193]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass die Mitglieder des Sicherheitsrats beschlossen haben, voraussichtlich vom 16. bis 20. April 2010 eine Mission unter der Leitung von Botschafter Gérard Araud (Frankreich) nach Afrika (Demokratische Republik Kongo) zu entsenden. Die Ratsmitglieder haben sich auf die Aufgabenstellung der Mission geeinigt (siehe Anlage).

Im Anschluss an Konsultationen mit den Mitgliedern wurde vereinbart, dass sich die Mission wie folgt zusammensetzen wird:

Bosnien und Herzegowina (Botschafter Ivan Barbalić)

Brasilien (Botschafterin Maria Luiza Ribeiro Viotti)

China (Botschaftsrat Du Xiaocong)

Frankreich (Botschafter Gérard Araud)

Gabun (Botschafter Alfred Moungara Moussotsi)

Japan (Botschafter Norihiro Okuda)

Libanon (Botschafter Nawaf Salam)

Mexiko (Botschaftsrat Guillermo Puente)

Nigeria (Botschafter Raff Bukun-Olu Wole Onemola)

Österreich (Botschafter Thomas Mayr-Harting)

Russische Föderation (Minister Alexander Pankin)

Türkei (Botschafter Ertuğrul Apakan)

Uganda (Botschafter Ruhakana Rugunda)

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (Botschafter Mark Lyall Grant)

Vereinigte Staaten von Amerika (Botschafterin Brooke D. Anderson)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben samt Anlage als Dokument des Sicherheitsrats verteilen ließen.

Anlage

Mission des Sicherheitsrats nach Afrika: Aufgabenstellung

A. Regionale Fragen

Das zentrale Ziel der Mission des Sicherheitsrats im April 2010 nach Afrika besteht darin, das Mandat und die Zusammensetzung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo sowie die Zukunft der Präsenz der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zu erörtern. Zu diesem Zweck wird sie die Gelegenheit nutzen und

1. an die Hauptverantwortung des Rates für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und sein Bekenntnis zur Souveränität, territorialen Unver-

[193] S/2010/187.

sehrtheit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten in der Region der Großen Seen erinnern.

2. die nachdrückliche Unterstützung des Rates für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern der Region bekunden und sie zur weiteren Verstärkung ihrer Zusammenarbeit auf allen Gebieten, insbesondere in politischen, wirtschaftlichen und sicherheitsbezogenen Fragen, ermutigen, um die langfristige Stabilisierung der Region der Großen Seen zu garantieren.

3. erneut Unterstützung dafür bekunden, die regionale Dynamik zu stärken, so auch gegebenenfalls durch die Entwicklung von Wirtschaftsprojekten von gemeinsamem Interesse und die Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Erleichterung des rechtmäßigen Handels und zur Beendigung des illegalen Handels mit natürlichen Ressourcen, und auf diese Weise den Frieden und die Sicherheit zu festigen.

4. erneut erklären, dass alle Parteien zur Stabilisierung des östlichen Teils der Demokratischen Republik Kongo beitragen sollen, den ruandischen und kongolesischen Behörden nahelegen, im Rahmen eines mehrdimensionalen Ansatzes zusammenzuarbeiten und sich auf einen klaren Katalog von Endzielen für die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu einigen, sowie daran erinnern, wie wichtig die vollständige Durchführung der einschlägigen Ratsresolutionen, namentlich der Resolution 1896 (2009), als Mittel zur Stabilisierung der Situation ist.

5. betonen, dass der Rat die Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn unterstützt, die Regierungen in der Region zur Erarbeitung einer regionalen Strategie anhalten, um gegen die von der Widerstandsarmee des Herrn an Zivilpersonen verübten Verstöße und Missbrauchshandlungen anzugehen, unter Berücksichtigung der bestehenden regionalen Mechanismen sowie der Notwendigkeit, die betroffene Bevölkerung wirksam zu schützen, und die Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen in den von der Widerstandsarmee des Herrn heimgesuchten Gebieten erörtern.

B. Demokratische Republik Kongo (spezifische Elemente)

6. anerkennen, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung für die Festigung des Friedens und der Stabilität, für die Förderung der Wiederherstellung und der Entwicklung in dem Land, für den Schutz der Zivilbevölkerung und für die Entwicklung tragfähiger Institutionen des Sicherheitssektors trägt, und die anhaltende Unterstützung des Sicherheitsrats in diesen Bereichen bekunden.

7. die Unterstützung des Rates für die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo bekräftigen und die künftige Umstrukturierung der Mission und insbesondere die kritischen Aufgaben erörtern, die verrichtet werden müssen, bevor die Mission eine Verringerung ihrer Personalstärke erwägen kann, ohne dass dadurch ein Rückfall in die Instabilität ausgelöst wird, unter Berücksichtigung der im März 2010 geführten Gespräche der technischen Bewertungsmission mit den kongolesischen Behörden.

8. erneut die anhaltende Besorgnis des Rates hinsichtlich des Schutzes von Zivilpersonen bekunden, die Durchführung der Ratsresolution 1906 (2009) erörtern, die Situation der binnenvertriebenen Zivilpersonen ansprechen und sich für die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts und für die Notwendigkeit der Bekämpfung sexueller Gewalt und der Auseinandersetzung mit Kinderschutzfragen einsetzen, eingedenk der Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte[190], daran erinnern, wie wichtig es ist, die Straflosigkeit unter anderem durch den Ausbau der Kapazitäten des Justiz- und Strafvollzugssystems zu bekämpfen, und erneut erklären, dass ihm die Wechselbeziehungen zwischen dem wirksamen Schutz von Zivilpersonen, der Minderung und Beseitigung

der Bedrohung durch bewaffnete Gruppen und der umfassenden und nachhaltigen Reform des Sicherheitssektors bewusst sind.

9. mit den kongolesischen Behörden deren Pläne für eine umfassende und nachhaltige Reform des Sicherheitssektors diskutieren, insbesondere die Umsetzung des nationalen Heeresreformplans, der Aktionspläne zur Reform der Polizei und des nationalen Aktionsplans zur Reform des Justizsystems, und die entsprechenden Fortschritte prüfen sowie die unterstützende Rolle der Vereinten Nationen und der breiteren internationalen Gemeinschaft bei der Umsetzung dieser Pläne erörtern.

10. aktuelle Informationen über die Operation „Amani Leo“ und die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Demokratischen Republik Kongo und der Mission beim Vorgehen gegen bewaffnete Gruppen einholen und bekräftigen, dass alle Militäreinsätze im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht durchzuführen sind, wie im Mandat der Mission festgelegt.

11. die Unterstützung des Rates für die Stärkung der demokratischen Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und einer guten Regierungs- und Verwaltungsführung in der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere durch die Abhaltung von Wahlen, hervorheben.

12. aus den Erfahrungen der Mission Erkenntnisse ziehen, die die Ratsmitglieder auf laufende und künftige Friedenssicherungseinsätze anwenden können.“

Am 4. Mai 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[194]:

„Im Nachgang zu dem Schreiben vom 10. März 2010 und dem Schreiben vom 14. April 2010[193] betreffend die Mission des Sicherheitsrats nach Afrika beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass sich die Ratsmitglieder darauf geeinigt haben, die verschobene Mission in die Demokratische Republik Kongo jetzt vom 13. bis 16. Mai 2010 durchzuführen. Die Aufgabenstellung der Mission bleibt gegenüber der Ihnen bereits zugegangenen unverändert. Die Mission setzt sich nunmehr jedoch wie folgt zusammen:

Bosnien und Herzegowina (Botschafter Ivan Barbalić)

Brasilien (Botschafterin Maria Luiza Ribeiro Viotti)

China (Botschaftsrat Du Xiaocong)

Frankreich (Botschafter Gérard Araud)

Gabun (Botschafter Alfred Moungara Moussotsi)

Japan (Botschafter Norihiro Okuda)

Libanon (Botschaftsrätin Caroline Ziade)

Mexiko (Botschaftsrat Guillermo Puente)

Nigeria (Botschafter Raff Bukun-Olu Wole Onemola)

Österreich (Botschafter Thomas Mayr-Harting)

Russische Föderation (Minister Alexander Pankin)

Türkei (Botschafter Ertuğrul Apakan)

Uganda (Botschafter Ruhakana Rugunda)

[194] S/2010/187/Add.1.

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (Botschafter Philip Parham)

Vereinigte Staaten von Amerika (Botschafterin Brooke D. Anderson)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben samt Anlagen als Dokument des Sicherheitsrats verteilen ließen."

Auf seiner 6324. Sitzung am 28. Mai 2010 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Einunddreißigster Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2010/164)".

Resolution 1925 (2010)
vom 28. Mai 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo,

in Anerkennung der in der Demokratischen Republik Kongo erzielten Fortschritte in Anbetracht der Herausforderungen, die das Land während der letzten fünfzehn Jahre zu überwinden hatte,

betonend, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und ihre Zivilbevölkerung zu schützen, betonend, wie dringlich es für die langfristige Stabilisierung der Demokratischen Republik Kongo ist, eine umfassende Reform des Sicherheitssektors durchzuführen und die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der kongolesischen bewaffneten Gruppen beziehungsweise die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung der ausländischen bewaffneten Gruppen zu erreichen, in Anbetracht der Notwendigkeit, die Sicherheitsbedingungen für die Gewährleistung einer dauerhaften Wirtschaftsentwicklung zu schaffen, und betonend, wie wichtig die von den internationalen Partnern auf diesen Gebieten geleisteten Beiträge sind,

sowie betonend, dass in der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in den Kivus und in der Provinz Orientale, erhebliche Sicherheitsprobleme bestehen, die durch die anhaltende Präsenz bewaffneter Gruppen, die unveränderte Notwendigkeit, eine wirksame staatliche Autorität zu schaffen, das mögliche Wiederaufflammen von Konflikten mit der Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge, und die anhaltende illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen verursacht werden, und entschlossen, ein Sicherheitsvakuum zu vermeiden, das erneut Instabilität in dem Land auslösen könnte,

die Länder der Region der Großen Seen *ermutigend*, sich auch weiterhin nachdrücklich für die gemeinsame Förderung des Friedens und der Stabilität in der Region zu engagieren, insbesondere über die bestehenden regionalen Mechanismen, und sich stärker für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region einzusetzen,

betonend, dass der Goma-Prozess und der Nairobi-Prozess sowie die Abkommen vom 23. März 2009 zur Stabilisierung der Situation im östlichen Teil der Demokratischen

Republik Kongo beigetragen haben, und alle Parteien nachdrücklich auffordernd, diese Abkommen voll einzuhalten,

anerkennend, wie wichtig es ist, die Friedenskonsolidierungsbemühungen zu unterstützen, um die Stabilisierung des Landes zu festigen und weiter voranzubringen, und betonend, dass es einer dauerhaften internationalen Unterstützung bedarf, um für rasche Wiederherstellungsmaßnahmen zu sorgen und die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass die Verknüpfung zwischen der unerlaubten Ausbeutung natürlicher Ressourcen, dem unerlaubten Handel damit sowie der Verbreitung von und dem Handel mit Waffen einer der Hauptfaktoren ist, die Konflikte in der Region der Großen Seen schüren und verschärfen, mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, die mit seiner Resolution 1896 (2009) vom 30. November 2009 festgelegten Maßnahmen vollständig durchzuführen, erneut seine Entschlossenheit bekundend, die Durchführung und Einhaltung der mit Resolution 1896 (2009) festgelegten Maßnahmen weiterhin genau zu überwachen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Staaten, gegebenenfalls im Einklang mit diesen Maßnahmen rechtliche Schritte gegen die Führer der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu unternehmen, die sich in ihrem Land aufhalten,

in Unterstützung der Anstrengungen der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, den Zeitplan für die Kommunalwahlen, die allgemeinen Wahlen und die Präsidentschaftswahlen im Einklang mit dem Verfassungsrahmen fertigzustellen, mit dem Ziel, die Demokratie zu festigen und die Rechtsstaatlichkeit zu fördern,

weiter höchst besorgt über die humanitäre Lage und die Menschenrechtssituation in den von bewaffneten Konflikten betroffenen Gebieten, unter besonderer Verurteilung der gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung, der weit verbreiteten sexuellen Gewalt, der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten und der außergerichtlichen Hinrichtungen und unter Betonung der dringenden Notwendigkeit, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren den Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht ein Ende setzt, die Straflosigkeit bekämpft, die Täter vor Gericht stellt und den Opfern medizinische, humanitäre und sonstige Hilfe leistet,

es begrüßend, dass sich die Regierung der Demokratischen Republik Kongo verpflichtet hat, diejenigen, die für Gräueltaten in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, Kenntnis nehmend von der Zusammenarbeit der Regierung mit dem Internationalen Strafgerichtshof und betonend, wie wichtig es ist, sich aktiv zu bemühen, diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, und zu diesem Zweck auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 und 1888 (2009) vom 30. September 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolution 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolution 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte sowie unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte, die sich auf die Parteien des bewaffneten Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo beziehen[190],

unter Verurteilung aller Angriffe auf Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und humanitäres Personal, gleichviel von wem sie verübt werden, und betonend, dass die Verantwortlichen für derartige Angriffe vor Gericht gestellt werden müssen,

in Würdigung des wertvollen Beitrags, den die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zur Erholung der Demokratischen

Republik Kongo von dem Konflikt und zur Verbesserung des Friedens und der Sicherheit in dem Land geleistet hat,

betonend, wie wichtig die anhaltende Unterstützung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft für die langfristige Sicherheit und Entwicklung der Demokratischen Republik Kongo ist,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 30. März 2010[195] und die Auffassung teilend, dass die Demokratische Republik Kongo nun in eine neue Phase des Übergangs zur Friedenskonsolidierung eintritt und dass es zur Bewältigung dieser Herausforderungen einer starken Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bedarf,

im Bewusstsein der weiterhin bestehenden Herausforderungen für die Stabilität der Demokratischen Republik Kongo und feststellend, dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo bis zum 30. Juni 2010 zu verlängern, und beschließt außerdem, dass die Mission der Vereinten Nationen in dem Land angesichts der neuen Phase, die in der Demokratischen Republik Kongo erreicht wurde, ab dem 1. Juli 2010 die Bezeichnung Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo tragen wird;

2. *beschließt außerdem*, dass der Einsatz der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo bis zum 30. Juni 2011 dauern wird, und erteilt die Genehmigung, dass die Mission zusätzlich zu dem angemessenen Zivil-, Justiz- und Strafvollzugsanteil eine Höchstzahl von 19.815 Soldaten, 760 Militärbeobachtern, 391 Polizisten und 1.050 Angehörigen organisierter Polizeieinheiten umfassen wird;

3. *genehmigt* den Abzug von bis zu 2.000 Soldaten der Vereinten Nationen bis zum 30. Juni 2010 aus den Gebieten, in denen die Sicherheitslage es zulässt;

4. *erteilt* der Mission *die Genehmigung*, ihre militärischen Kräfte im Osten des Landes zusammenzufassen und gleichzeitig Reservekräfte bereitzuhalten, die rasch an andere Orte des Landes verlegt werden können;

5. *betont*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung für die Sicherheit, die Friedenskonsolidierung und die Entwicklung in dem Land trägt, und legt der Regierung nahe, uneingeschränkt an ihrer Entschlossenheit zum Schutz der Bevölkerung festzuhalten, indem sie professionelle und durchhaltefähige Sicherheitskräfte aufstellt, nichtmilitärische Lösungen als festen Bestandteil der Gesamtmaßnahmen zur Minderung der von kongolesischen und ausländischen bewaffneten Gruppen ausgehenden Bedrohung zu fördern und die volle staatliche Autorität in den von bewaffneten Gruppen freien Gebieten wiederherzustellen;

6. *beschließt*, dass künftige Umstrukturierungen der Mission nach Maßgabe der Entwicklung der Situation vor Ort und der Erreichung der nachstehenden von der Regierung der Demokratischen Republik Kongo und der Mission der Vereinten Nationen zu verfolgenden Ziele beschlossen werden sollten:

[195] S/2010/164.

i) Abschluss der laufenden Militäroperationen in den Kivus und in der Provinz Orientale mit dem Ergebnis, dass die Bedrohung durch bewaffnete Gruppen auf ein Mindestmaß gesenkt und die Stabilität in anfälligen Gebieten wiederhergestellt wird;

ii) Ausbau der Fähigkeit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo zum wirksamen Schutz der Bevölkerung durch die Aufstellung durchhaltefähiger Sicherheitskräfte, die die Sicherheitsaufgaben der Mission schrittweise übernehmen sollen;

iii) Konsolidierung der staatlichen Autorität im gesamten Hoheitsgebiet durch die Einsetzung einer kongolesischen Zivilverwaltung, insbesondere einer Polizei, einer Gebietsverwaltung und rechtsstaatlicher Institutionen in den von bewaffneten Gruppen freien Gebieten;

7. *ermutigt* zur Stärkung des Dialogs und der Partnerschaft zwischen der Regierung der Demokratischen Republik Kongo und der Mission der Vereinten Nationen in dem Land, beschließt, die Personalstärke der Mission auf der Grundlage der Bewertungen der Fortschritte bei der Verwirklichung der in Ziffer 6 genannten Ziele durch den Generalsekretär und der dem Generalsekretär übermittelten Bewertungen durch die Regierung ständig zu überprüfen, und ersucht den Generalsekretär zu diesem Zweck, den Sicherheitsrat mittels der in Ziffer 20 genannten Berichte regelmäßig über diese Bewertungen zu unterrichten, damit der Rat fundierte Beschlüsse fassen und Chancen für eine Umstrukturierung ergreifen kann;

8. *lobt* die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und den Nachbarländern seit 2009, fordert alle Länder, insbesondere die Länder in der Region, auf, ihre Anstrengungen zu vereinen, um eine dauerhafte Friedenskonsolidierung im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo zu gewährleisten, insbesondere in Bezug auf Ziffer 6 i) und die Bekämpfung der illegalen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, und fordert die Regierungen der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas nachdrücklich auf, weiter zusammenzuarbeiten und sich im Rahmen eines mehrdimensionalen Konzepts auf einen klaren Katalog von Endzielen für den endgültigen Status der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu einigen;

9. *fordert* das System der Vereinten Nationen *auf*, gemeinsam mit den internationalen Partnern seine Anstrengungen darauf auszurichten, der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei der Sicherung der erforderlichen Bedingungen für die Gewährleistung des wirksamen Schutzes von Zivilpersonen und einer nachhaltigen Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo behilflich zu sein, ersucht den Generalsekretär, alle Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in dem Land auch künftig durch fortwährende Zusammenarbeit zwischen der Mission und dem Landesteam der Vereinten Nationen unter der Autorität seines Sonderbeauftragten für die Demokratische Republik Kongo zu koordinieren, und legt der internationalen Gemeinschaft und der Gebergemeinschaft nahe, die Aktivitäten des Landesteams zu unterstützen;

10. *ermutigt* das Landesteam der Vereinten Nationen und die internationalen Partner, die Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei ihren Anstrengungen zur Festigung des Friedens und bei ihren Entwicklungsaktivitäten zu unterstützen, um langfristige Stabilität in dem Land zu schaffen;

11. *betont*, dass bei Beschlüssen über den Einsatz der verfügbaren Fähigkeiten und Mittel dem Schutz der Zivilbevölkerung Vorrang eingeräumt werden muss, und ermächtigt die Mission, im Rahmen ihrer Kapazitäten und in den Gebieten, in denen ihre Einheiten im Einsatz sind, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihr in den Ziffern 12 *a*) bis *k*) und *t*) ausgeführtes Schutzmandat wahrzunehmen;

12. *beschließt*, dass die Mission den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird:

Schutz von Zivilpersonen

a) den wirksamen Schutz von Zivilpersonen, einschließlich des humanitären Personals und der Menschenrechtsverteidiger, die unmittelbar von physischer Gewalt bedroht sind, insbesondere Gewalt, die von einer der an dem Konflikt beteiligten Parteien ausgeht, zu gewährleisten;

b) den Schutz des Personals, der Einrichtungen, der Anlagen und der Ausrüstung der Vereinten Nationen zu gewährleisten;

c) die Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, den Schutz der Zivilpersonen vor Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und vor Menschenrechtsverletzungen, namentlich vor allen Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zu gewährleisten, die Menschenrechte zu fördern und zu schützen und die Straflosigkeit zu bekämpfen, insbesondere durch die Umsetzung der Nulltoleranzpolitik der Regierung in Bezug auf Disziplinarvergehen, Verletzungen der Menschenrechte und Verstöße gegen das humanitäre Recht, die von Elementen der Sicherheitskräfte, insbesondere ihren neu integrierten Elementen, begangen werden;

d) die nationalen und internationalen Anstrengungen, Täter vor Gericht zu bringen, zu unterstützen, insbesondere durch die Einsetzung von Unterstützungszellen für die Strafverfolgung, um den Militärjustizbehörden der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo bei der strafrechtlichen Verfolgung der von den Streitkräften festgenommenen Personen behilflich zu sein;

e) eng mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo zusammenzuarbeiten, um die Umsetzung ihrer Verpflichtungen zur Bekämpfung schwerer Rechtsverletzungen an Kindern sicherzustellen, insbesondere die Fertigstellung des Aktionsplans zur Freilassung der in den Streitkräften der Demokratischen Republik Kongo befindlichen Kinder und zur Verhinderung einer weiteren Einziehung, mit Unterstützung durch den Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus;

f) die systemweite Schutzstrategie der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo anzuwenden, sie mit der Schutzstrategie der Mission auf der Grundlage bewährter Verfahren umzusetzen und wirksame Schutzmaßnahmen auszuweiten, wie die gemeinsamen Schutzteams, die sprachkundigen Verbindungsorgane zur lokalen Bevölkerung, die gemeinsamen Ermittlungsgruppen, die Überwachungszentren und die Frauenschutzberater;

g) die Regierung der Demokratischen Republik Kongo gemeinsam mit den internationalen Partnern und den Nachbarländern bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, ein für die freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge oder für die freiwillige lokale Eingliederung oder Neuansiedlung günstiges Umfeld zu schaffen;

h) die Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, die laufenden Militäroperationen gegen die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, die Widerstandsarmee des Herrn und andere bewaffnete Gruppen zum Abschluss zu führen, unter Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts sowie eingedenk der Notwendigkeit des Schutzes von Zivilpersonen, namentlich durch die Unterstützung der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo bei gemeinsam geplanten Operationen, wie in den Ziffern 21 bis 23 und 32 der Resolution 1906 (2009) vom 23. Dezember 2009 dargelegt;

i) insbesondere durch ihre politischen Vermittlungsbemühungen den Abschluss der Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der kongolesischen bewaffneten Gruppen oder ihre wirksame Eingliederung in die Armee, vorbehaltlich einer vorherigen angemessenen Ausbildung und Ausstattung, zu unterstützen;

j) die Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung der Angehörigen der ausländischen bewaffneten Gruppen, einschließlich der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und der Widerstandsarmee des Herrn, sowie Strategien für eine tragfähige Lösung der Frage der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu unterstützen, zu denen die Repatriierung, Reintegration oder Neuansiedlung in anderen Gebieten oder gegebenenfalls die strafrechtliche Verfolgung mit Hilfe aller Länder, insbesondere der Länder in der Region, gehören;

k) die Strategien mit den anderen Missionen der Vereinten Nationen in der Region abzustimmen, um angesichts der Angriffe der Widerstandsarmee des Herrn den Informationsaustausch zu verstärken, und auf Ersuchen der Regierung der Demokratischen Republik Kongo möglicherweise logistische Unterstützung für regionale Militäroperationen bereitzustellen, die in der Demokratischen Republik Kongo gegen die Widerstandsarmee des Herrn durchgeführt werden, unter Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts sowie eingedenk der Notwendigkeit des Schutzes von Zivilpersonen;

Stabilisierung und Friedenskonsolidierung

l) unter voller Berücksichtigung der Führungsrolle der Regierung der Demokratischen Republik Kongo in enger Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Partnern die kongolesischen Behörden bei ihren Anstrengungen zur Stärkung und Reform der Sicherheits- und Justizinstitutionen zu unterstützen;

m) die Regierung der Demokratischen Republik Kongo im Einklang mit den maßgeblichen Rechtsvorschriften zur Reform der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo und dem im Januar 2010 vorgelegten Heeresreformplan gemeinsam mit den internationalen und bilateralen Partnern dabei zu unterstützen, ihre militärischen Kapazitäten, namentlich auf dem Gebiet der Militärjustiz und der Militärpolizei, auszubauen, insbesondere durch die Harmonisierung der Maßnahmen und die Erleichterung des Austauschs von Informationen und Erfahrungen, und der Regierung auf ihr Ersuchen bei der Ausbildung von Bataillonen der Streitkräfte und der Militärpolizei behilflich zu sein, Institutionen der Militärjustiz zu unterstützen und Geber zur Bereitstellung von Ausrüstung und anderen erforderlichen Ressourcen zu mobilisieren;

n) die von der Regierung der Demokratischen Republik Kongo geleitete Polizeireform zu unterstützen, insbesondere durch die Ausbildung von Bataillonen der Kongolesischen Nationalpolizei und die Mobilisierung von Gebern zur Bereitstellung grundlegender Versorgungsgüter, wobei daran erinnert wird, dass die kongolesischen Behörden dringend einen geeigneten rechtlichen Rahmen schaffen müssen;

o) in enger Abstimmung mit den kongolesischen Behörden und im Einklang mit der kongolesischen Strategie für die Justizreform ein mehrjähriges gemeinsames Justizunterstützungsprogramm der Vereinten Nationen auszuarbeiten und durchzuführen, um das Strafrechtssystem in den von Konflikten betroffenen Gebieten, Polizei, Richterschaft und Strafvollzug, aufzubauen und auf zentraler Ebene in Kinshasa eine strategische programmatische Unterstützung einzurichten;

p) in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern die Anstrengungen zu unterstützen, die die Regierung der Demokratischen Republik Kongo im Kontext des Stabilisierungs- und Wiederaufbauplans der Regierung und der Internationalen Strategie zur Unterstützung von Sicherheit und Stabilisierung unternimmt, um die staatliche Autorität in dem von bewaffneten Gruppen freien Gebiet durch die Entsendung ausgebildeter Einheiten der Kongolesischen Nationalpolizei zu konsolidieren und rechtsstaatliche Institutionen und eine Gebietsverwaltung aufzubauen;

q) auf ausdrückliches Ersuchen der kongolesischen Behörden und im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Mittel technische und logistische Unterstützung für die Organisation nationaler und kommunaler Wahlen bereitzustellen;

r) im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in der Demokratischen Republik Kongo und den illegalen Handel damit zu bekämpfen, die Anstrengungen der Regierung der Demokratischen Republik Kongo zu unterstützen und ihre Fähigkeit auszubauen, gemeinsam mit den internationalen Partnern und den Nachbarländern zu verhindern, dass bewaffnete Gruppen Unterstützung erhalten, insbesondere Unterstützung, die aus unerlaubten Wirtschaftstätigkeiten und unerlaubtem Handel mit natürlichen Ressourcen stammt, sowie gemeinsam mit der Regierung das Pilotprojekt zu konsolidieren und zu bewerten, bei dem alle staatlichen Dienste in fünf Handelsplätzen in Nord- und Südkivu zusammengeführt werden sollen, um die Rückverfolgbarkeit mineralischer Produkte zu verbessern;

s) der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei der Stärkung ihrer Minenräumkapazität behilflich zu sein;

t) die Durchführung der mit Ziffer 1 der Resolution 1896 (2009) verhängten Maßnahmen zu überwachen, nach Bedarf in Zusammenarbeit mit den betreffenden Regierungen und mit der Sachverständigengruppe nach Resolution 1533 (2004) vom 12. März 2004, alle Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, deren Präsenz in der Demokratischen Republik Kongo gegen die mit Ziffer 1 der Resolution 1896 (2009) verhängten Maßnahmen verstößt, zu beschlagnahmen oder einzusammeln und gegebenenfalls zu entsorgen sowie den zuständigen Zollbehörden der Demokratischen Republik Kongo bei der Umsetzung der Bestimmungen der Ziffer 9 der Resolution 1896 (2009) behilflich zu sein;

13. *fordert* die internationale Gemeinschaft und die Geber *nachdrücklich auf*, die Mission bei den in Ziffer 12 *j*) genannten Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung zu unterstützen, und fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und die Nachbarstaaten auf, sich weiter an diesem Prozess zu beteiligen;

14. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *auf*, ihre Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten auszubauen;

15. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Mission die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat über das Vorkommen solchen Verhaltens unterrichtet zu halten;

16. *legt* der Mission *nahe*, für regelmäßige Kontakte zur Zivilbevölkerung zu sorgen, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen;

17. *fordert* die Mission *auf*, Informationen über mögliche Bedrohungen der Zivilbevölkerung sowie verlässliche Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu sammeln und sie gegebenenfalls den Behörden zur Kenntnis zu bringen;

18. *verlangt*, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und die Widerstandsarmee des Herrn, sofort alle gegen die Zivilbevölkerung in der Demokratischen Republik Kongo gerichteten Formen von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich Vergewaltigungen und anderer Formen sexuellen Missbrauchs, einstellen;

19. *würdigt* den Beitrag der truppen- und polizeistellenden Länder und der Geber zur Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und fordert die Mitgliedstaaten auf, die für die Mission noch benötigten Unterstützungskräfte zuzusagen und bereitzustellen;

20. *ersucht* den Generalsekretär, am 11. Oktober 2010, am 21. Januar 2011 und am 13. Mai 2011 über die Fortschritte vor Ort, insbesondere im Lichte der in Ziffer 7 genannten Bewertungsgespräche mit den kongolesischen Behörden, und über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten, mit dem Ziel, die Präsenz der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo schrittweise anzupassen, und ersucht den Generalsekretär unter Hinweis auf die Erklärung des Ratspräsidenten vom 5. August 2009[196], in diesen Berichten anzugeben, inwieweit Fortschritte im Hinblick auf ein koordiniertes Konzept der Vereinten Nationen im Land erzielt wurden, und insbesondere auch anzugeben, welche kritischen Lücken bei der Verwirklichung der Friedenskonsolidierungsziele im Zuge der Mission bestehen;

21. *verlangt*, dass alle Parteien bei den Einsätzen der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo voll kooperieren und die Sicherheit sowie den ungehinderten und sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals bei der Wahrnehmung ihres Mandats im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo gewährleisten, und ersucht den Generalsekretär, unverzüglich über jede Nichtbefolgung dieser Forderungen Bericht zu erstatten;

22. *ersucht* den Generalsekretär, das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien für die Mission entsprechend den Bestimmungen dieser Resolution zu erarbeiten und dem Rat und den truppenstellenden Ländern darüber Bericht zu erstatten;

23. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6324. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 9. Juni 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[197]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 7. Juni 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Roger A. Meece (Vereinigte Staaten von Amerika) zu Ihrem Sonderbeauftragten für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zu ernennen[198], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Am 8. Juli 2010 richtete die Präsidentin des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[199]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 6. Juli 2010 betreffend Ihre Absicht, Generalleutnant Chander Prakash (Indien) zum Kommandeur der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zu ernennen[200], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

---

[196] S/PRST/2009/24.

[197] S/2010/304.

[198] S/2010/303.

[199] S/2010/368.

[200] S/2010/367.

DIE SITUATION IN DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK[201]

Beschlüsse

Auf seiner 6240. Sitzung am 15. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

> Bericht des Generalsekretärs über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2009/627)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Sahle-Work Zewde, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Leiterin des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, und Herrn Jan Grauls, den Ständigen Vertreter Belgiens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Konfiguration für die Zentralafrikanische Republik der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6250. Sitzung am 21. Dezember 2009 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[202]:

> „Der Sicherheitsrat begrüßt die Anstrengungen zur nationalen Aussöhnung, die auf der Grundlage des umfassenden Friedensabkommens von Libreville vom 21. Juni 2008 und der in dem Abkommen von Surt vom 2. Februar 2007 und dem Abkommen von Birao vom 13. April 2007 enthaltenen Verpflichtungen in der Zentralafrikanischen Republik gegenwärtig unternommen werden. Der Rat legt der Regierung der Zentralafrikanischen Republik nahe, weiter dafür zu sorgen, dass die Empfehlungen des alle Seiten einschließenden politischen Dialogs zügig und vollständig umgesetzt werden.
>
> Der Rat fordert die Regierung der Zentralafrikanischen Republik erneut auf, die Anstrengungen zur Reform der Institutionen des Sicherheitssektors zu verstärken und zu beschleunigen, was ein entscheidendes Element für den Prozess der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, für das Vorgehen gegen die weit verbreitete Straflosigkeit und für die Stärkung der Achtung der Menschenrechte ist. Er fordert die Regierung außerdem erneut auf, unverzüglich einen transparenten und der Rechenschaftspflicht unterliegenden Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung durchzuführen und dafür zu sorgen, dass die Entwaffnung und Demobilisierung vor den Wahlen 2010 abgeschlossen wird. Dabei sind die transparente Finanzierung und Koordinierung der Wiedereingliederungsprogramme entscheidend für den langfristigen Erfolg des Programms. Der Rat legt der internationalen Gemeinschaft, einschließlich des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, nahe, rechtzeitig angemessene Unterstützung für den Prozess zu gewähren.

---

[201] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1997 verabschiedet.

[202] S/PRST/2009/35.

Der Rat verurteilt nachdrücklich die Angriffe, die von der Widerstandsarmee des Herrn geführt werden, und fordert die Länder der Region und die Missionen der Vereinten Nationen auf, sich abzustimmen und den Informationsaustausch über die von der Widerstandsarmee des Herrn für die Bevölkerung ausgehende Bedrohung zu verbessern.

Der Rat verlangt, dass die Regierung der Zentralafrikanischen Republik und alle politischen Interessenträger eine freie, faire, transparente und glaubwürdige Vorbereitung und Durchführung der Wahlen 2010 sicherstellen und dass die Wahlen innerhalb des von der Verfassung vorgegebenen Zeitrahmens stattfinden. Der Rat fordert die Regierung, die Vereinten Nationen und die anderen Interessenträger auf, die rechtzeitige Vorbereitung der Wahlen mit ausreichenden Ressourcen zu unterstützen.

Der Rat begrüßt es, dass das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik am 1. Januar 2010 für den Zeitraum von einem Jahr eingerichtet wird. Der Rat legt der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik eindringlich nahe, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit das Büro so bald wie möglich nach dem 1. Januar 2010 voll funktionsfähig ist, im Einklang mit seinem in der Erklärung des Ratspräsidenten vom 7. April 2009[203] festgelegten Mandat. Der Rat bekräftigt seine volle Unterstützung für die diesbezüglichen Anstrengungen der Sonderbeauftragten, Frau Sahle-Work Zewde. Die von dem Büro zusammen mit dem Landesteam der Vereinten Nationen gewährte Unterstützung der nationalen und lokalen Anstrengungen, den Frieden zu festigen, die Regierungsführung zu verbessern und den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung abzuschließen, ist äußerst wichtig und notwendig.

Der Rat ersucht den Generalsekretär außerdem, in seinem nächsten Bericht einen Katalog klarer und messbarer Kriterien vorzuschlagen, die der Mission als Leitlinie für ihre weitere Arbeit dienen und das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik in die Lage versetzen, seine Fortschritte in Bezug auf sein Mandat zu bewerten.

Der Rat begrüßt die Unterstützung, die die Kommission für Friedenskonsolidierung der Zentralafrikanischen Republik gewährt, und fordert die Gebergemeinschaft erneut auf, ihre Unterstützung für die Sektoren zu verstärken, die als entscheidend für dauerhaften Frieden und nachhaltige Entwicklung in der Zentralafrikanischen Republik eingestuft und in dem von der Kommission erarbeiteten Strategischen Rahmenplan für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik[204] genannt werden."

Auf seiner 6345. Sitzung am 28. Juni 2010 beschloss der Rat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2010/295)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Sahle-Work Zewde, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für die Zen-

[203] S/PRST/2009/5.

[204] PBC/3/CAF/7.

tralafrikanische Republik und Leiterin des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, und Herrn Jan Grauls, den Ständigen Vertreter Belgiens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Konfiguration für die Zentralafrikanische Republik der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

KINDER UND BEWAFFNETE KONFLIKTE[205]

Beschlüsse

Auf seiner 6176. Sitzung am 4. August 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Argentiniens, Australiens, Belgiens, Benins, Chiles, Côte d'Ivoires, Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Griechenlands, Guatemalas, Irlands, Islands, Italiens, Kanadas, Kasachstans, der Komoren, Lettlands, Liechtensteins, Luxemburgs, Monacos, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Perus, Portugals, der Republik Korea, Ruandas, Schwedens, der Schweiz, Sloweniens, Spaniens, Südafrikas, der Tschechischen Republik, Uruguays und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Kinder und bewaffnete Konflikte" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Radhika Coomaraswamy, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, und Herrn Louis-Georges Arsenault, den Direktor des Büros für Nothilfeprogramme des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Resolution 1882 (2009) vom 4. August 2009

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seiner Resolutionen 1261 (1999) vom 25. August 1999, 1314 (2000) vom 11. August 2000, 1379 (2001) vom 20. November 2001, 1460 (2003) vom 30. Januar 2003, 1539 (2004) vom 22. April 2004 und 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und der Erklärungen seines Präsidenten vom 24. Juli 2006[206], 28. November 2006[207], 12. Februar 2008[208], 17. Juli 2008[209] und 29. April 2009[210], die einen Beitrag zu einem umfassenden Rahmen für den Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, leisten,

davon Kenntnis nehmend, dass die Durchführung seiner Resolution 1612 (2005) Fortschritte erbracht und zur Freilassung von Kindern und ihrer Wiedereingliederung in ihre Familie und ihre Gemeinschaft sowie zu einem systematischeren Dialog zwischen den Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und den an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien über die Umsetzung termingebundener Aktionspläne geführt hat, jedoch weiterhin sehr besorgt darüber, dass in einigen besorgniserregenden Situa-

---

[205] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1998 verabschiedet.

[206] S/PRST/2006/33.

[207] S/PRST/2006/48.

[208] S/PRST/2008/6.

[209] S/PRST/2008/28.

[210] S/PRST/2009/9.

tionen Fortschritte am Boden ausgeblieben sind und Konfliktparteien nach wie vor straflos gegen die einschlägigen Bestimmungen des anwendbaren Völkerrechts in Bezug auf die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verstoßen,

betonend, dass es in erster Linie den nationalen Regierungen obliegt, allen von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kindern Schutz und Hilfe zu gewähren,

erneut erklärend, dass alle von den Einrichtungen der Vereinten Nationen im Rahmen des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus ergriffenen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein müssen, die Schutz- und Rehabilitierungsfunktion der nationalen Regierungen zu unterstützen und gegebenenfalls zu ergänzen,

daran erinnernd, dass die Staaten Verantwortung dafür tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und diejenigen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere abscheuliche Verbrechen an Kindern verantwortlich sind, strafrechtlich zu verfolgen,

begrüßend, dass mehrere Personen, denen Verbrechen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts zur Last gelegt werden, unter Zuhilfenahme innerstaatlicher Justizsysteme, internationaler Justizmechanismen und gemischter Strafgerichtshöfe vor Gericht gestellt worden sind,

in der Überzeugung, dass der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten ein wichtiger Aspekt jeder umfassenden Strategie zur Beilegung von Konflikten sein sollte,

mit der Aufforderung an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die für sie nach dem Völkerrecht geltenden Verpflichtungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, namentlich die in dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes[211] und seinem Fakultativprotokoll betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten[212] enthaltenen Verpflichtungen, sowie die Genfer Abkommen vom 12. August 1949[213] und deren Zusatzprotokolle von 1977[214] strikt zu befolgen,

unter erneutem Hinweis auf seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und in diesem Zusammenhang auf seine Entschlossenheit, sich mit den weitreichenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder zu befassen,

betonend, dass er entschlossen ist, die Achtung seiner Resolutionen und der sonstigen internationalen Verpflichtungen und anwendbaren Normen zum Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, zu gewährleisten,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 26. März 2009[215] und betonend, dass es nicht Zweck dieser Resolution ist, eine rechtliche Feststellung zu treffen, ob die in dem Bericht des Generalsekretärs genannten Situationen bewaffnete Konflikte im Kontext der Genfer Abkommen und ihrer Zusatzprotokolle darstellen, und dass sie nicht die Rechtsstellung der an diesen Situationen beteiligten nichtstaatlichen Parteien präjudiziert,

---

[211] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1577, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1992 II S. 121; LGBl. 1996 Nr. 163; öBGBl. Nr. 7/1993; AS 1998 2055.

[212] Ebd., Vol. 2173, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2004 II S. 1354; LGBl. 2005 Nr. 26; öBGBl. III Nr. 92/2002; AS 2002 3579.

[213] Ebd., Vol. 75, Nr. 970-973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBl. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

[214] Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 1550; LGBl. 1989 Nr. 62; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1362 (Protokoll I); dBGBl. 1990 II S. 1637; LGBl. 1989 Nr. 63; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1432 (Protokoll II).

[215] S/2009/158 und Corr.1.

in großer Sorge darüber, dass Kinder nach wie vor einen erheblichen Anteil der Opfer von Tötung und Verstümmelung in bewaffneten Konflikten ausmachen, namentlich infolge vorsätzlicher Angriffe, unterschiedsloser und übermäßiger Gewaltanwendung, des unterschiedslosen Einsatzes von Landminen, Streumunition und anderen Waffen und der Benutzung von Kindern als menschliche Schutzschilde, und in ebenso großer Sorge über die weite Verbreitung und das erschreckende Ausmaß der Brutalität der im Rahmen von und in Verbindung mit bewaffneten Konflikten an Kindern begangenen Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt, einschließlich der Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt, die in einigen Situationen als Kriegstaktik eingesetzt oder in Auftrag gegeben werden,

1. *verurteilt mit Nachdruck* alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, bei denen an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien Kinder einziehen und einsetzen sowie erneut einziehen, töten und verstümmeln, vergewaltigen und sonstiger sexueller Gewalt aussetzen sowie entführen, Schulen oder Krankenhäuser angreifen und den Zugang für humanitäre Hilfe verweigern, sowie alle anderen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht;

2. *bekräftigt*, dass der Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus weiterhin entsprechend den in Ziffer 2 der Resolution 1612 (2005) enthaltenen Grundsätzen in den Situationen umgesetzt werden wird, die in den Anhängen der Berichte des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführt sind, und dass seine Einrichtung und Umsetzung nicht die Entscheidung des Sicherheitsrats präjudiziert, ob eine bestimmte Situation in seine Tagesordnung aufzunehmen ist, noch eine solche Entscheidung bedeutet;

3. *erinnert* an Ziffer 16 seiner Resolution 1379 (2001) und ersucht den Generalsekretär, in die Anhänge zu seinen Berichten über Kinder und bewaffnete Konflikte auch diejenigen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzunehmen, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht systematisch Kinder töten und verstümmeln und/oder Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen an ihnen begehen, unter Berücksichtigung aller anderen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern, und stellt fest, dass diese Ziffer auf die Situationen Anwendung finden wird, die den in Ziffer 16 seiner Resolution 1379 (2001) aufgeführten Bedingungen entsprechen;

4. *bittet* den Generalsekretär, hinsichtlich Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern durch Parteien, die möglicherweise in die Anhänge seines periodischen Berichts aufgenommen werden, bei frühestmöglicher Gelegenheit über seine Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte sachdienliche Informationen mit den betroffenen Regierungen auszutauschen und sich mit diesen ständig abzustimmen;

5. feststellend, dass einige der an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf seine Aufforderung reagiert haben, konkrete termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht aufzustellen und durchzuführen,

a) *fordert* die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten, an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die dies noch nicht getan haben, *erneut auf*, ohne weitere Verzögerung Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht aufzustellen und umzusetzen;

b) *fordert* diejenigen in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht Kinder töten und verstümmeln und/oder Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen an ihnen begehen, *auf*, konkrete, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung dieser Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen aufzustellen;

c) *fordert ferner* alle in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien *auf*, gegen alle anderen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern vorzugehen und in dieser Hinsicht konkrete Verpflichtungen einzugehen und konkrete Maßnahmen durchzuführen;

d) *fordert* die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien *nachdrücklich auf*, die in dieser Ziffer enthaltenen Bestimmungen in enger Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern umzusetzen;

6. *legt* in diesem Zusammenhang den Mitgliedstaaten *nahe*, in enger Absprache mit den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und den Landesteams der Vereinten Nationen Wege zu finden, um die Ausarbeitung und Umsetzung termingebundener Aktionspläne und die von den Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern vorzunehmende Überprüfung und Überwachung der Erfüllung der Verpflichtungen und Zusagen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten zu erleichtern;

7. *erklärt erneut*, dass er entschlossen ist, die Achtung seiner Resolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte sicherzustellen, und

a) begrüßt in dieser Hinsicht die anhaltende Tätigkeit und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte gemäß Ziffer 8 seiner Resolution 1612 (2005) und bittet sie, dem Rat weiter regelmäßig Bericht zu erstatten;

b) ersucht die Arbeitsgruppe und die zuständigen Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats, ihre Kommunikation zu verbessern, namentlich durch den Austausch sachdienlicher Informationen über Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in bewaffneten Konflikten;

c) bekräftigt seine Absicht, gemäß Ziffer 9 der Resolution 1612 (2005) Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die anhaltende Rechtsverletzungen begehen;

8. *betont*, dass die für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und die Landesteams der Vereinten Nationen die Aufgabe haben, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat sicherzustellen, dass die Resolutionen des Rates über Kinder und bewaffnete Konflikte effektiv befolgt werden, in enger Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte die Fortschritte zu überwachen und dem Generalsekretär darüber Bericht zu erstatten und eine koordinierte Antwort auf die Probleme im Zusammenhang mit Kindern und bewaffneten Konflikten sicherzustellen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, in seine Berichte über Kinder und bewaffnete Konflikte systematischer konkrete Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe aufzunehmen;

10. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, dafür zu sorgen, dass in allen seinen Berichten über landesspezifische Situationen das Thema Kinder und bewaffnete Konflikte konkret behandelt wird, und bekundet seine Absicht, den darin enthaltenen Informationen, namentlich über die Durchführung der einschlägigen Ratsresolutionen und die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte, seine volle Aufmerksamkeit zu widmen, wenn er sich mit diesen Situationen im Rahmen seiner Tagesordnung befasst;

11. *begrüßt* die Anstrengungen der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze zur Integration des Kinderschutzes in die Friedenssicherungsmissionen im Einklang mit der von dieser Hauptabteilung vor kurzem angenommenen Handlungsrichtli-

nie zum Kinderschutz, befürwortet die Entsendung von Kinderschutzberatern zu Friedenssicherungseinsätzen sowie zu in Betracht kommenden Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen und beschließt, in die entsprechenden Mandate auch künftig spezifische Bestimmungen zum Schutz von Kindern aufzunehmen;

12. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die Friedenssicherungs-, Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen der Vereinten Nationen und die Landesteams der Vereinten Nationen, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der betroffenen Länder geeignete Strategien und Koordinierungsmechanismen für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit in Fragen des Kinderschutzes, insbesondere grenzüberschreitenden Fragen, festzulegen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Ziffer 2 *d*) der Resolution 1612 (2005);

13. *betont*, dass wirksame Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindern, die auf den vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren auf dem Gebiet des Kinderschutzes ermittelten bewährten Praktiken aufbauen, äußerst wichtig für das Wohlergehen aller Kinder sind, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht von Streitkräften und bewaffneten Gruppen eingezogen oder eingesetzt worden sind, und dass sie ein wesentlicher Faktor für dauerhaften Frieden und dauerhafte Sicherheit sind, und legt den nationalen Regierungen und den Gebern eindringlich nahe, sicherzustellen, dass diese gemeinwesengestützten Programme rechtzeitig und auf Dauer ausreichende Ressourcen und Finanzmittel erhalten;

14. *betont außerdem*, wie wichtig es ist, dass rechtzeitig und auf Dauer ausreichende Ressourcen und Finanzmittel für wirksame Fürsorgeprogramme für alle von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder zur Verfügung stehen;

15. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Einrichtungen der Vereinten Nationen, einschließlich der Kommission für Friedenskonsolidierung, und die anderen betroffenen Parteien *auf*, sicherzustellen, dass dem Schutz, den Rechten, dem Wohlergehen und der Stärkung der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder in allen Friedensprozessen Rechnung getragen wird und dass in den Plänen, Programmen und Strategien zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau nach einem Konflikt den Fragen, die von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder anbelangen, Vorrang eingeräumt wird;

16. *fordert* die betroffenen Mitgliedstaaten *auf*, entschiedene und sofortige Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die anhaltende Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begehen, und fordert sie ferner auf, diejenigen, die für derartige, nach dem anwendbaren Völkerrecht verbotene Rechtsverletzungen, darunter die Einziehung und den Einsatz von Kindern, Tötungen und Verstümmelungen, Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen, verantwortlich sind, unter Zuhilfenahme des innerstaatlichen Justizsystems und gegebenenfalls internationaler Justizmechanismen und gemischter Strafgerichtshöfe vor Gericht zu stellen, mit dem Ziel, der Straflosigkeit für diejenigen, die Verbrechen an Kindern begehen, ein Ende zu setzen;

17. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, darunter gegebenenfalls die Herstellung der vollen Kapazität des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus, um eine rasche Kampagnenarbeit und eine wirksame Reaktion auf alle Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die mit dem Mechanismus gesammelten und übermittelten Informationen zutreffend, objektiv, verlässlich und nachprüfbar sind;

18. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte unter Berücksichtigung ihrer derzeitigen Arbeitsbelastung und der Notwendigkeit, ihre Kapazitäten und ihr institutionelles Gedächtnis zu stärken, administrative und fachliche Unterstützung zu gewähren;

19. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, bis Mai 2010 einen Bericht über die Umsetzung seiner Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten über Kinder und bewaffnete Konflikte, einschließlich dieser Resolution, vorzulegen, der unter anderem folgende Angaben enthält:

a) als Anhänge beigefügte Verzeichnisse der Parteien in Situationen bewaffneten Konflikts, die auf der Tagesordnung des Rates stehen, oder in anderen besorgniserregenden Situationen, im Einklang mit Ziffer 3 dieser Resolution;

b) Angaben über die Maßnahmen, die die in den Anhängen aufgeführten Parteien ergriffen haben, um allen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in bewaffneten Konflikten ein Ende zu setzen;

c) Angaben über die Fortschritte bei der Umsetzung des mit seiner Resolution 1612 (2005) eingerichteten Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus;

d) Angaben über die Kriterien und Verfahren, die für die Aufnahme von Parteien eines bewaffneten Konflikts in die Verzeichnisse in den Anhängen seiner periodischen Berichte und die Streichung aus ihnen verwendet werden, unter Berücksichtigung der Auffassungen, die von allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe während der vor Ende 2009 abzuhaltenden informellen Unterrichtungen bekundet werden;

20. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6176. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6341. Sitzung am 16. Juni 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Argentiniens, Armeniens, Aserbaidschans, Australiens, Bangladeschs, Belgiens, Chiles, Costa Ricas, Deutschlands, Finnlands, Georgiens, Indiens, Indonesiens, Iraks, Israels, Italiens, Jemens, Kanadas, Kasachstans, Katars, Kolumbiens, Kroatiens, Liechtensteins, Myanmars, Nepals, Neuseelands, der Niederlande, Pakistans, Perus, der Philippinen, der Republik Korea, der Schweiz, Sierra Leones, Sloweniens, Sri Lankas, Südafrikas, Thailands, Ungarns und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Kinder und bewaffnete Konflikte

> Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte (S/2010/181)
>
> Schreiben des Ständigen Vertreters Mexikos bei den Vereinten Nationen vom 15. Juni 2010 an den Generalsekretär (S/2010/314)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 11. Juni 2010[216] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Radhika Coomaraswamy, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, und Herrn Atul Khare, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

[216] Dokument S/2010/316, Teil des Protokolls der 6341. Sitzung.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Hilde Frafjord Johnson, die Stellvertretende Exekutivdirektorin des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Manju Gurung gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 11. Juni 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[217]:

„Der Sicherheitsrat nimmt mit Dank Kenntnis von dem neunten Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte[218] und den darin enthaltenen Empfehlungen sowie von den in dem Bericht genannten positiven Entwicklungen und stellt fest, dass darin auf die weiterbestehenden Schwierigkeiten bei der Durchführung seiner Resolutionen 1612 (2005), 1882 (2009) und anderer einschlägiger Resolutionen verwiesen wird.

Der Rat verurteilt erneut mit gleichem Nachdruck alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, bei denen an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien Kinder einziehen und einsetzen sowie erneut einziehen, töten und verstümmeln, vergewaltigen und sonstiger sexueller Gewalt aussetzen sowie entführen, Schulen oder Krankenhäuser angreifen und den Zugang für humanitäre Hilfe verweigern. Der Rat verurteilt alle anderen Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts, die an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begangen werden. Der Rat verlangt, dass alle in Betracht kommenden Parteien derartigen Praktiken sofort ein Ende setzen und besondere Maßnahmen zum Schutz der Kinder ergreifen.

Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis über die steigende Zahl der gegen das anwendbare Völkerrecht verstoßenden Angriffe oder Androhungen von Angriffen auf Schulen und Bildungseinrichtungen und auf Lehrer und Schüler, insbesondere über das gezielte Vorgehen gegen Mädchen, und fordert in dieser Hinsicht alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, diese Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht unverzüglich einzustellen.

Der Rat begrüßt die Schritte, die der Generalsekretär im Hinblick auf die Durchführung der Resolution 1882 (2009) unternommen hat, so auch den Schritt, diejenigen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien in den Anhängen zu seinem Bericht aufzuführen, die in Situationen eines solchen Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht systematisch Kinder töten und verstümmeln und/oder Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen an ihnen begehen.

Der Rat fordert den Generalsekretär auf, vermehrte Anstrengungen zu unternehmen, um die Kapazitäten des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus im Hinblick auf die Durchführung der Resolution 1882 (2009) zu stärken und so ein rasches und wirksames Vorgehen gegen alle Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern zu ermöglichen, und zu diesem Zweck unter anderem sicher-

[217] S/PRST/2010/10.

[218] S/2010/181.

zustellen, dass alle zuständigen Stellen der Vereinten Nationen aktiv zur Sammlung genauer, objektiver, verlässlicher und nachprüfbarer Informationen über Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen an Kindern beitragen, sowie für Synergien zwischen den zuständigen Stellen der Vereinten Nationen auf Amtssitz- und Landesebene zu sorgen und Überschneidungen zu vermeiden, wie in den Resolutionen 1882 (2009) und 1888 (2009) gefordert.

Der Rat bekräftigt seinen Beschluss in Ziffer 11 seiner Resolution 1882 (2009), in die Mandate aller in Betracht kommenden Friedenssicherungs-, Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen der Vereinten Nationen auch künftig spezifische Bestimmungen zum Schutz von Kindern aufzunehmen, befürwortet die Entsendung von Kinderschutzberatern zu solchen Missionen und fordert den Generalsekretär auf, dafür zu sorgen, dass diese Berater in Übereinstimmung mit den einschlägigen landesspezifischen Resolutionen des Rates und der Handlungsrichtlinie der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze zur systematischen Berücksichtigung des Schutzes, der Rechte und des Wohlergehens der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder rekrutiert und eingesetzt werden. Er unterstreicht ferner, wie wichtig eine Ausbildung auf dem Gebiet der Kinderrechte und des Kinderschutzes für das gesamte an den Friedenssicherungs-, Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen der Vereinten Nationen beteiligte Personal ist, und begrüßt in dieser Hinsicht die laufenden Anstrengungen der Hauptabteilung zur Erstellung des Plans für die Richtlinienumsetzung, einschließlich Ausbildungsprogrammen und -materialien.

Der Rat begrüßt die bei der Verhütung und Bekämpfung von Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern erzielten Fortschritte, insbesondere die im neunten Bericht des Generalsekretärs erwähnte Unterzeichnung von Aktionsplänen durch einige Parteien.

Der Rat fordert die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten, an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien erneut auf, sofern sie es nicht bereits getan haben, ohne weitere Verzögerung Aktionspläne aufzustellen und umzusetzen, um die Einziehung und den Einsatz von Kindern, die systematischen Tötungen und Verstümmelungen von Kindern und/oder Vergewaltigungen und anderen sexuellen Gewalthandlungen an Kindern, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht begangen werden, zu beenden.

Der Rat fordert außerdem alle in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien erneut auf, gegen alle anderen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern vorzugehen und in dieser Hinsicht konkrete Verpflichtungen einzugehen und konkrete Maßnahmen durchzuführen.

Der Rat bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass bestimmte Parteien nach wie vor Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern begehen, und bekundet seine Bereitschaft, gezielte und abgestufte Maßnahmen gegen diejenigen, die anhaltende Rechtsverletzungen begehen, zu beschließen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen seiner Resolutionen 1539 (2004), 1612 (2005) und 1882 (2009). Zu diesem Zweck bittet der Rat

a) seine Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte, sachdienliche Informationen mit den zuständigen Sanktionsausschüssen auszutauschen und ihnen dabei insbesondere die einschlägigen Empfehlungen der Arbeitsgruppe zu übermitteln;

b) seine zuständigen Sanktionsausschüsse, zu erwägen, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte regelmäßiger darum zu bit-

ten, ihnen bestimmte in den Berichten des Generalsekretärs enthaltene Informationen darzulegen;

c) die Sonderbeauftragte, den Sachverständigengruppen der zuständigen Sanktionsausschüsse bestimmte in den Berichten des Generalsekretärs enthaltene Informationen zu übermitteln.

Der Rat bekundet seine Absicht, bei der Festlegung oder Verlängerung des Mandats der zuständigen Sanktionsausschüsse Bestimmungen betreffend Parteien zu prüfen, die gegen das anwendbare Völkerrecht in Bezug auf die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verstoßen.

Der Rat bekundet seine Bereitschaft, konkrete Empfehlungen der Arbeitsgruppe zu Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern durch die in den Anhängen zu den Berichten des Generalsekretärs aufgeführten Parteien, gleichviel wann sie stattfinden, zu prüfen und eine diesbezügliche Beschlussfassung zu erwägen, ohne einem Beschluss des Rates darüber, ob eine Situation in seine Tagesordnung aufzunehmen ist, vorzugreifen oder einen solchen Beschluss zu implizieren.

Der Rat fordert die betroffenen Mitgliedstaaten auf, entschiedene und sofortige Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die anhaltende Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begehen, und fordert sie ferner auf, diejenigen, die für derartige, nach dem anwendbaren Völkerrecht verbotene Rechtsverletzungen, darunter die Einziehung und den Einsatz von Kindern, Tötungen und Verstümmelungen, Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen, verantwortlich sind, unter Zuhilfenahme des innerstaatlichen Justizsystems und gegebenenfalls internationaler Justizmechanismen und gemischter Strafgerichtshöfe vor Gericht zu stellen, mit dem Ziel, der Straflosigkeit für diejenigen, die Verbrechen an Kindern begehen, ein Ende zu setzen.

In Anbetracht der regionalen Dimension einiger im Bericht des Generalsekretärs genannter bewaffneter Konflikte ersucht der Rat die Friedenssicherungs-, Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen der Vereinten Nationen sowie die Landesteams der Vereinten Nationen erneut, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der betroffenen Länder geeignete Strategien und Koordinierungsmechanismen für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit in Bezug auf grenzüberschreitende Kinderschutzbelange zu entwickeln.

Der Rat begrüßt die Gesamttätigkeit der Sonderbeauftragten und hebt hervor, wie wichtig ihre Besuche vor Ort sind, um den Dialog mit den betroffenen Regierungen und Konfliktparteien zu verbessern, namentlich indem Aktionspläne ausgehandelt und Verpflichtungen erwirkt werden, für geeignete Reaktionsmechanismen geworben sowie sichergestellt wird, dass die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Arbeitsgruppe gebührende Beachtung finden und entsprechende Folgemaßnahmen ergriffen werden.

Der Rat begrüßt außerdem die Anstrengungen, die das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen zur Durchführung seines Kinderschutzmandats unternimmt, indem es die gesamte Entwicklung und Umsetzung des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus unterstützt und dafür sorgt, dass dem Problem von Kindern in bewaffneten Konflikten angemessen begegnet wird, und legt ihm nahe, über die für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern die einschlägigen Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte auch künftig weiterzuverfolgen.

Der Rat begrüßt die anhaltende Tätigkeit der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte und betont, wie wichtig es ist, auch weiterhin rechtzeitige

Schlussfolgerungen und Empfehlungen im Einklang mit den Resolutionen 1612 (2005) und 1882 (2009) zu verabschieden. Ferner bittet der Rat die Arbeitsgruppe, ihr Instrumentarium[219] voll einzusetzen, indem sie unter anderem innerhalb eines Jahres einen Landesbesuch durchführt, um eine in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs genannte Situation zu prüfen und so ihr Mandat besser zu erfüllen und ihre Kapazität zum Schutz der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder zu stärken.

Unter Hinweis auf die früheren Erklärungen des Präsidenten über Kinder und bewaffnete Konflikte sowie Ziffer 18 der Resolution 1882 (2009) ersucht der Rat den Generalsekretär erneut, seiner Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte administrative und fachliche Unterstützung zu gewähren, und ersucht den Generalsekretär ferner, innerhalb eines Monats diesbezüglich tätig zu werden.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, spätestens im Mai 2011 einen Bericht über die Durchführung seiner Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten über Kinder und bewaffnete Konflikte, einschließlich dieser Erklärung, vorzulegen."

DIE SITUATION IN GUINEA-BISSAU[220]

Beschlüsse

Auf seiner 6212. Sitzung am 5. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Guinea-Bissaus gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

> Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2009/552)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Joseph Mutaboba, den Beauftragten des Generalsekretärs in Guinea-Bissau und Leiter des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, Herrn Antonio Maria Costa, den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, und Frau Maria Luiza Ribeiro Viotti, die Ständige Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzende der Konfiguration für Guinea-Bissau der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Ugandas bei den Vereinten Nationen vom 4. November 2009, Herrn Téte António, den Amtierenden Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6213. Sitzung am 5. November 2009 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Guinea-Bissau

---

[219] Siehe S/2006/724.

[220] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1998 verabschiedet.

Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2009/552)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat entsprechend dem auf der 6212. Sitzung gefassten Beschluss, Herrn Joseph Mutaboba, den Beauftragten des Generalsekretärs in Guinea-Bissau und Leiter des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[221]:

„Der Sicherheitsrat verweist auf seine früheren Erklärungen und Resolutionen zu Guinea-Bissau und nimmt Kenntnis von dem jüngsten Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau[222]. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die fortgesetzten Bemühungen um die Festigung des Friedens in dem Land.

Der Rat begrüßt die am 28. Juni und 26. Juli 2009 abgehaltenen friedlichen Präsidentschaftswahlen und den Amtsantritt von Präsident Malam Bacai Sanha am 8. September 2009. Er nimmt außerdem Kenntnis von der Entschlossenheit des Präsidenten, die Straflosigkeit zu bekämpfen, die nationale Aussöhnung zu fördern und eine sozioökonomische Entwicklung herbeizuführen. Der Rat erklärt erneut, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten des Volkes Guinea-Bissaus in vollem Umfang geschützt werden müssen. Er fordert die Streitkräfte Guinea-Bissaus erneut nachdrücklich auf, der von ihnen eingegangenen Verpflichtung, sich den zivilen Instanzen unterzuordnen und die verfassungsmäßige Ordnung zu achten, uneingeschränkt nachzukommen.

Der Rat nimmt außerdem Kenntnis von den Plänen der Nationalversammlung, eine Nationalkonferenz über ‚Konflikte in Guinea-Bissau: Ursachen, Verhütung, Beilegung und Folgen' einzuberufen, und unterstreicht, dass ein alle Seiten einschließender politischer Dialog geführt werden muss, mit dem Ziel, die nationale Aussöhnung in dem Land zu gewährleisten.

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig es ist, die Demokratie, die Sicherheit, die Rechtsstaatlichkeit, die nationale Aussöhnung und die Bekämpfung der Straflosigkeit zu festigen, um dauerhaften Frieden in Guinea-Bissau zu gewährleisten. In dieser Hinsicht nimmt er davon Kenntnis, dass derzeit Konsultationen zwischen den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder geführt werden, um der Regierung Guinea-Bissaus auf ihr Ersuchen dabei behilflich zu sein, im Einklang mit internationalen Standards eine glaubwürdige, gründliche und rasche Untersuchung der politischen Morde vom März und Juni 2009 durchzuführen. Der Rat fordert die Regierung auf, diesen Prozess zu beschleunigen, und fordert die genannten Organisationen und die gesamte internationale Gemeinschaft auf, zu diesem Zweck Unterstützung zu gewähren.

Der Rat unterstreicht die Herausforderungen, vor denen die Regierung Guinea-Bissaus steht, insbesondere soweit es darum geht, sicherzustellen, dass der Sicherheitssektor effektiv, professionell und rechenschaftspflichtig ist. In dieser Hinsicht betont der Rat die Notwendigkeit, mit Unterstützung der internationalen Partner eine

[221] S/PRST/2009/29.

[222] S/2009/552.

wirksame und umfassende nationale Strategie zur Reform des Sicherheitssektors zu verfolgen und umzusetzen. Der Rat ersucht den Generalsekretär erneut, über seinen Sonderbeauftragten für Guinea-Bissau und das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau für eine wirksame Koordinierung der von der internationalen Gemeinschaft gewährten Unterstützung für die Reform des Sicherheitssektors in Guinea-Bissau zu sorgen, unter Berücksichtigung der von der Europäischen Union und anderen internationalen Akteuren auf diesem Gebiet bereits geleisteten Arbeit.

Der Rat fordert die Regierung Guinea-Bissaus nachdrücklich auf, alle im Rahmen des Operationsplans Guinea-Bissaus zur Suchtstoffbekämpfung und des Aktionsplans der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten gegen den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität in Westafrika erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Der Rat stellt ferner fest, dass die Situation in Guinea-Bissau nach wie vor äußerst fragil ist, insbesondere infolge der Zunahme des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität, die eine Bedrohung der regionalen Stabilität darstellen könnten, und dass es gilt, bei der Auseinandersetzung mit ihr einen Ansatz der geteilten Verantwortung zu verfolgen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Rat die Fortschritte bei der Durchführung der Initiative „Westafrikanische Küste“, an der die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten beteiligt ist, würdigt das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, die Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, die Sekretariats-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (INTERPOL) für die Unterstützung in dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität und den Drogenhandel in Westafrika und fordert die internationalen Partner auf, diese Partnerschaft und die Anstrengungen der nationalen Behörden zur Stärkung der Tätigkeiten auf dem Gebiet der Polizeiarbeit und der inneren Sicherheit, einschließlich der Strafverfolgung und der Grenzkontrolle, als Teil des Prozesses der Sicherheitssektorreform weiter zu unterstützen.

Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft auf, rasche und ausreichende Unterstützung zur Umsetzung des von der Kommission für Friedenskonsolidierung am 1. Oktober 2008 verabschiedeten Strategischen Rahmenplans für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau[223], einschließlich der Projekte mit rascher Wirkung, zu gewähren. Der Rat nimmt davon Kenntnis, wie wichtig die Schaffung von Synergien unter den Gebern ist. Er nimmt ferner Kenntnis von den Vorbereitungen für die erste Überprüfung des Strategischen Rahmenplans für die Friedenskonsolidierung und sieht ihrem Abschluss mit Interesse entgegen. Der Rat bekundet erneut seine Unterstützung für die Arbeit der Konfiguration für Guinea-Bissau der Kommission.

Der Rat begrüßt die laufenden Planungen für den Übergang vom Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau zu dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau am 1. Januar 2010 und sieht der raschen Erarbeitung eines Integrierten strategischen Rahmens, einschließlich eines strategischen Arbeitsplans mit geeigneten Kriterien zur Messung und Verfolgung der Fortschritte bei der Durchführung des Mandats des neuen Büros mit Interesse entgegen.

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig die regionale Dimension für die Lösung der Probleme ist, mit denen Guinea-Bissau konfrontiert ist, und begrüßt in dieser Hinsicht die Rolle, die die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Afrikanische Union, die Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder und die Europäische Union im Prozess der Friedenskonsolidierung in dem Land spielen.“

[223] PBC/3/GNB/3.

Auf seiner 6281. Sitzung am 5. März 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Guinea-Bissaus gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

> Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2010/106)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Joseph Mutaboba, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, und Frau Maria Luiza Ribeiro Viotti, die Ständige Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzende der Konfiguration für Guinea-Bissau der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6359. Sitzung am 15. Juli 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Guinea-Bissaus (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

> Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in dem Land (S/2010/335)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Joseph Mutaboba, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, und Frau Maria Luiza Ribeiro Viotti, die Ständige Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen und Vorsitzende der Konfiguration für Guinea-Bissau der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6364. Sitzung am 22. Juli 2010 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Guinea-Bissau“.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[224]:

> „Der Sicherheitsrat erinnert an seine früheren Erklärungen und Resolutionen über Guinea-Bissau und erinnert ferner an die Ereignisse vom 1. April 2010. Der Rat nimmt Kenntnis von den Bemühungen der Regierung Guinea-Bissaus um die Herbeiführung der Stabilität in dem Land, bekundet jedoch seine Besorgnis über die gegenwärtige Sicherheitslage und die Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung. Der Rat betont, dass es von entscheidender Wichtigkeit ist, dass der Präsident, die Regierung, die führenden Politiker, die Streitkräfte und das Volk Guinea-Bissaus ihrer Verantwortung nachkommen, auf die nationale Aussöhnung hinzuarbeiten, die Stabilität und die verfassungsmäßige Ordnung aufrechtzuerhalten, die Straflosigkeit zu bekämpfen und die Rechtsstaatlichkeit zu achten.
>
> Der Rat fordert die Regierung Guinea-Bissaus auf, alle bei den Ereignissen vom 1. April 2010 inhaftierten Personen sofort freizulassen oder dafür zu sorgen, dass sie

[224] S/PRST/2010/15.

unter voller Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens strafrechtlich verfolgt werden.

Der Rat betont, dass eine echte Reform des Sicherheitssektors die Bildung wirksamer, professioneller und rechenschaftspflichtiger Sicherheitskräfte sowie die Achtung der Rechtsstaatlichkeit erfordert. Der Rat fordert daher die Regierung Guinea-Bissaus auf, die Voraussetzungen für die Reform der Sicherheitsdienste zu schaffen, fordert die Sicherheitskräfte, insbesondere das Militär, auf, ihre Pflicht zur Unterordnung unter die zivile Kontrolle zu befolgen, und fordert beide auf, die laufenden Programme zur Reform des Sicherheitssektors im Zeitplan durchzuführen.

Der Rat bekundet seine ernsthafte Besorgnis über die anhaltende Zunahme des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität, die den Frieden und die Sicherheit in Guinea-Bissau und in der Subregion bedroht. Der Rat fordert die staatlichen Stellen Guinea-Bissaus auf, das erforderliche Umfeld zu schaffen, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität, einschließlich der von der internationalen Gemeinschaft unterstützten Maßnahmen, zu gewährleisten.

Der Rat stellt außerdem fest, dass die Staaten, in denen Drogen erzeugt und konsumiert werden, sowie die Transitstaaten gemeinsam dafür zu sorgen haben, dass diejenigen, die über Guinea-Bissau Drogenhandel betreiben oder diesen auf sonstige Weise erleichtern, zur Rechenschaft gezogen werden. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und anderen Partnern eingegangene Verpflichtung zur sofortigen Umsetzung des Aktionsplans der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten gegen den unerlaubten Drogenhandel und die organisierte Kriminalität in Westafrika, der Möglichkeiten für zielgerichtete Sanktionen gegen Personen umfasst, die als Mitglieder oder Unterstützer des Drogenhandelsnetzes namhaft gemacht werden. Der Rat kommt überein, die Situation weiter aktiv zu verfolgen und angemessene Maßnahmen zu erwägen.

Der Rat begrüßt das Schlusskommuniqué der 38. Ordentlichen Tagung der Behörde der Staats- und Regierungschefs der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, in dem die Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht wird, rasch einen Mechanismus zur Gewährleistung der Sicherheit der staatlichen zivilen Institutionen in Guinea-Bissau einzurichten. Der Rat bittet die Regierung Guinea-Bissaus und die internationale Gemeinschaft, zu diesem Zweck uneingeschränkt mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten zusammenzuarbeiten.

Der Rat begrüßt das fortdauernde Engagement der Kommission für Friedenskonsolidierung und fordert außerdem die zügige Umsetzung des Rahmenplans der Vereinten Nationen für Frieden und Entwicklung in Guinea-Bissau. Der Rat begrüßt ferner den Beitrag des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau zu den Anstrengungen zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen der Partner, insbesondere der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, der Europäischen Union und der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, auf dem Gebiet der Reform des Sicherheitssektors.

Der Rat nimmt Kenntnis von den Plänen der Nationalversammlung, für Januar 2011 eine Nationalkonferenz zum Thema ‚Konflikte in Guinea-Bissau: Ursachen, Verhütung, Beilegung und Folgen' einzuberufen, und unterstreicht, dass ein echter, alle Seiten einschließender politischer Dialog mit dem Ziel geführt werden muss, ein wirksames Funktionieren der staatlichen Institutionen und die nationale Aussöhnung zu gewährleisten. Der Rat begrüßt in diesem Zusammenhang die von den politischen Führern der Region, insbesondere von dem Präsidenten Kap Verdes, Pedro Pires, un-

ternommenen Bemühungen um einen konstruktiven Dialog mit der Führung Guinea-Bissaus.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, den Rat nach Bedarf darüber unterrichtet zu halten, welche Fortschritte bei der Behandlung dieser Fragen erzielt wurden und welche weiteren Maßnahmen gegebenenfalls ergriffen werden müssen, um die Weiterverfolgung dieser Fortschritte zu unterstützen."

SCHUTZ VON ZIVILPERSONEN IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN[225]

Beschlüsse

Auf seiner 6216. Sitzung am 11. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Argentiniens, Armeniens, Aserbaidschans, Australiens, Belgiens, Benins (Minister für auswärtige Angelegenheiten, afrikanische Integration, Frankophonie und Auslandsbeniner), Brasiliens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Georgiens, Ghanas, Griechenlands, Guatemalas, Indiens (Mitglied des Unterhauses), Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Irlands, Israels, Italiens, Kanadas, Katars, Kenias, Kolumbiens, Liechtensteins, Luxemburgs, Marokkos, der Niederlande, Norwegens, der Republik Korea, der Republik Moldau, Ruandas, Sambias, Saudi-Arabiens, Schwedens, der Schweiz, der Slowakei, Sloweniens, Sri Lankas, Südafrikas, Sudans, der Tschechischen Republik, Ungarns, Uruguays, Venezuelas (Bolivarische Republik), der Vereinigten Arabischen Emirate, der Vereinigten Republik Tansania und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

Schreiben des Ständigen Vertreters Österreichs bei den Vereinten Nationen vom 2. November 2009 an den Generalsekretär (S/2009/567)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn John Holmes, den Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator, und Frau Kyung-wha Kang, die Stellvertretende Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, den Ständigen Beobachter Palästinas bei den Vereinten Nationen aufgrund seines an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags vom 10. November 2009[226] im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Österreichs bei den Vereinten Nationen vom 10. November 2009, Albrecht Freiherr von Boeselager, den Minister für internationale Zusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten des Souveränen Malteser-Ritterordens, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[225] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

[226] Dokument S/2009/577, Teil des Protokolls der 6216. Sitzung.

Resolution 1894 (2009) vom 11. November 2009

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur fortgesetzten und vollständigen, in gegenseitig verstärkender Weise erfolgenden Durchführung der Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 und aller einschlägigen Erklärungen seiner Präsidenten,

sowie in Bekräftigung seiner Verpflichtung auf die in Artikel 1 Absätze 1 bis 4 der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Ziele und die in Artikel 2 Absätze 1 bis 7 der Charta verkündeten Grundsätze, namentlich seiner Verpflichtung auf die Grundsätze der politischen Unabhängigkeit, der souveränen Gleichheit und der territorialen Unversehrtheit aller Staaten sowie auf die Achtung der Souveränität aller Staaten,

feststellend, dass sich der Beginn der fortschreitenden Behandlung der Frage des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten durch den Sicherheitsrat 2009 zum zehnten Mal jährt, und in Anerkennung der anhaltenden Notwendigkeit, dass der Rat und die Mitgliedstaaten den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten weiter stärken,

sowie feststellend, dass 2009 außerdem der sechzigste Jahrestag der Genfer Abkommen von 1949[227] begangen wird, die zusammen mit ihren Zusatzprotokollen[228] die Grundlage für den rechtlichen Rahmen zum Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten bilden,

in der Erkenntnis, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, die Menschenrechte ihrer Staatsbürger sowie aller Personen in ihrem Hoheitsgebiet zu achten und zu gewährleisten, wie vom einschlägigen Völkerrecht vorgeschrieben,

bekräftigend, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz von Zivilpersonen zu gewährleisten,

sowie in Bekräftigung der einschlägigen Bestimmungen des Ergebnisses des Weltgipfels 2005[229] betreffend den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, namentlich seiner Ziffern 138 und 139 betreffend die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit,

mit dem erneuten Ausdruck seines tiefen Bedauerns darüber, dass Zivilpersonen nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Opfer in Situationen bewaffneten Konflikts ausmachen,

unter nachdrücklichem Hinweis auf die besonderen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Kinder, namentlich wenn es sich bei ihnen um Flüchtlinge und Binnenvertriebene handelt, sowie auf andere Zivilpersonen, die besonderen Gefährdungen

---

[227] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBl. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

[228] Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 1550; LGBl. 1989 Nr. 62; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1362 (Protokoll I); dBGBl. 1990 II S. 1637; LGBl. 1989 Nr. 63; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1432 (Protokoll II).

[229] Siehe Resolution 60/1 der Generalversammlung.

ausgesetzt sein können, wie Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, und unter Betonung der Schutz- und Hilfsbedürfnisse der gesamten betroffenen Zivilbevölkerung,

Kenntnis nehmend von dem am 23. Oktober 2009 verabschiedeten Übereinkommen der Afrikanischen Union über Schutz und Hilfe für Binnenvertriebene in Afrika[230],

mit großer Sorge Kenntnis nehmend von den umfangreichen und weit verbreiteten Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe sowie von der Häufigkeit und der Schwere der Angriffe auf humanitäres Personal und humanitäre Objekte und von den erheblichen Auswirkungen dieser Angriffe auf humanitäre Einsätze,

in der Erkenntnis, dass Staaten in oder unmittelbar nach bewaffneten Konflikten rechenschaftspflichtige Sicherheitsinstitutionen und unabhängige nationale Justizsysteme wiederherstellen oder aufbauen müssen,

unter Hinweis darauf, dass Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord in die Statuten der internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe und in das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs[231] aufgenommen wurden, und in dieser Hinsicht unter Betonung des Grundsatzes der Komplementarität,

anerkennend, wie wichtig Wiedergutmachungsprogramme als Reaktion auf schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und grobe Menschenrechtsverletzungen sind,

sowie anerkennend, wie wichtig es ist, die Stellung gefährdeter Zivilpersonen durch Bildungs- und Schulungsmaßnahmen zu stärken, als ein Mittel zur Unterstützung der Bemühungen um die Beendigung und Verhinderung von Übergriffen gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts,

ferner in Anerkennung des wertvollen Beitrags zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, den die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und die Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte leisten, namentlich der im Einklang mit Resolution 1612 (2005) vorgelegten Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Arbeitsgruppe, und unter Hinweis auf Resolution 1882 (2009), die darauf abzielt, den Schutz von Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts zu verstärken,

unter Hinweis auf seinen in Resolution 1888 (2009) gefassten Beschluss, die Gewalt gegen Frauen und Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts anzugehen, indem er den Generalsekretär ersuchte, einen Sonderbeauftragten zu ernennen und die erforderlichen Maßnahmen festzustellen und zu ergreifen, um in Situationen, die in Bezug auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten Anlass zu besonderer Besorgnis geben, rasch ein Sachverständigenteam zu entsenden,

im Hinblick auf die Praxis des Sekretariats-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, die Ratsmitglieder im Namen der humanitären Organisationen der Vereinten Nationen auf offiziellem Weg wie auch informell zu unterrichten,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 29. Mai 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten[232] und seinem Anhang über Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe, worin die wesentlichen Herausforderungen für den wirksamen Schutz von Zivilpersonen dargelegt sind, die namentlich darin bestehen, die Einhaltung des Völkerrechts zu verbessern, die Befolgung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen zu verbessern, den Schutz durch wirksa-

---

[230] In Englisch verfügbar unter http://www.africa-union.org.

[231] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2000 II S. 1394; LGBl. 2002 Nr. 90; öBGBl. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

[232] S/2009/277.

mere und besser ausgestattete Friedenssicherungs- und andere einschlägige Missionen der Vereinten Nationen zu verstärken, den Zugang für humanitäre Hilfe zu verbessern und die Rechenschaftspflicht bei Verstößen zu verstärken,

unter Begrüßung der in dem Bericht des Sonderausschusses für Friedenssicherungseinsätze und seiner Arbeitsgruppe[233] enthaltenen Vorschläge, Schlussfolgerungen und Empfehlungen über den Schutz von Zivilpersonen und der wichtigen Arbeit, die die Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Friedenssicherungseinsätze geleistet hat, namentlich ihrer Anstrengungen zur Verbesserung der Durchführung der Schutzmandate,

unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 5. August 2009[234] und unter Begrüßung der laufenden Anstrengungen zur Stärkung der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen,

feststellend, dass die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen eines von mehreren Mitteln sind, die den Vereinten Nationen zum Schutz von Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts zur Verfügung stehen,

1. *verlangt*, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen strikt befolgen sowie alle einschlägigen Beschlüsse des Sicherheitsrats durchführen, und fordert sie in dieser Hinsicht nachdrücklich auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung zu achten und zu schützen und ihre Grundbedürfnisse zu decken;

2. *verurteilt erneut mit größtem Nachdruck* die gegen Zivilpersonen als solche und gegen andere geschützte Personen oder Objekte gerichteten Angriffe in Situationen bewaffneten Konflikts sowie unterschiedslose oder unverhältnismäßige Angriffe und die Benutzung der Anwesenheit von Zivilpersonen, um Kriegshandlungen von bestimmten Punkten, Gebieten oder Streitkräften fernzuhalten, als offenkundige Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und verlangt, dass alle Parteien solchen Praktiken sofort ein Ende setzen;

3. *stellt fest*, dass vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen als solche und andere geschützte Personen sowie die Begehung systematischer, offenkundiger und ausgedehnter Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen in Situationen bewaffneten Konflikts eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen können, und bekräftigt in dieser Hinsicht seine Bereitschaft, derartige Situationen zu prüfen und erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

4. *bekundet erneut seine Bereitschaft*, auf Situationen bewaffneten Konflikts zu reagieren, in denen vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen verübt werden oder die humanitären Hilfsmaßnahmen zugunsten von Zivilpersonen vorsätzlich behindert werden, indem er insbesondere auch geeignete Maßnahmen erwägt, die dem Rat nach der Charta der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen;

5. *fordert* die Staaten *erneut auf*, sofern sie es nicht bereits getan haben, die Unterzeichnung und Ratifikation der einschlägigen Übereinkünfte auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts beziehungsweise den Beitritt dazu zu erwägen und geeignete Gesetzgebungs-, Justiz- und Verwaltungsmaßnahmen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesen Übereinkünften zu ergreifen;

6. *verlangt*, dass alle Staaten und an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sämtliche einschlägigen Beschlüsse des Rates voll durchführen und in dieser Hinsicht

---

[233] *Official Records of the General Assembly, Sixty-third Session, Supplement No. 19* (A/63/19).

[234] S/PRST/2009/24.

mit den Friedenssicherungsmissionen und Landesteams der Vereinten Nationen bei der Weiterverfolgung und Durchführung dieser Beschlüsse uneingeschränkt zusammenarbeiten;

7. *fordert* alle beteiligten Parteien *auf*,

a) für die möglichst weite Verbreitung von Informationen über das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht zu sorgen;

b) für die Schulung von Amtsträgern, Angehörigen der Streitkräfte und bewaffneter Gruppen, den Streitkräften beigeordnetem Personal, Zivilpolizisten und Personal der Strafverfolgungsbehörden, Richtern und Rechtsanwälten und für die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft und der Zivilbevölkerung in Bezug auf die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts sowie den Schutz, die besonderen Bedürfnisse und die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen zu sorgen, um die volle und wirksame Einhaltung zu erreichen;

c) sicherzustellen, dass die den Streitkräften und anderen maßgeblichen Akteuren erteilten Anordnungen und Anweisungen im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht stehen und dass sie beachtet werden, indem sie unter anderem wirksame Disziplinarverfahren einrichten, bei denen die strikte Befolgung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber im Mittelpunkt steht, um die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu unterstützen;

d) sich nach Bedarf um Unterstützung durch die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen sowie die Landesteams der Vereinten Nationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und gegebenenfalls andere Mitglieder der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung für Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen in Bezug auf das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht zu bemühen;

8. *betont*, wie wichtig es ist, in seinen Erörterungen über bestimmte Länder die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zu behandeln, stellt fest, dass für die Sammlung von Informationen über behauptete Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht für den Schutz von Zivilpersonen von Fall zu Fall verschiedene Methoden genutzt werden, und unterstreicht, wie wichtig es in dieser Hinsicht ist, Informationen zu erhalten, die zeitnah, objektiv, zutreffend und verlässlich sind;

9. *erwägt* die Möglichkeit, zu diesem Zweck die nach Artikel 90 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen[235] geschaffene Internationale Ermittlungskommission heranzuziehen;

10. *bekräftigt seine entschiedene Ablehnung* der Straflosigkeit für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen und betont in diesem Zusammenhang, dass die Staaten die Verantwortung für die Einhaltung ihrer einschlägigen Verpflichtungen tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, eingehende Ermittlungen anzustellen und die für Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, um Verstöße zu verhüten, ihre Wiederholung zu verhindern und dauerhaften Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und Aussöhnung herbeizuführen;

---

[235] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1125, Nr. 17512. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 1550; LGBl. 1989 Nr. 62; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1362.

11. *weist darauf hin*, dass Rechenschaftspflicht für diese schweren Verbrechen gewährleistet werden muss, indem Maßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen werden und die internationale Zusammenarbeit zur Unterstützung nationaler Mechanismen verstärkt wird, lenkt die Aufmerksamkeit auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, die in Betracht zu ziehen sind, wie etwa nationale, internationale und „gemischte" Strafgerichtshöfe, Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen sowie nationale Wiedergutmachungsprogramme für die Opfer und institutionelle Reformen, und unterstreicht die Rolle des Rates bei der Beendigung der Straflosigkeit;

12. *bekräftigt* die Rolle des Rates bei der Förderung eines Umfelds, das geeignet ist, den Zugang der humanitären Helfer zu Menschen in Not zu erleichtern;

13. *betont*, wie wichtig es ist, dass im Rahmen der humanitären Hilfe die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit von allen gewahrt und geachtet werden;

14. *betont außerdem*, wie wichtig es ist, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien mit dem humanitären Personal zusammenarbeiten, um den Zugang zu der von dem bewaffneten Konflikt betroffenen Zivilbevölkerung zu ermöglichen und zu erleichtern;

15. *bekundet seine Absicht*,

a) die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzufordern, den nach dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen nachzukommen und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um Zivilpersonen zu schützen und den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal zu erleichtern;

b) den Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen das Mandat zu erteilen, gegebenenfalls bei der Schaffung von Bedingungen behilflich zu sein, die die sichere, rasche und ungehinderte Gewährung humanitärer Hilfe ermöglichen;

16. *bekundet außerdem seine Absicht*,

a) alle vorsätzlich gegen humanitäres Personal gerichteten Gewalthandlungen und sonstigen Formen der Einschüchterung konsequent zu verurteilen und ihre sofortige Einstellung zu fordern;

b) die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzufordern, den nach dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen nachzukommen und das humanitäre Personal und die für humanitäre Hilfseinsätze verwendeten Sendungen zu achten und zu schützen;

c) geeignete Schritte gegen vorsätzliche Angriffe auf humanitäres Personal zu unternehmen;

17. *bittet* den Generalsekretär, die systematische Überwachung und Analyse der Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe fortzusetzen und in seine Unterrichtungen und landesspezifischen Berichte an den Rat gegebenenfalls Bemerkungen und Empfehlungen aufzunehmen;

18. *erinnert an seine Entschlossenheit*, die strategische Aufsicht über die Friedenssicherungseinsätze zu verbessern, eingedenk der wichtigen Rolle, die den Friedenssicherungseinsätzen beim Schutz von Zivilpersonen zukommt, bekräftigt seine Unterstützung für die vom Generalsekretär unternommenen Anstrengungen, die Friedenssicherungseinsätze zu überprüfen und bessere Planung und Unterstützung für sie bereitzustellen, und ermutigt erneut dazu, diese Anstrengungen in Partnerschaft mit den truppen- und polizeistellenden Ländern und den anderen maßgeblichen Beteiligten zu vertiefen;

19. *bekräftigt* seine Praxis, sicherzustellen, dass die Mandate der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen, soweit angezeigt und je nach Fall, Bestimmungen über den Schutz von Zivilpersonen enthalten, betont, dass den mandatsmäßigen Schutztätigkeiten bei Beschlüssen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen, namentlich Informations- und nachrichtendienstlichen Ressourcen, bei der Erfüllung der Mandate Vorrang zukommen muss, und erkennt an, dass der mandatsmäßige Schutz von Zivilpersonen ein koordiniertes Vorgehen aller zuständigen Anteile der Mission erfordert;

20. *bekräftigt außerdem*, wie wichtig es ist, den Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen, die mit dem Schutz von Zivilpersonen beauftragt sind, klare, glaubwürdige und erfüllbare Mandate zu erteilen, auf der Grundlage zutreffender und verlässlicher Informationen über die Situation vor Ort und einer in Abstimmung mit allen maßgeblichen Beteiligten vorgenommenen realistischen Bewertung der Bedrohungen von Zivilpersonen und Missionen, bekräftigt ferner, wie wichtig es ist, im Rat das Bewusstsein für die Auswirkungen zu erhöhen, die seine Beschlüsse auf die Ressourcen und die Unterstützung der Feldeinsätze haben, und betont, dass die Erfüllung der genannten Mandate zum Schutz von Zivilpersonen vor Ort sichergestellt werden muss;

21. *ist sich dessen bewusst*, dass die Schutzbedürfnisse von Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts, insbesondere Frauen und Kindern, in der Frühphase der Mandatserarbeitung und während der gesamten Laufzeit der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen berücksichtigt werden müssen, und unterstreicht in dieser Hinsicht, wie wichtig das Zusammenwirken mit den betroffenen Ländern und die enge Abstimmung mit dem Sekretariat, den truppen- und polizeistellenden Ländern und den sonstigen maßgeblichen Akteuren sind;

22. *ist sich außerdem dessen bewusst*, dass umfassende operative Leitlinien über die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Friedenssicherungsmissionen bei der Durchführung der Mandate zum Schutz von Zivilpersonen benötigt werden, und ersucht den Generalsekretär, in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten, einschließlich der truppen- und polizeistellenden Länder, und den anderen maßgeblichen Beteiligten ein Einsatzkonzept für den Schutz von Zivilpersonen zu erarbeiten und über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

23. *ersucht* den Generalsekretär, in Abstimmung mit den maßgeblichen Beteiligten sicherzustellen, dass Friedenssicherungsmissionen, deren Mandat den Schutz von Zivilpersonen umfasst, im Einklang mit den für ihren Einsatz maßgebenden strategischen Plänen missionsweite Planungen, einsatzvorbereitendes Training und Schulungen für hochrangige Führungskräfte über den Schutz von Zivilpersonen durchführen, und ersucht die truppen- und polizeistellenden Länder, dafür zu sorgen, dass ihr an Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen teilnehmendes Personal eine geeignete Schulung erhält, um das Problembewusstsein und die Reaktionsfähigkeit im Hinblick auf Schutzfragen zu stärken, namentlich eine Schulung über HIV/Aids und die Nulltoleranz gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen;

24. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, sicherzustellen, dass alle einschlägigen Friedenssicherungsmissionen, die über ein Schutzmandat verfügen, in die Gesamtpläne zur Durchführung der Mission und in die Eventualpläne umfassende Schutzstrategien aufnehmen, die Bewertungen der möglichen Bedrohungen sowie Optionen für die Reaktion auf Krisen und die Risikominderung enthalten und Prioritäten, Maßnahmen und klare Rollen und Verantwortlichkeiten festlegen, unter der Leitung und Koordinierung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, unter voller Einbeziehung aller maßgeblichen Beteiligten und in Abstimmung mit den Landesteams der Vereinten Nationen;

25. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, sicherzustellen, dass die Missionen der Vereinten Nationen die örtlichen Gemeinschaften angemessen über die Rolle der Mission in-

formieren, und in dieser Hinsicht für die Koordinierung zwischen der jeweiligen Mission der Vereinten Nationen und den zuständigen humanitären Organisationen zu sorgen;

26. *nimmt Kenntnis* von den praktischen Maßnahmen, die die laufenden Friedenssicherungsmissionen und die Landesteams der Vereinten Nationen ergriffen haben, um den Schutz von Zivilpersonen vor Ort zu verstärken, und ersucht den Generalsekretär, in seinen nächsten Bericht an den Rat über den Schutz von Zivilpersonen bewährte Verfahren aufzunehmen;

27. *bekräftigt* seine Praxis, gegebenenfalls Kriterien zur Messung und Überprüfung der bei der Durchführung der Friedenssicherungsmandate erzielten Fortschritte zu verlangen, und betont, wie wichtig es ist, in diese Kriterien für die einschlägigen Missionen Fortschrittsindikatoren über den Schutz von Zivilpersonen aufzunehmen;

28. *betont*, dass es notwendig ist, zur Erleichterung der Durchführung von Schutzmandaten einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, indem Wirtschaftswachstum, gute Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung und der Schutz der Menschenrechte gefördert werden, fordert in dieser Hinsicht die Mitgliedstaaten nachdrücklich zur Zusammenarbeit auf und unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Hauptorgane der Vereinten Nationen einen kohärenten, umfassenden und koordinierten Ansatz verfolgen und im Rahmen ihres jeweiligen Mandats zusammenarbeiten;

29. *stellt fest*, dass die exzessive Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und deren destabilisierende Wirkung ein beträchtliches Hindernis für die Bereitstellung humanitärer Hilfe darstellen und Konflikte verschärfen und verlängern, das Leben von Zivilpersonen gefährden sowie die Sicherheit und das Vertrauen untergraben können, die für die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität erforderlich sind, fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um die Zivilbevölkerung, namentlich Kinder, vor den Auswirkungen von Landminen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen zu schützen, und legt in dieser Hinsicht der internationalen Gemeinschaft nahe, die Anstrengungen der Länder zur Räumung von Landminen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen zu unterstützen und Hilfe bei der Betreuung und Rehabilitation sowie der wirtschaftlichen und sozialen Wiedereingliederung der Opfer, einschließlich Menschen mit Behinderungen, zu gewähren;

30. *verweist erneut* auf die Bedeutung des Aide-mémoire über den Schutz von Zivilpersonen[236] als eines praktischen Instruments, das eine Grundlage für die verbesserte Analyse und Diagnose wichtiger Schutzfragen insbesondere während der Beratungen über Friedenssicherungsmandate bildet, und betont die Notwendigkeit, die darin dargelegten Ansätze regelmäßiger und konsequenter anzuwenden, wobei die besonderen Umstände einer jeden Konfliktsituation zu berücksichtigen sind;

31. *erkennt an*, dass dem Generalsekretär eine wichtige Rolle dabei zukommt, den Rat, insbesondere durch thematische und landesspezifische Berichte und durch Unterrichtungen, rechtzeitig über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu informieren;

32. *ersucht* den Generalsekretär, in seine Berichte an den Rat über landesspezifische Situationen umfassendere und detailliertere Informationen über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten aufzunehmen, namentlich über schutzrelevante Vorfälle und über die Maßnahmen, die die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien ergriffen haben, um ihre Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz der Zivilbevölkerung zu erfüllen, einschließlich spezifischer Informationen über die Schutzbedürfnisse von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Gruppen;

[236] S/PRST/2009/1, Anlage.

33. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, Leitlinien für die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen zur Berichterstattung über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu erarbeiten, mit dem Ziel, die Berichterstattung zu straffen und die Überwachung der Durchführung der Schutzmandate der Friedenssicherungs- und anderen Missionen der Vereinten Nationen durch den Rat und seine Aufsicht darüber zu verbessern;

34. *betont*, wie wichtig Konsultationen und die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und den anderen zuständigen Organisationen, einschließlich der Regionalorganisationen, sind, um den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu verbessern;

35. *ersucht* den Generalsekretär, seinen nächsten Bericht über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten bis November 2010 vorzulegen;

36. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6216. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6354. Sitzung am 7. Juli 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, der Arabischen Republik Syrien, Argentiniens, Armeniens, Aserbaidschans, Australiens, Bangladeschs, Deutschlands, Indiens, Israels, Italiens, Kanadas, Kolumbiens, Liechtensteins, Norwegens, Pakistans, Perus, der Schweiz, Sierra Leones, Sri Lankas, Südafrikas, Uruguays, Venezuelas (Bolivarische Republik) und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn John Holmes, den Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator, und Frau Navanethem Pillay, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 2. Juli 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

FRAUEN UND FRIEDEN UND SICHERHEIT[237]

Beschlüsse

Auf seiner 6180. Sitzung am 7. August 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Argentiniens, Australiens, Bangladeschs, Belgiens, Brasiliens, Deutschlands, Ecuadors, Finnlands, Islands, Israels, Italiens, Kanadas, Kenias, Liechtensteins, der Niederlande, Nigerias, Norwegens, Papua-Neuguineas, Perus, der Republik Korea, Ruandas, Schwedens, der Schweiz, Sierra Leones, Südafrikas, Timor-Lestes und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

[237] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

„Frauen und Frieden und Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1820 (2008) des Sicherheitsrats (S/2009/362)“.[238]

Auf seiner 6195. Sitzung am 30. September 2009 beschloss der Rat, die Vertreter Albaniens, Argentiniens, Armeniens, Australiens, Belgiens, Benins, Bosnien und Herzegowinas, Bulgariens, Chiles, Côte d'Ivoires, Dänemarks, der Demokratischen Republik Kongo, Deutschlands, Dschibutis, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Estlands, Finnlands, Georgiens, Ghanas, Griechenlands, Indiens, Irlands, Islands, Israels, Italiens, Kanadas, Lettlands, Liberias, Liechtensteins, Litauens, Luxemburgs, Maltas, Monacos, der Mongolei, Montenegros, Neuseelands, der Niederlande, Nigerias, Norwegens, Panamas, Polens, Portugals, der Republik Korea, Ruandas, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, Senegals, Serbiens, Singapurs, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Südafrikas, der Tschechischen Republik, Ungarns, der Vereinigten Republik Tansania und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frauen und Frieden und Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 1820 (2008) des Sicherheitsrats (S/2009/362)“.

Resolution 1888 (2009)
vom 30. September 2009

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur anhaltenden und vollständigen Durchführung der Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 und aller einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 15. Juli 2009[239], jedoch nach wie vor zutiefst besorgt über das Ausbleiben von Fortschritten hinsichtlich der Frage der sexuellen Gewalt in Situationen bewaffneten Konflikts, die insbesondere gegen Frauen und Kinder, namentlich Mädchen, verübt wird, und feststellend, dass sexuelle Gewalt, wie in dem Bericht des Generalsekretärs dokumentiert wird, in bewaffneten Konflikten überall auf der Welt auftritt,

erneut seine große Sorge darüber bekundend, dass trotz seiner wiederholten Verurteilung der Gewalt gegen Frauen und Kinder, einschließlich aller Formen der sexuellen Gewalt, in Situationen bewaffneten Konflikts und trotz seiner Aufrufe an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, derartige Handlungen mit sofortiger Wirkung zu beenden, solche Handlungen nach wie vor auftreten und in einigen Situationen systematisch oder ausgedehnt geworden sind,

unter Hinweis auf die Verpflichtungen aus der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing[240] sowie aus den Ergebnisdokumenten der dreiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung „Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“[241], insbesondere betreffend Frauen und bewaffnete Konflikte,

---

[238] Kap Verde stellte einen Antrag auf Teilnahme, den es später zurückzog.

[239] S/2009/362.

[240] *Report of the Fourth World Conference on Women, Beijing, 4–15 September 1995* (United Nations publication, Sales No. E.96.IV.13), Kap. I, Resolution 1, Anlagen I und II. In Deutsch verfügbar unter http://www.un.org/Depts/german/conf/beijing/beij_bericht.html.

[241] Resolutionen der Generalversammlung S-23/2, Anlage, und S-23/3, Anlage.

in Bekräftigung der Verpflichtungen der Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau[242], des dazugehörigen Fakultativprotokolls[243], des Übereinkommens über die Rechte des Kindes[244] und der dazugehörigen Fakultativprotokolle[245] und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Staaten, die diese noch nicht ratifiziert haben beziehungsweise ihnen noch nicht beigetreten sind, zu erwägen, dies zu tun,

daran erinnernd, dass das humanitäre Völkerrecht Frauen und Kindern als Teil der Zivilbevölkerung während bewaffneter Konflikte allgemeinen Schutz und aufgrund ihrer potenziellen besonderen Gefährdung besonderen Schutz gewährt,

sowie unter Hinweis darauf, dass den Staaten die Verantwortung obliegt, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere an Zivilpersonen verübte abscheuliche Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, und in dieser Hinsicht mit Besorgnis feststellend, dass bisher nur wenige Täter sexueller Gewalt vor Gericht gestellt worden sind, jedoch sich dessen bewusst, dass innerstaatliche Justizsysteme in Konflikt- und Postkonfliktsituationen erheblich geschwächt sein können,

bekräftigend, dass die Beendigung der Straflosigkeit unerlässlich ist, damit eine Gesellschaft, die sich in einem Konflikt befindet oder dabei ist, einen Konflikt zu überwinden, vergangene Übergriffe gegen von bewaffneten Konflikten betroffene Zivilpersonen aufarbeiten und künftige derartige Übergriffe verhindern kann, unter Hinweis auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, die in Betracht zu ziehen sind, wie etwa nationale, internationale und „gemischte“ Strafgerichtshöfe sowie Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen, und vermerkend, dass solche Mechanismen nicht nur die Feststellung der individuellen Verantwortlichkeit für schwere Verbrechen, sondern auch Frieden, Wahrheit, Aussöhnung und die Rechte der Opfer fördern können,

unter Hinweis darauf, dass eine Reihe von sexuellen Gewaltdelikten in das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs[246] und in die Statuten der internationalen Adhoc-Strafgerichtshöfe aufgenommen wurden,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass alle an einem Konflikt beteiligten Staaten und nichtstaatlichen Akteure ihre Verpflichtungen nach dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich des Verbots aller Formen von sexueller Gewalt, vollständig einhalten müssen,

in der Erkenntnis, dass zivile und militärische Führer im Einklang mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit der Befehlshaber die Entschlossenheit und den politischen Willen unter Beweis stellen müssen, sexuelle Gewalt zu verhindern, Straflosigkeit zu bekämpfen und Täter zur Rechenschaft zu ziehen, und dass Untätigkeit das Signal aussenden kann, dass sexuelle Gewalt in Konflikten geduldet wird,

hervorhebend, wie wichtig es ist, Fragen der sexuellen Gewalt schon zu Beginn von Friedensprozessen und Vermittlungsbemühungen anzugehen, um gefährdete Bevölke-

---

[242] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1249, Nr. 20378. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1985 II S. 647; LGBl. 1996 Nr. 164; öBGBl. Nr. 443/1982; AS 1999 1579.

[243] Ebd., Vol. 2131, Nr. 20378. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2001 II S. 1237; LGBl. 2002 Nr. 17; öBGBl. III Nr. 206/2000; AS 2009 265.

[244] Ebd., Vol. 1577, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1992 II S. 121; LGBl. 1996 Nr. 163; öBGBl. Nr. 7/1993; AS 1998 2055.

[245] Ebd., Vol. 2171 und 2173, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2008 II S. 1222; öBGBl. III Nr. 93/2004; AS 2006 5441 (Protokoll gegen Kinderhandel); dBGBl. 2004 II S. 1354; LGBl. 2005 Nr. 26; öBGBl. III Nr. 92/2002; AS 2002 3579 (Protokoll über Kinder in bewaffneten Konflikten).

[246] Ebd., Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2000 II S. 1394; LGBl. 2002 Nr. 90; öBGBl. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

rungsgruppen zu schützen und volle Stabilität zu fördern, insbesondere in der Vorphase einer Waffenruhe bei Vereinbarungen über den Zugang humanitärer Helfer und die Menschenrechte, bei Waffenruhen und der Überwachung ihrer Einhaltung, bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, bei Regelungen zur Reform des Sicherheitssektors sowie in den Bereichen Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, Wiederherstellung in der Konfliktfolgezeit und Entwicklung,

mit Besorgnis feststellend, dass Frauen in formalen Friedensprozessen unterrepräsentiert sind, dass es an Vermittlern und Waffenstillstandsbeobachtern mit einer angemessenen Schulung im Umgang mit sexueller Gewalt fehlt und dass bei unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfindenden Friedensgesprächen keine Frauen als Haupt- oder Chefvermittler tätig sind,

anerkennend, dass der Schutz und die Ermächtigung der Frauen sowie die Unterstützung von Frauenorganisationen und -netzwerken bei der Friedenskonsolidierung unverzichtbar sind, um die gleiche und volle Teilhabe der Frauen zu fördern, und den Mitgliedstaaten, den Gebern und der Zivilgesellschaft, einschließlich der nichtstaatlichen Organisationen, nahelegend, diesbezügliche Unterstützung zu gewähren,

es begrüßend, dass Frauen zur Erfüllung ziviler, militärischer und polizeilicher Aufgaben in Friedenssicherungsmissionen herangezogen werden, und in der Erkenntnis, dass sich von einem bewaffneten Konflikt betroffene Frauen und Kinder möglicherweise sicherer fühlen, wenn sie mit Frauen in Friedenssicherungsmissionen zusammenarbeiten und ihnen Missbrauchshandlungen melden können, und dass die Anwesenheit weiblicher Friedenssicherungskräfte Frauen vor Ort unter Umständen ermutigt, sich den nationalen Streit- und Sicherheitskräften anzuschließen und so beim Aufbau eines Sicherheitssektors behilflich zu sein, der für alle, insbesondere Frauen, zugänglich ist und auf die Bedürfnisse aller eingeht,

sowie unter Begrüßung der Anstrengungen, die die Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze unternimmt, um Leitlinien für den Umgang mit geschlechtsspezifischen Fragen für Militärpersonal in Friedenssicherungseinsätzen zu erarbeiten und dadurch die Durchführung der Resolutionen 1325 (2000) und 1820 (2008) zu erleichtern, sowie um operative Leitlinien auszuarbeiten, um den Angehörigen der Zivil-, Militär- und Polizeikomponenten von Friedenssicherungsmissionen bei der wirksamen Durchführung der Resolution 1820 (2008) behilflich zu sein,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 15. Juli 2009 und betonend, dass es nicht Gegenstand dieser Resolution ist, eine rechtliche Feststellung zu treffen, ob die in dem Bericht des Generalsekretärs genannten Situationen bewaffnete Konflikte im Sinne der Genfer Abkommen von 1949[247] und ihrer Zusatzprotokolle von 1977[248] sind, und dass sie nicht die Rechtsstellung der an diesen Situationen beteiligten nichtstaatlichen Parteien berührt,

unter Hinweis auf seinen Beschluss in Resolution 1882 (2009), die in den Anhängen des Jahresberichts des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte geführten Verzeichnisse der Parteien in Situationen bewaffneten Konflikts, die Kinder unter Verstoß gegen das Völkerrecht einziehen oder einsetzen, zu erweitern und darin auch diejenigen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzunehmen, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht systematische Tötungen,

[247] Ebd., Vol. 75, Nr. 970-973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBl. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

[248] Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 1550; LGBl. 1989 Nr. 62; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1362 (Protokoll I); dBGBl. 1990 II S. 1637; LGBl. 1989 Nr. 63; öBGBl. Nr. 527/1982; AS 1982 1432 (Protokoll II).

Verstümmelungen und/oder Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen an Kindern begehen,

Kenntnis nehmend von der derzeit dem Büro der Sonderberaterin für Gleichstellungsfragen und Frauenförderung übertragenen Aufgabe, die Durchführung der Resolution 1325 (2000) zu überwachen und die Integration der Geschlechterperspektive innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, die Ermächtigung der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, und feststellend, wie wichtig es ist, die Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen auf diesen Gebieten wirksam zu koordinieren,

in der Erkenntnis, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, die Menschenrechte ihrer Staatsbürger sowie aller Personen in ihrem Hoheitsgebiet zu achten und zu gewährleisten, wie vom einschlägigen Völkerrecht vorgeschrieben,

bekräftigend, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen zu gewährleisten,

unter erneutem Hinweis auf seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und in diesem Zusammenhang auf seine Entschlossenheit, sich auch künftig mit den weitreichenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Zivilpersonen, namentlich im Hinblick auf sexuelle Gewalt, zu befassen,

1. *bekräftigt*, dass sexuelle Gewalt, wenn sie als vorsätzlich gegen Zivilpersonen gerichtete Kriegstaktik oder im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung eingesetzt wird oder andere damit beauftragt werden, Situationen bewaffneten Konflikts erheblich verschärfen und die Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behindern kann, erklärt in dieser Hinsicht, dass wirksame Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung solcher sexuellen Gewalthandlungen in erheblichem Maße zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können, und bekundet seine Bereitschaft, bei der Behandlung der Situationen, die auf der Tagesordnung des Sicherheitsrats stehen, erforderlichenfalls angemessene Maßnahmen zu beschließen, um gegen ausgedehnte oder systematische sexuelle Gewalt in Situationen bewaffneten Konflikts vorzugehen;

2. *verlangt erneut*, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien alle sexuellen Gewalthandlungen vollständig und mit sofortiger Wirkung einstellen;

3. *verlangt*, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sofort angemessene Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen, so unter anderem durch die Verhängung angemessener militärischer Disziplinarmaßnahmen, die Achtung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber, die Unterweisung der Soldaten in Bezug auf das kategorische Verbot aller Formen sexueller Gewalt gegen Zivilpersonen, die Widerlegung von Mythen, die sexuelle Gewalt fördern, und die Überprüfung von potenziellen Rekruten für die nationalen Streit- und Sicherheitskräfte, um sicherzustellen, dass Personen ausgeschlossen werden, die mit schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, einschließlich sexueller Gewalt, in Verbindung stehen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der eine kohärente strategische Führung gewährleisten, wirksam für die Stärkung der bestehenden Koordinierungsmechanismen der Vereinten Nationen arbeiten und unter anderem bei Regierungen, einschließlich Vertretern des Militärs und der Justiz, sowie bei allen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien und bei der Zivilgesellschaft als Sachwalter auftreten soll, um auf Amtssitz- wie auf Feldebene gegen sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten vorzugehen, und der gleichzeitig die Zusammenarbeit und koordinierte Maßnahmen aller maßgeblichen Akteure fördern soll, insbesondere im Rahmen der interinstitutionellen Initiative „Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten“;

5. *ermutigt* die an der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten beteiligten Stellen und die anderen zuständigen Stellen des Systems der Vereinten Nationen, den in Ziffer 4 genannten Sonderbeauftragten des Generalsekretärs in seiner Arbeit zu unterstützen und die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen allen maßgeblichen Akteuren fortzusetzen und auszuweiten, um die Koordinierung zu verstärken, auf Amtssitz- und Landesebene Überschneidungen zu vermeiden und das systemweite Vorgehen zu verbessern;

6. *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, im Einklang mit dem Völkerrecht unverzüglich geeignete, umfassende Rechts- und Justizreformen durchzuführen, mit dem Ziel, die Täter sexueller Gewalt in Konflikten vor Gericht zu stellen und zu gewährleisten, dass die Überlebenden Zugang zur Justiz haben, während des gesamten Justizverfahrens mit Würde behandelt werden, geschützt werden und Wiedergutmachung für ihr Leid erhalten;

7. *fordert* alle an einem Konflikt beteiligten Parteien *nachdrücklich auf*, dafür zu sorgen, dass alle Berichte über von Zivilpersonen oder Militärpersonal verübte sexuelle Gewalt sorgfältig untersucht werden und die mutmaßlichen Täter vor Gericht gestellt werden und dass zivile Vorgesetzte und militärische Befehlshaber im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht von ihrer Autorität und ihren Befugnissen Gebrauch machen, um sexuelle Gewalt zu verhüten, namentlich durch die Bekämpfung der Straflosigkeit;

8. *fordert* den Generalsekretär *auf*, die erforderlichen Maßnahmen festzustellen und zu ergreifen, um in Situationen, die in Bezug auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten Anlass zu besonderer Besorgnis geben, rasch ein Sachverständigenteam zu entsenden, das über die Präsenz der Vereinten Nationen vor Ort und mit Einwilligung der Gastregierung die nationalen Behörden bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit unterstützt, und empfiehlt, von im System der Vereinten Nationen bereits vorhandenen personellen Ressourcen sowie freiwilligen Beiträgen Gebrauch zu machen und je nach Bedarf den erforderlichen Sachverstand auf den Gebieten der Rechtsstaatlichkeit, des zivilen und militärischen Justizsystems, der Vermittlung, der strafrechtlichen Ermittlungen, der Reform des Sicherheitssektors, des Zeugenschutzes, der Normen für faire Verfahren und der Öffentlichkeitsarbeit heranzuziehen, um unter anderem

a) eng mit nationalen Rechts- und Justizbeamten und anderen Mitarbeitern des zivilen und militärischen Justizsystems in den betreffenden Staaten zusammenzuarbeiten, um die Straflosigkeit zu bekämpfen, namentlich durch eine Stärkung der einzelstaatlichen Kapazitäten, und die Aufmerksamkeit auf das gesamte Spektrum der in Betracht kommenden Justizmechanismen zu lenken;

b) Lücken bei der innerstaatlichen Reaktion zu ermitteln und auf einen ganzheitlichen nationalen Ansatz gegen sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten hinzuwirken und dabei insbesondere die strafrechtliche Verantwortlichkeit, die Rücksicht auf die Opfer und die Kapazitäten des Justizbereichs zu stärken;

c) Empfehlungen abzugeben, wie die innerstaatlichen und internationalen Anstrengungen und Ressourcen koordiniert werden können, damit die Regierungen besser gegen sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten vorgehen können;

d) je nach Bedarf mit der betreffenden Mission der Vereinten Nationen, dem Landesteam und dem in Ziffer 4 genannten Sonderbeauftragten des Generalsekretärs im Hinblick auf die vollständige Durchführung der mit Resolution 1820 (2008) geforderten Maßnahmen zusammenzuarbeiten;

9. *ermutigt* die Staaten, die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen und die Zivilgesellschaft, soweit angezeigt, in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden in Situationen, die in Bezug auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten Anlass zu besonderer Besorgnis geben, Hilfe beim Aufbau einzelstaatlicher Kapazitäten in den Justiz- und Strafvollzugssystemen zu gewähren;

10. *erklärt erneut seine Absicht*, bei der Verhängung oder Verlängerung zielgerichteter Sanktionen in Situationen bewaffneten Konflikts gegebenenfalls zu erwägen, auch Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt als Benennungskriterien aufzunehmen, und fordert alle Friedenssicherungs- und sonstigen zuständigen Missionen und Organe der Vereinten Nationen, insbesondere die Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte, auf, den zuständigen Sanktionsausschüssen des Sicherheitsrats, namentlich über deren Überwachungsgruppen und Sachverständigengruppen, alle sachdienlichen Informationen über sexuelle Gewalt zu übermitteln;

11. *erklärt seine Absicht*, dafür zu sorgen, dass Resolutionen, mit denen Friedenssicherungsmandate festgelegt oder erneuert werden, gegebenenfalls Bestimmungen über die Verhütung sexueller Gewalt, über die Reaktion darauf und über die entsprechende Berichterstattungspflicht an den Rat enthalten;

12. *beschließt*, in die Mandate der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen nach Bedarf konkrete Bestimmungen zum Schutz von Frauen und Kindern vor Vergewaltigung und anderen sexuellen Gewalthandlungen aufzunehmen, darunter von Fall zu Fall die Benennung von Frauenschutzberatern aus dem Kreis der Berater für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen und der Gruppen für den Schutz der Menschenrechte, und ersucht den Generalsekretär, dafür zu sorgen, dass in der Vorbereitungsphase jedes Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen die Notwendigkeit von Frauenschutzberatern, ihre Zahl und ihre Rolle systematisch evaluiert wird;

13. *legt* den Staaten *nahe*, mit Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft den Zugang zu Gesundheitsversorgung, psychosozialer Unterstützung, Rechtsbeistand und Diensten zur sozioökonomischen Wiedereingliederung für Opfer sexueller Gewalt, insbesondere in ländlichen Gebieten, zu erweitern;

14. *bekundet seine Absicht*, die regelmäßigen Feldbesuche in Konfliktgebieten besser zu nutzen, indem er interaktive Treffen mit den Frauen vor Ort und den lokalen Frauenorganisationen zu den Anliegen und Bedürfnissen von Frauen in Gebieten bewaffneten Konflikts veranstaltet;

15. *ermutigt* nationale wie lokale Führungspersönlichkeiten, einschließlich traditioneller Führer, wo es solche gibt, und religiöser Führer, eine aktivere Rolle dabei zu übernehmen, in den Gemeinschaften ein verstärktes Bewusstsein für sexuelle Gewalt zu schaffen, um die Ausgrenzung und Stigmatisierung der Opfer zu verhüten, ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu unterstützen und eine Kultur der Straflosigkeit für diese Verbrechen zu bekämpfen;

16. *fordert* den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten und die Leiter der Regionalorganisationen *nachdrücklich auf*, Maßnahmen zu treffen, um die Vertretung von Frauen in Vermittlungs- und Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung zu erhöhen;

17. *fordert nachdrücklich dazu auf*, Fragen der sexuellen Gewalt in die Tagesordnung aller unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen geführten Friedensverhandlungen aufzunehmen, und fordert außerdem nachdrücklich dazu auf, Fragen der sexuellen Gewalt schon zu Beginn von Friedensprozessen in diesen Situationen anzugehen, insbesondere in der Vorphase einer Waffenruhe bei Vereinbarungen über den Zugang humanitärer Helfer und die Menschenrechte, bei Waffenruhen und der Überwachung ihrer Einhaltung, bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, bei Regelungen zur Reform des Sicherheitssektors, bei der Überprüfung von Streit- und Sicherheitskräften sowie in den Bereichen Gerechtigkeit, Wiedergutmachung, Wiederherstellung und Entwicklung;

18. *bekräftigt* die Rolle der Kommission für Friedenskonsolidierung bei der Förderung von alle Seiten einschließenden, geschlechtsspezifischen Ansätzen zur Minderung der Instabilität in Postkonfliktsituationen, in Anbetracht der wichtigen Rolle der Frauen beim

Wiederaufbau der Gesellschaft, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, allen Parteien in den Ländern, mit denen sie befasst ist, nahezulegen, Maßnahmen zur Reduzierung der sexuellen Gewalt in ihre Postkonfliktstrategien aufzunehmen und durchzuführen;

19. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, verstärkt weibliches Militär- und Polizeipersonal zu Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen zu entsenden und dem gesamten Militär- und Polizeipersonal eine angemessene Schulung zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zu erteilen;

20. *ersucht* den Generalsekretär, für die fachliche Unterstützung der truppen- und polizeistellenden Länder zu sorgen, damit das Militär- und Polizeipersonal im Rahmen einsatzvorbereitender und einführender Schulungen auch Anleitung im Umgang mit sexueller Gewalt erhält;

21. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Anstrengungen zur Umsetzung der Nulltoleranzpolitik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch bei Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen fortzusetzen und zu verstärken, und fordert die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter einsatzvorbereitendes und am Einsatzort angebotenes Sensibilisierungstraining, sowie sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

22. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, alle zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen auch weiterhin anzuweisen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die systematische Integration geschlechtsspezifischer Fragen innerhalb ihrer Institution zu gewährleisten, indem sie namentlich sicherstellen, dass in allen maßgeblichen Dienststellen wie auch im Feld ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden, und im Rahmen ihres jeweiligen Mandats ihre Zusammenarbeit und Koordinierung im Umgang mit der Frage der sexuellen Gewalt in bewaffneten Konflikten zu verstärken;

23. *fordert* die zuständigen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und den Nothilfekoordinator *nachdrücklich auf*, mit strategischer und fachlicher Unterstützung durch das Netzwerk der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und in Abstimmung mit allen maßgeblichen Akteuren umfassende gemeinsame Strategien der Regierungen und der Vereinten Nationen zur Bekämpfung sexueller Gewalt zu erarbeiten und in ihre üblichen Berichte an den Amtssitz regelmäßig aktuelle Informationen darüber aufzunehmen;

24. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, dass in alle einschlägigen Berichte an den Rat systematischere Angaben über auftretende Tendenzen, neue Angriffsmuster und Frühwarnindikatoren für den Einsatz sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten aufgenommen werden, und ermutigt die Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, den Nothilfekoordinator, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, deren Ursachen und deren Folgen und den/die Leiter der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten, dem Rat in Abstimmung mit dem in Ziffer 4 genannten Sonderbeauftragten zusätzliche Unterrichtungen und Dokumentation über sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten bereitzustellen;

25. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, in seine regelmäßigen Berichte über einzelne Friedenssicherungseinsätze gegebenenfalls Informationen über die Schritte zur Durchführung von Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, vor sexueller Gewalt aufzunehmen;

26. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, unter Berücksichtigung der in seinem Bericht[239] enthaltenen Vorschläge sowie aller sonstigen einschlägigen Elemente dringend und vorzugsweise innerhalb von drei Monaten konkrete Vorschläge vorzulegen, wie innerhalb des bestehenden Systems der Vereinten Nationen eine wirksamere und effizientere Überwachung und Berichterstattung über den Schutz von Frauen und Kindern vor Vergewalti-

gung und anderen sexuellen Gewalthandlungen in bewaffneten Konflikten und in Postkonfliktsituationen gewährleistet werden kann, und dabei den Sachverstand des Systems der Vereinten Nationen und die Beiträge von Regierungen, Regionalorganisationen, nichtstaatlichen Organisationen in ihrer beratenden Eigenschaft sowie von verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft heranzuziehen, um aktuelle, objektive, zutreffende und verlässliche Informationen über Lücken in der Reaktion der Institutionen der Vereinten Nationen bereitzustellen, damit diese bei der Ergreifung geeigneter Maßnahmen berücksichtigt werden können;

27. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin jährlich einen Bericht über die Durchführung der Resolution 1820 (2008) vorzulegen, seinen nächsten Bericht über die Durchführung dieser Resolution und der Resolution 1820 (2008) spätestens bis September 2010 vorzulegen und darin unter anderem folgende Angaben aufzunehmen:

a) einen detaillierten Koordinierungs- und Strategieplan zur zeitnahen und ethischen Sammlung von Informationen;

b) aktuelle Angaben zu den Maßnahmen, die die für Fragen sexueller Gewalt zuständigen Koordinatoren in den Missionen der Vereinten Nationen ergreifen, um beim Vorgehen gegen sexuelle Gewalt eng mit dem Residierenden Koordinator/Humanitären Koordinator, dem Landesteam der Vereinten Nationen und gegebenenfalls dem in Ziffer 4 genannten Sonderbeauftragten und/oder dem in Ziffer 8 genannten Sachverständigenteam zusammenzuarbeiten;

c) Informationen über an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien, die glaubhaften Angaben zufolge verdächtig sind, in Situationen, die auf der Tagesordnung des Rates stehen, systematisch Vergewaltigungen oder andere Formen sexueller Gewalt begangen zu haben;

28. *beschließt*, unter Berücksichtigung des mit Resolution 63/311 der Generalversammlung vom 14. September 2009 festgelegten Verfahrens betreffend eine kombinierte Institution der Vereinten Nationen für Frauen- und Gleichstellungsfragen die Mandate des in Ziffer 4 geforderten Sonderbeauftragten und des in Ziffer 8 geforderten Sachverständigenteams innerhalb von zwei Jahren und danach nach Bedarf zu überprüfen;

29. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6195. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6196. Sitzung am 5. Oktober 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Ägyptens, Argentiniens, Australiens, Belgiens, Brasiliens, Dänemarks, der Demokratischen Volksrepublik Laos, Deutschlands, Ecuadors, Finnlands, Indiens, Indonesiens, Irlands, Islands, Italiens, Kambodschas, Kanadas, Kolumbiens, Liechtensteins, Luxemburgs, Mikronesiens (Föderierte Staaten von), Neuseelands, der Niederlande, Nigerias, Norwegens, Papua-Neuguineas, der Philippinen, Portugals, der Republik Korea, Schwedens, der Schweiz, Serbiens, Sierra Leones, Singapurs, Sri Lankas, Südafrikas, der Ukraine, Venezuelas (Bolivarische Republik) und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frauen und Frieden und Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs über Frauen und Frieden und Sicherheit (S/2009/465 und Corr.1)

Schreiben des Ständigen Vertreters Vietnams bei den Vereinten Nationen vom 18. September 2009 an den Generalsekretär (S/2009/490)“.[249]

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Rachel Mayanja, die Sonderberaterin des Generalsekretärs für Gleichstellungsfragen und Frauenförderung, und Frau Inés Alberdi, die Exekutivdirekorin des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Asha Hagi Elmi Amin, die Vertreterin der Arbeitsgruppe nichtstaatlicher Organisationen über Frauen, Frieden und Sicherheit, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters der Libysch-Arabischen Dschamahirija bei den Vereinten Nationen vom 1. Oktober 2009 Herrn Téte António, den Amtierenden Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Resolution 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur fortgesetzten und vollständigen, in gegenseitig verstärkender Weise erfolgenden Durchführung der Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1882 (2009) vom 4. August 2009 und 1888 (2009) vom 30. September 2009 und aller einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und eingedenk der dem Sicherheitsrat nach der Charta obliegenden Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

unter Hinweis auf die in dem Ergebnis des Weltgipfels 2005[250] bekundete Entschlossenheit, alle Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu beseitigen, auf die Verpflichtungen der Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau[242] und des dazugehörigen Fakultativprotokolls[243], des Übereinkommens über die Rechte des Kindes[244] und der dazugehörigen Fakultativprotokolle[245] sowie unter Hinweis auf die Verpflichtungen aus der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing[240] sowie die Verpflichtungen, die in den Ergebnisdokumenten der dreiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung „Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“[241] enthalten sind, insbesondere soweit sie Frauen und bewaffnete Konflikte betreffen,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 16. September 2009[251] und betonend, dass es nicht Gegenstand dieser Resolution ist, eine rechtliche Feststellung zu treffen, ob die in dem Bericht des Generalsekretärs genannten Situationen bewaffnete Konflikte im Sinne der Genfer Abkommen von 1949[247]und ihrer Zusatzprotokolle von 1977[248] sind, und dass sie nicht die Rechtsstellung der an diesen Situationen beteiligten nichtstaatlichen Parteien berührt,

---

[249] Aserbaidschan stellte einen Antrag auf Teilnahme, den es später zurückzog.

[250] Siehe Resolution 60/1 der Generalversammlung.

[251] S/2009/465 und Corr.1.

unter Begrüßung der Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Durchführung seiner Resolution 1325 (2000) auf nationaler Ebene, namentlich der Aufstellung nationaler Aktionspläne, und die Mitgliedstaaten ermutigend, mit diesen Anstrengungen fortzufahren,

erneut erklärend, dass Frauen in Anbetracht ihrer entscheidenden Rolle bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung an allen Phasen von Friedensprozessen voll, gleichberechtigt und wirksam mitwirken müssen, in Bekräftigung der Schlüsselrolle, die Frauen bei der Wiederherstellung des sozialen Gefüges einer sich erholenden Gesellschaft spielen können, und betonend, dass sie in die Entwicklung und Umsetzung von Postkonfliktstrategien einbezogen werden müssen, damit ihren Perspektiven und Bedürfnissen Rechnung getragen wird,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis darüber, dass Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen unterrepräsentiert sind und dass insbesondere bei Vermittlungsprozessen nur sehr wenige Frauen in offizieller Funktion tätig sind, und betonend, dass sichergestellt werden muss, dass eine angemessene Zahl von Frauen auf Entscheidungspositionen, als hochrangige Vermittlerinnen und als Mitglieder von Vermittlerteams ernannt werden,

nach wie vor sehr besorgt über die fortbestehenden Hindernisse hinsichtlich der vollen Mitwirkung von Frauen an der Verhütung und Beilegung von Konflikten und hinsichtlich ihrer Beteiligung am öffentlichen Leben nach Konflikten infolge von Gewalt und Einschüchterung, mangelnder Sicherheit und mangelnder Rechtsstaatlichkeit, kultureller Diskriminierung und Stigmatisierung, namentlich der Zunahme extremistischer oder fanatischer Ansichten über Frauen, sowie sozioökonomischen Faktoren, einschließlich des fehlenden Zugangs zu Bildung, und in dieser Hinsicht anerkennend, dass die Marginalisierung der Frauen die Herbeiführung dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit und Aussöhnung verzögern oder untergraben kann,

anerkennend, dass Frauen und Mädchen in Postkonfliktsituationen besondere Bedürfnisse haben, unter anderem in Bezug auf physische Sicherheit, Gesundheitsdienste, unter Einbeziehung der reproduktiven und der geistigen Gesundheit, Möglichkeiten der Existenzsicherung, Boden- und Eigentumsrechte, Beschäftigung sowie ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen und der Planung nach Konflikten, insbesondere in den frühen Phasen der Friedenskonsolidierung nach Konflikten,

feststellend, dass es bei der Stärkung der Mitwirkung von Frauen an der Konfliktverhütung, der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung trotz einiger Fortschritte nach wie vor Hindernisse gibt, mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass die Kapazitäten von Frauen zur Beteiligung an der öffentlichen Entscheidungsfindung und der wirtschaftlichen Erholung in Postkonfliktsituationen häufig nicht ausreichend anerkannt oder finanziell unterstützt werden, und unterstreichend, dass die Bereitstellung von Finanzmitteln zur Deckung der Bedürfnisse der Frauen in der Frühphase der Wiederherstellung unerlässlich ist, um die Frauen stärker zu ermächtigen, was zu einer wirksamen Friedenskonsolidierung nach Konflikten beitragen kann,

sowie feststellend, dass Frauen in Situationen bewaffneten Konflikts und in Postkonfliktsituationen weiterhin oft als Opfer und nicht als Handelnde bei der Auseinandersetzung mit Situationen bewaffneten Konflikts und bei ihrer Beilegung gesehen werden, und betonend, dass nicht nur der Schutz der Frauen, sondern auch ihre Ermächtigung bei der Friedenskonsolidierung ein Schwerpunkt sein muss,

anerkennend, dass ein Verständnis der Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, namentlich als Flüchtlinge und Binnenvertriebene, eine angemessene und schnelle Reaktion auf ihre besonderen Bedürfnisse und wirksame institutionelle Vorkehrungen zur Gewährleistung ihres Schutzes und ihrer vollen Beteiligung am Friedensprozess, insbesondere in den frühen Phasen der Friedenskonsolidierung nach Konflikten, in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können,

unter Begrüßung der Initiative der Vereinten Nationen zur Entwicklung eines Systems ähnlich demjenigen, das erstmals vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen eingeführt wurde und das den Entscheidungsträgern erlaubt, die Verwendung der für Geschlechterfragen zugewiesenen Mittel in den Multi-Geber-Treuhandfonds der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen zu verfolgen,

sowie unter Begrüßung der Anstrengungen des Generalsekretärs, mehr Frauen für Leitungspositionen der Vereinten Nationen, insbesondere in Feldmissionen, zu ernennen, als einen konkreten Schritt, damit die Vereinten Nationen bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) eine Führungsrolle übernehmen,

ferner unter Begrüßung der bevorstehenden Einsetzung eines Lenkungsausschusses der Vereinten Nationen mit dem Ziel, im Hinblick auf die Vorbereitungen zum zehnten Jahrestag der Resolution 1325 (2000) für größere Sichtbarkeit zu sorgen und die Koordinierung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zu stärken,

die maßgeblichen Akteure dazu *ermutigend*, im Zeitraum 2009-2010 Veranstaltungen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene zu organisieren, um die Resolution 1325 (2000) stärker ins Bewusstsein zu rücken, auch durch Veranstaltungen auf Ministerebene, die Verpflichtungen im Hinblick auf „Frauen und Frieden und Sicherheit“ zu erneuern und Wege für die Auseinandersetzung mit verbleibenden und neuen Herausforderungen bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) in der Zukunft aufzuzeigen,

1. *fordert* die Mitgliedstaaten, die internationalen und die regionalen Organisationen *nachdrücklich auf*, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Mitwirkung von Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen, insbesondere der Konfliktbeilegung, der Postkonfliktplanung und der Friedenskonsolidierung, zu verbessern, indem Frauen verstärkt in die politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung in den frühen Phasen von Wiederherstellungsprozessen einbezogen werden, unter anderem durch die Förderung der Führungsrolle von Frauen und ihrer Fähigkeit, am Management und an der Planung der Hilfe mitzuwirken, durch die Unterstützung von Frauenorganisationen und durch das Vorgehen gegen negative gesellschaftliche Einstellungen hinsichtlich der Fähigkeit der Frauen zur gleichberechtigten Teilhabe;

2. *fordert* alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien *erneut auf*, das auf die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen anwendbare Völkerrecht uneingeschränkt zu achten;

3. *verurteilt nachdrücklich* alle in Situationen bewaffneten Konflikts und in Postkonfliktsituationen an Frauen und Mädchen begangenen Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, verlangt von allen an Konflikten beteiligten Parteien, derartige Handlungen mit sofortiger Wirkung einzustellen, und betont, dass es allen Staaten obliegt, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die für in bewaffneten Konflikten an Frauen und Mädchen begangene Gewalt in allen Formen, einschließlich Vergewaltigungen und sonstiger sexueller Gewalt, verantwortlich sind;

4. *fordert* den Generalsekretär *auf*, eine Strategie auszuarbeiten, namentlich gestützt auf geeignete Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, um die Zahl der Frauen zu erhöhen, die ernannt werden, um in seinem Namen Gute Dienste zu leisten, insbesondere als Sonderbeauftragte und Sondergesandte, und Maßnahmen zugunsten einer verstärkten Teilnahme von Frauen an den politischen, Friedenskonsolidierungs- und Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen zu ergreifen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, dass alle Landesberichte an den Sicherheitsrat Informationen über die Auswirkungen von Situationen bewaffneten Konflikts auf Frauen und Mädchen, ihre besonderen Bedürfnisse in Postkonfliktsituationen und die Hindernisse für die Deckung dieser Bedürfnisse enthalten;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dafür zu sorgen, dass die zuständigen Organe der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft Daten über die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in Postkonfliktsituationen, unter anderem auch Informationen über ihre Bedürfnisse in Bezug auf physische Sicherheit und die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen und an der Postkonfliktplanung, sammeln, analysieren und systematisch bewerten, um die systemweite Reaktion auf diese Bedürfnisse zu verbessern;

7. *bekundet seine Absicht*, bei der Festlegung und Erneuerung der Mandate der Missionen der Vereinten Nationen Bestimmungen über die Förderung der Gleichstellung und die Ermächtigung der Frauen in Postkonfliktsituationen aufzunehmen, und ersucht den Generalsekretär, soweit angezeigt weiterhin Berater für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen und/oder Frauenschutzberater für Missionen der Vereinten Nationen zu ernennen, und bittet diese, in Zusammenarbeit mit den Landesteams der Vereinten Nationen technische Hilfe zu leisten und verstärkte Koordinierungsanstrengungen zu unternehmen, um den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen bei der Wiederherstellung nach Konflikten Rechnung zu tragen;

8. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, die Geschlechterperspektive in alle Prozesse und Sektoren der Friedenskonsolidierung und Wiederherstellung nach Konflikten einzubeziehen;

9. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Organe der Vereinten Nationen, die Geber und die Zivilgesellschaft *nachdrücklich auf*, dafür zu sorgen, dass die Ermächtigung der Frauen während der Bedarfsermittlung und Planung nach Konflikten und in den nachfolgenden Mittelauszahlungen und Programmaktivitäten berücksichtigt wird, namentlich indem transparente Verfahren der Analyse und der Verfolgung der zur Deckung der Bedürfnisse von Frauen in der Konfliktfolgezeit zugewiesenen Mittel entwickelt werden;

10. *legt* den Mitgliedstaaten in Postkonfliktsituationen *nahe*, in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauenorganisationen, die Bedürfnisse und Prioritäten von Frauen und Mädchen detailliert darzulegen und im Einklang mit ihrem Rechtssystem konkrete Strategien zu entwerfen, um diesen Bedürfnissen und Prioritäten zu entsprechen, die unter anderem die Unterstützung für erhöhte physische Sicherheit und bessere sozioökonomische Bedingungen betreffen, durch Bildung, einkommenschaffende Tätigkeiten, den Zugang zu grundlegenden Diensten, insbesondere Gesundheitsdiensten unter Einbeziehung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, der reproduktiven Rechte und der geistigen Gesundheit, durch Geschlechtergerechtigkeit bei der Strafverfolgung und beim Zugang zur Justiz sowie durch die Stärkung der Fähigkeit zur Teilnahme an der öffentlichen Entscheidungsfindung auf allen Ebenen;

11. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Organe der Vereinten Nationen und die Zivilgesellschaft, einschließlich der nichtstaatlichen Organisationen, *nachdrücklich auf*, alle durchführbaren Maßnahmen zu ergreifen, um in Postkonfliktsituationen in Anbetracht der entscheidenden Rolle der Bildung bei der Förderung der Beteiligung von Frauen an der Entscheidungsfindung nach Konflikten Frauen und Mädchen gleichberechtigten Zugang zur Bildung zu gewährleisten;

12. *fordert* alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien *auf*, den zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslagern und -siedlungen zu achten und den Schutz aller in solchen Lagern lebenden Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Mädchen, vor allen Formen der Gewalt, einschließlich Vergewaltigung und sonstiger sexueller Gewalt, sowie den vollen, ungehinderten und sicheren Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten;

13. *fordert* alle an der Planung für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung Beteiligten *auf*, den besonderen Bedürfnissen der mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Frauen und Mädchen sowie ihrer Kinder Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, dass sie zu diesen Programmen vollen Zugang haben;

14. *legt* der Kommission für Friedenskonsolidierung und dem Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung *nahe*, weiter dafür zu sorgen, dass die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen als fester Bestandteil der Friedenskonsolidierung nach Konflikten systematisch beachtet wird und Ressourcen dafür mobilisiert werden, und Frauen zur vollen Beteiligung an diesem Prozess zu ermutigen;

15. *ersucht* den Generalsekretär, in seinem Aktionsplan zur Verbesserung der Friedenskonsolidierungsbemühungen der Vereinten Nationen zu berücksichtigen, dass die Beteiligung von Frauen an der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsfindung von den frühesten Phasen des Friedenskonsolidierungsprozesses an verbessert werden muss;

16. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, bei den Bemühungen der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt und bewaffnete Konflikte, um dessen Ernennung in Resolution 1888 (2009) des Sicherheitsrats ersucht wurde, volle Transparenz, Zusammenarbeit und Koordinierung zu gewährleisten;

17. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, dem Rat innerhalb von sechs Monaten einen Katalog von Indikatoren zur Prüfung vorzulegen, die auf globaler Ebene zur Verfolgung der Durchführung seiner Resolution 1325 (2000) verwendet werden können und die als gemeinsame Grundlage für die Berichterstattung der zuständigen Stellen der Vereinten Nationen, anderer internationaler und regionaler Organisationen und der Mitgliedstaaten über die Durchführung der Resolution 1325 (2000) im Jahr 2010 und darüber hinaus dienen könnten;

18. *ersucht* den Generalsekretär, in den in der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 23. Oktober 2007[252] erbetenen Bericht auch eine Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung seiner Resolution 1325 (2000), eine Bewertung der Verfahren des Rates für die Entgegennahme und Analyse von Informationen betreffend Resolution 1325 (2000) und seine diesbezügliche Beschlussfassung, Empfehlungen für weitere Maßnahmen zur besseren Koordinierung im gesamten System der Vereinten Nationen und mit den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft mit dem Ziel, die Durchführung zu gewährleisten, sowie Daten über die Beteiligung von Frauen an Missionen der Vereinten Nationen aufzunehmen;

19. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Rat innerhalb von zwölf Monaten einen Bericht über Maßnahmen zur Beteiligung und Einbeziehung von Frauen bei der Friedenskonsolidierung und der Planung in der Konfliktfolgezeit vorzulegen, darin die Auffassungen der Kommission für Friedenskonsolidierung zu berücksichtigen und unter anderem die folgenden Elemente aufzunehmen:

a) eine Analyse der besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in Postkonfliktsituationen;

b) Probleme bei der Mitwirkung von Frauen an der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung und bei der Integration der Geschlechterperspektive in alle Prozesse der Planung, Finanzierung und Wiederherstellung in der Frühphase nach einem Konflikt;

c) Maßnahmen zur Unterstützung der nationalen Kapazitäten bei der Planung und Finanzierung von Maßnahmen, die den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen in Postkonfliktsituationen Rechnung tragen;

d) Empfehlungen zur Verbesserung der internationalen und nationalen Maßnahmen, die den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen in Postkonfliktsituationen Rechnung

[252] S/PRST/2007/40.

tragen, einschließlich der Entwicklung wirksamer finanzieller und institutioneller Vorkehrungen, um die volle und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am Friedenskonsolidierungsprozess zu gewährleisten;

20. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6196. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 2. Februar 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[253]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 29. Januar 2010, in dem Sie mich über Ihre Absicht unterrichteten, Frau Margot Wallström (Schweden) zur Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten zu ernennen[254], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

Auf seiner 6302. Sitzung am 27. April 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Frauen und Frieden und Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs über Frauen und Frieden und Sicherheit (S/2010/173)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Margot Wallström, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, und Frau Rachel Mayanja, die Sonderberaterin für Gleichstellungsfragen und Frauenförderung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[255]:

„Der Sicherheitsrat begrüßt die Ernennung von Frau Margot Wallström zur Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten und bekundet erneut seine Unterstützung für ihr in Resolution 1888 (2009) festgelegtes Mandat.

Der Rat begrüßt die rechtzeitige Vorlage des in Resolution 1889 (2009) erbetenen Berichts des Generalsekretärs[256] und nimmt Kenntnis von den darin enthaltenen Indikatoren und Empfehlungen.

Der Rat stellt fest, dass die in dem Bericht enthaltenen Indikatoren vor einer praktischen Anwendung technisch und konzeptionell weiterentwickelt werden müssen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin Konsultationen mit dem Rat zu führen und dabei die Auffassungen einzubeziehen, die von anderen maßgeblichen Interessenträgern, einschließlich des breiteren Kreises der Mitglieder der Vereinten Nationen, bekundet werden, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die in seinem Bericht enthaltenen Indikatoren weiterzuentwickeln, sowie der parallel laufenden Arbeiten betreffend Resolution 1888 (2009), um in seinen nächsten, dem Rat im Oktober 2010 vorzulegenden Bericht über die Durchführung von Resolution 1325

[253] S/2010/63.

[254] S/2010/62.

[255] S/PRST/2010/8.

[256] S/2010/173.

(2000) einen umfassenden Satz von Indikatoren sowie ein Arbeitsprogramm aufzunehmen, in dem die jeweiligen Rollen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Indikatoren innerhalb des Systems der Vereinten Nationen und ein Zeitrahmen für die praktische Anwendung der Indikatoren festgelegt sind.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin dafür zu sorgen, dass alle Staatenberichte an den Rat Informationen über die Auswirkungen von Situationen bewaffneten Konflikts auf Frauen und Mädchen, ihre besonderen Bedürfnisse in Postkonfliktsituationen und die Hindernisse für die Deckung dieser Bedürfnisse enthalten.

Der Rat bekundet seine Absicht, anlässlich des zehnten Jahrestags seiner Resolution 1325 (2000) im Oktober 2010 über einen umfassenden Satz von Indikatoren zu entscheiden, die auf globaler Ebene zur Verfolgung der Durchführung seiner Resolution 1325 (2000) verwendet werden können.

Der Rat verleiht erneut seinem Wunsch Ausdruck, den zehnten Jahrestag seiner Resolution 1325 (2000) zu begehen."

UNTERRICHTUNG DURCH DEN PRÄSIDENTEN DES INTERNATIONALEN GERICHTSHOFS[257]

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6208. Sitzung am 29. Oktober 2009 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6208. Sitzung am 29. Oktober 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Unterrichtung durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs'.

Wie zuvor in Konsultationen des Rates vereinbart, lud der Präsident Richter Hisashi Owada, den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder und Richter Owada führten einen Meinungsaustausch."

UNTERRICHTUNG DURCH DEN AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA[258]

Beschlüsse

Auf seiner 6268. Sitzung am 5. Februar 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Unterrichtung durch den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa".

---

[257] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

[258] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2001 verabschiedet.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Kanat Saudabayev, den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

SITZUNG DES SICHERHEITSRATS MIT DEN TRUPPEN- UND POLIZEISTELLENDEN LÄNDERN GEMÄSS RESOLUTION 1353 (2001), ANLAGE II, ABSCHNITTE A UND B[259]

A. Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6231. Sitzung am 7. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 7. Dezember 2009 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6231. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Herrn Tayé-Brook Zerihoun, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Zypern und Leiter der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.“

Auf seiner nichtöffentlichen 6331. Sitzung am 4. Juni 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 4. Juni 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6331. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Atul Khare, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Khare und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.“

---

[259] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2001 verabschiedet. Der Tagesordnungspunkt „Sitzung des Sicherheitsrats mit den truppenstellenden Ländern gemäß Resolution 1353 (2001), Anlage II, Abschnitte A und B“ wurde umbenannt und lautet ab der 6275. Sitzung am 22. Februar 2010 „Sitzung des Sicherheitsrats mit den truppen- und polizeistellenden Ländern gemäß Resolution 1353 (2001), Anlage II, Abschnitte A und B“.

B. Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6232. Sitzung am 7. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 7. Dezember 2009 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6232. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Frau Nina Lahoud, der Geschäftsführenden Leiterin der Abteilung Asien und Naher Osten der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Lahoud und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner nichtöffentlichen 6343. Sitzung am 21. Juni 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 21. Juni 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6343. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Wolfgang Weisbrod-Weber, dem Direktor der Abteilung Asien und Naher Osten der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Weisbrod-Weber und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

C. Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6181. Sitzung am 13. August 2009 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 13. August 2009 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6181. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Herrn Edmond Mulet, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Mulet und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

D. Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6295. Sitzung am 9. April 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 9. April 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6295. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Wolfgang Weisbrod-Weber, dem Direktor der Abteilung Asien und Naher Osten der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten."

E. Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6237. Sitzung am 10. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 10. Dezember 2009 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6237. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Herrn Alan Doss, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates per Videokonferenz unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Doss und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner nichtöffentlichen 6294. Sitzung am 7. April 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 7. April 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6294. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Alan Doss, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Doss und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

F. Mission der Vereinten Nationen in Liberia

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6184. Sitzung am 3. September 2009 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 3. September 2009 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6184. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Mission der Vereinten Nationen in Liberia stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Frau Ellen Margrethe Løj, der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Liberia und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Løj und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

G. Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6258. Sitzung am 14. Januar 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 14. Januar 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6258. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Herrn Choi Young-Jin, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Choi und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner nichtöffentlichen 6328. Sitzung am 3. Juni 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 3. Juni 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 6328. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Choi Young-Jin, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Choi und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

H. Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6185. Sitzung am 4. September 2009 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 4. September 2009 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6185. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Herrn Edmond Mulet, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Mulet und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

I. Mission der Vereinten Nationen in Sudan

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6296. Sitzung am 9. April 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 9. April 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6296. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen in Sudan stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Jack Christofides, dem Leitenden Referenten in der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Christofides und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

J. Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6275. Sitzung am 22. Februar 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 22. Februar 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6275. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Frau Ameerah Haq, der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Timor-Leste und Leiterin der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Haq und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.“

Auf seiner nichtöffentlichen 6332. Sitzung am 4. Juni 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 4. Juni 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6332. Sitzung mit den Ländern ab, die Polizei und militärische Verbindungsoffiziere für die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste stellen.

Der Rat und die Länder, die Polizei und militärische Verbindungsoffiziere stellen, ließen sich von Herrn Atul Khare, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Herrn Ata Yenigun aus der Abteilung Polizei der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Khare und die Vertreter der teilnehmenden Länder, die Polizei und militärische Verbindungsoffiziere stellen, führten einen Meinungsaustausch.“

K. Hybrider Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur

Beschluss

Auf seiner nichtöffentlichen 6361. Sitzung am 19. Juli 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 19. Juli 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II zur Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6361. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Atul Khare, dem Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, Generalleutnant Chikadibia Obiakor, Militärberater für Friedenssicherungseinsätze, Herrn Ata Yenigun aus der Abteilung Polizei der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und Herrn Emil Petrunov aus der Sekretariats-Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.“

Die Ratsmitglieder, Herr Khare, Generalleutnant Obiakor, Herr Yenigun, Herr Petrunov und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.“

L. Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad

Beschlüsse

Auf seiner nichtöffentlichen 6282. Sitzung am 10. März 2010 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 10. März 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche

6282. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Generalleutnant Chikadibia Obiakor, Militärberater für Friedenssicherungseinsätze, und Frau Ingrid Hayden aus der Abteilung Afrika I der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten."

Die Ratsmitglieder, Generalleutnant Obiakor, Frau Hayden und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

Auf seiner nichtöffentlichen 6307. Sitzung am 5. Mai 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Am 5. Mai 2010 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 6307. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Youssef Mahmoud, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Tschad und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Mahmoud und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch."

BEDROHUNGEN DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT DURCH TERRORISTISCHE HANDLUNGEN[260]

Beschlüsse

Am 16. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[261]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 11. Dezember 2009 betreffend Ihre Absicht, das Mandat des Exekutivdirektors des Exekutivdirektoriums des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus, Herrn Mike Smith, bis zum 31. Dezember 2010 zu verlängern[262], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die von Ihrer Absicht gebührend Kenntnis genommen haben."

Auf seiner 6247. Sitzung am 17. Dezember 2009 behandelte der Rat den Punkt „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen".

---

[260] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2001 verabschiedet.

[261] S/2009/656.

[262] S/2009/655.

Resolution 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1333 (2000) vom 19. Dezember 2000, 1363 (2001) vom 30. Juli 2001, 1373 (2001) vom 28. September 2001, 1390 (2002) vom 16. Januar 2002, 1452 (2002) vom 20. Dezember 2002, 1455 (2003) vom 17. Januar 2003, 1526 (2004) vom 30. Januar 2004, 1566 (2004) vom 8. Oktober 2004, 1617 (2005) vom 29. Juli 2005, 1624 (2005) vom 14. September 2005, 1699 (2006) vom 8. August 2006, 1730 (2006) vom 19. Dezember 2006, 1735 (2006) vom 22. Dezember 2006 und 1822 (2008) vom 30. Juni 2008 sowie die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

bekräftigend, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wann und von wem sie begangen werden, und in erneuter Bekräftigung seiner unmissverständlichen Verurteilung der Al-Qaida, Osama bin Ladens, der Taliban und anderer mit ihnen verbundener Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen für die vielfachen verbrecherischen Terrorakte, die von ihnen fortlaufend begangen werden, um den Tod unschuldiger Zivilpersonen und anderer Opfer sowie die Zerstörung von Sachwerten zu verursachen und die Stabilität nachhaltig zu untergraben,

sowie in Bekräftigung der Notwendigkeit, durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, einschließlich der anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen, des Flüchtlingsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts, zu bekämpfen, und in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle hervorhebend, die den Vereinten Nationen bei der Führung und Koordinierung dieser Anstrengungen zukommt,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Zunahme der Vorfälle von Entführung und Geiselnahme, die von mit der Al-Qaida, Osama bin Laden oder den Taliban verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen mit dem Ziel begangen werden, Mittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erreichen,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für den Kampf gegen die unerlaubte Gewinnung von und den unerlaubten Verkehr mit Drogen ausgehend von Afghanistan und chemischen Ausgangsstoffen nach Afghanistan in den Nachbarländern, den an den Handelswegen gelegenen Ländern, den Zielländern der Drogen und den Vorläuferstoffe herstellenden Ländern,

betonend, dass der Terrorismus nur durch einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz besiegt werden kann, mit der aktiven Beteiligung und Zusammenarbeit aller Staaten und internationalen und regionalen Organisationen, um die terroristische Bedrohung zu behindern, zu schwächen, zu isolieren und auszuschalten,

unterstreichend, dass Sanktionen ein wichtiges in der Charta vorgesehenes Instrument zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sind, und in diesem Zusammenhang betonend, dass die Maßnahmen in Ziffer 1 dieser Resolution als maßgebliches Instrument zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten auf robuste Weise umgesetzt werden müssen,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, aktiv an der Führung und Aktualisierung der nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1333 (2000) aufgestellten Liste („die Konsolidierte Liste“) mitzuwirken, indem sie zusätzliche Informationen zu den derzeitigen Listeneinträgen beisteuern, gegebenenfalls Anträge auf Streichung von der Liste stellen und indem sie weitere Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen

ermitteln und zur Aufnahme in die Liste benennen, die den in Ziffer 1 genannten Maßnahmen unterliegen sollen,

davon Kenntnis nehmend, dass Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten nach Ziffer 1 durchgeführt wurden, rechtlich und auf andere Weise angefochten worden sind, unter Begrüßung der Verbesserungen der Verfahren des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) und der Qualität der Konsolidierten Liste und seine Absicht bekundend, auch künftig Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Verfahren fair und klar sind,

bekräftigend, dass die in Ziffer 1 genannten Maßnahmen präventiven Charakter haben und von strafrechtlichen Normen des innerstaatlichen Rechts unabhängig sind,

daran erinnernd, dass die Generalversammlung am 8. September 2006 die Weltweite Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus[263] verabschiedet hat und dass der Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung eingerichtet wurde, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten,

unter Begrüßung der laufenden Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss und der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL), dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, insbesondere in Bezug auf technische Hilfe und Kapazitätsaufbau, und allen anderen Organen der Vereinten Nationen und dazu anregend, weiter mit dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung zusammenzuwirken, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend von der anhaltenden Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die von der Al-Qaida, Osama bin Laden und den Taliban sowie den anderen mit ihnen verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zehn Jahre nach der Verabschiedung der Resolution 1267 (1999) nach wie vor ausgeht, und in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, gegen alle Aspekte dieser Bedrohung anzugehen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

Maßnahmen

1. *beschließt*, dass alle Staaten die folgenden, mit Ziffer 4 *b*) der Resolution 1267 (1999), Ziffer 8 *c*) der Resolution 1333 (2000) und den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1390 (2002) bereits verhängten Maßnahmen im Hinblick auf die Al-Qaida, Osama bin Laden und die Taliban sowie die mit ihnen verbundenen sonstigen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen ergreifen werden, die in der nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1333 (2000) aufgestellten Liste (die „Konsolidierte Liste“) aufgeführt sind:

a) die Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen dieser Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen unverzüglich einzufrieren, einschließlich der Gelder, die aus Vermögensgegenständen stammen, die in ihrem Eigentum stehen oder die direkt oder indirekt von ihnen oder von Personen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, kontrolliert werden, und sicherzustellen, dass weder diese noch irgendwelche anderen Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen von ihren Staatsangehörigen oder von in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Personen direkt oder indirekt zugunsten solcher Personen zur Verfügung gestellt werden;

b) die Einreise dieser Personen in oder ihre Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet zu verhindern, mit der Maßgabe, dass diese Bestimmung keinen Staat dazu verpflichtet, sei-

[263] Resolution 60/288 der Generalversammlung.

nen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern oder ihre Ausreise zu verlangen, und dass diese Bestimmung keine Anwendung findet, wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist oder wenn der Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999), stets im Einzelfall, feststellt, dass die Ein- oder Durchreise gerechtfertigt ist;

c) zu verhindern, dass an diese Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen außerhalb ihres Hoheitsgebiets oder unter Nutzung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die ihre Flagge führen, Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und entsprechender Ersatzteile, und technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung hinsichtlich militärischer Aktivitäten auf direktem oder indirektem Weg geliefert, verkauft oder weitergegeben werden;

2. *bekräftigt*, dass unter anderem die folgenden Handlungen oder Aktivitäten darauf hindeuten, dass eine Person, eine Gruppe, ein Unternehmen oder eine Einrichtung mit der Al-Qaida, Osama bin Laden oder den Taliban verbunden ist:

a) die Beteiligung an der Finanzierung, Planung, Erleichterung, Vorbereitung oder Begehung von Handlungen oder Aktivitäten durch, zusammen mit, unter dem Namen oder im Namen von oder zur Unterstützung der Al-Qaida, Osama bin Ladens oder der Taliban oder einer ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger,

b) die Lieferung, der Verkauf oder die Weitergabe von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an diese,

c) die Rekrutierung für diese oder

d) die sonstige Unterstützung ihrer Handlungen oder Aktivitäten;

3. *bekräftigt ferner*, dass jedes Unternehmen oder jede Einrichtung, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle solcher mit der Al-Qaida, Osama bin Laden oder den Taliban verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen steht oder diese auf andere Weise unterstützt, zur Aufnahme in die Liste vorgeschlagen werden kann;

4. *bestätigt*, dass die Vorschriften in Ziffer 1 *a*) auf alle Arten von Finanzmitteln und wirtschaftlichen Ressourcen Anwendung finden, so unter anderem für die Bereitstellung von Webhosting- oder damit zusammenhängenden Diensten eingesetzte Finanzmittel und Ressourcen, die zur Unterstützung der Al-Qaida, Osama bin Ladens und der Taliban sowie anderer mit ihnen verbundener Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen genutzt werden;

5. *bestätigt außerdem*, dass die Vorschriften in Ziffer 1 *a*) auch auf die Zahlung von Lösegeldern an Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen auf der Konsolidierten Liste Anwendung finden;

6. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten Einzahlungen auf nach Ziffer 1 eingefrorene Konten zugunsten der auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen gestatten können, mit der Maßgabe, dass diese Einzahlungen weiter den Bestimmungen in Ziffer 1 unterliegen und eingefroren werden;

7. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, von den in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1452 (2002) festgelegten und mit Resolution 1735 (2006) geänderten Bestimmungen betreffend zulässige Ausnahmen von den Maßnahmen in Ziffer 1 *a*) Gebrauch zu machen, und weist den Ausschuss an, die in den Richtlinien des Ausschusses festgelegten Verfahren für Ausnahmen zu überprüfen, um ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten zu erleichtern, und weiter dafür zu sorgen, dass Ausnahmen aus humanitären Gründen schnell und auf transparente Weise gewährt werden;

Aufnahme in die Liste

8. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, dem Ausschuss im Hinblick auf die Aufnahme in die Konsolidierte Liste die Namen von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen mitzuteilen, die, gleichviel durch welche Mittel, an der Finanzierung oder Unterstützung von Handlungen oder Aktivitäten der Al-Qaida, Osama bin Ladens und der Taliban sowie anderer mit ihnen verbundener Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, wie in Ziffer 2 der Resolution 1617 (2005) beschrieben und in Ziffer 2 dieser Resolution bekräftigt, beteiligt sind, und ermutigt die Mitgliedstaaten ferner, eine nationale Kontaktstelle für Einträge in der Konsolidierten Liste zu benennen;

9. *stellt fest*, dass zu solchen Mitteln der Finanzierung oder Unterstützung unter anderem die Nutzung der Erträge aus dem unerlaubten Anbau und der unerlaubten Gewinnung von und dem unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen vor allem aus Afghanistan und ihren Ausgangsstoffen gehört;

10. *wiederholt seine Aufforderung* zur Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss, der Regierung Afghanistans und der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, namentlich bei der Benennung von Personen und Einrichtungen, die an der Finanzierung oder Unterstützung von Handlungen oder Aktivitäten der Al-Qaida und der Taliban beteiligt sind, wie in Ziffer 30 der Resolution 1806 (2008) vom 20. März 2008 beschrieben;

11. *bekräftigt*, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Konsolidierte Liste vorschlagen, im Einklang mit Ziffer 5 der Resolution 1735 (2006) und Ziffer 12 der Resolution 1822 (2008) handeln und eine detaillierte Darstellung des Falls vorlegen werden, und beschließt ferner, dass die Falldarstellung, mit Ausnahme der Teile, die ein Mitgliedstaat als vom Ausschuss vertraulich zu behandeln ausweist, auf Antrag veröffentlicht und zur Erstellung der in Ziffer 14 beschriebenen Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste verwendet werden kann;

12. *bittet* die Mitgliedstaaten, die die Aufnahme eines neuen Eintrags vorschlagen, sowie die Mitgliedstaaten, die vor der Verabschiedung dieser Resolution die Aufnahme von Namen in die Konsolidierte Liste vorgeschlagen haben, anzugeben, ob der Ausschuss auf Antrag eines Mitgliedstaats ihren Status als vorschlagender Staat bekanntgeben kann;

13. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Konsolidierte Liste vorschlagen, das neue Standardformular für Listeneinträge zu benutzen, sobald es beschlossen und auf der Website des Ausschusses abrufbar ist, ersucht sie darum, dem Ausschuss möglichst umfangreiche sachdienliche Angaben zu dem vorgeschlagenen Namen vorzulegen, insbesondere ausreichende Identifizierungsangaben, um die genaue und eindeutige Identifizierung von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu ermöglichen, und weist den Ausschuss an, das Standardformular für Listeneinträge nach Bedarf entsprechend den Bestimmungen dieser Resolution zu aktualisieren;

14. *weist* den Ausschuss *an*, mit Hilfe des Teams für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung und in Abstimmung mit den jeweiligen vorschlagenden Staaten gleichzeitig mit der Aufnahme eines Namens in die Konsolidierte Liste auf der Website des Ausschusses eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme des Eintrags/der Einträge zu veröffentlichen, und weist den Ausschuss ferner an, sich mit Hilfe des Überwachungsteams und in Abstimmung mit den jeweiligen vorschlagenden Staaten weiter darum zu bemühen, auf der Website des Ausschusses Zusammenfassungen der Gründe für die Aufnahme derjenigen Einträge zu veröffentlichen, die vor dem Datum der Verabschiedung der Resolution 1822 (2008) in die Konsolidierte Liste aufgenommen wurden;

15. *legt* den Mitgliedstaaten und den zuständigen internationalen Organisationen *nahe*, den Ausschuss über alle einschlägigen Gerichtsentscheidungen und -verfahren zu

unterrichten, damit er sie berücksichtigen kann, wenn er einen Eintrag überprüft oder eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste aktualisiert;

16. *fordert* alle Mitglieder des Ausschusses und des Überwachungsteams *auf*, dem Ausschuss alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über einen Antrag eines Mitgliedstaats auf Aufnahme eines Namens in die Liste zu übermitteln, damit der Ausschuss bei seiner Entscheidung über die Aufnahme in die Liste sich auf diese Informationen stützen kann und zusätzliche Angaben für die in Ziffer 14 beschriebene Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste erhält;

17. *weist* den Ausschuss *an*, seine Richtlinien abzuändern, damit den Mitgliedern des Ausschusses ein längerer Zeitraum zur Verfügung steht, um zu prüfen, ob die Vorschläge für die Aufnahme von Namen in die Konsolidierte Liste begründet sind, und ausreichende Identifizierungsangaben aufzunehmen, um die vollständige Durchführung der Maßnahmen zu ermöglichen, wobei es im Ermessen des Vorsitzenden des Ausschusses liegt, im Notfall und bei Eilbedarf Ausnahmen zuzulassen, und stellt fest, dass Anträge auf Aufnahme eines Namens in die Liste auf Antrag eines Ausschussmitglieds auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt werden können;

18. *beschließt*, dass das Sekretariat nach der Veröffentlichung, jedenfalls aber innerhalb von drei Arbeitstagen nach der Aufnahme eines Namens in die Konsolidierte Liste die Ständige Vertretung des Landes oder der Länder, in dem/denen die Person oder die Einrichtung sich mutmaßlich befindet, sowie bei Personen das Land, dessen Staatsangehöriger die Person ist (soweit dies bekannt ist), benachrichtigt, im Einklang mit Ziffer 10 der Resolution 1735 (2006), und ersucht das Sekretariat, unmittelbar nach der Aufnahme eines Namens in die Konsolidierte Liste auf der Website des Ausschusses alle sachdienlichen, veröffentlichungsfähigen Informationen, einschließlich der Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, zu veröffentlichen;

19. *bekräftigt* Ziffer 17 der Resolution 1822 (2008), in der verlangt wird, dass die Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten alle durchführbaren Maßnahmen ergreifen, um die in die Liste aufgenommene Person oder Einrichtung rasch von ihrer Aufnahme in die Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren und der Benachrichtigung die Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, eine Beschreibung der in den einschlägigen Resolutionen festgelegten Auswirkungen der Aufnahme in die Liste, die Verfahren des Ausschusses zur Prüfung von Streichungsanträgen, einschließlich der Möglichkeit der Einreichung eines solchen Antrags bei der Ombudsperson gemäß den Ziffern 20 und 21 und Anlage II dieser Resolution, und die Bestimmungen der Resolution 1452 (2002) betreffend zulässige Ausnahmen beizufügen;

Streichung von der Liste/Ombudsperson

20. *beschließt*, dass dem Ausschuss bei der Prüfung von Anträgen auf Streichung von der Liste ein für einen Anfangszeitraum von achtzehn Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution einzurichtendes Büro der Ombudsperson zur Seite stehen wird, ersucht den Generalsekretär, in enger Abstimmung mit dem Ausschuss eine namhafte Person von hohem sittlichem Ansehen, die sich durch Unparteilichkeit und Integrität auszeichnet und über hohe Qualifikationen und Erfahrung auf einschlägigen Gebieten, wie dem Recht, den Menschenrechten, der Terrorismusbekämpfung und Sanktionen, verfügt, zur Ombudsperson zu ernennen, mit dem in Anlage II umschriebenen Mandat, und beschließt ferner, dass die Ombudsperson diese Aufgaben auf unabhängige und unparteiliche Weise wahrnehmen und von keiner Regierung Weisungen einholen oder entgegennehmen wird;

21. *beschließt außerdem*, dass das Büro der Ombudsperson, nachdem diese ernannt worden ist, nach den in Anlage II festgelegten Verfahren Anträge von Personen und Einrichtungen entgegennehmen wird, die ihre Streichung von der Konsolidierten Liste anstre-

ben, und dass nach der Ernennung der Ombudsperson der in Resolution 1730 (2006) eingerichtete Mechanismus der Koordinierungsstelle solche Anträge nicht mehr entgegennehmen wird, und stellt fest, dass die Koordinierungsstelle weiter Anträge von Personen und Einrichtungen entgegennehmen wird, die die Streichung von anderen Sanktionslisten anstreben;

22. *weist* den Ausschuss *an*, im Einklang mit seinen Richtlinien auch weiterhin Anträge der Mitgliedstaaten auf Streichung von Mitgliedern beziehungsweise Verbündeten der Al-Qaida, Osama bin Ladens und der Taliban, die die in den einschlägigen Resolutionen festgelegten Kriterien nicht mehr erfüllen, von der Konsolidierten Liste zu prüfen und die Anträge auf Antrag eines Mitglieds des Ausschusses auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen;

23. *legt* den Staaten *nahe*, für Personen, deren Tod offiziell bestätigt wurde, insbesondere wenn keine Vermögenswerte ermittelt werden, und für nicht mehr bestehende Einrichtungen Streichungsanträge zu stellen, gleichzeitig jedoch alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Vermögenswerte, die diesen Personen oder Einrichtungen gehörten, nicht an andere auf der Konsolidierten Liste stehende Einrichtungen oder Personen übertragen oder verteilt wurden oder werden;

24. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, bei der Freigabe der eingefrorenen Vermögenswerte einer verstorbenen Person oder einer nicht mehr bestehenden Einrichtung infolge ihrer Streichung von der Liste an die in Resolution 1373 (2001) festgelegten Verpflichtungen zu denken und insbesondere zu verhindern, dass freigegebene Vermögenswerte für terroristische Zwecke verwendet werden;

25. *legt* dem Ausschuss *nahe*, die Meinungen des vorschlagenden Staates/der vorschlagenden Staaten und des Staates/der Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit oder der Gründung gebührend zu berücksichtigen, wenn er Anträge auf Streichung von der Liste prüft, und fordert die Ausschussmitglieder auf, sich nach besten Kräften zu bemühen, ihre Gründe für die Ablehnung solcher Streichungsanträge darzulegen;

26. *ersucht* das Überwachungsteam, dem Ausschuss nach Abschluss der Überprüfung gemäß Ziffer 25 der Resolution 1822 (2008) alle sechs Monate eine Liste der als verstorben gemeldeten Personen auf der Konsolidierten Liste zuzuleiten, zusammen mit einer Bewertung der entsprechenden Informationen, wie der Todesbescheinigung, und soweit möglich dem Status und dem Ort der eingefrorenen Vermögenswerte und den Namen von Personen oder Einrichtungen, die gegebenenfalls freigegebene Vermögenswerte erhalten könnten, weist den Ausschuss an, diese Listeneinträge zu überprüfen, um zu entscheiden, ob sie noch angemessen sind, und legt dem Ausschuss nahe, verstorbene Personen von der Liste zu streichen, wenn glaubwürdige Informationen über ihren Tod vorliegen;

27. *beschließt*, dass das Sekretariat innerhalb von drei Arbeitstagen nach der Streichung eines Namens von der Konsolidierten Liste die Ständige Vertretung des Landes oder der Länder, in dem/denen die Person oder die Einrichtung sich mutmaßlich befindet, sowie, im Falle von Personen, das Land, dessen Staatsangehöriger die Person ist (soweit dies bekannt ist), benachrichtigt, und verlangt, dass die Staaten, die eine solche Benachrichtigung erhalten, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Maßnahmen ergreifen, um die betreffende Person oder Einrichtung rasch von der Streichung von der Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren;

Überprüfung und Führung der Konsolidierten Liste

28. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, insbesondere die Staaten, die die Aufnahme in die Liste vorgeschlagen haben, und die Ansässigkeitsstaaten und die Staaten der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben samt dazugehörigen Unterlagen über die auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen vorzulegen, einschließlich aktueller Anga-

ben über den Tätigkeitsstatus der auf der Liste stehenden Einrichtungen, Gruppen und Unternehmen, über die Bewegungen, die Inhaftierung oder den Tod von auf der Liste stehenden Personen und über sonstige wichtige Ereignisse, sobald solche Informationen verfügbar werden;

29. *begrüßt* die bedeutenden Fortschritte, die der Ausschuss bei seiner Überprüfung aller Namen auf der Konsolidierten Liste gemäß Ziffer 25 der Resolution 1822 (2008) erzielt hat, weist den Ausschuss an, diese Überprüfung bis zum 30. Juni 2010 abzuschließen, und ersucht alle betroffenen Staaten, den Ersuchen des Ausschusses um für diese Überprüfung sachdienliche Informationen spätestens bis zum 1. März 2010 nachzukommen;

30. *ersucht* das Überwachungsteam, dem Ausschuss bis zum 30. Juli 2010 einen Bericht über das Ergebnis der in Ziffer 25 der Resolution 1822 (2008) beschriebenen Überprüfung und die von dem Ausschuss, den Mitgliedstaaten und dem Überwachungsteam unternommenen Anstrengungen zur Durchführung der Überprüfung vorzulegen;

31. *ersucht* das Überwachungsteam *außerdem*, dem Ausschuss nach Abschluss der in Ziffer 25 der Resolution 1822 (2008) beschriebenen Überprüfung jährlich eine Liste der Personen und Einrichtungen auf der Konsolidierten Liste zuzuleiten, deren Einträge nicht die erforderlichen Identifizierungsangaben enthalten, um die wirksame Durchführung der gegen sie verhängten Maßnahmen zu ermöglichen, und weist den Ausschuss an, diese Einträge zu überprüfen, um zu entscheiden, ob sie noch angemessen sind;

32. *weist* den Ausschuss *ferner an*, nach Abschluss der in Ziffer 25 der Resolution 1822 (2008) beschriebenen Überprüfung eine jährliche Überprüfung aller auf der Konsolidierten Liste stehenden Namen durchzuführen, die seit drei oder mehr Jahren nicht überprüft wurden, bei der die betreffenden Namen im Einklang mit den in den Richtlinien des Ausschusses festgelegten Verfahren den Staaten, die die Aufnahme vorgeschlagen haben, und den Ansässigkeitsstaaten und Staaten der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, sofern bekannt, zugeleitet werden, um sicherzustellen, dass die Konsolidierte Liste so aktuell und genau wie möglich ist, und zu bestätigen, dass die Einträge nach wie vor angemessen sind, und stellt fest, dass eine nach dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution gemäß den in Anlage II festgelegten Verfahren durchgeführte Prüfung eines Streichungsantrags durch den Ausschuss als einer Überprüfung des Eintrags gleichwertig anzusehen ist;

Umsetzung der Maßnahmen

33. *wiederholt*, wie wichtig es ist, dass alle Staaten geeignete Verfahren zur vollständigen Umsetzung aller Aspekte der in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen festlegen und erforderlichenfalls einführen;

34. *legt* dem Ausschuss *nahe*, auch weiterhin zu gewährleisten, dass es faire und klare Verfahren für die Aufnahme von Personen und Einrichtungen in die Konsolidierte Liste und für ihre Streichung von der Liste sowie für die Gewährung von Ausnahmen aus humanitären Gründen gibt, und weist den Ausschuss an, zu diesem Zweck seine Richtlinien fortlaufend aktiv zu überprüfen;

35. *weist* den Ausschuss *an*, mit Vorrang seine Richtlinien im Hinblick auf die Bestimmungen dieser Resolution, insbesondere die Ziffern 7, 13, 14, 17, 18, 22, 23, 34 und 41, zu überprüfen;

36. *legt* den Mitgliedstaaten und den zuständigen internationalen Organisationen *nahe*, Vertreter zur eingehenderen Erörterung der maßgeblichen Fragen mit dem Ausschuss zu entsenden, und begrüßt die von interessierten Mitgliedstaaten abgehaltenen freiwilligen Unterrichtungen über ihre Anstrengungen zur Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Maß-

nahmen, einschließlich der besonderen Herausforderungen, die der vollständigen Umsetzung der Maßnahmen entgegenstehen;

37. *ersucht* den Ausschuss, dem Rat über seine Erkenntnisse betreffend die Umsetzungsbemühungen der Mitgliedstaaten Bericht zu erstatten und die zur Verbesserung der Umsetzung notwendigen Schritte zu ermitteln und zu empfehlen;

38. *weist* den Ausschuss *an*, mögliche Fälle der Nichtbefolgung der in Ziffer 1 vorgesehenen Maßnahmen festzustellen und für jeden Fall die geeignete Vorgehensweise festzulegen, und ersucht den Vorsitzenden des Ausschusses, im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte an den Rat nach Ziffer 46 über die Fortschritte bei der Arbeit des Ausschusses in dieser Frage Bericht zu erstatten;

39. *legt* allen Mitgliedstaaten *eindringlich nahe*, bei der Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Maßnahmen sicherzustellen, dass nicht rechtmäßige, gefälschte, gestohlene und verlorene Reisepässe und sonstige Reisedokumente so bald wie möglich im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten für ungültig erklärt und aus dem Verkehr gezogen werden, und mit den anderen Mitgliedstaaten über die INTERPOL-Datenbank Informationen über diese Dokumente auszutauschen;

40. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten in ihren innerstaatlichen Datenbanken befindliche Informationen über nicht rechtmäßige, gefälschte, gestohlene und verlorene Identitäts- oder Reisedokumente, die ihrer Zuständigkeit unterliegen, mit dem Privatsektor auszutauschen und den Ausschuss zu benachrichtigen, wenn sich herausstellt, dass eine auf der Liste stehende Partei eine falsche Identität benutzt, um sich beispielsweise Kredit oder nicht rechtmäßige Reisedokumente zu verschaffen;

41. *weist* den Ausschuss *an*, seine Richtlinien zu ändern, um sicherzustellen, dass keine Angelegenheit für einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten bei dem Ausschuss anhängig bleibt, sofern der Ausschuss nicht im Einzelfall festlegt, dass außerordentliche Umstände zusätzliche Zeit zur Prüfung verlangen, und weist ferner Ausschussmitglieder, die um mehr Zeit für die Prüfung eines Vorschlags ersucht haben, an, nach drei Monaten aktuelle Informationen über die Fortschritte bei der Erledigung aller anhängigen Angelegenheiten vorzulegen;

42. *weist* den Ausschuss *außerdem an*, eine umfassende Überprüfung aller zum Datum der Verabschiedung dieser Resolution bei dem Ausschuss anhängigen Fragen vorzunehmen, und fordert ferner den Ausschuss und seine Mitglieder nachdrücklich auf, alle diese anhängigen Fragen soweit möglich bis zum 31. Dezember 2010 zum Abschluss zu bringen;

Koordinierung und Kontaktarbeit

43. *erklärt erneut*, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999), dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus (Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus) und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004) sowie ihren jeweiligen Sachverständigengruppen verbessert werden muss, namentlich und je nach Bedarf durch verstärkten Informationsaustausch und die Koordinierung der Besuche von Ländern, die unter ihr jeweiliges Mandat fallen, der Erleichterung und Überwachung der technischen Hilfe, der Beziehungen zu internationalen und regionalen Organisationen und Stellen sowie in sonstigen für alle drei Ausschüsse maßgeblichen Fragen, bekundet seine Absicht, den Ausschüssen auf den Gebieten von gemeinsamem Interesse Anleitung zu geben, damit ihre Maßnahmen besser koordiniert werden und ihre Zusammenarbeit erleichtert wird, und ersucht den Generalsekretär, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Gruppen so bald wie möglich an einem gemeinsamen Standort untergebracht werden können;

44. *ermutigt* das Überwachungsteam und das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, ihre gemeinsamen Tätigkeiten in Zusammenarbeit mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und den Sachverständigen des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004) fortzusetzen und den Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den einschlägigen Resolutionen behilflich zu sein, unter anderem auch durch die Veranstaltung regionaler und subregionaler Arbeitstagungen;

45. *ersucht* den Ausschuss nach Resolution 1267 (1999), gegebenenfalls Besuche ausgewählter Länder durch den Vorsitzenden und/oder Mitglieder des Ausschusses zu erwägen, um die vollständige und wirksame Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Maßnahmen zu fördern, mit dem Ziel, die Staaten zur vollständigen Durchführung dieser Resolution und der Resolutionen 1267 (1999), 1333 (2000), 1390 (2002), 1455 (2003), 1526 (2004), 1617 (2005), 1735 (2006) und 1822 (2008) zu ermutigen;

46. *ersucht* den Ausschuss *außerdem*, über seinen Vorsitzenden dem Rat mindestens alle einhundertachtzig Tage über den Stand der gesamten Arbeit des Ausschusses und des Überwachungsteams mündlich Bericht zu erstatten, gegebenenfalls in Verbindung mit den Berichten der Vorsitzenden des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004), einschließlich Unterrichtungen für alle interessierten Mitgliedstaaten;

Überwachungsteam

47. *beschließt*, zur Unterstützung des Ausschusses nach Resolution 1267 (1999) bei der Erfüllung seines Mandats sowie zur Unterstützung der Ombudsperson das Mandat des derzeitigen Überwachungsteams mit Sitz in New York, das nach Ziffer 7 der Resolution 1526 (2004) eingesetzt wurde, unter der Leitung des Ausschusses und mit den in Anlage I beschriebenen Aufgaben um einen weiteren Zeitraum von achtzehn Monaten zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die dafür notwendigen Vorkehrungen zu treffen;

Überprüfungen

48. *beschließt außerdem*, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen in achtzehn Monaten oder bei Bedarf auch früher im Hinblick auf ihre mögliche weitere Stärkung zu überprüfen;

49. *beschließt ferner*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6247. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage I

Im Einklang mit Ziffer 47 dieser Resolution ist das Überwachungsteam unter der Leitung des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) tätig und hat die folgenden Aufgaben:

a) dem Ausschuss zwei umfassende, unabhängige schriftliche Berichte über die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten vorzulegen, den ersten gemäß Ziffer 30 bis zum 30. Juli 2010 und den zweiten bis zum 22. Februar 2011, und in diese Berichte konkrete Empfehlungen für die bessere Umsetzung der Maßnahmen und für mögliche neue Maßnahmen aufzunehmen;

b) der Ombudsperson bei der Durchführung ihres in Anlage II festgelegten Mandats behilflich zu sein;

c) dem Ausschuss bei der regelmäßigen Überprüfung der Namen auf der Konsolidierten Liste behilflich zu sein, namentlich durch die Durchführung von Reisen und durch Kontakte mit den Mitgliedstaaten zur Aufbereitung der Unterlagen des Ausschusses über die Tatsachen und Umstände im Zusammenhang mit einem Listeneintrag;

d) die gemäß Ziffer 6 der Resolution 1455 (2003) vorgelegten Berichte, die nach Ziffer 10 der Resolution 1617 (2005) vorgelegten Prüflisten und die sonstigen dem Ausschuss auf seine Anweisung von den Mitgliedstaaten vorgelegten Informationen zu analysieren;

e) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, an Mitgliedstaaten gerichtete Informationsersuchen weiterzuverfolgen, unter anderem auch in Bezug auf die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen;

f) dem Ausschuss ein umfassendes Arbeitsprogramm zur Überprüfung und gegebenenfalls Genehmigung vorzulegen, in dem das Überwachungsteam die von ihm vorgesehenen Tätigkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben im Detail aufführt, einschließlich geplanter Reisen, in enger Abstimmung mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und der Sachverständigengruppe des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004), um Doppelarbeit zu vermeiden und Synergien stärker zu nutzen;

g) mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und der Sachverständigengruppe des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004) eng zusammenzuarbeiten und Informationen mit ihnen auszutauschen, um Konvergenzbereiche und Überschneidungen zu ermitteln und die konkrete Koordinierung zwischen den drei Ausschüssen, einschließlich in der Berichterstattung, erleichtern zu helfen;

h) an allen einschlägigen Aktivitäten im Rahmen der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus[263] aktiv mitzuwirken und diese zu unterstützen, einschließlich im Rahmen des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung, der eingerichtet wurde, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus insbesondere über seine entsprechenden Arbeitsgruppen zu gewährleisten;

i) dem Ausschuss nach Resolution 1267 (1999) bei der Analyse von Fällen der Nichteinhaltung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen behilflich zu sein, indem es die von den Mitgliedstaaten eingeholten Informationen zusammenstellt und Fallstudien vorlegt, sowohl auf eigene Initiative als auch auf Ersuchen des Ausschusses, damit dieser sie prüft;

j) dem Ausschuss Empfehlungen vorzulegen, welche die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen und bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für weitere Aufnahmen in die Konsolidierte Liste heranziehen könnten;

k) dem Ausschuss bei der Prüfung der Vorschläge zur Aufnahme in die Liste behilflich zu sein, namentlich indem es Informationen, die für den Aufnahmevorschlag von Belang sind, zusammenstellt und an den Ausschuss übermittelt und einen Entwurf der in Ziffer 14 genannten Zusammenfassung der Gründe erarbeitet;

l) den Ausschuss auf neue oder beachtenswerte Umstände aufmerksam zu machen, die eine Streichung von der Liste rechtfertigen können, wie etwa veröffentlichte Informationen über einen Verstorbenen;

m) vor Reisen in bestimmte Mitgliedstaaten auf der Grundlage seines vom Ausschuss genehmigten Arbeitsprogramms die Mitgliedstaaten zu konsultieren;

n) in Abstimmung und Zusammenarbeit mit der nationalen Koordinierungsstelle zur Bekämpfung des Terrorismus oder gegebenenfalls einem ähnlichen Koordinierungsorgan in dem besuchten Land vorzugehen;

o) die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Namen und zusätzliche Identifizierungsangaben im Hinblick auf die Aufnahme in die Konsolidierte Liste vorzulegen, gemäß den Anweisungen des Ausschusses;

p) dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben vorzulegen, um ihm bei seinen Anstrengungen, die Konsolidierte Liste so aktuell und genau wie möglich zu halten, behilflich zu sein;

q) den sich wandelnden Charakter der von der Al-Qaida und den Taliban ausgehenden Bedrohung und die besten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zu untersuchen, unter anderem auch durch Einleitung eines Dialogs mit maßgeblichen akademischen Experten und Einrichtungen im Benehmen mit dem Ausschuss, und dem Ausschuss darüber Bericht zu erstatten;

r) Informationen über die Umsetzung der Maßnahmen, einschließlich der Maßnahmen nach Ziffer 1 *a*) dieser Resolution in Bezug auf die Verhütung des verbrecherischen Missbrauchs des Internets durch die Al-Qaida, Osama bin Laden, die Taliban sowie andere mit ihnen verbundene Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, zusammenzustellen, auszuwerten, zu überwachen, darüber Bericht zu erstatten und Empfehlungen abzugeben, gegebenenfalls Fallstudien durchzuführen und alle anderen einschlägigen Fragen entsprechend den Anweisungen des Ausschusses eingehend zu untersuchen;

s) die Mitgliedstaaten und andere einschlägige Organisationen zu konsultieren, namentlich im Rahmen eines regelmäßigen Dialogs mit Vertretern in New York und in den Hauptstädten, unter Berücksichtigung ihrer Stellungnahmen, insbesondere in Bezug auf Fragen, die in den unter Buchstabe *a*) dieser Anlage genannten Berichten des Überwachungsteams enthalten sein könnten;

t) Konsultationen mit den Geheim- und Sicherheitsdiensten der Mitgliedstaaten zu führen, namentlich auch im Rahmen regionaler Foren, um den Informationsaustausch zu erleichtern und die Durchsetzung der Maßnahmen zu stärken;

u) Konsultationen mit den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors, einschließlich Finanzinstituten, zu führen, um Erkenntnisse über die praktische Umsetzung der Einfrierung der Vermögenswerte zu gewinnen und Empfehlungen zur Stärkung dieser Maßnahme zu erarbeiten;

v) mit den zuständigen internationalen und regionalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Maßnahmen besser bekannt zu machen und ihre Einhaltung zu fördern;

w) mit der INTERPOL und den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um Fotografien der auf der Liste stehenden Personen im Hinblick auf die mögliche Aufnahme in die Besonderen Ausschreibungen der INTERPOL zu beschaffen;

x) anderen Nebenorganen des Sicherheitsrats und deren Sachverständigengruppen auf Ersuchen dabei behilflich zu sein, ihre Zusammenarbeit mit der INTERPOL zu verstärken, wie in Resolution 1699 (2006) vorgesehen;

y) dem Ausschuss regelmäßig oder auf dessen Aufforderung im Rahmen mündlicher und/oder schriftlicher Unterrichtungen über die Arbeit des Überwachungsteams, einschließlich seiner Besuche von Mitgliedstaaten und seiner Tätigkeiten, Bericht zu erstatten;

z) alle sonstigen vom Ausschuss festgelegten Aufgaben wahrzunehmen.

Anlage II

Im Einklang mit Ziffer 20 dieser Resolution ist das Büro der Ombudsperson ermächtigt, nach Erhalt eines von einer Person, einer Gruppe, einem Unternehmen oder einer Einrichtung auf der Konsolidierten Liste („Antragsteller“) oder in deren Namen vorgelegten Antrags auf Streichung von der Liste die folgenden Aufgaben wahrzunehmen:

Sammlung von Informationen (zwei Monate)

1. Sobald bei der Ombudsperson ein Antrag auf Streichung von der Liste eingeht,

a) bestätigt sie dem Antragsteller den Erhalt des Streichungsantrags;

b) unterrichtet sie den Antragsteller über das allgemeine Verfahren für die Bearbeitung von Streichungsanträgen;

c) beantwortet sie konkrete Fragen des Antragstellers über die Verfahren des Ausschusses;

d) unterrichtet sie den Antragsteller, falls der Antrag nicht angemessen auf die ursprünglichen, in Ziffer 2 dieser Resolution festgelegten Kriterien für die Aufnahme in die Liste eingeht, und verweist den Antrag an den Antragsteller zurück, damit ihn dieser nochmals prüft;

e) prüft sie, ob es sich um einen neuen oder einen wiederholten Antrag handelt, und verweist den Antrag, wenn es sich um einen wiederholten Antrag an die Ombudsperson handelt und er keine zusätzlichen Informationen enthält, an den Antragsteller zurück, damit ihn dieser nochmals prüft.

2. Die Ombudsperson leitet Streichungsanträge, die nicht an den Antragsteller zurückverwiesen werden, umgehend an die Mitglieder des Ausschusses, den vorschlagenden Staat/die vorschlagenden Staaten, den Staat/die Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit oder -zugehörigkeit oder der Gründung, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und alle anderen Staaten weiter, bei denen es die Ombudsperson für zweckmäßig hält. Die Ombudsperson bittet diese Staaten oder zuständigen Organe der Vereinten Nationen, innerhalb von zwei Monaten alle sachdienlichen Zusatzinformationen vorzulegen, die für den Streichungsantrag von Belang sind. Die Ombudsperson kann mit diesen Staaten in Dialog treten, um Folgendes zu ermitteln:

a) die Meinungen der Staaten dazu, ob dem Streichungsantrag stattgegeben werden soll, und

b) Informationen, Fragen oder Bitten um Klarstellung, die diese Staaten dem Antragsteller in Bezug auf den Streichungsantrag zu übermitteln wünschen, einschließlich vom Antragsteller beizubringende Informationen oder gegebenenfalls zu ergreifende Maßnahmen zur Klarstellung des Streichungsantrags.

3. Die Ombudsperson leitet den Streichungsantrag außerdem umgehend an das Überwachungsteam weiter, das der Ombudsperson innerhalb von zwei Monaten Folgendes vorlegt:

a) alle dem Überwachungsteam zur Verfügung stehenden Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind, einschließlich Gerichtsentscheidungen und -verfahren, Medienberichte und Informationen, die die Staaten oder die zuständigen internationalen Organisationen dem Ausschuss oder dem Überwachungsteam zuvor zugeleitet haben;

b) auf Tatsachen gestützte Bewertungen der vom Antragsteller vorgelegten Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind, und

c) Fragen oder Bitten um Klarstellung in Bezug auf den Streichungsantrag, die dem Antragsteller auf Wunsch des Überwachungsteams übermittelt werden sollen.

4. Am Ende dieses Zweimonatszeitraums der Informationssammlung legt die Ombudsperson dem Ausschuss einen schriftlichen Bericht über die bis dahin erzielten Fortschritte vor, einschließlich Einzelheiten darüber, welche Staaten Informationen geliefert haben. Die Ombudsperson kann diesen Zeitraum einmal um bis zu zwei Monate verlängern, wenn sie zu der Einschätzung gelangt, dass mehr Zeit für das Sammeln der Informationen benötigt wird, wobei sie Ersuchen der Mitgliedstaaten um zusätzliche Zeit zur Beschaffung von Informationen gebührend berücksichtigt.

Dialog (zwei Monate)

5. Nach Abschluss der Phase der Informationssammlung moderiert die Ombudsperson einen zweimonatigen Zeitraum des Austauschs, der auch den Dialog mit dem Antragsteller einschließen kann. Unter gebührender Berücksichtigung der Ersuchen um zusätzliche Zeit kann die Ombudsperson diesen Zeitraum einmal um bis zu zwei Monate verlängern, wenn sie zu der Einschätzung gelangt, dass mehr Zeit für den Austausch und für die Ausarbeitung des in Ziffer 7 beschriebenen Umfassenden Berichts benötigt wird.

6. Während dieser Phase des Austauschs

a) kann die Ombudsperson Fragen an den Antragsteller richten oder zusätzliche Informationen oder Klarstellungen anfordern, die dem Ausschuss bei der Prüfung des Antrags helfen können, einschließlich Fragen oder Informationsersuchen, die seitens der entsprechenden Staaten, des Ausschusses und des Überwachungsteams eingegangen sind;

b) leitet die Ombudsperson die Antworten des Antragstellers an die entsprechenden Staaten, den Ausschuss und das Überwachungsteam weiter und richtet bei unvollständigen Antworten Nachfragen an den Antragsteller, und

c) sorgt die Ombudsperson für die Koordinierung mit den Staaten, dem Ausschuss und dem Überwachungsteam hinsichtlich weiterer Anfragen des Antragstellers oder Antworten an diesen.

7. Nach Abschluss der beschriebenen Phase des Austauschs erarbeitet die Ombudsperson mit Hilfe des Überwachungsteams einen Umfassenden Bericht, den sie dem Ausschuss zuleitet; dieser Bericht enthält ausschließlich

a) eine Zusammenfassung aller der Ombudsperson zur Verfügung stehenden Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind, gegebenenfalls unter Nennung der Quellen. Die Vertraulichkeit einzelner Teile der Kommunikationen zwischen den Mitgliedstaaten und der Ombudsperson wird in dem Bericht geachtet;

b) eine Beschreibung der Tätigkeiten der Ombudsperson in Bezug auf den Streichungsantrag, einschließlich des Dialogs mit dem Antragsteller, und

c) auf der Grundlage einer Analyse aller der Ombudsperson zur Verfügung stehenden Informationen und der Beobachtungen der Ombudsperson eine Darlegung der wichtigsten Argumente in Bezug auf den Streichungsantrag.

Behandlung im Ausschuss und Entscheidung (zwei Monate)

8. Nachdem der Ausschuss dreißig Tage Zeit zur Prüfung des Umfassenden Berichts zur Verfügung gehabt hat, setzt der Vorsitzende des Ausschusses den Streichungsantrag zur Prüfung auf die Tagesordnung des Ausschusses.

9. Bei der Prüfung des Streichungsantrags durch den Ausschuss stellt die Ombudsperson, gegebenenfalls mit Hilfe des Überwachungsteams, den Umfassenden Bericht persönlich vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zu dem Antrag.

10. Nach der Prüfung durch den Ausschuss beschließt dieser im Rahmen seiner normalen Beschlussfassungsverfahren, ob dem Streichungsantrag stattgegeben wird.

11. Beschließt der Ausschuss, dem Streichungsantrag stattzugeben, unterrichtet er die Ombudsperson von diesem Beschluss. Die Ombudsperson unterrichtet sodann den Antragsteller, und der Eintrag wird von der Konsolidierten Liste gestrichen.

12. Beschließt der Ausschuss, den Streichungsantrag abzulehnen, übermittelt er der Ombudsperson seinen Beschluss, gegebenenfalls einschließlich erläuternder Anmerkungen, weiterer einschlägiger Informationen über den Beschluss des Ausschusses und einer aktualisierten Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste.

13. Nachdem der Ausschuss die Ombudsperson von seiner Ablehnung des Streichungsantrags unterrichtet hat, sendet die Ombudsperson dem Antragsteller, mit Vorabkopie an den Ausschuss, innerhalb von fünfzehn Tagen ein Schreiben, in dem sie

a) ihm den Beschluss des Ausschusses über die Fortführung des Eintrags auf der Liste mitteilt;

b) soweit möglich und unter Heranziehung des Umfassenden Berichts der Ombudsperson das Verfahren und die von der Ombudsperson gesammelten veröffentlichungsfähigen Sachinformationen beschreibt und

c) alle der Ombudsperson nach Ziffer 12 vom Ausschuss zur Verfügung gestellten Informationen über den Beschluss weiterleitet.

14. Die Ombudsperson achtet in allen Kommunikationen mit dem Antragsteller die Vertraulichkeit der Beratungen des Ausschusses und der vertraulichen Kommunikationen zwischen der Ombudsperson und den Mitgliedstaaten.

Sonstige Aufgaben des Büros der Ombudsperson

15. Die Ombudsperson nimmt zusätzlich die folgenden Aufgaben wahr:

a) Sie übermittelt veröffentlichungsfähige Informationen über die Verfahren des Ausschusses, einschließlich seiner Richtlinien, Kurzinformationen und sonstiger vom Ausschuss erarbeiteter Unterlagen, an alle, die solche Informationen anfordern;

b) sie unterrichtet Personen oder Einrichtungen, deren Adresse bekannt ist, über den Status ihres Listeneintrags, nachdem das Sekretariat die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten gemäß Ziffer 18 dieser Resolution offiziell benachrichtigt hat, und

c) sie legt dem Sicherheitsrat halbjährliche Berichte vor, in denen die Tätigkeiten der Ombudsperson zusammenfassend dargestellt werden.

UNTERRICHTUNGEN DURCH DIE VORSITZENDEN DER NEBENORGANE DES SICHERHEITSRATS[264]

Beschlüsse

Auf seiner 6217. Sitzung am 13. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter der Arabischen Republik Syrien, Australiens, Brasiliens, Indiens, Irans (Islamische Republik), Kolumbiens, Kubas, Liechtensteins, Neuseelands, der Niederlande, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats“ teilzunehmen.

Auf seiner 6238. Sitzung am 14. Dezember 2009 behandelte der Rat den auf seiner 6217. Sitzung erörterten Punkt.

Auf seiner 6310. Sitzung am 11. Mai 2010 beschloss der Rat, die Vertreter der Arabischen Republik Syrien, Argentiniens, Indiens, Irans (Islamische Republik), Israels, Kolumbiens, Kubas, Marokkos, Neuseelands, Norwegens, Tunesiens und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne

[264] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2002 verabschiedet.

Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 5. Mai 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

DIE SITUATION IN CÔTE D'IVOIRE[264]

Beschlüsse

Auf seiner 6193. Sitzung am 29. September 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Die Situation in Côte d'Ivoire“.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[265]:

> „Der Sicherheitsrat bekundet erneut seine volle Unterstützung für den politischen Prozess von Ouagadougou und den Zeitplan für die Wahlen, der von allen ivorischen politischen Hauptakteuren gebilligt wurde und der den ersten Durchgang offener, freier, fairer und transparenter Präsidentschaftswahlen am 29. November 2009 vorsieht. Er würdigt die fortgesetzten Bemühungen, die der Präsident Burkina Fasos, Blaise Compaoré, als Moderator unternimmt, um den Friedensprozess in Côte d'Ivoire zu unterstützen.
>
> Der Rat bekundet ferner erneut seine Entschlossenheit, einen glaubwürdigen Wahlprozess in vollem Umfang zu unterstützen, und hebt hervor, wie wichtig es ist, dass sich alle Teile der ivorischen Zivilgesellschaft an dem Prozess beteiligen. Er betont, dass er zu diesem Zweck in seiner Resolution 1880 (2009) das Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire verlängert und ihre Truppenstärke beibehalten hat. Er betont ferner, dass er in dieser Resolution seine Absicht bekundet hat, den Generalsekretär zu ermächtigen, nach Bedarf Truppen zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu verlegen.
>
> Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Verzögerung bei der Bekanntmachung des vorläufigen Wählerverzeichnisses und hebt hervor, dass weitere Verzögerungen bei der Bekanntmachung des Wählerverzeichnisses den Zeitplan für offene, freie, faire und transparente Präsidentschaftswahlen gefährden können.
>
> Der Rat erklärt erneut, dass die ivorischen politischen Akteure gehalten sind, den Zeitplan für die Wahlen zu achten. Er fordert alle ivorischen Akteure nachdrücklich auf, ihre Verpflichtungen vollständig einzuhalten, damit das Wählerverzeichnis möglichst rasch im Rahmen eines transparenten und alle Seiten einschließenden Prozesses bekanntgemacht werden kann. Er erinnert daran, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire das Wählerverzeichnis ausdrücklich bestätigen wird.
>
> Der Rat wird die Situation bis zum 15. Oktober 2009 überprüfen. Er bekundet seine Absicht, gegenüber denjenigen, die den Fortgang des Wahlprozesses blockieren, auf geeignete Weise und im Einklang mit seiner Resolution 1880 (2009) zu reagieren.

---

[265] S/PRST/2009/25.

Der Rat bekundet ferner seine Absicht, damit zu beginnen, die künftige Ausrichtung der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu prüfen, indem er bis zum 15. Oktober 2009 ihr Mandat und die Kriterien für eine mögliche Verringerung der Truppenstärke der Operation überprüft, insbesondere im Lichte der Fortschritte im Wahlprozess."

Auf seiner 6209. Sitzung am 29. Oktober 2009 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) betreffend Côte d'Ivoire vom 7. Oktober 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/521)".

Resolution 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Côte d'Ivoire, insbesondere die Resolutionen 1842 (2008) vom 29. Oktober 2008 und 1880 (2009) vom 30. Juli 2009,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 29. September 2009[266] und von den Berichten der Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen für Côte d'Ivoire, die am 8. April[267] und am 7. Oktober 2009[268] übermittelt wurden,

nachdrücklich hinweisend auf den Beitrag, den die mit den Resolutionen 1572 (2004) vom 15. November 2004 und 1643 (2005) vom 15. Dezember 2005 verhängten Maßnahmen auch weiterhin zur Stabilität Côte d'Ivoires leisten, insbesondere im Kontext der geplanten Präsidentschaftswahlen,

erneut besorgt feststellend, dass trotz der nachhaltigen Verbesserung der allgemeinen Menschenrechtslage nach wie vor in verschiedenen Teilen des Landes Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Recht, einschließlich zahlreicher sexueller Gewalthandlungen, gegenüber Zivilpersonen gemeldet werden, betonend, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, in erneuter Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire und unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolution 1674 (2006) vom 28. April 2006 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

[266] S/2009/495.

[267] Siehe S/2009/188.

[268] Siehe S/2009/521.

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter und die Maßnahmen betreffend Finanzen und Reisen, die mit den Ziffern 7 bis 12 der Resolution 1572 (2004) verhängt wurden, sowie die Maßnahmen, die mit Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängt wurden, um alle Staaten an der Einfuhr von Rohdiamanten aus Côte d'Ivoire zu hindern, bis 31. Oktober 2010 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, die in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen im Lichte der bei dem Wahlprozess und bei der Umsetzung der Schlüsseletappen des Friedensprozesses erzielten Fortschritte, wie in der Resolution 1880 (2009) erwähnt, vor Ablauf des in Ziffer 1 genannten Zeitraums zu überprüfen, und beschließt ferner, während des in Ziffer 1 genannten Zeitraums Folgendes durchzuführen:

a) eine Überprüfung der in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen spätestens drei Monate nach der Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Präsidentschaftswahlen im Einklang mit internationalen Standards, mit dem Ziel, das Sanktionsregime möglicherweise zu ändern, oder

b) eine Halbzeitüberprüfung spätestens bis zum 30. April 2010, wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine Überprüfung nach Ziffer 2 *a*) angesetzt worden ist;

3. *fordert* die ivorischen Parteien des Politischen Abkommens von Ouagadougou[269] und alle Staaten, insbesondere die Staaten der Subregion, *auf*, die in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen vollständig durchzuführen, gegebenenfalls auch durch den Erlass der erforderlichen Vorschriften und Regeln, fordert die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire auf, im Rahmen ihrer Kapazitäten und ihres in Resolution 1739 (2007) vom 10. Januar 2007 festgelegten und mit Resolution 1880 (2009) verlängerten Mandats ihre volle Unterstützung insbesondere für die Durchführung der in Ziffer 1 verlängerten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter zu gewähren, und fordert ferner die französischen Truppen auf, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Kapazität die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire dabei zu unterstützen;

4. *verlangt erneut* insbesondere, dass die ivorischen Behörden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um allen Verstößen gegen die mit Ziffer 11 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen, einschließlich der von der Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire in ihren Berichten vom 21. September 2007[270], 8. Oktober 2008[271] und 7. Oktober 2009[268] genannten Verstöße, sofort ein Ende zu setzen;

5. *verlangt*, dass die ivorischen Parteien des Politischen Abkommens von Ouagadougou, vor allem die ivorischen Behörden, insbesondere der ursprünglich gemäß Ziffer 7 der Resolution 1584 (2005) vom 1. Februar 2005 eingesetzten Sachverständigengruppe ungehinderten Zugang zu den in Ziffer 2 *a*) der Resolution 1584 (2005) genannten Ausrüstungen, Orten und Anlagen und zu allen Waffen, Munitionsbeständen und sonstigem Wehrmaterial, gleichviel wo sich diese befinden, auch zu den von Einheiten der Republikanischen Garde kontrollierten, gewähren, nach Bedarf ohne Vorankündigung, und verlangt ferner, dass sie zu denselben Bedingungen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire Zugang gewähren, damit diese ihr Mandat durchführen kann, sowie den sie unterstützenden französischen Truppen, wie in den Resolutionen 1739 (2007) und 1880 (2009) festgelegt;

---

[269] S/2007/144, Anlage.

[270] Siehe S/2007/611, Anlage.

[271] Siehe S/2008/598, Anlage.

6. *erklärt erneut*, dass alle Bedrohungen des Wahlprozesses in Côte d'Ivoire, insbesondere alle Angriffe oder Behinderungen, die gegen die Tätigkeit der für die Organisation der Wahlen zuständigen Unabhängigen Wahlkommission oder die Tätigkeit der in den Absätzen 1.3.3 und 2.1.1 des Politischen Abkommens von Ouagadougou genannten Akteure gerichtet sind, eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses im Sinne der Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) darstellen;

7. *erklärt außerdem erneut*, dass alle ernsthaften Hindernisse für die Bewegungsfreiheit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire oder der sie unterstützenden französischen Truppen sowie alle gegen die Tätigkeit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, der französischen Truppen, des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire, des in Ziffer 23 der Resolution 1880 (2009) genannten Moderators oder seines Sonderbeauftragten in Côte d'Ivoire gerichteten Angriffe oder Behinderungen eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses im Sinne der Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) darstellen;

8. *ersucht* den Generalsekretär und die Regierung Frankreichs, ihm über den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) sofort über alle ernsthaften Hindernisse für die Bewegungsfreiheit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire oder der sie unterstützenden französischen Truppen Bericht zu erstatten, unter Angabe der Namen der dafür Verantwortlichen, und ersucht den Generalsekretär und den Moderator, ihm über den Ausschuss sofort über alle gegen ihre Tätigkeit oder die Tätigkeit der in Ziffer 7 genannten Sonderbeauftragten gerichteten Angriffe oder Behinderungen Bericht zu erstatten;

9. *ersucht* alle beteiligten Staaten, insbesondere die Staaten der Subregion, mit dem Ausschuss uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, und ermächtigt den Ausschuss, alle weiteren Informationen anzufordern, die er für notwendig erachtet;

10. *beschließt*, das in Ziffer 7 der Resolution 1727 (2006) vom 15. Dezember 2006 festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe bis zum 31. Oktober 2010 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

11. *beschließt außerdem*, dass der in Ziffer 7 *e*) der Resolution 1727 (2006) genannte Bericht gegebenenfalls alle Informationen und Empfehlungen enthalten kann, die bei der möglichen Benennung weiterer Personen und Einrichtungen gemäß der Beschreibung in den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) durch den Ausschuss sachdienlich sein könnten;

12. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss bis zum 15. April 2010 einen Halbzeitbericht vorzulegen und dem Rat über den Ausschuss fünfzehn Tage vor Ablauf ihres Mandatszeitraums einen schriftlichen Schlussbericht über die Durchführung der mit den Ziffern 7, 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) sowie mit Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängten Maßnahmen samt diesbezüglichen Empfehlungen vorzulegen, und ersucht die Sachverständigengruppe außerdem, in ihren Bericht konkrete Informationen über Personen aufzunehmen, die ihr den Zugang zu Waffen, Munition und sonstigem Wehrmaterial verweigern;

13. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln, die von der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire gesammelt und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

14. *ersucht* die Regierung Frankreichs, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln, die von den französischen Truppen gesammelt und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

15. *ersucht* den Kimberley-Prozess, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls Informationen über die Produktion und die unerlaubte Ausfuhr von Diamanten aus Côte

d'Ivoire zu übermitteln, die nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüft wurden;

16. *beschließt*, dass die mit Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängten Maßnahmen nicht für Einfuhren gelten, die ausschließlich für die Zwecke wissenschaftlicher Forschungsarbeiten und Analysen verwendet werden, um die Ausarbeitung von speziell die ivorische Diamantenproduktion betreffenden technischen Informationen zu erleichtern, mit der Maßgabe, dass die Forschungsarbeiten durch den Kimberley-Prozess koordiniert und in jedem einzelnen Fall vom Ausschuss genehmigt werden;

17. *beschließt außerdem*, dass ein im Einklang mit Ziffer 16 gestellter Antrag vom Kimberley-Prozess und vom einführenden Mitgliedstaat gemeinsam bei dem Ausschuss einzureichen ist, und beschließt ferner, dass der einführende Mitgliedstaat, dem der Ausschuss eine Ausnahme gemäß der genannten Ziffer gewährt hat, den Ausschuss über die Ergebnisse der Forschungsarbeiten in Kenntnis zu setzen und sie unverzüglich an die Sachverständigengruppe weiterzuleiten hat, um ihr bei ihren Untersuchungen behilflich zu sein;

18. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen sowie andere Organisationen und interessierte Parteien, einschließlich des Kimberley-Prozesses, *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss, der Sachverständigengruppe, der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und den französischen Truppen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, indem sie insbesondere alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über mögliche Verstöße gegen die mit den Ziffern 7, 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) und mit Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängten und mit Ziffer 1 dieser Resolution verlängerten Maßnahmen übermitteln;

19. *fordert* in diesem Zusammenhang alle ivorischen Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, *nachdrücklich auf*, Folgendes zu gewährleisten:

– die Sicherheit der Mitglieder der Sachverständigengruppe;

– den ungehinderten Zugang der Sachverständigengruppe, insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, damit sie ihr Mandat erfüllen kann;

20. *unterstreicht*, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen gegen die von dem Ausschuss benannten Personen zu verhängen, von denen unter anderem festgestellt wird,

a) dass sie eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in Côte d'Ivoire darstellen, insbesondere indem sie die Durchführung des in dem Politischen Abkommen von Ouagadougou erwähnten Friedensprozesses behindern;

b) dass sie die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, die sie unterstützenden französischen Truppen, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, den Moderator oder seinen Sonderbeauftragten in Côte d'Ivoire angreifen oder ihre Tätigkeit behindern;

c) dass sie für Behinderungen der Bewegungsfreiheit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen verantwortlich sind;

d) dass sie für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire verantwortlich sind;

e) dass sie öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln;

f) dass sie gegen die mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen verstoßen;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6209. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6234. Sitzung am 8. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Côte d'Ivoire" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[272]:

„Der Sicherheitsrat nimmt mit Besorgnis vom Aufschub der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen Kenntnis, die laut dem Kommuniqué vom 18. Mai 2009 des Ständigen Konsultationsrahmens des Politischen Abkommens von Ouagadougou[273], wie von allen ivorischen politischen Hauptakteuren gebilligt, für den 29. November 2009 angesetzt war.

Der Rat begrüßt die von den ivorischen Akteuren unternommenen positiven Schritte, insbesondere die Bekanntmachung des vorläufigen Wählerverzeichnisses und der Kandidatenliste. Er begrüßt ferner das Kommuniqué des Ständigen Konsultationsrahmens vom 3. Dezember 2009[274]. Er würdigt die fortgesetzten Bemühungen, die der Präsident Burkina Fasos, Blaise Compaoré, als Moderator unternimmt, um den Friedensprozess in Côte d'Ivoire zu unterstützen.

Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass der Ständige Konsultationsrahmen auf der Grundlage eines Vortrags der Unabhängigen Wahlkommission zu dem Schluss kam, dass der Aufschub der Wahlen auf technische und finanzielle Zwänge zurückzuführen war und dass die erste Runde der Präsidentschaftswahlen Ende Februar oder Anfang März 2010 abgehalten werden soll. Er fordert die ivorischen Akteure nachdrücklich auf, die noch verbleibenden Aufgaben anzugehen und möglichst bald offene, freie, faire und transparente Präsidentschaftswahlen im Einklang mit den internationalen Standards abzuhalten.

Der Rat stellt erneut fest, dass die Bekanntmachung eines von dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire zertifizierten endgültigen Wählerverzeichnisses für die Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Präsidentschaftswahlen unabdingbar ist. Er fordert die ivorischen Interessenträger nachdrücklich auf, den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, die Wahlen zu unterstützen und diesen Prozess unverzüglich zu erleichtern, insbesondere während des Zeitraums von 38 Tagen, während dessen das vorläufige Verzeichnis vor unabhängigen lokalen Wahlkommissionen und Gerichten angefochten werden kann. Er fordert die ivorischen Behörden abermals nachdrücklich auf, im Einklang mit dem Verhaltenskodex für die Wahlen den gleichberechtigten Zugang zu den staatlichen Medien zu gestatten. Er bekundet erneut seine Absicht, gegenüber denjenigen, die den Fortgang des Wahlprozesses blockieren, auf geeignete Weise und im Einklang mit seiner Resolution 1880 (2009) zu reagieren.

Der Rat begrüßt es, dass Präsident Laurent Gbagbo am 17. November 2009 einige die Streitkräfte betreffende Vorschriften, darunter sieben Dekrete, unterzeichnet hat. Er fordert die ivorischen Parteien nachdrücklich auf, vor und nach den Wahlen

[272] S/PRST/2009/33.

[273] S/2009/257, Anlage.

[274] S/2009/626, Anlage.

weitere konkrete Fortschritte im Wiedervereinigungs- und Entwaffnungsprozess zu erzielen.

Der Rat erinnert daran, dass er das Mandat und die Truppenstärke der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis 31. Januar 2010 überprüfen wird. Er bekundet erneut seine Entschlossenheit, einen glaubwürdigen Wahlprozess in Côte d'Ivoire in vollem Umfang zu unterstützen. Der Rat ersucht den Generalsekretär, ihm in dem in Resolution 1880 (2009) genannten Bericht Optionen für die künftige Ausrichtung der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire vorzulegen, insbesondere im Lichte der Bekanntmachung des endgültigen Wählerverzeichnisses und eines glaubwürdigen Zeitplans für die Wahlen, darunter auch vorläufige Angaben zur Zeitplanung, zu den Fortschrittskriterien und zu den Modalitäten für eine mögliche Verringerung der Personalstärke der Operation."

Am 10. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[275]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 8. Dezember 2009 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Abdul Hafiz (Bangladesch) zum Kommandeur der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu ernennen[276], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die davon Kenntnis genommen haben."

Am 24. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[277]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 18. Dezember 2009 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Fernand Marcel Amoussou bis zum 31. März 2010 zum Kommandeur der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu ernennen[278], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die von Ihrer Absicht gebührend Kenntnis genommen haben."

Auf seiner 6263. Sitzung am 21. Januar 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Dreiundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2010/15)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Choi Young-Jin, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6267. Sitzung am 28. Januar 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Dreiundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2010/15)".

[275] S/2009/638.

[276] S/2009/637.

[277] S/2009/673.

[278] S/2009/672.

Resolution 1911 (2010) vom 28. Januar 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1880 (2009) vom 30. Juli 2009 und 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire sowie die Resolution 1885 (2009) vom 15. September 2009 über die Situation in Liberia,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

daran erinnernd, dass er das am 4. März 2007 von Präsident Laurent Gbagbo und Herrn Guillaume Soro in Ouagadougou unterzeichnete Abkommen („Politisches Abkommen von Ouagadougou")[269] gebilligt und die vier nachfolgenden Zusatzabkommen begrüßt hat,

erneut vor allem *daran erinnernd*, dass er in seiner Resolution 1721 (2006) vom 1. November 2006 namentlich den Beschluss des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union über das Mandat des Staatsoberhaupts[279] billigte, und ferner daran erinnernd, dass er in der Erklärung seiner Präsidentin vom 28. März 2007[280] das Politische Abkommen von Ouagadougou billigte, einschließlich des Kapitels V über den institutionellen Rahmen für die Durchführung, und dass dieses Abkommen einen Zehnmonatszeitraum für die Abhaltung der Präsidentschaftswahlen vorsah,

mit dem erneuten Ausdruck seines Dankes an den Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré („der Moderator"), für dessen fortgesetzte Bemühungen zur Unterstützung des Friedensprozesses in Côte d'Ivoire, insbesondere im Rahmen der Mechanismen für die Weiterverfolgung des Politischen Abkommens von Ouagadougou, die fortgesetzten Bemühungen würdigend und befürwortend, die die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten zur Förderung des Friedens und der Stabilität in Côte d'Ivoire unternehmen, und ihnen erneut seine volle Unterstützung bekundend,

betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

in erneuter Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung jedes Versuchs, den Friedensprozess gewaltsam zu destabilisieren, und seine Absicht bekundend, nach jedem derartigen Versuch unverzüglich die Situation auf der Grundlage eines Berichts des Generalsekretärs zu prüfen,

nach Kenntnisnahme der Schreiben des Generalsekretärs vom 29. Dezember 2009[281] und 15. Januar 2010[282] an den Präsidenten des Sicherheitsrats und des Vorschlags der Präsidenten Côte d'Ivoires und Burkina Fasos, Truppen aus Burkina Faso für drei Monate als Teil der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu dislozieren[283],

sowie nach Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs vom 7. Januar 2010[284],

---

[279] Siehe S/2006/829, Anlage.

[280] S/PRST/2007/8.

[281] S/2009/694.

[282] S/2010/42.

[283] Siehe S/2009/694, Anlage.

[284] S/2010/15.

erneut besorgt feststellend, dass trotz der nachhaltigen Verbesserung der allgemeinen Menschenrechtslage nach wie vor in verschiedenen Teilen des Landes Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Recht, einschließlich zahlreicher sexueller Gewalthandlungen, gegenüber Zivilpersonen gemeldet werden, betonend, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, in erneuter Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire und unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

Unterstützung des politischen Prozesses von Ouagadougou und eines glaubwürdigen Wahlprozesses

1. *weist darauf hin*, dass er in der Erklärung seines Präsidenten vom 8. Dezember 2009[272] vom Aufschub der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen bis Ende Februar oder Anfang März 2010 Kenntnis nahm;

2. *begrüßt* die Fortschritte bei der Aufstellung des endgültigen Wählerverzeichnisses, namentlich die Bekanntmachung des von dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs bestätigten vorläufigen Wählerverzeichnisses;

3. *bekundet erneut seine Entschlossenheit*, einen glaubwürdigen Wahlprozess in Côte d'Ivoire in vollem Umfang zu unterstützen, und erklärt ferner erneut, dass die Bekanntmachung eines von dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs bestätigten endgültigen Wählerverzeichnisses für die Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Wahlen unabdingbar ist;

4. *fordert* die maßgeblichen ivorischen Interessenträger *nachdrücklich auf*, für die Bekanntmachung des endgültigen Wählerverzeichnisses zu sorgen, den offiziellen Termin für die erste Runde der Präsidentschaftswahlen bekanntzugeben und ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen;

5. *erklärt ferner erneut*, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs zu bestätigen hat, dass in jeder Phase des Wahlprozesses alle notwendigen Garantien für die Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Einklang mit internationalen Standards gegeben sind, und bekundet dem Sonderbeauftragten erneut seine volle Unterstützung für seine Bestätigungsfunktion;

6. *betont*, dass er bei seiner Bewertung des Wahlprozesses von der Bestätigung ausgehen wird, die der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs im Einklang mit dem in dem Bericht des Generalsekretärs vom 15. April 2008[285] erwähnten Rahmen von fünf Kriterien und nach Kontakten mit allen Interessenträgern in Côte d'Ivoire, einschließlich der Zivilgesellschaft, erstellt;

7. *betont außerdem*, wie wichtig es ist, dass sich alle Teile der ivorischen Zivilgesellschaft an dem Wahlprozess beteiligen, dass der gleiche Schutz und die gleiche Achtung der Menschenrechte jedes Ivorers in Bezug auf das Wahlsystem, namentlich die Achtung

[285] S/2008/250.

des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, gewährleistet werden und dass die Hindernisse und Probleme beseitigt werden, die der Teilhabe und vollen Mitwirkung von Frauen am öffentlichen Leben im Wege stehen;

8. *fordert* die politischen Parteien *abermals nachdrücklich auf*, den von ihnen unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs unterzeichneten Verhaltenskodex für die Wahlen uneingeschränkt zu befolgen, und fordert insbesondere die ivorischen Behörden nachdrücklich auf, gleichen Zugang zu den öffentlichen Medien zu gestatten;

9. *bekundet seine Besorgnis* über die Verzögerungen bei der Entsendung der für die Sicherung der Wahlen zuständigen gemischten Einheiten der Integrierten Einsatzführungszentrale und fordert die ivorischen Parteien nachdrücklich auf, in dieser Hinsicht verstärkte Anstrengungen zu unternehmen;

10. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *nachdrücklich auf*, den an dem Wahlprozess beteiligten Akteuren die notwendige Unterstützung zu gewähren, und legt der internationalen Gemeinschaft nahe, den Wahlprozess auch weiterhin zu unterstützen, namentlich indem sie mit Zustimmung der ivorischen Behörden Wahlbeobachtungskapazitäten und damit zusammenhängende technische Hilfe bereitstellt;

11. *weist darauf hin*, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen nach Ziffer 20 der Resolution 1893 (2009) zu verhängen, unter anderem auch gegen Personen, bei denen festgestellt wird, dass sie eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in Côte d'Ivoire darstellen, und weist ferner darauf hin, dass nach Ziffer 6 der genannten Resolution alle Bedrohungen des Wahlprozesses in Côte d'Ivoire, insbesondere alle Angriffe oder Behinderungen, die gegen die Tätigkeit der für die Organisation der Wahlen zuständigen Unabhängigen Wahlkommission oder die Tätigkeit der in den Absätzen 1.3.3 und 2.1.1 des Politischen Abkommens von Ouagadougou[269] genannten Akteure gerichtet sind, eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses im Sinne der Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) vom 15. November 2004 darstellen;

12. *fordert* die ivorischen Parteien *nachdrücklich auf*, vor und nach den Wahlen weitere konkrete Fortschritte im Wiedervereinigungs- und Entwaffnungsprozess zu erzielen;

13. *bekräftigt* die Ziffern 14 bis 17 seiner Resolution 1880 (2009), fordert alle ivorischen Parteien auf, mit anhaltender Unterstützung durch die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire den Schutz von Zivilpersonen, namentlich Frauen und Kindern, zu gewährleisten, die Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte betreffend Kinder und bewaffnete Konflikte in Côte d'Ivoire[286] vollständig umzusetzen, namentlich einen nationalen Aktionsplan gegen sexuelle Gewalt anzunehmen, und sicherzustellen, dass die Rechtsstaatlichkeit gestärkt wird und dass alle gemeldeten Missbrauchshandlungen untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden, und fordert insbesondere alle Parteien auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um alle Formen sexueller Gewalt zu unterlassen, zu verhindern und Zivilpersonen davor zu schützen;

Verlängerung des Mandats der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire

14. *beschließt*, das in Resolution 1739 (2007) vom 10. Januar 2007 festgelegte Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 31. Mai 2010 zu verlängern, insbesondere um die Organisation freier, fairer, offener und transparenter Wahlen in Côte d'Ivoire zu unterstützen;

[286] S/AC.51/2008/5 und Corr.1.

15. *ersucht* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, im Rahmen ihrer vorhandenen Mittel und ihres bestehenden Mandats die Parteien bei der Durchführung der noch verbleibenden Aufgaben nach dem Politischen Abkommen von Ouagadougou und seinen Zusatzabkommen, insbesondere derjenigen Aufgaben, die für die Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Präsidentschaftswahlen unerlässlich sind, weiter in vollem Umfang zu unterstützen, für die Unabhängige Wahlkommission technische und logistische Unterstützung bei der Vorbereitung und Abhaltung der Wahlen in einem sicheren Umfeld bereitzustellen, das Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm und die Entwaffnung und Auflösung der Milizen weiterhin zu unterstützen und weiterhin gemäß Ziffer 26 seiner Resolution 1880 (2009) zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte beizutragen, namentlich zum Schutz von Frauen und Kindern;

16. *bekundet seine grundsätzliche Absicht*, für einen begrenzten Zeitraum die Zahl des genehmigten Militärpersonals von derzeit 7.450 nach Bedarf auf bis zu 7.950 zu erhöhen, wenn das endgültige Wählerverzeichnis bekanntgemacht wird, und ersucht zu diesem Zweck den Generalsekretär, ihn über seine technische Analyse unterrichtet zu halten;

17. *betont* in dieser Hinsicht, dass er von den ivorischen Parteien volle Rechenschaft für die Einhaltung des Zeitplans für die Wahlen verlangen wird;

18. *ersucht* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, den Moderator und seinen Sonderbeauftragten in Abidjan bei der Durchführung der Moderationsarbeit weiter zu unterstützen, so auch indem sie dem Moderator bei Bedarf und auf sein Ersuchen hin bei der Wahrnehmung seiner Schiedsrolle gemäß Absatz 8.1 des Politischen Abkommens von Ouagadougou und den Absätzen 8 und 9 des dritten Zusatzabkommens behilflich ist;

19. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

20. *beschließt*, die den französischen Truppen erteilte Ermächtigung, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Kapazität die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu unterstützen, bis zum 31. Mai 2010 zu verlängern;

21. *bekundet seine Absicht*, bis zum 31. Mai 2010 das Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, die Ermächtigung der sie unterstützenden französischen Truppen, die Truppenstärke der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und die in Anhang I des Berichts des Generalsekretärs vom 7. Januar 2010[284] genannten Kriterien im Lichte der Wahlen und der Umsetzung der Schlüsseletappen des Friedensprozesses in vollem Umfang im Hinblick auf mögliche erhebliche Änderungen zu überprüfen;

22. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat bis Mitte März 2010 aktuelle Informationen und bis Ende April 2010 einen umfassenden Bericht vorzulegen, der ausführliche Empfehlungen und Optionen für die Zukunft der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire sowie überarbeitete Kriterien auf der Grundlage der Ergebnisse einer technischen Bewertungsmission enthält;

23. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6267. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6284. Sitzung am 17. März 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Côte d'Ivoire" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Choi Young-Jin, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 29. April 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[287]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 26. April 2010 betreffend das Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire[288] den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Die Ratsmitglieder ersuchen Sie in diesem Zusammenhang, bis zum 21. Mai 2010 einen Bericht über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire auf der Grundlage der Ergebnisse einer technischen Bewertungsmission vorzulegen".

Auf seiner 6323. Sitzung am 27. Mai 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Vierundzwanzigster Bericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2010/245)".

Resolution 1924 (2010) vom 27. Mai 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009 und 1911 (2010) vom 28. Januar 2010, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire sowie die Resolution 1885 (2009) vom 15. September 2009 über die Situation in Liberia,

in Anbetracht der Notwendigkeit, die im Bericht des Generalsekretärs vom 20. Mai 2010[289] enthaltenen Empfehlungen für eine Änderung des Mandats der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire eingehend zu prüfen,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das in Resolution 1739 (2007) vom 10. Januar 2007 festgelegte Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 30. Juni 2010 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, die den französischen Truppen erteilte Ermächtigung des Sicherheitsrats, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Kapazität die Operation

[287] S/2010/221.

[288] S/2010/220.

[289] S/2010/245.

der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu unterstützen, bis zum 30. Juni 2010 zu verlängern;

3. *beschließt ferner*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6323. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6329. Sitzung am 3. Juni 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Vierundzwanzigster Bericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2010/245)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Choi Young-Jin, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiter der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6350. Sitzung am 30. Juni 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

> Vierundzwanzigster Bericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2010/245)".

Resolution 1933 (2010)
vom 30. Juni 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009, 1911 (2010) vom 28. Januar 2010 und 1924 (2010) vom 27. Mai 2010, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire sowie die Resolution 1885 (2009) vom 15. September 2009 über die Situation in Liberia,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

daran erinnernd, dass er das von Präsident Laurent Gbagbo und Herrn Guillaume Soro am 4. März 2007 in Ouagadougou unterzeichnete Abkommen („Politisches Abkommen von Ouagadougou")[269] gebilligt und die vier nachfolgenden Zusatzabkommen begrüßt hat,

erneut daran erinnernd, dass er in seiner Resolution 1721 (2006) vom 1. November 2006 namentlich den Beschluss des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union über das Mandat des Staatsoberhaupts[279] billigte, und ferner daran erinnernd, dass er in der Erklärung seiner Präsidentin vom 28. März 2007[280] das Politische Abkommen von Ouagadougou billigte, einschließlich des Kapitels V über den institutionellen Rahmen für die Durchführung, und dass dieses Abkommen einen Zehnmonatszeitraum für die Abhaltung der Präsidentschaftswahlen vorsah,

mit dem erneuten Ausdruck seines Dankes an den Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré („der Moderator"), für dessen entscheidende Rolle und fortgesetzte Bemühungen zur Unterstützung des Friedensprozesses in Côte d'Ivoire, insbesondere im Rahmen der Mechanismen für die Weiterverfolgung des Politischen Abkommens von Ouagadougou, die fortgesetzten Bemühungen würdigend und befürwortend, die die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten zur Förderung des Friedens und der Stabilität in Côte d'Ivoire unternehmen, und ihnen erneut seine volle Unterstützung bekundend,

betonend, dass der Sicherheitsrat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss und dass ein substanzielles Engagement in dieser Hinsicht mit größerer Wahrscheinlichkeit zu einem dauerhaften Frieden führt, wenn die Konfliktparteien ihre Zusagen und Verpflichtungen einhalten, unter Begrüßung der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze weiter aufmerksam zu verfolgen, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung,

in erneuter Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung jedes Versuchs, den Friedensprozess zu destabilisieren, insbesondere durch Gewaltanwendung, und seine Absicht bekundend, im Falle eines derartigen Versuchs unverzüglich die Situation zu prüfen,

nach Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs vom 20. Mai 2010[289],

erneut besorgt feststellend, dass trotz der nachhaltigen Anstrengungen zur Verbesserung der allgemeinen Menschenrechtslage nach wie vor in verschiedenen Teilen des Landes Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Recht, einschließlich zahlreicher straflos gebliebener sexueller Gewalthandlungen, gegenüber Zivilpersonen gemeldet werden, betonend, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, in erneuter Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire und unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

feststellend, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

Unterstützung des politischen Prozesses von Ouagadougou und eines glaubwürdigen Wahlprozesses

1. *erinnert* daran, dass die letzten Präsidentschaftswahlen in Côte d'Ivoire am 22. Oktober 2000 stattfanden, bekundet seine große Besorgnis über die weiteren Verzögerungen im Wahlprozess und das Fehlen eines Zeitplans für die Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Walen in Côte d'Ivoire und betont, dass die Ereignisse vom Februar 2010 gezeigt haben, wie prekär und instabil die Situation nach wie vor ist;

2. *fordert* die maßgeblichen ivorischen Interessenträger *nachdrücklich auf*, dafür zu sorgen, dass das endgültige Wählerverzeichnis auf der Grundlage des im November 2009 veröffentlichten und vom Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire bestätigten vorläufigen Verzeichnisses ohne weitere Verzögerung bekanntgemacht wird, sowie den offiziellen Termin für die erste Runde der Präsidentschaftswahlen bekanntzugeben und ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, betont, dass er die ivorischen Parteien voll zur Rechenschaft ziehen wird, und nimmt Kenntnis von der gemeinsamen Erklärung des Premierministers und des Präsidenten der Unabhängigen Wahlkom-

mission vom 2. Mai 2010 und von der Arbeit an einem Teil des vorläufigen Wählerverzeichnisses;

3. *bekundet erneut seine Entschlossenheit*, einen glaubwürdigen Wahlprozess in Côte d'Ivoire in vollem Umfang zu unterstützen, und betont, dass die Bekanntmachung eines von dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs bestätigten endgültigen Wählerverzeichnisses für die Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Wahlen sowie für den Abschluss des Entwaffnungs- und Wiedervereinigungsprozesses unabdingbar ist, wie im Bericht des Generalsekretärs vom 20. Mai 2010[289] hervorgehoben;

4. *erklärt erneut*, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs zu bestätigen hat, dass in jeder Phase des Wahlprozesses alle notwendigen Garantien für die Abhaltung offener, freier, fairer und transparenter Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Einklang mit internationalen Standards gegeben sind, und bekundet dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs erneut seine volle Unterstützung für seine Bestätigungsfunktion;

5. *betont*, dass er bei seiner Bewertung des Wahlprozesses von der Bestätigung ausgehen wird, die der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs im Einklang mit dem in dem Bericht des Generalsekretärs vom 15. April 2008[285] erwähnten Rahmen von fünf Kriterien und nach Kontakten mit allen Interessenträgern in Côte d'Ivoire, einschließlich der Zivilgesellschaft, erstellt;

6. *betont erneut*, wie wichtig es ist, dass sich alle Teile der ivorischen Zivilgesellschaft an dem Wahlprozess beteiligen, dass der gleiche Schutz und die gleiche Achtung der Menschenrechte jedes Ivorers in Bezug auf das Wahlsystem, insbesondere die Achtung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, gewährleistet werden und dass die Hindernisse und Probleme beseitigt werden, die der Teilhabe und vollen Mitwirkung von Frauen am öffentlichen Leben im Wege stehen;

7. *fordert* die politischen Parteien *abermals nachdrücklich auf*, den von ihnen unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs unterzeichneten Verhaltenskodex für die Wahlen uneingeschränkt zu befolgen, erinnert daran, wie wichtig es ist, dass die Öffentlichkeit im ganzen Land über die Medien Zugang zu pluralistischen und vielfältigen Informationen hat, und richtet ferner die nachdrückliche Aufforderung an alle maßgeblichen ivorischen Interessenträger, gleichen und umfassenderen Zugang zu den Medien zu gestatten, und insbesondere an die ivorischen Behörden, gleichen Zugang zu den staatlichen Medien zu gestatten;

8. *bekundet seine Besorgnis* über die Verzögerungen bei der Entsendung und Herstellung der Einsatzfähigkeit der für die Sicherung der Wahlen zuständigen gemischten Einheiten der Integrierten Einsatzführungszentrale und fordert die ivorischen Parteien nachdrücklich auf, in dieser Hinsicht konkrete Schritte zu unternehmen;

9. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *nachdrücklich auf*, den an dem Wahlprozess beteiligten Stellen die notwendige Unterstützung zu gewähren, und legt der internationalen Gemeinschaft nahe, den Wahlprozess auch weiterhin zu unterstützen, namentlich indem sie mit Zustimmung der ivorischen Behörden Wahlbeobachtungskapazitäten und damit zusammenhängende technische Hilfe bereitstellt;

10. *fordert* alle Ivorer *nachdrücklich auf*, jeden Aufruf zu Hass, Intoleranz und Gewalt zu unterlassen, stellt mit Interesse fest, dass der Generalsekretär in seinem Bericht vom 20. Mai 2010 dem Sicherheitsrat nahegelegt hat, zielgerichtete Sanktionen gegen Medienakteure zu verhängen, die politische Spannungen anfachen und zu Gewalt aufstacheln, und erklärt erneut, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen gemäß den Ziffern 6 und 20 der Resolution 1893 (2009) zu verhängen, unter anderem auch gegen Personen, bei denen festgestellt wird, dass sie eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in Côte d'Ivoire darstellen oder öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln;

11. *fordert* die ivorischen Parteien *abermals nachdrücklich auf*, gegebenenfalls mit Unterstützung durch die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire vor und nach den Wahlen weitere konkrete Fortschritte im Wiedervereinigungs- und Entwaffnungsprozess zu erzielen, namentlich indem sie die für diese Prozesse anfallenden Kosten übernehmen, wie im Rahmen des Politischen Abkommens von Ouagadougou[269] vorgesehen;

12. *betont*, dass der Identifizierungsprozess für die langfristige Stabilität Côte d'Ivoires ausschlaggebend ist, und fordert die ivorischen Parteien abermals auf, mit den Identifizierungsmaßnahmen fortzufahren, einschließlich nach den Wahlen;

13. *verurteilt* die Menschenrechtsverletzungen, insbesondere sexuelle Gewalt, die Meldungen zufolge noch immer verübt werden, fordert alle ivorischen Parteien auf, mit anhaltender Unterstützung durch die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire den Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen, Kindern und Vertriebenen, zu gewährleisten, die Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte betreffend Kinder und bewaffnete Konflikte in Côte d'Ivoire[286] vollständig umzusetzen, namentlich einen nationalen Aktionsplan gegen sexuelle Gewalt anzunehmen und umzusetzen, und sicherzustellen, dass die Rechtsstaatlichkeit gestärkt wird und dass alle gemeldeten Missbrauchshandlungen untersucht und die für derartige Verstöße verantwortlichen Personen vor Gericht gestellt werden, fordert alle Parteien auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um alle Formen sexueller Gewalt zu unterlassen, zu verhindern und Zivilpersonen davor zu schützen, und bekräftigt die Ziffern 14 bis 17 seiner Resolution 1880 (2009) vom 30. Juli 2009;

14. *fordert* die Unterzeichner des Politischen Abkommens von Ouagadougou *nachdrücklich auf*, mit Unterstützung durch das System der Vereinten Nationen auf eine Dauerlösung im Hinblick auf die freiwillige Rückkehr, die Wiederansiedlung, die Wiedereingliederung und die Sicherheit der Vertriebenen hinzuarbeiten, einschließlich durch Behandlung der Frage der Grundbesitzrechte, und in diesem Zusammenhang ihre Verpflichtungen nach dem Abkommen und dem Völkerrecht zu erfüllen;

15. *ersucht* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, bei der Durchführung der Ziffer 16 der Festigung der Stabilität des Landes, wie namentlich in Ziffer 16 *b*) festgelegt, und der Erstellung des endgültigen Wählerverzeichnisses, das für den Friedensprozess insgesamt von entscheidender Bedeutung ist, Vorrang zu geben;

Erteilung des Mandats der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire

16. *beschließt*, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zwecks wirksamerer Unterstützung der Parteien bei der Durchführung des Politischen Abkommens von Ouagadougou ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution bis zum 31. Dezember 2010 das folgende Mandat haben wird:

Beitrag zur Festigung der Stabilität des Landes

a) Überwachung der bewaffneten Gruppen

– die Durchführung des Politischen Abkommens von Ouagadougou vom 4. März 2007 im Hinblick auf die bewaffneten Gruppen zu beobachten und zu überwachen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets jedwede feindselige Handlung, namentlich gegenüber Zivilpersonen, zu verhindern und alle von den ivorischen Parteien des Abkommens begangenen Gewalthandlungen zu untersuchen und zu melden;

– die Integrierte Einsatzführungszentrale durch laufende technische Beratung, Ausbildung und logistische Hilfe zu unterstützen und sich an den Patrouillen der gemischten Einheiten der Integrierten Einsatzführungszentrale in kritischen Gebieten zu beteiligen;

– in Absprache mit den französischen Truppen mit den Nationalen Streitkräften Côte d'Ivoires und dem militärischen Anteil der Forces Nouvelles Verbindung zu halten, um Vertrauen zwischen allen beteiligten ivorischen bewaffneten Kräften zu fördern und Spannungen abzubauen;

– in enger Abstimmung mit der Mission der Vereinten Nationen in Liberia die Regierung Côte d'Ivoires bei der Überwachung der Grenzen zu unterstützen, mit besonderem Augenmerk auf etwaigen grenzüberschreitenden Bewegungen von Kombattanten oder Waffentransfers sowie der Lage der liberianischen Flüchtlinge;

– im Hinblick auf die Vorbereitung und Abhaltung der Wahlen in Abstimmung mit den ivorischen Behörden die Bereitstellung von Sicherheitsdiensten für die Mitglieder der Regierung Côte d'Ivoires und politische Schlüsselfiguren zu unterstützen;

b) Schutz von Zivilpersonen

– unbeschadet der Hauptverantwortung der ivorischen Behörden Zivilpersonen, denen unmittelbar körperliche Gewalt droht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets zu schützen, namentlich in den Risikogebieten, welche die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire auf der Grundlage der umfassenden Strategie zum Schutz von Zivilpersonen und der Gefahrenabschätzung, auf die im Bericht des Generalsekretärs vom 20. Mai 2010 Bezug genommen wird, ermittelt hat;

– eng mit den humanitären Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten, insbesondere in Bezug auf Spannungsgebiete und die Rückkehr von Vertriebenen, um Informationen über mögliche Ausbrüche von Gewalt und andere Bedrohungen von Zivilpersonen auszutauschen und so rechtzeitig und angemessen darauf zu reagieren;

c) Überwachung des Waffenembargos

– in Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe nach Resolution 1584 (2005) vom 1. Februar 2005 für Côte d'Ivoire die Durchführung der mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) vom 15. November 2004 verhängten Maßnahmen zu überwachen, namentlich indem sie in dem Maße, in dem sie es für erforderlich hält, und gegebenenfalls ohne vorherige Ankündigung alle Waffen, Munitionsbestände und sonstiges Wehrmaterial, gleichviel wo sich diese befinden, inspiziert, im Einklang mit Resolution 1893 (2009);

– gegebenenfalls Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen die mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen nach Côte d'Ivoire verbracht wurden, einzusammeln und auf geeignete Weise zu entsorgen;

d) Öffentlichkeitsarbeit

– den aus dem Politischen Abkommen von Ouagadougou entstandenen Friedensprozess im gesamten Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires über die Kapazitäten der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire für Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere über ihren Radiosender ONUCI FM, zu fördern;

– die ivorischen Massenmedien und die politischen Hauptakteure dazu zu bewegen, den von den ivorischen Parteien unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs unterzeichneten Verhaltenskodex für die Wahlen uneingeschränkt durchzuführen sowie den Verhaltenskodex für die Medien zu unterzeichnen und einzuhalten;

– alle Fälle, in denen öffentlich zu Hass, Intoleranz und Gewalt aufgestachelt wird, zu verfolgen, den Sicherheitsrat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Anstifter politischer Gewalt identifiziert wurden, und den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) regelmäßig über die diesbezüglichen Entwicklungen unterrichtet zu halten;

e) Hilfe auf dem Gebiet der Menschenrechte

– zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in Côte d'Ivoire beizutragen, mit besonderem Augenmerk auf Gewalt gegen Kinder und Frauen und allen Formen sexueller Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht zu überwachen, untersuchen zu helfen und zu melden, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, wie auch in den Resolutionen 1612 (2005) und 1882 (2009) gefordert, alle Parteien bei ihren nach Ziffer 13 zu unternehmenden Anstrengungen zu unterstützen, den Rat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen identifiziert wurden, und den Ausschuss nach Resolution 1572 (2004) regelmäßig über die diesbezüglichen Entwicklungen unterrichtet zu halten;

f) Unterstützung der humanitären Hilfe

– unter anderem durch den Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit und unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von schwächeren Gruppen, insbesondere von Frauen, Kindern, älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und Vertriebenen, den freien Personen- und Güterverkehr und die ungehinderte Erbringung humanitärer Hilfe zu erleichtern;

Beitrag zum Wahlprozess und zur Identifizierung der Bevölkerung

g) Unterstützung für die Veranstaltung offener, freier, fairer und transparenter Wahlen

– im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets technische und logistische Unterstützung für die Unabhängige Wahlkommission bereitzustellen, die für die Vorbereitung und Abhaltung der Wahlen verantwortlich ist und so unter anderem in die Lage versetzt werden soll, den Prozess der Appelle weiterzuführen, das vorläufige und das endgültige Wählerverzeichnis zu verteilen, die Medien zu sensibilisieren, Personalausweise und Wahlkarten zu verteilen sowie sensible Wahlunterlagen, insbesondere Stimmzettel, zu verteilen und zu sichern;

– bei der Durchführung des vereinbarten Sicherheitsplans für die Wahlen mit allen maßgeblichen Akteuren zusammenzuarbeiten und insbesondere zur Sicherung der Risikogebiete beizutragen, in denen die Stimmabgabe stattfinden soll;

– im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets für die Koordinierung der Tätigkeit der internationalen Beobachter zu sorgen und zu deren Sicherheit beizutragen;

– dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs die notwendige Hilfe zu leisten, damit er seine Aufgabe der Bestätigung des Wahlprozesses in Übereinstimmung mit Ziffer 4 erfüllen kann;

– die Einhaltung des Verhaltenskodexes für die Wahlen und die Anstrengungen zu überwachen, welche die ivorischen Behörden unternehmen, um den gleichen Zugang zu den staatlichen Medien, insbesondere im Kontext der Wahlen, zu garantieren, und den Ausschuss nach Resolution 1572 (2004) regelmäßig über die Situation unterrichtet zu halten;

– den Rat regelmäßig über jede Bedrohung des Wahlprozesses im Sinne von Ziffer 11 der Resolution 1911 (2010) zu unterrichten und ihn über alle Personen in

Kenntnis zu setzen, bei denen festgestellt wird, dass sie für eine derartige Bedrohung verantwortlich sind;

h) Maßnahmen zur Identifizierung der Bevölkerung

– im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets zu der Unterstützung beizutragen, die das Landesteam der Vereinten Nationen und andere maßgebliche Akteure beim Prozess der Identifizierung der Bevölkerung leisten;

Beitrag zu den weiteren verbleibenden Aufgaben im Friedensprozess

i) Entwaffnung, Demobilisierung, Lagerung von Waffen und Wiedereingliederung von ehemaligen Kombattanten der beiden Parteien und von Milizionären

– die Integrierte Einsatzführungszentrale dabei zu unterstützen,

  • die ehemaligen Kombattanten beider Parteien zu entwaffnen und ihre Waffen sicher aufzubewahren;

  • die ehemaligen Kombattanten der Forces Nouvelles zu demobilisieren;

  • Milizen zu entwaffnen und aufzulösen und ihre Waffen aufzubewahren;

– die ivorischen Behörden insbesondere dabei zu unterstützen, die geplante Ausbildung der für die künftige Nationalarmee ausgewählten und in Bouaké, Korhogo, Man und Séguéla zu kantonierenden ehemaligen Kombattanten der Forces Nouvelles voranzutreiben, einschließlich auf dem Gebiet der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts;

– zur Wiedereingliederung der ehemaligen Kombattanten und Milizionäre beizutragen und die Geber zur weiteren Unterstützung entsprechender Initiativen zu ermutigen;

j) Unterstützung der Wiedereinsetzung der ivorischen Staatsverwaltung und des Justizsystems im ganzen Land

– im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets die Schaffung besserer Sicherheitsbedingungen zu unterstützen, um die Regierung Côte d'Ivoires und die Einrichtungen der Vereinten Nationen zu befähigen, landesweit die Prioritäten auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung zu bestimmen und durchzuführen;

– der Regierung Côte d'Ivoires gemeinsam mit den zuständigen Regionalorganisationen bei der Wiederherstellung der Autorität des Justizsystems und der Rechtsstaatlichkeit in ganz Côte d'Ivoire behilflich zu sein;

k) Reform des Sicherheitssektors

– die Regierung Côte d'Ivoires gegebenenfalls bei der Reform des Sicherheitssektors und der Organisation der künftigen Nationalarmee, einschließlich der Schaffung eines wirksamen Überprüfungsmechanismus, zu beraten, im Einklang mit internationalen Standards;

– gegebenenfalls zum Ausbau der Kapazitäten der Polizei und der Gendarmerie durch die ivorischen Behörden beizutragen, insbesondere durch Ausbildung in der Kontrolle von Menschenmengen, und zur Wiederherstellung ihrer Präsenz in ganz Côte d'Ivoire beizutragen;

Sonstige Aufgaben

l) Moderation

– sich mit dem Moderator und seinem Sonderbeauftragten in Abidjan abzustimmen, um ihnen, falls notwendig und angezeigt und im Rahmen der verfügbaren Mittel, bei der Durchführung der Moderationsarbeit behilflich zu sein, insbesondere durch die Bereitstellung logistischer Unterstützung für das Büro des Sonderbeauftragten;

m) Schutz des Personals der Vereinten Nationen

– das Personal, die Einrichtungen, Anlagen und Ausrüstungsgegenstände der Vereinten Nationen zu schützen und die Sicherheit und die Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen zu gewährleisten;

17. *ermächtigt* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihren Auftrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets durchzuführen;

18. *fordert* alle Parteien *auf*, bei den Einsätzen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie deren Sicherheit und Bewegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang, sowie die des beigeordneten Personals, im gesamten Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires garantieren, damit sie ihr jeweiliges Mandat uneingeschränkt wahrnehmen können;

19. *beschließt*, dass der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire genehmigtes Militärpersonal in einer Höchststärke von 7.392 angehören wird, wobei ihre derzeitige genehmigte Gesamtstärke von 8.650 beibehalten wird, die höchstens 7.200 Soldaten und Stabsoffiziere, 192 Militärbeobachter und höchstens 1.250 Polizisten und 8 abgeordnete Zollbeamte umfasst;

20. *bekundet seine Absicht*, für einen begrenzten Zeitraum vor und nach den Wahlen eine Erhöhung der Zahl des genehmigten Militär- und Polizeipersonals um bis zu 500 zusätzliche Kräfte zu erwägen, und ersucht in diesem Zusammenhang den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin rechtzeitig den neuesten Stand seiner technischen Analyse zur Prüfung vorzulegen;

21. *begrüßt* die in den Ziffern 97 und 99 seines Berichts vom 20. Mai 2010 geäußerte Absicht des Generalsekretärs, die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire so umzustrukturieren, dass sie in den ermittelten Risikogebieten stärker präsent ist, und die Kapazitäten ihrer Truppenreserve zu stärken;

22. *ersucht* den Generalsekretär, in seine Berichte auch weiterhin einschlägige Informationen über die Fortschritte bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, namentlich die Beendigung der Straflosigkeit in Côte d'Ivoire, unter besonderer Beachtung der an Kindern und Frauen verübten Gewalt, sowie über die Fortschritte bei der systematischen Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und bei allen anderen Aspekten im Zusammenhang mit der Situation von Frauen und Mädchen aufzunehmen, insbesondere im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, sie vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen, im Einklang mit den Resolutionen 1325 (2000), 1612 (2005), 1820 (2008), 1882 (2009), 1888 (2009) und 1889 (2009);

23. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

24. *beschließt*, die den französischen Truppen erteilte Ermächtigung des Rates, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Kapazität die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu unterstützen, bis zum 31. Dezember 2010 zu verlängern;

25. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass das militärische und polizeiliche Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien in vollen Einklang mit den Bestimmungen dieser Resolution, insbesondere den Ziffern 15 bis 19, gebracht werden, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppen- und polizeistellenden Ländern über sie Bericht zu erstatten;

26. *ersucht* den Generalsekretär, die Fortschritte bei der Erreichung der bestehenden Kriterien zu überwachen und einen neuen Kriterienkatalog für eine mögliche Verringerung der Personalstärke der Truppe zu erstellen und dabei der notwendigen Festigung der Stabilität des Landes uneingeschränkt Rechnung zu tragen;

27. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die ivorischen Sicherheitskräfte im Hinblick darauf, dass sie bei der Wahrung der öffentlichen Ordnung nur in angemessener und verhältnismäßiger Weise Gewalt einsetzen, mit geeigneter Ausrüstung zur Kontrolle von Menschenmengen ausgestattet werden, in Übereinstimmung mit dem mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Waffenembargo und der in Ziffer 8 *b*) und *e*) derselben Resolution dargelegten Ausnahmeregelung;

28. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat über die Bekanntmachung des endgültigen Wählerverzeichnisses zu unterrichten und ihm spätestens am 22. Oktober 2010 einen Halbzeitbericht und spätestens am 30. November 2010 einen umfassenden Bericht über die Situation vor Ort, die Durchführung dieser Resolution und die in Ziffer 26 genannten geänderten Kriterien vorzulegen, der auch mögliche Änderungen der Struktur und Personalstärke der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire enthält, und ersucht den Generalsekretär ferner, dem Rat nach Bedarf diesbezügliche Empfehlungen zu unterbreiten;

29. *bekundet seine Absicht*, im Lichte der Stabilisierung der Situation, der Umsetzung der Schlüsseletappen des Friedensprozesses, des Stands der Wahlen und des von den ivorischen Parteien unter Beweis gestellten politischen Willens das Mandat, die Struktur und die Personalstärke der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, die Ermächtigung der sie unterstützenden französischen Truppen sowie die in Ziffer 26 genannten Kriterien bis zum 31. Dezember 2010 zu überprüfen und alle Optionen, einschließlich der in dem Bericht des Generalsekretärs vom 20. Mai 2010 aufgeführten, zu erwägen;

30. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6350. Sitzung einstimmig verabschiedet.

MISSION DES SICHERHEITSRATS[290]

Beschlüsse

Mit Schreiben vom 14. April und 4. Mai 2010 unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Generalsekretär über den Beschluss des Rates, eine Mission in die Demokratische Republik Kongo zu entsenden.[291]

Auf seiner 6317. Sitzung am 19. Mai 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Mission des Sicherheitsrats

> Unterrichtung durch die Mission des Sicherheitsrats in die Demokratische Republik Kongo (13. bis 16. Mai 2010)".

Mit Schreiben vom 14. Juni 2010 unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Generalsekretär über den Beschluss des Rates, eine Mission nach Afghanistan zu entsenden.[292]

DIE FÖRDERUNG UND STÄRKUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT BEI DER WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT[293]

Beschlüsse

Auf seiner 6347. Sitzung am 29. Juni 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Argentiniens, Armeniens, Aserbaidschans, Australiens, Botsuanas, Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Guatemalas, Italiens, Kanadas, Liechtensteins, Norwegens, Perus, der Republik Korea, der Salomonen, der Schweiz und Südafrikas gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

> Schreiben des Ständigen Vertreters Mexikos bei den Vereinten Nationen vom 18. Juni 2010 an den Generalsekretär (S/2010/322)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Patricia O'Brien, die Untergeneralsekretärin für Rechtsangelegenheiten und Rechtsberaterin der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[290] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet.

[291] Die Schreiben, die als Dokumente S/2010/187 und Add.1 des Sicherheitsrats herausgegeben wurden, finden sich auf den Seiten 134 bis 137 dieses Bandes. Die Mission fand vom 13. bis 16. Mai 2010 statt (siehe S/2010/288).

[292] Das Schreiben, das als Dokument S/2010/325 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 113 dieses Bandes. Die Mission fand vom 21. bis 24. Juni 2010 statt (siehe S/2010/564).

[293] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet. Der Tagesordnungspunkt „Stärkung des Völkerrechts: Rechtsstaatlichkeit und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" und ähnliche frühere Punkte wurden umbenannt und lauten ab der 6347. Sitzung am 29. Juni 2010 „Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 24. Juni 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[294]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt sein Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen und zum Völkerrecht sowie zu einer auf der Rechtsstaatlichkeit und dem Völkerrecht beruhenden internationalen Ordnung, die eine wesentliche Voraussetzung für die friedliche Koexistenz und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen bildet und somit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beiträgt.

Der Rat tritt für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten ein, die von ihm aktiv unterstützt wird, und wiederholt seine Aufforderung an die Mitgliedstaaten, ihre Streitigkeiten gemäß Kapitel VI der Charta auf friedlichem Wege beizulegen. Der Rat unterstreicht die zentrale Rolle des Internationalen Gerichtshofs, des Hauptrechtsprechungsorgans der Vereinten Nationen, bei der gerichtlichen Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Staaten und den Wert seiner Arbeit und fordert die Staaten auf, die Annahme der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs im Einklang mit seinem Statut zu erwägen, sofern sie dies nicht bereits getan haben.

Der Rat fordert die Staaten auf, auch auf andere Streitbeilegungsmechanismen zurückzugreifen, einschließlich internationaler und regionaler Gerichtshöfe, die den Staaten die Möglichkeit bieten, ihre Streitigkeiten friedlich beizulegen und somit zur Verhütung oder Beilegung von Konflikten beizutragen.

Der Rat betont, wie wichtig die vom Generalsekretär getroffenen Maßnahmen zur Förderung der Vermittlung und zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten sind, erinnert in dieser Hinsicht an den Bericht des Generalsekretärs vom 8. April 2009 über die Stärkung der Vermittlung und der Tätigkeiten zu ihrer Unterstützung[295] und ermutigt den Generalsekretär, alle ihm nach der Charta für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Modalitäten und diplomatischen Instrumente in zunehmendem Maße und wirksam zu nutzen.

Der Rat erkennt an, dass die Achtung des humanitären Völkerrechts ein wesentlicher Bestandteil der Rechtsstaatlichkeit in Konfliktsituationen ist, bekräftigt seine Überzeugung, dass der Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten ein wichtiger Aspekt jeder umfassenden Strategie zur Beilegung von Konflikten sein sollte, und erinnert in dieser Hinsicht an Resolution 1894 (2009).

Der Rat fordert ferner alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien erneut auf, das Völkerrecht zu achten, das für die Rechte und den Schutz von Frauen und Kindern sowie von Vertriebenen und humanitären Helfern und anderen Zivilpersonen gilt, die besonderen Gefährdungen ausgesetzt sein können, wie Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen.

Der Rat bekräftigt seine entschiedene Ablehnung der Straflosigkeit für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen. Der Rat betont ferner, dass die Staaten die Verantwortung für die Einhaltung ihrer einschlägigen Verpflichtungen tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, eingehende Ermittlungen anzustellen und die für Kriegsverbrechen, Völkermord,

[294] S/PRST/2010/11.

[295] S/2009/189.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, um Verstöße zu verhüten, ihre Wiederholung zu verhindern und dauerhaften Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und Aussöhnung herbeizuführen.

Der Rat stellt fest, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit für die schwersten Verbrechen von internationalem Belang durch die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs, der Ad-hoc- und gemischten Gerichtshöfe sowie der Sonderkammern nationaler Gerichte gestärkt worden ist, und nimmt Kenntnis von der Bestandsaufnahme der internationalen Strafgerichtsbarkeit, die auf der vom 31. Mai bis 11. Juni 2010 in Kampala abgehaltenen ersten Konferenz zur Überprüfung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vorgenommen wurde. Der Rat beabsichtigt, auch weiterhin energisch und mit den geeigneten Mitteln die Straflosigkeit zu bekämpfen und die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, und lenkt die Aufmerksamkeit auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, die in Betracht zu ziehen sind, wie etwa nationale, internationale und gemischte Strafgerichtshöfe, Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen sowie nationale Wiedergutmachungsprogramme für die Opfer, institutionelle Reformen und traditionelle Streitbeilegungsmechanismen.

Der Rat bekundet seine Entschlossenheit, zu gewährleisten, dass die Vereinten Nationen selbst bei allen ihren Maßnahmen zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit rechtsstaatliche Prinzipien achten und fördern. Der Rat ist sich dessen bewusst, dass eine nachhaltige Friedenskonsolidierung einen integrierten Ansatz erfordert, der die Kohärenz zwischen den Tätigkeiten in den Bereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit erhöht. In diesem Zusammenhang erklärt der Rat erneut, wie dringlich es ist, die Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Friedenskonsolidierung zu verbessern und für einen zwischen allen Teilen des Systems der Vereinten Nationen koordinierten Ansatz der Vereinten Nationen im Feld zu sorgen, so auch durch Unterstützung für den Kapazitätsaufbau, um den nationalen Behörden bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit insbesondere nach dem Ende der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen behilflich zu sein.

Der Rat sieht Sanktionen als wichtiges Instrument zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit an. Der Rat weist erneut auf die Notwendigkeit hin, sicherzustellen, dass Sanktionen sorgfältig auf die Unterstützung klarer Ziele ausgerichtet sind, behutsam konzipiert werden, um etwaige nachteilige Auswirkungen so gering wie möglich zu halten, und von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Der Rat ist nach wie vor entschlossen, dafür Sorge zu tragen, dass faire und klare Verfahren vorhanden sind, die die Aufnahme von Personen und Einrichtungen in Sanktionslisten und ihre Streichung von diesen Listen sowie die Gewährung von Ausnahmen aus humanitären Gründen regeln. In diesem Zusammenhang erinnert der Rat an die Verabschiedung der Resolutionen 1822 (2008) und 1904 (2009), einschließlich der Ernennung einer Ombudsperson und anderer verfahrenstechnischer Verbesserungen im Al-Qaida/Taliban-Sanktionsregime.

Der Rat begrüßt die Einsetzung der Gruppe für Koordinierung und Ressourcen im Bereich Rechtsstaatlichkeit, die unter dem Vorsitz der Stellvertretenden Generalsekretärin steht und von der im Exekutivbüro des Generalsekretärs angesiedelten Einheit für Rechtsstaatlichkeit unterstützt wird, und fordert die Gruppe nachdrücklich auf, größere Anstrengungen zu unternehmen, um eine koordinierte und kohärente Antwort des Systems der Vereinten Nationen auf die mit der Rechtsstaatlichkeit verbundenen Fragen auf der Tagesordnung des Rates zu gewährleisten.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, innerhalb von 12 Monaten einen Folgebericht mit einer Bestandsaufnahme der Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen in dem Bericht des Generalsekretärs von 2004[296] vorzulegen und in diesem Zusammenhang weitere Schritte zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Konflikt- und Postkonfliktsituationen zu erwägen."

ZENTRALAFRIKANISCHE REGION[297]

Beschlüsse

Auf seiner 6288. Sitzung am 19. März 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Australiens, Botsuanas, Costa Ricas, der Demokratischen Republik Kongo, Deutschlands, Kongos, Marokkos, der Republik Korea, der Schweiz, Südafrikas, Tschads und der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Zentralafrikanische Region

Auswirkungen des unerlaubten Waffenhandels auf den Frieden und die Sicherheit

Schreiben des Ständigen Vertreters Gabuns bei den Vereinten Nationen vom 15. März 2010 an den Generalsekretär (S/2010/143)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Antonio Maria Costa, den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, und Herrn Sergio de Queiroz Duarte, den Hohen Beauftragten für Abrüstungsfragen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Louis Sylvain-Goma, den Generalsekretär der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, Herrn Téte António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, und Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[298]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt die Erklärungen seiner Präsidenten vom 24. September 1999[299], 31. August 2001[300], 31. Oktober 2002[301] und 29. Juni 2007[302] und seine Resolution 1209 (1998) vom 19. November 1998, begrüßt alle Initiativen, welche die Mitgliedstaaten nach der Verabschiedung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und

---

[296] S/2004/616.

[297] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet.

[298] S/PRST/2010/6.

[299] S/PRST/1999/28.

[300] S/PRST/2001/21.

[301] S/PRST/2002/30.

[302] S/PRST/2007/24.

leichten Waffen unter allen Aspekten[303] durch die Konferenz der Vereinten Nationen über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten ergriffen haben, und nimmt Kenntnis von dem Prozess auf dem Weg zu einem Vertrag über den Waffenhandel.

Der Rat ist ernsthaft besorgt über die unerlaubte Herstellung, Verbringung und Verschiebung von Kleinwaffen und leichten Waffen und ihre übermäßige Anhäufung und unkontrollierte Verbreitung in vielen Regionen der Welt, vor allem in der Subregion Zentralafrika, die vielfältige humanitäre und sozioökonomische Folgen nach sich ziehen, insbesondere für die Sicherheit von Zivilpersonen, indem sie bewaffnete Konflikte schüren, die ihrerseits das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt und der Einziehung von Kindersoldaten erhöhen und eine ernsthafte Bedrohung des Friedens, der Aussöhnung, der Sicherheit, der Stabilität und der nachhaltigen Entwicklung auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene darstellen.

Während der Rat anerkennt, dass alle Staaten im Einklang mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen das Recht haben, für ihre Selbstverteidigung und Sicherheit konventionelle Waffen herzustellen, ein- und auszuführen, weiterzugeben und zu besitzen, unterstreicht er die entscheidende Bedeutung, die wirksamen Vorschriften und Kontrollen für den transparenten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen zukommt, um ihre illegale Abzweigung und Wiederausfuhr zu verhindern.

Der Rat erklärt erneut, dass die Mitgliedstaaten die bestehenden Waffenembargos und Ausfuhrverbote einhalten und die erforderlichen Schritte zur wirksamen Durchführung dieser vom Rat in seinen einschlägigen Resolutionen verhängten Maßnahmen unternehmen sollen.

Der Rat ist höchst beunruhigt über die Verbindungen, die zwischen der gegen Waffenembargos und Ausfuhrverbote verstoßenden unerlaubten Weitergabe von Kleinwaffen und leichten Waffen an oder durch kriminelle Organisationen oder andere verantwortungslose Akteure, einschließlich derjenigen, die der Beteiligung an terroristischen Handlungen verdächtigt werden, und dem unerlaubten Drogenhandel, der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen und dem unerlaubten Handel mit diesen Ressourcen bestehen. Der Rat ermutigt alle Mitgliedstaaten, sofern sie es noch nicht getan haben, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seinen Protokollen[304], namentlich dem Zusatzprotokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit, beizutreten, sie zu ratifizieren und durchzuführen.

Der Rat begrüßt die verschiedenen Initiativen, die derzeit in der Subregion im Gang sind, nimmt Kenntnis von den Bemühungen um die Schaffung eines subregionalen Registers für Kleinwaffen und legt den zentralafrikanischen Ländern nahe, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um durch die Schaffung eines subregionalen Registers der Waffenhändler sowie die Ausarbeitung einer subregionalen rechtsverbindlichen Übereinkunft zur Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, der dazugehörigen Munition und allen Ausrüstungsgegenständen, die zu ihrer Herstellung

---

[303] Siehe *Report of the United Nations Conference on the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects, New York, 9–20 July 2001* (A/CONF.192/15), Kap. IV, Ziff. 24. In Deutsch verfügbar unter http://www.un.org/Depts/german/conf/ac192-15.pdf.

[304] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2225, 2237, 2241 und 2326, Nr. 39574. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2005 II S. 954, 956; LGBl. 2008 Nr. 72; öBGBl. III Nr. 84/2005; AS 2006 5861 (Übereinkommen); dBGBl. 2005 II S. 954, 995; LGBl. 2008 Nr. 74; öBGBl. III Nr. 220/2005; AS 2006 5917 (Protokoll gegen den Menschenhandel); dBGBl. 2005 II S. 954, 1007; LGBl. 2008 Nr. 73; öBGBl. III Nr. 11/2008; AS 2006 5899 (Protokoll gegen die Schleusung von Migranten). Feuerwaffen-Protokoll: deutschsprachige Fassung in Resolution 55/255, Anlage.

dienen könnten, die Kapazitäten der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten zu stärken.

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig es ist, beim Herangehen an den unerlaubten Handel mit Waffen, insbesondere Kleinwaffen und leichten Waffen, einen Ansatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung zu verfolgen, und legt den Staaten der Subregion nahe, die einschlägigen, auf einzelstaatlicher, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene beschlossenen Maßnahmen vollständig durchzuführen und geeignete diesbezügliche Schritte zu erwägen.

Der Rat fordert die Staaten der Subregion auf, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um Mechanismen und regionale Netzwerke ihrer zuständigen Behörden zum Informationsaustausch mit dem Ziel der Bekämpfung der unerlaubten Verschiebung von Kleinwaffen und leichten Waffen und des unerlaubten Handels damit zu schaffen. Der Rat betont außerdem, dass die Staaten der Subregion ihre Zusammenarbeit verstärken müssen, namentlich auch im Rahmen regionaler und subregionaler Organisationen, insbesondere der Afrikanischen Union, um geeignete Maßnahmen gegen die am unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen in der zentralafrikanischen Subregion beteiligten Personen und Einrichtungen festzulegen und zu ergreifen.

Der Rat betont, dass sich die einzelstaatlichen Behörden in der Subregion in vollem Umfang an der praktischen Durchführung des am 20. Juli 2001 von der Konferenz der Vereinten Nationen über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten angenommenen Aktionsprogramms und des am 8. Dezember 2005 verabschiedeten Internationalen Rechtsinstruments zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten[305] beteiligen müssen, und legt den zentralafrikanischen Ländern nahe, dem Generalsekretär im Einklang mit den genannten Rechtsinstrumenten regelmäßig Staatenberichte vorzulegen.

Der Rat legt der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten nahe, den zentralafrikanischen Ländern bei der Gewährleistung der wirksamen Durchführung der vom Rat verhängten Waffenembargos behilflich zu sein und in diesem Zusammenhang im Benehmen mit den betroffenen Ländern Maßnahmen wie die Untersuchung der Wege des unerlaubten Waffenhandels, die Weiterverfolgung möglicher Verstöße und die Zusammenarbeit bei der Grenzüberwachung festzulegen. In dieser Hinsicht legt der Rat den für die Überwachung von Waffenembargos in den zentralafrikanischen Ländern und den benachbarten Ländern zuständigen Ausschüssen nahe, entsprechend ihrem jeweiligen Mandat in ihre Jahresberichte auch künftig einen sachbezogenen Abschnitt über die Anwendung der Waffenembargos und über etwaige dem jeweiligen Ausschuss gemeldete Verstöße gegen die Maßnahmen und gegebenenfalls Empfehlungen zur Stärkung der Wirksamkeit der Waffenembargos aufzunehmen. Diese Informationen könnten auch dem von der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) geführten Internationalen System zur elektronischen Rückverfolgung von Waffen übermittelt werden.

Der Rat legt den für die Überwachung von Waffenembargos in den zentralafrikanischen Ländern und den benachbarten Ländern zuständigen Ausschüssen nahe, entsprechend ihrem jeweiligen Mandat Kommunikationskanäle mit der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, ihren Mitgliedstaaten und mit dem Ständigen beratenden Ausschuss der Vereinten Nationen für Sicherheitsfragen in Zentralafrika einzurichten.

[305] A/60/88 und Corr.2, Anhang (in Deutsch verfügbar unter http://www.un.org/Depts/german/gv-sonst/a60-88.pdf); siehe auch Beschluss 60/519 der Generalversammlung.

Der Rat unterstützt das Vorgehen der in der Subregion anwesenden Missionen der Vereinten Nationen, die entsprechend ihrem jeweiligen Mandat bei Abrüstungsprozessen im Rahmen von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen behilflich sind, und fordert die internationalen Partner auf, den zentralafrikanischen Ländern beim Aufbau und bei der Stärkung ihrer Fähigkeit behilflich zu sein, Maßnahmen zur Verhütung der unerlaubten Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie im Hinblick auf die Sicherheit und die Verwaltung der Waffenbestände, insbesondere der Kleinwaffen und leichten Waffen, festzulegen und durchzuführen.

Der Rat erkennt an, wie wichtig die bevorstehende, von den Vereinten Nationen im Juni 2010 abzuhaltende vierte Zweijährliche Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten ist, und legt den Mitgliedstaaten, namentlich denjenigen in der Subregion Zentralafrika, nahe, mit dem Vorsitz uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, um einen erfolgreichen Ausgang der Tagung zu gewährleisten.

Der Rat legt den Mitgliedstaaten nahe, energische Maßnahmen zu ergreifen, um die Lieferung von Kleinwaffen, leichten Waffen und Munition in instabile Gebiete Zentralafrikas zu beschränken.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, den Inhalt dieser Erklärung im Hinblick auf ihre Weiterverfolgung in seinem zweijährlichen Bericht zu berücksichtigen.“

BERICHTE DES GENERALSEKRETÄRS ÜBER SUDAN[306]

Beschluss

Auf seiner 6199. Sitzung am 13. Oktober 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“.

Resolution 1891 (2009) vom 13. Oktober 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Sudan,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Sudans und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der Zusammenarbeit in den Beziehungen zwischen den Staaten in der Region,

unter erneuter Betonung seines festen Eintretens für die Sache des Friedens in ganz Sudan, die uneingeschränkte Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens vom 9. Januar 2005[307] und, eingedenk des Friedensabkommens für Darfur, die Vollendung des politischen Prozesses und das Ende der Gewalt und der Missbrauchshandlungen in Darfur,

---

[306] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2004 verabschiedet.

[307] S/2005/78, Anlage.

erneut erklärend, wie wichtig die Förderung eines politischen Prozesses zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Darfur ist, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an diejenigen Parteien, die sich noch nicht zur Teilnahme an Verhandlungen bereiterklärt haben, dies sofort zu tun, und an alle Konfliktparteien, voll und konstruktiv an dem Prozess mitzuwirken und mit dem Gemeinsamen Chefvermittler der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, Herrn Djibril Yipènè Bassolé, zusammenzuarbeiten,

sowie erneut erklärend, dass eine dauerhafte politische Lösung und beständige Sicherheit in Darfur herbeigeführt werden müssen, und beklagend, dass das Friedensabkommen für Darfur von den Unterzeichnern bisher nicht vollständig durchgeführt und nicht von allen Konfliktparteien in Darfur unterzeichnet wurde,

mit tiefer Sorge Kenntnis nehmend von dem Andauern der Gewalt, der Straflosigkeit und der sich daraus ergebenden Verschlechterung der Lage im Bereich der humanitären Hilfe und des Zugangs der humanitären Helfer zu den notleidenden Bevölkerungsgruppen, mit dem erneuten Ausdruck seiner tiefen Besorgnis um die Sicherheit der Zivilpersonen und der humanitären Helfer und mit der Aufforderung an alle Parteien in Darfur, die Offensivhandlungen sofort einzustellen und weitere gewaltsame Angriffe zu unterlassen,

verlangend, dass die Konfliktparteien Zurückhaltung üben und alle Arten von Kampfhandlungen einstellen,

sowie verlangend, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien alle sexuellen Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen, im Einklang mit Resolution 1888 (2009) vom 30. September 2009, die Einziehung und den Einsatz von Kindern, im Einklang mit den Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009, sowie unterschiedslose Angriffe auf Zivilpersonen umgehend und vollständig einstellen,

in Würdigung der Bemühungen des Gemeinsamen Chefvermittlers der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen, des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der Liga der arabischen Staaten und der politischen Führer der Region um die Förderung von Frieden und Stabilität in Darfur und ihnen erneut seine volle Unterstützung bekundend, der vollständigen und wirksamen Entsendung des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur mit Interesse entgegensehend und mit dem Ausdruck seiner nachdrücklichen Unterstützung für den politischen Prozess im Rahmen der von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geleiteten Vermittlungsbemühungen,

es begrüßend, dass die Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze ihre Absicht bekundet hat, Leitlinien zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und den Sachverständigengruppen der Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats auszuarbeiten,

unter Hinweis auf den am 30. April 2009 herausgegebenen Halbzeitbericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 3 *b*) der Resolution 1591 (2005) vom 29. März 2005 eingesetzten Sachverständigengruppe, deren Mandat mit späteren Resolutionen verlängert wurde, Kenntnis nehmend von dem Schlussbericht der Gruppe[308] und seine Absicht bekundend, über den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Ziffer 3 *a*) der Resolution 1591 (2005) (im Folgenden „Ausschuss“) die Empfehlungen der Gruppe zu prüfen und geeignete weitere Schritte zu erwägen,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Behinderungen der Arbeit der Sachverständigengruppe, einschließlich ihrer Bewegungsfreiheit, im Laufe ihres vergangenen Mandats,

[308] Siehe S/2009/562, Anlage.

unter Betonung der Notwendigkeit, die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen betreffend Vorrechte und Immunitäten sowie das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen[309], soweit diese auf die Einsätze der Vereinten Nationen und auf die daran beteiligten Personen anwendbar sind, zu achten,

feststellend, dass die Situation in Sudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

1. *beschließt*, das Mandat der ursprünglich gemäß Resolution 1591 (2005) eingesetzten Sachverständigengruppe für Sudan, das zuvor bereits mit den Resolutionen 1651 (2005) vom 21. Dezember 2005, 1665 (2006) vom 29. März 2006, 1713 (2006) vom 29. September 2006, 1779 (2007) vom 28. September 2007 und 1841 (2008) vom 15. Oktober 2008 verlängert wurde, bis zum 15. Oktober 2010 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

2. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss spätestens am 31. März 2010 eine Halbzeitunterrichtung über ihre Arbeit zu geben und ihm spätestens neunzig Tage nach der Verabschiedung dieser Resolution einen Zwischenbericht vorzulegen und dem Sicherheitsrat spätestens dreißig Tage vor Ablauf ihres Mandats einen Schlussbericht mit ihren Feststellungen und Empfehlungen vorzulegen;

3. *ersucht* die Sachverständigengruppe *außerdem*, ihre Tätigkeiten gegebenenfalls mit denen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur sowie mit den internationalen Anstrengungen zur Förderung des politischen Prozesses in Darfur abzustimmen, und in ihrem Zwischenbericht und ihrem Schlussbericht die Fortschritte bei der Verringerung der Verstöße aller Parteien gegen die mit den Ziffern 7 und 8 der Resolution 1556 (2004) vom 30. Juli 2004 und Ziffer 7 der Resolution 1591 (2005) verhängten Maßnahmen sowie die Fortschritte beim Abbau der Hindernisse für den politischen Prozess, der Bedrohungen der Stabilität in Darfur und in der Region und der anderen Verstöße gegen die genannten Resolutionen zu bewerten;

4. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) verhängten Maßnahmen übermitteln;

5. *legt* allen Staaten, insbesondere denjenigen in der Region, *nahe*, dem Ausschuss über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung der mit den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) verhängten Maßnahmen unternommen haben;

6. *bekräftigt* das Mandat des Ausschusses, einen Dialog mit den interessierten Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen in der Region, anzuregen, so auch indem Vertreter dieser Staaten eingeladen werden, mit dem Ausschuss zusammenzutreffen, um die Durchführung der Maßnahmen zu erörtern;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6199. Sitzung einstimmig verabschiedet.

[309] Resolution 22 A (I) der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1980 II S. 941; LGBl. 1993 Nr. 66; öBGBl. Nr. 126/1957.

Beschlüsse

Auf seiner 6227. Sitzung am 30. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

> Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID) (S/2009/592)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Edmond Mulet, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Djibril Yipènè Bassolé, den Gemeinsamen Chefvermittler der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 3. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[310]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2009 betreffend Ihre Absicht, Herrn Ibrahim Gambari (Nigeria) zum Gemeinsamen Sonderbeauftragten für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zu ernennen[311], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

Auf seiner 6230. Sitzung am 4. Dezember 2009 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Luis Moreno-Ocampo, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6251. Sitzung am 21. Dezember 2009 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

> Schreiben des Generalsekretärs vom 17. November 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/599)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Jean Ping, den Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, und Herrn Thabo Mbeki, den Vorsitzenden der Hochrangigen Gruppe der Afrikanischen Union für Darfur, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner nichtöffentlichen 6252. Sitzung am 21. Dezember 2009 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

> „Auf seiner nichtöffentlichen 6252. Sitzung am 21. Dezember 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Berichte des Generalsekretärs über Sudan'.
>
> Der Präsident lud die Mitgliedstaaten, die einen Antrag auf Teilnahme an der Behandlung des Punktes ohne Stimmrecht gestellt hatten, im Einklang mit den ein-

[310] S/2009/622.

[311] S/2009/621.

schlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Gemäß den auf der 6251. Sitzung gefassten Beschlüssen lud der Präsident Herrn Jean Ping, den Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, und Herrn Thabo Mbeki, den Vorsitzenden der Hochrangigen Gruppe der Afrikanischen Union für Darfur, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder und Herr Ping führten einen Meinungsaustausch."

Am 31. Januar 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[312]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 29. Januar 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Haile Menkerios (Südafrika) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Sudan zu ernennen[313], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie haben von der darin geäußerten Absicht Kenntnis genommen."

Auf seiner 6269. Sitzung am 11. Februar 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2010/50)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Dmitry Titov, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6304. Sitzung am 29. April 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in Sudan (S/2010/168 und Add.1)".

Resolution 1919 (2010) vom 29. April 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Sudan,

in Bekräftigung seiner früheren Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, in denen er unter anderem die einschlägigen Bestimmungen des Ergebnisses des Weltgipfels 2005[314] bekräftigt, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte, 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen und 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit,

[312] S/2010/58.

[313] S/2010/57.

[314] Siehe Resolution 60/1 der Generalversammlung.

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 5. April 2010 über die Mission der Vereinten Nationen in Sudan[315], unter Hinweis auf den Bericht des Generalsekretärs vom 10. Februar 2009 über Kinder und den bewaffneten Konflikt in Sudan[316], einschließlich seiner Empfehlungen, Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 29. August 2007 über Kinder und den bewaffneten Konflikt in Sudan[317] und unter Hinweis auf die von der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte gebilligten Schlussfolgerungen über Kinder und den bewaffneten Konflikt in Sudan[318],

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Sudans und zur Sache des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit in der gesamten Region,

betonend, wie wichtig es ist, das Umfassende Friedensabkommen vom 9. Januar 2005[307] vollständig durchzuführen, insbesondere auch weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Einheit attraktiv zu machen, und das Recht der Bevölkerung Südsudans auf Selbstbestimmung zu achten, das durch ein Referendum zur Bestimmung seines künftigen Status wahrgenommen werden soll,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft die Festigung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den beiden Parteien unterstützen müssen,

davon Kenntnis nehmend, dass im April 2010 landesweite Wahlen durchgeführt wurden, die ein Element der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens sind, und in Würdigung der Menschen in Sudan, die auf die Demokratie hinarbeiten,

in der Erkenntnis, dass die beiden Parteien des Umfassenden Friedensabkommens ungeachtet der Ergebnisse des Referendums auch künftig kritische Fragen auf friedliche und konstruktive Weise erörtern müssen und dass die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und andere Regionalorganisationen bei der Unterstützung und Förderung dieses Dialogs eine wichtige Rolle spielen können,

in Würdigung der Tätigkeit der Mission der Vereinten Nationen in Sudan und des anhaltenden Engagements der truppen- und polizeistellenden Länder in Unterstützung des Umfassenden Friedensabkommens und der Mission,

sowie in Würdigung der Tätigkeit der Afrikanischen Union in Sudan, insbesondere der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan und der Rolle, die sie zusammen mit der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung und anderen regionalen Akteuren dabei gespielt hat, die Aufmerksamkeit auf den wechselseitigen Zusammenhang der Konflikte in Sudan zu lenken und den sudanesischen Parteien bei der umfassenden Auseinandersetzung mit diesen Fragen behilflich zu sein,

ferner in Würdigung der fortlaufenden Arbeit der Bewertungs- und Evaluierungskommission,

unter Verurteilung aller Handlungen und Formen der Gewalt, gleichviel durch welche Partei sie begangen werden, die den Frieden und die Stabilität in Sudan und in der Region verhindern oder behindern, ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, vor allem auf Frauen und Kinder, beklagend und mit der Aufforderung an alle Parteien, ihren Verpflich-

[315] S/2010/168.

[316] S/2009/84.

[317] S/2007/520.

[318] S/AC.51/2009/5.

tungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen nachzukommen,

betonend, wie wichtig es weiterhin ist, der Zivilbevölkerung in ganz Sudan humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe zu gewähren, die Vereinten Nationen ermutigend, umfassende Maßnahmen zur Vorbereitung auf das bevorstehende Referendum zu ergreifen, namentlich im Hinblick auf die Notwendigkeit vermehrter humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe im Süden für die restliche Dauer der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens sowie für die Zeit danach und im Hinblick auf die Notwendigkeit der fortgesetzten Zusammenarbeit zwischen den Parteien des Abkommens, den Vereinten Nationen und den humanitären Organisationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Geber, die Durchführung des Abkommens zu unterstützen und alle Zusagen bezüglich finanzieller und materieller Unterstützung einzuhalten,

in der Erkenntnis, dass das Umfassende Friedensabkommen eine kritische Phase erreicht hat, und betonend, dass alle noch verbleibenden Aufgaben zur Durchführung des Abkommens abgeschlossen werden müssen,

unter Begrüßung der verstärkten und fortlaufenden Zusammenarbeit zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Sudan und allen anderen Missionen der Vereinten Nationen in der Region und betonend, dass der fortgesetzte Informationsaustausch zwischen ihnen eine wichtige Hilfe ist, um regionalen Bedrohungen wie den Aktivitäten von Milizen und bewaffneten Gruppen, so unter anderem von Gruppen wie der Widerstandsarmee des Herrn, zu begegnen,

feststellend, dass die Situation in Sudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Sudan bis zum 30. April 2011 zu verlängern, mit der Absicht, es nach Bedarf um weitere Zeiträume zu verlängern;

2. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat auch künftig alle drei Monate über die Durchführung des Mandats der Mission, die Fortschritte bei der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens[307] und die Achtung der Waffenruhe Bericht zu erstatten;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, in seinen Vierteljahresberichten unter anderem die folgenden Informationen bereitzustellen: 1) einen detaillierten Plan der Maßnahmen, die die Mission ergreift, um die Prozesse der Referenden und Volksbefragungen entsprechend Ziffer 7 zu unterstützen, einschließlich der aus den Wahlen im Jahr 2010 gewonnenen Erkenntnisse, 2) den Stand des Zusammenwirkens der Vereinten Nationen mit den Parteien des Umfassenden Friedensabkommens und die Fortschritte der Parteien bezüglich der kritischen Aufgaben, die nach dem Referendum vollbracht werden müssen, und gegebenenfalls Informationen 3) über die Planung der Mission im Benehmen mit den Parteien betreffend die Präsenz der Vereinten Nationen in Sudan nach dem Übergangszeitraum;

4. *missbilligt* das Fortbestehen örtlich begrenzter Konflikte und Gewalttätigkeiten mit ihren Auswirkungen auf Zivilpersonen, besonders in Südsudan, unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Mission von ihren Befugnissen und Fähigkeiten gemäß Ziffer 16 der Resolution 1590 (2005) vom 24. März 2005 in vollem Umfang Gebrauch macht, um die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung erhöhter Sicherheit für die Zivilbevölkerung, die Akteure im humanitären und im Entwicklungsbereich und das Personal der Vereinten Nationen, die unmittelbar von Gewalt bedroht sind, zu ergreifen, und betont, dass dieses Mandat gemäß Resolution 1663 (2006) vom 24. März 2006 den Schutz der Flüchtlinge, der Vertriebenen, der Rückkehrer und anderer Zivilpersonen im Hinblick auf die Aktivitäten von Milizen und bewaffneten Gruppen, so unter anderem von Gruppen wie der Widerstandsarmee des Herrn, beinhaltet;

5. *fordert* die Mission *erneut auf*, mit anderen Missionen der Vereinten Nationen in der Region Strategien zur Information über den Schutz von Zivilpersonen angesichts der von der Widerstandsarmee des Herrn geführten Angriffe abzustimmen, und ersucht den Generalsekretär, in seine Vierteljahresberichte über die Mission Informationen über die Zusammenarbeit zwischen den Missionen der Vereinten Nationen im Umgang mit den Bedrohungen durch die Widerstandsarmee des Herrn aufzunehmen;

6. *fordert* die Mission *auf*, eine missionsweite Strategie zum Schutz von Zivilpersonen umfassend im gesamten Missionsgebiet umzusetzen, die auch die Anwendung von Stammesmechanismen zur Konfliktbeilegung einschließt, und fordert die Mission nachdrücklich auf, ihre Präsenz in Gebieten mit einem hohen Risiko örtlich begrenzter Konflikte zu verstärken, so auch indem sie häufige Patrouillen durchführt;

7. *weist darauf hin*, dass das Umfassende Friedensabkommen die Abhaltung von Referenden sowie eine Verantwortung der Parteien vorsieht, Anstrengungen zu unternehmen, um die Einheit attraktiv zu machen, bekräftigt die Unterstützung dieser Aktivitäten durch die Mission, ersucht die Mission, sich bereitzuhalten, um eine Führungsrolle bei den internationalen Anstrengungen zu übernehmen, auf Ersuchen Hilfe zur Unterstützung der Vorbereitungen für die Referenden im Jahr 2011 zu gewähren, auch im Benehmen mit den Mitgliedstaaten, die fähig und willens sind, Unterstützung zu gewähren, sowie eine beratende Rolle bei den Sicherheitsvorkehrungen für die Referenden zu übernehmen, und fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, die von den zuständigen sudanesischen Behörden zur Unterstützung der Referenden und Volksbefragungen erbetene technische und materielle Hilfe bereitzustellen, einschließlich Kapazitäten zur Beobachtung der Referenden;

8. *betont*, wie wichtig die vollständige und rasche Durchführung aller Bestandteile des Umfassenden Friedensabkommens, der Abkommen über Darfur und des Friedensabkommens für Ostsudan vom 14. Oktober 2006 ist, und fordert alle Parteien auf, ihre mit diesen Abkommen eingegangenen Verpflichtungen unverzüglich zu beachten und einzuhalten;

9. *ersucht* die Mission, den Parteien im Rahmen ihres derzeitigen Mandats und ihrer Fähigkeiten weiterhin auf Ersuchen bei der Durchführung aller Bestandteile des Umfassenden Friedensabkommens behilflich zu sein, so auch bei der Schaffung der Kommissionen für die Referenden und Volksbefragungen und bei der Ernennung ihrer Mitglieder, bei der Umsetzung der Entscheidung des Ständigen Schiedshofs in Den Haag betreffend Abyei, bei der Markierung der Nord-Süd-Grenze und bei der Teilung des Reichtums, den Sicherheitsregelungen und der Konfliktbeilegung in den Staaten Südkordofan und Blauer Nil;

10. *begrüßt* die fortlaufenden Überprüfungen der militärischen Fähigkeiten, die in Bezug auf den Einsatz der Mission durchgeführt werden, betont die Wichtigkeit einer angemessenen und flexiblen Dislozierung der Mission zur Abschreckung und Verhütung von Gewalt in Gebieten, in denen Zivilpersonen von Gewalt bedroht sind, und ersucht um regelmäßige Überprüfungen der Dislozierung der Mission, um sicherzustellen, dass die Mission auf bestmögliche Weise die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens unterstützen und unmittelbar von Gewalt bedrohte Zivilpersonen schützen kann;

11. *begrüßt außerdem* das anhaltende Bekenntnis der Parteien des Umfassenden Friedensabkommens zur Zusammenarbeit, legt ihnen eindringlich nahe, ihre Zusammenarbeit bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Hinblick auf die weitere Durchführung des Abkommens fortzusetzen, und fordert die Parteien des Abkommens auf, mit allen Einsätzen der Vereinten Nationen bei der Durchführung ihres jeweiligen Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

12. *bekundet erneut seine Besorgnis* über die dem Personal und Gerät der Mission auferlegten Einschränkungen und Hindernisse und die daraus resultierende Beeinträchti-

gung der Fähigkeit der Mission zur wirksamen Durchführung ihres Mandats, fordert in dieser Hinsicht alle Parteien auf, zu kooperieren, indem sie der Mission vollen und uneingeschränkten Zugang für die Überwachung und Verifikation in ihrem Verantwortungsbereich gewähren, mit besonderem Schwerpunkt auf der Überwachung der Region Abyei, und fordert die Mission nachdrücklich auf, sich in Übereinstimmung mit ihrem Mandat und im Rahmen ihrer Mittel und Fähigkeiten mit den Parteien ins Benehmen zu setzen und ausreichend Personal in die Region Abyei zu entsenden, um die Maßnahmen zur Konfliktprävention und die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu verbessern;

13. *bekundet seine Sorge* um die Gesundheit und das Wohl der Zivilbevölkerung in Sudan, fordert die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens und des von den Vereinten Nationen und der Regierung der nationalen Einheit am 28. März 2007 in Khartum unterzeichneten Kommuniqués auf, das gesamte humanitäre Personal zu unterstützen und zu schützen und alle humanitären Einsätze in Sudan zu erleichtern, und fordert die Regierung Sudans nachdrücklich auf, auch weiterhin mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um die Kontinuität der humanitären Hilfe in ganz Sudan zu gewährleisten;

14. *stellt fest*, dass sich Konflikte in einem Gebiet Sudans auf Konflikte in anderen Gebieten des Landes auswirken, und legt der Mission daher eindringlich nahe, in Übereinstimmung mit ihrem derzeitigen Mandat eng mit allen in der Region tätigen Einrichtungen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, namentlich mit dem Gemeinsamen Team der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen und den sonstigen Interessenträgern, damit die Durchführung der Mandate dieser Organe zu dem übergreifenden Ziel des Friedens in Sudan und in der Region beiträgt;

15. *ist sich dessen bewusst*, dass die Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, die Sicherheit der Zivilpersonen beeinträchtigt, indem sie den Konflikt anheizt, legt der Mission nahe, sich weiter darum zu bemühen, der Regierung Südsudans im Hinblick auf den Prozess der Entwaffnung der Zivilbevölkerung behilflich zu sein, insbesondere durch die Stärkung der Fähigkeit der lokalen Behörden, von Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen abzuschrecken, und durch die Überwachung von Initiativen zur Zwangsentwaffnung der Zivilbevölkerung in dem Bemühen, Entwaffnungsmaßnahmen zu verhindern, die die Unsicherheit in Südsudan verschärfen könnten;

16. *ersucht* die Mission, im Rahmen ihres derzeitigen Mandats und ihrer gegenwärtigen Mittel und Fähigkeiten der Technischen Ad-hoc-Grenzkommission auf Ersuchen weiterhin technische und logistische Unterstützung zu gewähren, um den Parteien bei dem dringenden Abschluss des Prozesses der Markierung der Nord-Süd-Grenze von 1956 im Einklang mit dem Umfassenden Friedensabkommen behilflich zu sein;

17. *legt* der Mission *nahe*, sich in Übereinstimmung mit ihrem Mandat und im Rahmen der genehmigten Personalstärke ihres Zivilpolizeianteils weiter darum zu bemühen, den Parteien des Umfassenden Friedensabkommens bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit, bei der Umstrukturierung der Polizei und des Strafvollzugs in ganz Sudan, insbesondere in Südsudan, wo die Polizeidienste unzureichend entwickelt sind, und bei der Ausbildung von Zivilpolizisten und Strafvollzugsbeamten behilflich zu sein;

18. *legt* der Mission *außerdem nahe*, eng mit den Sudanesischen Streitkräften und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee zusammenzuarbeiten, um den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung wiederzubeleben und bei den Anstrengungen zur freiwilligen Entwaffnung und zur Einsammlung und Vernichtung von Waffen behilflich zu sein, die zur Durchführung der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung im Rahmen des Umfassenden Friedensabkommens unternommen werden, sicherzustellen, dass rechtzeitig nachhaltige Wiedereingliederungsprogramme bereitgestellt werden, und so zur Förderung einer fortgesetzten und verstärkten finanziellen Unterstützung für die Wiedereingliederungsphase durch die Geber beizutragen und mit den lokalen Behörden und mit den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen Initiativen zu koordinieren, die die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiederein-

gliederung durch die Schaffung wirtschaftlicher Möglichkeiten für die Wiedereingegliederten stärken, legt ferner den Gebern eindringlich nahe, Ersuchen um Hilfe für den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, insbesondere für die Phase der Wiedereingliederung, zu entsprechen, fordert die Geber auf, allen Verpflichtungen und Hilfezusagen nachzukommen, und nimmt in diesem Zusammenhang Kenntnis von der Notwendigkeit, auch den Opfern in von einem Konflikt betroffenen Gemeinschaften zu helfen;

19. *begrüßt* es, dass die Sudanesische Volksbefreiungsarmee einen Aktionsplan zur Freilassung aller noch mit ihren Kräften verbundenen Kinder bis Ende 2010 angenommen hat, fordert zur Erreichung dieses Ziels eine rasche Umsetzung dieses Aktionsplans, ersucht die Mission, gemäß ihrem Mandat, in Abstimmung mit den maßgeblichen Parteien und mit besonderem Schwerpunkt auf dem Schutz und der Freilassung der für Streitkräfte und bewaffnete Gruppen rekrutierten und an diesen beteiligten Kinder und ihrer Rückführung in ihre Familien ihre Unterstützung für den Nationalen Koordinierungsrat für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie für die Kommissionen für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung in Nordsudan beziehungsweise Südsudan zu verstärken und den Wiedereingliederungsprozess zu überwachen;

20. *begrüßt außerdem* die anhaltende organisierte Rückkehr von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen in die Drei Gebiete und nach Südsudan und ersucht die Mission, im Rahmen ihres derzeitigen Mandats, ihrer Fähigkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete in Abstimmung mit den Vereinten Nationen und sonstigen Partnern eine dauerhafte Rückkehr zu erleichtern, unter anderem durch Hilfe bei der Schaffung und Aufrechterhaltung der notwendigen Sicherheitsbedingungen;

21. *unterstreicht* die entscheidend wichtige Rolle, die der Bewertungs- und Evaluierungskommission dabei zukommt, die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens zu beaufsichtigen und zu überwachen, und legt allen Parteien eindringlich nahe, mit der Kommission uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und ihre Empfehlungen umzusetzen;

22. *betont außerdem*, wie wichtig erreichbare und realistische Ziele sind, an denen die Fortschritte der Mission gemessen werden können, ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär, in jeden Vierteljahresbericht eine Darstellung und Bewertung der Fortschritte bei der Erfüllung der Kriterien und sich daraus ableitende Empfehlungen betreffend die Konfiguration der Mission aufzunehmen;

23. *befürwortet* die regelmäßige Aktualisierung und Überprüfung des Einsatzkonzepts und der Einsatzrichtlinien der Mission in vollem Einklang mit ihrem Mandat nach den einschlägigen Resolutionen des Rates und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppenstellenden Ländern in jedem Vierteljahresbericht über die Fortschritte in Bezug auf die Konzepte und Richtlinien Bericht zu erstatten und dem Rat im gleichen Bericht aktualisierte Informationen speziell über die Sicherheitslage im Verantwortungsbereich der Mission vorzulegen;

24. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen fortzuführen, um sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von der Mission uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat vollständig unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

25. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6304. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6318. Sitzung am 20. Mai 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2010/213)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ibrahim Gambari, den Gemeinsamen Sonderbeauftragten für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 9. Juni 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[319]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 8. Juni 2010 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Moses Bisong Obi (Nigeria) zum Kommandeur der Mission der Vereinten Nationen in Sudan zu ernennen[320], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.“

Auf seiner 6336. Sitzung am 11. Juni 2010 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Luis Moreno-Ocampo, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner nichtöffentlichen 6337. Sitzung am 11. Juni 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6337. Sitzung am 11. Juni 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Berichte des Generalsekretärs über Sudan‘.

Der Präsident lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter der Länder, die einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Behandlung des Punktes teilzunehmen.

Gemäß dem auf der 6336. Sitzung gefassten Beschluss würdigte der Präsident die Anwesenheit von Herrn Luis Moreno-Ocampo, dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.

Die Ratsmitglieder und Herr Moreno-Ocampo führten einen Meinungsaustausch.“

Auf seiner 6338. Sitzung am 14. Juni 2010 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Thabo Mbeki, den Vorsitzenden der Hochrangigen Gruppe der Afrikanischen Union für Darfur, Herrn Djibril Yipènè Bassolé, den Gemeinsamen Chefvermittler der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, und Herrn Ibrahim Gambari, den Gemeinsamen Sonderbeauftragten für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der

[319] S/2010/306.

[320] S/2010/305.

Vereinten Nationen in Darfur, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Haile Menkerios, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Sudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6365. Sitzung am 27. Juli 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

> Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2010/382)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ibrahim Gambari, den Gemeinsamen Sonderbeauftragten für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6366. Sitzung am 30. Juli 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

> Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2010/382)“.

Resolution 1935 (2010) vom 30. Juli 2010

Der Sicherheitsrat,

in Bekräftigung aller seiner früheren Resolutionen und der Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Sudan,

sowie in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Sudans und seiner Entschlossenheit, mit der Regierung Sudans unter voller Achtung ihrer Souveränität zusammenzuarbeiten, um bei der Bewältigung der verschiedenen Herausforderungen in Sudan behilflich zu sein,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, in der er unter anderem die einschlägigen Bestimmungen des Ergebnisses des Weltgipfels 2005[314] bekräftigt, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte, 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen und seine Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 und damit zusammenhängende Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit,

eingedenk des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge[321] und seines Zusatzprotokolls vom 31. Januar 1967[322] sowie des Übereinkommens der Organisation der afrikanischen Einheit vom 10. September 1969 zur Regelung der spezifischen Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika[323] und des Übereinkommens der Afrika-

[321] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 189, Nr. 2545. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1953 II S. 559; LGBl. 1956 Nr. 15; öBGBl. Nr. 55/1955; AS 1955 443.

[322] Ebd., Vol. 606, Nr. 8791. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1969 II S. 1293; LGBl. 1986 Nr. 75; öBGBl. Nr. 78/1974; AS 1968 1189.

[323] Ebd., Vol. 1001, Nr. 14691.

nischen Union vom 23. Oktober 2009 über Schutz und Hilfe für Binnenvertriebene in Afrika[324],

unter Hinweis auf den Bericht des Generalsekretärs vom 10. Februar 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte in Sudan[316], einschließlich seiner Empfehlungen, und die von der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte gebilligten Schlussfolgerungen über Kinder und bewaffnete Konflikte in Sudan[318],

mit dem Ausdruck seines nachdrücklichen Bekenntnisses und seiner Entschlossenheit zur Förderung und Unterstützung des politischen Prozesses in Darfur und der Anstrengungen des Gemeinsamen Chefvermittlers der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, unter Begrüßung seines Engagements für Fortschritte und der Verhandlungen zwischen der Regierung Sudans und der Bewegung für Befreiung und Gerechtigkeit über ein Abkommen unter der Schirmherrschaft des Gemeinsamen Chefvermittlers und missbilligend, dass sich einige Gruppen nach wie vor weigern, sich dem politischen Prozess anzuschließen,

unterstreichend, wie wichtig unbeschadet der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit die Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen hinsichtlich der Wahrung des Friedens und der Sicherheit in Afrika, insbesondere in Sudan, ist,

unter Begrüßung der wichtigen Rolle der Afrikanischen Union in Sudan, insbesondere der Anstrengungen der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan, in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Chefvermittler und dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur Frieden, Aussöhnung und Rechenschaftspflicht in Darfur zu fördern, so auch durch die rasche Einberufung einer Darfur-Darfur-Konferenz mit dem Ziel, zu raschen Fortschritten in dem von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten Friedensprozess zu ermutigen,

sowie unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 14. Juli 2010 über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur[325],

betonend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss, um die Wirksamkeit der Friedenssicherungsmissionen zu steigern, in dieser Hinsicht unterstreichend, wie wichtig es ist, dem Erfordernis Rechnung zu tragen, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur in der Lage ist, von Bedrohungen für die Durchführung seines Mandats und die Sicherheit seines Friedenssicherungspersonals im Einklang mit der Charta abzuschrecken,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Verschlechterung der Sicherheitslage in Darfur, namentlich die Verstöße gegen die Waffenruhe, die Angriffe der Rebellengruppen, die Bombenangriffe der Regierung Sudans, die Zunahme der Stammesauseinandersetzungen und die Angriffe auf humanitäres Personal und Friedenssicherungskräfte, wodurch der Zugang für die humanitäre Hilfe zu Konfliktgebieten, in denen gefährdete Gruppen der Zivilbevölkerung leben, beschränkt wird, wie aus dem Bericht des Generalsekretärs vom 14. Juli 2010 hervorgeht, und mit der Aufforderung an alle Parteien, die Feindseligkeiten einzustellen und den Zugang für die humanitäre Hilfe dringend zu erleichtern,

erneut alle Verletzungen der Menschenrechte und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in Darfur *verurteilend*, mit der Aufforderung an alle Parteien, ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnor-

[324] In Englisch verfügbar unter http://www.africa-union.org.

[325] S/2010/382.

men nachzukommen, betonend, dass diejenigen, die solche Verbrechen verüben, vor Gericht gestellt werden müssen, und die Regierung Sudans nachdrücklich auffordernd, ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nachzukommen,

in Bekräftigung seiner Besorgnis darüber, dass sich die anhaltende Gewalt in Darfur nachteilig auf die Stabilität ganz Sudans sowie der Region auswirkt, es begrüßend, dass sich die Beziehungen zwischen Sudan und Tschad verbessert haben, nachdem die Regierung Sudans und die Regierung Tschads am 15. Januar 2010 ein Abkommen zur Normalisierung ihrer bilateralen Beziehungen unterzeichnet und an ihrer Grenze eine gemeinsame Truppe unter gemeinsamer Führung aufgestellt hatten, und Sudan und Tschad nahelegend, die Durchführung dieses Abkommens und die Zusammenarbeit fortzusetzen, um Frieden und Stabilität in Darfur und der gesamten Region herbeizuführen,

feststellend, dass die Situation in Sudan eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das in Resolution 1769 (2007) vom 31. Juli 2007 festgelegte Mandat des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur um weitere zwölf Monate bis zum 31. Juli 2011 zu verlängern;

2. *unterstreicht*, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur von seinem Mandat und seinen Fähigkeiten in vollem Umfang Gebrauch machen und bei seinen Entscheidungen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen den Vorrang *a*) dem Schutz von Zivilpersonen in ganz Darfur und *b*) der Gewährleistung des sicheren, rechtzeitigen und ungehinderten Zugangs für die humanitäre Hilfe und der Sicherheit des humanitären Personals und der humanitären Aktivitäten einräumen muss;

3. *bekräftigt*, wie wichtig es ist, den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten politischen Prozess für Darfur zu fördern, und unterstreicht in dieser Hinsicht die Notwendigkeit der systematischen und nachhaltigen Beteiligung aller darfurischen Interessengruppen, einschließlich der neu gewählten Amtsträger, der Zivilgesellschaft, darunter Frauen und von Frauen geführte Organisationen, der Bürgergruppen und der Stammesführer, um durch einen konstruktiven und offenen Dialog ein dem Frieden und der Sicherheit förderliches Umfeld zu schaffen, begrüßt den Vorrang, der den anhaltenden Anstrengungen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zur Förderung einer solchen Beteiligung in Unterstützung und Ergänzung der Arbeit des Gemeinsamen Chefvermittlers der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur, Herrn Djibril Yipènè Bassolé, und des von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten politischen Prozesses für Darfur eingeräumt wird, und begrüßt die diesbezügliche Arbeit der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan;

4. *ersucht* den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, in Absprache mit dem Landesteam der Vereinten Nationen eine umfassende Strategie für die Erreichung der in Ziffer 2 genannten Ziele auszuarbeiten, und ersucht den Einsatz, bei der Umsetzung dieser Strategie von seinen Fähigkeiten in Darfur größtmöglichen Gebrauch zu machen;

5. *würdigt* den Beitrag der truppen- und polizeistellenden Länder und der Geber zum Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, stellt fest, dass der Einsatz nahezu seine volle Einsatzstärke erreicht hat, unterstreicht die Notwendigkeit handlungsfähiger Einheiten, die die mandatsmäßigen Aufgaben des Einsatzes wirksam durchführen können, ersucht in dieser Hinsicht die Geber, den truppen- und polizeistellenden Ländern weiter dabei behilflich zu sein, sicherzustellen, dass die Einheiten angemessen ausgebildet und ausgerüstet werden, um durchhaltefähig zu sein und ihre Einsätze durchführen zu können, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die noch benötigten

Mehrzweck-Militärhubschrauber, Luftaufklärungs- und sonstigen Unterstützungsmittel zuzusagen und bereitzustellen;

6. *verurteilt nachdrücklich* alle Angriffe auf den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, unterstreicht, dass alle gegen den Einsatz gerichteten Angriffe oder Bedrohungen unannehmbar sind, verlangt, dass keine weiteren derartigen Angriffe vorkommen, betont, dass die Sicherheit des Personals des Einsatzes verbessert werden muss und dass der Straflosigkeit derjenigen, die Friedenssicherungskräfte angreifen, ein Ende gesetzt werden muss, und fordert in dieser Hinsicht die Regierung Sudans nachdrücklich auf, alles zu tun, um diejenigen, die solche Verbrechen verüben, vor Gericht zu stellen;

7. *lobt* die glaubwürdige Arbeit des Dreiparteien-Mechanismus, bekundet jedoch seine tiefe Besorgnis über die anhaltenden Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und der Tätigkeiten des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, fordert alle Parteien in Darfur auf, alle Hindernisse für die vollständige und ordnungsgemäße Wahrnehmung des Mandats des Einsatzes zu beseitigen, so auch indem sie seine Sicherheit und Bewegungsfreiheit gewährleisten, und fordert in dieser Hinsicht die Regierung Sudans nachdrücklich auf, das Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen vollständig und unverzüglich einzuhalten, insbesondere in Bezug auf die Erteilung von Fluggenehmigungen und die Abfertigung von Ausrüstungsgütern sowie die Beseitigung aller Hindernisse für die Verwendung von Lufteinsatzmitteln des Einsatzes, um unter anderem gegebenenfalls auf bewaffnete Bedrohungen zu reagieren und medizinische Notfallevakuierungen durchzuführen;

8. *betont*, wie wichtig erreichbare und realistische Ziele sind, an denen die Fortschritte der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen gemessen werden können, ersucht den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin alle neunzig Tage über die bei der Durchführung des Mandats des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur in ganz Darfur erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten, namentlich über die Fortschritte bei der Umsetzung der in Ziffer 4 genannten Strategie und über die dabei angetroffenen Hindernisse, einschließlich einer Bewertung der Fortschritte in Bezug auf die in Anhang II des Berichts des Generalsekretärs vom 16. November 2009[326] genannten Kriterien, sowie über die Fortschritte hinsichtlich des politischen Prozesses, der Sicherheitslage und der humanitären Situation, namentlich in den Sammelplätzen der Binnenvertriebenen und Flüchtlingslagern, und über frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen und die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen durch alle Parteien;

9. *verlangt*, dass alle am Konflikt in Darfur beteiligten Parteien die Gewalt und die Angriffe auf Zivilpersonen, Friedenssicherungskräfte und humanitäres Personal sofort beenden und ihren Verpflichtungen nach den Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht nachkommen, bekundet in diesem Zusammenhang seine entschiedene Ablehnung schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechtsnormen, fordert eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Selbstverpflichtung aller Parteien auf eine nachhaltige und dauerhafte Waffenruhe, ersucht den Generalsekretär, mit den betreffenden Parteien Konsultationen im Hinblick auf die Erarbeitung eines wirksameren Mechanismus zur Überwachung der Waffenruhe zu führen, und unterstreicht, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur über größere Gewaltvorfälle, die die umfassenden und konstruktiven Friedensbemühungen der Parteien untergraben, Bericht erstatten muss;

10. *bekundet seine ernsthafte Besorgnis* über die Verschlechterung der humanitären Lage, die anhaltenden Bedrohungen humanitärer Organisationen und die Zugangsbe-

[326] S/2009/592.

schränkungen für humanitäre Hilfe in Darfur, fordert, dass das Kommuniqué der Regierung Sudans und der Vereinten Nationen über die Erleichterung der humanitären Maßnahmen in Darfur voll umgesetzt wird, und verlangt, dass die Regierung Sudans, alle Milizen, bewaffneten Gruppen und alle anderen Beteiligten den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Organisationen und humanitäres Personal und die Bereitstellung humanitärer Hilfe für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen gewährleisten;

11. *erklärt erneut*, dass es keine militärische Lösung für den Konflikt in Darfur geben kann und dass eine alle Seiten einschließende politische Regelung und die erfolgreiche Entsendung des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur für die Wiederherstellung des Friedens unerlässlich sind, bekräftigt, dass er die Arbeit des Gemeinsamen Chefvermittlers, Herrn Djibril Yipènè Bassolés, und den von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geführten politischen Prozess für Darfur voll unterstützt;

12. *verlangt*, dass alle am Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich aller Rebellengruppen, sich sofort umfassend, konstruktiv und ohne Vorbedingungen an dem Friedensprozess beteiligen, namentlich indem sie unter der Vermittlung von Herrn Bassolé Gespräche im Hinblick auf den Abschluss eines alle Seiten einschließenden und umfassenden Abkommens aufnehmen, unterstreicht, wie wichtig der Abschluss eines solchen Abkommens für die Herbeiführung eines stabilen und dauerhaften Friedens in der Region ist, begrüßt die diesbezügliche Arbeit Katars und die von anderen Ländern in der Region gewährte Unterstützung und fordert den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur auf, den Gemeinsamen Chefvermittler und das Gemeinsame Team der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Vermittlungsbemühungen auch weiterhin zu unterstützen;

13. *stellt fest*, dass sich Konflikte in einem Gebiet Sudans auf andere Gebiete Sudans und die gesamte Region auswirken, und legt dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur eindringlich nahe, sich eng mit den anderen Missionen der Vereinten Nationen in der Region, namentlich der Mission der Vereinten Nationen in Sudan und der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad, abzustimmen;

14. *ersucht* den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, im Rahmen seiner gegenwärtigen Fähigkeiten und seines Mandats gegebenenfalls die Anstrengungen der Mission der Vereinten Nationen in Sudan zur Vorbereitung der Referenden in Südsudan und Abyei zu unterstützen und zu ergänzen, so auch durch eine enge Abstimmung mit der Mission beim Austausch von Analysen der Risiken in den Grenzgebieten, insbesondere in Bezug auf für Zivilpersonen bestehende Bedrohungen;

15. *betont*, wie wichtig es ist, würdevolle und dauerhafte Lösungen für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen herbeizuführen und ihre volle Mitwirkung an der Planung und Umsetzung dieser Lösungen zu gewährleisten, und verlangt, dass alle am Konflikt in Darfur beteiligten Parteien Bedingungen schaffen, die einer freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde oder ihrer Integration vor Ort förderlich sind;

16. *stellt fest*, dass ein sicheres Umfeld frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen und eine Rückkehr zur Normalität in Darfur stark erleichtern wird, betont, wie wichtig frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen in Darfur sind, legt in dieser Hinsicht dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur nahe, im Rahmen seines derzeitigen Mandats die Arbeit des Landesteams der Vereinten Nationen und der Expertenagenturen auf dem Gebiet der frühzeitigen Wiederherstellung und des Wiederaufbaus in Darfur zu erleichtern, unter anderem durch die Gewährleistung der Gebietssicherung, und fordert die Regierung Sudans auf, sich auch weiterhin darum zu bemühen, die tieferen Ursachen der Krise in Darfur zu beseitigen und verstärkt in frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen zu investieren;

17. *bekundet seine tiefe Besorgnis* über das Fortbestehen örtlich begrenzter Konflikte und Gewalttätigkeiten mit ihren Auswirkungen auf Zivilpersonen und die Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, und ersucht in dieser Hinsicht den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, auch weiterhin lokale Mechanismen zur Konfliktbeilegung zu unterstützen und im Einklang mit seinem in Ziffer 9 der Resolution 1769 (2007) festgelegten Mandat zu überwachen, ob Rüstungsgüter oder sonstiges Wehrmaterial in Darfur vorhanden sind;

18. *verlangt*, dass die am Konflikt beteiligten Parteien im Einklang mit Resolution 1820 (2008) vom 19. Juni 2008 sofort geeignete Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen, ersucht den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, über die Umsetzung seiner umfassenden Strategie zum Schutz von Frauen und Kindern vor sexueller Gewalt und geschlechtsspezifischer Gewalt Bericht zu erstatten und die Fortschritte bei der Beseitigung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt zu bewerten, und ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass der Einsatz die einschlägigen Bestimmungen der Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 durchführt, und in seine Berichterstattung an den Rat entsprechende Informationen aufzunehmen;

19. *ersucht* den Generalsekretär, sicherzustellen, dass *a*) eine fortlaufende Überwachung und Berichterstattung über die Lage der Kinder im Rahmen der in Ziffer 8 genannten Berichte stattfindet und dass *b*) mit den am Konflikt beteiligten Parteien ein fortlaufender Dialog mit dem Ziel geführt wird, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten und anderer gegen Kinder gerichteter Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechtsnormen aufzustellen;

20. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur im Einklang mit dem in den einschlägigen Resolutionen des Rates festgelegten Mandat des Einsatzes regelmäßig zu überprüfen und zu aktualisieren und dem Rat und den truppenstellenden Ländern im Rahmen der in Ziffer 8 genannten Berichte darüber Bericht zu erstatten;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6366. Sitzung einstimmig verabschiedet.

FRIEDENSKONSOLIDIERUNG NACH KONFLIKTEN[327]

Beschlüsse

Auf seiner 6224. Sitzung am 25. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Bangladeschs, Belgiens, Brasiliens, El Salvadors, Finnlands, Indiens, Kanadas, der Republik Korea, Schwedens und der Schweiz gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Friedenskonsolidierung nach Konflikten

> Bericht der Kommission für Friedenskonsolidierung über ihre dritte Tagung (S/2009/444)“.

---

[327] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2005 verabschiedet.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Heraldo Muñoz, den Ständigen Vertreter Chiles bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 30. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[328]:

> „Ich beehre mich, auf die Resolution 1646 (2005) des Sicherheitsrats vom 20. Dezember 2005 Bezug zu nehmen, in der der Rat gemäß seiner Resolution 1645 (2005) gleichen Datums beschloss, dass die in Artikel 23 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen aufgeführten ständigen Mitglieder Mitglieder des Organisationsausschusses der Kommission für Friedenskonsolidierung sind und dass der Rat darüber hinaus jährlich zwei seiner gewählten Mitglieder für die Mitwirkung im Organisationsausschuss auswählt.
>
> Ich beehre mich daher, Ihnen mitzuteilen, dass sich die Ratsmitglieder am 29. Dezember 2009 im Anschluss an informelle Konsultationen darauf geeinigt haben, Gabun und Mexiko als die beiden gewählten Ratsmitglieder auszuwählen, die für eine einjährige Amtszeit bis Ende 2010 im Organisationsausschuss mitwirken."

Am 31. Dezember 2009 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Präsidenten der Generalversammlung[329]:

> „Ich beehre mich, auf Ihr Schreiben vom 18. Dezember 2009 Bezug zu nehmen, das die Bestimmung von zwei gewählten Mitgliedern des Sicherheitsrats zu Mitgliedern des Organisationsausschusses der Kommission für Friedenskonsolidierung im Jahr 2010 betrifft.
>
> Hiermit unterrichte ich Sie davon, dass die Ratsmitglieder gemäß Ratsresolution 1646 (2005) und nach Konsultationen am 29. Dezember 2009 beschlossen haben, Gabun und Mexiko, zwei gewählte Ratsmitglieder, für eine einjährige Amtszeit bis Ende 2010 zu Mitgliedern des Organisationsausschusses zu bestimmen."

Auf seiner 6299. Sitzung am 16. April 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Ägyptens, Armeniens, Australiens, Bangladeschs, Botsuanas, Costa Ricas, El Salvadors, Finnlands, Ghanas, Guatemalas, Indiens, Kanadas, Kenias, Kroatiens, Nepals, Neuseelands, Pakistans, Papua-Neuguineas, Perus, der Republik Korea, Ruandas, der Salomonen, Sierra Leones (Verteidigungsminister), Sri Lankas, Südafrikas, Thailands, Timor-Lestes (Justizministerin) und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Friedenskonsolidierung nach Konflikten

> Schreiben des Ständigen Vertreters Japans bei den Vereinten Nationen vom 1. April 2010 an den Generalsekretär (S/2010/167)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Peter Wittig, den Ständigen Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen und Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Ngozi Okonjo-Iweala, die Geschäftsführende Direktorin der Weltbank, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[328] S/2009/678.

[329] S/2009/683.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Ugandas bei den Vereinten Nationen vom 14. April 2010, Herrn Téte António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[330]:

„Der Sicherheitsrat erinnert an die Erklärungen seines Präsidenten[331] und betont, wie entscheidend wichtig die Friedenskonsolidierung nach Konflikten als Grundlage für die Herbeiführung dauerhaften Friedens und nachhaltiger Entwicklung im Gefolge eines Konflikts ist. Der Rat unterstreicht, dass es wirksamer Friedenskonsolidierungsstrategien bedarf, um dauerhaften Frieden und eine dauerhafte Entwicklung zu gewährleisten.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass eine nachhaltige Friedenskonsolidierung einen integrierten Ansatz erfordert, der die Kohärenz zwischen den Tätigkeiten in den Bereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit erhöht. Der Rat erkennt an, dass die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle dabei spielen können, die nationalen Behörden bei der Entwicklung von Friedenskonsolidierungsstrategien zu unterstützen, die den vorrangigen Bedürfnissen schrittweise und umfassend gerecht werden. Der Rat ermutigt die internationalen Partner, ihre Unterstützung auf internationaler, regionaler, nationaler und örtlicher Ebene auf diese Strategien auszurichten.

Der Rat bekräftigt die Bedeutung, die der nationalen Eigenverantwortung und dem Aufbau nationaler Kapazitäten zukommt, und unterstreicht, dass Friedenskonsolidierungsstrategien im Kontext des jeweiligen Landes betrachtet werden sollen. In diesem Zusammenhang erkennt der Rat an, dass die nationalen Behörden möglichst frühzeitig die Verantwortung für die Wiederherstellung der staatlichen Institutionen und Funktionen übernehmen müssen, mit dem Ziel, allen grundlegenden Bedürfnissen auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung Rechnung zu tragen. Der Rat betont, dass es unerlässlich ist, eine demokratische, transparente und rechenschaftspflichtige Regierungsführung zu unterstützen, wenn ein dauerhafter Friede herbeigeführt werden soll.

Der Rat betont, wie wichtig es ist, dass Staaten, die Konflikte überwunden haben, politische Streitigkeiten friedlich beilegen und an den tieferen Ursachen gewaltsamer Konflikte ansetzen, da dies für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens unverzichtbar ist. Der Rat erkennt an, wie wichtig es ist, den Friedensprozess und das friedliche Zusammenleben durch einen alle Seiten einschließenden Dialog, Aussöhnung und Wiedereingliederung voranzubringen. Der Rat bekräftigt, dass die Beendigung der Straflosigkeit unerlässlich ist, damit eine Gesellschaft, die dabei ist, einen Konflikt zu überwinden, vergangene Übergriffe gegen von einem bewaffneten Konflikt betroffene Zivilpersonen aufarbeiten und künftige derartige Übergriffe verhindern kann. Der Rat unterstreicht, wie wichtig die Abhaltung freier, fairer und transparenter Wahlen für einen dauerhaften Frieden ist.

[330] S/PRST/2010/7.

[331] S/PRST/2008/16, S/PRST/2009/23 und S/PRST/2010/2.

Der Rat würdigt die unverzichtbare Bedeutung der Reform des Sicherheitssektors für den Friedenskonsolidierungsprozess und bekräftigt, dass die Reform des Sicherheitssektors unter nationaler Eigenverantwortung erfolgen soll. Eine wirksame Reform des Sicherheitssektors erfordert den Aufbau eines professionellen, wirksamen und rechenschaftspflichtigen Sicherheitssektors, insbesondere einer nationalen Polizei und nationaler Militärkapazitäten unter der zivilen Aufsicht einer demokratischen Regierung. Der Rat unterstreicht, wie wichtig ein sektorweiter Ansatz für die Reform des Sicherheitssektors ist, der die Rechtsstaatlichkeit stärkt, namentlich durch die Schaffung eines unabhängigen Justiz- und Strafvollzugssystems. Der Rat ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte über einzelne Missionen gegebenenfalls und sofern im Mandat vorgesehen Angaben über die Fortschritte dieser Missionen im Hinblick auf die Unterstützung der nationalen Behörden bei der Verwirklichung einer koordinierten und umfassenden internationalen Unterstützung der in nationaler Eigenverantwortung durchgeführten Programme zur Reform des Sicherheitssektors aufzunehmen.

Der Rat erkennt an, wie wichtig das Streben nach politischer Stabilität und Sicherheit im Verein mit sozioökonomischer Entwicklung für die Konsolidierung des Friedens ist. Der Rat unterstreicht, wie wichtig die rasche Erzielung von Friedensdividenden ist, darunter die Bereitstellung von Grundversorgungseinrichtungen, um dazu beizutragen, dass dem Friedensprozess Vertrauen und Engagement entgegengebracht wird. Der Rat ist sich dessen bewusst, dass die Wiedereingliederung von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und ehemaligen Kombattanten in Abstimmung mit der Reform des Sicherheitssektors sowie der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern im Kontext eines umfassenderen Strebens nach Frieden, Stabilität und Entwicklung mit besonderem Nachdruck auf der Neubelebung der Wirtschaftstätigkeit durchgeführt werden sollte. Der Rat stellt in diesem Zusammenhang fest, dass eine hohe Jugendarbeitslosigkeit ein ernsthaftes Hindernis für die Konsolidierung eines dauerhaften Friedens sein kann.

Der Rat ist sich zwar dessen bewusst, wie wichtig der Aufbau staatlicher Kapazitäten ist, betont jedoch auch die Bedeutung, die einer verstärkten Aufmerksamkeit und einer kohärenten Politik beim Wiederaufbau der vom Konflikt betroffenen Gemeinwesen und der Stärkung der Stellung der betroffenen Menschen, insbesondere schutzbedürftiger Zivilpersonen, darunter Kinder, ältere Menschen, Flüchtlinge und Binnenvertriebene, zukommt. Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass Opfer der Hilfe bedürfen. Im Einklang mit seinen Resolutionen 1325 (2000) und 1820 (2008) unterstreicht der Rat die Schlüsselrolle, die Frauen und junge Menschen bei der Wiederherstellung des gesellschaftlichen Gefüges spielen können, und betont, dass sie in die Entwicklung und Umsetzung von Postkonfliktstrategien einbezogen werden müssen, damit ihren Perspektiven und Bedürfnissen Rechnung getragen wird.

Der Rat stellt fest, dass der Drogenhandel, die organisierte Kriminalität, der Terrorismus, der illegale Waffenhandel und der Menschenhandel grenzüberschreitende Bedrohungen mit Auswirkungen auf die Friedenskonsolidierung in Postkonfliktländern darstellen können, und unterstreicht, wie wichtig eine stärkere internationale und regionale Zusammenarbeit auf der Grundlage der gemeinsamen und geteilten Verantwortung ist, um wirksam gegen diese Bedrohungen vorzugehen.

Der Rat wiederholt, wie wichtig es ist, Hilfe zur Friedenskonsolidierung im frühestmöglichen Stadium einsetzen zu lassen. Der Rat ist sich dessen bewusst, dass die Kommission für Friedenskonsolidierung eine unverzichtbare Rolle bei der Umsetzung der vorrangigen Aufgaben im Bereich der Friedenskonsolidierung wahrnimmt, indem sie insbesondere Unterstützung und Ressourcen mobilisiert und die Planung und Koordinierung von Friedenskonsolidierungsmaßnahmen verbessert. Der Rat ist sich ferner dessen bewusst, dass es einer verstärkten Koordinierung mit der Kommis-

sion für Friedenskonsolidierung bedarf, und sieht der für 2010 angesetzten Überprüfung der Kommission und den Empfehlungen über Möglichkeiten zur weiteren Stärkung ihrer Rolle mit Interesse entgegen.

Der Rat ist sich der Wichtigkeit einer engeren Koordinierung zwischen den zuständigen bilateralen und multilateralen Gebern bewusst, um so eine berechenbare, kohärente und rasche finanzielle Unterstützung der Friedenskonsolidierung nach Konflikten zu gewährleisten. Der Rat unterstreicht, dass Finanzierungsmechanismen zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs in der Konfliktfolgezeit, insbesondere der Friedenskonsolidierungsfonds, eine Katalysatorrolle erfüllen sollen, auf die so bald wie möglich eine substanziellere, längerfristige Finanzierung zugunsten der Wiederherstellungs- und Wiederaufbaumaßnahmen folgen soll. Der Rat ermutigt zu einer Erhöhung der Synergie zwischen dem Friedenskonsolidierungsfonds und der Kommission für Friedenskonsolidierung.

Der Rat ist sich der Notwendigkeit bewusst, den Kreis ziviler Sachverständiger, insbesondere aus Entwicklungsländern sowie Frauen, die beim Ausbau nationaler Kapazitäten behilflich sein können, zu erweitern und zu vertiefen, und legt den Mitgliedstaaten, den Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Partnern nahe, die Zusammenarbeit und Koordinierung beim Aufbau dieser Kapazitäten zu stärken. Der Rat sieht den aus der Überprüfung der zivilen Kapazitäten der Vereinten Nationen hervorgehenden Empfehlungen in dem Folgebericht des Generalsekretärs zu seinem Bericht über die Friedenskonsolidierung in der unmittelbaren Konfliktfolgezeit[332] mit Interesse entgegen.

Der Rat betont, dass das System der Vereinten Nationen die strategische Partnerschaft mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie mit den Finanzinstitutionen verstärken muss, insbesondere durch die Förderung der Kohärenz und der Abstimmung ihrer jeweiligen Pläne und Programme. In diesem Zusammenhang erwartet der Rat mit Interesse eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Weltbank auf Amtssitz- wie auf Feldebene und die Aufnahme von Einzelheiten in den genannten Folgebericht des Generalsekretärs, wie erbeten, in Bezug auf die Schritte, die zur Mobilisierung rascherer, berechenbarerer und mit verstärkter Rechenschaftslegung verbundener Reaktionen in den Schlüsselbereichen der Friedenskonsolidierung unternommen wurden."

Mit Schreiben vom 19. Juli 2010 unterrichtete die Präsidentin des Sicherheitsrats den Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung, dass der Rat den Antrag, Guinea-Bissau auf die Tagesordnung der Kommission zu setzen, unterstützt.[333]

DIE SITUATION BETREFFEND IRAK[334]

Beschlüsse

Auf seiner 6177. Sitzung am 4. August 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

---

[332] S/2009/304.

[333] Das Schreiben, das als Dokument S/2010/389 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 41 dieses Bandes.

[334] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2005 verabschiedet.

„Die Situation betreffend Irak

Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1830 (2008) (S/2009/393)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ad Melkert, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6179. Sitzung am 7. August 2009 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1830 (2008) (S/2009/393)“.

Resolution 1883 (2009)
vom 7. August 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren einschlägigen Resolutionen über Irak, insbesondere die Resolutionen 1500 (2003) vom 14. August 2003, 1546 (2004) vom 8. Juni 2004, 1557 (2004) vom 12. August 2004, 1619 (2005) vom 11. August 2005, 1700 (2006) vom 10. August 2006, 1770 (2007) vom 10. August 2007 und 1830 (2008) vom 7. August 2008,

in Bekräftigung der Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Iraks,

betonend, wie wichtig die Stabilität und die Sicherheit Iraks für das Volk Iraks, die Region und die internationale Gemeinschaft sind,

in Würdigung der wichtigen Anstrengungen, die die Regierung Iraks unternommen hat, um die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu verbessern und den Terrorismus und die sektiererische Gewalt im ganzen Land zu bekämpfen, und mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für das Volk und die Regierung Iraks bei ihren Bemühungen um den Aufbau eines sicheren, stabilen, föderalen, geeinten und demokratischen Landes auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte,

erfreut darüber, dass sich die Sicherheitslage in Irak dank konzertierter Bemühungen im politischen und im Sicherheitsbereich gebessert hat, und betonend, dass in Irak nach wie vor Sicherheitsprobleme bestehen und die Verbesserungen durch einen ernsthaften politischen Dialog und nationale Einheit aufrechterhalten werden müssen,

die Notwendigkeit *unterstreichend*, dass alle Bevölkerungsgruppen in Irak am politischen Prozess und an einem alle Seiten einschließenden politischen Dialog teilnehmen, Erklärungen und Maßnahmen, die die Spannungen verschärfen könnten, unterlassen, eine umfassende Lösung für die Verteilung der Ressourcen herbeiführen, eine gerechte und faire Lösung für die internen Grenzstreitigkeiten erarbeiten sowie auf die nationale Einheit hinarbeiten,

bekräftigend, wie wichtig die Vereinten Nationen, insbesondere die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, sind, wenn es darum geht, das Volk und die Regierung Iraks bei der Stärkung der demokratischen Institutionen, der Förderung eines alle Seiten einschließenden politischen Dialogs und der nationalen Aussöhnung, der Erleichterung des regionalen Dialogs, der Hilfe für schwächere Bevölkerungsgruppen, darunter Flüchtlinge

und Binnenvertriebene, der Stärkung der Geschlechtergleichstellung, der Förderung des Schutzes der Menschenrechte und der Förderung der Justiz- und Gesetzesreformen zu beraten, zu unterstützen, und ihnen dabei behilflich zu sein, und betonend, wie wichtig es ist, dass die Vereinten Nationen und insbesondere die Mission der Beratung, Unterstützung und Hilfe für das Volk und die Regierung Iraks Vorrang einräumen, damit diese Ziele erreicht werden können,

unter Hervorhebung der Anstrengungen der Mission zur Unterstützung der Unabhängigen Hohen Wahlkommission und der Regierung Iraks bei der Erarbeitung der Verfahren zur Abhaltung der erfolgreichen irakischen Provinzwahlen im Januar 2009 und der Wahlen zur Regionalregierung Kurdistans im Juli 2009 sowie im Vorfeld der Wahlen zum irakischen Nationalparlament im Januar 2010 und betonend, wie wichtig die Transparenz, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Kommission ist,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Menschenrechtsprobleme in Irak, betonend, wie wichtig die Bewältigung dieser Probleme ist, und in diesem Zusammenhang mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Regierung Iraks, zusätzliche Schritte zur Unterstützung der Unabhängigen Hohen Kommission für Menschenrechte zu erwägen,

sowie mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die humanitären Probleme, denen sich das irakische Volk gegenübersieht, und betonend, dass zu ihrer Behebung weitere koordinierte Maßnahmen und die Bereitstellung ausreichender Ressourcen erforderlich sind,

unter Hervorhebung der Souveränität der Regierung Iraks, bekräftigend, dass alle Parteien auch weiterhin alle durchführbaren Schritte unternehmen und Modalitäten erarbeiten sollen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, einschließlich Kindern, Frauen und Angehöriger religiöser und ethnischer Minderheitengruppen, zu gewährleisten, sowie Bedingungen schaffen sollen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde förderlich sind, unter Begrüßung der Zusagen der Regierung im Hinblick auf Hilfe für Binnenvertriebene, zur Fortführung der Maßnahmen zugunsten der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge ermutigend und feststellend, welche wichtige Rolle das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen auf der Grundlage seines Mandats dabei wahrnimmt, die Regierung in Abstimmung mit der Mission zu beraten und zu unterstützen,

betonend, wie wichtig die Durchführung der Resolution 1882 (2009) des Sicherheitsrats vom 4. August 2009 ist, insbesondere nach Bedarf mittels Ernennung von Kinderschutzberatern bei der Mission,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle beteiligten Parteien, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, namentlich den Genfer Abkommen von 1949[335] und der Landkriegsordnung in der Anlage zum IV. Haager Abkommen von 1907[336], humanitärem Personal vollen und ungehinderten Zugang zu allen hilfebedürftigen Menschen zu gewähren und möglichst alle notwendigen Einrichtungen für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals samt ihrem Material zu fördern,

mit Dank an den ehemaligen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak, Herrn Staffan de Mistura, für seine Dienste und seine Führungsstärke an der Spitze der Mission,

---

[335] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBl. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

[336] Siehe Carnegie Endowment for International Peace, *The Hague Conventions and Declarations of 1899 and 1907* (New York, Oxford University Press, 1915). Amtliche deutschsprachige Fassungen: dRGBl. 1910 S. 107; öRGBl. Nr. 180/1913; SR 0.515.112.

es begrüßend, dass der Generalsekretär am 7. Juli 2009 Herrn Ad Melkert zu seinem neuen Sonderbeauftragten für Irak ernannt hat,

mit dem Ausdruck seines tief empfundenen Dankes an alle Mitarbeiter der Vereinten Nationen in Irak für ihre mutigen und unermüdlichen Anstrengungen,

1. *beschließt*, das Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak um einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Irak und die Mission auf Ersuchen der Regierung Iraks und unter Berücksichtigung des Schreibens des Außenministers Iraks vom 29. Juli 2009 an den Generalsekretär[337] auch weiterhin ihr in den Resolutionen 1770 (2007) und 1830 (2008) festgelegtes erweitertes Mandat wahrnehmen werden;

3. *ist sich dessen bewusst*, dass die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen unerlässlich ist, damit die Mission ihre Tätigkeit zugunsten des Volkes von Irak ausüben kann, und fordert die Regierung Iraks und andere Mitgliedstaaten auf, auch weiterhin sicherheitsbezogene und logistische Unterstützung für die Präsenz der Vereinten Nationen in Irak bereitzustellen;

4. *begrüßt* die Beiträge, welche die Mitgliedstaaten damit leisten, der Mission die finanziellen, logistischen und sicherheitsbezogenen Ressourcen und die Unterstützung bereitzustellen, die sie zur Erfüllung ihrer Mission benötigt, und fordert die Mitgliedstaaten auf, der Mission diese Ressourcen und diese Unterstützung auch weiterhin bereitzustellen;

5. *erklärt seine Absicht*, das Mandat der Mission in zwölf Monaten oder früher, falls die Regierung Iraks darum ersucht, zu überprüfen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat in vierteljährlichen Abständen über die Fortschritte bei der Erfüllung aller Aufgaben der Mission Bericht zu erstatten;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6179. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6218. Sitzung am 16. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

> Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1883 (2009) (S/2009/585)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ad Melkert, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6219. Sitzung am 16. November 2009 beschloss der Rat entsprechend dem auf der 6218. Tagung gefassten Beschluss, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

[337] S/2009/395, Anlage.

„Die Situation betreffend Irak

Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1883 (2009) (S/2009/585)“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[338]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt sein Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Iraks und betont, wie wichtig die Stabilität und die Sicherheit Iraks für dessen Volk, die Region und die internationale Gemeinschaft sind.

Der Rat bekräftigt, dass er den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak, Herrn Ad Melkert, und die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak voll dabei unterstützt, dem Volk und der Regierung Iraks Rat, Unterstützung und Hilfe zu gewähren, um die demokratischen Institutionen zu stärken, einen alle Seiten einschließenden politischen Dialog und die nationale Aussöhnung zu fördern, den regionalen Dialog zu erleichtern, schwächeren Bevölkerungsgruppen zu helfen, die Gleichstellung der Geschlechter zu stärken, den Schutz der Menschenrechte zu fördern, namentlich durch die Tätigkeit der Unabhängigen Hohen Kommission für Menschenrechte, den Schutz von Kindern zu fördern und Justiz- und Gesetzesreformen zu fördern.

Der Rat ermutigt die Mission, ihre Tätigkeit in Abstimmung mit der Regierung Iraks fortzusetzen, um zur Schaffung günstiger Bedingungen für die freiwillige, sichere, würdevolle und dauerhafte Rückkehr der irakischen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen beizutragen, und begrüßt die fortgesetzte Aufmerksamkeit aller Beteiligten in dieser Frage.

Der Rat unterstreicht die wichtige Rolle der Mission, wenn es darum geht, das Volk und die Regierung Iraks bei der Förderung des Dialogs, dem Abbau von Spannungen und der Erarbeitung einer gerechten und fairen Lösung im Hinblick auf die umstrittenen Binnengrenzen zu unterstützen, und fordert alle maßgeblichen Parteien auf, sich zu diesem Zweck an einem alle Seiten einschließenden Dialog zu beteiligen.

Der Rat begrüßt die am 8. November 2009 im irakischen Repräsentantenrat erzielte Vereinbarung über Änderungen des Wahlgesetzes Iraks, wonach im Januar 2010 Parlamentswahlen stattfinden können, wie vom Verfassungsgericht Iraks festgelegt. Der Rat hebt die Anstrengungen hervor, die die Mission unternimmt, um der Regierung Iraks und der Unabhängigen Hohen Wahlkommission bei der Erarbeitung von Prozessen für die Abhaltung von Wahlen behilflich zu sein. Der Rat billigt nachdrücklich die fortgesetzte Hilfe, die die Mission dem Volk und der Regierung Iraks bei der Vorbereitung der für Januar 2010 geplanten Wahlen zum irakischen Nationalparlament gewährt. Der Rat schließt sich dem Aufruf des Generalsekretärs an alle politischen Blöcke und ihre Führer in Irak an, während des Wahlkampfs wahres staatsmännisches Handeln zu beweisen und sich in einem Geist der nationalen Einheit zu beteiligen.

Der Rat unterstreicht, dass er die Serie von Terroranschlägen mit allem Nachdruck verurteilt, die sich am 19. August und am 25. Oktober 2009 in Bagdad ereignet hat und die zu zahlreichen Toten, Verletzten und Sachschäden, namentlich an irakischen Regierungsinstitutionen, geführt hat. Der Rat bekundet den Angehörigen der Opfer erneut sein tiefes Beileid und bekräftigt seine Unterstützung für das Volk und die Regierung Iraks und sein Engagement für die Sicherheit Iraks. Der Rat bekräftigt

[338] S/PRST/2009/30.

die Notwendigkeit, durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, zu bekämpfen und dabei sicherzustellen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, voll im Einklang stehen.

Der Rat begrüßt, dass Vertreter der Vereinten Nationen vor kurzem Irak besucht haben, um Vorkonsultationen über die Sicherheit und die Souveränität Iraks zu führen. Der Rat unterstützt die diesbezüglichen Anstrengungen des Generalsekretärs, einschließlich der möglichen Bereitstellung technischer Hilfe durch das Exekutivdirektorium des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus."

Auf seiner 6249. Sitzung am 21. Dezember 2009 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation betreffend Irak" teilzunehmen.

Resolution 1905 (2009) vom 21. Dezember 2009

Der Sicherheitsrat,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Ministerpräsidenten Iraks vom 13. Dezember 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, das dieser Resolution als Anlage beigefügt ist,

anerkennend, dass sich in Irak positive Entwicklungen vollzogen haben und sich die in dem Land derzeit herrschende Situation erheblich von der unterscheidet, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) vom 6. August 1990 bestand, anerkennend, dass die irakischen Institutionen stärker werden, und ferner anerkennend, wie wichtig es ist, dass Irak denselben internationalen Status erlangt, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) innehatte,

sowie feststellend, dass der Ministerpräsident Iraks in seinem Schreiben auch die Entschlossenheit der Regierung Iraks bekräftigt, die von dem früheren Regime übernommenen Schulden und Ansprüche zu tilgen, und sich damit so lange weiter zu befassen, bis sie getilgt sind, und dass er die internationale Gemeinschaft um ihre weitere Hilfe ersucht, während die Regierung auf den Abschluss dieses Prozesses hinarbeitet,

ferner in Anerkennung der bedeutenden Rolle, die dem Entwicklungsfonds für Irak und dem Internationalen Überwachungsbeirat sowie den Bestimmungen in Ziffer 22 der Resolution 1483 (2003) vom 22. Mai 2003 zukommt, wenn es darum geht, der Regierung Iraks dabei behilflich zu sein, die transparente und verantwortliche Nutzung der Ressourcen des Landes zum Wohl des irakischen Volkes zu gewährleisten, sowie sich dessen bewusst, dass Irak im Laufe des Jahres 2010 zu Nachfolgemechanismen für den Entwicklungsfonds und den Beirat übergehen muss, zu denen auch der Ausschuss der Finanzexperten gehört,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die in Ziffer 20 der Resolution 1483 (2003) getroffenen Regelungen für die Einzahlung der Erlöse aus den Exportverkäufen von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas in den Entwicklungsfonds für Irak sowie die in Ziffer 12 der Resolution 1483 (2003) und Ziffer 24 der Resolution 1546 (2004) vom 8. Juni 2004 getroffenen Regelungen für die Überwachung des Entwicklungsfonds für Irak durch den Internationalen Überwachungsbeirat bis zum 31. Dezember 2010 zu verlängern, und beschließt ferner, dass vorbehaltlich der in Ziffer 27 der Resolution 1546 (2004) vorgesehenen Ausnahme die Bestimmungen in Ziffer 22 der Resolution 1483 (2003) bis zu diesem Datum weiter Anwendung

finden, auch im Hinblick auf die in Ziffer 23 der Resolution beschriebenen Gelder, finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen;

2. *beschließt außerdem*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 über die Einzahlung der Erlöse in den Entwicklungsfonds für Irak und über die Rolle des Internationalen Überwachungsbeirats und die Bestimmungen in Ziffer 22 der Resolution 1483 (2003) auf Ersuchen der Regierung Iraks, spätestens jedoch am 15. Juni 2010, erneut geprüft werden;

3. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat vierteljährlich schriftliche Berichte vorzulegen, den ersten davon spätestens am 1. April 2010, mit Einzelheiten über die Fortschritte bei der Stärkung der Finanz- und Verwaltungsaufsicht über den derzeitigen Entwicklungsfonds für Irak sowie den für die Einführung von Nachfolgemechanismen zu prüfenden rechtlichen Fragen und Optionen und einer Bewertung der Fortschritte der Regierung Iraks bei der Vorbereitung auf Nachfolgemechanismen für den Entwicklungsfonds;

4. *fordert* die Regierung Iraks *auf*, bis 1. April 2010 den erforderlichen Maßnahmen- und Zeitplan aufzustellen und bis 31. Dezember 2010 für den rechtzeitigen und wirksamen Übergang zu einem Nachfolgemechanismus für den Entwicklungsfonds zu sorgen, der den Auflagen des Internationalen Währungsfonds im Zusammenhang mit Bereitschaftskreditvereinbarungen Rechnung trägt, Vorkehrungen für externe Prüfungen enthält und Irak in die Lage versetzt, seinen Verpflichtungen nach Ziffer 21 der Resolution 1483 (2003) nachzukommen;

5. *ersucht* die Regierung Iraks, dem Rat über den Leiter des Ausschusses der Finanzexperten vierteljährlich Bericht zu erstatten und ihm in dem ersten, spätestens am 1. April 2010 fälligen Bericht einen Maßnahmen- und Zeitplan für den Übergang von dem Entwicklungsfonds und Einzelheiten über die Fortschritte bei der Stärkung der Finanz- und Verwaltungsaufsicht über den derzeitigen Entwicklungsfonds und in den folgenden vierteljährlichen Berichten eine Bewertung der Fortschritte in Bezug auf den Maßnahmenplan und die Verbesserungen bei der Aufsicht vorzulegen;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6249. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage

Schreiben von Herrn Nuri Kamel al-Maliki, Ministerpräsident Iraks, vom 13. Dezember 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats

Ich beziehe mich auf mein Schreiben vom 7. Dezember 2008 an den Präsidenten des Sicherheitsrats, in dem ich deutlich machte, dass Irak entschlossen ist, eine zufriedenstellende Lösung für das Problem der von dem früheren Regime übernommenen Schulden und Ansprüche zu finden. In dem Schreiben brachte ich den Wunsch der Regierung Iraks auf Fortsetzung der von der internationalen Gemeinschaft vorübergehend gewährten Hilfe zum Ausdruck, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Ich machte außerdem deutlich, dass die Regierung Iraks anerkennt, dass der Entwicklungsfonds für Irak eine wichtige Rolle dabei spielt, die Verwendung der Einnahmen aus Erdöl- und Gasverkäufen im besten Interesse des irakischen Volkes zu gewährleisten, und dass der Internationale Überwachungsbeirat hilft, die transparente und verantwortungsvolle Verwaltung dieser Ressourcen sicherzustellen. Im Jahr 2010 wird die Regierung Iraks geeignete Regelungen für den Entwicklungsfonds für Irak und den Internationalen Überwachungsbeirat treffen, um zu gewährleisten, dass die Einnahmen aus Erdölverkäufen weiterhin gerecht und im Interesse des irakischen Volkes verwendet werden. Diese Regelungen werden im Einklang mit der Verfassung und mit international bewährten Verfahren in Bezug auf Transparenz, Rechenschaftslegung und Integrität stehen. Hier möchte ich versichern, dass die Regierung Iraks 2009 bei der Tilgung der genannten Schulden und Ansprüche große Fortschritte erzielte, namentlich indem

sie Abkommen über den Abbau staatlicher Schulden und andere bilaterale Abkommen über bestimmte Ansprüche schloss.

Bis Ende 2009 und im Jahr 2010 werden wir Maßnahmen ergreifen, um die internationale Zahlungsfähigkeit Iraks wiederherzustellen und gleichzeitig die Einnahmen aus Erdöl- und Gasverkäufen zum Wohl des Volkes Iraks zu verwalten.

Diese Ziele können nicht erreicht werden ohne die weitere Hilfe der internationalen Gemeinschaft mittels der Verabschiedung einer Resolution des Sicherheitsrats, mit der die in Resolution 1859 (2008) vorgesehenen Bedingungen und Regelungen verlängert werden. In der Resolution ging es um die Verlängerung der Mandate des Entwicklungsfonds für Irak und des Internationalen Überwachungsbeirats um einen Zeitraum von 12 Monaten. Eine Prüfung der erneuten Verlängerung soll auf Ersuchen der Regierung Iraks vor dem 15. Juni 2010 erfolgen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben so bald wie möglich an die Mitglieder des Sicherheitsrats weiterleiten und der Resolution über die Verlängerung der genannten Mandate, die derzeit ausgearbeitet wird, als Anlage beifügen würden.

Beschlüsse

Auf seiner 6271. Sitzung am 16. Februar 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

> Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1883 (2009) (S/2010/76)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ad Melkert, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6279. Sitzung am 26. Februar 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation betreffend Irak

> Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 5 der Resolution 1859 (2008) (S/2009/385)“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[339]:

> „Der Sicherheitsrat bekräftigt sein Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Iraks und betont, wie wichtig die Stabilität und die Sicherheit Iraks für dessen Volk, die Region und die internationale Gemeinschaft sind.
>
> Der Rat begrüßt das Schreiben des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Iraks vom 18. Januar 2010[340], in dem bestätigt wird, dass die Regierung Iraks das internationale Nichtverbreitungsregime unterstützt, die Abrüstungsverträge und anderen einschlägigen internationalen Übereinkünfte einhält, entschlossen ist, zusätzliche Schritte zur Einhaltung der Nichtverbreitungs- und Abrüstungsnormen zu unterneh-

[339] S/PRST/2010/5.

[340] S/2010/37, Anlage.

men, und sich außerdem verpflichtet hat, den Rat, die Internationale Atomenergie-Organisation und die anderen zuständigen Stellen über die Fortschritte zu unterrichten, die sie im Hinblick auf die Durchführung dieser Maßnahmen im Einklang mit den verfassungsmäßigen und gesetzgeberischen Verfahren Iraks und unter Einhaltung der internationalen Normen und Verpflichtungen erzielt hat.

Der Rat begrüßt es, dass Irak dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen[341] beigetreten ist und am 12. Februar 2009 dessen 186. Vertragsstaat wurde.

Der Rat begrüßt außerdem die Absicht der Regierung Iraks, den Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper[342] zu unterzeichnen.

Der Rat begrüßt es außerdem, dass Irak 2008 das Zusatzprotokoll zu seinem umfassenden Sicherungsabkommen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation unterzeichnet hat, das dem Parlament derzeit ebenso wie der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen[343] zur Ratifikation vorliegt. Der Rat begrüßt ferner, dass Irak in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht zugestimmt hat, das Zusatzprotokoll bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden.

Der Rat unterstreicht insbesondere, wie wichtig es ist, dass Irak das Zusatzprotokoll ratifiziert. Der Rat ersucht außerdem die Internationale Atomenergie-Organisation, den Rat so bald wie möglich über die Qualität der die Sicherungsmaßnahmen betreffenden Zusammenarbeit Iraks mit der Organisation zu unterrichten, einschließlich über die vorläufige Anwendung des Zusatzprotokolls bis zu dessen Inkrafttreten.

Der Rat unterstreicht seine Bereitschaft, sobald die erforderlichen Schritte unternommen worden sind, die Beschränkungen in den Resolutionen 687 (1991) und 707 (1991) im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen und zivilen nuklearen Tätigkeiten im Hinblick auf ihre Aufhebung zu überprüfen."

Auf seiner 6293. Sitzung am 6. April 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks (Leiter des Ausschusses der Finanzexperten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Erster Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 3 der Resolution 1905 (2009) (S/2010/166)

Schreiben des Ständigen Vertreters Iraks bei den Vereinten Nationen vom 18. März 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/153)".[344]

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Jun Yamazaki, den Controller der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

[341] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1974, Nr. 33757. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1994 II S. 806; LGBl. 1999 Nr. 235; öBGBl. III Nr. 38/1997; AS 1998 335.

[342] A/57/724, Anlage. In Deutsch verfügbar unter http://www.un.org/depts/german/friesi/haager-verhkodex.pdf.

[343] Siehe Resolution 50/245 der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassung: dBGBl. 1998 II S. 1210.

[344] Gemäß Dokument S/2010/153/Corr.1 vom 10. Juni 2010 wurde das Dokument S/2010/153 zurückgezogen und das Schreiben des Vertreters Iraks im Anschluss unter dem Dokumentensymbol S/2010/308 verteilt.

Auf seiner 6320. Sitzung am 25. Mai 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 1883 (2009) (S/2010/240)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ad Melkert, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6356. Sitzung am 12. Juli 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks (Leiter des Ausschusses der Finanzexperten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Zweiter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 3 der Resolution 1905 (2009) (S/2010/359)

Verbalnote der Ständigen Vertretung Iraks bei den Vereinten Nationen vom 18. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/365)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Jun Yamazaki, den Controller der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner nichtöffentlichen 6357. Sitzung am 12. Juli 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6357. Sitzung am 12. Juli 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Die Situation betreffend Irak‘.

Gemäß dem auf der 6356. Sitzung gefassten Beschluss würdigte der Präsident die Anwesenheit von Herrn Abdul Basit Turky Saed, dem Leiter des Ausschusses der Finanzexperten, gemäß Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.

Der Präsident lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter der Länder, die einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Behandlung des Punktes teilzunehmen.

Gemäß dem auf der 6356. Sitzung gefassten Beschluss würdigte der Präsident die Anwesenheit von Herrn Jun Yamazaki, dem Controller der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates.

Die Ratsmitglieder und Herr Turky Saed führten einen Meinungsaustausch.“

BEDROHUNGEN DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT[345]

Beschlüsse

Auf seiner 6277. Sitzung am 24. Februar 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Unterrichtung durch den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Antonio Maria Costa, den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[346]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

Der Rat nimmt mit Besorgnis Kenntnis von den ernsten Bedrohungen, die vom Drogenhandel und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in einigen Fällen für die internationale Sicherheit in verschiedenen Regionen der Welt ausgehen. Diese grenzüberschreitenden Bedrohungen geben Anlass zu wachsender Besorgnis.

Der Rat nimmt in diesem Zusammenhang ferner mit Besorgnis Kenntnis von der in einigen Fällen festzustellenden zunehmenden Verbindung zwischen dem Drogenhandel und der Finanzierung des Terrorismus, insbesondere durch die Nutzung der Erträge aus dem unerlaubten Anbau und der unerlaubten Gewinnung von und dem unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und ihren Vorläuferstoffen sowie dem illegalen Waffenhandel.

Der Rat stellt fest, dass diese grenzüberschreitenden Verbrechen die Sicherheit der auf seiner Tagesordnung stehenden Länder, namentlich der Postkonfliktstaaten, gefährden können, und bekundet seine Absicht, sich gegebenenfalls mit diesen Bedrohungen zu befassen.

Der Rat stellt mit Besorgnis fest, dass der Drogenhandel und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität dazu beitragen, die Autorität der Staaten zu untergraben.

Der Rat stellt fest, dass in einer globalisierten Gesellschaft Gruppen und Netzwerke der organisierten Kriminalität, die durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien besser ausgestattet sind, bei ihren unerlaubten Tätigkeiten stärker diversifiziert und besser miteinander verbunden sind, was in einigen Fällen die Bedrohungen für die internationale Sicherheit verschlimmern kann. In diesem Zusammenhang bekundet der Rat seine Besorgnis über die Zunahme der Vorfälle von Entführung und Geiselnahme, in einigen Gegenden der Welt mit einem spezifischen politischen Kontext, die mit dem Ziel begangen werden, Mittel zu beschaffen oder politi-

[345] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2005 verabschiedet.

[346] S/PRST/2010/4.

sche Zugeständnisse zu erreichen. Die Entwicklung der Computerkriminalität ist ein weiterer Anlass zu besonderer Besorgnis.

Der Rat fordert die Mitgliedstaaten auf, die internationale und regionale Zusammenarbeit auf der Grundlage einer gemeinsamen und geteilten Verantwortung sowie ihre Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und dem Internationalen Suchtstoff-Kontrollamt auszuweiten, um gegen die unerlaubte Herstellung von und Nachfrage nach Drogen und den illegalen Drogenhandel vorzugehen, und neue Tendenzen im Drogenhandel aufzuzeigen. Er begrüßt einschlägige Initiativen wie den Pariser Pakt[347]. Der Rat ermutigt außerdem die Mitgliedstaaten, weitere Maßnahmen zu ergreifen und auf der Grundlage konkreter Vorschläge des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und des Internationalen Suchtstoff-Kontrollamts im Rahmen der Suchtstoffkommission der Vereinten Nationen mögliche neue internationale Initiativen zur Stärkung des Kampfes gegen den unerlaubten Handel mit chemischen Ausgangsstoffen zu prüfen.

Der Rat ermutigt die Vereinten Nationen, einschließlich ihrer Organisationen, Fonds und Programme, ihre Maßnahmen zu koordinieren, um die Wirksamkeit der entsprechenden internationalen Anstrengungen zu stärken.

Der Rat bekräftigt und würdigt die wichtige Arbeit, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen leistet.

Der Rat ermutigt die Staaten, die internationale, regionale und subregionale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Drogenhandels, der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, des Terrorismus und der Korruption zu stärken und unter Achtung des Völkerrechts gegen die für diese Verbrechen verantwortlichen Personen und Einrichtungen zu ermitteln und sie gegebenenfalls strafrechtlich zu verfolgen. Durch die Befolgung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen, einschließlich der einschlägigen Resolutionen des Rates, können die Mitgliedstaaten zur Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen. Der Rat verweist auf die einschlägigen internationalen Übereinkünfte wie das Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe in der durch das Protokoll von 1972 geänderten Fassung[348], das Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe[349], das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen[350], das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und die dazugehörigen Protokolle[351], das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 2003 gegen Korruption[352] und die

[347] Siehe S/2003/641, Anlage.

[348] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 976, Nr. 14152. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1977 II S. 111; 1980 II S. 1405; 1981 II S. 378; 1985 II S. 1103; LGBl. 1980 Nr. 37; 1999 Nr. 234; öBGBl. Nr. 531/1978; AS 2005 371.

[349] Ebd., Vol. 1019, Nr. 14956. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1976 II S. 1477; LGBl. 2000 Nr. 6; öBGBl. III Nr. 148/1997; AS 1996 1752.

[350] Ebd., Vol. 1582, Nr. 27627. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1993 II S. 1136; LGBl. 2007 Nr. 64; öBGBl. III Nr. 154/1997; AS 2006 531.

[351] Ebd., Vol. 2225, 2237, 2241 und 2326, Nr. 39574. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2005 II S. 954, 956; LGBl. 2008 Nr. 72; öBGBl. III Nr. 84/2005; AS 2006 5861 (Übereinkommen); dBGBl. 2005 II S. 954, 995; LGBl. 2008 Nr. 74; öBGBl. III Nr. 220/2005; AS 2006 5917 (Protokoll gegen den Menschenhandel); dBGBl. 2005 II S. 954, 1007; LGBl. 2008 Nr. 73; öBGBl. III Nr. 11/2008; AS 2006 5899 (Protokoll gegen die Schleusung von Migranten). Feuerwaffen-Protokoll: deutschsprachige Fassung in Resolution 55/255, Anlage.

[352] Ebd., Vol. 2349, Nr. 42146. Amtliche deutschsprachige Fassungen: LGBl. 2010 Nr. 194; öBGBl. III Nr. 47/2006; AS 2009 5467.

einschlägigen internationalen Übereinkünfte und Protokolle betreffend den Terrorismus.

Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Zahl der durch terroristische Handlungen in verschiedenen Regionen der Welt verursachten Opfer. Der Rat erklärt ferner erneut, dass terroristische Handlungen, Methoden und Praktiken sowie die bewusste Finanzierung und Planung von terroristischen Handlungen sowie die Aufstachelung dazu im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen. Der Rat fordert die Staaten auf, auch künftig alle terroristischen Handlungen, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wann und von wem sie begangen werden, sowie die Aufstachelung zum Terrorismus auf das Entschiedenste zu verurteilen.

Der Rat bittet den Generalsekretär, diese Bedrohungen als einen Faktor bei Konfliktverhütungsstrategien, der Konfliktanalyse und der Bewertung und Planung integrierter Missionen zu berücksichtigen und zu erwägen, in seine Berichte gegebenenfalls eine Analyse der Rolle aufzunehmen, die diese Bedrohungen in den auf seiner Tagesordnung stehenden Situationen spielen.

Der Rat sieht künftigen, nach Bedarf regelmäßiger erfolgenden Unterrichtungen durch den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung wohlwollend entgegen.“

NICHTVERBREITUNG[353]

Beschlüsse

Auf seiner 6235. Sitzung am 10. Dezember 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Nichtverbreitung

Unterrichtung durch den Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)“.

Auf seiner 6280. Sitzung am 4. März 2010 behandelte der Rat den auf der 6235. Sitzung erörterten Punkt.

Auf seiner nichtöffentlichen 6334. Sitzung am 8. Juni 2010 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

„Auf seiner nichtöffentlichen 6334. Sitzung am 8. Juni 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt ‚Nichtverbreitung‘.

Der Präsident lud mit Zustimmung des Rates die Vertreter der Länder, die einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Behandlung des Punktes teilzunehmen.

Die Ratsmitglieder führten einen Meinungsaustausch.“

---

[353] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

Auf seiner 6335. Sitzung am 9. Juni 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Deutschlands und Irans (Islamische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Nichtverbreitung" teilzunehmen.

Resolution 1929 (2010)
vom 9. Juni 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 29. März 2006[354] und seine Resolutionen 1696 (2006) vom 31. Juli 2006, 1737 (2006) vom 23. Dezember 2006, 1747 (2007) vom 24. März 2007, 1803 (2008) vom 3. März 2008, 1835 (2008) vom 27. September 2008 und 1887 (2009) vom 24. September 2009 sowie in Bekräftigung ihrer Bestimmungen,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[355] sowie der Notwendigkeit, dass alle Vertragsstaaten des Vertrags alle ihre Verpflichtungen uneingeschränkt einhalten, und an das Recht der Vertragsstaaten erinnernd, unter Wahrung der Gleichbehandlung und in Übereinstimmung mit den Artikeln I und II des Vertrags die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln,

unter Hinweis auf die Resolution GOV/2006/14 des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 4. Februar 2006[356], in der erklärt wird, dass eine Lösung der iranischen nuklearen Frage zu den weltweiten Nichtverbreitungsbemühungen und zur Verwirklichung des Ziels eines von Massenvernichtungswaffen, einschließlich ihrer Trägersysteme, freien Nahen Ostens beitragen würde,

mit ernster Besorgnis feststellend, dass die Islamische Republik Iran, wie in den Berichten des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 27. Februar[357], 8. Juni[358], 31. August[359] und 14. November 2006[360], 22. Februar[361], 23. Mai[362], 30. August[363] und 15. November 2007[364], 22. Februar[365], 26. Mai[366], 15. September[367] und 19. November 2008[368], 19. Februar[369], 5. Juni[370], 28. August[371] und 16. November 2009[372]

---

[354] S/PRST/2006/15.

[355] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 729, Nr. 10485. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1974 II S. 785; LGBl. 1978 Nr. 15; öBGBl. Nr. 258/1970; AS 1977 471.

[356] Siehe S/2006/80, Anlage.

[357] GOV/2006/15; siehe S/2006/150, Anlage.

[358] GOV/2006/38.

[359] GOV/2006/53; siehe S/2006/702, Anlage.

[360] GOV/2006/64.

[361] GOV/2007/8; siehe S/2007/100, Anlage.

[362] GOV/2007/22; siehe S/2007/303, Anlage.

[363] GOV/2007/48 und Corr.1.

[364] GOV/2007/58.

[365] GOV/2008/4.

[366] GOV/2008/15; siehe S/2008/338, Anlage.

[367] GOV/2008/38.

[368] GOV/2008/59.

[369] GOV/2009/8.

[370] GOV/2009/35.

[371] GOV/2009/55.

[372] GOV/2009/74.

und 18. Februar[373] und 31. Mai 2010[374] bestätigt, weder die umfassende und dauerhafte Aussetzung aller mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten, Wiederaufarbeitungstätigkeiten und mit Schwerwasser zusammenhängenden Projekte nachgewiesen hat, gemäß den Resolutionen des Sicherheitsrats 1696 (2006), 1737 (2006), 1747 (2007) und 1803 (2008), noch ihre Zusammenarbeit mit der Organisation nach dem Zusatzprotokoll wiederaufgenommen hat noch mit der Organisation in Bezug auf die verbleibenden zu Besorgnis Anlass gebenden Fragen kooperiert hat, die geklärt werden müssen, um die Möglichkeit militärischer Dimensionen des Nuklearprogramms der Islamischen Republik Iran auszuschließen, noch die anderen vom Gouverneursrat der Organisation verlangten Schritte unternommen hat noch die Bestimmungen der Resolutionen 1696 (2006), 1737 (2006), 1747 (2007) und 1803 (2008) befolgt hat, die für die Vertrauensbildung unerlässlich sind, und missbilligend, dass die Islamische Republik Iran sich weigert, diese Schritte zu unternehmen,

bekräftigend, dass offene Fragen sich am besten lösen lassen und Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Charakter des Nuklearprogramms der Islamischen Republik Iran aufgebaut werden kann, indem die Islamische Republik Iran positiv auf alle Aufforderungen reagiert, die der Rat und der Gouverneursrat der Organisation an das Land gerichtet haben,

mit ernster Besorgnis Kenntnis nehmend von der Rolle von Angehörigen des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (auch bekannt als „Armee der Wächter der Islamischen Revolution"), namentlich soweit sie in den Anlagen D und E der Resolution 1737 (2006), Anlage I der Resolution 1747 (2007) und Anlage II dieser Resolution genannt sind, bei den proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten der Islamischen Republik Iran und der Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen,

sowie mit ernster Besorgnis feststellend, dass die Islamische Republik Iran unter Verstoß gegen ihre Verpflichtung, alle mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten auszusetzen, in Ghom eine Anreicherungsanlage gebaut hat und dass die Islamische Republik Iran dies der Organisation erst im September 2009 gemeldet hat, was mit ihren Verpflichtungen nach den Ergänzenden Abmachungen zu ihrem Sicherungsabkommen[375] unvereinbar ist,

Kenntnis nehmend von der Resolution GOV/2009/82 des Gouverneursrats der Organisation vom 27. November 2009[376], in der die Islamische Republik Iran nachdrücklich aufgefordert wird, die Bauarbeiten in Ghom sofort auszusetzen und den Zweck sowie die Chronologie der Planung und des Baus der Anlage zu klären, und die Islamische Republik Iran auffordernd, wie von der Organisation verlangt, zu bestätigen, dass sie keinen Beschluss gefasst hat, andere, der Organisation bislang nicht gemeldete Kernanlagen zu bauen oder deren Bau zu genehmigen,

mit ernster Besorgnis feststellend, dass die Islamische Republik Iran Uran auf 20 Prozent angereichert hat, ohne die Organisation rechtzeitig zu unterrichten, damit sie die bestehenden Sicherungsverfahren anpassen kann,

mit Besorgnis feststellend, dass die Islamische Republik Iran das Recht der Organisation infrage gestellt hat, die von der Islamischen Republik Iran gemäß dem geänderten Code 3.1 vorgelegten Anlagedaten nachzuprüfen, und betonend, dass der Code 3.1 im Einklang mit Artikel 39 des Sicherungsabkommens der Islamischen Republik Iran nicht einseitig geändert oder ausgesetzt werden kann und dass das Recht der Organisation, die ihr

[373] GOV/2010/10.

[374] GOV/2010/28.

[375] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 954, Nr. 13637.

[376] Siehe S/2009/633, Anlage.

vorgelegten Anlagedaten nachzuprüfen, ein fortwährendes Recht ist, das weder von der Bauphase, in der sich eine Anlage befindet, noch von dem Vorhandensein von Kernmaterial in einer Anlage abhängt,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Entschlossenheit, die Autorität der Organisation zu stärken, unter nachdrücklicher Unterstützung der Rolle des Gouverneursrats der Organisation und in Würdigung der Bemühungen der Organisation, die das Nuklearprogramm der Islamischen Republik Iran betreffenden offenen Fragen zu regeln,

der Überzeugung Ausdruck verleihend, dass die in Ziffer 2 der Resolution 1737 (2006) genannte Aussetzung sowie die uneingeschränkte, verifizierte Einhaltung der Forderungen des Gouverneursrats der Organisation durch die Islamische Republik Iran zu einer diplomatischen Verhandlungslösung beitragen würden, die garantiert, dass das Nuklearprogramm Irans ausschließlich friedlichen Zwecken dient,

betonend, wie wichtig politische und diplomatische Anstrengungen zur Herbeiführung einer Verhandlungslösung sind, die garantiert, dass das Nuklearprogramm der Islamischen Republik Iran ausschließlich friedlichen Zwecken dient, und in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von den Bemühungen der Türkei und Brasiliens im Hinblick auf ein Abkommen mit der Islamischen Republik Iran über den Forschungsreaktor in Teheran, das als vertrauensbildende Maßnahme dienen könnte,

jedoch *außerdem betonend*, wie wichtig es im Kontext dieser Bemühungen ist, dass die Islamische Republik Iran die zentralen Fragen im Zusammenhang mit ihrem Nuklearprogramm angeht,

betonend, dass China, Deutschland, Frankreich, die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika bereit sind, weitere konkrete Maßnahmen zur Erkundung einer Gesamtstrategie für eine Verhandlungslösung der iranischen nuklearen Frage auf der Grundlage ihres Vorschlags vom Juni 2006[377] und ihres in Anlage IV dieser Resolution enthaltenen Vorschlags vom Juni 2008 zu ergreifen, und feststellend, dass diese Länder bestätigt haben, dass die Islamische Republik Iran, sobald das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in den ausschließlich friedlichen Charakter ihres Nuklearprogramms wiederhergestellt ist, wie jeder andere Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ist, behandelt werden wird,

unter Begrüßung der von der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ herausgegebenen Leitlinien, die den Staaten bei der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen nach den Resolutionen 1737 (2006) und 1803 (2008) behilflich sein sollen, und insbesondere unter Hinweis auf die Notwendigkeit, Wachsamkeit in Bezug auf Transaktionen zu üben, an denen iranische Banken, einschließlich der Zentralbank Irans, beteiligt sind, um zu vermeiden, dass diese Transaktionen zu proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten oder zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beitragen,

in der Erkenntnis, dass der Zugang zu vielfältigen, zuverlässigen Energiequellen entscheidend wichtig für nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung ist, gleichzeitig Kenntnis nehmend von dem potenziellen Zusammenhang zwischen den Einnahmen, die die Islamische Republik Iran aus ihrem Energiesektor bezieht, und der Finanzierung ihrer proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten und ferner feststellend, dass die chemischen Apparate und Stoffe, die für die petrochemische Industrie benötigt werden, zahlreiche Gemeinsamkeiten mit denen aufweisen, die für bestimmte sensible Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Kernbrennstoffkreislauf erforderlich sind,

[377] Siehe S/2006/521, Anlage; siehe auch Resolution 1747 (2007), Anlage II.

mit Rücksicht auf die Rechte und Pflichten der Staaten in Bezug auf den internationalen Handel,

unter Hinweis darauf, dass das Seerecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982[378] niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für Meerestätigkeiten vorgibt,

mit der Aufforderung an die Islamische Republik Iran, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen[379] bald zu ratifizieren,

entschlossen, seinen Beschlüssen durch die Verabschiedung geeigneter Maßnahmen Wirkung zu verleihen, um die Islamische Republik Iran zur Einhaltung der Resolutionen 1696 (2006), 1737 (2006), 1747 (2007) und 1803 (2008) sowie der Forderungen der Organisation zu bewegen und außerdem die Entwicklung sensibler Technologien durch die Islamische Republik Iran zur Unterstützung ihres Nuklearprogramms und ihres Flugkörperprogramms zu beschränken, bis der Rat feststellt, dass die Ziele dieser Resolutionen erreicht worden sind,

besorgt über die von dem iranischen Nuklearprogramm ausgehenden Verbreitungsrisiken und eingedenk seiner nach der Charta der Vereinten Nationen bestehenden Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

betonend, dass die Staaten durch diese Resolution nicht zu Maßnahmen oder Handlungen gezwungen werden, die über den Geltungsbereich dieser Resolution hinausgehen, einschließlich der Anwendung oder Androhung von Gewalt,

tätig werdend nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta,

1. *erklärt*, dass die Islamische Republik Iran es bislang versäumt hat, die Forderungen des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergie-Organisation zu erfüllen und die Resolutionen 1696 (2006), 1737 (2006), 1747 (2007) und 1803 (2008) zu befolgen;

2. *erklärt außerdem*, dass die Islamische Republik Iran ohne weitere Verzögerung die vom Gouverneursrat der Organisation in seinen Resolutionen GOV/2006/14[356] und GOV/2009/82[376] geforderten Schritte zu unternehmen hat, die unerlässlich sind, um Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Zweck ihres Nuklearprogramms aufzubauen, offene Fragen zu regeln und den ernsten Besorgnissen Rechnung zu tragen, die durch den Bau einer Anreicherungsanlage in Ghom aufgeworfen werden, unter Verstoß gegen ihre Verpflichtung, alle mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten auszusetzen, und bestätigt in diesem Zusammenhang ferner seinen Beschluss, dass die Islamische Republik Iran unverzüglich die in Ziffer 2 der Resolution 1737 (2006) geforderten Schritte zu unternehmen hat;

3. *bekräftigt*, dass die Islamische Republik Iran mit der Organisation in allen offenen Fragen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten hat, insbesondere soweit sie Anlass zu Besorgnis über die möglichen militärischen Dimensionen des iranischen Nuklearprogramms geben, auch indem die Islamische Republik Iran unverzüglich Zugang zu allen Orten, Ausrüstungen, Personen und Dokumenten gewährt, bei denen die Organisation dies verlangt, und betont, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass die Organisation über alle erforderlichen Ressourcen und die notwendige Autorität verfügt, um ihre Arbeit in der Islamischen Republik Iran zu erfüllen;

---

[378] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1833, Nr. 31363. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1994 II S. 1798; öBGBl. Nr. 885/1995; AS 2009 3209.

[379] Siehe Resolution 50/245 der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassung: dBGBl. 1998 II S. 1210.

4. *ersucht* den Generaldirektor der Organisation, dem Sicherheitsrat alle seine Berichte über die Anwendung der Sicherungsmaßnahmen in der Islamischen Republik Iran zu übermitteln;

5. *beschließt*, dass die Islamische Republik Iran unverzüglich, uneingeschränkt und vorbehaltlos ihr Sicherungsabkommen mit der Organisation[375] einzuhalten hat, namentlich auch durch die Anwendung des geänderten Codes 3.1 der Ergänzenden Abmachung zu ihrem Sicherungsabkommen, fordert die Islamische Republik Iran auf, in striktem Einklang mit den Bestimmungen des von ihr am 18. Dezember 2003 unterzeichneten Zusatzprotokolls zu ihrem Sicherungsabkommen zu handeln, fordert die Islamische Republik Iran auf, das Zusatzprotokoll umgehend zu ratifizieren, und bekräftigt, dass die Islamische Republik Iran im Einklang mit den Artikeln 24 und 39 ihres Sicherungsabkommens dieses Abkommen und seine Ergänzende Abmachung, einschließlich des geänderten Codes 3.1, nicht einseitig abändern oder ändern kann, und stellt fest, dass es in dem Abkommen keinen Mechanismus für die Aussetzung einer der Bestimmungen der Ergänzenden Abmachung gibt;

6. *bekräftigt*, dass die Islamische Republik Iran im Einklang mit ihrer nach früheren Resolutionen bestehenden Verpflichtung, alle mit der Wiederaufarbeitung, mit Schwerwasser und mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten auszusetzen, nicht mit dem Bau neuer Urananreicherungs-, Wiederaufarbeitungs- oder Schwerwasseranlagen beginnen darf und laufende Bauarbeiten an Urananreicherungs-, Wiederaufarbeitungs- oder Schwerwasseranlagen einzustellen hat;

7. *beschließt*, dass die Islamische Republik Iran keine Beteiligung an einer kommerziellen Tätigkeit in einem anderen Staat erwerben darf, die mit dem Abbau von Uran oder der Herstellung oder Verwendung von Kernmaterial und -technologie entsprechend der Aufstellung in dem Informationsrundschreiben INFCIRC/254/Rev.9/Part 1 zu tun hat, insbesondere Urananreicherungs- und Wiederaufarbeitungstätigkeiten sowie alle Schwerwasseraktivitäten oder Technologien im Zusammenhang mit ballistischen Flugkörpern, die Kernwaffen zum Einsatz bringen können, und beschließt ferner, dass alle Staaten solche Investitionen in den ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten durch die Islamische Republik Iran, deren Staatsangehörige und in der Islamischen Republik Iran eingetragene oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Einrichtungen oder durch in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelnde Personen oder Einrichtungen oder durch in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehende Einrichtungen verbieten werden;

8. *beschließt außerdem*, dass alle Staaten die Lieferung, den Verkauf oder den Transfer von Kampfpanzern, gepanzerten Kampffahrzeugen, großkalibrigen Artilleriesystemen, Kampfflugzeugen, Angriffshubschraubern, Kriegsschiffen, Flugkörpern oder Flugkörpersystemen, gemäß der Definition für die Zwecke des Registers der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen[380], oder von sonstigem Wehrmaterial, einschließlich Ersatzteilen, oder von Artikeln, die vom Sicherheitsrat oder vom Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006) („Ausschuss“) festgelegt werden, sei es auf direktem oder indirektem Weg und gleichviel ob sie ihren Ursprung in ihrem Hoheitsgebiet haben oder nicht, von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihr Hoheitsgebiet oder durch ihre Staatsangehörigen oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Personen oder unter Nutzung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die ihre Flagge führen, an die Islamische Republik Iran verhindern werden, beschließt ferner, dass alle Staaten die Bereitstellung von technischer Ausbildung, Finanzmitteln oder -dienstleistungen, Beratung, anderen Dienst- oder Hilfeleistungen im Zusammenhang mit der Lieferung, dem Verkauf, dem Transfer, der Bereitstellung, der Herstellung, der Wartung oder dem Einsatz solcher Rüstungsgüter und sonstigen Wehrmaterials an die Islamische Republik Iran durch ihre Staatsangehörigen oder von ih-

[380] Siehe Resolution 46/36 L der Generalversammlung.

rem Hoheitsgebiet aus oder durch ihr Hoheitsgebiet verhindern werden, und fordert in diesem Zusammenhang alle Staaten auf, Wachsamkeit und Zurückhaltung in Bezug auf die Lieferung, den Verkauf, den Transfer, die Bereitstellung, die Herstellung und den Einsatz aller anderen Rüstungsgüter und sonstigen Wehrmaterials zu üben;

9. *beschließt ferner*, dass die Islamische Republik Iran keine Tätigkeiten im Zusammenhang mit ballistischen Flugkörpern durchführen darf, die Kernwaffen zum Einsatz bringen können, einschließlich Starts unter Verwendung ballistischer Flugkörpertechnologie, und dass die Staaten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, um den mit diesen Tätigkeiten zusammenhängenden Transfer von Technologie oder technischer Hilfe an die Islamische Republik Iran zu verhindern;

10. *beschließt*, dass alle Staaten die notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, um die Einreise oder Durchreise der in der Anlage der Resolution 1737 (2006), Anlage I der Resolution 1747 (2007), Anlage I der Resolution 1803 (2008) und Anlage I dieser Resolution oder vom Rat oder vom Ausschuss nach Ziffer 10 der Resolution 1737 (2006) benannten Personen in beziehungsweise durch ihr Hoheitsgebiet zu verhindern, außer in Fällen, in denen die Ein- oder Durchreise Tätigkeiten dient, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bereitstellung von in den Ziffern 3 *b*) i) und ii) der Resolution 1737 (2006) vorgesehenen Artikeln an Iran im Einklang mit Ziffer 3 der Resolution 1737 (2006) stehen, unterstreicht, dass ein Staat durch diese Bestimmung nicht verpflichtet wird, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern, und beschließt, dass die in dieser Ziffer verhängten Maßnahmen keine Anwendung finden werden, wenn der Ausschuss im Einzelfall entscheidet, dass die betreffende Reise aus humanitären Gründen, einschließlich religiöser Verpflichtungen, gerechtfertigt ist, oder wenn der Ausschuss zu dem Schluss kommt, dass eine Ausnahme die Ziele dieser Resolution auf andere Weise fördern würde, namentlich auch in Fällen, in denen Artikel XV der Satzung der Organisation[381] zum Tragen kommt;

11. *beschließt außerdem*, dass die in den Ziffern 12 bis 15 der Resolution 1737 (2006) genannten Maßnahmen auch auf die in Anlage I dieser Resolution aufgeführten Personen und Einrichtungen Anwendung finden sowie auf alle Personen oder Einrichtungen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, auf die Einrichtungen, die in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehen, auch durch unerlaubte Mittel, und auf die Personen und Einrichtungen, die nach Feststellung des Rates oder des Ausschusses den benannten Personen oder Einrichtungen bei der Umgehung der in den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007) und 1803 (2008) oder dieser Resolution verhängten Sanktionen oder bei dem Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Resolutionen behilflich waren;

12. *beschließt ferner*, dass die in den Ziffern 12 bis 15 der Resolution 1737 (2006) genannten Maßnahmen auch auf die in Anlage II dieser Resolution genannten Personen und Einrichtungen des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (auch bekannt als „Armee der Wächter der Islamischen Revolution“) Anwendung finden sowie auf Personen oder Einrichtungen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, und auf Einrichtungen, die in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehen, auch durch unerlaubte Mittel, und fordert alle Staaten auf, Wachsamkeit zu üben in Bezug auf das Korps der Islamischen Revolutionsgarden betreffende Transaktionen, die zu proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten der Islamischen Republik Iran oder zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beitragen könnten;

13. *beschließt*, dass für die Zwecke der in den Ziffern 3 bis 7 der Resolution 1737 (2006) genannten Maßnahmen die Liste von Artikeln in Dokument S/2006/814 durch die Liste von Artikeln in den Informationsrundschreiben INFCIRC/254/Rev.9/Part 1 und

[381] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 276, Nr. 3988. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1957 II S. 1357; LGBl. 1969 Nr. 44; öBGBl. Nr. 216/1957; AS 1958 505.

INFCIRC/254/Rev.7/Part 2 ersetzt wird, zu denen weitere Artikel hinzugefügt werden können, wenn der Staat feststellt, dass sie zu mit der Anreicherung, Wiederaufarbeitung oder mit Schwerwasser zusammenhängenden Tätigkeiten oder zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beitragen könnten, und beschließt ferner, dass für die Zwecke der in den Ziffern 3 bis 7 der Resolution 1737 (2006) genannten Maßnahmen die in Dokument S/2006/815 enthaltene Liste von Artikeln durch die in Dokument S/2010/263 enthaltene Liste ersetzt wird;

14. *fordert* alle Staaten *auf*, nach Maßgabe ihrer nationalen Befugnisse und Rechtsvorschriften und im Einklang mit dem Völkerrecht, insbesondere dem Seerecht und den einschlägigen internationalen Übereinkünften auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt, in ihrem Hoheitsgebiet, einschließlich ihrer See- und Flughäfen, alle in die Islamische Republik Iran gehenden oder aus ihr kommenden Ladungen zu überprüfen, falls der betreffende Staat über Informationen verfügt, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass die Ladung Artikel enthält, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 3, 4 oder 7 der Resolution 1737 (2006), Ziffer 5 der Resolution 1747 (2007), Ziffer 8 der Resolution 1803 (2008) oder Ziffer 8 oder 9 dieser Resolution verboten ist, zu dem Zweck, die strikte Einhaltung der genannten Bestimmungen zu gewährleisten;

15. *stellt fest*, dass die Staaten im Einklang mit dem Völkerrecht, insbesondere dem Seerecht, die Überprüfung von Schiffen auf Hoher See mit Zustimmung des Flaggenstaats verlangen können, und fordert alle Staaten auf, bei solchen Überprüfungen zusammenzuarbeiten, falls es Informationen gibt, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass das Schiff Artikel befördert, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 3, 4 oder 7 der Resolution 1737 (2006), Ziffer 5 der Resolution 1747 (2007), Ziffer 8 der Resolution 1803 (2008) oder Ziffer 8 oder 9 dieser Resolution verboten ist, zu dem Zweck, die strikte Einhaltung der genannten Bestimmungen zu gewährleisten;

16. *beschließt*, alle Staaten zu ermächtigen, bei den Überprüfungen nach Ziffer 14 oder 15 dieser Resolution entdeckte Artikel, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 3, 4 oder 7 der Resolution 1737 (2006), Ziffer 5 der Resolution 1747 (2007), Ziffer 8 der Resolution 1803 (2008) oder Ziffer 8 oder 9 dieser Resolution verboten ist, zu beschlagnahmen und zu entsorgen (sei es durch Vernichtung, Unbrauchbarmachung, Lagerung oder Weitergabe an einen anderen Staat als die Herkunfts- oder Zielstaaten zum Zwecke der Entsorgung), in einer Weise, die ihren Verpflichtungen nach den anwendbaren Resolutionen des Rates, einschließlich der Resolution 1540 (2004) vom 28. April 2004, sowie den Verpflichtungen der Vertragsparteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[355] nicht widerspricht, und dass alle Mitgliedstaaten gehalten sind, so zu verfahren, und beschließt ferner, dass alle Staaten bei diesen Anstrengungen zusammenarbeiten werden;

17. *verlangt*, dass jeder Staat, wenn er eine Überprüfung nach Ziffer 14 oder 15 durchführt, dem Ausschuss innerhalb von fünf Arbeitstagen einen ersten schriftlichen Bericht vorlegt, der insbesondere eine Erläuterung der Gründe für die Überprüfung, die Ergebnisse der Überprüfung sowie Angaben darüber, ob Zusammenheit gewährt wurde, enthält, und verlangt ferner, falls Artikel gefunden werden, deren Weitergabe verboten ist, dass diese Staaten dem Ausschuss später einen schriftlichen Folgebericht vorlegen, der maßgebliche Einzelheiten über die Überprüfung, Beschlagnahme und Entsorgung sowie maßgebliche Einzelheiten über die Weitergabe enthält, einschließlich einer Beschreibung der Artikel, ihrer Herkunft und des vorgesehenen Bestimmungsorts, sofern diese Informationen in dem ersten Bericht nicht enthalten waren;

18. *beschließt*, dass alle Staaten die Bereitstellung von Bunkerdiensten, wie die Bereitstellung von Treibstoff oder Versorgungsgütern, oder anderen Wartungsdiensten durch ihre Staatsangehörigen oder von ihrem Hoheitsgebiet aus für iranische oder in iranischem Auftrag fahrende Schiffe, einschließlich gecharterter Schiffe, verbieten werden, falls sie über Informationen verfügen, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass diese

Schiffe Artikel befördern, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 3, 4 oder 7 der Resolution 1737 (2006), Ziffer 5 der Resolution 1747 (2007), Ziffer 8 der Resolution 1803 (2008) oder Ziffer 8 oder 9 dieser Resolution verboten ist, es sei denn, die Bereitstellung dieser Dienste ist notwendig für humanitäre Zwecke oder bis die Ladung überprüft und erforderlichenfalls beschlagnahmt und entsorgt wird, und unterstreicht, dass diese Ziffer nicht den Zweck hat, rechtmäßige Wirtschaftstätigkeiten zu beeinträchtigen;

19. *beschließt außerdem*, dass die in den Ziffern 12 bis 15 der Resolution 1737 (2006) genannten Maßnahmen auch auf die in Anlage III aufgeführten Einrichtungen der Islamic Republic of Iran Shipping Lines Anwendung finden und auf jede Person oder Einrichtung, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelt, sowie auf Einrichtungen, die in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehen, auch durch unerlaubte Mittel, oder nach Feststellung des Rates oder des Ausschusses ihnen bei der Umgehung der in den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) oder dieser Resolution verhängten Sanktionen oder bei einem Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Resolutionen behilflich waren;

20. *ersucht* alle Mitgliedstaaten, dem Ausschuss alle verfügbaren Informationen über Übertragungen an andere Unternehmen oder über Tätigkeiten der Frachtabteilung von Iran Air oder von im Eigentum der Islamic Republic of Iran Shipping Lines stehenden oder von dieser betriebenen Schiffen zu übermitteln, die möglicherweise vorgenommen wurden, um die in den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) oder dieser Resolution verhängten Sanktionen zu umgehen oder gegen die Bestimmungen dieser Resolutionen zu verstoßen, einschließlich der Umbenennung oder Umregistrierung von Flugzeugen oder Schiffen, und ersucht den Ausschuss, diese Informationen weit zu verbreiten;

21. *fordert* alle Staaten *auf*, zusätzlich zu der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und dieser Resolution die Bereitstellung von Finanzdiensten, einschließlich Versicherung oder Rückversicherung, oder den Transfer finanzieller oder anderer Vermögenswerte oder Ressourcen in oder durch ihr Hoheitsgebiet oder ausgehend von ihrem Hoheitsgebiet oder an oder durch ihre Staatsangehörigen oder nach ihrem Recht gegründete Einrichtungen (einschließlich Auslandsniederlassungen) oder Personen oder Finanzinstitutionen in ihrem Hoheitsgebiet zu verhindern, falls sie über Informationen verfügen, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass diese Dienste, Vermögenswerte oder Ressourcen zu den proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten der Islamischen Republik Iran oder zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beitragen könnten, namentlich indem sie alle derzeit oder künftig in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen oder derzeit oder künftig ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden finanziellen oder anderen Vermögenswerte oder Ressourcen, die mit diesen Programmen oder Tätigkeiten verbunden sind, einfrieren und indem sie eine verstärkte Überwachung ausüben, um alle derartigen Transaktionen nach Maßgabe ihrer nationalen Befugnisse und Rechtsvorschriften zu verhindern;

22. *beschließt*, dass alle Staaten ihre Staatsangehörigen, die ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen und die in ihrem Hoheitsgebiet gegründeten oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Firmen verpflichten, Wachsamkeit zu üben, wenn sie mit in der Islamischen Republik Iran gegründeten oder der Hoheitsgewalt der Islamischen Republik Iran unterstehenden Einrichtungen, einschließlich derjenigen des Korps der Iranischen Revolutionsgarden und der Islamic Republic of Iran Shipping Lines, und mit Personen oder Einrichtungen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, und Einrichtungen, die in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle stehen, auch durch unerlaubte Mittel, Geschäfte tätigen, falls sie über Informationen verfügen, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass diese Geschäfte zu den proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten der Islamischen Republik Iran, zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen oder zu Verstößen gegen die Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) oder diese Resolution beitragen könnten;

23. *fordert* die Staaten *auf*, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die Eröffnung neuer Niederlassungen, Tochtergesellschaften oder Vertretungen iranischer Banken in ihrem Hoheitsgebiet verbieten als auch iranischen Banken verbieten, mit ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Banken neue Gemeinschaftsunternehmen zu gründen, Beteiligungen an diesen Banken zu erwerben oder Korrespondenzbankbeziehungen zu diesen Banken herzustellen oder zu unterhalten, und auf diese Weise die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen zu verhindern, falls sie über Informationen verfügen, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass diese Tätigkeiten zu den proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten der Islamischen Republik Iran oder zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beitragen könnten;

24. *fordert* die Staaten *außerdem auf*, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die es in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Finanzinstitutionen verbieten, Vertretungen oder Tochtergesellschaften oder Bankkonten in der Islamischen Republik Iran zu eröffnen, falls sie über Informationen verfügen, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass diese Finanzdienste zu den proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten der Islamischen Republik Iran oder zur Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beitragen könnten;

25. *beklagt* die dem Ausschuss seit der Verabschiedung der Resolution 1747 (2007) gemeldeten Verstöße gegen die Verbote nach Ziffer 5 der genannten Resolution und lobt die Staaten, die gegen diese Verstöße vorgegangen sind und sie dem Ausschuss gemeldet haben;

26. *weist* den Ausschuss *an*, auf Verstöße gegen die in den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen wirksam zu reagieren, und erinnert daran, dass der Ausschuss Personen und Einrichtungen benennen kann, die benannten Personen oder Einrichtungen bei der Umgehung der in diesen Resolutionen verhängten Sanktionen oder bei dem Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Resolutionen behilflich waren;

27. *beschließt*, dass der Ausschuss verstärkte Anstrengungen zur Förderung der vollständigen Durchführung der Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und dieser Resolution unternehmen wird, namentlich im Rahmen eines Arbeitsprogramms, das die Einhaltung, Untersuchungen, Kontaktaufnahme, Dialog, Hilfe und Zusammenarbeit umfasst und dem Rat innerhalb von fünfundvierzig Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution vorzulegen ist;

28. *beschließt außerdem*, dass das in Ziffer 18 der Resolution 1737 (2006) ausgeführte und mit Ziffer 14 der Resolution 1803 (2008) geänderte Mandat des Ausschusses auch für die in dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen gilt und die Entgegennahme der gemäß Ziffer 17 dieser Resolution vorgelegten Staatenberichte einschließt;

29. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Ausschuss für einen Anfangszeitraum von einem Jahr eine Gruppe von bis zu acht Sachverständigen („Sachverständigengruppe“) einzusetzen, die unter der Leitung des Ausschusses die folgenden Aufgaben ausführt: *a*) dem Ausschuss bei der Wahrnehmung seines in Ziffer 18 der Resolution 1737 (2006) und Ziffer 28 dieser Resolution festgelegten Mandats behilflich zu sein, *b*) von den Staaten, den zuständigen Organen der Vereinten Nationen und anderen interessierten Parteien stammende Informationen über die Durchführung der in den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen, insbesondere über Fälle der Nichteinhaltung, zu sammeln, zu prüfen und zu analysieren, *c*) Empfehlungen zu Schritten abzugeben, die der Rat, der Ausschuss oder der Staat prüfen könnten, um die Durchführung der entsprechenden Maßnahmen zu verbessern, und *d*) dem Rat spätestens neunzig Tage nach der Ernennung der Sachverständigengruppe einen Zwischenbericht über ihre Arbeit und spätestens dreißig Tage vor Ablauf ihres Mandats einen Schlussbericht mit ihren Feststellungen und Empfehlungen vorzulegen;

30. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der in den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen übermitteln, insbesondere über Fälle der Nichteinhaltung;

31. *fordert* alle Staaten *auf*, dem Ausschuss innerhalb von sechzig Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie im Hinblick auf die wirksame Durchführung der Ziffern 7 bis 19 und 21 bis 24 unternommen haben;

32. *betont* die Bereitschaft Chinas, Deutschlands, Frankreichs, der Russischen Föderation, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika, die diplomatischen Bemühungen zur Förderung des Dialogs und von Konsultationen weiter zu verstärken, namentlich die Wiederaufnahme des Dialogs mit der Islamischen Republik Iran über die nukleare Frage ohne Vorbedingungen, zuletzt in ihrem Treffen mit der Islamischen Republik Iran am 1. Oktober 2009 in Genf, mit dem Ziel, eine umfassende, langfristige und angemessene Lösung dieser Frage auf der Grundlage des am 14. Juni 2008 von China, Deutschland, Frankreich, der Russischen Föderation, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten vorgelegten Vorschlags anzustreben, die die Entwicklung der Beziehungen und eine breitere Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik Iran auf der Basis gegenseitiger Achtung und den Aufbau internationalen Vertrauens in den ausschließlich friedlichen Charakter des Nuklearprogramms der Islamischen Republik Iran gestatten würde, und unter anderem offizielle Verhandlungen mit der Islamischen Republik Iran auf der Grundlage des Vorschlags vom Juni 2008 aufzunehmen, und nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, dass der in Anlage IV dieser Resolution enthaltene Vorschlag vom Juni 2008 aufrecht bleibt;

33. *ermutigt* die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die Kommunikation mit der Islamischen Republik Iran fortzusetzen, um die politischen und diplomatischen Bemühungen um eine Verhandlungslösung unter Berücksichtigung der betreffenden Vorschläge Chinas, Deutschlands, Frankreichs, der Russischen Föderation, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten zu unterstützen, mit dem Ziel, die erforderlichen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Gespräche zu schaffen, und ermutigt die Islamische Republik Iran, positiv auf diese Vorschläge zu reagieren;

34. *lobt* den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation für den von ihm am 21. Oktober 2009 vorgeschlagenen Entwurf eines Abkommens zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation und den Regierungen der Republik Frankreich, der Islamischen Republik Iran und der Russischen Föderation über die Gewährung von Hilfe bei der Beschaffung von Kernbrennstoff für einen Forschungsreaktor in Iran zur Lieferung von Kernbrennstoff für den Teheraner Forschungsreaktor, bedauert, dass die Islamische Republik Iran auf den Vorschlag vom 21. Oktober 2009 nicht konstruktiv reagiert hat, und ermutigt die Organisation, auch weiterhin solche Maßnahmen zur Bildung von Vertrauen zu sondieren, im Einklang mit den Resolutionen des Rates und im Hinblick auf deren Durchführung;

35. *betont*, wie wichtig es ist, dass alle Staaten einschließlich der Islamischen Republik Iran die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass im Zusammenhang mit einem Vertrag oder einem anderen Rechtsgeschäft, dessen Erfüllung durch die mit den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und dieser Resolution verhängten Maßnahmen verhindert wurde, keine Forderung zugelassen wird, die auf Betreiben der Regierung der Islamischen Republik Iran oder einer Person oder Einrichtung in der Islamischen Republik Iran oder von Personen oder Einrichtungen, die gemäß Resolution 1737 (2006) und damit zusammenhängenden Resolutionen benannt sind, oder einer Person, die über eine solche Person oder Einrichtung oder zu deren Gunsten tätig wird, geltend gemacht wird;

36. *ersucht* den Generaldirektor der Organisation, dem Gouverneursrat, und parallel dazu dem Sicherheitsrat zur Prüfung, innerhalb von neunzig Tagen einen Bericht darüber vorzulegen, ob die Islamische Republik Iran die umfassende und dauerhafte Aussetzung aller in Resolution 1737 (2006) genannten Tätigkeiten nachgewiesen hat und inwieweit sie alle vom Gouverneursrat der Organisation geforderten Schritte und die sonstigen Bestimmungen der Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und dieser Resolution einhält;

37. *erklärt*, dass er die Aktionen der Islamischen Republik Iran im Lichte des in Ziffer 36 genannten, innerhalb von neunzig Tagen vorzulegenden Berichts prüfen wird und *a*) dass er die Anwendung der Maßnahmen aussetzen wird, falls und solange die Islamische Republik Iran alle mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten und Wiederaufarbeitungstätigkeiten, einschließlich Forschung und Entwicklung, aussetzt, was von der Organisation zu verifizieren ist, um den Weg für in redlicher Absicht geführte Verhandlungen freizumachen, damit frühzeitig ein allseits annehmbares Ergebnis erzielt wird, *b*) dass er die in den Ziffern 3 bis 7 und 12 der Resolution 1737 (2006), in den Ziffern 2 und 4 bis 7 der Resolution 1747 (2007), in den Ziffern 3, 5 und 7 bis 11 der Resolution 1803 (2008) und in den Ziffern 7 bis 19 und 21 bis 24 dieser Resolution genannten Maßnahmen beenden wird, sobald er nach Erhalt des in Ziffer 36 genannten Berichts feststellt, dass die Islamische Republik Iran ihre Verpflichtungen nach den einschlägigen Resolutionen des Rates vollständig eingehalten und die Forderungen des Gouverneursrats der Organisation erfüllt hat, was vom Gouverneursrat zu bestätigen ist, und *c*) dass er für den Fall, dass der Bericht zeigt, dass die Islamische Republik Iran die Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und diese Resolution nicht befolgt hat, weitere geeignete Maßnahmen nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen beschließen wird, um die Islamische Republik Iran zur Befolgung dieser Resolutionen und der Forderungen der Organisation zu bewegen, und unterstreicht, dass weitere Beschlüsse notwendig sein werden, falls sich solche zusätzlichen Maßnahmen als erforderlich erweisen sollten;

38. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6335. Sitzung mit 12 Stimmen
bei 2 Gegenstimmen (Brasilien und Türkei)
und einer Enthaltung (Libanon) verabschiedet

Anlage I

Personen und Einrichtungen, die an nuklearen Tätigkeiten oder Tätigkeiten im Zusammenhang mit ballistischen Flugkörpern beteiligt sind

Einrichtungen

1. **Amin Industrial Complex**: Amin Industrial Complex versuchte, Temperaturregler zu beschaffen, die in der Kernforschung und in Betriebseinrichtungen/Produktionsanlagen im Nuklearbereich eingesetzt werden können. Amin Industrial Complex steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der Organisation der Verteidigungsindustrien, die in Resolution 1737 (2006) benannt wurde.

Adresse: P.O. Box 91735-549, Mashad, Iran; Amin Industrial Estate, Khalage Rd., Seyedi District, Mashad, Iran; Kaveh Complex, Khalaj Rd., Seyedi St., Mashad, Iran

Auch bekannt als: Amin Industrial Compound und Amin Industrial Company

2. **Armament Industries Group**: Armament Industries Group (AIG) produziert und wartet eine Reihe von Kleinwaffen und leichten Waffen, einschließlich groß- und mittelkalibriger Rohrwaffen und dazugehöriger Technologie. AIG führt einen Großteil seiner Beschaffungstätigkeit über den Hadid Industries Complex durch.

Adresse: Sepah Islam Road, Karaj Special Road Km 10, Iran; Pasdaran Ave., P.O. Box 19585/777, Teheran, Iran

3. **Forschungszentrum für Verteidigungstechnologie und -wissenschaft**: Das Forschungszentrum für Verteidigungstechnologie und -wissenschaft steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen des iranischen Ministeriums für Verteidigung und Logistik der Streitkräfte, das die Forschung und Entwicklung, die Produktion, die Wartung, die Ausfuhren und das Beschaffungswesen Irans im Verteidigungssektor beaufsichtigt.

Adresse: Pasdaran Ave, P.O. Box 19585/777, Teheran, Iran

4. **Doostan International Company**: Doostan International Company (DICO) liefert Elemente für das iranische Programm für ballistische Flugkörper.

5. **Farasakht Industries**: Farasakht Industries steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der Iran Aircraft Manufacturing Company, die ihrerseits im Eigentum oder unter der Kontrolle des Ministeriums für Verteidigung und Logistik der Streitkräfte steht.

Adresse: P.O. Box 83145-311, Kilometer 28, Esfahan-Tehran Freeway, Shahin Shahr, Isfahan, Iran

6. **First East Export Bank, P.L.C**.: First East Export Bank, P.L.C. steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der Bank Mellat. In den vergangenen sieben Jahren hat die Bank Mellat Transaktionen im Wert von Hunderten Millionen Dollar für iranische Einrichtungen im Nuklear-, Flugkörper- und Verteidigungsbereich ermöglicht.

Adresse: Unit Level 10 (B1), Main Office Tower, Financial Park Labuan, Jalan Merdeka, 87000 WP Labuan, Malaysia; Firmenregistrierungsnummer LL06889 (Malaysia)

7. **Kaveh Cutting Tools Company**: Kaveh Cutting Tools Company steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der Organisation der Verteidigungsindustrien.

Adresse: 3rd km der Khalaj Road, Seyyedi Street, Mashad 91638, Iran; Km 4 der Khalaj Road, Ende der Seyedi Street, Mashad, Iran; P.O. Box 91735-549, Mashad, Iran; Khalaj Rd., Ende der Seyyedi Alley, Mashad, Iran; Moqan St., Pasdaran St., Pasdaran Cross Rd., Teheran, Iran

8. **M. Babaie Industries**: M. Babaie Industries untersteht der Shahid Ahmad Kazemi Industries Group (offiziell Air Defense Missile Industries Group) der Organisation der Luft- und Raumfahrtindustrien Irans. Die Organisation der Luft- und Raumfahrtindustrien kontrolliert die Flugkörperunternehmen Shahid Hemmat Industrial Group (SHIG) und Shahid Bakeri Industrial Group (SBIG), die beide in Resolution 1737 (2006) benannt wurden.

Adresse: P.O. Box 16535-76, Teheran, 16548, Iran

9. **Malek-Ashtar-Universität**: Sie untersteht dem Forschungszentrum für Verteidigungstechnologie und -wissenschaft im Ministerium für Verteidigung und Logistik der Streitkräfte. Dazu gehören Forschungsgruppen, die früher dem Forschungszentrum für Physik unterstanden. Den Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation wurde es nicht gestattet, Gespräche mit den Mitarbeitern zu führen oder Dokumente unter der Kontrolle dieser Organisation einzusehen, um die noch offene Frage der möglichen militärischen Dimension des Nuklearprogramms Irans zu lösen.

Adresse: Kreuzung von Imam Ali Highway und Babaei Highway, Teheran, Iran

10. **Ministry of Defense Logistics Export**: Ministry of Defense Logistics Export (MODLEX) verkauft in Iran hergestellte Rüstungsgüter an Kunden in aller Welt, unter Verstoß gegen Resolution 1747 (2007), die Iran den Verkauf von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial verbietet.

Adresse: P.O. Box 16315-189, Teheran, Iran; auf der Westseite der Dabestan Street gelegen, Abbas Abad District, Teheran, Iran

11. **Mizan Machinery Manufacturing**: Mizan Machinery Manufacturing (3M) steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der SHIG.

Adresse: P.O. Box 16595-365, Teheran, Iran

Auch bekannt als: 3MG

12. **Modern Industries Technique Company**: Modern Industries Technique Company (MITEC) ist für die Planung und den Bau des Schwerwasserreaktors IR-40 in Arak zuständig. MITEC war führend an den Beschaffungen für den Bau des Schwerwasserreaktors IR-40 beteiligt.

Adresse: Arak, Iran

Auch bekannt als: Rahkar Company, Rahkar Industries, Rahkar Sanaye Company, Rahkar Sanaye Novin

13. **Kernforschungszentrum für Landwirtschaft und Medizin**: Das Kernforschungszentrum für Landwirtschaft und Medizin ist eine große Forschungskomponente der Atomenergie-Organisation Irans, die in Resolution 1737 (2006) benannt wurde. Es ist das Zentrum der Atomenergie-Organisation Irans für die Entwicklung von Kernbrennstoff und ist an mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten beteiligt.

Adresse: P.O. Box 31585-4395, Karadsch, Iran

Auch bekannt als: Zentrum für Agrarforschung und Nuklearmedizin, Agrar- und Medizinforschungszentrum Karadsch

14. **Pejman Industrial Services Corporation**: Pejman Industrial Services Corporation steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der SBIG.

Adresse: P.O. Box 16785-195, Teheran, Iran

15. **Sabalan Company**: Sabalan ist ein Deckname für die SHIG.

Adresse: Damavand Tehran Highway, Teheran, Iran

16. **Sahand Aluminum Parts Industrial Company (SAPICO)**: SAPICO ist ein Deckname für die SHIG.

Adresse: Damavand Tehran Highway, Teheran, Iran

17. **Shahid Karrazi Industries**: Shahid Karrazi Industries steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der SBIG.

Adresse: Teheran, Iran

18. **Shahid Satarri Industries**: Shahid Sattari Industries steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der SBIG.

Adresse: Südost-Teheran, Iran

Auch bekannt als: Shahid Sattari Group Equipment Industries

19. **Shahid Sayyade Shirazi Industries**: Shahid Sayyade Shirazi Industries (SSSI) steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen der Organisation der Verteidigungsindustrien.

Adresse: Bei Nirou Battery Mfg. Co, Shahid Babaii Expressway, Nobonyad Square, Teheran, Iran; Pasdaran St., P.O. Box 16765, Teheran 1835, Iran; Babaei Highway – bei Niru M.F.G., Teheran, Iran

20. **Special Industries Group**: Special Industries Group (SIG) untersteht der Organisation der Verteidigungsindustrien.

Adresse: Pasdaran Avenue, P.O. Box 19585/777, Teheran, Iran

21. **Tiz Pars**: Tiz Pars ist ein Deckname für die SHIG. Zwischen April und Juli 2007 versuchte Tiz Pars, für die SHIG eine Fünf-Achs-Laserschweiß- und -schneidmaschine zu beschaffen, womit ein wesentlicher Beitrag zum Flugkörperprogramm Irans geleistet werden könnte.

Adresse: Damavand Tehran Highway, Teheran, Iran

22. **Yazd Metallurgy Industries**: Yazd Metallurgy Industries (YMI) untersteht der Organisation der Verteidigungsindustrien.

Adresse: Pasdaran Avenue, bei Telecommunication Industry, Teheran 16588, Iran; Postal Box 89195/878, Yazd, Iran; P.O. Box 89195-678, Yazd, Iran; Km 5 der Taft Road, Yazd, Iran

Auch bekannt als: Yazd Ammunition Manufacturing and Metallurgy Industries, Directorate of Yazd Ammunition and Metallurgy Industries

Personen

Javad Rahiqi: Leiter des Isfahan-Zentrums für Kerntechnik der Atomenergie-Organisation Irans (zusätzliche Angaben: Geburtsdatum: 24. April 1954; Geburtsort: Marshad).

Anlage II

Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle des Korps der Islamischen Revolutionsgarden stehen oder in ihrem Namen handeln

1. **Fater (oder Faater) Institute**: Tochterunternehmen von Khatam al-Anbiya (KAA). Fater hat mit ausländischen Lieferanten, wahrscheinlich im Namen anderer KAA-Unternehmen, an Projekten des Korps der Islamischen Revolutionsgarden in Iran gearbeitet.

2. **Gharagahe Sazandegi Ghaem**: Gharagahe Sazandegi Ghaem steht im Eigentum oder unter der Kontrolle von KAA.

3. **Ghorb Karbala**: Ghorb Karbala steht im Eigentum oder unter der Kontrolle von KAA.

4. **Ghorb Nooh**: Ghorb Nooh steht im Eigentum oder unter der Kontrolle von KAA.

5. **Hara Company**: Steht im Eigentum oder unter der Kontrolle von Ghorb Nooh.

6. **Imensazan Consultant Engineers Institute**: Steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen von KAA.

7. **Khatam al-Anbiya Construction Headquarters**: Khatam al-Anbiya Construction Headquarters (KAA) ist ein Unternehmen im Eigentum des Korps der Islamischen Revolutionsgarden, das an großen zivilen und militärischen Bauprojekten und anderen technischen Aktivitäten beteiligt ist. Es führt in erheblichem Umfang Arbeiten an Projekten der Organisation für passive Verteidigung durch. Tochterunternehmen von KAA waren insbesondere an dem Bau der Urananreicherungsanlage in Ghom (Fordo) stark beteiligt.

8. **Makin**: Makin steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen von KAA und ist ein Tochterunternehmen von KAA.

9. **Omran Sahel**: Steht im Eigentum oder unter der Kontrolle von Ghorb Nooh.

10. **Oriental Oil Kish**: Oriental Oil Kish steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen von KAA.

11. **Rah Sahel**: Rah Sahel steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen von KAA.

12. **Rahab Engineering Institute**: Rahab steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen von KAA und ist ein Tochterunternehmen von KAA.

13. **Sahel Consultant Engineers**: Steht im Eigentum oder unter der Kontrolle von Ghorb Nooh.

14. **Sepanir**: Sepanir steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen von KAA.

15. **Sepasad Engineering Company**: Sepasad Engineering Company steht im Eigentum oder unter der Kontrolle oder handelt im Namen von KAA.

Anlage III

Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle der Islamic Republic of Iran Shipping Lines (IRISL) stehen oder in ihrem Namen handeln

1. **Irano Hind Shipping Company**

   Adresse: 18 Mehrshad Street, Sadaghat Street, gegenüber dem Park Mellat, Vali-e-Asr Ave., Teheran, Iran; 265, bei Mehrshad, Sedaghat St., gegenüber dem Mellat Park, Vali Asr Ave., Teheran 1A001, Iran

2. **IRISL Benelux NV**

   Adresse: Noorderlaan 139, B-2030, Antwerpen, Belgien; Umsatzsteueridentifikationsnummer BE480224531 (Belgien)

3. **South Shipping Line Iran (SSL)**

   Adresse: Apt. No. 7, 3rd Floor, No. 2, 4th Alley, Gandi Ave., Teheran, Iran; Qaem Magham Farahani St., Teheran, Iran

Anlage IV

Vorschlag an die Islamische Republik Iran von China, Deutschland, Frankreich, der Russischen Föderation, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union[382]

den iranischen Behörden vorgelegt am 14. Juni 2008 in Teheran

Mögliche Bereiche der Zusammenarbeit mit Iran

Um eine umfassende, langfristige und angemessene Lösung für die iranische nukleare Frage im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen anzustreben und auf dem Iran im Juni 2006 vorgelegten Vorschlag[377], der nach wie vor auf dem Tisch liegt, weiter aufzubauen, werden die nachfolgenden Elemente als Themen für Verhandlungen zwischen China, Deutschland, Frankreich, Iran, Russland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten unter Mitwirkung des Hohen Vertreters der Europäischen Union vorgeschlagen, solange Iran seine mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten und Wiederaufarbeitungstätigkeiten gemäß den Ziffern 15 und 19 *a*) der Resolution 1803 (2008) des Sicherheitsrats verifizierbar aussetzt. Im Hinblick auf diese Verhandlungen erwarten wir außerdem, dass Iran die Forderungen des Sicherheitsrats und der Internationalen Atomenergie-Organisation erfüllt. China, Deutschland, Frankreich, Russland, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und der Hohe Vertreter der Europäischen Union bekunden ihrerseits ihre Bereitschaft,

– das Recht Irans anzuerkennen, in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[355] die Erforschung,

[382] Siehe auch S/2008/393, Anlage.

Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln;

– Irans Nuklearprogramm wie das jeden anderen Nichtkernwaffenstaats, der Vertragspartei des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ist, zu behandeln, sobald das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in den ausschließlich friedlichen Charakter des Nuklearprogramms Irans wiederhergestellt ist.

Kernenergie

– Bekräftigung des Rechts Irans auf Kernenergie für ausschließlich friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen;

– Bereitstellung der erforderlichen technischen und finanziellen Hilfe für die friedliche Nutzung der Kernenergie durch Iran, Unterstützung für die Wiederaufnahme von Projekten der technischen Zusammenarbeit in Iran durch die Internationale Atomenergie-Organisation;

– Unterstützung für den Bau von Leichtwasserreaktoren auf der Grundlage modernster Technologien;

– Unterstützung für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kernenergie in dem Maße, wie das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft allmählich wiederhergestellt wird;

– Gewährung rechtsverbindlicher Garantien der Versorgung mit Kernbrennstoffen;

– Zusammenarbeit bei der Behandlung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle.

Politische Fragen

– Verbesserung der Beziehungen der sechs Länder und der Europäischen Union mit Iran und Aufbau gegenseitigen Vertrauens;

– Ermutigung zum direkten Kontakt und Dialog mit Iran;

– Unterstützung Irans bei der Wahrnehmung einer wichtigen und konstruktiven Rolle in den internationalen Angelegenheiten;

– Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit bei der Nichtverbreitung, bei der regionalen Sicherheit und in Fragen der Stabilisierung;

– Zusammenwirken mit Iran und anderen in der Region zur Förderung vertrauensbildender Maßnahmen und der regionalen Sicherheit;

– Schaffung geeigneter Konsultations- und Kooperationsmechanismen;

– Unterstützung für eine Konferenz über regionale Sicherheitsfragen;

– Bekräftigung dessen, dass eine Lösung der iranischen nuklearen Frage zu den Nichtverbreitungsbemühungen und zur Verwirklichung des Ziels eines von Massenvernichtungswaffen, einschließlich ihrer Trägersysteme, freien Nahen Ostens beitragen würde;

– Bekräftigung der nach der Charta der Vereinten Nationen bestehenden Verpflichtung, in den internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen;

– Zusammenarbeit in Bezug auf Afghanistan, einschließlich verstärkter Zusammenarbeit im Kampf gegen den Drogenhandel, Unterstützung für Programme betreffend die Rückkehr afghanischer Flüchtlinge nach Afghanistan, Zusammenarbeit beim Wiederaufbau Afghanistans, Zusammenarbeit bei der Überwachung der iranisch-afghanischen Grenze.

Wirtschaftliche Fragen

Schritte zur Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, etwa die Verbesserung des Zugangs Irans zur Weltwirtschaft, zu den internationalen Märkten und zu internationalem Kapital durch praktische Unterstützung seiner vollen Integration in die internationalen Strukturen, einschließlich der Welthandelsorganisation, und Schaffung des Rahmens für verstärkte Direktinvestitionen in Iran und den Handel mit Iran.

Energiepartnerschaft

Schritte zur Normalisierung der Zusammenarbeit mit Iran im Energiebereich: Errichtung einer langfristigen und weitreichenden strategischen Energiepartnerschaft zwischen Iran und der Europäischen Union und anderen dazu bereiten Partnern mit konkreten und praktischen Anwendungen/Maßnahmen.

Landwirtschaft

– Unterstützung für die landwirtschaftliche Entwicklung in Iran;

– Förderung der vollständigen Selbstversorgung Irans mit Nahrungsmitteln durch Zusammenarbeit auf dem Gebiet moderner Technologien.

Umwelt, Infrastruktur

– Zivile Projekte auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Infrastruktur, der Wissenschaft und Technik und der Spitzentechnologie:

  • Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, einschließlich internationaler Verkehrskorridore;

  • Unterstützung für die Modernisierung der Telekommunikationsinfrastruktur Irans, so auch durch die mögliche Aufhebung einschlägiger Ausfuhrbeschränkungen.

Zivilluftfahrt

– Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt, einschließlich der möglichen Aufhebung der Beschränkungen für Hersteller, die zivile Luftfahrzeuge nach Iran ausführen:

  • Befähigung Irans zur Erneuerung seiner Zivilluftfahrtflotte;

  • Unterstützung Irans mit dem Ziel, zu gewährleisten, dass iranische Luftfahrzeuge internationalen Sicherheitsnormen genügen.

Wirtschaftliche, soziale und menschliche Entwicklung/humanitäre Fragen

– Nach Bedarf Gewährung von Hilfe für Irans wirtschaftliche und soziale Entwicklung und humanitären Bedarf;

– Zusammenarbeit/technische Unterstützung im Bildungswesen in Bereichen, die für Iran von Nutzen sind:

  • Unterstützung von Iranern bei der Teilnahme an Lehrgängen oder Praktika oder dem Erwerb von Abschlüssen in Bereichen wie Bauingenieurwesen, Landwirtschaft und Umweltstudien;

- Unterstützung von Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen, z.B. auf den Gebieten öffentliche Gesundheit, Existenzsicherungsstrategien in ländlichen Regionen, gemeinsame wissenschaftliche Projekte, öffentliche Verwaltung, Geschichte und Philosophie;

– Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Fähigkeit zur wirksamen Reaktion auf Notfälle (z.B. Seismologie, Erdbebenforschung, Katastrophenschutz usw.);

– Zusammenarbeit im Rahmen eines „Dialogs zwischen den Kulturen".

Durchführungsmechanismus

– Bildung gemeinsamer Überwachungsgruppen für die Durchführung einer künftigen Vereinbarung.

Beschluss

Auf seiner 6344. Sitzung am 28. Juni 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Nichtverbreitung

Unterrichtung durch den Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)".

FRIEDENSKONSOLIDIERUNG IN WESTAFRIKA[383]

Beschlüsse

Auf seiner 6207. Sitzung am 28. Oktober 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Friedenskonsolidierung in Westafrika".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[384]:

„Der Sicherheitsrat ist nach wie vor höchst besorgt über die Situation in Guinea, die ein Risiko für den Frieden und die Sicherheit in der Region darstellen könnte, nachdem es am 28. September 2009 in Conakry zu Tötungen kam, als Armeeangehörige das Feuer auf Zivilpersonen eröffneten, die an einer Kundgebung teilnahmen. Er verurteilt nachdrücklich die Gewalt, die Meldungen zufolge mehr als 150 Tote und Hunderte von Verletzten gefordert und zu anderen flagranten Menschenrechtsverletzungen, darunter zahlreiche Vergewaltigungen und Sexualverbrechen an Frauen, geführt hat, sowie die willkürliche Festnahme von friedlichen Demonstranten und Führern von Oppositionsparteien.

Der Rat weist erneut auf die Notwendigkeit hin, dass die nationalen Behörden gegen die Straflosigkeit kämpfen, die Täter vor Gericht stellen, die Rechtsstaatlichkeit wahren, wozu auch die Achtung der grundlegenden Menschenrechte gehört, und alle Personen freilassen, denen ein ordnungsgemäßes Verfahren verwehrt wird.

Der Rat begrüßt die öffentlichen Erklärungen der Internationalen Kontaktgruppe für Guinea, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union, insbesondere das Kommuniqué der Sitzung des Friedens- und Si-

---

[383] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

[384] S/PRST/2009/27.

cherheitsrats der Afrikanischen Union vom 15. Oktober 2009[385] und das Kommuniqué des am 17. Oktober 2009 abgehaltenen Gipfeltreffens der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten. Er begrüßt die Vermittlung des Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, namentlich seine Bemühungen, ein günstigeres und sichereres Umfeld in Guinea zu schaffen, und fordert die internationale Gemeinschaft auf, seine Maßnahmen zu unterstützen.

Der Sicherheitsrat begrüßt die Erklärung des Gipfeltreffens der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, in der der Beschluss des Generalsekretärs unterstützt wird, eine internationale Untersuchungskommission für die Ereignisse des 28. September 2009 einzusetzen, um die Tatsachen festzustellen, die Täter zu ermitteln und so sicherzustellen, dass die für die Rechtsverletzungen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, und ihm Empfehlungen vorzulegen. Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass die Behörden Guineas sich offiziell verpflichtet haben, dabei behilflich zu sein, dass die Arbeit der internationalen Untersuchungskommission unter sicheren Bedingungen stattfinden kann.

Der Rat begrüßt ferner, dass in der Erklärung des Gipfeltreffens der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten betont wird, wie wichtig es ist, eine neue Übergangsbehörde zu schaffen, die glaubhafte, freie und faire Wahlen gewährleistet, sicherzustellen, dass der Präsident und die Mitglieder des Nationalrats für Demokratie und Entwicklung, der Premierminister und hohe Amtsträger der neuen Übergangsbehörde nicht als Kandidaten bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen antreten werden, und Fortschrittskriterien für den Übergangszeitplan festzulegen. Der Rat fordert, dass die Wahlen planmäßig im Jahr 2010 organisiert werden.

Der Rat verweist in diesem Kontext ferner auf seine Resolution 1888 (2009), in der er den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten und die Leiter der Regionalorganisationen nachdrücklich aufforderte, Maßnahmen zu treffen, um die Vertretung von Frauen in Vermittlungs- und Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung zu erhöhen.

Der Rat nimmt Kenntnis von den am 17. September und 15. Oktober 2009 gefassten Beschlüssen des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union betreffend die Verhängung gezielter Sanktionen gegen den Präsidenten des Nationalrats für Demokratie und Entwicklung und andere Personen. Er nimmt außerdem Kenntnis von dem Beschluss der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, ein Waffenembargo gegen Guinea zu verhängen. Er nimmt ferner davon Kenntnis, dass der Friedens- und Sicherheitsrat am 29. Oktober 2009 auf der Ebene der Staatschefs zusammentreten wird.

Der Sicherheitsrat bekundet seine Absicht, die Situation aufmerksam zu verfolgen. Er ersucht den Generalsekretär, ihm gegebenenfalls aktuelle Informationen über die Situation vor Ort, die potenziellen Folgen für die Subregion, die internationale Untersuchung der Tötungen vom 28. September 2009 und die von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union getroffenen Maßnahmen vorzulegen."

Auf seiner 6256. Sitzung am 12. Januar 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung in Westafrika

Bericht des Generalsekretärs über das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika (S/2009/682)".

[385] S/2009/541, Anlage I.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Said Djinnit, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika und Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6272. Sitzung am 16. Februar 2010 behandelte der Rat den Punkt „Friedenskonsolidierung in Westafrika".

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[386]:

„Der Sicherheitsrat begrüßt die jüngsten positiven Entwicklungen in Guinea, ist jedoch nach wie vor besorgt über die Situation. Er verweist erneut auf die Erklärung seines Präsidenten vom 28. Oktober 2009[384]. Er sieht der raschen und friedlich ablaufenden Wiederherstellung der normalen verfassungsmäßigen Ordnung im Rahmen eines Übergangsprozesses unter ziviler Führung entgegen.

Der Rat bekundet erneut seine Unterstützung für die Anstrengungen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union. Er würdigt den Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, für seine Vermittlungsbemühungen und begrüßt das Kommuniqué der Internationalen Kontaktgruppe für Guinea vom 26. Januar 2010 und das Kommuniqué des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union vom 3. Februar 2010.

Der Rat begrüßt die Gemeinsame Erklärung von Ouagadougou vom 15. Januar 2010[387], in der gemäß den vom Interimspräsidenten, General Sékouba Konaté, am 6. Januar 2010 unterbreiteten Vorschlägen insbesondere die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit unter der Führung eines zivilen, von der Opposition bestimmten Premierministers und die Abhaltung von Wahlen innerhalb von sechs Monaten vorgesehen sind und die Verpflichtung eingegangen wird, dass das Staatsoberhaupt des Übergangs, die Mitglieder des Nationalrats für Demokratie und Entwicklung, der Premierminister, die Mitglieder der Regierung der Nationalen Einheit und aktive Angehörige der Verteidigungs- und der Sicherheitskräfte bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen nicht kandidieren werden.

Der Rat begrüßt ferner, dass Herr Jean-Marie Doré am 21. Januar 2010 zum Premierminister ernannt und am 15. Februar 2010 eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet wurde. Er fordert alle guineischen Interessenträger auf, die Gemeinsame Erklärung von Ouagadougou vollständig umzusetzen und sich an dem Übergang zur Wiederherstellung der normalen verfassungsmäßigen Ordnung durch die Abhaltung von Wahlen innerhalb von sechs Monaten aktiv zu beteiligen. Er fordert die internationale Gemeinschaft auf, die guineischen Behörden unter der Führung des Interimspräsidenten Sékouba Konaté und des Premierministers Jean-Marie Doré auf ihr Ersuchen hin zu unterstützen, namentlich im Hinblick auf die umfassende Reform des Sicherheits- und des Justizsektors.

Der Rat erinnert daran, dass er die am 28. September 2009 verübte Gewalt und ihre Folgen nachdrücklich verurteilt hat. Er legt den nationalen Behörden eindringlich nahe, jede weitere Gewalt zu verhüten und die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten, insbesondere die Förderung, den Schutz und die Achtung der Menschenrechte und ordnungsgemäße Verfahren, und hebt ihre Pflichten gegenüber den Opfern und den Zeugen hervor. Er betont, dass die Staaten die Verantwortung dafür tragen, ihre einschlägigen Verpflichtungen zu erfüllen und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen.

[386] S/PRST/2010/3.

[387] S/2010/34, Anlage.

Der Rat würdigt die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission, die vom Generalsekretär eingesetzt und von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union unterstützt wurde, um im Einklang mit ihrem Mandat[388] die Tatsachen und Umstände der Ereignisse des 28. September 2009 in Guinea zu untersuchen. Er vermerkt positiv, dass die Kommission ihren Bericht[389] vorgelegt hat.

Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass die Internationale Kontaktgruppe für Guinea die maßgeblichen internationalen Akteure, namentlich die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Afrikanische Union und den Vermittler, gebeten hat, so bald wie möglich und in Abstimmung mit den guineischen Behörden die Entsendung einer möglichen gemeinsamen zivil-militärischen Mission nach Guinea zu erwägen, mit dem Ziel, die Modalitäten für die Reform des Verteidigungs- und des Sicherheitssektors zu erörtern und zu den Sicherheitsbedingungen für den Wahlprozess beizutragen. Er legt ihnen nahe, eine solche mögliche Mission zu planen.

Der Rat wiederholt die in seiner Resolution 1888 (2009) enthaltene Aufforderung, die Vertretung von Frauen in Vermittlungs- und Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung zu erhöhen.

Der Rat bekundet seine Absicht, mit der Situation befasst zu bleiben und gegebenenfalls auf jede gegen den Übergang gerichtete Drohung oder Handlung zu reagieren. Er ersucht den Generalsekretär, ihm auch künftig nach Bedarf aktuelle Informationen über die Situation vor Ort, die potenziellen Auswirkungen auf die Subregion, den Kampf gegen die Straflosigkeit, die von der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union unternommenen Anstrengungen und die Maßnahmen des Sekretariats der Vereinten Nationen vorzulegen.“

Auf seiner 6358. Sitzung am 13. Juli 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung in Westafrika

Bericht des Generalsekretärs über das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika (S/2010/324)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Said Djinnit, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika und Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

NICHTVERBREITUNG/DEMOKRATISCHE VOLKSREPUBLIK KOREA[390]

Beschluss

Auf seiner 6333. Sitzung am 7. Juni 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea“.

---

[388] Siehe S/2009/556, Anlage.

[389] S/2009/693, Anlage.

[390] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

Resolution 1928 (2010) vom 7. Juni 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren einschlägigen Resolutionen, namentlich die Resolutionen 825 (1993) vom 11. Mai 1993, 1540 (2004) vom 28. April 2004, 1695 (2006) vom 15. Juli 2006, 1718 (2006) vom 14. Oktober 2006, 1874 (2009) vom 12. Juni 2009 und 1887 (2009) vom 24. September 2009, sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 6. Oktober 2006[391] und 13. April 2009[392],

sowie unter Hinweis auf den am 11. November 2009 vorgelegten Zwischenbericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) eingesetzten Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Korea und auf den Schlussbericht der Sachverständigengruppe vom 12. Mai 2010[393],

feststellend, dass die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und ihrer Trägersysteme nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das in Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Korea bis zum 12. Juni 2011 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die dafür erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

2. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Sicherheitsrat spätestens am 12. November 2010 einen Halbzeitbericht über ihre Arbeit vorzulegen und dem Rat spätestens dreißig Tage vor Ablauf ihres Mandats einen Schlussbericht mit ihren Feststellungen und Empfehlungen vorzulegen;

3. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006) und der Sachverständigengruppe voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit den Resolutionen 1718 (2006) und 1874 (2009) verhängten Maßnahmen übermitteln;

4. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6333. Sitzung einstimmig verabschiedet.

---

[391] S/PRST/2006/41.

[392] S/PRST/2009/7.

[393] Siehe S/2010/571, Anlage.

SCHREIBEN DES GENERALSEKRETÄRS VOM 22. NOVEMBER 2006 AN DEN PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS[394]

Beschlüsse

Auf seiner 6214. Sitzung am 6. November 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

Bericht des Generalsekretärs betreffend das an die Vereinten Nationen gerichtete Ersuchen Nepals um Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2009/553)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Karin Landgren, die Beauftragte des Generalsekretärs in Nepal und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Nepal, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6260. Sitzung am 15. Januar 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

Bericht des Generalsekretärs betreffend das an die Vereinten Nationen gerichtete Ersuchen Nepals um Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2010/17)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Karin Landgren, die Beauftragte des Generalsekretärs in Nepal und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Nepal, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6262. Sitzung am 21. Januar 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

Bericht des Generalsekretärs betreffend das an die Vereinten Nationen gerichtete Ersuchen Nepals um Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2010/17)“.

Resolution 1909 (2010) vom 21. Januar 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1740 (2007) vom 23. Januar 2007, 1796 (2008) vom 23. Januar 2008, 1825 (2008) vom 23. Juli 2008, 1864 (2009) vom 23. Januar 2009 und 1879 (2009) vom 23. Juli 2009 sowie auf die Erklärung seines Präsidenten vom 5. Mai 2009[395],

[394] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

[395] S/PRST/2009/12.

in Bekräftigung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Nepals und seiner Eigenverantwortung für die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen,

unter Hinweis auf die Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens durch die Regierung Nepals und die Kommunistische Partei Nepals (Maoisten) am 21. November 2006 und die von beiden Parteien eingegangene Verpflichtung, einen dauerhaften und tragfähigen Frieden herbeizuführen,

in Anerkennung des sehnlichen Wunsches des nepalesischen Volkes nach Frieden und der Wiederherstellung der Demokratie sowie der Wichtigkeit, die in dieser Hinsicht der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen durch die betroffenen Parteien zukommt,

mit dem Ausdruck seiner anhaltenden Bereitschaft, den Friedensprozess in Nepal im Hinblick auf die rasche und wirksame Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen, insbesondere des Abkommens vom 25. Juni 2008 zwischen den politischen Parteien, zu unterstützen, entsprechend dem Ersuchen der Regierung Nepals,

davon Kenntnis nehmend, dass der für die Verkündung der neuen demokratischen Verfassung Nepals festgesetzte Termin der 28. Mai 2010 ist,

es begrüßend, dass kürzlich ein politischer Mechanismus auf hoher Ebene gebildet wurde, um auf die termingerechte Verkündung der neuen Verfassung hinzuarbeiten und den derzeitigen Friedensprozess zu seinem logischen Abschluss zu bringen,

sich dem Aufruf des Generalsekretärs an alle Parteien in Nepal *anschließend*, die Durchführung der geschlossenen Abkommen zügig voranzubringen, Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Generalsekretärs, dass die Mission der Vereinten Nationen in Nepal gut positioniert ist, um bei der Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal im Einklang mit dem Abkommen zwischen den politischen Parteien vom 25. Juni 2008 Hilfe zu gewähren, und in Anerkennung der Fähigkeit der Mission, den Parteien entsprechend dem Ersuchen hierbei behilflich zu sein, damit eine dauerhafte Lösung herbeigeführt wird,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 7. Januar 2010 über die Mission[396],

unter Hinweis darauf, dass die beiden Phasen des Verifikationsprozesses abgeschlossen wurden, und es begrüßend, dass nach wie vor Hilfe bei der Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal beider Seiten im Einklang mit Resolution 1740 (2007) und den Bestimmungen des Umfassenden Friedensabkommens gewährt wird, feststellend, wie wichtig eine dauerhafte langfristige Lösung ist, um zur Schaffung der Voraussetzungen für den Abschluss der Tätigkeit der Mission beizutragen, und in dieser Hinsicht außerdem feststellend, dass die noch offenen Fragen ohne weitere Verzögerung angegangen werden müssen,

es begrüßend, dass die Regierung Nepals, die Vereinigte Kommunistische Partei Nepals (Maoisten) und die Vereinten Nationen am 16. Dezember 2009 einen Aktionsplan für den Prozess der Entlassung und Rehabilitation der als Minderjährige nicht die Voraussetzungen erfüllenden Angehörigen der maoistischen Armee unterzeichnet haben, und alle politischen Parteien auffordernd, diesen Prozess vollständig und zügig durchzuführen, sowie mit der Aufforderung, wie in den Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 verlangt, über diese Frage weiter Bericht zu erstatten,

[396] S/2010/17.

unter Hinweis darauf, dass mit der erfolgreichen Abhaltung der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung einige Elemente des in Resolution 1740 (2007) festgelegten Mandats der Mission bereits ausgeführt worden sind,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben der Regierung Nepals vom 9. Januar 2010 an den Generalsekretär[397], in dem der Beitrag der Mission anerkannt und um eine Verlängerung ihres Mandats bis zum 15. Mai 2010 ersucht wird,

in der Erkenntnis, dass den Bedürfnissen und der Rolle der Frauen, Kinder und traditionell marginalisierten Gruppen im Friedensprozess besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, wie aus dem Umfassenden Friedensabkommen und der Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 hervorgeht,

sowie in Anerkennung der Notwendigkeit, die Straflosigkeit zu bekämpfen und die Menschenrechte zu fördern und zu schützen sowie die Kapazitäten der unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitutionen im Einklang mit den internationalen Grundsätzen zu stärken,

ferner in der Erkenntnis, dass die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei dem demokratischen Übergang und der Konfliktprävention spielen kann,

mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für den Beitrag der Beauftragten des Generalsekretärs in Nepal und die Anstrengungen ihres Teams in der Mission sowie des Landesteams der Vereinten Nationen, namentlich des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, das auf Ersuchen der Regierung Nepals die Menschenrechtslage überwacht, und die Notwendigkeit der Koordinierung und Komplementarität der Anstrengungen zwischen der Mission und allen Akteuren der Vereinten Nationen im Missionsgebiet betonend, insbesondere damit bis zum Ablauf des Mandats Kontinuität gewährleistet ist,

1. *beschließt*, im Einklang mit dem Ersuchen der Regierung Nepals[397] und den Empfehlungen des Generalsekretärs das in Resolution 1740 (2007) festgelegte Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Nepal bis zum 15. Mai 2010 zu verlängern, unter Berücksichtigung des Abschlusses einiger Elemente des Mandats und der laufenden Arbeiten zur Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal im Einklang mit dem Abkommen zwischen den politischen Parteien vom 25. Juni 2008, die den Abschluss des Friedensprozesses unterstützen werden;

2. *fordert* alle Parteien *auf*, den Sachverstand der Mission und ihre Bereitschaft, den Friedensprozess im Rahmen ihres Mandats zu unterstützen, in vollem Umfang zu nutzen, um den Abschluss der noch offenen Aspekte des Mandats der Mission bis zum 15. Mai 2010 zu erleichtern;

3. *beschließt*, dass die Mission in Zusammenarbeit mit den Parteien die für ihren Abzug erforderlichen Vorkehrungen mit der Regierung Nepals treffen soll, namentlich die Übertragung aller noch verbleibenden Überwachungsaufgaben bis zum 15. Mai 2010;

4. *begrüßt* es, dass sich die Regierung Nepals und die Vereinigte Kommunistische Partei Nepals (Maoisten) vor kurzem darauf verständigt haben, bis zum 15. Mai 2010 über einen mit Fristen versehenen Aktionsplan für die Eingliederung und Rehabilitation der Angehörigen der maoistischen Armee zu verfügen, und fordert sie zur Zusammenarbeit auf, um zu gewährleisten, dass dieser Plan mit Unterstützung des Sonderausschusses für die Überwachung, Eingliederung und Rehabilitation der Angehörigen der maoistischen Armee und seines Technischen Ausschusses fertiggestellt und durchgeführt wird;

[397] S/2010/25, Anlage.

5. *fordert* alle politischen Parteien in Nepal *auf*, den Friedensprozess zu beschleunigen und in einem Geist der Kooperation, des Konsenses und des Kompromisses zusammenzuarbeiten, um den Übergang zu einer dauerhaften, langfristigen Lösung fortzusetzen und dem Land so den Schritt in eine friedliche und demokratische Zukunft in größerem Wohlstand zu ermöglichen;

6. *ersucht* die Parteien in Nepal, die notwendigen Schritte zur Förderung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Mission und des beigeordneten Personals bei der Durchführung der in dem Mandat festgelegten Aufgaben zu unternehmen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat bis zum 1. Mai 2010 über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

8. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6262. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6308. Sitzung am 5. Mai 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

Bericht des Generalsekretärs betreffend das an die Vereinten Nationen gerichtete Ersuchen Nepals um Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2010/214)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Karin Landgren, die Beauftragte des Generalsekretärs in Nepal und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Nepal, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6311. Sitzung am 12. Mai 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Nepals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/920)

Bericht des Generalsekretärs betreffend das an die Vereinten Nationen gerichtete Ersuchen Nepals um Unterstützung seines Friedensprozesses (S/2010/214)“.

Resolution 1921 (2010)
vom 12. Mai 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1740 (2007) vom 23. Januar 2007, 1796 (2008) vom 23. Januar 2008, 1825 (2008) vom 23. Juli 2008, 1864 (2009) vom 23. Januar 2009, 1879 (2009) vom 23. Juli 2009 und 1909 (2010) vom 21. Januar 2010 sowie auf die Erklärung seines Präsidenten vom 5. Mai 2009[395],

in Bekräftigung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Nepals und seiner Eigenverantwortung für die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen,

unter Hinweis auf die Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens durch die Regierung Nepals und die Kommunistische Partei Nepals (Maoisten) am 21. November 2006 und die von beiden Parteien eingegangene Verpflichtung, einen dauerhaften und tragfähigen Frieden herbeizuführen,

in Anerkennung des sehnlichen Wunsches des nepalesischen Volkes nach Frieden und der Wiederherstellung der Demokratie sowie der Wichtigkeit, die in dieser Hinsicht der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen durch die betroffenen Parteien zukommt,

mit dem Ausdruck seiner anhaltenden Bereitschaft, den Friedensprozess in Nepal im Hinblick auf die rasche und wirksame Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens und späterer Abkommen, insbesondere des Abkommens zwischen den politischen Parteien vom 25. Juni 2008, zu unterstützen, entsprechend dem Ersuchen der Regierung Nepals,

feststellend, dass der für die Verkündung der neuen demokratischen Verfassung Nepals festgesetzte Termin der 28. Mai 2010 ist, und besorgt darüber, dass die politischen Parteien bislang weder über die neue Verfassung noch über die Verlängerung des Mandats der Verfassunggebenden Versammlung einen Konsens erzielt haben,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die jüngsten Spannungen in Nepal und mit der Aufforderung an alle Seiten, ihre Meinungsverschiedenheiten durch friedliche Verhandlungen beizulegen,

sich dem Aufruf des Generalsekretärs an alle Parteien in Nepal *anschließend*, die Durchführung der geschlossenen Abkommen zügig voranzubringen, Kenntnis nehmend von der Einschätzung des Generalsekretärs, dass die Mission der Vereinten Nationen in Nepal gut positioniert ist, um bei der Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal im Einklang mit dem Abkommen zwischen den politischen Parteien vom 25. Juni 2008 Hilfe zu gewähren, und in Anerkennung der Fähigkeit der Mission, den Parteien entsprechend dem Ersuchen hierbei behilflich zu sein, damit eine dauerhafte Lösung herbeigeführt wird,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs vom 28. April 2010 über die Mission[398],

unter Hinweis darauf, dass die beiden Phasen des Verifikationsprozesses abgeschlossen wurden, es begrüßend, dass nach wie vor Hilfe bei der Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal beider Seiten im Einklang mit Resolution 1740 (2007) und den Bestimmungen des Umfassenden Friedensabkommens gewährt wird, feststellend, wie wichtig eine dauerhafte langfristige Lösung ist, um zur Schaffung der Voraussetzungen für den Abschluss der Tätigkeit der Mission beizutragen, und in dieser Hinsicht außerdem feststellend, dass die noch offenen Fragen ohne weitere Verzögerung angegangen werden müssen,

es begrüßend, dass der Prozess der Entlassung der nicht die Voraussetzungen erfüllenden Angehörigen der maoistischen Armee gemäß dem von der Regierung Nepals, der Vereinigten Kommunistischen Partei Nepals (Maoisten) und den Vereinten Nationen am 16. Dezember 2009 vereinbarten Aktionsplan für den Prozess der Entlassung und Rehabilitation der als Minderjährige nicht die Voraussetzungen erfüllenden Angehörigen der maoistischen Armee abgeschlossen wurde, und alle Parteien auffordernd, diesen Aktionsplan mittels entsprechender Überwachung und Berichterstattung im Einklang mit den Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 weiter umzusetzen,

unter Hinweis darauf, dass mit der erfolgreichen Abhaltung der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung einige Elemente des in Resolution 1740 (2007) festgelegten Mandats der Mission bereits ausgeführt worden sind,

[398] S/2010/214.

Kenntnis nehmend von dem Schreiben der Regierung Nepals vom 5. Mai 2010 an den Generalsekretär[399], in dem der Beitrag der Mission anerkannt und um eine Verlängerung ihres Mandats bis zum 15. September 2010 ersucht wird,

in der Erkenntnis, dass den Bedürfnissen und der Rolle der Frauen, Kinder und traditionell marginalisierten Gruppen im Friedensprozess besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, wie aus dem Umfassenden Friedensabkommen und der Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 hervorgeht,

sowie in Anerkennung der Notwendigkeit, die Straflosigkeit zu bekämpfen und die Menschenrechte zu fördern und zu schützen sowie die Kapazitäten der unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitutionen im Einklang mit den internationalen Grundsätzen zu stärken,

ferner in der Erkenntnis, dass die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei dem demokratischen Übergang und der Konfliktprävention spielen kann,

mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für den Beitrag der Beauftragten des Generalsekretärs in Nepal und die Anstrengungen ihres Teams in der Mission sowie des Landesteams der Vereinten Nationen, namentlich des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, das auf Ersuchen der Regierung Nepals die Menschenrechtslage überwacht, und die Notwendigkeit der Koordinierung und Komplementarität der Anstrengungen zwischen der Mission und allen Akteuren der Vereinten Nationen im Missionsgebiet betonend, insbesondere damit bis zum Ablauf des Mandats Kontinuität gewährleistet ist,

1. *beschließt*, im Einklang mit dem Ersuchen der Regierung Nepals[399] und den Empfehlungen des Generalsekretärs das in Resolution 1740 (2007) festgelegte Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Nepal bis zum 15. September 2010 zu verlängern, unter Berücksichtigung des Abschlusses einiger Elemente des Mandats und der laufenden Arbeiten zur Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal im Einklang mit dem Abkommen zwischen den politischen Parteien vom 25. Juni 2008, die den Abschluss des Friedensprozesses unterstützen werden;

2. *fordert* alle Parteien *auf*, den Sachverstand der Mission und ihre Bereitschaft, den Friedensprozess im Rahmen ihres Mandats zu unterstützen, in vollem Umfang zu nutzen, um den Abschluss der noch offenen Aspekte des Mandats der Mission bis zum 15. September 2010 zu erleichtern;

3. *unterstreicht*, dass die derzeitigen Vorkehrungen nicht als langfristige Lösungen, sondern als vorübergehende Maßnahmen gedacht waren, und beschließt, dass die Mission in Zusammenarbeit mit den Parteien unverzüglich damit beginnen soll, die für ihren Abzug erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, namentlich die Übertragung aller noch verbleibenden Überwachungsaufgaben bis zum 15. September 2010;

4. *fordert* die Regierung Nepals und die Vereinigte Kommunistische Partei Nepals (Maoisten) *auf*, einen mit Fristen und klaren Zielmarken versehenen Aktionsplan für die Eingliederung und Rehabilitation der Angehörigen der maoistischen Armee zu vereinbaren und durchzuführen, mit Unterstützung des Sonderausschusses für die Überwachung, Eingliederung und Rehabilitation der Angehörigen der maoistischen Armee und seines Technischen Ausschusses;

5. *fordert* alle politischen Parteien in Nepal *auf*, den Friedensprozess zu beschleunigen und in einem Geist der Kooperation, des Konsenses und des Kompromisses zusammenzuarbeiten, um den Übergang zu einer dauerhaften, langfristigen Lösung fortzusetzen

[399] S/2010/229, Anlage.

und dem Land so den Schritt in eine friedliche und demokratische Zukunft in größerem Wohlstand zu ermöglichen;

6. *ersucht* die Parteien in Nepal, die notwendigen Schritte zur Förderung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Mission und des beigeordneten Personals bei der Durchführung der in dem Mandat festgelegten Aufgaben zu unternehmen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat bis zum 1. September 2010 über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

8. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6311. Sitzung einstimmig verabschiedet.

WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT[400]

A. Nichtverbreitung von Kernwaffen und nukleare Abrüstung

Beschlüsse

Auf seiner 6191. Sitzung am 24. September 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Nichtverbreitung von Kernwaffen und nukleare Abrüstung".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Mohamed ElBaradei, den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Resolution 1887 (2009) vom 24. September 2009

Der Sicherheitsrat,

entschlossen, eine sicherere Welt für alle anzustreben und die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen, im Einklang mit den Zielen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[401], in einer Weise, die die internationale Stabilität fördert, und beruhend auf dem Grundsatz der unverminderten Sicherheit für alle,

in Bekräftigung der Erklärung seines Präsidenten, die auf der am 31. Januar 1992 auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs abgehaltenen Ratssitzung verabschiedet wurde[402] und in der es unter anderem heißt, dass alle Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen in Bezug auf Rüstungskontrolle und Abrüstung erfüllen und jede Verbreitung aller Arten von Massenvernichtungswaffen verhüten müssen,

unter Hinweis darauf, dass in der genannten Erklärung die Notwendigkeit unterstrichen wurde, dass alle Mitgliedstaaten etwaige Probleme in diesem Zusammenhang, welche

---

[400] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

[401] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 729, Nr. 10485. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1974 II S. 785; LGBl. 1978 Nr. 15; öBGBl. Nr. 258/1970; AS 1977 471.

[402] Siehe S/23500.

die Erhaltung der regionalen und weltweiten Stabilität bedrohen oder stören, auf friedlichem Wege im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen regeln,

erneut erklärend, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

eingedenk der Verantwortlichkeiten der anderen Organe der Vereinten Nationen und der zuständigen internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung, wie auch jener der Abrüstungskonferenz, und sie bei der weiteren Ausübung der ihnen zukommenden Rolle unterstützend,

unterstreichend, dass der Vertrag nach wie vor der Eckpfeiler des nuklearen Nichtverbreitungsregimes und die unabdingbare Grundlage für die Verfolgung der nuklearen Abrüstung und die friedliche Nutzung der Kernenergie ist,

in Bekräftigung seines festen Bekenntnisses zu dem Vertrag und seiner Überzeugung, dass das internationale nukleare Nichtverbreitungsregime erhalten und gestärkt werden soll, um seine wirksame Anwendung sicherzustellen, und in dieser Hinsicht unter Hinweis auf die Ergebnisse vergangener Konferenzen der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrags, namentlich die Schlussdokumente von 1995[403] und 2000[404],

mit der Forderung nach weiteren Fortschritten bei allen Aspekten der Abrüstung, um die weltweite Sicherheit zu erhöhen,

unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten, die auf der am 19. November 2008 abgehaltenen Ratssitzung verabschiedet wurde[405],

unter Begrüßung der Entscheidungen derjenigen Nichtkernwaffenstaaten, die ihre Kernwaffenprogramme eingestellt oder auf den Besitz von Kernwaffen verzichtet haben,

sowie unter Begrüßung der von Kernwaffenstaaten unternommenen und vollzogenen Anstrengungen zur Reduzierung der Kernwaffen und zur nuklearen Abrüstung und die Notwendigkeit unterstreichend, weitere Anstrengungen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung im Einklang mit Artikel VI des Vertrags zu unternehmen,

in diesem Zusammenhang *ferner begrüßend*, dass die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten von Amerika beschlossen haben, Verhandlungen über den Abschluss eines neuen, umfassenden, rechtsverbindlichen Abkommens zu führen, das den im Dezember 2009 auslaufenden Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (START I)[406] ersetzen soll,

unter Begrüßung und in Unterstützung der zum Abschluss von Verträgen über kernwaffenfreie Zonen unternommenen Schritte und in Bekräftigung der Überzeugung, dass die Schaffung international anerkannter kernwaffenfreier Zonen auf der Grundlage von Vereinbarungen, die von den Staaten der betreffenden Region aus freien Stücken geschlossen werden, und im Einklang mit den Leitlinien der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen von 1999[407] den Frieden und die Sicherheit auf globaler und regionaler Ebene

---

[403] *1995 Review and Extension Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Final Document* (NPT/CONF.1995/32 (Parts I–III), (Part I)/Corr.2 und (Part III)/Corr.1).

[404] *2000 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Final Document*, Vol. I-III (NPT/CONF.2000/28 (Parts I–IV)).

[405] S/PRST/2008/43.

[406] *The United Nations Disarmament Yearbook*, Vol. 16: 1991 (United Nations publication, Sales No. E.92.IX.1), Anhang II.

[407] Siehe *Official Records of the General Assembly, Fifty-fourth Session, Supplement No. 42* (A/54/42), Anhang I, Abschn. C.

festigt, das nukleare Nichtverbreitungsregime stärkt und zur Verwirklichung der Ziele der nuklearen Abrüstung beiträgt,

in diesem Zusammenhang *unter Hinweis auf seine Unterstützung* der Einberufung der zweiten Konferenz der Vertrags- und Unterzeichnerstaaten der Verträge über die Schaffung kernwaffenfreier Zonen und der Mongolei, die am 30. April 2010 in New York abgehalten werden soll,

in Bekräftigung seiner Resolutionen 825 (1993) vom 11. Mai 1993, 1695 (2006) vom 15. Juli 2006, 1718 (2006) vom 14. Oktober 2006 und 1874 (2009) vom 12. Juni 2009,

sowie in Bekräftigung seiner Resolutionen 1696 (2006) vom 31. Juli 2006, 1737 (2006) vom 23. Dezember 2006, 1747 (2007) vom 24. März 2007, 1803 (2008) vom 3. März 2008 und 1835 (2008) vom 27. September 2008,

ferner in Bekräftigung aller anderen einschlägigen Resolutionen über die Nichtverbreitung, die der Sicherheitsrat verabschiedet hat,

in ernster Besorgnis über die Bedrohung des Nuklearterrorismus und in der Erkenntnis, dass alle Staaten wirksame Maßnahmen ergreifen müssen, um zu verhüten, dass Terroristen Kernmaterial oder technische Hilfe erhalten,

mit Interesse Kenntnis nehmend von der Initiative, in Abstimmung mit der Internationalen Atomenergie-Organisation eine internationale Konferenz über die friedliche Nutzung der Kernenergie einzuberufen,

mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die Einberufung des Weltgipfels 2010 über nukleare Sicherheit,

in Bekräftigung seiner Unterstützung für das Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial[408] und seine Änderung von 2005[409] und das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen[410],

in Anerkennung der Fortschritte, die die Globale Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus und die Globale Partnerschaft der Gruppe der Acht erzielt haben,

Kenntnis nehmend von dem Beitrag der Zivilgesellschaft zur Förderung aller Ziele des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen,

in Bekräftigung seiner Resolution 1540 (2004) vom 28. April 2004 und der Notwendigkeit, dass alle Staaten die darin enthaltenen Maßnahmen vollständig durchführen, und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten und internationalen und regionalen Organisationen, mit dem nach der genannten Resolution eingesetzten Ausschuss aktiv zusammenzuarbeiten, namentlich im Zuge der in Resolution 1810 (2008) vom 25. April 2008 geforderten umfassenden Überprüfung,

1. *betont*, dass eine Situation der Nichteinhaltung von Nichtverbreitungsverpflichtungen dem Sicherheitsrat zur Kenntnis zu bringen ist, der feststellen wird, ob diese Situation eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, und betont, dass der Rat die Hauptverantwortung dafür trägt, solchen Bedrohungen zu begegnen;

---

[408] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1456, Nr. 24631. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 326; LGBl. 1987 Nr. 2; öBGBl. Nr. 53/1989; AS 1987 505.

[409] Siehe International Atomic Energy Agency, Dokument GOV/INF/2005/10-GC(49)/INF/6, Anhang. Amtliche deutschsprachige Fassung: dBGBl. 2008 II S. 574.

[410] United Nations, *Treaty Series,* Vol. 2445, Nr. 44004. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 2007 II S. 1586; LGBl. 2009 Nr. 263; öBGBl. III Nr. 77/2007; AS 2009 493.

2. *fordert* die Vertragsstaaten des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[401] *auf*, allen ihren Verpflichtungen vollständig nachzukommen und ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag zu erfüllen;

3. *stellt fest*, dass für einen Vertragsstaat der Genuss der Vorteile des Vertrags nur dann gewährleistet werden kann, wenn er den darin enthaltenen Verpflichtungen nachkommt;

4. *fordert* alle Staaten, die nicht Vertragsparteien des Vertrags sind, *auf*, dem Vertrag als Nichtkernwaffenstaaten beizutreten, um in naher Zukunft seine Universalität zu erreichen, und bis zu ihrem Beitritt zu dem Vertrag seine Bestimmungen einzuhalten;

5. *fordert* die Vertragsparteien des Vertrags *auf*, sich gemäß Artikel VI des Vertrags zu verpflichten, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Reduzierung von Kernwaffen und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle, und fordert alle anderen Staaten auf, sich diesen Bemühungen anzuschließen;

6. *fordert* alle Vertragsstaaten des Vertrags *auf*, zusammenzuarbeiten, damit die Konferenz zur Überprüfung des Vertrags im Jahr 2010 den Vertrag erfolgreich stärken und realistische und erreichbare Ziele für alle drei Säulen des Vertrags festlegen kann: die Nichtverbreitung, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Abrüstung;

7. *fordert* alle Staaten *auf*, die Durchführung nuklearer Versuchsexplosionen zu unterlassen und den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen[411] zu unterzeichnen und zu ratifizieren, sodass er rasch in Kraft treten kann;

8. *fordert* die Abrüstungskonferenz *auf*, so bald wie möglich einen Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper auszuhandeln, begrüßt, dass die Abrüstungskonferenz ihr Arbeitsprogramm 2009 im Konsens angenommen hat[412], und ersucht alle Mitgliedstaaten, zusammenzuarbeiten, um die Konferenz zur raschen Aufnahme der Sacharbeit zu führen;

9. *erinnert* an die von jedem der fünf Kernwaffenstaaten abgegebenen Erklärungen[413], von denen mit Resolution 984 (1995) vom 11. April 1995 Kenntnis genommen wurde und in denen sie den Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragsparteien des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen sind, Sicherheitsgarantien gegen den Einsatz von Kernwaffen geben, und bekräftigt, dass diese Sicherheitsgarantien das nukleare Nichtverbreitungsregime stärken;

10. *bekundet besondere Besorgnis* über die gegenwärtigen großen Herausforderungen im Hinblick auf das Nichtverbreitungsregime, zu denen der Rat tätig geworden ist, verlangt, dass die betroffenen Parteien ihren Verpflichtungen nach den einschlägigen Resolutionen des Rates vollständig nachkommen, und erneuert seinen an sie gerichteten Aufruf, eine baldige Verhandlungslösung für diese Fragen zu finden;

11. *unterstützt* Anstrengungen zur Gewährleistung der Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch Länder, die bestrebt sind, ihre Kapazitäten auf diesem Gebiet in einem Rahmen zu erhalten oder auszubauen, der die Gefahr der Verbreitung verringert und den höchsten internationalen Normen in Bezug auf Sicherungsmaßnahmen und Sicherheit entspricht;

---

[411] Siehe Resolution 50/245 der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassung: dBGBl. 1998 II S. 1210.

[412] Siehe CD/1864.

[413] Siehe S/1995/261-265.

12. *unterstreicht*, dass in Artikel IV des Vertrags das unveräußerliche Recht der Vertragsparteien anerkannt wird, unter Wahrung der Gleichbehandlung und in Übereinstimmung mit den Artikeln I und II die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln, und verweist in diesem Zusammenhang auf Artikel III des Vertrags und Artikel II der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation[414];

13. *fordert* die Staaten *auf*, strengere einzelstaatliche Kontrollen für die Ausfuhr sensibler Güter und Technologien des Kernbrennstoffkreislaufs zu beschließen;

14. *unterstützt* die Arbeit der Internationalen Atomenergie-Organisation an multilateralen Ansätzen für den Kernbrennstoffkreislauf, einschließlich Garantien der Versorgung mit Kernbrennstoffen und damit verbundener Maßnahmen, als wirksames Mittel, um dem wachsenden Bedarf an Kernbrennstoffen und Kernbrennstoff-Dienstleistungen zu entsprechen und die Gefahr der Verbreitung weitestgehend zu verringern, und fordert den Gouverneursrat der Organisation nachdrücklich auf, sich so bald wie möglich auf Maßnahmen zu diesem Zweck zu einigen;

15. *bekräftigt*, dass wirksame Sicherungsmaßnahmen der Organisation unabdingbar sind, um die Verbreitung von Kernwaffen zu verhüten und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und

a) fordert in dieser Hinsicht alle Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragsparteien des Vertrags sind und die noch kein umfassendes Sicherungsabkommen oder modifiziertes Protokoll betreffend geringe Mengen in Kraft gesetzt haben, auf, dies umgehend zu tun,

b) fordert alle Staaten auf, ein Zusatzprotokoll zu unterzeichnen, zu ratifizieren und durchzuführen, das zusammen mit den umfassenden Sicherungsabkommen ein wesentliches Element des Sicherungssystems der Organisation darstellt,

c) betont, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die Organisation weiterhin alle erforderlichen Ressourcen und die notwendige Autorität hat, um die deklarierte Nutzung von Kernmaterial und Kernanlagen und die Abwesenheit nichtdeklarierter Tätigkeiten zu überprüfen, und wie wichtig es ist, dass die Organisation dem Rat gegebenenfalls entsprechend Bericht erstattet;

16. *legt* den Staaten *nahe*, der Organisation die erforderliche Zusammenarbeit zu gewähren, damit sie überprüfen kann, ob ein Staat seinen Sicherungsverpflichtungen nachkommt, und bekräftigt die Entschlossenheit des Rates, die diesbezüglichen Anstrengungen der Organisation im Einklang mit seinen Befugnissen nach der Charta der Vereinten Nationen zu unterstützen;

17. *verpflichtet sich*, sich mit jeder Mitteilung des Rücktritts eines Staates von dem Vertrag umgehend zu befassen, namentlich mit den Ereignissen, die in der von dem Staat nach Artikel X des Vertrags gegebenen Darlegung beschrieben werden, vermerkt gleichzeitig, dass derzeit im Zuge der Überprüfung des Vertrags Erörterungen über die Festlegung von Modalitäten für eine kollektive Reaktion der Vertragsstaaten des Vertrags auf eine Mitteilung des Rücktritts geführt werden, und bekräftigt, dass ein Staat nach dem Völkerrecht für vor seinem Rücktritt begangene Verstöße gegen den Vertrag verantwortlich bleibt;

18. *legt* den Staaten *nahe*, als Voraussetzung für nukleare Ausfuhren die Zustimmung des Empfängerstaats dazu zu verlangen, dass, falls er sein Sicherungsabkommen kündigt, von ihm zurücktritt oder nach Feststellung des Gouverneursrats der Organisation nicht einhält, der Lieferstaat das Recht hat, die Rückgabe des Kernmaterials und der Ausrüstung, die vor der Kündigung, der Nichteinhaltung oder dem Rücktritt geliefert wurden,

[414] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 276, Nr. 3988. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1957 II S. 1357; LGBl. 1969 Nr. 44; öBGBl. Nr. 216/1957; AS 1958 505.

und jedes unter Verwendung dieses Materials oder dieser Ausrüstung hergestellten besonderen Kernmaterials zu verlangen;

19. *legt* den Staaten *außerdem nahe*, zu prüfen, ob ein Empfängerstaat ein Zusatzprotokoll auf der Grundlage des Musterzusatzprotokolls[415] unterzeichnet und ratifiziert hat, wenn sie Entscheidungen über nukleare Ausfuhren treffen;

20. *legt* den Staaten *eindringlich nahe*, als Voraussetzung für nukleare Ausfuhren die Zustimmung des Empfängerstaats dazu zu verlangen, dass, falls er sein Sicherungsabkommen mit der Organisation kündigt, die Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf jedes Kernmaterial und jede Ausrüstung, die vor der Kündigung geliefert wurden, und auf jedes unter Verwendung dieses Materials oder dieser Ausrüstung hergestellte besondere Kernmaterial weiter gelten;

21. *fordert* zum weltweiten Beitritt zu dem Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial[408] und seiner Änderung von 2005[409] und zu dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen[410] *auf*;

22. *begrüßt* die vom Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004) im März 2009 abgegebenen Empfehlungen, die bestehenden Finanzierungsmechanismen wirksamer zu nutzen, namentlich die Einrichtung eines freiwilligen Fonds zu prüfen, und bekräftigt seine Entschlossenheit, die vollständige Durchführung der Resolution 1540 (2004) durch die Mitgliedstaaten zu fördern, indem er für die wirksame und nachhaltige Unterstützung der Tätigkeit des Ausschusses sorgt;

23. *bekräftigt*, dass die Resolution 1540 (2004) von den Mitgliedstaaten vollständig durchgeführt werden muss, und fordert mit dem Ziel, den Zugang zu Massenvernichtungswaffen, dazugehörigen Materialien und ihren Trägersystemen durch nichtstaatliche Akteure, wie in der genannten Resolution definiert, oder eine diesbezügliche Unterstützung und Finanzierung zu verhüten, die Mitgliedstaaten dazu auf, aktiv mit dem Ausschuss und der Organisation zusammenzuarbeiten, namentlich indem sie diesen auf Ersuchen Hilfe zur Durchführung der Bestimmungen der Resolution 1540 (2004) gewähren, begrüßt in diesem Zusammenhang die bevorstehende umfassende Überprüfung des Standes der Durchführung der Resolution 1540 (2004) mit dem Ziel, ihre Wirksamkeit zu erhöhen, und fordert alle Staaten auf, an dieser Überprüfung aktiv mitzuwirken;

24. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, bewährte Verfahren im Hinblick auf verbesserte Sicherheitsnormen und Verfahren der nuklearen Sicherheit auszutauschen und die Normen der nuklearen Sicherheit anzuheben, um die Gefahr des Nuklearterrorismus zu verringern, mit dem Ziel, alle nicht ausreichend gesicherten Kernmaterialien innerhalb von vier Jahren gegen derartige Gefahren abzusichern;

25. *fordert* alle Staaten *auf*, die Nutzung von hochangereichertem Uran für zivile Zwecke verantwortungsvoll zu handhaben und auf das technisch und wirtschaftlich mögliche Mindestmaß zu beschränken, namentlich indem sie darauf hinarbeiten, Forschungsreaktoren und Prozesse der Radioisotopenproduktion auf die Nutzung von Brennstoffen und Targets mit niedrig angereichertem Uran umzustellen;

26. *fordert* alle Staaten *außerdem auf*, ihre einzelstaatlichen Kapazitäten zur Aufdeckung, Abschreckung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kernmaterial in ihrem gesamten Hoheitsgebiet zu verbessern, und fordert die Staaten, die dazu in der Lage sind, auf, in dieser Hinsicht auf den Ausbau internationaler Partnerschaften und den Aufbau von Kapazitäten hinzuarbeiten;

[415] International Atomic Energy Agency, Dokument INFCIRC/540 (Corrected).

27. *fordert* alle Staaten *nachdrücklich auf*, nach Maßgabe ihrer nationalen Befugnisse und Rechtsvorschriften und im Einklang mit dem Völkerrecht alle geeigneten einzelstaatlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzierung der Verbreitung und einschlägige Lieferungen zu verhüten, die Ausfuhrkontrollen zu verstärken, sensibles Material abzusichern und den Zugang zu immateriellen Technologietransfers zu kontrollieren;

28. *erklärt seine Entschlossenheit*, alle Situationen genau zu überwachen, die die Verbreitung von Kernwaffen, ihren Trägersystemen oder dazugehörigem Material beinhalten, namentlich an oder durch nichtstaatliche Akteure, wie in Resolution 1540 (2004) definiert, und gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gewährleisten;

29. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 6191. Sitzung einstimmig verabschiedet.

B. Interkultureller Dialog für Frieden und Sicherheit

Beschluss

Auf seiner 6322. Sitzung am 26. Mai 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Interkultureller Dialog für Frieden und Sicherheit

Schreiben des Ständigen Vertreters Libanons bei den Vereinten Nationen vom 19. Mai 2010 an den Generalsekretär (S/2010/248).“

C. Optimaler Einsatz der Instrumente der vorbeugenden Diplomatie: Perspektiven und Herausforderungen in Afrika

Beschlüsse

Auf seiner 6360. Sitzung am 16. Juli 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Algeriens, Australiens, Benins, Botsuanas, Burkina Fasos, Deutschlands, Gambias, Ghanas, Kanadas, Kenias, Marokkos, Pakistans, der Republik Korea, Senegals, Sierra Leones, Südafrikas (Ministerin für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit) und der Vereinigten Republik Tansania gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Optimaler Einsatz der Instrumente der vorbeugenden Diplomatie: Perspektiven und Herausforderungen in Afrika

Schreiben der Ständigen Vertreterin Nigerias bei den Vereinten Nationen vom 9. Juli 2010 an den Generalsekretär (S/2010/371)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Frau Sarah Cliffe, die Sonderbeauftragte und Direktorin für den Weltentwicklungsbericht der Weltbank über Konflikte, Sicherheit und Entwicklung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 13. Juli 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[416]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. Der Rat verweist auf die Artikel 33 und 34 der Charta und bekräftigt sein Eintreten für die Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und die Förderung der notwendigen Präventivmaßnahmen, um Streitigkeiten oder Situationen zu begegnen, deren Fortdauer die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte.

Der Rat erinnert daran, dass die Verhütung von Konflikten nach wie vor eine der Hauptverantwortungen der Mitgliedstaaten ist. Demzufolge müssen die von den Institutionen der Vereinten Nationen im Rahmen der Konfliktprävention ergriffenen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, die Rolle der nationalen Regierungen auf diesem Gebiet zu unterstützen und gegebenenfalls zu ergänzen.

Der Rat stellt fest, dass er im Einklang mit seinen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit bestrebt ist, in allen Stadien des Konfliktzyklus eingeschaltet zu bleiben und weiter nach Möglichkeiten zu suchen, um eine Eskalation von Streitigkeiten zu bewaffneten Konflikten oder einen Rückfall in einen bewaffneten Konflikt zu verhindern, und erinnert daran, dass nach den Artikeln 99 und 35 der Charta der Generalsekretär beziehungsweise jeder Mitgliedstaat die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Angelegenheit lenken kann, die geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden.

Der Rat erinnert daran, dass Frühwarnung, vorbeugende Diplomatie, vorbeugende Einsätze, Vermittlung, konkrete Abrüstungsmaßnahmen und die Friedenskonsolidierung nach Konflikten miteinander verflochtene und einander ergänzende Bestandteile einer umfassenden Konfliktverhütungsstrategie sind. Der Rat stellt fest, wie wichtig die Schaffung und Wahrung des Friedens durch einen alle Seiten einschließenden Dialog, Aussöhnung und Wiedereingliederung ist.

Der Rat bekräftigt die wichtige Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung und wiederholt seine Aufforderung, im Einklang mit den Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009) und 1889 (2009) dafür zu sorgen, dass Frauen an den Anstrengungen auf dem Gebiet der vorbeugenden Diplomatie und an allen Entscheidungsprozessen im Hinblick auf die Konfliktbeilegung und die Friedenskonsolidierung vermehrt gleichgestellt teilhaben, dabei vertreten sind und in vollem Umfang daran mitwirken.

Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig eine umfassende Strategie zur Verhütung bewaffneter Konflikte ist, die operative und strukturelle Maßnahmen beinhaltet, und befürwortet die Ausarbeitung von Maßnahmen, die gegen die tieferen Ursachen von Konflikten angehen und so einen dauerhaften Frieden gewährleisten. Der Rat bekräftigt, dass die Vereinten Nationen in dieser Hinsicht die zentrale Rolle spielen.

Der Rat verweist auf die früheren Erklärungen seines Präsidenten betreffend die verschiedenen Faktoren und Ursachen, die zur Schürung, Verschlimmerung oder Verlängerung von Konflikten in Afrika beitragen, insbesondere diejenigen Faktoren und Ursachen, die der Rat hervorgehoben und behandelt hat. Der Rat stellt außerdem fest, dass insbesondere im Zusammenhang mit Afrika unter anderem die Durchführung wirksamer Programme zur Reform des Sicherheitssektors, die Stärkung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, der Schutz von Zivilpersonen, die Gewähr-

[416] S/PRST/2010/14.

leistung der Rechenschaftspflicht, die Erzielung maßgeblicher Fortschritte auf dem Gebiet der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und der Armutsbekämpfung, die Unterstützung bei der Abhaltung von Wahlen und beim Aufbau demokratischer Institutionen und die wirksame Kontrolle von Kleinwaffen zu wichtigen Bestandteilen der Konfliktprävention geworden sind.

Der Rat erkennt außerdem an, dass der Bedarf der Friedenssicherungseinsätze an materiellen, personellen und finanziellen Ressourcen im Laufe des vergangenen Jahrzehnts gestiegen ist. Der Rat ist sich daher der Vorteile und Effizienzgewinne bewusst, die durch ein integriertes Konzept der vorbeugenden Diplomatie erzielt werden könnten, bei dem, ähnlich wie bei dem Methodenkonzept der Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung, die Wechselbeziehung zwischen den Aktivitäten in den Bereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund steht.

Der Rat befürwortet die Entwicklung der friedlichen Beilegung örtlich begrenzter Streitigkeiten durch regionale Abmachungen im Einklang mit Kapitel VIII der Charta und bekundet erneut seine Unterstützung für die Anstrengungen, die die regionalen und subregionalen Organisationen, insbesondere die Afrikanische Union, die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, die Ostafrikanische Gemeinschaft, die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung und die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, auf dem Gebiet der Konfliktprävention unternehmen. Der Rat ist sich bewusst, dass es einer engeren und operativeren Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen in Afrika bedarf, um die nationalen und regionalen Kapazitäten zur Nutzung der Instrumente der vorbeugenden Diplomatie wie Vermittlung, Beschaffung und Analyse von Informationen, Frühwarnung, Prävention und Friedensschaffung aufzubauen, und erkennt in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle an, die die regionalen Büros der Vereinten Nationen, beispielsweise das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika, wahrnehmen können, und hebt den wertvollen Beitrag hervor, den Vermittlungsmechanismen wie der Ältestenrat, die Gruppe der Weisen und die Guten Dienste des Generalsekretärs und seiner Sondergesandten sowie die regionalen und subregionalen Organisationen leisten, um die Kohärenz, Synergie und kollektive Wirksamkeit ihrer Bemühungen sicherzustellen.

Der Sicherheitsrat unterstreicht, wie wichtig es ist, die potenziellen und die vorhandenen Kapazitäten und Fähigkeiten des Sekretariats der Vereinten Nationen, der regionalen und subregionalen Organisationen sowie der nationalen Regierungen bei den Bemühungen auf dem Gebiet der vorbeugenden Diplomatie, einschließlich der Vermittlung, fortlaufend zu nutzen, und begrüßt die Förderung regionaler Ansätze zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten.

Der Rat bekundet ferner erneut seine Unterstützung für die Arbeit der Kommission für Friedenskonsolidierung und ist sich der Notwendigkeit einer stärkeren Abstimmung mit der Kommission bewusst. Der Rat ist sich ferner der Notwendigkeit einer größeren Kohärenz mit allen maßgeblichen Institutionen der Vereinten Nationen bewusst, um sicherzustellen, dass die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente der vorbeugenden Diplomatie so wirksam wie möglich eingesetzt werden. Der Rat erkennt die wichtige Rolle an, die den integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung dabei zukommt, die einzelstaatlichen Anstrengungen zur Verhütung von Konflikten zu unterstützen und grenzüberschreitenden Gefahren zu begegnen. Der Rat erkennt außerdem den wertvollen Beitrag an, den die Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Konfliktprävention und Konfliktlösung in Afrika weiterhin zu dem Prozess der Einbeziehung von Maßnahmen der vorbeugenden Diplomatie in das Konfliktbewältigungssystem der Organisation leistet. In diesem Zusammenhang verweist der Rat auf die Rolle des Sonderberaters des Generalsekretärs für die Verhütung

von Völkermord in Fragen betreffend die Verhütung und Beilegung von Konflikten. Der Rat unterstreicht, dass die volle Mitwirkung aller maßgeblichen Akteure, einschließlich der Zivilgesellschaft, erforderlich ist, um die Dynamik und die Perspektiven im Hinblick auf die Schaffung eines wirksamen Rahmens vorbeugender Diplomatie aufrechtzuerhalten.

Der Rat ist sich der Wichtigkeit verstärkter Bemühungen bewusst, einschließlich der Koordinierung zwischen den zuständigen bilateralen und multilateralen Gebern, um eine berechenbare, kohärente und rasche finanzielle Unterstützung für den optimalen Einsatz der Instrumente der vorbeugenden Diplomatie, einschließlich der Vermittlung, während des gesamten Konfliktzyklus zu gewährleisten.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, innerhalb von zwölf Monaten nach Verabschiedung dieser Erklärung einen Bericht vorzulegen, in dem er Empfehlungen zu der Frage abgibt, wie die Instrumente der vorbeugenden Diplomatie innerhalb des Systems der Vereinten Nationen und in Zusammenarbeit mit den regionalen und subregionalen Organisationen sowie anderen Akteuren am besten eingesetzt werden können."

DIE SITUATION IN TSCHAD, DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK UND DER SUBREGION[417]

Beschlüsse

Auf seiner 6204. Sitzung am 22. Oktober 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion

Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (S/2009/535)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Edmond Mulet, den Beigeordneten Generalsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 6283. Sitzung am 12. März 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Tschads und der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion" teilzunehmen.

Resolution 1913 (2010) vom 12. März 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Tschad, die Zentralafrikanische Republik und die Subregion, namentlich die Resolutionen 1769 (2007) vom 31. Juli 2007, 1778 (2007) vom 25. September 2007, 1834 (2008) vom 24. September 2008 und 1861 (2009) vom 14. Januar 2009,

---

[417] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

in Anbetracht der Verbalnote der Regierung Tschads vom 19. Januar 2010, ihres Schreibens vom 3. März 2010[418] und des Schreibens des Generalsekretärs vom 11. März 2010[419], aus denen hervorgeht, dass die Erörterungen über die Zukunft der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad noch im Gange sind,

feststellend, dass die Situation in der Region nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das in Resolution 1861 (2009) festgelegte Mandat der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad bis zum 15. Mai 2010 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6283. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6312. Sitzung am 12. Mai 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion

> Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (S/2010/217)“.

Resolution 1922 (2010)
vom 12. Mai 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Tschad, die Zentralafrikanische Republik und die Subregion, namentlich die Resolutionen 1769 (2007) vom 31. Juli 2007, 1778 (2007) vom 25. September 2007, 1834 (2008) vom 24. September 2008, 1861 (2009) vom 14. Januar 2009 und 1913 (2010) vom 12. März 2010,

in Anbetracht der Notwendigkeit, die im Bericht des Generalsekretärs vom 29. April 2010[420] enthaltenen Empfehlungen für ein überarbeitetes Mandat der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad eingehend zu prüfen,

feststellend, dass die Situation in der Region nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das in Resolution 1861 (2009) festgelegte und mit Resolution 1913 (2010) verlängerte Mandat der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad bis zum 26. Mai 2010 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6312. Sitzung einstimmig verabschiedet.

[418] S/2010/115.

[419] S/2010/129.

[420] S/2010/217.

Beschluss

Auf seiner 6321. Sitzung am 25. Mai 2010 beschloss der Rat, den Vertreter Tschads gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion

Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad (S/2010/217)“.

Resolution 1923 (2010)
vom 25. Mai 2010

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Tschad, die Zentralafrikanische Republik und die Subregion, namentlich die Resolutionen 1769 (2007) vom 31. Juli 2007, 1778 (2007) vom 25. September 2007, 1834 (2008) vom 24. September 2008, 1861 (2009) vom 14. Januar 2009, 1913 (2010) vom 12. März 2010 und 1922 (2010) vom 12. Mai 2010,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, Einheit, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Tschads und der Zentralafrikanischen Republik sowie zur Sache des Friedens in der Region,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis über die Auswirkungen der anhaltenden Gewalt in Darfur auf die humanitäre Lage und die Sicherheit im Osten Tschads und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik,

besorgt über die bewaffneten Aktivitäten und das Banditenwesen im Osten Tschads, im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik und im Westen Sudans, die die Sicherheit der Zivilbevölkerung, die Durchführung der humanitären Einsätze in diesen Gebieten und die Stabilität dieser Länder gefährden und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Folge haben,

es begrüßend, dass die Regierungen Tschads und Sudans am 15. Januar 2010 ein Abkommen zur Normalisierung ihrer bilateralen Beziehungen unterzeichnet haben und dass sie an ihrer gemeinsamen Grenze eine gemeinsame Truppe unter gemeinsamer Führung aufgestellt haben, um bewaffnete Elemente am Überschreiten der Grenze zu hindern und ihre kriminelle Tätigkeit einzudämmen,

betonend, dass eine ordnungsgemäße Regelung der Darfur-Frage, so auch über den Friedensprozess von Doha, die vollständige Durchführung der Abkommen von Surt und Libreville und die Bemühungen um einen nationalen politischen Dialog in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik zu dauerhaftem Frieden und dauerhafter Stabilität in der Region und zu der freiwilligen, sicheren und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen beitragen werden,

sowie betonend, wie wichtig es ist, würdevolle, dauerhafte Lösungen für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen herbeizuführen, namentlich ihre freiwillige, sichere und geordnete Rückkehr und ihre dauerhafte Wiedereingliederung,

mit dem erneuten Ausdruck seiner vollen Unterstützung für die Anstrengungen des Generalsekretärs, der Afrikanischen Union und anderer internationaler und regionaler Akteure, Lösungen für die bewaffneten Konflikte in der Region zu finden,

in Bekräftigung seiner Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seiner Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz des humanitären Personals und des Personals der Verein-

ten Nationen sowie seiner Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

sowie in Bekräftigung seiner Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 und 1882 (2009) vom 4. August 2009 über Kinder und bewaffnete Konflikte, Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte in Tschad[421] und in der Zentralafrikanischen Republik[422] und den darin enthaltenen Empfehlungen und unter Hinweis auf die von der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte verabschiedeten und vom Rat gebilligten Schlussfolgerungen über Kinder und bewaffnete Konflikte in Tschad[423] und in der Zentralafrikanischen Republik[424],

betonend, dass die Regierungen Tschads und der Zentralafrikanischen Republik die Hauptverantwortung dafür tragen, die Sicherheit der Zivilpersonen in ihrem Hoheitsgebiet unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, des Völkerrechts, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts zu gewährleisten,

eingedenk des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge[425] und seines Zusatzprotokolls vom 31. Januar 1967[426] sowie des Übereinkommens der Organisation der afrikanischen Einheit vom 10. September 1969 zur Regelung der spezifischen Aspekte der Flüchtlingsprobleme in Afrika[427] und des Übereinkommens der Afrikanischen Union vom 23. Oktober 2009 über Schutz und Hilfe für Binnenvertriebene in Afrika[428],

unter Betonung der Notwendigkeit, das Flüchtlingsvölkerrecht zu achten, den zivilen und humanitären Charakter der Flüchtlingslager und der Sammelplätze der Binnenvertriebenen zu wahren und jede Rekrutierung von Einzelpersonen, einschließlich Frauen und Kindern, die in den Lagern und Sammelplätzen oder in ihrer Umgebung von bewaffneten Gruppen durchgeführt werden könnte, zu verhindern,

in Würdigung dessen, dass die Regierung Tschads mit der logistischen, administrativen und technischen Unterstützung der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad das Détachement intégré de sécurité geschaffen hat, das zur Sicherheit der Flüchtlinge und humanitären Helfer in den wichtigsten Städten, den Flüchtlingslagern und den Sammelplätzen der Binnenvertriebenen beitragen soll, und feststellend, dass das Détachement intégré de sécurité gemeindenahe Polizeiarbeit an diesen Orten leistet und Geleitschutz für das Personal der Vereinten Nationen und die humanitären Helfer bereitstellt,

in Anerkennung der Verantwortung der tschadischen Nationalarmee für die Sicherung der Grenze und die Abwehr der Bedrohungen von außen und der Verantwortung der Gendarmerie und der nationalen Nomadengarde für die Gebietssicherung im Osten Tschads,

Kenntnis nehmend von der Verbalnote vom 15. Januar 2010, mit der die Regierung Tschads den Generalsekretär darüber unterrichtete, dass sie den Abzug der Mission aus Tschad ab dem 15. März 2010 wünsche, dem Schreiben des Ständigen Vertreters Tschads

---

[421] S/2008/532.

[422] S/2009/66.

[423] S/AC.51/2008/15.

[424] S/AC.51/2009/2.

[425] United Nations, *Treaty Series*, Vol. 189, Nr. 2545. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1953 II S. 559; LGBl. 1956 Nr. 15; öBGBl. Nr. 55/1955; AS 1955 443.

[426] Ebd., Vol. 606, Nr. 8791. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1969 II S. 1293; LGBl. 1986 Nr. 75; öBGBl. Nr. 78/1974; AS 1968 1189.

[427] Ebd., Vol. 1001, Nr. 14691.

[428] In Englisch verfügbar unter http://www.africa-union.org.

bei den Vereinten Nationen vom 3. März 2010, in dem er den Präsidenten des Sicherheitsrats darüber unterrichtete, dass seine Regierung ihr früheres Ersuchen überdacht habe[418], und den zwischen dem 15. Januar und dem 23. April 2010 zwischen der Regierung Tschads und dem Sekretariat geführten Konsultationen,

betonend, dass die Militärkomponente der Mission in geordneter Weise abgebaut und das Détachement intégré de sécurité, das Gerichts- und Strafvollzugssystem und die Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte und zur Beilegung lokaler Konflikte weiter konsolidiert und gleichzeitig die Grundlagen für ihre Tragfähigkeit nach Beendigung des Mandats der Mission geschaffen werden müssen,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs vom 29. April 2010[420] und seiner Empfehlungen für die Modalitäten der künftigen Präsenz der Mission,

feststellend, dass die Situation in der Grenzregion zwischen Sudan, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad bis zum 31. Dezember 2010 zu verlängern;

2. *nimmt Kenntnis* von der im Schreiben des Ständigen Vertreters Tschads bei den Vereinten Nationen vom 21. Mai 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[429] bekräftigten Entschlossenheit der Regierung Tschads, im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht die volle Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Zivilbevölkerung im Osten Tschads, einschließlich der Flüchtlinge, Binnenvertriebenen, Rückkehrer und Aufnahmegemeinden, insbesondere der Frauen und Kinder, sowie des Personals und des Materials der Vereinten Nationen und der humanitären Organisationen zu übernehmen, und unterstreicht, dass sich die Regierung Tschads damit verpflichtet, die folgenden Aufgaben auszuführen:

i) die Sicherheit und den Schutz von gefährdeten Zivilpersonen, insbesondere Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, zu gewährleisten;

ii) die Sicherheit im Osten Tschads zu verbessern und so die Bereitstellung der humanitären Hilfe und die Bewegungsfreiheit des humanitären Personals zu erleichtern;

iii) die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Mission und der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten;

3. *stellt fest*, dass die Regierung Tschads sich in diesem Zusammenhang verpflichtet, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht auf die Erfüllung der folgenden, in Resolution 1861 (2009) aufgeführten Kriterien betreffend den Schutz der Zivilpersonen und humanitären Helfer hinzuarbeiten:

i) die freiwillige Rückkehr und Neuansiedlung von Binnenvertriebenen unter sicheren und tragfähigen Bedingungen;

ii) die durch einen Rückgang der Zahl der Waffen, der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen belegte Demilitarisierung der Flüchtlings- und Binnenvertriebenenlager;

iii) die Verbesserung der Fähigkeit der tschadischen Behörden im Osten Tschads, einschließlich der nationalen Strafverfolgungsbehörden, der Justiz und des Strafvollzugssystems, den Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Zivilpersonen und humanitären

[429] S/2010/250.

Helfern unter Achtung der internationalen Menschenrechtsnormen die erforderliche Sicherheit zu bieten;

4. *ersucht* die Regierung Tschads und den Generalsekretär, eine gemeinsame Hochrangige Arbeitsgruppe der Regierung Tschads und der Vereinten Nationen einzusetzen, die den Auftrag hat, in monatlichen Abständen die Situation vor Ort in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen, die Maßnahmen der Regierung zur Durchführung der in Ziffer 2 genannten Aufgaben und zur Erzielung von Fortschritten bei der Erfüllung der in Ziffer 3 genannten Kriterien wie auch die Fähigkeit des Détachement intégré de sécurité zu bewerten, für Sicherheit in den Flüchtlingslagern und Sammelplätzen der Binnenvertriebenen und in ihrer Umgebung zu sorgen, Begleitschutz bereitzustellen und in Abstimmung mit der Gendarmerie und der nationalen Nomadengarde die entsprechenden Gebiete zu sichern;

5. *nimmt Kenntnis* von der Zusage der Regierung Tschads, dem Rat bis zum 31. Juli 2010 den Plan vorzulegen, an dem sie derzeit arbeitet, um das Détachement intégré de sécurité nach Beendigung der Mission aufrechtzuerhalten, wobei sie nach Bedarf über die gemeinsame hochrangige Arbeitsgruppe tätig wird;

6. *beschließt*, dass die Militärkomponente der Mission auf 2.200 Soldaten (1.900 in Tschad und 300 in der Zentralafrikanischen Republik) und 25 Verbindungsoffiziere verringert wird, und beschließt ferner, dass der Mission bis zu 300 Polizisten sowie Zivilpersonal in angemessener Zahl angehören sollen;

7. *fordert* den Generalsekretär *auf*, die Durchführung der ersten Phase des Abzugs der überzähligen Soldaten bis zum 15. Juli 2010 und den endgültigen Abzug der verbleibenden Soldaten ab dem 15. Oktober 2010 zu veranlassen, und fordert den Generalsekretär ferner auf, dafür zu sorgen, dass der Abzug aller uniformierten und zivilen Komponenten der Mission, die nicht für die Liquidation der Mission erforderlich sind, bis zum 31. Dezember 2010 abgeschlossen wird;

8. *beschließt*, dass die Mission im Osten Tschads und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik in Verbindung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und gegebenenfalls in Verbindung mit dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik und unbeschadet des Mandats des Büros folgendes Mandat hat:

i) die Elemente des tschadischen Détachement intégré de sécurité auszuwählen, zu betreuen, zu überwachen, auszubilden, zu beraten und ihre Unterstützung zu erleichtern;

ii) mit der Regierung Tschads und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen Verbindung zu halten, um sie bei ihren Anstrengungen zur Verlegung der in unmittelbarer Nähe der Grenze befindlichen Flüchtlingslager zu unterstützen, und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars im Rahmen der verfügbaren Mittel und auf Kostenerstattungsbasis logistische Hilfe für diesen Zweck zu gewähren;

iii) mit der Nationalarmee, der Gendarmerie und der Polizei, der nationalen Nomadengarde, den Justizbehörden und Strafvollzugsbeamten in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik, der Regierung Sudans, der Mission der Vereinten Nationen in Sudan, dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, der multinationalen Truppe der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten in der Zentralafrikanischen Republik und der Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten Verbindung zu halten, um Informationen über Banditenwesen, Kriminalität und neu auftretende Bedrohungen der humanitären Tätigkeiten in der Region auszutauschen;

iv) die Initiativen nationaler und lokaler Behörden in Tschad zum Abbau lokaler Spannungen und zur Förderung lokaler Aussöhnungsbemühungen zu unterstützen, um das Umfeld für die Rückkehr der Binnenvertriebenen zu verbessern;

v) zur Überwachung sowie zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in Tschad beizutragen und dabei besonderes Augenmerk auf sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zu richten sowie den zuständigen Behörden Maßnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit zu empfehlen;

vi) im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Anstrengungen zur Stärkung der Kapazitäten der Regierung Tschads und der Zivilgesellschaft durch eine Schulung in internationalen Menschenrechtsnormen sowie die Bemühungen zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern durch bewaffnete Gruppen zu unterstützen;

vii) in enger Abstimmung mit den Einrichtungen der Vereinten Nationen der Regierung Tschads bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit behilflich zu sein, namentlich durch Unterstützung für eine unabhängige Richterschaft und ein gestärktes Rechtssystem;

9. *beschließt außerdem*, die Mission bis zum Beginn des endgültigen Abzugs ihres Militärpersonals am 15. Oktober 2010 zu ermächtigen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in ihrem Einsatzgebiet im Osten Tschads und in Verbindung mit der Regierung Tschads die folgenden Aufgaben zu erfüllen:

i) die Sicherheit des Personals, der Einrichtungen, der Anlagen und der Ausrüstung der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten;

ii) in der Umgebung der Standorte der Mission Lagebewusstsein zu wahren;

iii) Geleitschutz für Militärpersonal der Vereinten Nationen bereitzustellen, das Unterstützungsfunktionen wahrnimmt;

iv) Einsätze begrenzten Umfangs durchzuführen, mit dem Ziel, in Gefahr befindliches Personal der Vereinten Nationen und humanitärer Organisationen zu evakuieren;

v) Unterstützung für die medizinische Evakuierung von Personal der Vereinten Nationen zu gewähren;

10. *beschließt ferner*, die Mission unbeschadet der Ziffer 2 zu ermächtigen, im Rahmen ihrer Mittel und Fähigkeiten und nach Möglichkeit in Abstimmung mit der Regierung Tschads unmittelbar drohender Gewalt gegen Zivilpersonen in unmittelbarer Umgebung der Mission zu begegnen;

11. *beschließt*, die Mission bis zum Beginn des endgültigen Abzugs ihres Militärpersonals am 15. Oktober 2010 zu ermächtigen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in ihrem Einsatzgebiet im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik über ihre militärische Präsenz in Birao und in Verbindung mit der Regierung der Zentralafrikanischen Republik die folgenden Aufgaben zu erfüllen:

i) zur Schaffung eines sichereren Umfelds beizutragen;

ii) Einsätze begrenzten Umfangs durchzuführen, mit dem Ziel, in Gefahr befindliches Personal der Vereinten Nationen und humanitärer Organisationen zu evakuieren;

iii) das Personal, die Einrichtungen, die Anlagen und die Ausrüstung der Vereinten Nationen zu schützen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit ihres Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten;

12. *nimmt davon Kenntnis*, dass die Mission das Détachement intégré de sécurité im Einklang mit den Ziffern 64 bis 66 des Berichts des Generalsekretärs[420] auch weiterhin unterstützen wird und dass sich die Regierung Tschads verpflichtet hat, die volle Verantwortung für das Détachement intégré de sécurité zu übernehmen;

13. *begrüßt* die Absicht der Regierung Tschads und der Vereinten Nationen, ein Forum zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit einzurichten, mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Verständnis der Rollen und Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz von Zivilpersonen, dem Zugang für humanitäre Hilfe und den Vorkehrungen für die Sicherheit der humanitären Akteure zu gelangen und eine positive Wirkung auf humanitäre Initiativen und frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen zu erzielen;

14. *nimmt Kenntnis* von dem Schreiben des Ständigen Vertreters Tschads bei den Vereinten Nationen vom 21. Mai 2010, in dem auf die Entschlossenheit Tschads hingewiesen wird, das Détachement intégré de sécurité aufrechtzuerhalten, und ersucht in diesem Zusammenhang die Mission, den Bau der in den Ziffern 71 und 79 des Berichts des Generalsekretärs genannten Infrastruktur einzuleiten, in der Erwartung, dass der in Ziffer 5 dieser Resolution genannte Plan eine ausreichende Gewähr dafür bietet, dass die derzeitigen Investitionen in das Détachement intégré de sécurité nach Beendigung der Mission aufrechterhalten werden;

15. *ersucht* den Generalsekretär und die Regierungen Tschads und der Zentralafrikanischen Republik, während der gesamten Dauer des Einsatzes der Mission eng zusammenzuarbeiten, und ersucht die Regierung Tschads, alle Bestimmungen des Abkommens vom 21. März 2008 über die Rechtsstellung der Mission samt Änderung vom 15. Oktober 2009 voll zu achten und insbesondere die volle Bewegungsfreiheit der Mission, ihrer Mitglieder und ihrer Auftragnehmer sowie ihrer Fahrzeuge und Luftfahrzeuge zu gewährleisten und eine Befreiung von allen Steuern, Gebühren, Abgaben und sonstigen Zahlungen zu gewähren, wie in dem Abkommen samt Änderung vorgesehen, und zwar nicht nur während der gesamten Dauer des Mandats der Mission, sondern auch bis zu ihrer Liquidation und dem endgültigen Abzug ihres gesamten Militär- und Zivilpersonals aus Tschad;

16. *fordert* alle Mitgliedstaaten, insbesondere die an Tschad und die Zentralafrikanische Republik angrenzenden Staaten, *nachdrücklich auf*, während des genannten Zeitraums dazu beizutragen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, Verpflegung, Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen, Luftfahrzeugen und Ersatzteilen, der Mission ungehindert und ohne Verzögerung aus Tschad und der Zentralafrikanischen Republik abgezogen werden können;

17. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass das militärische Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien aktualisiert werden und in vollem Einklang mit den Bestimmungen dieser Resolution stehen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppenstellenden Ländern über sie Bericht zu erstatten;

18. *ermutigt* die Gebergemeinschaft, ihre Anstrengungen zur Deckung des Bedarfs Tschads und der Zentralafrikanischen Republik in Bezug auf humanitäre Hilfe, Wiederaufbau und Entwicklung aufrechtzuerhalten;

19. *ermutigt* die Regierungen Sudans, Tschads und der Zentralafrikanischen Republik, dafür zu sorgen, dass ihr Hoheitsgebiet nicht zur Untergrabung der Souveränität anderer genutzt wird, und zusammenzuarbeiten, um den Aktivitäten der bewaffneten Gruppen in der Region ein Ende zu setzen;

20. *begrüßt* das Abkommen von N'Djamena vom 15. Januar 2010 über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Sudan und Tschad und die früheren diesbezüglichen Abkommen und ermutigt zur aktiven Zusammenarbeit bei ihrer weiteren Durchführung, legt der Regierung Tschads nahe, die Gespräche mit den bewaffneten Gruppen fortzusetzen, verlangt, dass die bewaffneten Gruppen die Gewalt sofort einstellen, und fordert alle Parteien in Tschad beziehungsweise in der Zentralafrikanischen Republik nachdrücklich auf, das Abkommen von Surt vom 25. Oktober 2007 und das am 21. Juni 2008 in Libreville unterzeichnete umfassende Friedensabkommen zu achten und durchzuführen;

21. *legt* den Behörden und den politischen Akteuren in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik *nahe*, unter Achtung ihres Verfassungsrahmens ihre Bemühungen um einen nationalen Dialog fortzusetzen, wobei er insbesondere

i) betont, wie wichtig das am 13. August 2007 in N'Djamena unterzeichnete politische Abkommen zur Stärkung des demokratischen Prozesses in Tschad ist, die Parteien ermutigt, seine Durchführung fortzusetzen, und den von der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission veröffentlichten Zeitplan für die Wahlen begrüßt;

ii) die Regierung und alle politischen Akteure der Zentralafrikanischen Republik auffordert, die Ergebnisse des alle Seiten einschließenden politischen Dialogs vom Dezember 2008 weiter umzusetzen, auch durch den erfolgreichen Abschluss des Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozesses, und unterstreicht, dass es eines klaren Zeitplans für die Wahlen bedarf;

22. *bekräftigt* die Verpflichtung aller Parteien, die Regeln und Grundsätze des humanitären Völkerrechts uneingeschränkt anzuwenden, insbesondere soweit sie den Schutz des humanitären Personals betreffen, und ersucht außerdem alle beteiligten Parteien, dem humanitären Personal im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht sofortigen, freien und ungehinderten Zugang zu allen hilfsbedürftigen Personen zu gewähren;

23. *legt* der Mission und dem Landesteam der Vereinten Nationen *nahe*, der Regierung Tschads auch weiterhin dabei behilflich zu sein, die Einziehung von Flüchtlingen und Kindern durch bewaffnete Gruppen zu verhindern und den zivilen Charakter der Flüchtlingslager und der Sammelplätze der Binnenvertriebenen zu wahren, in Abstimmung mit dem Détachement intégré de sécurité und den humanitären Organisationen;

24. *nimmt Kenntnis* von den Maßnahmen, die die Behörden Tschads bereits ergriffen haben, um der Einziehung und dem Einsatz von Kindern durch bewaffnete Gruppen ein Ende zu setzen, ermutigt sie, ihre diesbezügliche Zusammenarbeit mit den Organen der Vereinten Nationen, insbesondere dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, fortzusetzen, und fordert alle beteiligten Parteien auf, den Schutz der Kinder zu gewährleisten;

25. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat auch weiterhin regelmäßig unterrichtet zu halten und bis zum 31. Juli, 15. Oktober und 15. Dezember 2010 Berichte über die Sicherheitslage und die humanitäre Lage, einschließlich der Bewegungen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen im Osten Tschads und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik, über die Fortschritte bei der Durchführung der einschlägigen Abkommen, über die Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der in den Ziffern 2 und 3 genannten Aufgaben und Kriterien durch die Regierung Tschads, einschließlich über die Maßnahmen zur Behebung der von der gemeinsamen Hochrangigen Arbeitsgruppe nach Ziffer 4 aufgezeigten etwaigen Mängel, und über die Durchführung des Mandats der Mission vorzulegen, und betont, dass er die Relevanz des Mandats der Mission eng im Auge behalten und dieses bei Bedarf überprüfen wird;

26. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, im Rahmen seines im Juli vorzulegenden Berichts eine Bewertung der internationalen und regionalen Optionen für die Zentralafrikanische Republik auf der Grundlage seiner Evaluierung der Folgen des Abzugs der Mission vorzunehmen;

27. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in seinem im Dezember vorzulegenden Bericht eine Bewertung der im Zusammenhang mit der Mission gewonnenen Erfahrungen vorzunehmen;

28. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6321. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschluss

Am 8. Juni 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[430]:

> „Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 3. Juni 2010 betreffend Ihre Absicht, Herrn Youssef Mahmoud (Tunesien) zu Ihrem Sonderbeauftragten für die Zentralafrikanische Republik und Tschad und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad zu ernennen[431], den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

FRIEDEN UND SICHERHEIT IN AFRIKA[432]

A. Allgemeine Fragen

Beschlüsse

Auf seiner 6206. Sitzung am 26. Oktober 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Brasiliens, Nigerias, Schwedens, Südafrikas und Tunesiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frieden und Sicherheit in Afrika

> Bericht des Generalsekretärs über die Unterstützung der von den Vereinten Nationen genehmigten Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union (S/2009/470)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Romano Prodi gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Alain Le Roy, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, und Frau Susana Malcorra, die Untergeneralsekretärin für die Unterstützung der Feldeinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Téte António, den Amtierenden Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[433]:

> „Der Sicherheitsrat erinnert an seine früheren einschlägigen Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten, in denen unterstrichen wird, wie wichtig der Aufbau wirksamer Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen, insbesondere der Afrikanischen Union, im Einklang mit der Charta

---

[430] S/2010/293.

[431] S/2010/292.

[432] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

[433] S/PRST/2009/26.

der Vereinten Nationen und den entsprechenden Satzungen der Regionalorganisationen ist.

Der Rat erklärt erneut, dass er nach der Charta die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt, und weist darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen in Fragen der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und in Übereinstimmung mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen die kollektive Sicherheit verbessern kann.

Der Rat begrüßt es, dass die Afrikanische Union und ihre subregionalen Organisationen in Übereinstimmung mit den Resolutionen und Beschlüssen des Rates fortlaufend wichtige Anstrengungen unternehmen und eine erweiterte friedenssichernde Rolle wahrnehmen, um auf dem afrikanischen Kontinent Konflikte zu verhüten, in Konflikten zu vermitteln und diese beizulegen.

Der Rat bekräftigt seine Resolution 1809 (2008), in der er die Notwendigkeit anerkennt, die Berechenbarkeit, Nachhaltigkeit und Flexibilität der Finanzierung der Regionalorganisationen zu erhöhen, wenn diese im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen Friedenssicherungsmaßnahmen durchführen.

Der Rat erklärt erneut, dass die Regionalorganisationen dafür verantwortlich sind, die benötigten personellen, finanziellen, logistischen und sonstigen Ressourcen für ihre Organisation zu beschaffen, namentlich über Beiträge ihrer Mitglieder und Unterstützung durch Geber. Der Rat spricht den Gebern seine Anerkennung für die Unterstützung aus, die sie der Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union durch spezielle Mechanismen, einschließlich der Friedensfazilität für Afrika, gewähren.

Der Rat weist darauf hin, dass er in der Erklärung seines Präsidenten vom 18. März 2009[434] den Generalsekretär ersuchte, einen Bericht vorzulegen, in dem er praktische Wege aufzeigt, wie die Afrikanische Union wirksam unterstützt werden kann, wenn sie von den Vereinten Nationen genehmigte Friedenssicherungseinsätze durchführt, und der eine ausführliche Bewertung der Empfehlungen in dem Bericht der Gruppe der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen über Modalitäten zur Unterstützung von Friedenssicherungseinsätzen der Afrikanischen Union[435] enthält, insbesondere der Empfehlungen zur Finanzierung sowie zur Einrichtung eines gemeinsamen Teams der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen. Der Rat stellt fest, dass der genannte Bericht ein wichtiger Beitrag zu den allgemeinen Bemühungen ist, die Kapazität der Afrikanischen Union bei der Durchführung von Friedenssicherungseinsätzen auszubauen.

Der Rat nimmt mit Anerkennung Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs über die Unterstützung der von den Vereinten Nationen genehmigten Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union[436].

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig es ist, eine wirksamere strategische Beziehung zwischen dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und dem Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union sowie zwischen dem Sekretariat der Vereinten Nationen und der Kommission der Afrikanischen Union herzustellen. Der Sicherheitsrat befürwortet einen weiteren Ausbau der regelmäßigen Interaktion, Koordinierung und Konsultation zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen

[434] S/PRST/2009/3.

[435] Siehe S/2008/813.

[436] S/2009/470.

Union in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse. Der Rat nimmt Kenntnis von den laufenden Bemühungen des Sekretariats und der Kommission in dieser Hinsicht.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, in enger Abstimmung mit anderen internationalen Partnern die Durchführung des Zehnjahresprogramms der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union von 2006 zum Aufbau von Kapazitäten für die Afrikanische Union mit dem Schwerpunkt auf Frieden und Sicherheit zu beschleunigen, insbesondere die Herstellung der Einsatzbereitschaft der Bereitschaftstruppe der Afrikanischen Union und die Inbetriebnahme des Kontinentalen Frühwarnsystems. Der Rat unterstützt die laufenden Anstrengungen zur Stärkung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur und fordert die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Geber, erneut auf, die von ihnen eingegangenen und in dem Ergebnis des Weltgipfels 2005[437] bestätigten Verpflichtungen zu erfüllen.

Der Rat erkennt an, dass die Afrikanische Union mit der Durchführung von Friedenssicherungseinsätzen, die der Rat genehmigt hat, in einer mit Kapitel VIII der Charta vereinbaren Weise zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beiträgt.

Der Rat nimmt Kenntnis von der in dem Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Bewertung der Optionen für die Finanzierung der vom Sicherheitsrat genehmigten Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union und bekundet seine Absicht, alle Optionen weiter zu prüfen.

Der Rat stellt fest, dass die Afrikanische Union ihre institutionellen Kapazitäten ausbauen muss, um Friedenssicherungseinsätze wirksam planen, verwalten und durchführen zu können. Der Rat fordert in dieser Hinsicht die Afrikanische Union auf, im Zusammenhang mit der Erarbeitung ihres Strategischen Plans für 2009-2012 und in Abstimmung mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Partnern einen langfristigen, umfassenden Plan für den Aufbau von Kapazitäten zu erstellen.

Der Rat unterstreicht, dass die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union in enger Abstimmung mit anderen internationalen Partnern aus den Erfahrungen lernen müssen, die sich aus den Modulen für leichte und schwere Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Sudan, aus dem Logistikmodul für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia sowie aus der Zusammenarbeit im Rahmen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia ergeben.

Der Rat begrüßt die Absicht des Sekretariats der Vereinten Nationen und der Kommission der Afrikanischen Union, eine gemeinsame Arbeitsgruppe für Frieden und Sicherheit zur Prüfung unmittelbarer und langfristiger strategischer und operativer Fragen einzurichten.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, den Rat bis zum 26. April 2010 über den aktuellen Stand der Dinge zu informieren und spätestens am 26. Oktober 2010 einen Fortschrittsbericht vorzulegen.“

B. Dschibuti und Eritrea

Beschluss

Auf seiner 6254. Sitzung am 23. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Äthiopiens, Dschibutis und Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Ge-

[437] Siehe Resolution 60/1 der Generalversammlung.

schäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Frieden und Sicherheit in Afrika“ teilzunehmen.

Resolution 1907 (2009)
vom 23. Dezember 2009

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Somalia und die Grenzstreitigkeit zwischen Dschibuti und Eritrea, insbesondere die Resolutionen 751 (1992) vom 24. April 1992, 1844 (2008) vom 20. November 2008 und 1862 (2009) vom 14. Januar 2009, sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 12. Juni 2008[438] und vom 15. Mai[439] und 9. Juli 2009[440],

in Bekräftigung seiner Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias, Dschibutis und Eritreas,

feststellend, wie wichtig es ist, die Grenzstreitigkeit zwischen Dschibuti und Eritrea beizulegen,

bekräftigend, dass das Abkommen und der Friedensprozess von Dschibuti die Grundlage für eine Beilegung des Konflikts in Somalia bilden, und ferner in Bekräftigung seiner Unterstützung für die Übergangs-Bundesregierung,

im Hinblick auf den auf der dreizehnten Versammlung der Afrikanischen Union vom 1. bis 3. Juli 2009 in Surt (Libysch-Arabische Dschamahirija) verabschiedeten Beschluss, mit dem der Sicherheitsrat aufgefordert wurde, Sanktionen gegen ausländische Akteure, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Region, insbesondere Eritrea, zu verhängen, die den bewaffneten Gruppen, die destabilisierende Aktivitäten in Somalia durchführen, Unterstützung gewähren und die die Friedens- und Aussöhnungsbemühungen sowie die regionale Stabilität untergraben,

sowie im Hinblick auf den Beschluss der dreizehnten Versammlung der Afrikanischen Union, mit dem sie ihre ernste Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass hinsichtlich der Durchführung der die Grenzstreitigkeit zwischen Dschibuti und Eritrea betreffenden Resolution 1862 (2009) durch Eritrea keinerlei Fortschritte erzielt wurden,

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis darüber, dass die mit Resolution 1853 (2008) vom 19. Dezember 2008 wiedereingesetzte Überwachungsgruppe für Somalia in ihrem Bericht vom 10. Dezember 2008[441] festgestellt hat, dass Eritrea bewaffneten Gruppen, die den Frieden und die Aussöhnung in Somalia und die regionale Stabilität untergraben, politische, finanzielle und logistische Unterstützung gewährt hat,

unter Verurteilung aller bewaffneten Angriffe auf Amtsträger und Einrichtungen der Übergangs-Bundesregierung, die Zivilbevölkerung, humanitäre Helfer und Personal der Mission der Afrikanischen Union in Somalia,

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die Ablehnung des Abkommens von Dschibuti durch Eritrea, die aus dem Schreiben des Ständigen Vertreters Eritreas bei den Vereinten Nationen vom 19. Mai 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[442] hervorgeht,

[438] S/PRST/2008/20.

[439] S/PRST/2009/15.

[440] S/PRST/2009/19.

[441] Siehe S/2008/769.

[442] S/2009/256.

unter Hinweis auf seine Resolution 1844 (2008), in der er beschloss, Maßnahmen gegen Personen oder Einrichtungen zu verhängen, von denen festgestellt wird, dass sie an Handlungen beteiligt waren oder Handlungen unterstützt haben, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in Somalia bedrohen, dass sie unter Verstoß gegen das Waffenembargo gehandelt oder die Versorgung Somalias mit humanitärer Hilfe behindert haben,

mit dem Ausdruck seines Dankes für den Beitrag der Mission der Afrikanischen Union in Somalia zur Stabilität Somalias und ferner mit dem Ausdruck seines Dankes für das fortgesetzte Engagement der Regierungen Burundis und Ugandas zugunsten der Mission,

erneut seine Absicht bekundend, Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die den Friedensprozess von Dschibuti zu verhindern oder zu blockieren suchen,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis darüber, dass Eritrea seine Streitkräfte nicht zurückgezogen hat, um den Status quo ante wiederherzustellen, wie vom Rat in seiner Resolution 1862 (2009) und in der Erklärung seines Präsidenten vom 12. Juni 2008 gefordert,

mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis darüber, dass Eritrea sich bislang geweigert hat, einen Dialog mit Dschibuti zu führen oder bilaterale Kontakte, Vermittlungsbemühungen oder eine Moderation durch subregionale oder regionale Organisationen zu akzeptieren oder positiv auf die Bemühungen des Generalsekretärs zu reagieren,

Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 30. März 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[443] und den späteren Unterrichtungen durch das Sekretariat über den Konflikt zwischen Dschibuti und Eritrea,

feststellend, dass Dschibuti seine Streitkräfte auf die Stellungen des Status quo ante zurückgezogen hat und mit allen Beteiligten, einschließlich der Ermittlungsmission der Vereinten Nationen und der Gute-Dienste-Missionen des Generalsekretärs, uneingeschränkt zusammengearbeitet hat,

feststellend, dass die den Frieden und die Aussöhnung in Somalia untergrabenden Handlungen Eritreas sowie die Streitigkeit zwischen Dschibuti und Eritrea eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *erklärt erneut*, dass alle Mitgliedstaaten, einschließlich Eritreas, das mit Ziffer 5 der Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992 verhängte und mit den Resolutionen 1356 (2001) vom 19. Juni 2001, 1425 (2002) vom 22. Juli 2002, 1725 (2006) vom 6. Dezember 2006, 1744 (2007) vom 20. Februar 2007 und 1772 (2007) vom 20. August 2007 über Somalia weiter ausgeführte und geänderte Waffenembargo und die Bestimmungen der Resolution 1844 (2008) voll einzuhalten haben;

2. *fordert* alle Mitgliedstaaten, einschließlich Eritreas, *auf*, den Friedensprozess von Dschibuti und die Aussöhnungsbemühungen der Übergangs-Bundesregierung in Somalia zu unterstützen, und verlangt, dass Eritrea alle Versuche einstellt, die Übergangs-Bundesregierung zu destabilisieren oder direkt oder indirekt zu stürzen;

3. *verlangt erneut*, dass Eritrea sofort die Resolution 1862 (2009) befolgt und

i) seine Streitkräfte und ihre gesamte Ausrüstung auf die Stellungen des Status quo ante zurückzieht und sicherstellt, dass in dem Gebiet in Ras Doumeira und auf der Insel Doumeira, in dem der Konflikt im Juni 2008 auftrat, keine militärische Präsenz besteht und keine militärischen Aktivitäten durchgeführt werden;

[443] S/2009/163.

ii) das Bestehen der Grenzstreitigkeit mit Dschibuti in Ras Doumeira und auf der Insel Doumeira anerkennt, einen aktiven Dialog führt, um die Spannungen abzubauen, und außerdem diplomatische Anstrengungen unternimmt, die zu einer gegenseitig annehmbaren Regelung der Grenzfrage führen;

iii) seinen internationalen Verpflichtungen als Mitglied der Vereinten Nationen nachkommt, die in Artikel 2 Absätze 3, 4 und 5 und in Artikel 33 der Charta der Vereinten Nationen genannten Grundsätze achtet und mit dem Generalsekretär uneingeschränkt zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen des in Ziffer 3 der Resolution 1862 (2009) genannten Angebots Guter Dienste;

4. *verlangt*, dass Eritrea Informationen über die seit den Zusammenstößen vom 10. bis 12. Juni 2008 vermissten dschibutischen Kombattanten verfügbar macht, damit diejenigen, die daran interessiert sind, Aufschluss über den Aufenthaltsort und Zustand der dschibutischen Kriegsgefangenen erhalten;

5. *beschließt*, dass alle Mitgliedstaaten sofort die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Verkauf oder die Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art an Eritrea, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben, sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe, Ausbildung, finanzieller und anderer Hilfe im Zusammenhang mit den militärischen Aktivitäten oder mit der Bereitstellung, der Herstellung, der Wartung oder dem Einsatz dieser Artikel, gleichviel ob sie ihren Ursprung in ihrem Hoheitsgebiet haben oder nicht, durch ihre Staatsangehörigen oder von ihrem Hoheitsgebiet aus oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen zu verhindern;

6. *beschließt außerdem*, dass Eritrea keine Rüstungsgüter oder sonstiges Wehrmaterial aus seinem Hoheitsgebiet oder durch seine Staatsangehörigen oder unter Benutzung von seine Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen, sei es auf direktem oder indirektem Weg, liefern, verkaufen oder weitergeben darf und dass alle Mitgliedstaaten die Beschaffung der in Ziffer 5 genannten Artikel, Ausbildung und Hilfe, gleichviel ob sie ihren Ursprung im Hoheitsgebiet Eritreas haben oder nicht, von Eritrea durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen untersagen;

7. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, nach Maßgabe ihrer nationalen Befugnisse und Rechtsvorschriften und im Einklang mit dem Völkerrecht in ihrem Hoheitsgebiet, einschließlich ihrer Seehäfen und Flughäfen, alle Ladungen auf dem Weg nach oder aus Somalia und Eritrea zu überprüfen, falls der betreffende Staat über Informationen verfügt, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass die Ladung Artikel enthält, deren Lieferung, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 5 und 6 dieser Resolution oder nach dem gemäß Ziffer 5 der Resolution 733 (1992) verhängten und in späteren Resolutionen weiter ausgeführten und geänderten allgemeinen und vollständigen Waffenembargo verboten ist, zu dem Zweck, die strikte Einhaltung der genannten Bestimmungen zu gewährleisten;

8. *beschließt*, alle Mitgliedstaaten zu ermächtigen, von ihnen entdeckte Artikel, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 5 und 6 dieser Resolution verboten ist, zu beschlagnahmen und zu entsorgen (entweder durch Vernichtung oder Unbrauchbarmachung), und dass alle Mitgliedstaaten gehalten sind, so zu verfahren, und beschließt ferner, dass alle Mitgliedstaaten bei diesen Anstrengungen zusammenarbeiten;

9. *verpflichtet* jeden Mitgliedstaat, der Artikel findet, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach den Ziffern 5 und 6 dieser Resolution verboten ist, dem gemäß Resolution 751 (1992) eingerichteten und mit Resolution 1844 (2008) erweiterten Ausschuss des Sicherheitsrats (im Folgenden „der Ausschuss“) rasch einen Bericht mit den

maßgeblichen Einzelheiten, einschließlich der zur Beschlagnahme und Entsorgung der Artikel unternommenen Schritte, vorzulegen;

10. *beschließt*, dass alle Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass Personen, die von dem Ausschuss gemäß den Kriterien in Ziffer 15 benannt werden, in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen, wobei kein Staat durch diese Bestimmung verpflichtet wird, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern;

11. *beschließt außerdem*, dass die mit Ziffer 10 verhängten Maßnahmen keine Anwendung finden,

a) wenn der Ausschuss von Fall zu Fall bestimmt, dass eine Reise aus humanitären Gründen, einschließlich religiöser Verpflichtungen, gerechtfertigt ist, oder

b) wenn der Ausschuss von Fall zu Fall bestimmt, dass eine Ausnahme die Ziele des Friedens und der Stabilität in der Region auf andere Weise fördern würde;

12. *beschließt ferner*, dass alle Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass durch ihre Staatsangehörigen oder von ihrem Hoheitsgebiet aus oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen an die von dem Ausschuss gemäß Ziffer 15 benannten Personen oder Einrichtungen Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben, direkt oder indirekt geliefert, verkauft oder weitergegeben werden und dass ihnen technische Hilfe oder Ausbildung, finanzielle und andere Hilfe, einschließlich Investitions-, Makler- oder sonstiger Finanzdienstleistungen, im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten oder mit der Lieferung, dem Verkauf, der Weitergabe, der Herstellung, der Wartung oder dem Einsatz von Waffen und militärischem Gerät direkt oder indirekt bereitgestellt werden;

13. *beschließt*, dass alle Mitgliedstaaten unverzüglich die sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Resolution oder zu einem späteren Zeitpunkt in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen einfrieren, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der gemäß Ziffer 15 von dem Ausschuss benannten Einrichtungen und Personen oder von in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handelnden Personen oder Einrichtungen stehen, und beschließt ferner, dass alle Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen oder Einrichtungen innerhalb ihres Hoheitsgebiets den genannten Personen oder Einrichtungen keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen oder zugute kommen lassen;

14. *beschließt außerdem*, dass die mit Ziffer 13 verhängten Maßnahmen nicht für Gelder, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen gelten, die nach Feststellung der betreffenden Mitgliedstaaten

a) für grundlegende Ausgaben erforderlich sind, namentlich für die Bezahlung von Nahrungsmitteln, Mieten oder Hypotheken, Medikamenten und medizinischer Behandlung, Steuern, Versicherungsprämien und Gebühren öffentlicher Versorgungseinrichtungen, oder ausschließlich der Bezahlung angemessener Honorare und der Rückerstattung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Bereitstellung rechtlicher Dienste oder der Bezahlung von Gebühren oder Kosten, im Einklang mit innerstaatlichen Rechtsvorschriften, für die routinemäßige Verwahrung oder Verwaltung eingefrorener Gelder, anderer finanzieller Vermögenswerte und wirtschaftlicher Ressourcen dienen, sofern der betreffende Mitgliedstaat dem Ausschuss seine Absicht mitgeteilt hat, gegebenenfalls den Zugang zu diesen Geldern, anderen finanziellen Vermögenswerten oder wirtschaftlichen Ressourcen zu genehmigen, und der Ausschuss innerhalb von drei Arbeitstagen nach einer solchen Mitteilung keine ablehnende Entscheidung getroffen hat;

b) für außerordentliche Ausgaben erforderlich sind, vorausgesetzt, dass diese Feststellung dem Ausschuss von dem oder den betreffenden Mitgliedstaaten mitgeteilt und von dem Ausschuss gebilligt wurde, oder

c) Gegenstand eines Pfandrechts oder einer Entscheidung eines Gerichts, einer Verwaltungsstelle oder eines Schiedsgerichts sind, in welchem Fall die Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen für die Erfüllung von Forderungen aus diesem Pfandrecht oder dieser Entscheidung verwendet werden können, vorausgesetzt, das Pfandrecht oder die Entscheidung entstand beziehungsweise erging vor dem Datum dieser Resolution, begünstigt nicht eine gemäß Ziffer 15 benannte Person oder Einrichtung und wurde dem Ausschuss durch den/die betreffenden Mitgliedstaaten mitgeteilt;

15. *beschließt ferner*, dass Ziffer 10 auf Personen Anwendung findet, insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, die politischen und militärischen Führer Eritreas, und die Ziffern 12 und 13 auf Personen und Einrichtungen Anwendung finden, insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, die politischen und militärischen Führer Eritreas, staatliche und halbstaatliche Einrichtungen sowie Einrichtungen im Privatbesitz eritreischer Staatsangehöriger, die innerhalb oder außerhalb des eritreischen Hoheitsgebiets leben, die von dem Ausschuss benannt werden, weil sie

a) gegen die mit den Ziffern 5 und 6 verhängten Maßnahmen verstoßen;

b) von Eritrea aus bewaffnete Oppositionsgruppen unterstützen, die das Ziel verfolgen, die Region zu destabilisieren;

c) die Durchführung der Resolution 1862 (2009) betreffend Dschibuti behindern;

d) Personen oder Gruppen Unterschlupf gewähren, sie finanzieren, fördern, unterstützen, organisieren, ausbilden oder aufstacheln zu dem Zweck, gewaltsame oder terroristische Handlungen gegen andere Staaten oder deren Staatsangehörige in der Region zu begehen;

e) die Untersuchungen oder die Arbeit der Überwachungsgruppe für Somalia behindern;

16. *verlangt*, dass alle Mitgliedstaaten, insbesondere Eritrea, aufhören, bewaffnete Gruppen und ihre Mitglieder, darunter die Al-Shabaab, die das Ziel verfolgen, die Region zu destabilisieren oder Gewalt und interne Konflikte in Dschibuti zu schüren, zu bewaffnen, auszubilden und auszurüsten;

17. *verlangt außerdem*, dass Eritrea aufhört, Personen oder Einrichtungen, die von dem Ausschuss und den anderen Sanktionsausschüssen, insbesondere dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999), im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen benannt wurden, Reisetätigkeiten zu erleichtern und andere Formen finanzieller Unterstützung zu gewähren;

18. *beschließt*, das Mandat des Ausschusses um die folgenden zusätzlichen Aufgaben zu erweitern:

a) mit Unterstützung der Überwachungsgruppe die Durchführung der mit den Ziffern 5, 6, 8, 10, 12 und 13 verhängten Maßnahmen zu überwachen;

b) gemäß den in Ziffer 15 festgelegten Kriterien die Personen oder Einrichtungen zu benennen, die den mit den Ziffern 10, 12 und 13 verhängten Maßnahmen unterliegen;

c) Anträge auf Ausnahmen nach den Ziffern 11 und 14 zu prüfen und darüber zu entscheiden;

d) die Richtlinien des Ausschusses zu aktualisieren, um seinen zusätzlichen Aufgaben Rechnung zu tragen;

19. *beschließt außerdem*, das Mandat der mit Resolution 1853 (2008) wiedereingesetzten Überwachungsgruppe zu erweitern, indem er sie beauftragt, die Durchführung der mit dieser Resolution verhängten Maßnahmen zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten sowie die nachstehend beschriebenen Aufgaben durchzuführen, und ersucht den Generalsekretär, die entsprechenden Vorkehrungen zur Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und Mitarbeiter zu treffen, damit die erweiterte Überwachungsgruppe ihr Mandat auch weiterhin durchführen und darüber hinaus die folgenden Aufgaben wahrnehmen kann:

a) dem Ausschuss bei der Überwachung der Durchführung der mit den Ziffern 5, 6, 8, 10, 12 und 13 verhängten Maßnahmen behilflich zu sein, namentlich indem sie ihm alle Informationen über Verstöße übermittelt;

b) alle für die Durchführung der Ziffern 16 und 17 sachdienlichen Informationen zu prüfen, die dem Ausschuss zur Kenntnis gebracht werden sollen;

c) in ihre Berichte an den Sicherheitsrat alle Informationen aufzunehmen, die für den Ausschuss bei der Benennung der in Ziffer 15 beschriebenen Personen und Einrichtungen sachdienlich sein könnten;

d) sich bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben gegebenenfalls mit den Sachverständigengruppen der anderen Sanktionsausschüsse abzustimmen;

20. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, dem Rat innerhalb von einhundertzwanzig Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung der in den Ziffern 5, 6, 10, 12 und 13 festgelegten Maßnahmen unternommen haben;

21. *bekräftigt*, dass er das Handeln Eritreas weiter verfolgen wird und dass er bereit sein wird, die Maßnahmen im Lichte der Befolgung der Bestimmungen dieser Resolution durch Eritrea anzupassen, indem er sie stärkt, modifiziert oder aufhebt;

22. *ersucht* den Generalsekretär, innerhalb von einhundertachtzig Tagen über die Befolgung der Bestimmungen dieser Resolution durch Eritrea Bericht zu erstatten;

23. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 6254. Sitzung mit 13 Stimmen bei einer Gegenstimme (Libysch-Arabische Dschamahirija) und einer Enthaltung (China) verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 6316. Sitzung am 19. Mai 2010 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Dschibutis (Präsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Frieden und Sicherheit in Afrika“ teilzunehmen.

Auf seiner 6362. Sitzung am 20. Juli 2010 beschloss der Rat, die Vertreter Dschibutis, Eritreas und Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frieden und Sicherheit in Afrika

Bericht des Generalsekretärs über Eritrea (S/2010/327)

Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) betreffend Somalia und Eritrea vom 12. Juli 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/372)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn B. Lynn Pascoe, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

C. Drogenhandel als Bedrohung der internationalen Sicherheit

Beschlüsse

Auf seiner 6233. Sitzung am 8. Dezember 2009 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Algeriens, Argentiniens, Boliviens (Plurinationaler Staat), Bosnien und Herzegowinas, Brasiliens, Côte d'Ivoires, Ghanas, Irans (Islamische Republik), Italiens, Kap Verdes, Kolumbiens, Luxemburgs, Malis, Marokkos, Nigerias, Perus, Schwedens, Senegals und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frieden und Sicherheit in Afrika

Drogenhandel als Bedrohung der internationalen Sicherheit

Schreiben des Ständigen Vertreters Burkina Fasos bei den Vereinten Nationen vom 30. November 2009 an den Generalsekretär (S/2009/615)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Antonio Maria Costa, den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Ugandas bei den Vereinten Nationen vom 4. Dezember 2009, Herrn Téte António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, aufgrund des an den Ratspräsidenten gerichteten Antrags des Ständigen Vertreters Burkina Fasos bei den Vereinten Nationen vom 7. Dezember 2009, Frau Adrienne Yandé Diop, die Kommissarin für menschliche Entwicklung und Geschlechterfragen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[444]:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

Der Rat nimmt mit Besorgnis Kenntnis von den ernsten Bedrohungen, die vom Drogenhandel und der damit zusammenhängenden grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in einigen Fällen für die internationale Sicherheit in verschiedenen Regionen der Welt, namentlich in Afrika, ausgehen. Auch die in einigen Fällen festzustellende zunehmende Verbindung zwischen dem Drogenhandel und der Finanzierung des Terrorismus gibt Anlass zu wachsender Besorgnis.

Der Rat betont, wie wichtig es ist, die transregionale und internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des weltweiten Drogenproblems und der damit zusammenhängenden kriminellen Aktivitäten auf der Grundlage einer gemeinsamen und ge-

[444] S/PRST/2009/32.

teilten Verantwortung zu stärken und die einschlägigen nationalen, subregionalen und regionalen Organisationen und Mechanismen, auch im Hinblick auf die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, zu unterstützen.

Der Rat erkennt an, wie wichtig die Maßnahmen sind, die die Generalversammlung, der Wirtschafts- und Sozialrat, die Suchtstoffkommission, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und andere zuständige Organe und Organisationen der Vereinten Nationen ergriffen haben, um den zahlreichen Sicherheitsrisiken zu begegnen, die durch den Drogenhandel in vielen Ländern und Regionen, namentlich in Afrika, entstanden sind. Der Sicherheitsrat ermutigt sie, weitere Maßnahmen in dieser Hinsicht zu ergreifen.

Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, die Koordinierung der Maßnahmen der Vereinten Nationen, einschließlich der Zusammenarbeit mit der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL), zu stärken, um die Wirksamkeit der internationalen Anstrengungen im Kampf gegen den Drogenhandel auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu steigern und diese globale Herausforderung in umfassenderer Weise im Einklang mit dem Grundsatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung anzugehen.

Der Rat bekräftigt und würdigt in dieser Hinsicht die wichtige Arbeit, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen leistet, und betont, dass angemessene Kapazitäten gebraucht werden, um die nationalen Anstrengungen zu unterstützen.

Der Rat bittet den Generalsekretär, zu erwägen, die Frage des Drogenhandels als einen Faktor in die Konfliktverhütungsstrategien, die Konfliktanalyse, die Planung und Bewertung integrierter Missionen und die Unterstützung der Friedenskonsolidierung zu integrieren.

Der Rat ermutigt die Staaten, ihren Verpflichtungen zur Bekämpfung des Drogenhandels und anderer Formen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität nachzukommen, den Beitritt zu den einschlägigen internationalen Übereinkünften, insbesondere den drei Suchtstoffübereinkommen der Vereinten Nationen[445], zu erwägen und gegen die für Drogenhandel und damit zusammenhängende Verbrechen verantwortlichen Personen und Einrichtungen zu ermitteln und sie gegebenenfalls strafrechtlich zu verfolgen, unter Achtung der internationalen Menschenrechtsnormen und der Normen eines ordnungsgemäßen Verfahrens.

Der Rat erkennt den wichtigen Beitrag an, den die Staaten und die regionalen und subregionalen Organisationen zum Vorgehen gegen den Drogenhandel in allen seinen Aspekten leisten, und ermutigt sie, bewährte Verfahren sowie Informationen über Drogenhändlerringe auszutauschen.

Der Rat erkennt außerdem den wichtigen Beitrag an, den die Zivilgesellschaft und andere Interessenträger zum umfassenden Vorgehen gegen den Drogenhandel leisten.

---

[445] Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe in der durch das Protokoll von 1972 geänderten Fassung (United Nations, *Treaty Series*, Vol. 976, Nr. 14152. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1977 II S. 111; 1980 II S. 1405; 1981 II S. 378; 1985 II S. 1103; LGBl. 1980 Nr. 37; 1999 Nr. 234; öBGBl. Nr. 531/1978; AS 2005 371), Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe (United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1019, Nr. 14956. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1976 II S. 1477; LGBl. 2000 Nr. 6; öBGBl. III Nr. 148/1997; AS 1996 1752) und Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1582, Nr. 27627. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1993 II S. 1136; LGBl. 2007 Nr. 64; öBGBl. III Nr. 154/1997; AS 2006 531).

Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft und das System der Vereinten Nationen auf, ihre Zusammenarbeit mit den regionalen und subregionalen Organisationen im Kampf gegen den Drogenhandel, namentlich in Afrika, zu stärken.

Der Rat fordert den Generalsekretär auf, gegebenenfalls mehr Informationen über den Drogenhandel und damit zusammenhängende Fragen in Fällen vorzulegen, in denen davon eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ausgeht oder eine solche Bedrohung verschärft werden könnte."

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN VEREINTEN NATIONEN UND DEN REGIONALEN UND SUBREGIONALEN ORGANISATIONEN BEI DER WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT[446]

Beschlüsse

Auf seiner 6257. Sitzung am 13. Januar 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Schreiben des Ständigen Vertreters Chinas bei den Vereinten Nationen vom 4. Januar 2010 an den Generalsekretär (S/2010/9)".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Amre Moussa, den Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten, Herrn Ramtane Lamamra, den Kommissar für Frieden und Sicherheit der Kommission der Afrikanischen Union, Herrn Le Luong Minh, den Ständigen Vertreter Vietnams bei den Vereinten Nationen im Namen des Verbands Südostasiatischer Nationen, Herrn Nikolai Bordyuzha, den Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Herrn Pedro Serrano, den Amtierenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, Herrn Claudio Bisogniero, den Stellvertretenden Generalsekretär der Nordatlantikvertrags-Organisation, Herrn Victor Rico Frontaura, den Sekretär für politische Angelegenheiten der Organisation der amerikanischen Staaten, Herrn Ekmeleddin İhsanoğlu, den Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, Herrn Oleksandr Pavlyuk, den Leiter der Abteilung für externe Zusammenarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Herrn Gary Quinlan, den Ständigen Vertreter Australiens bei den Vereinten Nationen im Namen des Pazifikinsel-Forums, und Herrn Muratbek Sansyzbayevich Imanaliyev, den Generalsekretär der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[447]:

„Der Sicherheitsrat erinnert an seine früheren einschlägigen Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten, in denen unterstrichen wird, wie wichtig der Aufbau wirksamer Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen im Einklang mit der Charta der Vereinten

---

[446] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

[447] S/PRST/2010/1.

Nationen und den entsprechenden Satzungen der regionalen und subregionalen Organisationen ist.

Der Rat weist auf die Ziele und Grundsätze der Charta hin, erklärt erneut, dass er nach der Charta die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt, und weist ferner darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen in Fragen der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, in Übereinstimmung mit Kapitel VIII der Charta, die kollektive Sicherheit verbessern kann.

Der Rat bekundet seine Absicht, weitere Schritte zur Förderung einer engeren und stärker auf operativer Ebene angesiedelten Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen auf den Gebieten der Konfliktfrühwarnung und Konfliktverhütung sowie der Friedensschaffung, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung zu prüfen und die Kohärenz, Synergie und kollektive Wirksamkeit der entfalteten Bemühungen sicherzustellen. In diesem Zusammenhang begrüßt er die bereits bestehenden soliden Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen.

Der Rat würdigt die fortlaufenden Bemühungen und Beiträge des Sekretariats zur Festigung der Partnerschaften mit den regionalen und subregionalen Organisationen und begrüßt die am 11. und 12. Januar 2010 abgehaltene Klausurtagung des Generalsekretärs mit den Leitern regionaler und anderer Organisationen. Der Rat bekundet seine Absicht, künftig informelle interaktive Dialoge mit den regionalen und subregionalen Organisationen zu führen.

Der Rat bekräftigt sein Eintreten für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und erkennt an, dass die regionalen und subregionalen Organisationen einen wichtigen Beitrag zur friedlichen Beilegung örtlich begrenzter Streitigkeiten und zur vorbeugenden Diplomatie leisten, da sie sich in einer guten Ausgangsposition befinden, um die tieferen Ursachen vieler Konflikte und anderer Sicherheitsprobleme zu verstehen. Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, die diesbezüglich vorhandenen und potenziellen Kapazitäten der regionalen und subregionalen Organisationen zu nutzen, namentlich indem die Länder der betreffenden Region ermutigt werden, ihre Streitigkeiten durch Dialog, Aussöhnung, Konsultation, Verhandlung, Gute Dienste, Vermittlung und gerichtliche Entscheidung friedlich beizulegen. Der Rat ist entschlossen, die Unterstützung der Vereinten Nationen für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten durch die Verbesserung des Zusammenwirkens und der Kooperation mit den regionalen und subregionalen Organisationen zu verstärken.

Der Rat bittet das Sekretariat und alle regionalen und subregionalen Organisationen, die über Kapazitäten zur Friedenssicherung verfügen, ihre Arbeitsbeziehungen auszubauen und weiter zu untersuchen, wie ihre Zusammenarbeit besser zur Erfüllung der Mandate und Ziele der Vereinten Nationen beitragen könnte, um einen kohärenten Rahmen für die Friedenssicherung zu gewährleisten. Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die regionalen und subregionalen Organisationen ihre Kapazitäten auf dem Gebiet der Friedenssicherung ausbauen, und wie wertvoll die internationale Unterstützung für ihre Bemühungen ist, insbesondere zugunsten der Afrikanischen Union im Rahmen des 2006 zwischen der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen vereinbarten Zehnjahresprogramms zum Aufbau von Kapazitäten für die Afrikanische Union.

Der Rat anerkennt die Rolle, die die regionalen und subregionalen Organisationen nach Konflikten bei den Prozessen der Friedenskonsolidierung, der Wiederherstellung, des Wiederaufbaus und der Entwicklung wahrnehmen können, und bekräftigt die Bedeutung des Zusammenwirkens und der Kooperation zwischen der Kommission für Friedenskonsolidierung und den regionalen und subregionalen Organisa-

tionen. Der Rat ermutigt die Kommission, weiter in enger Abstimmung mit den regionalen und subregionalen Organisationen zu arbeiten, um kohärentere und besser integrierte Strategien für die Friedenskonsolidierung und die Wiederherstellung nach Konflikten zu gewährleisten.

Der Rat ist sich der Notwendigkeit bewusst, mit den regionalen und subregionalen Organisationen eng zusammenarbeiten, soweit angebracht, damit seine Resolutionen, einschließlich der Resolutionen zu thematischen Fragen, die auf ein breites Spektrum von Konfliktsituationen anwendbar sind, auf kohärente und wirksame Weise durchgeführt werden.

Der Rat ermutigt das Sekretariat und die regionalen und subregionalen Organisationen, weiter Möglichkeiten des Austauschs von Informationen über ihre jeweiligen Kapazitäten und die gewonnenen Erfahrungen auf dem Gebiet der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu erkunden und auch weiterhin bewährte Praktiken zusammenzustellen, insbesondere im Bereich der Vermittlung, der Guten Dienste und der Friedenssicherung. Der Rat ermutigt außerdem die regionalen und subregionalen Organisationen, diesbezüglich die Zusammenarbeit und den Dialog untereinander zu verstärken."

Auf seiner 6306. Sitzung am 4. Mai 2010 behandelte der Rat den Punkt

„Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Europäische Union".

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Baronin Ashton, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

ERSUCHEN PAKISTANS UM DIE EINSETZUNG EINER UNTERSUCHUNGSKOMMISSION IM ZUSAMMENHANG MIT DER ERMORDUNG DER EHEMALIGEN PREMIERMINISTERIN MOHTARMA BENAZIR BHUTTO[448]

Beschluss

Am 6. Januar 2010 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär[449]:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 30. Dezember 2009 betreffend die Verlängerung des Mandatszeitraums der Kommission zur Untersuchung des Hergangs und der Umstände der Ermordung der ehemaligen Premierministerin Pakistans, Mohtarma Benazir Bhutto, um weitere drei Monate[450] den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Information und der darin geäußerten Absicht Kenntnis."

---

[448] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Juli 2009 verabschiedet.

[449] S/2010/8.

[450] S/2010/7.

SCHREIBEN DER STÄNDIGEN VERTRETERIN BRASILIENS BEI DEN VEREINTEN NATIONEN VOM 22. SEPTEMBER 2009 AN DEN PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS

Beschluss

Auf seiner 6192. Sitzung am 25. September 2009 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Brasiliens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben der Ständigen Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen vom 22. September 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2009/487)“ teilzunehmen.

SCHREIBEN DES STÄNDIGEN VERTRETERS DER REPUBLIK KOREA BEI DEN VEREINTEN NATIONEN VOM 4. JUNI 2010 AN DEN PRÄSIDENTEN DES SICHERHEITSRATS UND ANDERE EINSCHLÄGIGE SCHREIBEN

Beschlüsse

Auf seiner 6355. Sitzung am 9. Juli 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Schreiben des Ständigen Vertreters der Republik Korea bei den Vereinten Nationen vom 4. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/281) und andere einschlägige Schreiben“.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab[451]:

> „Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Ständigen Vertreters der Republik Korea bei den Vereinten Nationen vom 4. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[452] und dem Schreiben des Ständigen Vertreters der Demokratischen Volksrepublik Korea bei den Vereinten Nationen vom 8. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats[453].
>
> Der Rat missbilligt den Angriff vom 26. März 2010, der zum Untergang des Kriegsschiffs *Cheonan* der Republik Korea und zum tragischen Verlust von 46 Menschenleben führte.
>
> Der Rat stellt fest, dass ein solcher Vorfall den Frieden und die Sicherheit in der Region und darüber hinaus gefährdet.
>
> Der Rat beklagt, dass Menschen getötet und verletzt wurden, spricht den Opfern und ihren Angehörigen sowie dem Volk und der Regierung der Republik Korea sein tiefes Mitgefühl und Beileid aus und fordert, dass gegen diejenigen, die für den Vorfall verantwortlich sind, geeignete und friedliche Maßnahmen mit dem Ziel der friedlichen Beilegung der Frage im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und allen sonstigen einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts ergriffen werden.
>
> In Anbetracht dessen, dass die von der Republik Korea geleitete Gemeinsame zivil-militärische Untersuchungsgruppe unter Beteiligung von fünf Staaten zu dem Schluss gekommen ist, dass die Demokratische Volksrepublik Korea für die Versenkung der *Cheonan* verantwortlich ist, verleiht der Rat seiner tiefen Besorgnis Ausdruck.

---

[451] S/PRST/2010/13.

[452] S/2010/281.

[453] S/2010/294.

Der Rat nimmt Kenntnis von den Reaktionen der anderen maßgeblichen Parteien, namentlich der Demokratischen Volksrepublik Korea, die erklärt hat, dass sie nichts mit dem Vorfall zu tun hatte.

Der Rat verurteilt daher den Angriff, der zum Untergang der *Cheonan* führte.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, weitere derartige Angriffe oder Feindseligkeiten gegenüber der Republik Korea oder in der Region zu verhindern.

Der Rat begrüßt die von der Republik Korea gezeigte Zurückhaltung und betont, wie wichtig die Wahrung des Friedens und der Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien insgesamt ist.

Der Rat fordert zur uneingeschränkten Einhaltung des koreanischen Waffenstillstandsabkommens[454] auf und befürwortet die Regelung der noch offenen Fragen auf der koreanischen Halbinsel mit friedlichen Mitteln, damit baldmöglichst ein direkter Dialog und direkte Verhandlungen über geeignete Kanäle wiederaufgenommen und so Konflikte vermieden und eine Eskalation abgewendet werden können.

Der Rat bekräftigt, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten die Ziele und Grundsätze der Charta hochhalten.“

---

[454] Siehe S/3079.

Teil II. Weitere vom Sicherheitsrat behandelte Fragen

DOKUMENTATION, ARBEITSMETHODEN UND VERFAHREN DES SICHERHEITSRATS

A. Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/507)

Beschluss

Auf seiner 6300. Sitzung am 22. April 2010 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Argentiniens, Australiens, Costa Ricas, Deutschlands, Ecuadors, Finnlands, Indiens, Irans (Islamische Republik), Italiens, Jordaniens, Kanadas, Katars, Kenias, Kolumbiens, Kubas, Liechtensteins, Luxemburgs, Malaysias, Maltas, Namibias, Neuseelands, Pakistans, Perus, der Philippinen, Portugals, der Republik Korea, der Schweiz, Sierra Leones, Singapurs, der Slowakei, Sloweniens, St. Vincents und der Grenadinen, Südafrikas, der Tschechischen Republik, der Ukraine, Uruguays und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2006/507)

Schreiben des Ständigen Vertreters Japans bei den Vereinten Nationen vom 1. April 2010 an den Generalsekretär (S/2010/165)“.[455]

B. Allgemeine Fragen

Beschlüsse

Am 4. September 2009 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus[456]:

„Im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats wurde vereinbart, die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2009 zu wählen:

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1533 (2004) betreffend die Demokratische Republik Kongo

Vorsitzender: Ertuğrul Apakan (Türkei)

Costa Rica und Vietnam werden im genannten Zeitraum weiter als Stellvertretende Vorsitzende fungieren.

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006)

Vorsitzender: Ertuğrul Apakan (Türkei)

Costa Rica und die Libysch-Arabische Dschamahirija werden im genannten Zeitraum weiter als Stellvertretende Vorsitzende fungieren.“

[455] Belgien stellte einen Antrag auf Teilnahme, den es später zurückzog.

[456] S/2009/440.

Am 5. Oktober 2009 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus[457]:

„Im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats wurde vereinbart, die Vorsitzenden der folgenden Nebenorgane für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2009 zu wählen:

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus

Vorsitzender: Ranko Vilović (Kroatien)

Frankreich, die Russische Föderation und Vietnam werden im genannten Zeitraum weiter als Stellvertretende Vorsitzende fungieren.

Arbeitsgruppe nach Resolution 1566 (2004)

Vorsitzender: Ranko Vilović (Kroatien)“

Am 15. Dezember 2009 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus[458]:

„Im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats wurde vereinbart, dass die am 1. März 2002 für zunächst ein Jahr eingerichtete Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Konfliktprävention und Konfliktlösung in Afrika[459] ihre Arbeit bis zum 31. Dezember 2010 fortsetzen wird.“

Mit Schreiben vom 30. Dezember 2009 unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Generalsekretär über die Auswahl Gabuns und Mexikos für eine einjährige Amtszeit bis Ende 2010 als die beiden vom Rat gewählten Mitglieder des Organisationsausschusses der Kommission für Friedenskonsolidierung.[460]

Mit Schreiben vom 31. Dezember 2009 unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Präsidenten der Generalversammlung über die Auswahl Gabuns und Mexikos für eine einjährige Amtszeit bis Ende 2010 als die beiden vom Rat gewählten Mitglieder des Organisationsausschusses der Kommission für Friedenskonsolidierung.[461]

Am 2. März 2010 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus[462]:

„Gemäß Ziffer 4 *b*) der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 30. Oktober 1998[463] und im Anschluss an Konsultationen unter den Ratsmitgliedern wurde beschlossen, die Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der Nebenorgane für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2010 wie folgt zu wählen:

[457] S/2009/506.

[458] S/2009/650.

[459] Siehe S/2002/207.

[460] Das Schreiben, das als Dokument S/2009/678 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 250 dieses Bandes.

[461] Das Schreiben, das als Dokument S/2009/683 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 250 dieses Bandes.

[462] S/2010/2/Rev.1. Bereits am 31. Januar 2010 als Dokument S/2010/2 herausgegeben.

[463] S/1998/1016.

Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) betreffend Somalia und Eritrea[464]

Vorsitzender:	Claude Heller (Mexiko)
Stellvertretende Vorsitzende:	Libanon und Nigeria

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1132 (1997) betreffend Sierra Leone

Vorsitzender:	Nawaf Salam (Libanon)
Stellvertretende Vorsitzende:	Bosnien und Herzegowina und Brasilien

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1267 (1999) betreffend Al-Qaida und die Taliban sowie mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen

Vorsitzender:	Thomas Mayr-Harting (Österreich)
Stellvertretende Vorsitzende:	Brasilien und Russische Föderation

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus

Vorsitzender:	Ertuğrul Apakan (Türkei)
Stellvertretende Vorsitzende:	Frankreich, Gabun und Russische Föderation

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1518 (2003)

Vorsitzende:	U. Joy Ogwu (Nigeria)
Stellvertretender Vorsitzender:	Japan

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1521 (2003) betreffend Liberia

Vorsitzender:	Ivan Barbalić (Bosnien und Herzegowina)
Stellvertretende Vorsitzende:	Türkei und Uganda

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1533 (2004) betreffend die Demokratische Republik Kongo

Vorsitzende:	Maria Luiza Ribeiro Viotti (Brasilien)
Stellvertretende Vorsitzende:	Gabun und Libanon

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004)

Vorsitzender:	Claude Heller (Mexiko)
Stellvertretende Vorsitzende:	Libanon, Türkei und Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) betreffend Côte d'Ivoire

Vorsitzende:	Maria Luiza Ribeiro Viotti (Brasilien)
Stellvertretende Vorsitzende:	Österreich und Uganda

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1591 (2005) betreffend Sudan

Vorsitzender:	Thomas Mayr-Harting (Österreich)
Stellvertretende Vorsitzende:	Bosnien und Herzegowina und Mexiko

[464] Am 2. März 2010 änderte der Sicherheitsrat den Namen des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 751 (1992) betreffend Somalia in „Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) betreffend Somalia und Eritrea".

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1636 (2005)

Vorsitzender:	Emmanuel Issoze-Ngondet (Gabun)
Stellvertretende Vorsitzende:	Bosnien und Herzegowina und Österreich

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006)

Vorsitzender:	Ertuğrul Apakan (Türkei)
Stellvertretende Vorsitzende:	Libanon und Nigeria

Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)

Vorsitzender:	Yukio Takasu (Japan)
Stellvertretender Vorsitzender:	Nigeria

Arbeitsgruppe für Friedenssicherungseinsätze

Vorsitzender:	Yukio Takasu (Japan)

Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Konfliktprävention und Konfliktlösung in Afrika

Vorsitzender:	Ruhakana Rugunda (Uganda)

Arbeitsgruppe nach Resolution 1566 (2004)

Vorsitzender:	Ertuğrul Apakan (Türkei)

Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte

Vorsitzender:	Claude Heller (Mexiko)

Informelle Arbeitsgruppe für Dokumentation und andere Verfahrensfragen

Vorsitzender:	Yukio Takasu (Japan)

Informelle Arbeitsgruppe für die internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe

Vorsitzender:	Thomas Mayr-Harting (Österreich)“

Am 26. Juli 2010 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus[465]:

„1. In dem Bestreben, die Effizienz und Transparenz der Tätigkeit des Sicherheitsrats sowie das Zusammenwirken und den Dialog mit Nichtmitgliedern des Rates zu stärken, sind die Mitglieder des Rates entschlossen, die in der Anlage zu dieser Mitteilung beschriebenen Maßnahmen durchzuführen.

2. Die Anlage ist als knappe und nutzerfreundliche Übersicht über aktuelle Verfahrensweisen und neu vereinbarte Maßnahmen gedacht, die dem Rat als Orientierungshilfe für seine Arbeit dienen soll. In diesem Sinn wurden in die Übersicht auch einige bereits früher beschlossene Maßnahmen aufgenommen.

3. Diese Mitteilung umfasst, ergänzt und ersetzt die Mitteilungen des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 19. Juli 2006[466], 19. Dezember 2007[467] und 31. Dezember 2008[468].

[465] S/2010/507.

[466] S/2006/507.

[467] S/2007/749.

[468] S/2008/847.

4. In Fragen, die in dieser Mitteilung nicht erwähnt werden, sind für die die Sanktionsausschüsse betreffenden Arbeitsmethoden auch künftig die von den einzelnen Sanktionsausschüssen beschlossenen Arbeitsmethoden und die in der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 7. Februar 2006[469] aufgeführten Mitteilungen und Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats maßgebend. In Fragen, die in dieser Mitteilung nicht erwähnt werden, ist für die das Zusammenwirken mit den truppen- und polizeistellenden Ländern betreffenden Arbeitsmethoden auch künftig die Resolution 1353 (2001) des Rates maßgebend.

5. Die Ratsmitglieder werden die Erörterung der Dokumentation des Rates und anderer Verfahrensfragen in der Informellen Arbeitsgruppe für Dokumentation und andere Verfahrensfragen sowie in anderen Nebenorganen des Rates fortsetzen. Diese Mitteilung bezieht sich nur auf die Tätigkeit der genannten Arbeitsgruppe.

Anlage

Inhalt

		Ziffern
I.	Tagesordnung	1-2
II.	Unterrichtungen	3-9
III.	Dokumentation	10-19
IV.	Informelle Konsultationen	20-27
V.	Sitzungen	28-37
VI.	Arbeitsprogramm	38-41
VII.	Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten	42-45
VIII.	Nebenorgane	46-50
IX.	Angelegenheiten, mit denen der Rat befasst ist	51-58
X.	Kommunikation mit dem Sekretariat und mit Dritten	59-65
XI.	Missionen des Sicherheitsrats	66-69
XII.	Jahresbericht	70-75
XIII.	Neu gewählte Mitglieder	76-78

I. Tagesordnung

1. Die vorläufige Tagesordnung für offizielle Sitzungen des Sicherheitsrats soll im *Journal of the United Nations* veröffentlicht werden, sofern sie zuvor im Zuge informeller Konsultationen genehmigt wurde.

2. Die Ratsmitglieder erinnern daran, dass es wünschenswert ist, bei der erstmaligen Annahme eines Tagesordnungspunkts diesem nach Möglichkeit einen deskriptiven Titel zu geben, um zu vermeiden, dass es zu demselben Thema mehrere gesonderte Tagesordnungspunkte gibt. Wenn es einen solchen deskriptiven Titel gibt, kann erwogen werden, frühere Tagesordnungspunkte zu demselben Thema unter diesem deskriptiven Titel zusammenzufassen.

[469] S/2006/78.

II. Unterrichtungen

3. Die Mitglieder des Sicherheitsrats kommen überein, dass der Ratspräsident oder sein Vertreter zeitnahe, sachbezogene und ausführliche Unterrichtungen für die Mitgliedstaaten abhalten soll. Diese Unterrichtungen sollen kurz nach den informellen Plenarkonsultationen abgehalten werden. Die Ratsmitglieder legen dem Ratspräsidenten nahe, gegebenenfalls den anwesenden Mitgliedstaaten den Wortlaut der Erklärungen, die er im Anschluss an die informellen Konsultationen gegenüber den Medien abgibt, zur Verfügung zu stellen.

4. Die Ratsmitglieder legen dem Ratspräsidenten nahe, nach Annahme des Arbeitsprogramms durch den Rat eine allen Mitgliedstaaten offenstehende informelle Unterrichtung darüber abzuhalten.

5. Die Ratsmitglieder bitten die Vorsitzenden der Nebenorgane des Rates beziehungsweise ihre Vertreter, gegebenenfalls für interessierte Mitgliedstaaten regelmäßig informelle Unterrichtungen über ihre Tätigkeit abzuhalten. Die Ratsmitglieder vereinbaren, die Zeit und den Ort solcher Unterrichtungen im *Journal of the United Nations* zu veröffentlichen.

6. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, auch weiterhin zu erwägen, das Sekretariat um die Abhaltung von speziellen Unterrichtungen in Sitzungen des Rates zu ersuchen, wenn sich eine Situation abzeichnet, die eine solche Unterrichtung rechtfertigt.

7. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, das Sekretariat zu ersuchen, erforderlichenfalls täglich spezielle Unterrichtungen im Rahmen informeller Konsultationen abzuhalten, wenn eine Situation dies rechtfertigt.

8. Die Ratsmitglieder bitten das Sekretariat, seine Praxis, bei Unterrichtungen den Wortlaut zu verteilen, beizubehalten.

9. Die Ratsmitglieder bitten das Sekretariat, ihnen in der Regel und soweit möglich an dem den Konsultationen vorausgehenden Tag eine gedruckte Kurzinformation, Präsentationsunterlagen und/oder alle sonstigen einschlägigen Unterlagen zukommen zu lassen, wenn Unterrichtungen im Konsultationssaal des Rates nicht auf der Grundlage eines schriftlichen Berichts erfolgen.

III. Dokumentation

10. Die Mitglieder des Sicherheitsrats beabsichtigen, sich verstärkt darum zu bemühen, gegebenenfalls den Mitgliedstaaten sowie anderen Organisationen Beschlüsse und sonstige einschlägige Informationen des Rates und seiner Nebenorgane mittels Korrespondenz, Webseiten, Öffentlichkeitsarbeit und anderer Maßnahmen bekanntzugeben. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, auch weiterhin Möglichkeiten zur Verstärkung der diesbezüglichen Tätigkeit des Rates zu prüfen. Die Ratsmitglieder legen den Nebenorganen des Rates nahe, gegebenenfalls die Regelungen betreffend den Zugang zu ihren Dokumenten auch weiterhin regelmäßig zu überprüfen.

11. Die Ratsmitglieder kommen überein, dass Berichte des Generalsekretärs mindestens vier Arbeitstage vor ihrer geplanten Erörterung durch den Rat an die Ratsmitglieder verteilt und in allen Amtssprachen der Vereinten Nationen verfügbar gemacht werden sollen. Die Ratsmitglieder kommen außerdem überein, dass diese Regel auch für die Verfügbarmachung dieser Berichte für die jeweiligen Teilnehmer an den Ratssitzungen, bei denen die Berichte erörtert werden, gelten soll, einschließlich der Verteilung der Berichte über Friedenssicherungsmissionen an alle Teilnehmer an Sitzungen mit truppen- und polizeistellenden Ländern.

12. Die Ratsmitglieder kommen überein, die Festlegung eines Zeitraums von sechs Monaten als Standardberichtszeitraum zu erwägen, sofern nicht die jeweilige Situation einen kürzeren oder längeren Zeitraum nahelegt. Die Ratsmitglieder kommen

außerdem überein, bei der Verabschiedung von Resolutionen die zeitlichen Abstände für die Berichterstattung so klar wie möglich festzusetzen. Die Ratsmitglieder kommen ferner überein, um mündliche Berichte zu ersuchen und nicht die Vorlage eines schriftlichen Berichts zu verlangen, wenn die Ratsmitglieder der Auffassung sind, dass dies den Zweck zufriedenstellend erfüllen würde, und ein derartiges Ersuchen so klar wie möglich zu formulieren.

13. Die Ratsmitglieder legen dem Generalsekretär nahe, in seine Berichte einen Abschnitt mit einem Verzeichnis aller Empfehlungen aufzunehmen, wenn er dem Rat Empfehlungen zum Mandat einer Mission der Vereinten Nationen vorlegt.

14. Die Ratsmitglieder legen dem Generalsekretär nahe, seine Berichte so knapp wie möglich abzufassen und genügend Zeit vorzusehen, damit sie rechtzeitig herausgegeben werden können. Dem Sekretariat wird nahegelegt, die in den Berichten des Generalsekretärs enthaltenen Informationen zu ergänzen und zu aktualisieren, indem es im Rahmen von Unterrichtungen über die jüngsten Entwicklungen informiert.

15. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, den Generalsekretär zu ersuchen, in seine Berichte gegebenenfalls politische Grundsatzempfehlungen für langfristige Strategien aufzunehmen.

16. In den Berichten des Generalsekretärs wird neben dem Datum der Unterzeichnung durch den Generalsekretär auch das Datum angegeben, an dem das jeweilige Dokument in Papier- und elektronischer Form verteilt wird.

17. Der Rat kommt überein, mit anderen Organen der Vereinten Nationen bei der Synchronisierung von Berichtspflichten des Sekretariats zum gleichen Thema gegebenenfalls zusammenzuarbeiten, wobei er der wirksamen Tätigkeit des Rates Vorrang einräumen wird.

18. Die Ratsmitglieder ersuchen das Sekretariat, den Rat jeweils gegen Monatsende über den Stand der im darauffolgenden Monat herauszugebenden Berichte des Generalsekretärs zu unterrichten. Die Ratsmitglieder ersuchen das Sekretariat außerdem, es dem Rat umgehend mitzuteilen, wenn Berichtsfristen voraussichtlich nicht eingehalten werden können oder wenn vom Rat nicht angeforderte Berichte veröffentlicht werden sollen.

19. Die Ratsmitglieder legen dem Sekretariat nahe, dafür zu sorgen, dass alle den Ratsmitgliedern zugehenden Informationen elektronisch, einschließlich per Fax, übermittelt werden.

IV. Informelle Konsultationen

20. Die Mitglieder des Sicherheitsrats legen dem Ratspräsidenten nahe, mindestens einen Tag vor Abhaltung der nächsten informellen Ratskonsultationen im Wege von Beratungen mit interessierten Mitgliedern und/oder gegebenenfalls dem Sekretariat einige Schwerpunktbereiche zur Behandlung durch die Ratsmitglieder und das Sekretariat vorzuschlagen, ohne die Absicht, dadurch den Diskussionsrahmen vorzuschreiben.

21. Die Ratsmitglieder kommen überein, dass bei Unterrichtungen der Ratsmitglieder durch leitende Sekretariatsbedienstete die Zahl der sie bei den Konsultationen begleitenden Bediensteten auf das absolute Mindestmaß beschränkt werden soll. Sofern nichts anderes beschlossen wird, werden Sekretariatsbedienstete aus anderen Bereichen als dem, dem die mit der Unterrichtung beauftragte Person angehört, oder aus Einrichtungen der Vereinten Nationen in der Regel nicht zur Teilnahme an den Konsultationen eingeladen. Sofern nichts anderes beschlossen wird, ist die Abteilung Angelegenheiten des Sicherheitsrats der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten dafür zuständig, das Büro des Sprechers des Generalsekretärs über die Angelegenheiten unterrichtet zu halten, die sein Tätigwerden erfordern könnten.

22. In der Regel dienen die einleitenden Bemerkungen oder speziellen Unterrichtungen durch Mitglieder des Sekretariats dem Zweck, die schriftlichen Berichte des Generalsekretärs zu ergänzen und zu aktualisieren oder den Ratsmitgliedern konkretere Informationen über die jüngsten Entwicklungen vor Ort vorzulegen, die in dem schriftlichen Bericht möglicherweise nicht enthalten sind. Die Ratsmitglieder legen den Angehörigen des Sekretariats nahe, sich auf die wesentlichen Punkte zu konzentrieren und die erforderlichen neuesten Informationen bereitzustellen, ohne den Inhalt der schriftlichen Berichte, die den Ratsmitgliedern bereits vorliegen, zu wiederholen.

23. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, wenn sie einem Vorredner ganz oder teilweise zustimmen, diese Zustimmung zum Ausdruck zu bringen, ohne den Inhalt zu wiederholen.

24. Die Ratsmitglieder stimmen überein, dass sich der Ratspräsident in der Regel an die festgelegte Rednerliste halten soll. Die Ratsmitglieder legen dem Präsidenten nahe, den Meinungsaustausch zu erleichtern, indem er die Teilnehmer an den Konsultationen auffordert, sich jederzeit und unabhängig von der in der Rednerliste festgelegten Reihenfolge zu Wort zu melden, wenn die Diskussion dies erfordert.

25. Die Ratsmitglieder legen den Rednern nahe, ihre Fragen nicht nur an das Sekretariat, sondern auch an andere Mitglieder zu richten.

26. Um die Konsultationen interaktiver zu gestalten, werden die Ratsmitglieder einander nicht auffordern, sich auf eine einzige Wortmeldung zu beschränken.

27. Die Ratsmitglieder bitten das Sekretariat, die Praxis beizubehalten, alle vom Generalsekretär oder von seinem Sprecher herausgegebenen Presserklärungen im Zusammenhang mit Angelegenheiten, mit denen der Rat befasst ist, zu verteilen.

V. Sitzungen

Abhaltung von Sitzungen

28. Um die Transparenz seiner Arbeit zu erhöhen, bekräftigt der Sicherheitsrat seine Entschlossenheit, mehr öffentliche Sitzungen abzuhalten, insbesondere in der Frühphase seiner Behandlung einer Angelegenheit.

29. Der Rat legt allen Teilnehmern an Ratssitzungen, sowohl seinen Mitgliedern als auch den Nichtmitgliedern, nahe, ihre Erklärungen in der Regel auf höchstens 5 Minuten zu beschränken. Der Rat legt außerdem Personen, die Unterrichtungen geben, nahe, ihre ersten Bemerkungen auf 15 Minuten zu beschränken, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

30. Der Rat legt den Teilnehmern an Ratssitzungen nahe, wenn sie dem Inhalt einer vorhergegangenen Erklärung ganz oder teilweise zustimmen, diese Zustimmung zum Ausdruck zu bringen, ohne den Inhalt zu wiederholen.

31. Der Rat stimmt darin überein, dass Nichtmitglieder, die eingeladen werden, vor dem Rat das Wort zu ergreifen und die ein direktes Interesse am Ausgang der zur Behandlung stehenden Angelegenheit haben, gegebenenfalls vor den Ratsmitgliedern das Wort ergreifen dürfen.

32. Im Einklang mit Ziffer 170 *a*) des Ergebnisses des Weltgipfels 2005[470] und Resolution 1631 (2005) des Rates kommen die Ratsmitglieder überein, die Konsultationen und die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen weiter auszuweiten, namentlich indem die maßgeblichen Organisationen gegebenenfalls zur Teilnahme an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Rates eingeladen werden.

[470] Siehe Resolution 60/1 der Generalversammlung.

33. Um sachbezogene Erörterungen mit truppen- und polizeistellenden Ländern im Einklang mit Resolution 1353 (2001) des Sicherheitsrats noch mehr zu fördern, ermutigen die Ratsmitglieder die zuständigen Offiziere und politischen Referenten jeder teilnehmenden Mission, an den Sitzungen mit den truppenstellenden Ländern teilzunehmen. Die Ratsmitglieder betonen, wie wichtig Konsultationen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern sind, namentlich die Abhaltung von Sitzungen, vorzugsweise eine Woche, bevor der Rat Mandatsverlängerungen oder -änderungen erörtert. Die Ratsmitglieder legen dem Ratspräsidenten nahe, für diese Sitzungen genügend Zeit zu veranschlagen und den anderen Ratsmitgliedern eine Zusammenfassung der Sitzungen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern zur Verfügung zu stellen, die abgehalten werden, bevor der Rat Mandatsverlängerungen oder -änderungen erörtert.

34. Die Vertreter der Staaten, die nicht Mitglieder des Rates sind und die eingeladen werden, auf seinen Sitzungen das Wort zu ergreifen, nehmen abwechselnd zur Rechten und zur Linken des Präsidenten am Ratstisch Platz, wobei dem ersten Redner der Sitz zur Rechten des Präsidenten zugewiesen wird.

Benachrichtigung

35. Die Ratsmitglieder bitten das Sekretariat, die Mitgliedstaaten nicht nur über E-Mail, sondern auch über die Website des Rates und nach Bedarf telefonisch zu benachrichtigen, wenn außerplanmäßige oder Notstandssitzungen anberaumt werden.

Sitzungsformat

36. In dem Bestreben, die Lösung einer zur Behandlung stehenden Angelegenheit weiter voranzubringen, vereinbaren die Ratsmitglieder, eine Reihe von Sitzungsmodalitäten zu verwenden, unter denen sie die für die jeweiligen Erörterungen am besten geeignete auswählen können. In Anbetracht dessen, dass ihnen die vorläufige Geschäftsordnung des Rates und ihre eigene Praxis beträchtlichen Spielraum bei der Wahl der besten Gestaltungsform ihrer Sitzungen lassen, stimmen die Ratsmitglieder überein, dass die Sitzungen des Rates wie folgt gestaltet werden könnten, ohne auf diese Formate beschränkt zu sein:

***a*) Öffentliche Sitzungen**

i) *Zweck*

Fassung von Beschlüssen und/oder Abhaltung unter anderem von Unterrichtungen und Aussprachen.

ii) *Anwesenheit und Teilnahme*

Die Anwesenheit und Teilnahme von Nichtmitgliedern des Rates bei öffentlichen Sitzungen soll mit der vorläufigen Geschäftsordnung im Einklang stehen. Die nachstehend beschriebene Praxis des Rates ist so zu verstehen, dass sie mit der vorläufigen Geschäftsordnung im Einklang steht, darf jedoch unter keinen Umständen so verstanden werden, als ersetze sie die vorläufige Geschäftsordnung oder als gelte sie an ihrer statt.

a. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das nicht Mitglied des Sicherheitsrats ist, kann die für seine Delegation vorgesehenen Plätze im Ratssaal einnehmen;

b. im Einzelfall können jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das nicht Mitglied des Sicherheitsrats ist, Angehörige des Sekretariats und andere Personen im Einklang mit den Regeln 37 oder 39 der vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme an der Erörterung eingeladen werden, namentlich auch zu dem Zweck, den Rat zu unterrichten.

iii) *Beschreibung im vorläufigen monatlichen Arbeitsprogramm*

Die Ratsmitglieder beabsichtigen, für öffentliche Sitzungen im Rahmen des vorläufigen monatlichen Arbeitsprogramms (Kalender) auch künftig die nachstehenden Sitzungsformate zu verwenden, wenn sie planen, die entsprechenden Verfahren im Allgemeinen zu beschließen:

a. ‚Öffentliche Aussprache': Unterrichtungen können, müssen jedoch nicht abgehalten werden, und die Ratsmitglieder können Erklärungen abgeben; Nichtmitglieder des Rates können auf ihr Ersuchen ebenfalls eingeladen werden, an der Erörterung teilzunehmen;

b. ‚Aussprache': Unterrichtungen können abgehalten werden, und die Ratsmitglieder können Erklärungen abgeben; Nichtmitglieder des Rates, die unmittelbar beteiligt oder betroffen sind oder die an der zur Behandlung stehenden Angelegenheit ein besonderes Interesse haben, können auf ihr Ersuchen zur Teilnahme an der Erörterung eingeladen werden;

c. ‚Unterrichtung': Unterrichtungen werden abgehalten, in deren Anschluss nur Ratsmitglieder Erklärungen abgeben dürfen;

d. ‚Beschlussfassung': Ratsmitglieder können, müssen jedoch nicht vor und/oder nach der Verabschiedung unter anderem von Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten Erklärungen abgeben; Nichtmitglieder können auf ihr Ersuchen zur Teilnahme an der Erörterung eingeladen werden.

***b*) Nichtöffentliche Sitzungen**

i) *Zweck*

Abhaltung von Erörterungen und/oder Fassung von Beschlüssen, beispielsweise Empfehlung betreffend die Ernennung des Generalsekretärs, unter Ausschluss der Öffentlichkeit oder der Presse.

ii) *Anwesenheit und Teilnahme*

Die Anwesenheit und Teilnahme von Nichtmitgliedern des Rates bei nichtöffentlichen Sitzungen soll mit der vorläufigen Geschäftsordnung im Einklang stehen. Die nachstehend beschriebene Praxis des Rates ist so zu verstehen, dass sie mit der vorläufigen Geschäftsordnung im Einklang steht, darf jedoch unter keinen Umständen so verstanden werden, als ersetze sie die vorläufige Geschäftsordnung oder als gelte sie an ihrer statt:

Im Einzelfall können jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das nicht Mitglied des Sicherheitsrats ist, Angehörige des Sekretariats und andere Personen im Einklang mit den Regeln 37 oder 39 der vorläufigen Geschäftsordnung eingeladen werden, bei der Sitzung anwesend zu sein oder an der Erörterung teilzunehmen, namentlich auch zu dem Zweck, den Rat zu unterrichten.

iii) *Beschreibung im vorläufigen monatlichen Arbeitsprogramm*

Die Ratsmitglieder beabsichtigen, für nichtöffentliche Sitzungen im Rahmen des vorläufigen monatlichen Arbeitsprogramms (Kalender) auch künftig die nachstehenden Sitzungsformate zu verwenden, wenn sie planen, die entsprechenden Verfahren im Allgemeinen zu beschließen:

a. ‚Nichtöffentliche Sitzung': Unterrichtungen oder Aussprachen können abgehalten werden, und die Ratsmitglieder können Erklärungen abgeben; jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das nicht Mitglied des Sicherheitsrats ist, Angehörige des Sekretariats und andere Personen können auf ihr Ersuchen im Einklang mit den Regeln 37 oder 39 der vorläufigen Geschäftsordnung eingela-

den werden, bei der Sitzung anwesend zu sein oder an der Erörterung teilzunehmen;

b. ‚Sitzungen mit den truppenstellenden Ländern': Unterrichtungen können abgehalten werden, und die Ratsmitglieder können Erklärungen abgeben; die in Resolution 1353 (2001) beschriebenen Parteien werden im Einklang mit der genannten Resolution eingeladen, an der Erörterung teilzunehmen.

Verteilung von Erklärungen

37. Der Wortlaut der bei den Ratssitzungen abgegebenen Erklärungen wird vom Sekretariat auf Ersuchen der die Erklärung abgebenden Delegation im Ratssaal an die Ratsmitglieder und die anderen bei der Sitzung anwesenden Mitgliedstaaten und Ständigen Beobachter bei den Vereinten Nationen verteilt. Delegationen, die um die Verteilung ihrer Erklärung ersuchen, werden gebeten, dem Sekretariat vor der Abgabe der Erklärung eine ausreichende Anzahl von Ausfertigungen (200) derselben bereitzustellen. Stellt eine Delegation dem Sekretariat eine unzureichende Anzahl von Ausfertigungen ihrer Erklärung bereit, werden diese am Ende der Sitzung außerhalb des Ratssaals ausgelegt. Die Delegationen werden ersucht, ihre Erklärungen während der Sitzung auf keine andere Art und Weise zur Verfügung zu stellen.

VI. Arbeitsprogramm

38. Die Mitglieder des Sicherheitsrats ermutigen den Ratspräsidenten, eine gestraffte vorläufige Vorschau auf das monatliche Arbeitsprogramm auf der Website des Rates zu veröffentlichen, nachdem es an die Ratsmitglieder verteilt wurde.

39. Die Vorschau soll in allen Amtssprachen mit dem Aufdruck ‚nur zur Unterrichtung/kein offizielles Dokument' zur Verfügung gestellt werden und mit folgendem Vermerk auf dem Deckblatt versehen sein:

> ‚Diese vorläufige Vorschau auf das Arbeitsprogramm des Sicherheitsrats wurde vom Sekretariat für den Ratspräsidenten erstellt. Die Vorschau umfasst insbesondere diejenigen Angelegenheiten, die aufgrund früherer Ratsbeschlüsse im Laufe des Monats möglicherweise behandelt werden. Aus dem Umstand, dass eine Angelegenheit in die Vorschau aufgenommen wurde oder nicht, kann nicht geschlossen werden, dass sie während des betreffenden Monats behandelt oder nicht behandelt wird: Das tatsächliche Arbeitsprogramm richtet sich nach der Entwicklung der Ereignisse und den Auffassungen der Mitglieder des Rates.'

40. Die Ratsmitglieder sind übereingekommen, dass das *Journal of the United Nations* jeden Monat den folgenden Hinweis enthalten soll:

> ‚Die monatliche vorläufige Vorschau wurde im Einklang mit der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 26. Juli 2010 (S/2010/507) auf der Website des Sicherheitsrats zugänglich gemacht. Exemplare der Vorschau wurden auch in den Fächern der Delegationen hinterlegt und können ab [Datum] beim Dokumentenschalter für die Delegationen abgeholt werden.'

41. Die Ratsmitglieder kommen überein, dass der Ratspräsident nach jeder Änderung des vorläufigen monatlichen Arbeitsprogramms (Kalender) und seiner Verteilung an die Ratsmitglieder dieses aktualisieren und unter entsprechender Angabe der vorgenommenen Änderungen auf der Website des Rates veröffentlichen soll.

VII. Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten

42. Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigen, dass alle Ratsmitglieder die Möglichkeit haben sollen, an der Ausarbeitung unter anderem der Resolutionen, der Erklärungen des Präsidenten und der Presseerklärungen des Rates voll mitzuwirken.

Die Ratsmitglieder bekräftigen außerdem, dass bei der Abfassung aller Dokumente, wie Resolutionen, Erklärungen des Präsidenten und Presseerklärungen, so vorgegangen werden soll, dass alle Ratsmitglieder angemessen daran mitwirken können.

43. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, auch künftig gegebenenfalls informelle Konsultationen mit allen Mitgliedern der Vereinten Nationen, insbesondere interessierten Mitgliedstaaten und namentlich Ländern, die unmittelbar beteiligt oder konkret betroffen sind, Nachbarstaaten und Ländern, die besondere Beiträge leisten können, sowie mit Regionalorganisationen und Gruppen von Freunden zu führen, wenn sie unter anderem Resolutionen, Erklärungen des Präsidenten und Presseerklärungen ausarbeiten.

44. Die Ratsmitglieder kommen überein, zu erwägen, Entwürfe von Resolutionen und von Erklärungen des Präsidenten sowie andere Dokumentenentwürfe gegebenenfalls Nichtmitgliedern des Rates zur Verfügung zu stellen, sobald diese Dokumente bei informellen Plenarkonsultationen vorgelegt werden, beziehungsweise auch früher, wenn die Urheber des Entwurfs dies genehmigen.

45. Der Ratspräsident soll auf Ersuchen der Ratsmitglieder und unbeschadet seiner Verantwortlichkeiten als Präsident die Aufmerksamkeit der Vertreter der betroffenen Mitgliedstaaten, Regionalorganisationen und regionalen Abmachungen auf einschlägige im Namen der Ratsmitglieder abgegebene Presseerklärungen des Präsidenten beziehungsweise Beschlüsse des Rates lenken. Das Sekretariat soll außerdem den Betroffenen, einschließlich der nichtstaatlichen Akteure, über die zuständigen Sonderbeauftragten, Beauftragten und Gesandten des Generalsekretärs und die Residierenden Koordinatoren der Vereinten Nationen auch künftig die Resolutionen des Rates, die Erklärungen seines Präsidenten sowie die im Namen der Ratsmitglieder abgegebenen Presseerklärungen des Ratspräsidenten zur Kenntnis bringen und dafür sorgen, dass sie umgehend weitergeleitet und möglichst weit verbreitet werden. Das Sekretariat soll ferner alle im Namen der Ratsmitglieder abgegebenen schriftlichen Presseerklärungen des Ratspräsidenten nach Freigabe durch den Präsidenten als Pressemitteilungen der Vereinten Nationen herausgeben.

VIII. Nebenorgane

46. Die Mitglieder des Sicherheitsrats legen den Vorsitzenden aller Nebenorgane nahe, dem Rat auch künftig nach Bedarf und auf alle Fälle in regelmäßigen Abständen über alle offenen Fragen Bericht zu erstatten, um vom Rat strategische Anleitung zu erhalten.

47. Die Ratsmitglieder legen den Nebenorganen des Rates nahe, die Auffassungen der Mitgliedstaaten mit hohem Interesse an ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet einzuholen. Die Ratsmitglieder legen insbesondere den Sanktionsausschüssen nahe, die Auffassungen der Mitgliedstaaten einzuholen, die von den Sanktionen besonders betroffen sind.

48. Die Ratsmitglieder legen dem Sekretariat nahe, die Nebenorgane des Rates administrativ und fachlich zu unterstützen.

49. Die Ratsmitglieder legen den Vorsitzenden der Nebenorgane des Rates nahe, gegebenenfalls den Sitzungskalender der Nebenorgane über ihre Webseiten und das *Journal of the United Nations* zu veröffentlichen.

50. Die Ratsmitglieder begrüßen die Teilnahme des Sekretariats, truppen- und polizeistellender Länder und anderer wichtiger Interessenträger an den Sitzungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Friedenssicherungseinsätze und befürworten diese Praxis mit dem Ziel, eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Rat und diesen Akteuren zu fördern.

IX. Angelegenheiten, mit denen der Rat befasst ist

51. Regel 11 der vorläufigen Geschäftsordnung des Sicherheitsrats sieht vor, dass der Generalsekretär den Vertretern im Sicherheitsrat wöchentlich eine Kurzdarstellung der Angelegenheiten, mit denen der Sicherheitsrat befasst ist, und des jeweiligen Standes der Beratungen übermittelt.

52. Die Praxis, einen Tagesordnungspunkt in die Kurzdarstellung aufzunehmen, sobald er auf einer offiziellen Sitzung des Rates angenommen wurde, wird unverändert beibehalten.

53. Zu Beginn eines jeden Jahres prüft der Rat die Kurzdarstellung, um festzustellen, ob der Rat seine Behandlung eines der aufgeführten Punkte insbesondere der im vorangegangenen Jahr erstmalig behandelten Punkte, abgeschlossen hat und ob diese Punkte infolgedessen aus der Kurzdarstellung gestrichen werden sollen. Ferner werden, mit der nachstehenden Ausnahme, auch alle Punkte gestrichen, die vom Rat in den vorangegangenen drei Kalenderjahren nicht behandelt wurden.

54. Die vom Generalsekretär im Januar jedes Jahres herausgegebene vorläufige jährliche Kurzdarstellung der Angelegenheiten, mit denen der Rat befasst ist, weist die aus der Liste zu streichenden Punkte aus. In der im März jedes Jahres herausgegebenen ersten Kurzdarstellung wird die Streichung dieser Punkte vollzogen, sofern kein Mitgliedstaat der Vereinten Nationen dem Ratspräsidenten bis Ende Februar des betreffenden Jahres mitteilt, dass er um den Verbleib eines Gegenstands in der Kurzdarstellung ersucht; in diesem Fall verbleibt der Punkt für die Dauer eines Jahres in der Kurzdarstellung, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

55. Die Streichung eines Punktes bedeutet nicht, dass dieser Punkt vom Rat nicht wieder aufgenommen werden kann, wenn er es zu einem späteren Zeitpunkt für notwendig erachtet.

56. Die Kurzdarstellung wird in zwei Abschnitte gegliedert: Ein Abschnitt enthält die Punkte, die im vorangegangenen Dreijahreszeitraum auf einer Ratssitzung behandelt wurden; ein weiterer Abschnitt enthält die Punkte, die im vorangegangenen Dreijahreszeitraum auf keiner Sitzung behandelt wurden, deren Beibehaltung der Rat jedoch auf Ersuchen eines Mitgliedstaats beschlossen hat.

57. Der Rat bestätigt erneut, dass die erste Kurzdarstellung jedes Monats eine vollständige, aktualisierte Liste der Punkte enthält, mit denen der Sicherheitsrat befasst ist. Für die dazwischenliegenden Wochen wird ein wöchentliches Addendum zu der Kurzdarstellung herausgegeben, in dem nur die Punkte aufgeführt werden, zu denen der Rat in der vorhergehenden Woche weitere Beschlüsse fasste, oder vermerkt wird, dass es in dem betreffenden Zeitraum keine Änderungen gab.

58. Der Rat bestätigt erneut, dass zu jedem in der Kurzdarstellung aufgeführten Punkt das Datum, zu dem der Rat den Punkt erstmalig auf einer offiziellen Sitzung behandelte, und das Datum der letzten offiziellen Sitzung des Rates zu diesem Punkt angegeben werden.

X. Kommunikation mit dem Sekretariat und mit Dritten

59. Die Mitglieder des Sicherheitsrats beabsichtigen, die Auffassungen der Mitgliedstaaten, die an einem Konflikt beteiligte Parteien sind, und/oder anderer interessierter und betroffener Parteien einzuholen. Zu diesem Zweck kann der Rat unter anderem, wenn öffentliche Sitzungen nicht angemessen sind, nichtöffentliche Sitzungen abhalten; in diesem Fall sind auch Einladungen im Einklang mit den Regeln 37 und 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates auszusprechen. Der Rat kann außerdem informelle Dialoge führen, wenn er dies für angemessen erachtet.

60. Die Mitglieder des Sicherheitsrats beabsichtigen, zur besseren Koordinierung der Hauptorgane der Vereinten Nationen die regelmäßige Kommunikation mit der Generalversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat fortzusetzen. Zu diesem Zweck legen die Mitglieder des Sicherheitsrats dem Ratspräsidenten nahe, auch weiterhin regelmäßige Treffen mit den Präsidenten der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats abzuhalten.

61. Die Mitglieder des Sicherheitsrats beabsichtigen außerdem, mit der Kommission für Friedenskonsolidierung in regelmäßiger Kommunikation zu stehen. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, gegebenenfalls die Vorsitzenden der landesspezifischen Konfigurationen der Kommission zu bitten, an den offiziellen Sitzungen des Rates, bei denen die das fragliche Land betreffende Situation behandelt wird, oder von Fall zu Fall an einem Meinungsaustausch im Rahmen eines informellen Dialogs teilzunehmen.

62. Den Ratsmitgliedern wird nahegelegt, rechtzeitig eine monatliche Bewertung ihrer Präsidentschaft zu erarbeiten, die von dem Ratsmitglied, das den Jahresbericht erarbeitet, verwendet werden kann.

63. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, auf bestmögliche Weise von allen verfügbaren Mechanismen je nach Bedarf Gebrauch zu machen, um dem Generalsekretär politische Orientierungen vorzugeben, namentlich mittels Dialogs, Schreiben des Präsidenten, der Verabschiedung von Resolutionen oder Erklärungen des Präsidenten oder durch alle anderen für geeignet erachteten Mittel.

64. Die Ratsmitglieder bitten über den Generalsekretär neue Sonderbeauftragte des Generalsekretärs, vor Aufnahme ihrer Amtspflichten im Rahmen neuer Mandate, einschließlich im Feld, einen Dialog mit den Ratsmitgliedern aufzunehmen, um die Auffassungen der Ratsmitglieder zu den Zielen und Mandaten einzuholen.

65. Die Ratsmitglieder beabsichtigen, Treffen nach der ‚Arria-Formel' als flexibles und informelles Forum zur Bereicherung ihrer Erörterungen einzusetzen. Zu diesem Zweck können Ratsmitglieder jeden Mitgliedstaat, jede zuständige Organisation oder Einzelpersonen formlos einladen, an informellen Treffen nach der ‚Arria-Formel' teilzunehmen. Die Ratsmitglieder kommen überein, den Einsatz solcher Treffen zu erwägen, um ihre Kontakte zur Zivilgesellschaft und zu nichtstaatlichen Organisationen, einschließlich lokaler nichtstaatlicher Organisationen, die von den Feldbüros der Vereinten Nationen vorgeschlagen werden, auszuweiten. Die Ratsmitglieder befürworten die Einleitung von Maßnahmen wie der Verlängerung von Vorlaufzeiten, der Festlegung der Themen, die von den Teilnehmern angesprochen werden könnten, und der Teilnahme über Videokonferenz.

XI. Missionen des Sicherheitsrats

66. Die Mitglieder des Sicherheitsrats unterstreichen, wie wertvoll die Missionen des Sicherheitsrats für das Verständnis und die Bewertung bestimmter Konflikte oder Situationen auf der Tagesordnung des Rates sind. Die Missionen des Rates sollen so früh wie möglich mit den an der Mission teilnehmenden Ratsmitgliedern geplant werden. Die Ratsmitglieder beauftragen jeweils ein oder mehrere Mitglieder mit der Koordinierung einer Mission.

67. Das oder die beauftragten Mitglieder erarbeiten so früh wie möglich in Abstimmung mit den Ratsmitgliedern und dem Sekretariat die Aufgabenstellung für die Mission. Die Aufgabenstellung soll einen Überblick über die Daten, den Zweck, das vorgeschlagene Programm und die Zusammensetzung der Mission geben. Die Aufgabenstellung soll als Dokument des Rates herausgegeben werden.

68. Die Ratsmitglieder legen den Missionen des Rates nahe, es auch künftig zu vermeiden, nur mit Regierungsvertretern und Vertretern von Konfliktparteien zu Ge-

sprächen zusammenzukommen, und gegebenenfalls Treffen mit lokalen Führern der Zivilgesellschaft, nichtstaatlichen Organisationen und anderen interessierten Parteien abzuhalten.

69. Nach der Rückkehr der Mission sollen das oder die beauftragten Mitglieder den Rat mündlich und/oder mit einem schriftlichen Bericht, der als Dokument des Rates herausgegeben werden soll, über die Mission unterrichten.

XII. Jahresbericht

70. Der Sicherheitsrat wird die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass sein Bericht der Generalversammlung rechtzeitig vorgelegt wird. Zu diesem Zweck

a) wird der Rat die bestehende Praxis beibehalten, wonach der Jahresbericht der Generalversammlung in einem einzigen Band vorgelegt wird. Der Berichtszeitraum erstreckt sich jeweils vom 1. August eines Jahres bis zum 31. Juli des darauffolgenden Jahres;

b) soll das Sekretariat den Ratsmitgliedern den Berichtsentwurf auch künftig spätestens am 30. September sofort nach Abschluss des Berichtszeitraums vorlegen, damit ihn der Rat rechtzeitig erörtern und verabschieden kann und die Generalversammlung den Bericht während des Hauptteils ihrer ordentlichen Tagung behandeln kann.

71. Der Bericht enthält eine Einleitung, die nach den folgenden Leitlinien zu erstellen ist:

a) Der Entwurf der Einleitung zu dem Bericht soll auch künftig unter der Leitung und Verantwortung des Ratspräsidenten für den Monat Juli jedes Kalenderjahrs erstellt und von allen aktuellen Ratsmitgliedern und den vorherigen gewählten Mitgliedern, die dem Rat während des Berichtszeitraums angehörten, gebilligt werden;

b) bei der Erarbeitung der Einleitung zu dem Bericht kann der Präsident für den Monat Juli bei Bedarf den Rat der anderen Ratsmitglieder einholen;

c) die Einleitung zu dem Bericht soll knappe Informationen über die Art aller vom Rat während des Berichtszeitraums gefassten Beschlüsse, insbesondere über alle Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten, enthalten;

d) dem Ratsmitglied, das die Einleitung erarbeitet, wird nahegelegt, hierfür die in Ziffer 62 genannten monatlichen Bewertungen heranzuziehen.

72. Der restliche Bericht wird vom Sekretariat erarbeitet und von allen aktuellen Ratsmitgliedern und den vorherigen gewählten Mitgliedern, die dem Rat während des Berichtszeitraums angehörten, gebilligt und umfasst die folgenden Teile:

a) Teil I enthält eine kurze statistische Beschreibung der wichtigsten Tätigkeiten im Zusammenhang mit allen Fragen, die vom Sicherheitsrat aufgrund seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit während des Berichtszeitraums behandelt wurden, einschließlich einer Liste mit folgenden Punkten, gegebenenfalls mit den entsprechenden Dokumentennummern:

i) alle Beschlüsse, Resolutionen, Erklärungen des Präsidenten und offiziellen Kommuniqués, die der Rat verabschiedet hat;

ii) Sitzungen des Rates, einschließlich mit den truppen- und polizeistellenden Ländern;

iii) Sitzungen der Nebenorgane, einschließlich der Ausschüsse zur Bekämpfung des Terrorismus, der Sanktionsausschüsse und der Arbeitsgruppen;

iv) Berichte der Sachverständigengruppen und Überwachungsmechanismen;

v) Berichte der vom Rat unternommenen Missionen;

vi) neu eingerichtete, laufende oder beendete Friedenssicherungseinsätze;

vii) Hilfsmissionen und Büros, die neu eingerichtet wurden, aktiv sind oder deren Tätigkeit beendet ist;

viii) dem Rat vorgelegte Berichte des Generalsekretärs;

ix) Hinweise auf die Kurzdarstellungen des Generalsekretärs über Angelegenheiten, mit denen der Rat im Berichtszeitraum befasst war;

x) Mitteilungen des Ratspräsidenten und andere vom Rat herausgegebene Dokumente zur weiteren Verbesserung der Arbeit des Rates;

xi) Bewertungsberichte über die Arbeit des Rates, die von den jeweiligen Präsidenten in jedem Monat herausgegeben werden;

b) Teil II enthält Informationen zu jeder Frage, die vom Rat aufgrund seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit während des Berichtszeitraums bei mindestens einer offiziellen Sitzung behandelt wurde:

i) Sachdaten zur Anzahl der Sitzungen und informellen Konsultationen;

ii) einen Hinweis auf alle Beschlüsse, Resolutionen, Erklärungen des Präsidenten und Resolutionsentwürfe, die der Rat bei seinen Sitzungen behandelt, aber nicht verabschiedet hat;

iii) gegebenenfalls ein Verzeichnis der Friedenssicherungseinsätze, Hilfsmissionen und Büros, die neu eingerichtet wurden, aktiv sind oder deren Tätigkeit beendet ist;

iv) gegebenenfalls ein Verzeichnis der einschlägigen Sachverständigengruppen und Überwachungsmechanismen und ihrer Berichte;

v) ein Verzeichnis der dem Rat vorgelegten Berichte des Generalsekretärs;

vi) gegebenenfalls ein Verzeichnis der vom Rat unternommenen Missionen und ihrer Berichte;

vii) alle Kommunikationen, die im Zusammenhang mit jedem behandelten Tagesordnungspunkt vom Rat herausgegeben oder an den Rat übermittelt wurden;

c) Teil III enthält eine Darstellung der anderen vom Rat behandelten Angelegenheiten;

d) Teil IV enthält eine Darstellung der Arbeit des Generalstabsausschusses;

e) Teil V behandelt die Angelegenheiten, die dem Rat während des Berichtszeitraums zur Kenntnis gebracht, aber bei den Ratssitzungen nicht erörtert wurden;

f) die Ratsmitglieder erkennen an, dass die Arbeit der Nebenorgane des Rates ein untrennbarer Bestandteil der Arbeit des Rates ist. Teil VI des Berichts enthält daher knappe Informationen über die Arbeit der Nebenorgane des Rates, gegebenenfalls einschließlich der Ausschüsse zur Bekämpfung des Terrorismus, der Sanktionsausschüsse, der Arbeitsgruppen und der vom Rat geschaffenen internationalen Strafgerichtshöfe.

73. Das Sekretariat soll den aktuellen Jahresbericht des Rates auf die Website der Vereinten Nationen stellen. Die entsprechende Seite ist jeweils zu aktualisieren, um die Informationen aufzunehmen, die aufgrund künftiger Mitteilungen des Ratspräsidenten in Bezug auf den Jahresbericht bereitzustellen sind.

74. Der Bericht wird auch künftig auf einer öffentlichen Sitzung des Rates verabschiedet, auf der Ratsmitglieder, die dies wünschen, Stellungnahmen zur Arbeit des Rates im Berichtszeitraum abgeben können. Der in dem Monat der Berichtsvorlage an die Generalversammlung amtierende Ratspräsident wird auch auf das Wortprotokoll der Erörterungen des Rates vor seiner Verabschiedung des Jahresberichts hinweisen.

75. Gegebenenfalls wird der Ratspräsident die Praxis beibehalten, am ersten Tag der Aussprache über den Bericht in der Generalversammlung keine Sitzungen oder informellen Konsultationen des Rates anzuberaumen.

XIII. Neu gewählte Mitglieder

76. Der Sicherheitsrat bittet die neu gewählten Ratsmitglieder, während der sechs Wochen unmittelbar vor Beginn ihrer Amtszeit beziehungsweise, wenn die Wahl weniger als sechs Wochen vor Beginn ihrer Amtszeit abgehalten wird, sofort nach ihrer Wahl an allen Sitzungen des Rates und seiner Nebenorgane sowie an den informellen Plenarkonsultationen teilzunehmen. Der Rat bittet außerdem das Sekretariat, den neu gewählten Mitgliedern während dieses Zeitraums alle einschlägigen Kommunikationen des Rates zu übermitteln.

77. Die Ratsmitglieder kommen außerdem überein, dass ein neues Mitglied, das im ersten oder zweiten Monat seiner Amtszeit die Präsidentschaft des Rates übernehmen wird, eingeladen wird, während der zwei Monate, die dem Beginn seiner Amtszeit unmittelbar vorausgehen (das heißt ab dem 1. November), an den informellen Plenarkonsultationen teilzunehmen.

78. Der Rat bittet das Sekretariat, auch künftig geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die neu gewählten Mitglieder mit der Arbeit des Rates und seiner Nebenorgane vertraut zu machen, namentlich durch die Bereitstellung von Informationsmaterial und die Abhaltung von Seminaren, bevor sie erstmals an den Ratssitzungen teilnehmen.“

BEHANDLUNG DES ENTWURFS DES BERICHTS DES SICHERHEITSRATS AN DIE GENERALVERSAMMLUNG

Beschluss

Auf seiner 6210. Sitzung am 29. Oktober 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Behandlung des Entwurfs des Berichts des Sicherheitsrats an die Generalversammlung“.

Der Beschluss des Rates fand in der folgenden Mitteilung des Präsidenten seinen Niederschlag[471]:

> „Auf seiner 6210. Sitzung am 29. Oktober 2009 behandelte der Sicherheitsrat den Entwurf seines Berichts an die Generalversammlung für den Zeitraum vom 1. August 2008 bis 31. Juli 2009. Der Rat hat den Entwurf des Berichts ohne Abstimmung verabschiedet.“

---

[471] S/2009/559.

INTERNATIONALER GERICHTSHOF[472]

A. Zeitpunkt der Wahl zur Besetzung eines frei gewordenen Sitzes im Internationalen Gerichtshof

Beschluss

Auf seiner 6285. Sitzung am 18. März 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Zeitpunkt der Wahl zur Besetzung eines frei gewordenen Sitzes im Internationalen Gerichtshof“ (S/2010/136).

Resolution 1914 (2010) vom 18. März 2010

Der Sicherheitsrat,

mit Bedauern über den Rücktritt von Richter Shi Jiuyong mit Wirkung vom 28. Mai 2010,

feststellend, dass damit für die verbleibende Amtszeit von Richter Shi ein Sitz im Internationalen Gerichtshof frei wird, der gemäß dem Statut des Gerichtshofs besetzt werden muss,

sowie in Anbetracht dessen, dass nach Artikel 14 des Statuts der Zeitpunkt der Wahl zur Neubesetzung dieses Sitzes vom Sicherheitsrat festgesetzt wird,

beschließt, dass die Wahl zur Besetzung des frei werdenden Sitzes am 29. Juni 2010 auf einer Sitzung des Sicherheitsrats und einer Sitzung der Generalversammlung auf ihrer vierundsechzigsten Tagung stattfindet.

Auf der 6285. Sitzung ohne Abstimmung verabschiedet.

Beschluss

Auf seiner 6327. Sitzung am 2. Juni 2010 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Zeitpunkt der Wahl zur Besetzung eines frei gewordenen Sitzes im Internationalen Gerichtshof“ (S/2010/255).

Resolution 1926 (2010) vom 2. Juni 2010

Der Sicherheitsrat,

mit Bedauern über den Rücktritt von Richter Thomas Buergenthal mit Wirkung vom 6. September 2010,

feststellend, dass damit für die verbleibende Amtszeit von Richter Buergenthal ein Sitz im Internationalen Gerichtshof frei wird, der gemäß dem Statut des Gerichtshofs besetzt werden muss,

sowie in Anbetracht dessen, dass nach Artikel 14 des Statuts der Zeitpunkt der Wahl zur Neubesetzung dieses Sitzes vom Sicherheitsrat festgesetzt wird,

[472] Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1946 verabschiedet.

beschließt, dass die Wahl zur Besetzung des frei werdenden Sitzes am 9. September 2010 auf einer Sitzung des Sicherheitsrats und einer Sitzung der Generalversammlung auf ihrer vierundsechzigsten Tagung stattfindet.

Auf der 6327. Sitzung ohne Abstimmung verabschiedet.

B. Wahl eines Mitglieds des Internationalen Gerichtshofs

Beschluss

Am 29. Juni 2010 wählten der Sicherheitsrat auf seiner 6346. Sitzung und die Generalversammlung auf der 102. Plenarsitzung ihrer vierundsechzigsten Tagung Frau Xue Hanqin (China) in den Internationalen Gerichtshof, um einen durch den Rücktritt von Richter Shi Jiuyong (China), dem ehemaligen Vizepräsidenten und Präsidenten des Gerichtshofs, frei gewordenen Sitz zu besetzen.

Vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 erstmals in die Tagesordnung des Sicherheitsrats aufgenommene Punkte

ANMERKUNG: Es ist Praxis des Sicherheitsrats, auf jeder Sitzung auf der Grundlage einer im Voraus verteilten vorläufigen Tagesordnung die Tagesordnung für die betreffende Sitzung anzunehmen; die Tagesordnungen der einzelnen Sitzungen in der Zeit vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 finden sich in den Wortprotokollen der 6176. bis 6366. Sitzung (S/PV.6176-6366).

In der nachstehenden Liste sind die Sitzungen aufgeführt, auf denen der Rat während dieses Zeitraums beschlossen hat, einen bisher nicht auf der Tagesordnung stehenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen.

Punkt	*Sitzung*	*Datum*
Schreiben der Ständigen Vertreterin Brasiliens bei den Vereinten Nationen vom 22. September 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrats	6192.	25. September 2009
Schreiben des Ständigen Vertreters der Republik Korea bei den Vereinten Nationen vom 4. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats und andere einschlägige Schreiben	6355.	9. Juli 2010

Verzeichnis der vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen

Resolution	*Datum*	*Punkt*	*Seite*
1882 (2009)	4. August 2009	Kinder und bewaffnete Konflikte	147
1883 (2009)	7. August 2009	Die Situation betreffend Irak	254
1884 (2009)	27. August 2009	Die Situation im Nahen Osten	6
1885 (2009)	15. September 2009	Die Situation in Liberia	33
1886 (2009)	15. September 2009	Die Situation in Sierra Leone	116
1887 (2009)	24. September 2009	Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: Nichtverbreitung von Kernwaffen und nukleare Abrüstung	294
1888 (2009)	30. September 2009	Frauen und Frieden und Sicherheit	170
1889 (2009)	5. Oktober 2009	Frauen und Frieden und Sicherheit	178
1890 (2009)	8. Oktober 2009	Die Situation in Afghanistan	98
1891 (2009)	13. Oktober 2009	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	234
1892 (2009)	13. Oktober 2009	Die Frage betreffend Haiti	81
1893 (2009)	29. Oktober 2009	Die Situation in Côte d'Ivoire	207
1894 (2009)	11. November 2009	Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten	162
1895 (2009)	18. November 2009	Die Situation in Bosnien und Herzegowina	61
1896 (2009)	30. November 2009	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo	120
1897 (2009)	30. November 2009	Die Situation in Somalia	42
1898 (2009)	14. Dezember 2009	Die Situation in Zypern	11
1899 (2009)	16. Dezember 2009	Die Situation im Nahen Osten	8
1900 (2009)	16. Dezember 2009	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht	68
1901 (2009)	16. Dezember 2009	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind	74
1902 (2009)	17. Dezember 2009	Die Situation in Burundi	92
1903 (2009)	17. Dezember 2009	Die Situation in Liberia	36
1904 (2009)	17. Dezember 2009	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen	192
1905 (2009)	21. Dezember 2009	Die Situation betreffend Irak	258
1906 (2009)	23. Dezember 2009	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo	125
1907 (2009)	23. Dezember 2009	Frieden und Sicherheit in Afrika	315
1908 (2010)	19. Januar 2010	Die Frage betreffend Haiti	88

Resolution	*Datum*	*Punkt*	*Seite*
1909 (2010)	21. Januar 2010	Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats	288
1910 (2010)	28. Januar 2010	Die Situation in Somalia	49
1911 (2010)	28. Januar 2010	Die Situation in Côte d'Ivoire	213
1912 (2010)	26. Februar 2010	Die Situation in Timor-Leste	21
1913 (2010)	12. März 2010	Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion	303
1914 (2010)	18. März 2010	Zeitpunkt der Wahl zur Besetzung eines frei gewordenen Sitzes im Internationalen Gerichtshof	345
1915 (2010)	18. März 2010	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht	70
1916 (2010)	19. März 2010	Die Situation in Somalia	53
1917 (2010)	22. März 2010	Die Situation in Afghanistan	103
1918 (2010)	27. April 2010	Die Situation in Somalia	57
1919 (2010)	29. April 2010	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	237
1920 (2010)	30. April 2010	Die Situation betreffend Westsahara	18
1921 (2010)	12. Mai 2010	Schreiben des Generalsekretärs vom 22. November 2006 an den Präsidenten des Sicherheitsrats	291
1922 (2010)	12. Mai 2010	Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion	304
1923 (2010)	25. Mai 2010	Die Situation in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und der Subregion	305
1924 (2010)	27. Mai 2010	Die Situation in Côte d'Ivoire	217
1925 (2010)	28. Mai 2010	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo	137
1926 (2010)	2. Juni 2010	Zeitpunkt der Wahl zur Besetzung eines frei gewordenen Sitzes im Internationalen Gerichtshof	345
1927 (2010)	4. Juni 2010	Die Frage betreffend Haiti	89
1928 (2010)	7. Juni 2010	Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea	287
1929 (2010)	9. Juni 2010	Nichtverbreitung	266
1930 (2010)	15. Juni 2010	Die Situation in Zypern	14
1931 (2010)	29. Juni 2010	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht	71
1932 (2010)	29. Juni 2010	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind	76

Resolution	*Datum*	*Punkt*	*Seite*
1933 (2010)	30. Juni 2010	Die Situation in Côte d'Ivoire	218
1934 (2010)	30. Juni 2010	Die Situation im Nahen Osten	10
1935 (2010)	30. Juli 2010	Berichte des Generalsekretärs über Sudan	244

Verzeichnis der vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010 vom Präsidenten des Sicherheitsrats abgegebenen Erklärungen

Datum	*Punkt*	*Seite*
5. August 2009	Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen (S/PRST/2009/24)	26
29. September 2009	Die Situation in Côte d'Ivoire (S/PRST/2009/25)	206
26. Oktober 2009	Frieden und Sicherheit in Afrika (S/PRST/2009/26).	312
28. Oktober 2009	Friedenskonsolidierung in Westafrika (S/PRST/2009/27)	283
29. Oktober 2009	Die Situation in Afghanistan (S/PRST/2009/28)	101
5. November 2009	Die Situation in Guinea-Bissau (S/PRST/2009/29)	157
16. November 2009	Die Situation betreffend Irak (S/PRST/2009/30)	257
3. Dezember 2009	Die Situation in Somalia (S/PRST/2009/31)	47
8. Dezember 2009	Frieden und Sicherheit in Afrika (S/PRST/2009/32)	321
8. Dezember 2009	Die Situation in Côte d'Ivoire (S/PRST/2009/33)	211
16. Dezember 2009	Die Situation im Nahen Osten (S/PRST/2009/34)	9
21. Dezember 2009	Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik (S/PRST/2009/35)	145
13. Januar 2010	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (S/PRST/2010/1)	323
12. Februar 2010	Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen: Übergangs- und Ausstiegsstrategien (S/PRST/2010/2)	29
16. Februar 2010	Friedenskonsolidierung in Westafrika (S/PRST/2010/3)	285
24. Februar 2010	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (S/PRST/2010/4)	263
26. Februar 2010	Die Situation betreffend Irak (S/PRST/2010/5)	260
19. März 2010	Zentralafrikanische Region (S/PRST/2010/6)	230
16. April 2010	Friedenskonsolidierung nach Konflikten (S/PRST/2010/7)	251
27. April 2010	Frauen und Frieden und Sicherheit (S/PRST/2010/8)	183
1. Juni 2010	Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage (S/PRST/2010/9)	4
16. Juni 2010	Kinder und bewaffnete Konflikte (S/PRST/2010/10)	153
29. Juni 2010	Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (S/PRST/2010/11)	228
30. Juni 2010	Die Situation im Nahen Osten (S/PRST/2010/12)	10
9. Juli 2010	Schreiben des Ständigen Vertreters der Republik Korea bei den Vereinten Nationen vom 4. Juni 2010 an den Präsidenten des Sicherheitsrats und andere einschlägige Schreiben (S/PRST/2010/13)	326
16. Juli 2010	Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: Optimaler Einsatz der Instrumente der vorbeugenden Diplomatie: Perspektiven und Herausforderungen in Afrika (S/PRST/2010/14)	301
22. Juli 2010	Die Situation in Guinea-Bissau (S/PRST/2010/15)	159

Druck: Vereinte Nationen New York

ISSN 1020-1084

11-29154 – April 2011